PROTOKOLL

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn

SOZIAL-DEMOKRATISCHER PARTEITAG MAGDEBURG 1929

VOM 26. BIS 31. MAI IN DER STADTHALLE

J. H. W. DIETZ NACHFOLGER, BERLIN, 1929

X 1275

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Bureau des Parteitags	4
Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission	4
Anwesende Gäste	4
Tagesordnung	5
Konstituierung des Parteitags und Begrüßungsansprachen	7— 32
Bericht des Parteivorstandes	
a) Allgemeines	33— 43
b) Kasse	43— 52
Bericht des Reichsbildungsausschusses	53— 58
Bericht des Frauenbureaus	58— 61
Bericht der Kontrollkommission	62— 64
Aussprache zum Bericht des Parteivorstandes	64— 96
Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes	96—104
Bericht der Wehrkommission	105—119
Aussprache zum Bericht der Wehrkommission	120—151
Schlußwort zum Bericht der Wehrkommission	152—154
Bericht der Reichstagsfraktion	155—172
Aussprache zum Bericht der Reichstagsfraktion	173—205
Schlußwort zum Bericht der Reichstagsfraktion	205—211
Lage im Saargebiet	211—212
Die Internationale	213—220
Die Frau in Politik und Wirtschaft	220—232
Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission	232
Aussprache über den Bericht der Genossin Juchacz	232—245
Arbeitersport und Sozialdemokratie	246—252
Bericht der Beschwerdekommission	253—256
Schlußansprache	256—259
Erledigte Anträge	260—272
Parteiprogramm	273—278
Agrarprogramm	279—287
Richtlinien zur Wehrpolitik	288—289
Organisationsstatut	290—297
Liste der Delegierten	298—307
Sprechregister des Parteitags	308
Sachregister des Parteitags	309—310

BUREAU DES PARTEITAGS

Vorsitzende:

Otto Wels, Berlin; Ernst Wittmaack, Magdeburg.

Schriftführer:

Werner Lufft, Königsberg
Käthe Kern, Berlin
Heinrich Niedergesäß, Osnabrück
Franz Reuther, Stadthagen
Lorenz Riedmiller, Köln a. Rh.
Richard Hammer, Ludwigshafen
Lukas Müller, Heilbronn
Wilhelm Höcker, Güstrow i. Meckl.
Franz Beier, Leobschütz.

Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission:

Wilhelm Krüger, Berlin
Gertrud Völker, Kiel
Karl Raloff, Hannover
Friedrich Hofacker, Kassel
Adolf Dichtl, München
Emerich Ambros, Löbau
Emil Deutsch, Oels i. Schl.
Georg Reinbold, Mannheim
Kurt Adams, Hamburg.

Anwesende Gäste:

Andersen, Dänemark; Brill und Gehl, Danzig; Helo und Passivuori, Finnland; Bracke und Grumbach, Frankreich; Kleyn, Holland; Zeelens, Lettland; Ellenbogen, Oesterreich; Liebenstein, Palästina; Dan, Rußland; Jokl, Deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei; Stivin, Tschechische Sozialdemokratie; Beims, Oberbürgermeister von Magdeburg; Donau, Internationales Arbeitsamt; Gellert und Kreuzburg, Arbeiter-Turn- und Sportbund; Hörsing, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold; Leipart, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund; Severing, Reichsminister des Innern; Wissell, Reichsarbeitsminister.

TAGESORDNUNG

Sonntag, den 26. Mai 1929, abends 6 Uhr

Vorversammlung

Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung
Konstituierung des Parteitags
Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission

Montag, den 27. Mai 1929, und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes
   a) Allgemeines — Berichterstatter: Hans Vogel
   b) Kasse — Berichterstatter: Konrad Ludwig
2. Bericht der Kontrollkommission — Berichterstatter: Wilhelm Bock
3. Bericht der Wehrkommission — Berichterstatter: Wilhelm Dittmann
4. Bericht der Reichstagsfraktion — Berichterstatter: Dr. Breitscheid
5. Die Internationale — Berichterstatter: Artur Crispien
6. Die Frau in Politik und Wirtschaft — Berichterstatterin: Marie Juchacz
7. Arbeitersport und Sozialdemokratie — Berichterstatter: Karl Schreck
8. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission
9. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

ERÖFFNUNGSSITZUNG

Sonntag, den 26. Mai 1929, 17 Uhr

Der Parteitag findet statt in dem mit roten Fahnen geschmückten Festsaal der Stadthalle zu Magdeburg. Er wird eingeleitet durch musikalische Darbietungen, ausgeführt vom Philharmonischen Orchester, vom Arbeiter-Sängerbund, von dem Organisten Sbach und den Solisten Mohrhoff, Tondeur und Enger, sowie durch einen von Schauspieler Rudolf Bläß gesprochenen Prolog.

Wittmaack (Magdeburg): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Namens des Parteitagkomitees, namens des Magdeburger Parteivereins und namens des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt heiße ich den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie und seine Gäste, heiße ich alle, die hierhergeeilt sind, in den Mauern unsrer Stadt herzlich willkommen.

Wir sind stolz darauf, den Parteitag beherbergen zu können und haben uns bemüht, ihm eine gastliche Stätte zu bereiten. In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie steht der Name der Stadt Magdeburg nicht an letzter Stelle. Die Stadt ist für die Partei, um eine vielgehörte Redewendung zu gebrauchen, historischer Boden. Wenn immer die Partei schwere Kämpfe zu bestehen, wenn immer sie Verfolgungen und Drangsalierungen zu erdulden hatte: Magdeburg war immer dabei! Der Leidensweg, den die gesamte deutsche Sozialdemokratie zurückzulegen hatte, ist auch der Leidensweg der Magdeburger Partei. Nicht nur unter dem Schandgesetz haben Polizei und Justiz ihr menschenmöglichstes getan, die Parteigenossen in unsrer Stadt zu quälen und zu peinigen. Vorher und nachher war das auch der Fall, oft in nicht minder schlimmer Weise wie während des Sozialistengesetzes. Jahrzehnte von Freiheitsstrafen, Zuchthaus und Gefängnis, wurden über Sozialdemokraten verhängt, von Heim und Familie mancher von ihnen vertrieben, verfemt und geächtet, und keine Teufelei und Bosheit gab es, die unsern Genossen erspart worden wäre. Als ob es galt, den Rekord der Unmenschlichkeit zu erringen, so haben die Gegner gegen uns gewütet. Man lese das des nähern nach in dem Festbuch „Die rote Stadt im roten Land", das Ihnen das Parteitagskomitee in Ihre Mappen gelegt hat.

Jene trüben Zeiten liegen hinter uns! Die Partei hat sie überwunden. Allen einstigen Verfolgungen zum Trotze sind wir groß und stark geworden, sind wir heute die größte Partei der Welt, sind wir die Millionenpartei, auf die ungezählte Tausende ihre Hoffnung setzen. Auch die Magdeburger Arbeiterpartei darf sich rühmen, daß sie heute fest und geschlossen dasteht, daß kein Sturm ihr Gefüge zu erschüttern vermag. In allen Zweigen unsrer Arbeiterbewegung sehen wir einen dauernden, stetigen Aufstieg. Die Partei mustert in der Stadt Magdeburg 10 000 Mitglieder, im Bezirk Magdeburg-Anhalt über 50 000, darunter 16 000 Frauen. Unsre Presse zählt an die 70 000 Abonnenten. Die Gewerkschaften haben in Magdeburg allein 50 000 Mitglieder und der Magdeburger Konsumverein umfaßt eine Mitgliederzahl von 35 000. Das sind unzweifelhaft beachtliche Zahlen, wenn man bedenkt, daß sie gelten für eine Stadt von 300 000 Einwohnern. Wie die genannten Organisationen, so sind auch alle übrigen Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterschaft in Magdeburg stark und kräftig. So können wir stolz darauf sein, daß unser Bezirk einer der bestorganisierten Bezirke der Gesamtpartei ist. Wir sind stolz darauf, daß wir bei Vergleichen seit Jahren organisatorisch und agitatorisch immer gut abschneiden, sei es bei Wahlen, sei es bei Demonstrationen oder sonstigen Anlässen. Wir sind stolz darauf, daß kaum in einem andern Parteibezirk so viel Sozialdemokraten in öffentlichen Aemtern tätig sind wie bei uns, und stolz sind wir auch darauf, daß dadurch so

mancherlei Gutes für die arbeitende Bevölkerung durchgesetzt worden ist.

Aber dieser Stolz macht uns nicht überheblich und nicht selbstzufrieden. Was uns vorwärts- und aufwärtsgebracht hat, das setzen wir unermüdlich fort: die stetige freudige Arbeit für die Partei in einträchtigem, begeisterungsbeschwingtem Zusammenarbeiten. Jeder unsrer Funktionäre fühlt sich der Partei mit Herz und Seele verbunden, jeder tut an seinem Platze seine Pflicht! Und wenn man uns fragt, worin das Geheimnis liegt, daß unsre Parteiorganisation so straff und so gut fundiert ist, ich will es verraten: es ist die treue Arbeit unsrer Funktionäre, die in ihrem Eifer und Idealismus für die Partei nicht erlahmen, es ist der Funktionärkörper der Partei, der fest gegliedert und gefügt ist. Die Summe aller Kleinarbeit: darin liegt der Erfolg!

So haben wir immer und allezeit mitgearbeitet an der Aufgabe, den Sozialismus zu verwirklichen. Baustein auf Baustein haben wir mit herbeigetragen zur Errichtung des stolzen Gebäudes, in welchem dermaleinst eine befreite Menschheit wohnen soll.

Mitleidig sehen wir in Magdeburg herab auf die Bemühungen der Kommunisten, an unserm Organisationsbau zu rütteln. Moskau hat in unserm Bezirk nie Bedeutung gehabt und wird nie welche erlangen.

Der Sinn der Magdeburger Arbeiterschaft ist von jeher auf das Positive gerichtet gewesen, wenn es zuweilen auch anders geschienen haben mag. Wie die Stadt selber eine Stadt der Arbeit ist, so haben auch die Arbeiter in ihren Organisationen immer die schaffende Hand angelegt, und nicht von ungefähr kommt es, daß Magdeburg die Geburtsstätte und der Vorort des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist. Gewiß, auch der Stahlhelm hat hier seine Zentrale. Aber was bedeutet seine Organisation hierzulande gegenüber der des Reichsbanners! Nein, das Gros der Magdeburger Arbeiterschaft folgt nicht den Lockrufen der äußersten Linken und nicht denen der äußersten Rechten; es folgt uns und unsern Bahnen! (Bravo!) Mehr und mehr kommen zu uns, um mitzuarbeiten und mitzuhelfen beim Bau der Zukunft!

Es ist nicht das erstemal, daß der Parteitag in Magdeburg stattfindet. Vor 19 Jahren sahen wir ihn bereits einmal bei uns zu Gaste. Welch eine Entwicklung seither! Weltkrieg und Revolution liegen dazwischen. Von unterst zu oberst ist alles gewälzt worden. Und doch ergeben sich Parallelen zwischen damals und heute. Die badische Budgetbewilligung bewegte 1910 die Gemüter, und in scharfer Redefehde kreuzten Bebel und Ludwig Frank die Klingen. Der Parteitag entschied gegen die Bewilliger des Budgets.

In der historischen Perspektive erscheinen uns heute die Dinge anders als damals. Die Verhältnisse, die den Menschen bilden, haben auch uns gewandelt. Und doch ist es im Grunde das gleiche Problem, das auch den diesjährigen Parteitag beschäftigen soll, die Frage des Verhältnisses der Partei zum Staate. Zwar ist längst diese Frage in positivem Sinne entschieden. Und doch ist noch nicht in allem volle Klarheit geschafft, ist noch nicht in allem der Wille der Partei unzweideutig festgelegt. Zum Wehrproblem nahm die Partei noch nicht offiziell Stellung. Das soll jetzt durch den zweiten Magdeburger Parteitag geschehen.

Freund und Feind haben in diesen Tagen ihre Blicke nach Magdeburg gerichtet. Ich habe den Wunsch, daß die Redekämpfe in brüderlichem Geiste ausgetragen werden und daß die Entscheidung zu Nutz und Frommen der Gesamtpartei ausfallen möge. (Lebhaftes Bravo!) Der Parteitag findet in einer für das deutsche Volk schweren Zeit statt. Die ungelöste Reparationsfrage lähmt unser Wirtschaftsleben, hemmt unsern Wiederaufstieg. Krisen suchen uns in unserm politischen und wirtschaftlichen Dasein heim. Unsre Partei ist berufen, mitzuhelfen, daß das deutsche Volk aus den Niederungen heraus wieder

zur Höhe kommt. Auf ihrem Parteitag will die Partei Rechenschaft darüber ablegen, was sie bisher tat; aber sie will auch nach neuen Mitteln und Wegen suchen, um der Partei, dem Sozialismus und damit dem ganzen Volke dienen zu können. Daß dem Parteitag das gelingen möge, das ist aber der Wunsch der Magdeburger Partei! In diesem Sinne noch einmal: Willkommen, herzlich willkommen! (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister **Beims** (Magdeburg, lebhaft begrüßt): Sehr liebe Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich weiß nicht, ob es das erstemal geschieht, daß ein Oberbürgermeister den Parteitag begrüßt. Aber wenn es das erstemal wäre, so würde ich auch daran eine reine Freude haben. Große Freude empfinde ich über die heutige Tagung deshalb, weil unter den vielen Begrüßungsreden, die ich von dieser Stelle aus an von auswärts gekommene Gäste unsrer Stadt richten mußte, die heutige Versammlung für mich die glücklichste, die hoffnungsreichste und — wie ich auch sagen darf — erfolgreichste sein wird.

Die Stadt Magdeburg hat in der Nachkriegszeit den Willen gezeigt, der Bürgerschaft zu dienen und durch emsige Arbeit das nachzuholen, was unter dem Dreiklassenwahlrecht der Vorkriegszeit und der Kriegszeit versäumt worden ist. Wir haben für die Wohnungslosen gebaut, wir haben Lokalitäten für die großen Veranstaltungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art errichtet. Wenn im Jahre 1910 der Parteitag im „Luisenpark" in einem Behelfsbau abgehalten werden mußte, so sehen Sie den Wandel der Zeiten auch schon in den baulichen Veränderungen. Das Gebäude von damals ist nicht mehr; ein neues ist entstanden. Dieses neue städtische Haus steht heute auch der Sozialdemokratie zur Verfügung, wenn sie sich versammeln will. (Bravo!) Selbstverständlich ist ein solches Tun nicht ohne Kritik geblieben. Aber diese Kritik hat unser Streben nicht ändern können. Für die Magdeburger Stadtverwaltung von heute darf ich in Anspruch nehmen, daß sie unbeirrt durch alle Tageskritik dem Ziele nachstrebt, das sie sich gesteckt hat, und daß sie dabei auch einiges bereits erreichen konnte.

Nun noch ein paar Worte als Parteigenosse! Sie sind heute zum zweitenmal in Magdeburg. Zum viertenmal versammelt sich der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in der Provinz Sachsen. Nach dem Falle des Ausnahmegesetzes kam zunächst die Tagung in Halle, danach im Jahre 1891 der Erfurter Parteitag, der uns ein neues Parteiprogramm gegeben hat. Dann folgte im Jahre 1910 die Tagung in Magdeburg, die soeben von dem Genossen Wittmaack erwähnt wurde. Heute nun sehen wir diese große Veranstaltung, die dem Zwecke dienen soll, parteipolitische Tagesfragen, auch solche grundsätzlicher Art, neu zu klären, um dann zu einheitlichem Handeln innerhalb der Partei zu kommen.

Zwischen 1890 und 1929 liegen 39 Jahre. Es war eine Zeit der gewaltigsten Wandlungen. Wenn der Genosse Wittmaack davon sprach, daß wir uns im Jahre 1910 über die Frage gestritten haben, ob die Sozialdemokratie im Reiche sowie in den Ländern und Gemeinden für den Etat stimmen dürfe, so sind wir heute gezwungen, den Etat selbst zu gestalten. Auch darin drückt sich der große Wandel aus. An die Stelle des Dreiklassenwahlrechts ist das freiste Wahlrecht getreten, das ein Volk in der Welt haben kann, und daraus resultiert die veränderte Stellung zum Staate, zur Gesellschaft. Diese Veränderung wird sich weiter durchsetzen, und Sie alle würden es wohl als sehr überflüssig empfinden, wenn ich darauf näher eingehen wollte. Die Sozialdemokratische Partei ist auf ihren Parteitagen eine Partei der Arbeit, und sie kann deshalb nur wenig Zeit für Begrüßungsansprachen zur Verfügung stellen. Infolgedessen will ich mich darauf beschränken, der Tagung in Magdeburg besten Erfolg zu wünschen und unsre ausländischen Gäste wie die auswärtigen Delegierten und Besucher namens der Stadt auf das herzlichste willkommen zu heißen. (Lebhafter Beifall.)

Wels (Berlin): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich danke zunächst den Magdeburger Parteigenossen für die freundlichen Worte der Begrüßung, die soeben an uns gerichtet worden sind. Dieser Dank wird aus tiefstem Herzen auf die vielen Zehntausende von Genossinnen und Genossen, von allen Dingen auch auf die Jugend übertragen, die uns in den vergangenen Stunden ein unvergeßliches Erlebnis bereitet hat. (Bravo und Händeklatschen.) Dieses an Zahl, an Geist, an Disziplin und Geschlossenheit, an Rhythmus und Farbe so prächtige Bild einer sozialdemokratischen Heerschau im Innern Deutschlands ist nicht nur ein erhebendes Zeugnis der Lebenskraft unsrer Bewegung, es ist zugleich die lebendige Bekräftigung folgender Worte:

„Wir dürfen wohl sagen, daß heute die Blicke aller auf Mazdeburg gerichtet sind, und zwar nicht nur die Blicke des Proletariats, sondern auch die Blicke der Gegner, die da hoffen, daß Zustände eintreten können, wo sich die Genossen gegenseitig zerfleischen. Die Gegner glauben, daß solche Zeiten wiederkommen können und sie warten darauf. Sie warten darauf, weil sie wissen, daß das einst so geknechtete und unterdrückte Proletariat allmählich der bedeutendste Faktor im politischen Leben geworden ist. Das Proletariat hat sich eine Stellung auf der politischen Bühne erobert, daß alle andern Klassen mit Furcht und Schrecken auf seine Weiterentwicklung sehen. Darum warten sie darauf, daß durch gegenseitige Zerfleischung oder sonstwie ein Rückgang in der Arbeiterbewegung stattfindet."

Diese wahrhaft prophetischen Worte sind der Begrüßungsrede entnommen, die Hermann Molkenbuhr im Jahre 1910 im Auftrag des Parteivorstandes an den Parteitag zu Magdeburg richtete.

Heute ist die Sozialdemokratische Partei in Wahrheit der stärkste Faktor im Staatsleben Deutschlands geworden. Die Stellung der Arbeiterschaft im Staat und ihre Stellung zum Staate hat eine Aenderung erfahren. Die politische Demokratie ist errungen. Ist auch die Arbeiterklasse heute noch durch die Zerfleischungsmethode eines Teiles ihrer selbst in ihrer Wirkung geschwächt, trotzdem aber marschiert die Sozialdemokratie vorwärts. Mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie wächst die Gesamtmacht der Arbeiterklasse. Der Aufstieg der Partei gerade nach dem Kieler Parteitag hat seinen Ausdruck in der erfreulichen Entwicklung der Organisation, in der Zunahme der Mitgliedschaften, in der Belebung des innerparteilichen Lebens und der Zunahme der Geschlossenheit gefunden, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in der Partei, in der Belebung der kulturellen und Bildungsarbeit, in der wachsenden Anziehungskraft der Jugend von den Roten Falken angefangen, während wir sehen, daß die kommunistische Jugendbewegung vollkommen daniederliegt.

Dieser Parteitag in Magdeburg unterscheidet sich nicht unwesentlich von dem letzten Parteitag vor zwei Jahren in Kiel. Die Partei als solche ist in ihrem Geist, in ihrem Ziel und in ihrer Führung dieselbe geblieben. Wir zählen heute rund 114 000 Mitglieder mehr, die Zahl unsrer Zeitungen hat sich um 5 gesteigert. Aber grundverschieden ist die politische Situation. Aus der stärksten Oppositionspartei sind wir nach dem klar ausgesprochenen Willen von mehr als einem Drittel des deutschen Volkes, der deutschen Wähler zur stärksten Regierungspartei geworden. Durch diesen Erfolg ist die Situation geschaffen, in der wir uns seitdem befinden, die uns vor neue Aufgaben stellt. Unser Streben, unser Kampf, ob in der Opposition oder in der Regierung, gilt unverändert der Verteidigung, der Förderung der Interessen der arbeitenden Massen Deutschlands, gilt unverändert dem Sozialismus. (Bravo und Händeklatschen.) Unser Aufstieg berechtigt uns zu dem höchsten und stärksten Optimismus. Er kann für uns aber nur eine Quelle zu noch höherer Energieentfaltung sein, der Energie, die wir brauchen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die uns unsre gegenwärtige Lage bringt.

In der Regierung sind unsre Mittel und Wege des Kampfes selbstverständlich anders als in der Opposition. Für alle Parteien in allen Ländern gilt die Regel, daß die Verantwortung in der Regierung eine Belastung besonders in agitatorischer Hinsicht bedeutet. Das gilt besonders für uns in Deutschland 10 Jahre nach dem verlorenen Kriege, 10 Jahre nach dem Vertrag von Versailles in dem Stadium des Wiederaufbaues unsers wirtschaftlichen Lebens. So große Fortschritte seit 1919 auf allen Gebieten der Wirtschaft und Politik auch erzielt wurden, wir fühlen das gerade jetzt angesichts der wechselvollen Verhandlungen in Paris, daß wir noch weit davon entfernt sind, uns in unsern Entschlüssen frei zu fühlen. Teilen auch die europäischen Siegerstaaten im Weltkrieg die finanzielle Abhängigkeit vom amerikanischen Gläubiger mit uns, so fühlen wir als die Besiegten im Weltkrieg diese Unfreiheit doch in besonderm Maße. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, die durch keinen Parteibeschluß aus der Welt geschafft werden kann, daß ein erheblicher Teil der Arbeit und der Produktion des deutschen Volkes nicht dem Gemeinwohl des eignen Landes dienen kann, sondern noch Jahrzehnte hindurch den Reparationsgläubigern zufließen wird. Ihre Beseitigung kann nur international durch das Wirken der sozialistischen Internationale erfolgen, die in gemeinsamem Wirken die Streichung aller Kriegsschulden in bewußtem Gegensatz zu den kapitalistischen Parteien in ihren Ländern zu einer programmatischen Forderung erhoben hat. Wir denken dabei an die Vierländerkonferenz, die erst im Februar dieses Jahres die sozialistischen Parteien Englands, Belgiens, Frankreichs und Deutschlands zur Besprechung der Reparationsfragen in London zusammenführte. Unsre heißesten Wünsche begleiten gerade am heutigen Tage unsre belgischen Freunde in ihrem heute durchzufechtenden Wahlkampf und unsre englischen Freunde in dem Kampfe, den sie im Laufe dieses Parteitages noch ausfechten. (Bravo! und Händeklatschen.)

Der Sieg der britischen Arbeiterpartei, den die gesamte für Frieden und Fortschritt kämpfende Welt erhoffen muß, wäre eins der bedeutungsvollsten und der glücklichsten Ereignisse der Nachkriegszeit. Denn die fast fünfjährige konservative Herrschaft Englands ist eine der Hauptursachen der außenpolitischen Stagnation und der reaktionär-faschistischen Teilerfolge in Europa. Die Torry-Regierung war bisher eins der Haupthindernisse auf dem Wege zur Abrüstung, zum wirklichen Frieden und jener außenpolitischen Ziele, für die die deutsche Sozialdemokratie mit der gesamten sozialistischen Internationale einträchtig zusammenwirkte. Der Erfolg der Arbeiterklasse in einem Lande ist der Erfolg der Arbeiterklasse in aller Welt, und die Niederlage der Arbeiter in einem Lande erfolgt zu Lasten des gesamten Proletariats. (Sehr richtig!) Darum lehnen wir Sozialdemokraten auch die kommunistische Auffassung ab, als ob eine Reihe von Niederlagen dem großen endgültigen Siege des Sozialismus vorangehen müsse und ihn nur wirksam vorbereiten könne. Nein, wir glauben an die Entwicklung, die von Erfolg zu Erfolg zum endgültigen Siege führen muß. (Bravo! und Händeklatschen.) Ich hoffe, daß wir noch während der Tagung des Parteitages Siegesnachrichten aus Belgien und England entgegennehmen können, wie wir uns des prachtvollen Wahlsieges unsrer dänischen Parteigenossen freuen konnten. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wir wissen, die Uebernahme der Regierung gemeinsam mit andern Parteien schränkt uns in unsrer Handlungsfreiheit stärker ein, aber wir wissen auch, daß das nicht nur für unsre Partei zutrifft, sondern daß das Zusammenwirken mit andern Parteien der Regierung dieses mit sich bringt, und daß es den Vorteil für uns in sich schließt, daß auch andre große Parteien mit uns zusammen die Last der Verantwortung für die Geschicke des Volkes tragen müssen, daß also auch sie und nicht wir allein in unsrer Agitation gehemmt sind. Das war für uns nichts Neues und doch haben wir es immer betont.

Es gibt niemand unter uns, der nicht lieber eine sozialistische Regierungsbildung begrüßen würde als den Zwang für die Partei, eine Regierungsbildung einzugehen. Aber heute steht die Frage in der Tat nicht so für uns, ob wir gern oder ungern regieren, ob wir gern oder ungern eine Koalition in fester oder in loser Form eingehen. Die politische, parlamentarische, wirtschaftliche und soziale Struktur Deutschlands ist gegenwärtig so, daß die Frage, was wir vorziehen, ganz sekundär geworden ist. Im Vordergrund steht dagegen die Frage, was wir tun müssen.

Schon in die Freude über den Wahlerfolg vom 20. Mai mischte sich für uns die Sorge um die Zukunft. Jeder von uns wußte, daß eine Zeit anbrechen würde, in der es an Belastungen und Enttäuschungen für uns nicht fehlen würde. Denn die Anspannung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere durch die dauernde Arbeitslosigkeit einerseits und aus der schon früher geschaffenen, jetzt besonders offen zutage tretenden Finanznot im Reich, war das bezeichnendste der allgemeinen politischen Situation, wie sie sich insbesondere nach den Wahlen gestaltet hat. Die Schwankungen der Konjunktur, die Wellen des Aufstiegs, des krisenhaften Zustandes oder der schleichenden Depression der Wirtschaft sind zwar mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise untrennbar verbunden, in Deutschland aber sind all die geschilderten Lasten des verlornen Krieges, die Pflichten der Reparationen, die Belastung der Reichsfinanzen durch die Unterstützung der Kriegsinvaliden und auch die dringliche Aufgabe, das Schicksal der Erwerbslosen zu mildern, noch hinzugetreten und haben die Belastung für uns ganz außerordentlich erhöht.

Wir täuschen uns keinen Augenblick darüber: die bürgerlichen Parteien, mit denen wir uns im Koalitionsverhältnis befinden, haben kein Interesse an politischen und wirtschaftlichen Erfolgen der Sozialdemokratischen Partei an sich, also auch nicht an dem Erfolg einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Wir befinden uns auch in der Koalition in einem schweren Abwehrkampf. Denn es wurde und wird noch immer versucht, auch aus den Kreisen der Parteien, mit denen wir in der Regierung zusammen sind, die schwierige Finanzlage zu einem generellen Ansturm gegen die Sozialpolitik und vor allem gegen die Arbeitslosenversicherung zu führen.

Wir Sozialdemokraten sehen in der Arbeitslosenversicherung nicht nur die Unterstützung der wirtschaftlich Schwächsten, der Arbeitslosen, wir sehen in ihr auch für die in Beschäftigung befindlichen Arbeiter eine Sicherung gegen Lohndruck, ein Mittel zur Hebung der Löhne und der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes. Die gezahlten Arbeitslosen-Unterstützungsbeiträge sind nicht in die Sparkasse geflossen. Sie wanderten restlos zum Bäcker, zum Fleischer, zum Krämer, in die Hände des die Arbeitslosenversicherung durch die Wirtschaftspartei mit geradezu fanatischem Haß kämpfenden Mittelstandes und durch diesen wiederum in den Kreislauf der deutschen Wirtschaft. Die Arbeitslosenversicherung ist deshalb eine Angelegenheit, die nicht nur die Arbeitslosen, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung angeht.

Die Arbeitslosenversicherung ist eine der wichtigsten Errungenschaften des deutschen Proletariats in der Nachkriegszeit. Wenn heute die bürgerlichen Parteien, um diese Errungenschaft leichter aushöhlen zu können, auf den Egoismus und die Kurzsichtigkeit solcher Schichten der Arbeiterschaft spekulieren, die gegenwärtig scheinbar nur die Lasten, aber nicht die Vorteile dieser Institution tragen, so antworten wir: In der kapitalistischen Gesellschaft ist keiner, wer er auch sei, vor den Rückwirkungen einer Wirtschaftskrise gesichert. Die Arbeitslosenversicherung kann daher morgen oder übermorgen jedem zugute kommen, auch dem, der sich heute in der trügerischen Sicherheit einer ungefährdeten wirtschaftlichen Existenz wiegt.

Die Sozialdemokratie wird deshalb, ob in der Opposition oder in der Regierung, für gesunde Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse kämpfen. Sie schließt sich

der freigewerkschaftlichen Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, die in ihrer Vollendung nichts andres als der Sozialismus sein kann, vollauf an. Sie kämpft für den weitern Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts, das sich zum Recht aller Arbeitenden gestalten muß. Sie kämpft um eine soziale Verteilung der Lasten, damit die finanziellen Bedürfnisse des Reiches, der Länder und der Kommunen nicht einseitig auf Kosten der breiten Massen befriedigt werden.

Nur wer politisch blind ist, kann verkennen, daß es der Sozialdemokratie auch unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen gelungen ist, nicht nur Angriffe zugunsten der sozial Schwächeren abzuwehren, sondern auch eine Reihe von Fortschritten zu erringen, die unter dem Bürgerblock sicher nicht eingetreten wären und über die beim Bericht der Reichstagsfraktion noch zu reden sein wird. Darüber aber sei von Anfang an jeder Zweifel ausgeräumt: An der Arbeitslosenversicherung läßt die deutsche Arbeiterschaft, lassen die deutschen Gewerkschaften und läßt die Sozialdemokratische Partei nicht rütteln. (Bravo! und Händeklatschen.) Ihre Leistungen müssen ausreichen, um einem Versinken des Arbeitslosen in das graue Nichts entgegenzuwirken. Sie müssen ihm ein Existenzminimum gewähren, ihm den Anspruch sichern, den er gegenüber der Gesellschaft hat. Die Sozialdemokratische Partei hat von jeher den Mut zur Unpopularität gehabt. Sie wird auch diese Forderung durchsetzen. Unser gegenwärtiger Kampf wird von jedem voll verstanden werden, der ihn im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Lage zu betrachten vermag.

Die Wahlen im Mai 1928 brachten einen Wendepunkt in der politischen Entwicklung Deutschlands. Die bürgerlichen Parteien waren durch den Mißerfolg des Bürgerblocks auf die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie angewiesen. In der Demokratie braucht jede Partei die Wählermassen. Sie sind die Grundlage ihres Wirkens. War die Koalitionspolitik für die Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch von 1918 eine Notwendigkeit, um den Staat überhaupt zu erhalten, um die neue Staatsform aufzubauen und die internationale Politik der Versöhnung und Verständigung anzubahnen, war die Koalition im Jahre 1923 die einzige Rettung aus der Inflationskatastrophe, die nach der Erfüllung ihrer dringendsten Aufgaben auseinanderbrechen mußte, so steht heute fest: Die Bürgerblockpolitik bewirkte im Mai 1928 die Flucht der Massen aus den bürgerlichen Parteien. Die Rücksicht auf die Massen zwang die bürgerlichen Parteien zur Koalition mit der Sozialdemokratie. Dabei täuschen wir uns nicht darüber, daß das Unbehagen in weiten Kreisen des Bürgertums über die Koalition mit der Sozialdemokratie stark und stärker wird.

Aber aus diesem Unbehagen sehen wir auch all die Erscheinungen entstehen, die von mancher Seite als Krise des Parlamentarismus bezeichnet werden. Wir sind uns ja darüber klar: sie entstehen nicht so sehr aus dem Wesen des demokratisch-parlamentarischen Systems selbst, sondern daraus, daß man den demokratischen Parlamentarismus, in dem die Macht der Sozialdemokratie wächst, lahmlegen will. Aus diesem Bestreben heraus entsteht immer wieder der Ruf nach dem starken Mann, und daher spukt auch heute wieder in manchen Kreisen von neuem der Gedanke von einem Triumvirat, der in den Zeiten der Bürgerbräu-Revolution des Jahres 1923 schon einmal eine Rolle spielte.

So ist für uns Sozialdemokraten die Koalitionspolitik nur eine neue Form des schwierigen Kampfes um die Demokratie, um ihren Ausbau, um die Durchsetzung unsrer Ziele geworden, und von diesem großen Gesichtspunkt aus muß der Parteitag hier in Magdeburg auch die gegenwärtigen Probleme der Politik unsrer Partei betrachten und ihre Aufgaben für die Zukunft bestimmen. Hier gilt das Wort Hilferdings von Kiel: wir sollten aufhören, die Koalitionspolitik als eine Art Suspendierung des Klassenkampfes, als eine Art des politischen Friedens zu betrachten!

Es ist nicht zu leugnen, daß das parlamentarische Regime eine schwierige Zeit durchmacht. In großen Ländern ist es durch ein System der Diktatur ersetzt, sei es die faschistische oder die bolschewistische. Da gilt es für uns in Deutschland, ganz besonders verantwortungsbewußt zu handeln. Es gilt besonders für uns in Deutschland, wo das demokratische Regime noch jung ist und durch die wachsende Parteienzersplitterung belastet wird.

Wir konnten uns der Mitarbeit in der Regierung nicht versagen, denn sonst wäre eine parlamentarische Regierung überhaupt nicht zustande gekommen. Die Deutschnationalen hatten einstweilen genug vom Regieren, und das Zentrum hatte genug vom Bürgerblock. Sollten wir nun dazu beitragen, daß in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes, auch in der Arbeiterschaft das Nichtzustandekommen der Regierung als ein Schiffbruch der demokratischen Republik empfunden werden mußte? Wenn als Ausweg etwa ein Beamtenkabinett ernannt worden wäre? Parteigenossen, denkt daran, welch einen ungeheuern Antrieb ihr damit dem Gedanken der Diktatur in Deutschland und in der ganzen Welt gegeben hättet.

Nein, es ist unsre Aufgabe, die Demokratie zu stärken und die Republik zu schützen. Gelänge es den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland so schweren Schaden zuzufügen, daß einmal kein andrer Ausweg bliebe als Diktatur, dann, Parteigenossen, sollen Stahlhelm, sollen Nationalsozialisten, sollen ihre kommunistischen Brüder von Moskau das eine wissen: die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, festgefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem Handeln und in unzerbrechlicher Disziplin, würden auch trotz ihrer demokratischen Grundeinstellung die Diktatur zu handhaben wissen. (Lebhafter Beifall.)

Das Recht auf Diktatur fiele ihnen allein zu, niemand anderm, und bei ihnen wäre allein auch die Garantie für eine Rückkehr zur Demokratie nach Ueberwindung von Schwierigkeiten, die wir nicht wünschen, gegeben. Allen Desperados aber, wo sie auch sitzen mögen, sei es mit aller Deutlichkeit gesagt — und, Parteigenossen, dafür wird die Sachlichkeit und die Kameradschaftlichkeit der Auseinandersetzungen auf diesem Parteitag sorgen —, daß an der Geschlossenheit der Sozialdemokratie im Kampfe für diesen Staat und um diese Republik kein Zweifel aufkommt. (Bravo!)

Wohl stehen Fragen zur Debatte, über deren Beurteilung die Meinungen auseinandergehen. Aber gerade deshalb werden wir beweisen, daß wir als Parteigenossen unsre gegenseitigen Ansichten auszufechten wissen, und wir werden damit ein für unsre Anhänger leuchtendes und ermutigendes, für unsre Gegner aber beschämendes und beneidenswertes Beispiel geben. Denn wo wir auch hinsehen, nach rechts und links, es ist überall dasselbe Bild: Rechts von uns in der Deutschnationalen Partei der Kampf zwischen Hugenberg und Westarp um die Führung der Deutschnationalen hat längst aufgehört, sich hinter den Kulissen dieser Partei abzuspielen. Heute ist die Welt Zeuge des ergötzlichen Schauspiels, wie sich die proletarischen Elemente im nationalistischen Lager, die Lambach, Hülser usw., die Gewerkschafts- und Angestelltenführer um den feudalen Grafen Westarp scharen müssen im Kampfe gegen die plutokratische Parteidiktatur des politischen Parvenüs Hugenberg.

Wir sind auch nicht blind dafür, daß ein Teil der demokratischen Presse im politischen Teile zuweilen mit dem intellektuellen Linksradikalismus liebäugelt und im Handelsteil den veraltetsten Wirtschaftslehren des 19. Jahrhunderts huldigt. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sehen die Kommunisten von innern Zerwürfnissen und Rivalitäten zerfressen. Keiner traut mehr dem andern. Jeder fürchtet, daß er morgen in Ungnade bei jenem Allmächtigen fallen könnte, der im Augenblick zufällig das Vertrauen der Moskauer Oberinstanz genießt. Die wenigen, die sich nicht

fügen und es ablehnen, sich selbst ins Gesicht zu spucken, werden über Nacht als Renegaten, Konterrevolutionäre und Verräter über Bord geworfen. Fürwahr, Moskau hat es weit gebracht! Der Sozialismus asiaticus hat zwar die Befreiung der Kulis auf sein Programm geschrieben, in Schanghai und Kanton Tausende in aussichtslose Putschabenteuer und in den Tod gehetzt, dafür in Europa Menschen, die sich Arbeiterführer nennen, zu politischen Kulis gemacht, die sich innerhalb der kommunistischen Internationale aus dieser moralischen Knechtschaft niemals befreien werden. (Bravo!)

Selbstbewußtsein und Würde, das ist eines der vielen Kennzeichen, die unsre Partei von den Kommunisten unterscheiden muß. Selbstbewußtsein und Würde werden auch die Merkmale dieses Magdeburger Parteitags sein, obwohl Fragen auf ihm zur Debatte stehen, die manchem von uns seit einem Jahre manch bittere Stunde bereitet haben. Ich kann und will dem Urteil des Parteitags nicht vorgreifen. Selbstkritik ist die notwendige Voraussetzung der lebendigen Entwicklung der Partei. Namentlich in einer so großen Partei, die alle Landesteile mit verschiedener sozialer Struktur und verschiedenen agitatorischen Aufgaben umfaßt, ist die Mannigfaltigkeit der politischen Gedanken unvermeidlich und der Austausch der Erfahrungen und Meinungen notwendig. Auf dem Parteitag zu Magdeburg 1910 fiel das Wort: „Der Streit ist der Vater aller Dinge." Der Kampf muß aber nicht als persönliche Bekämpfung und Beschuldigung, sondern als Ringen um bessere Wege der Politik, als Wettbewerb in dem Entfalten der Initiative, in der Kenntnis der besten Wege, in der Energie und opfervollen Arbeit für die Partei, für das Wohl und die Befreiung der Arbeiterklasse verstanden sein. Eine selbstverständliche Voraussetzung ist die Liebe und die Treue zu der Partei. (Bravo!)

Die deutsche Arbeiterschaft hat auch in diesem Jahre den 1. Mai in würdigster Weise gefeiert. In den Industriezentren und Großstädten hat die Arbeit durchweg geruht. Alle Versammlungen der Gewerkschaften und unsrer Partei waren überfüllt. Berlin sah Dutzende von Versammlungen. Im Berliner Sportpalast allein waren nach der Angabe des leninistischen „Volkswillens" 22 000 Metallarbeiter versammelt. Mit dieser Feststellung und der Aufforderung, auch künftig am 1. Mai für unsre erhabenen Ideale massenhaft zu demonstrieren, könnten wir diesen Gegenstand weglassen, wenn nicht der 1. Mai in Berlin mit blutigen Begleiterscheinungen verbunden gewesen wäre, die leider eine größere Zahl von Menschen, darunter völlig Unbeteiligten, das Leben gekostet haben.

Wir bedauern aus tiefster Seele jedes dieser Opfer. Wir lehnen aber auch gleichzeitig vor der ganzen Welt die in frivoler Weise uns zugeschobene Schuld an den Blutopfern des 1. Mai ab. Unser Gewissen ist rein. Wir wissen, daß der von den Kommunisten gepredigte Putschismus, den wir grundsätzlich ablehnen, der beste Wegbereiter der faschistischen Diktatur ist. Wir wissen, daß die Rechtsradikalen auf den Augenblick warten, wo die demokratische Republik von links beputscht wird. Versagt in solcher Stunde die Masse des werktätigen Volkes und die Führung, folgt sie den kommunistischen Putschisten, so ist das das Signal für das Losschlagen der Faschisten.

Erinnern wir uns, daß im April d. J. der Brandenburger Stahlhelmführer Morosowicz in seiner wüsten Schweriner Hetzrede erklärt hat, wenn diejenigen Elemente, die den Umsturz der bestehenden Staatsordnung mit Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben hatten, versuchen würden, dies in die Tat umzusetzen, dann würde der Stahlhelm auch auf der Straße beweisen, daß er ein Wehrverband sei. Das war deutlich, das heißt, der Stahlhelm wartet auf einen Vorstoß der Kommunisten. Er will den erhofften Linksputsch weitertreiben zum Siege der faschistischen Diktatur über die demokratische Republik. Dann könnte nach dem Willen der Moskauer Machthaber in diesem Durcheinander die Einheitsfront von Moskau bis zum Rhein hergestellt, und in einem russisch-polnisch-französischen Kriege Deutschland das Schlachtfeld ab-

geben, um so den Grund und Boden für den Marsch zum Weltbolschewismus zu legen.

Mit den deutschen Faschisten hoffen die Kommunisten dann bald fertig zu werden. So wünscht einer dieser Bundesgenossen dem andern den Garaus zu machen. Weil wir die Republik dieser Gefahr nicht aussetzen wollen, waren wir immer bemüht, den Putschisten jeder Richtung jeden Vorwand zu ihrem gemeingefährlichen Treiben zu nehmen. Und so stellen wir fest: Es ist nicht wahr, daß die Kommunisten gezwungen waren oder gezwungen sind, dem deutschen Proletariat die Freiheit der Straße zu erkämpfen. Seit den Novembertagen 1918 waren die Straßen frei. Wo die Demonstrationsfreiheit vorübergehend aufgehoben wurde, geschah es, weil kommunistisches und hakenkreuzlerisches Rowdytum die Demonstrationsfreiheit aller mit brutalen Mitteln gefährdete. Tatsache ist, daß Monate hindurch Reichsbannergruppen brutal überfallen, Versammlungen gestört, Leben und Gesundheit von Staatsbürgern, die Gegner der bolschewistischen und faschistischen Diktatur sind, mit Knüppeln, Schlagringen und anderm Rüstzeug bedroht wurden.

Die oppositionelle kommunistische Zeitung „Gegen den Strom" stellte am 23. März 1929 fest, die KPD. habe besondere Rollkommandos mit Schlagringen, Gummiknüppeln und Messern ausgestattet, und die so ausgerüsteten Thälmannianer hätten in Breslau, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart, Köln, Hamburg, Kiel, Stettin und andern Orten sogar auf Anhänger der Zusammenkünfte der kommunistischen Opposition losgeschlagen.

Mit vollem Recht wies Genosse Grzesinski in seiner öffentlichen Warnung vom 23. März darauf hin, das Treiben der radikalen Verbände von rechts und links habe mit politischem Kampf nichts zu tun. Seine Warnung wurde in den Wind geschlagen. Blind folgte die KPD. ihren Moskauer Einpeitschern, die kein andres Bedürfnis trieb, als das russische Volk von den innerrussischen Zuständen abzulenken, und die ihm deshalb einzureden suchten, die Welt befinde sich in einer neuen revolutionären Periode, die binnen kurzem mit dem Siege des Bolschewismus enden werde. Schon am 29. April 1928 schrieb die „Rote Fahne", wenn nicht alles trüge, würden die Mai-Demonstrationen des Jahres 1928 zu den letzten friedlichen der Nachkriegszeit gehören. Am 18. November 1928 erklärte Thälmann auf der Gaukonferenz des Rotfrontbundes Berlin-Brandenburg, es gälte die proletarische Revolution zum bewaffneten Aufstand zu steigern. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Kasper erklärte am 12. April, der 1. Mai müsse die Generalprobe für die kommenden Bürgerkriege sein, und, um die Massen auf die Straße zu hetzen, verbreitete man am Vorabend des 1. Mai in Berlin ein Flugblatt mit dem Inhalt, das Demonstrationsverbot sei durch den Polizeipräsidenten aufgehoben.

Damit ist die elende Lüge, die Sozialdemokratie hätte am 1. Mai ein Blutbad gewollt, ebenso schlagend widerlegt, wie feststeht, daß die Kommunisten das Demonstrationsverbot nur als Vorwand zur Hetze für den Blutkrawall benutzten, den wir bedauerlicherweise erlebt haben.

Freilich haben die von den Kommunisten provozierten Berliner Maivorgänge ihr Ziel nicht erreicht. Weder hat die KPD. sich mit Gewalt zur Beherrscherin der Straße aufwerfen noch der Welt zeigen können, daß sie Berechtigung zu der Anmaßung hat, sich Führerin der deutschen Arbeiterschaft zu nennen.

Nur an zwei Stellen Berlins haben kleinere Gruppen mißleiteter, halbreifer Burschen und Elemente, die mit der organisierten Arbeiterschaft nicht das geringste zu tun haben, dem Demonstrationsverbot gewaltsam getrotzt. Glücklicherweise, denn welches Unheil wäre entstanden, wieviel Menschenleben wären wahnwitzigerweise geopfert worden, wenn die Massen des Berliner Proletariats nicht tausendfach mehr politische Ueberlegung und Weitblick bekundet hätten

als die Führung der Kommunisten und ihre Presse, die Tag um Tag hysterisch zur Auflehnung gegen die SPD., die Gewerkschaften und die demokratische Republik hetzten.

Auch die für den 2. Mai ausgegebene Massenstreikparole verpuffte. Es war eine Niederlage, noch größer als die zur Zeit des kommunistischen Volksbegehrens. In Berlin sind noch nicht 10000 von rund 1 Million Arbeitern und Arbeiterinnen der Streikparole gefolgt. Und am 7. Mai mußte der Abgeordnete Pieck selbst den völligen Mißerfolg der Massenstreikparole zugeben, als er erklärte, es sei nicht gelungen, die Erbitterung der Arbeiterschaft bis zum Generalstreik zu steigern. Nicht einmal die eignen Wähler haben der KPD. Folge geleistet, geschweige denn der die Kommunisten an Zahl weit überragende Teil der Berliner Arbeiter- und Angestelltenschaft, die in treuer Disziplin zu den Gewerkschaften und zu der Partei stehen.

Die Berliner Maiaktion der KPD. sollte ein neues Glied in der Kette der Kampfmaßnahmen sein, die zusammenfassend die neue Taktik der KPD. und der bolschewistischen Internationale genannt werden. Der 6. Weltkongreß der Komintern hat diese Taktik festgelegt, die Schritt um Schritt zur Blamage für Moskau und ihre Berliner Handlanger führte. Niederlage folgte auf Niederlage. Denken wir an die kommunistischen Parolen im Laufe der letzten Jahre. Zuerst kam die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!" Sie war ein voller Versager. Dann kam die zweite Parole: „Hinein in die Gewerkschaften!" Sie führte sowenig zur Beherrschung der Gewerkschaften durch die KPD. wie die erste Parole zu ihrer Zerschmetterung. Dann kam die neue famose Parole: Mobilmachung der Unorganisierten gegen die Gewerkschaften. Auch sie endete, wie der Ueberblick über die jetzt abgeschlossenen Betriebsrätewahlen zeigt, mit einem runden Fiasko Moskaus. Die allerneuste Parole aber ist, am Antikriegstag des 1. August 1929 die „Proletarische Revolution" weiterzutreiben, unter Anwendung der am 1. Mai in Berlin gesammelten politischen und technischen Erfahrungen. Das ist nichts andres als die offne Aufforderung zu neuen Putschen.

Dagegen gilt es, zu rüsten, dagegen gilt es, das Gewissen der Massen aufzurufen. Wir wissen: die eiserne Disziplin der hinter der sozialistischen Internationale und der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale marschierenden organisierten Proletarier garantiert im voraus, daß aus dieser Aufforderung zu Putsch und Bürgerkrieg der internationale Faschismus keine Nahrung ziehen wird.

Für uns Sozialdemokraten bleibt es bei der Parole, die nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes gegen die deutsche Sozialdemokratie die opfermütigen Berliner Ausgewiesenen im November 1878 ausgaben: „Keine Gewalttätigkeit! Laßt euch nicht zu Putschen verleiten!" Galt das im Kaiserreich, galt es zur Zeit völliger politischer Unfreiheit der Arbeiterklasse, so gilt es hundertmal mehr in der von uns jahrzehntelang vergeblich erstrebten und nach dem Zusammenbruch des alten Staates schließlich doch errungenen demokratischen Republik. Wir Sozialdemokraten — nur wir allein — sind von Hause aus unbedingte Anhänger und Schützer voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Freiheit auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens. Das politische Denken und Wollen dieses Staatsbürgers, seine staatspolitischen und wirtschaftlichen Ideale sind in Deutschland in der Weimarer Verfassung absolut geschützt. Die deutsche Republik gibt im Gegensatz zu Rußland und andern unter der Diktatur stehenden Ländern jeder Partei in so hohem Maße die Möglichkeit zu legaler Betätigung und zum geistigen Kampf für diese Forderung und Ideale, daß wir mit bestem Gewissen von jedermann in Deutschland die unbedingte Respektierung der verfassungsmäßig gezogenen Grenzen verlangen können. Demokratie ist nicht der freie und ungestrafte

Gebrauch von Messern und Revolvern (Sehr richtig!), sondern Demokratie ist Kampf der Ideen, Kampf der Geister.

Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren,
mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir!
Es führt zum Sieg der Freiheit Scharen
des Geistes Schwert, des Rechts Panier!

Niemals wird die deutsche Sozialdemokratie, die soeben erst in Sachsen einen vollen Sieg über die kommunistischen Anhänger des Putschismus und der bolschewistischen Diktatur errungen hat, anders als im Zustand der Notwehr den Boden des geistigen Kampfes verlassen. Das sei noch einmal allen denen zugerufen, die mit dem Gedanken gewaltsamer Auseinandersetzungen spielen. Siegeszuversichtlich verkünden wir auch auf diesem Parteitag, daß uns, daß dem Sozialismus die Zukunft gehören wird. Ueberzeugt, daß der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und die Macht der sozialistischen Ideen zum Triumph des demokratischen Sozialismus führen wird, steuern wir unsern Kurs, der der Kurs der deutschen Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen ist,

allen Gegnern zum Trutz,
dem arbeitenden Volke zu Nutz!

(Stürmischer Beifall!)

Damit erkläre ich namens des Parteivorstandes den Parteitag für eröffnet.

Konstituierung des Parteitags

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden gewählt: Wels (Berlin) und Wittmaack (Magdeburg); zu Schriftführern Werner Luft (Königsberg), Käthe Kern (Berlin), Heinrich Niedergesäß (Osnabrück), Franz Reuther (Stadthagen), Lorenz Riedmiller (Köln), Richard Hammer (Ludwigshafen), Lukas Müller (Heilbronn), Wilhelm Höcker (Güstrow in Mecklenburg) und Franz Beier (Leobschütz).

In die Mandats- und Beschwerdekommission werden entsandt Wilhelm Krüger (Berlin), Gertrud Völker (Kiel), Karl Raloff (Hannover), Friedrich Hofacker (Kassel), Adolf Dichtl (München), Emmerich Ambros (Löbau), Emil Deutsch (Oels i. Schles.), Georg Reinbold (Mannheim) und Dr. Adams (Hamburg).

Vors. **Wels**: Wir kommen nunmehr zu unsern eigentlichen Arbeiten. Bevor wir aber dazu übergehen, habe ich noch die Pflicht, derer zu gedenken, die seit Jahrzehnten im Kampfe für die Partei ihr Bestes hergegeben haben und nun nicht mehr unter uns weilen (die Anwesenden erheben sich), die der Schnitter Tod aus unsrer Mitte riß. Reiche Ernte hat der Tod in den letzten zwei Jahren gehalten, in denen die Partei nicht versammelt war. Da gedenke ich zuerst der vielen unbekannten Soldaten der Partei, die ihr ihre Größe gaben. Tragisch ist es, daß mein Ausspruch gegenüber Hermann Molkenbuhr und Adolf Braun auf dem Kieler Parteitag, als sie zu Beisitzern im Parteivorstand gewählt wurden und damit aus der offiziellen Tätigkeit als angestellte Sekretäre der Partei ausschieden: „Nehmt es nicht zu tragisch, es ist ja kein Abschied für immer", nun doch Wahrheit geworden ist. Es ist ein Abschied für immer geworden. Beide sind von uns gegangen aus einem der Arbeit gewidmeten Leben. Molkenbuhrs und Adolf Brauns Verdienste um die deutsche Sozialpolitik, um die deutsche Gewerkschaftsbewegung, um den sozialistischen Journalismus, um die politische Partei, um jede Phase der sozialistischen Bewegung sind allgemein bekannt und bei ihrem Ableben gewürdigt worden.

Wir betrauern ferner den Tod Friedrich Brühnes, des Mannes, der fast 30 Jahre lang in der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei

und seit langen Jahren als Vorsitzender der Kontrollkommission mit uns im Parteivorstand in engster Arbeitsverbindung stand.

Die Internationale betrauert eine Reihe von großen Toten. Unsre dänischen Parteifreunde beklagen den Tod der Genossin Nina Bang, des ersten weiblichen Kultusministers eines demokratisch geleiteten Volksstaates. Die russische Partei betrauert den Tod des Schöpfers des russischen Marxismus, Axelrod, der, 78 Jahre alt, von uns schied und der noch bis zum Tode einer der geistigen Führer seiner Partei und damit der Internationale war.

Die österreichischen Genossen haben den Genossen Joseph Dametz und den Genossen Resel, beide an hervorragender Stelle tätig, der eine in Linz, der andre in Graz, verloren.

Die italienischen Genossen trauern um den Genossen Const. Lazzari.

Cornelis Werkhoven war einer der Hoffnungen der holländischen Partei.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat in allen ihren Zweigen noch weitere starke Verluste erlitten. Heinrich Kaufmanns, des geistigen Führers und Mitgründers der heute so mächtigen konsumgenossenschaftlichen Bewegung, sei nur hier gedacht. Die engen Beziehungen, die die Partei mit den Gewerkschaften und darüber hinaus mit den Genossenschaften seit jeher verbinden, zwingen uns, mit Anteil zu nehmen an dem Leide, das die Konsumentenorganisation um Heinrich Kaufmann trägt, ebenso wie um Richard Pflug, der der Sekretär der mitteldeutschen Konsumvereine war. In der Konsumbewegung und in der Partei des anhaltischen Bezirks auch war der verstorbene Genosse Heinrich Stahmann aus Coswig tätig.

Von den Gewerkschaftlern trauern insbesondere die Buchdrucker um den langjährigen Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, Joseph Seitz, die Gemeindearbeiter um den Genossen Paul Strunk. Allgemein ist die Trauer um einen der ersten deutschen Arbeitersekretäre, den Genossen Gustav Link, ferner um den Genossen Wilhelm Jasper, Angestellten des Landarbeiterverbandes in Braunschweig, der als Landtagsabgeordneter auch der Partei seine Dienste widmete. Um Alfons Buse trauern die Metallarbeiter. Alfons Buse erkrankte auf einer Agitationsreise in Wittenberg, wurde ins Krankenhaus transportiert und starb dort.

Wir trauern weiter um diejenigen, die als Opfer kommunistischer und faschistischer Heimtücke fielen, um die Kameraden Tiedemann und Heidorn, die in Hamburg von Kommunisten erschossen wurden, um Friedrich Weier, der bei den Gemeinderatswahlen Geesthacht seinen Tod fand, um Arno Paris, der in Glauchau von kommunistischer Mörderhand fiel.

Hermann Silberschmidts Leben und Wirken sind nicht nur in die Gewerkschaftsbewegung der Bauarbeiter eingeschrieben; Hermann Silberschmidt galt in diesem Bezirk der Arbeiterschaft, insbesondere als Abgeordneter zuerst des Kreises Wanzleben, ungeheuer viel. Die Mieterschutzbewegung weiß, was sie an ihm verloren hat. Heinrich Hüttmann ist ein Name aus derselben Organisationsgruppe unten im Frankfurter Bezirk. Er war in der Partei und in der Gewerkschaft gleichermaßen tätig. Um Alwin Saenger trauert die Sozialdemokratie mit der bayrischen Sozialdemokratie, und sie verbindet ihren Schmerz mit dem der Textilarbeiter um den Tod Hermann Jäckels, eines der wahrhaften Proletarier, des Führers der Textilarbeiterschaft, auch der großen Krimmitschauer Aussperrung in der Vergangenheit. Wir trauern um Martha Schilling, die als sächsische Landtagsabgeordnete einem Eisenbahnunglück zum Opfer fiel, ferner um Fritz Seger, den wir alle im Reichstag wegen seiner Tätigkeit schätzen gelernt hatten und der in der „Leipziger Volkszeitung" jahrelang als Redakteur aufklärend und werbend für die Sozialdemokratie gewirkt hatte. Wir beklagen den Tod Gustav Stollbergs, der als Abgeordneter für Silberschmidt nur für kurze Zeit in den Reichstag eintreten konnte. Er hat uns allzufrüh verlassen, auch er ist seinem Bezirk entrissen.

Wenn ich weitere Namen nennen soll, so komme ich auf den Genossen Prof. Vorländer, jenen hervorragenden Philosophen, dessen philosophische Werke zu den Zierden sozialistischer und allgemeiner Wissenschaft zählen, auf Joseph Belli, die rechte Hand des „Roten Postmeisters" bei dem Schmuggel des verbotenen „Sozialdemokraten" aus der Schweiz über den Züricher See. Der Name Wilhelm Blos, des Revolutionsgeschichtschreibers der Sozialdemokratie und des ersten Staatspräsidenten des württembergischen Freistaates, wird uns immer teuer sein. Wir gedenken weiter Ferdinand Ewalds, des Mannes, der in Berlin in den Zeiten des Ausnahmegesetzes zuerst die sozialistischen Gewerkschaften wieder ins Leben rief, der in Brandenburg zuerst wieder eine sozialdemokratische Zeitung gründete, ferner Segitz, der mit Grillenberger und Scherm einer der Begründer des Deutschen Metallarbeiterverbandes war. Insbesondere die fränkische Arbeiterschaft trauert um ihn, wie wir alle um den Genossen Zimmermann, der zuletzt als Polizeipräsident in Frankfurt a. M. tätig war und dessen Tod eine Lücke in unsre Bewegung gerissen hat.

Die Hamburger Genossen haben in Otto Stolten eine Person verloren, die als Bürgermeister den internationalen Kongreß der Einigung im Jahre 1923 in Hamburg begrüßen konnte. Mit Otto Stolten schied eine der markigsten und kraftvollsten Persönlichkeiten aus der deutschen Sozialdemokratie.

Maximilian Ernst, der Herausgeber des „Süddeutschen Postillions", Paul Göhre, Max Schippel, Dr. Nußbaum, Merkowski der „Polenkönig", Max Kratzsch, der lange Zeit Redakteur in München war, zuletzt in der Gesandtschaft mit Dr. Ad. Müller in der Schweiz tätig, seien noch erwähnt, ebenso wie Hermann Zimmer, der als Oberpräsident in Schlesien gestorben ist. Wir denken an Oskar Geck, den prächtigen Genossen, der an einer Gallenoperation sterben mußte, an unsern Parteisekretär Friedrich Haug, der jahrelang als Expedient der „Roten Feldpost" wirkte und, 78 Jahre alt, seine Augen schloß, an Franz Henk, der als Redakteur und Stadtverordneter in Mecklenburg für die Partei tätig war, der das Amt des Justizministers in Mecklenburg 1 Jahr bekleidete, an das tragische Geschick August Hornungs, der mit seiner Enkelin als württembergischer Landtagsabgeordneter bei einem Autounglück sein Leben lassen mußte, an Paul Hoff, der als Senator in Lübeck von uns ging, und Reiner Kempkens, der in der rheinischen Bewegung stand und jetzt bald ein Jahrzehnt lang am „Spandauer Volksblatt" die Partei als Redakteur vertrat, an Friedrich Peinz, ein Opfer der Ausnahmegesetzgebung, der aus Schleswig und Hamburg ausgewiesen wurde, an den Veteranen der Partei August Hintze in Berlin, an Kallenbach in Hamburg, der ebenfalls dem Ausnahmegesetz zum Opfer fiel, und Wilhelm Küch in Dortmund, an den tragischen Freitod von Heinrich Teuber, den frühern Angestellten des Bergarbeiterverbandes, der in sich zusammengebrochen ein Referat in einer Versammlung hielt und geradeswegs vom Vortragssaal ins Wasser ging, um seinem Leben ein Ende zu machen, an unsern Parteisekretär Adolf Zenker in Bielefeld und unsern Genossen Zielowski in Frankfurt a. M., der weitern Kreisen bekannt war, an Hans Elbert, Maier, Krautzer und Heyer in Leipzig und Adelmann in Schaumburg-Lippe, an Julius Eggert, den langjährigen Vorsitzenden des Landesausschusses der Partei in Sachsen, an Bertold Grosse, Arbeitersekretär in Hamburg, der seit der Revolution Senator war, an Oskar Schiffer in Königsberg, den Dichter von Arbeiterfestprologen und Redakteur des dortigen Blattes der Partei, an Gustav Krüger, hier in Magdeburg seinerzeit Polizeipräsident, der Redakteur der „Illustrierten Reichsbannerzeitung" wurde, Helene Grünberg, der ersten Arbeitersekretärin, die die deutsche Arbeiterschaft anstellte, und Helene Dietz, die Gattin des Genossen Dietz, des Vorsitzenden so vieler Parteitage nach dem Tode von Paul Singer, an Bernhard Menke, Polizeipräsident in Dresden, Stadtrat Bammes in Leipzig.

Wir denken auch an die Toten in den Reihen der Geschäftsführer, Emil Landgraf in Chemnitz, Franz Bethge in Magdeburg, der führend und bahnbrechend gerade in der Entwicklung des Geschäftswesens für die Partei tätig war, Otto Sidow in Brandenburg, Karl Luickhardt in Lübeck und Louis Cohn in München.

Eine Reihe von Toten ist es, die uns mit Erschrecken zeigt, welche Lücken in unsre Reihen gerissen worden sind, welche Männer von uns genommen worden sind, die noch in der Vollkraft ihres Lebens standen.

Ich sagte in Kiel: Aus allen den Namen heraus klingt wie ein gewaltiger Hymnus das Hohelied des Sozialismus. Ich komme wieder darauf; denn zu den Toten, die ich zuletzt noch nennen will, zählen wir auch Andreas Scheu, den Nestor der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich, der 85 Jahre alt geworden ist, und den Dichter und Komponisten Otto Suchsdorf, den Komponisten vieler Arbeiterlieder, dessen Lied „Die Erde ist vom Licht erstanden" wir heute erst wieder gehört haben. „Wir glauben an der Freiheit Sieg", so schlossen die Sänger seine Vertonung. Sie alle glaubten an der Freiheit Sieg, sie kämpften für die Freiheit und mußten es uns überlassen, ihren Kampf fortzusetzen. So wie jene kämpften, kämpfen wir und werden andre kämpfen. Für sie ist wahr das Wort, das auch von uns einst gelten wird:

Sinken die müden Fechter
nieder nach blut'gem Strauß,
dann kommen neue Geschlechter
und kämpfen es fröhlich aus.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das fest und danke Ihnen.

Ich habe nun dem Parteitag und unsern Gästen die freudige Mitteilung zu machen, daß auch in diesem Jahre wieder eine Reihe Vertreter ausländischer Bruderparteien von uns begrüßt werden können.

Wir begrüßen unsern lieben Freund Dr. Ellenbogen aus Wien (Bravo! und Händeklatschen), der eigentlich zu uns gehört; denn wenn auch räumlich noch getrennt, so fühlen wir: die deutsche und österreichische Kulturgemeinschaft macht uns zu einem Einzigen und Ganzen.

Wir begrüßen unsern Freund Alsing Andersen aus Dänemark, den wir bei verschiedenen Parteitagen unter uns sehen konnten, der uns die Grüße der dänischen Partei im Hochgefühl des errungenen Sieges übermitteln wird.

Wir begrüßen unsern Freund Bracke aus Paris, der wiederholt zu unsrer Freude an unsern Parteitagen teilnimmt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Der Genosse Jockl ist als Vertreter der deutschen tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei erschienen, und die tschechoslowakische Partei hat zu uns den Genossen Joseph Stivin aus Prag entsandt.

Aus Finnland sind die Genossen Matti Passivuori und Dr. Helo aus Helsingfors hier erschienen und werden die Grüße der Partei übermitteln. (Bravo! und Händeklatschen.)

Für die sozialistische Arbeiterpartei Rußlands ist der Genosse Theodor Dan unter uns und für unsre Kameraden aus Danzig, von Deutschland durch den Weisheitsspruch des Versailler Vertrags getrennt, die Genossen Gehl und Brill, außerdem aus dem Gebiet der ehemaligen russischen Randstaaten der Genosse Zeelens, der frühere Außenminister aus Lettland.

Als Delegierten der holländischen Partei begrüßen wir den Genossen Kleyn.

Weiter freue ich mich, hier den Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, den Genossen Theodor Leipart, begrüßen zu können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Genosse Hörsing, der für das Reichsbanner gern Grüße übermittelt hätte, sendet uns ein Telegramm und entschuldigt sein Fortbleiben durch die Teilnahme an einer Kundgebung von Tausenden von Republikanern in München.

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund ist durch die Genossen Gellert und Kreuzburg vertreten.

Das Internationale Arbeitsamt informiert sich über unsre Verhandlungen durch seinen deutschen Vertreter Wilhelm Donau.

Einige Telegramme werde ich Ihnen bekanntgeben.

Modigliani, der Sekretär der Vereinigten sozialdemokratischen Partei der italienischen Arbeiter sendet uns folgendes Telegramm:

Vertrauensvoll erwarten die Sozialisten Italiens in dem Ausland von der glorreichen Sozialdemokratie Deutschlands die Befestigung ihrer Einigkeit für die Fortsetzung ihres tapfern Kampfes gegen alle Feinde der Demokratie und des Sozialismus. So wird auch das deutsche Proletariat für die Wiederherstellung der Demokratie in allen Ländern gegen den Faschismus und gegen den Bolschewismus am besten kämpfen und am sichersten siegen. — Hoch, hoch, hoch! Modigliani. (Bravo! und Händeklatschen.)

In treuer Verbundenheit wünscht dem Parteitag ein gutes Gelingen der Verband der sozialistischen Ländergruppen Deutschlands und Oesterreichs. gez. Friedländer. (Bravo! und Händeklatschen.)

Der in Lodz tagende fünfte Parteitag der Deutschen sozialistischen Arbeiterpartei in Kongreßpolen wünscht erfolgreiche Beratungen. Parteitagspräsidium. (Bravo! und Händeklatschen.)

Es sind eine ganze Reihe weiterer Telegramme eingegangen, die wir beim Beginn der nächsten Sitzung verlesen wollen, um unsre Arbeit heute nicht allzulange damit aufzuhalten.

Ehe ich unsern Freunden aus dem Ausland das Wort erteile, habe ich, und glaube damit in Ihrem Sinne zu handeln, die Tagesordnung zunächst festzustellen. Die Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor. Anträge auf Aenderung sind nicht gestellt. Wünscht jemand zur Tagesordnung das Wort? Das ist nicht der Fall; damit steht die Tagesordnung, wie sie veröffentlicht worden ist, fest.

Weiter schlage ich vor, für die Verhandlungen des Parteitags eine Geschäftsordnung zu geben und dafür die Ihnen ebenfalls gedruckt vorliegende, seit Jahren auf unsern Parteitagen übliche Geschäftsordnung anzuwenden. Werden andre Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall; die Geschäftsordnung steht fest und ebenso die Tagesordnug.

Damit ist dieser Verhandlungsgegenstand für heute erledigt. Wir können nunmehr dazu übergehen, unsern Freunden das Wort zur Begrüßung zu geben.

Dr. Ellenbogen (Oesterreich): Parteigenossinnen und Genossen! Ich habe die Ehre, Sie namens des Parteivorstandes der österreichischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Es ist sehr lange her, seit ich die Ehre hatte, einen deutschen Bruderparteitag zu begrüßen, ich glaube, es war der Parteitag in Essen. Zwischen damals und heute liegt ein gewaltiges geschichtliches Geschehen. Nicht nur ist die Arbeiterklasse in allen Ländern an Macht stark gewachsen, es sind nicht nur die deutsche, österreichische und andre Republiken geschaffen worden, es hat nicht nur die bürgerliche Klasse in allen Ländern ihre Kräfte zur Niederwerfung der Arbeiterschaft und ihrer neugewonnenen Macht konzentriert, sondern zwischen dem damaligen und dem heutigen Parteitag liegt eine Aenderung, die ich auf einige Worte des Genossen Wels beziehen möchte, mit denen er speziell die Oesterreicher und mich begrüßt hat. Auf deutschen und österreichischen Parteitagen pflegten wir uns vor zwei Jahrzehnten gegenseitig mit der Redewendung zu begrüßen: Wir fühlen uns eins mit euch. Aus diesem theoretischen Einsfühlen ist die Tatsache geworden, daß der Zusammenschluß zwischen Deutschland und Oesterreich in greifbare Nähe gerückt ist. Trotz allem feindlichen Verhalten unsrer Gegner, insbesondere in den Siegerstaaten, die sich übrigens nicht alle so obstinat benehmen, steht die Tatsache fest, daß 90, wenn nicht 99 Prozent aller Oesterreicher für den Anschluß an Deutschland sind. (Bravo! und Händeklatschen.) Diese Gesinnung ist übrigens in unsrer Verfassung verankert, denn dort lautet ein berühmter Paragraph: Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.

(Bravo! und Händeklatschen.) An diesem Wortlaut haben auch die Friedensverträge nichts geändert.

Unter den Dingen, die ich als Wirkung des Krieges und der Aenderung erwähnt habe, die sich vollzogen hat, ist am wichtigsten die Tatsache entweder eines vorhandenen Faschismus oder eines Kokettierens der bürgerlichen Regierungen und ihrer Klasse mit dem Faschismus. Dies kennzeichnet die Gegenwart in allen Ländern. Auch wir haben dies in letzter Zeit zu verzeichnen. Der Faschismus ist der Ausdruck der besinnungslosen Wut der bürgerlichen Klasse über den Verlust ihres schrankenlosen Herrschaftsmonopols und der Hemmungslosigkeit dieser Klasse in der Wahl der Mittel, ihre sonstige Herrschaft wiederherzustellen. In Oesterreich ist die Rolle der beiden Klassen, wenigstens gegenüber der Terminologie in der Vorkriegszeit vollständig vertauscht. Die Sozialdemokratie in Oesterreich muß sich fortwährend die Tatsache vor Augen halten, daß an den Grenzen der Republik zwei faschistische Staaten stehen, schwer gerüstet, um in jedem günstigen Augenblick in die Republik einzubrechen und ihre Freiheit niederzuwerfen. Wir Sozialdemokraten fühlen die Schwere der Verantwortung dieser einzigen außenpolitischen Situation, die für uns existiert, wenn es nicht vielleicht noch die Reliefschulden sind, die wir nicht loswerden können. Wir sind besorgt um die Freiheit und Selbständigkeit unsrer Republik. Wir haben wohl Republikaner auf bürgerlicher Seite, aber wir Sozialdemokraten sind die einzigen, denen die Republik wirklich Herzenssache ist. Dagegen erleben wir die merkwürdige Tatsache, daß sich die sogenannten Ordnungselemente, also die Angehörigen der bürgerlichen Klasse, bemühen, jede parlamentarische Arbeit zu sabotieren, allen voran die österreichischen Industriellen. Wir sehen, daß diese bürgerliche Klasse mit dem Antiparlamentarismus, mit der Feindschaft gegen die Demokratie spielen, daß sie die eigentlichen Friedensstörer sind. An der parlamentarischen Krise sind vor allen Dingen in Oesterreich die Bürgerlichen schuld. Und wenn es hier in Deutschland Leute gibt, die von den Feinden Deutschlands Geld für ihre Agitation gegen Deutschland nehmen, die die Deutschen Südtirols an den Faschismus in Italien preisgeben und verraten, so gibt es auch bei uns solche Patentpatrioten, die bereit sind, unser Land jeden Tag in einen Zustand zu bringen, der das Eingreifen der faschistischen Staaten an unsern Grenzen möglich macht. Es ist geradezu eine Spekulation auf dieses Eingreifen der demokratiefeindlichen Staaten. Dabei ist es ein sehr geringer Trost für uns, daß die Führer der faschistischen Bewegung in Oesterreich Schwachköpfe sind, eitle Tröpfe, die sich einander in Brandreden zu überbieten suchen. Aber gerade diese Beschränktheit dieser verantwortungslosen Gesellen ist eine ungeheure Gefahr für die Republik.

Aber, Genossen, wenn einer unter Ihnen etwa befürchten sollte, daß der Faschismus bei uns in Oesterreich überhand nehmen könnte, so kann ich ihn beruhigen. Das alte Wort: wer vom Papste ißt, stirbt daran, gilt auch vom Faschismus. Die italienische Bourgeoisie bezahlt bereits ihre Faschistenfreundschaft mit dem vollständigen Ruin ihrer Produktion. Bei uns zeigt sich aber die Wirkung des Kokettierens des Prälaten Seipel mit dem Faschismus in seinem Sturze und in der beispiellosen Krise, in der er seine Partei zurückgelassen hat.

Wir sehen diese Erscheinung in allen Ländern, wo es Faschismus gibt. Dieser Gefahr, die wir zwar als eine große Gefahr für die Republik nicht aber für die Partei ansehen, stehen wir darum ruhig gegenüber, weil wir erstens für die positive Abwehr, für die Verteidigung gegen die waffenstarrenden Heimwehren die nötigen Vorkehrungen getroffen haben, weil zweitens die faschistischen Herrschaften untereinander in einem schweren Konflikt begriffen sind, und weil wir drittens in Oesterreich positive Leistungen der Sozialdemokratie in solchem Maße aufzuweisen haben, daß die öffentliche Meinung, auch wenn sie gegnerisch gesinnt ist, nicht ohne weiteres dem Faschismus Raum geben wird. Vor allem aber — das ist unsre stärkste Stütze — bauen wir auf die glücklicher-

weise durch die schweren letzten Jahrzehnte erhaltene Einheit und Geschlossenheit der eignen Partei, der österreichischen Sozialdemokratie.

Daher kann ich damit schließen, daß ich sage: wenn einmal der große Tag der Verwirklichung des Anschlußgedankens kommen wird, dann — das versprechen wir Ihnen — werden wir Oesterreicher Ihnen eine starke, nach innen und außen mächtige, zielbewußte, vorwärtsstrebende, geschlossene Machtgruppe in die deutsche Sozialdemokratie als Morgengabe einbringen. (Lebhafter Beifall.)

Vors. **Wels**: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Dem Bureau werden Mitteilungen gemacht über die starke Anstrengung sehr zahlreicher Teilnehmer der Versammlung, die mit dem Marsch und der ungewöhnlichen Hitze des heutigen Tages zusammenhängen. Wir werden daher unsre Versammlung insofern abkürzen, als jetzt noch der Genosse Bracke sprechen wird, und wir unsre übrigen ausländischen Gäste, die uns noch Grüße übermitteln möchten, bitten, dies, wie das auch früher üblich war, zu Beginn der morgigen Tagung zu tun.

Das Wort hat der Genosse Bracke aus Frankreich.

Bracke (Frankreich, mit lebhaftem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Im Namen der französischen Sozialistischen Partei überbringe ich den Delegierten der deutschen Sozialdemokratie den herzlichsten Gruß. Da ich jetzt wieder diese angenehme Pflicht erfülle, bin ich glücklich, Ihnen die gute Nachricht bringen zu können, daß es mit unsrer Partei vorwärtsgeht. (Beifall.) Zwischen dem vor kurzem von unsern dänischen Genossen errungenen Sieg und den Siegen, die hoffentlich der belgischen Arbeiterpartei gerade heute und bald auch der britischen Labour Party zufallen werden, haben unsre Gemeinderatswahlen bedeutende Fortschritte des französischen Proletariats aufzuweisen. (Bravo!) Die Gesamtheit der statistischen Daten steht uns wohl noch nicht zur Verfügung, aber eins können wir schon jetzt feststellen: trotz der kombinierten Anstrengungen der verschiedenen bürgerlichen Fraktionen und der verräterischen Taktik der sogenannten Kommunisten ist die Zahl der vom Proletariat eroberten Stadthäuser und der in die Gemeindestuben gelangten Sozialisten um nicht weniger als 15 bis 20 Prozent vermehrt worden. (Bravo!)

Darüber werden Sie sich mit uns freuen, da die innern Verhältnisse eines jeden Landes bei dem jetzigen Stande der Welt immer mehr zur Sache aller werden. Vor allem fordert die internationale Solidarität eine gemeinschaftliche Aktion gegen die Kriegsgefahren und für den Weltfrieden.

Seid sicher, Genossinnen und Genossen, daß die französische Sozialdemokratie diese Pflicht niemals versäumt hat. Immer und immer wieder haben wir unsre Regierung und ihre bunt zusammengewürfelte Majorität vor ihre Verantwortlichkeit gestellt bezüglich jener Aktion, deren Ziel es ist, die Sicherheit der Nationen auf die Institution des Schiedsspruches und auf die Entwaffnung zu basieren. (Beifall.) Noch jüngst mahnten wir die Regierung daran, daß der Wille der Völker von ihrer Haltung auf den ewig nur vorbereitenden Genfer Konferenzen nicht Worte, sondern Taten fordert, und daß es sich darum handelt, die Rüstungen nicht bloß zu begrenzen, sondern zu vermindern. Wir setzen unsre ganze Kraft daran, alles auszuschalten, was zwischen den Nationen Mauern der Mißverständnisse und des Hasses schaffen könnte. (Beifall.) Vor wenigen Tagen erklärten wir noch, daß man sicherlich die unzähligen Toten des großen Krieges nicht vergessen darf, daß aber das wahre Mittel, um deren Andenken in Ehren zu halten, nur wäre, für immer zu verhindern die Wiederholung der brudermörderischen Kämpfe zwischen Völkern, die vielmehr aufs engste miteinander verbunden sein sollten. (Lebhafter Beifall.)

In diesem Sinne haben wir beständig in der noch anhängigen Reparationsfrage gewirkt. Die deutsche Sozialdemokratie hat immer spontan erklärt, daß die Pflicht, die Ruinen wieder aufzurichten, für sie eine erhabenere und strengere Pflicht sei, als es das Diktat eines Vertrages sein könnte. Diese edle

Aeußerung dient uns als Führer. Wir stemmen uns gegen jede solche Reglung, die die für die Wiedergutmachung bestimmten Summen zur Zahlung von Kriegsschulden verwenden will, die also im Widerspruch mit jedem Recht und gegen alle Abmachungen Deutschland die Zahlung von Kriegsentschädigungen auferlegen würde. (Beifall.) Nein, weder das deutsche noch das französische Volk darf den Eindruck haben, daß irgendein Teil der bezahlten oder erhaltenen Gelder in ungebührlicher Weise andern Zwecken dient als der Beseitigung der Spuren des naturwidrigen Gemetzels und der Förderung der Versöhnung der Völker. (Beifall.)

In diesem Sinne sind wir auch nie müde, die völlige unbedingte Räumung des Rheingebiets zu fordern. (Lebhafter Beifall.)

Ein ähnlicher Geist wird auch — dessen bin ich sicher — die Arbeiten dieses Kongresses durchwehen, dem ich brüderlich den besten Erfolg wünsche. Ich kann nicht besser die Bestimmung der Brüderlichkeit ausdrücken, als wenn ich vorerst in Ihrer Sprache den Ruf erhebe, der ja in aller Herzen ist: Es lebe die Internationale! und wenn ich dann wieder zu meiner Muttersprache zurückkehre, um Ihre Partei zu begrüßen als ein Glied der Internationale, das in vollster Treue dem Werke der Menschheitsbefreiung hingegeben ist, mit dem Rufe: Vive la socialdémocratie allemande! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Unter Orgelklang ziehen hierauf die Vertreter der sozialdemokratischen Jugendorganisationen mit ihren roten Bannern in den Saal ein und nehmen auf der Empore Aufstellung. Die Teilnehmer des Parteitages singen stehend die Internationale.

Der Vorsitzende **Wels** schließt die Eröffnungssitzung mit dem Rufe: Es lebe die deutsche, es lebe die internationale, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Die Versammlung stimmt begeistert dreimal in den Ruf ein.)

Schluß der Sitzung 8½ Uhr abends.

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Montag, den 27. Mai 1929, 9 Uhr

Vors. **Wittmaack** (Magdeburg): Die Sitzung ist eröffnet. Zunächst habe ich mitzuteilen, daß der Genosse Theodor Dan, Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, wegen Erkrankung entschuldigt ist.

Beim Bureau sind einige Begrüßungstelegramme und -schreiben eingelaufen. Genosse Friedrich Adler, Sekretär der sozialistischen Internationale, schreibt uns:

„Leider bin ich durch die plötzlich eingetretene Notwendigkeit, Montag in Zürich zu sein, gezwungen, meine Absicht, zum Parteitag nach Magdeburg zu kommen, aufzugeben. Ich bitte Sie daher, dem Parteitag die besten Wünsche des Sekretariats der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu übermitteln. Wir hoffen, daß diese ereignisreiche Woche, in der der Parteitag tagt, mit Siegen in Belgien beginnen und mit Siegen in England endigen möge, daß der Parteitag selbst dem weitern Aufstieg nicht nur der deutschen, sondern der gesamten internationalen Arbeiterbewegung dienen möge."

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingelaufen aus Stockholm von der schwedischen Arbeiterpartei, aus Berlin von der Georgischen Sozialdemokratischen Partei, aus Warschau von der Polnischen Sozialistischen Arbeiterpartei, von dem Westdeutschen Kreistag sozialdemokratischer Studenten, von dem Bezirksverband der Justizwachtmeister, Bezirk Kiel, von 105 Berliner Reichsbannerleuten, die sich auf einer Groß-Deutschlandfahrt befinden, von den im Volkshaus Potsdam versammelten Vertretern der Brandenburg-Rathenower und Potsdam-Nowaweser Parteigenossen, von der Frauengruppe Nordheim und

Möckelhausen, von der Landesversammlung der Arbeiter-Sportkartelle des Freistaates Sachsen, von den zum Südbayrischen republikanischen Tag in München zu vielen Tausenden versammelten Reichsbannerkameraden und Republikanern und vom Bund sozialistischer Freidenker.

Jokl (Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich bringe Ihnen die Grüße der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die Ihre schweren Kämpfe, Ihre gewaltige Arbeit mit großem Interesse verfolgt und daher dem Verlauf und den Beschlüssen dieses Parteitages mit größter Spannung entgegensieht. Denn alle jene großen, schwierigen und verantwortungsvollen Probleme, die den Gegenstand Ihrer Beratungen bilden und einer Lösung nähergebracht werden sollen, berühren auch unsre Interessensphäre. Nicht nur, weil sie sich im internationalen Maßstabe auch bei uns auswirken, sondern weil sie, wenn auch im verkleinerten Maße und auch aus einem andern Gesichtswinkel heraus, auch für unsre Verhältnisse große Aktualität besitzen. Dies gilt ganz besonders vom Wehr- und Rüstungsproblem, das eins der brennendsten Probleme unsrer Politik darstellt. Hier erhoffen wir aus Ihren Arbeiten und Erörterungen sehr wertvolle Anregungen für unsre Kämpfe und unsre Entscheidungen. Und so wird denn Ihr Parteitag auch für uns eine Quelle geistiger Bereicherung und Belehrung bilden.

Ich komme aus einem Lande, dessen deutsche sozialistische Bewegung erst vor 10 Jahren verselbständigt wurde. Durch den Umsturz von der österreichischen Mutterpartei losgelöst, mußten wir mühselig auf karstigem Boden ein neues Parteigefüge aufrichten, jedem Zweige unsrer Bewegung ein neues Heim schaffen und der deutschen Arbeiterklasse in den neuen Verhältnissen jene Stellung zu erobern suchen, die ihr nach der Bedeutung der arbeitenden Bevölkerung im Produktionsprozeß, wie überhaupt nach der ganzen Schichtung der Bevölkerung in diesem Lande gebührt. Nur wenige von Ihnen werden es zu ermessen vermögen, wie schwierig unsre Aufgabe gewesen ist. Und wenn wir heute nach einem Jahrzehnt vor dem Proletariat unsres Landes, vor der ganzen internationalen sozialistischen Oeffentlichkeit bestehen können, so verdanken wir dies dem Umstande, daß wir über den Krieg und Umsturz hinweg die großen Traditionen hinüberzuretten vermochten, die die sudetendeutsche Arbeiterbewegung bereits in der Zeit ihrer Zugehörigkeit zur österreichischen Partei, also durch mehr als ein halbes Jahrhundert erfüllt haben, die Traditionen Viktor Adlers, Karl Kautskys und nicht zuletzt August Bebels, der uns ebenso wie Sie kämpfen und siegen gelehrt hat und daher in den Herzen und Hirnen der sudetendeutschen Arbeiterschaft ebenso tief verankert ist, wie in den Ihrigen. Allen diesen Führern verdanken wir es, daß wir heute erhobenen Hauptes vor Sie hintreten und Ihnen freudigen Herzens erzählen können, daß wir nach Abschluß des ersten Jahrzehnts wieder obenauf sind, daß wir uns in unaufhaltsamem Vormarsch befinden, daß jeder vierte deutsche Wähler unsres Landes — in vielen Gebieten sogar jeder dritte — sozialdemokratisch gewählt hat, (Bravo!) und daß uns jeder der in den letzten Wochen abgeführten Wahlkämpfe neue große Erfolge gebracht hat, daß es uns gerade in den letzten Wochen gelungen ist, bei unsrer Werbearbeit viele Tausende von Arbeitern den kommunistischen und hakenkreuzlerischen Klauen und dem Indifferentismus zu entreißen, und daß endlich die großen Schwierigkeiten in unserm Verhältnis zur tschechischen Partei immer mehr an Boden verlieren, daß wir die letzten Maikundgebungen unter stürmischer Begeisterung des Proletariats aller Nationen in gemeinsamen Manifestationen feiern konnten und unsre Zusammenarbeit mit der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft mit jedem Tag immer mehr vertiefen und ausgestalten konnten.

In treuester Hingabe an die Idee des Internationalismus können wir uns so der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nicht nur als eine kampfentschlossene Truppe angliedern, sondern auch unsre internationalen Pflichten in unserm Lande, in unsrer ganzen Arbeit, in allen unsern Kämpfen auch praktisch betätigen.

Alles dieses Ihnen lebendig vor Augen zu führen, ist uns Herzensbedürfnis, und darum laden wir Sie hiermit ein, den Reichsarbeitertag, den wir zur Feier des zehnten Jahresbestandes der Partei in den Augusttagen in Karlsbad veranstalten, zu beschicken und uns durch diese praktische Ausübung Ihrer brüderlichen Solidarität zu weiterer Arbeit und weitern Kämpfen zu ermuntern.

So sehen wir denn der Zukunft hoffnungsvoll entgegen, nicht zuletzt auch, weil wir uns eins wissen mit Ihnen!

Eines Stammes und einer Sprache, einer Kultur, fühlen wir uns aus der Schicksalsgemeinschaft heraus, die der Krieg und seine Auswirkungen gleichermaßen für Sie und uns geschaffen hat, mit Ihrer Partei für immerdar verbunden.

Diesem Gefühle Ausdruck zu geben und Ihnen zu sagen, daß wir glücklich sind, auf Sie in allen unsern Lebenslagen rechnen zu können, das ist die Aufgabe, die ich mir hier gestellt habe.

Bitte, nehmen Sie unsre besten Wünsche für Ihre Beratungen entgegen, denen die sudetendeutsche Arbeiterschaft, wie das ganze internationale sozialistische Proletariat mit angehaltenem Atem und mit großen Hoffnungen entgegensieht. (Beifall.)

Stivin (Vertreter der tschechoslowakischen Partei): Hochverehrte Genossinnen und Genossen! Im Namen der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüße ich herzlich Ihren Kongreß und gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Beschlüsse nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern der gesamten sozialistischen Internationale die besten Erfolge bringen mögen. Ich begrüße auch die Magdeburger Genossen und gratuliere ihnen zu der gestrigen machtvollen Kundgebung in dieser schönen Stadt, zu der aufopferungsvollen Arbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und des Oberbürgermeisters Genossen Beims. Wir in der Tschechoslowakei verfolgen die Entwicklung der deutschen Bruderpartei mit größtem Interesse, schon aus dem Grunde, weil die Verhältnisse bei uns große Aehnlichkeit mit den Verhältnissen in Deutschland haben. Das, was gestern Genosse Wels über die Politik des Bürgerblocks dargelegt hat, trifft auch auf unsre Verhältnisse zu. Die tschechoslowakische Partei steht vor der Revision ihres Programms. Auch wir müssen uns u. a. mit dem Wehrproblem beschäftigen. Das Wehrprogramm, das für die Sozialdemokraten nur als Abwehrprogramm existiert, stellt einen Teil der weltpolitischen Frage der allgemeinen Abrüstung dar, vor der die Vertreter der Regierungen im Völkerbund ratlos stehen und so lange stehen werden, bis die Arbeiterschaft zum mindesten in den entscheidenden Staaten die erforderliche Kraft erlangt. Trotzdem das bisher nicht der Fall ist, sehen wir schon die sozialdemokratischen Parteien und die Internationale in einer erfolgreichen Arbeit auf diesem Gebiete begriffen. Auch wir wollen für den Frieden und die Abrüstung unser möglichstes tun, nicht nur, weil wir den Frieden wollen, sondern auch, weil wir überzeugt sind, daß der Sozialismus zu seinem endgültigen Siege den Frieden braucht, nicht aber einen neuen Weltkrieg.

Was unsre tschechoslowakische Partei betrifft, so kann ich erklären, daß unsre Organisationen ständig wachsen. Die Wählerzahl ist bei den letzten Wahlen um 25 Prozent gestiegen. Der Zerfall der kommunistischen Bewegung wird bei uns immer weitergehen, und die Zusammenfassung der klassenbewußten Arbeiterschaft wird immer größere Fortschritte machen. Noch einmal die besten Wünsche zu Ihrem Parteitag. Hoch die Sozialdemokratie! Hoch die Sozialistische Arbeiter-Internationale! (Beifall.)

Andersen (Dänemark): Genossinnen und Genossen! Was ich gestern in meiner Ansprache sagte, nämlich, daß der Frühling gewöhnlicherweise grün ist, ist auch in Dänemark der Fall. Aber diesmal wurde der Frühling in Dänemark rot durch die großen sozialdemokratischen Wahlsiege im März und April. (Bravo!) Erst hatten wir die Kommunalwahlen und dann die Reichstagswahlen; überall, in den Landbezirken wie in den Städten, hat die Sozialdemokratie den Sieg davongetragen. Es war die Revanche für die reaktionäre Zeit der letzten 2 Jahre, in denen zwei reaktionäre Parteien eine knappe Mehrheit auf allen Gebieten rücksichtslos ausgenutzt hatten, um die wirtschaftlichen Interessen der Oberklasse in Dänemark zu wahren. Aber, wie trübe diese 2 Jahre auch waren und wie viele frühere Eroberungen wir verloren haben, die Bevölkerung Dänemarks hat doch davon gelernt. Bei den Wahlen zum Folketing, zum Abgeordnetenhaus im April hat die Sozialdemokratie in Dänemark 42 Prozent sämtlicher Stimmen errungen. (Lebhaftes Bravo!) Wir nähern uns also der absoluten Mehrheit. Die Kommunisten in Dänemark spielen keine große Rolle. Während die Sozialdemokraten 600 000 Stimmen erhielten, bekamen die Kommunisten nur 3000 bis 4000. Sie sehen also, daß Dänemark in dieser Beziehung gar nicht modern, sondern sozusagen ein zurückgebliebenes Land ist. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen aber nicht versprechen, daß es in der Zukunft besser werden wird. (Erneute Heiterkeit.)

Heute haben wir in Dänemark eine Koalitionsregierung mit den Demokraten, mit der radikalen Linken gebildet, und zwar auf der Grundlage eines gemeinsamen Arbeitsprogramms. Das Programm zielt ab auf eine bessere soziale Gesetzgebung. Auch das Strafgesetz gegen die Gewerkschaften, wie es von der Reaktion durchgeführt worden war, soll wieder abgeschafft werden. Das Programm zielt weiter darauf ab, die internationalen Konventionen des Internationalen Arbeitsamts und des Völkerbundes in Dänemark zu ratifizieren und durchzuführen. Die große Frage der Abrüstung steht in Dänemark gleichfalls auf der Tagesordnung. In Dänemark ist eine absolute Mehrheit dafür, möglichst schnell die Abrüstung durchzuführen, das Heer und die Flotte abzuschaffen und an ihrer Stelle eine Grenzwache und eine Seepolizei zu setzen. Sowohl in dieser wie in andern Fragen ist die neue Regierung eine starke Regierung. Wir denken auch nicht daran, innerhalb der ersten 4 Jahre einen Regierungswechsel vorzunehmen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir hoffen, durchzuhalten und die Reaktion von der Macht fernhalten zu können, weil die 2 Jahre der Reaktion der Arbeiterklasse und den kleinen Leuten in Dänemark zu teuer zu stehen gekommen sind. (Zustimmung.) Wieviel wir der konservativen Mehrheit im Oberhaus gegenüber durchführen können, wissen wir noch nicht. Aber wir werden alles versuchen und evtl. einen Verfassungskampf gegen das Oberhaus führen, um es abzuschaffen.

In dieser Beziehung spielt natürlich die internationale Entwicklung eine große Rolle, nicht am wenigsten die Entwicklung in der deutschen Republik. Wir freuen uns über die Stärke der deutschen Sozialdemokratie und über die gute Zusammenarbeit, die immer zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie bestanden hat. Wir haben mit Freude und Stolz gesehen, wie die deutsche Sozialdemokratie mit Erfolg gegen die schwarze und die rote Desperation angekämpft hat, gegen Nationalisten und Kommunisten, die um die Seele des deutschen Volkes kämpften und versuchten, die Stellung der Sozialdemokratie in Deutschland zu untergraben und damit die deutsche Republik zu stürzen. Wir haben feststellen können, daß die große deutsche Sozialdemokratie als die Wegweiserin und Stützerin der deutschen Republik auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus stets gestanden hat. Es freut mich ganz besonders, diesmal als Vertreter einer Regierungspartei auf dem Parteitag einer Regierungspartei anwesend zu sein. Ich habe zwar kein Vorschlagsrecht auf diesem Parteitag; aber vielleicht können wir die Verabredung treffen, daß wir uns künftig immer wieder als Regierungsparteien zusammenfinden. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Ich wünsche, daß der Parteitag einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Schaffung einer sozialdemokratischen Mehrheit in Deutschland sein wird, damit in Deutschland in Zukunft Demokratie und Sozialismus zur Durchführung gelangen können. In diesem Sinne begrüße ich den Parteitag namens der dänischen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Zeelens (Lettland): Werte Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, in meiner Begrüßungsrede in kurzen Worten die internationale Bedeutung der deutschen Sozialdemokratischen Partei, wie ich sie auffasse, zu werten. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1871 hat Karl Marx gesagt, daß das Zentrum der sozialistischen Bewegung in Europa von Paris nach Berlin historisch übergegangen sei. Nach dem großen Weltkrieg hat sich die Situation gewissermaßen geändert. Die englische Labour Party ist für die sozialistische Internationale weltpolitisch bedeutungsvoller als die deutsche Sozialdemokratische Partei. Dennoch ist aber für das kontinentale Europa, für die sozialistische Bewegung des gesamten europäischen Proletariats die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands ausschlaggebend, — nicht nur in dem Sinne, daß wir im Völkerbund merken, daß mit dem Eintritt Deutschlands ein neuer Faktor in die Abrüstungsfrage kräftig eingreift — nicht zuletzt ist das ein Werk der deutschen Sozialdemokratie —, aber auch in allgemeiner politischer Bedeutung. In dem innern Kräfteverhältnis Europas spielt die deutsche Sozialdemokratie eine sehr wichtige Rolle. In Südeuropa hat sich der Faschismus seit langen Jahren gekräftigt. In Osteuropa ist der Faschismus in manchen Staaten zur Macht gekommen. Deshalb verstehen wir, welche Bedeutung für die gesamte europäische Demokratie die Förderung und Kräftigung der Demokratie in Preußen und Deutschland hat.

Wenn wir die Entwicklung der deutschen Demokratie von außen beurteilen, so schien es nach dem Ergebnis der Wahl des letzten deutschen Reichspräsidenten, daß die demokratischen Parteien in Deutschland schwächer wären als die konservativen und monarchistischen Parteien. Aber dank der Arbeit der deutschen Sozialdemokratie und der Förderung der Demokratie in Preußen ist Preußen von der Hochburg des Junkertums und der Reaktion zum Vorkämpfer der Demokratie und der Republik geworden. Preußen ist die Hochburg und der kräftigste Pfeiler der Demokratie in ganz Europa geworden.

Auf der andern Seite sehen wir den kommunistischen Anprall gegen die Sozialdemokratie und die Demokratie. Auch in dieser Hinsicht hängt in dem Abwehrkampf gegen den internationalen Kommunismus sehr viel von der Stärke der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ab. Die Argumente der Theorie sind zur Bekämpfung des Kommunismus nicht allein ausschlaggebend. Man bekämpft ihn am besten durch soziale Reformen, durch Wirtschaftsdemokratie, durch eine demokratische Kultur. In Deutschland haben die Gewerkschaften, die Genossenschaften und nicht zuletzt die Kommunalpolitik der Sozialdemokratie zur Hebung der Massen des Proletariats so viel beigetragen, daß die ökonomische, die kulturelle, die soziale Arbeit des deutschen sozialdemokratischen Proletariats der Entwicklung des Kommunismus eine Schranke setzt. Das deutsche Proletariat wird dem Weltproletariat zeigen, daß es auf dem Wege der Demokratie vorwärtsschreiten kann.

In diesem Sinne der Verbreiterung der sozialen Gesetzgebung, einer Wirtschaftsdemokratie und einer kulturellen Demokratie begrüße ich die deutsche Sozialdemokratische Partei herzlich und schließe mit den Worten: Es lebe die alte deutsche Sozialdemokratie in der jungen deutschen Republik! (Bravo! und Händeklatschen.)

Kleyn (Holland): Sehr verehrte Genossinnen und Genossen! Die holländische Sozialdemokratische Partei hat mich beauftragt, Ihnen die herzlichsten

Grüße aus Holland und zu gleicher Zeit die besten Wünsche für einen guten Erfolg Ihrer Verhandlungen auszusprechen.

Ich komme aus einem kleinen Lande, das in der europäischen Politik keine hervorragende Rolle spielt. Wir sind mehr oder weniger von den Ereignissen in den großen Ländern abhängig. Geht es dort gut, so wird es aller Wahrscheinlichkeit nach bei uns auch gut gehen. Es ist bei Ihnen gut gegangen, sogar vorzüglich. Sie haben einen glänzenden Wahlsieg errungen, der bei uns lebhaften Widerhall gefunden hat. Wir warten jetzt auf das Wahlergebnis aus England. Am 3. Juli kommen wir endlich an die Reihe. Es wird bei uns gut gehen. Es gibt sogar Optimisten, die behaupten, es wird außerordentlich gut gehen. Das kann ich natürlich nicht voraussagen, aber bei uns ist die Partei voller Vertrauen. Sie hat im vergangenen Jahre rund 6000 neue Mitglieder gewonnen, die Gewerkschaftsbewegung in den vergangenen 4 Jahren 40 000 neue Mitglieder. Das Zentralorgan der Partei „Het Volk" gewinnt in den letzten Monaten pro Woche 300 bis 400 neue Abonnenten. Gewiß besagen diese Zahlen für Sie nicht viel, aber vergessen Sie nicht, daß wir ein kleines Land sind und nur in bescheidenen Abmessungen wirken. Aber in einem sind wir nicht bescheiden, sondern Ihnen weit überlegen: An unsrer Wahl beteiligen sich nicht weniger als 36 Parteien.

Ich will Ihre kostbare Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Ich wünsche Ihnen namens der holländischen Sozialdemokratischen Partei den allerbesten Erfolg Ihrer Verhandlungen nicht nur im Interesse Ihrer eignen Partei, sondern im Interesse der ganzen internationalen Sozialdemokratie. (Bravo! und Händeklatschen.)

Helo (Finnland): Deutsche Parteigenossinnen und Genossen! Es ist mir eine besondere Genugtuung, Ihnen zu Ihrem Parteitag den herzlichsten Gruß der Sozialdemokratischen Partei Finnlands zu überbringen. Ich wünsche Ihnen den besten Erfolg und hoffe, daß dieser Erfolg einen neuen Fortschritt unsrer Bruderpartei darstellt, die wir immer mit Stolz begrüßen.

Die Meinung unsers kleinen Landes wiegt nicht viel. Ich komme aber von einer Partei, die immer an den sozialdemokratischen Prinzipien festgehalten hat. Wir sind stolz darauf, die Schüler des alten deutschen Sozialismus zu sein.

Mit Freude kann ich bestätigen, daß die Sozialdemokratische Partei Finnlands in den letzten 3 Jahren vorwärtsmarschiert ist. Der Aufstieg ist bedeutend. Unsre Mitgliederzahl ist um etwa 60 Prozent gestiegen und nimmt fortwährend zu. In diesem Augenblick stehen wir vor einem erbitterten Wahlkampf. Die Bourgeoisie hat uns den Handschuh hingeworfen. Unser Parlament ist aufgelöst. Wir führen einen Kampf gegen die geschlossene Front von den Bürgerlichen bis zu den Kommunisten. Aber wir sind sicher, daß wir dem Beispiel unsrer Kameraden in Deutschland wie in Dänemark nachfolgen, so daß wir diesen Angriff mit Sieg zurückschlagen.

Wir sind überzeugt, daß Sie getreu den Grundsätzen des alten deutschen Sozialismus den Kampf gegen den Kapitalismus und den vom Kapitalismus großgezogenen Militarismus führen. Mit größter Bewunderung haben wir gesehen, wie sich die deutschen Arbeiter von dem Imperialismus, dem Junkertum und der stärksten Militärmacht vor 10 Jahren befreiten, daß sie dem Krieg einen unversöhnlichen Krieg erklärten. Die völlige Abrüstung aus eignem Willen, die Versöhnung der Völker ist immerhin das Ziel der Arbeiter in allen Ländern. Ein Schritt vorwärts auf diesem Wege würde nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt, für die Zukunft der Menschheit von allergrößter Bedeutung sein. In diesem Sinne wünsche ich den Arbeiten Ihres Parteitags den besten Erfolg. (Bravo! und Händeklatschen.)

Brill (Danzig): Werte Parteigenossinnen und Genossen! Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig hat mich beauftragt, dem Parteitag der deutschen Bruderpartei herzlichste Grüße zu übermitteln.

Nach der gewaltsamen Abtrennung Danzigs vom deutschen Mutterland haben wir uns selbständig machen müssen. Wir sind heute zum ersten Male als Ausländer hier vertreten. Schwere Zeiten und sehr schwere Kämpfe liegen hinter uns. Wir sind aber mit dem Erfolg unsrer Arbeit leidlich zufrieden. Im heutigen Gebiet von Danzig stieg die Zahl der Mitglieder von 1914 um 3776 und die der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter um 19 797. Bei der Reichstagswahl 1912 wurden 13 310 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, bei den Danziger Volkstagswahlen 1927 61 679. (Bravo! und Händeklatschen.) Im Jahre 1914 hatten wir 14 Gemeindevertreter. Heute zählen wir 673. In der Stadtgemeinde Danzig hatten wir 1914 nicht ein einziges Stadtverordneten-Mandat. Heute stellen wir den Stadtverordneten-Vorsteher und haben von 54 Mandaten 20 besetzt. Unsre Parteizeitung wurde 1910 unter der hervorragenden Mitwirkung des Genossen Crispien als Wochenblatt ins Leben gerufen, brachte es aber nur auf einige 1000 Abonnenten. Heute ist die „Danziger Volksstimme" eine angesehene Tageszeitung mit 17 000 Abonnenten. (Bravo!) Sie wird in eigner Druckerei hergestellt. Im Danziger Volkstag sind wir die stärkste Fraktion. Wir haben von 120 Mandaten 42 und stellen den Volkstagspräsidenten. Wir befinden uns in einer Koalitionsregierung mit Liberalen und Zentrum. Uns sind also alle „Freuden" einer Koalitionsregierung gut bekannt. Die Regierung von Danzig besteht aus 22 Senatoren, 8 hauptamtlichen, die auf 4 Jahre gewählt wurden, und 14 nebenamtlichen, die vom Vertrauen des Volkstags abhängig sind. Von den 8 hauptamtlichen Senatoren stellen wir 3, Finanzen, Inneres, Arbeit und Betriebe, und von den 14 nebenamtlichen 8, darunter den Senatsvizepräsidenten, dessen Amt der Genosse Gehl bekleidet.

Sind die Erfolge gemessen an den deutschen Verhältnissen auch gering, so sind wir Danziger doch auf sie stolz, denn sie sind auf steinigem und für den Sozialismus hartem Boden erkämpft gegen einen skrupellosen und demagogischen Nationalismus. Spielt auch im Deutschen Reich in der Politik der Nationalismus eine gewisse Rolle, so um so mehr in einem Zwergstaat wie Danzig, der gewaltsam vom Mutterland abgetrennt wurde.

Polen ist das Hinterland für Danzig, von dem es wirtschaftlich abhängig ist. Polen und Danzig bilden eine Zollunion. Der Hafen von Danzig untersteht einem zu gleichen Teilen von Polen und Danzig zusammengesetzten Ausschuß, an dessen Spitze ein vom Völkerbund ernannter Präsident steht. Die Danziger Eisenbahn ist Polen zugeteilt. Die Eisenbahner, die über den Vorortverkehr hinausfahren, müssen der polnischen Sprache mächtig sein. Bei Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen tritt ein vom Völkerbund ernannter Kommissar als erste Instanz in Aktion. Danzig geht es wirtschaftlich sehr schlecht, es hat keine eignen Naturschätze, auch keine größere Industrie, von der es leben könnte. Die Arbeitslosigkeit ist darum sehr groß. Von 380 000 Einwohnern sind heute noch 15 000 erwerbslos. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre diese Zahl um 3000 bis 4000 gestiegen, wenn nämlich nicht die sozialdemokratische deutsche Reichstagsfraktion den Danziger Arbeitern einen wichtigen Arbeitsplatz, das Schichau-Unternehmen erhalten hätte. Wir sagen ihr für diese Tat unsern herzlichsten Dank.

Die Deutschnationalen in Danzig haben in ihrer 8jährigen Regierungstätigkeit einen sehr großen Beamtenapparat aufgezogen, der 55 Prozent der Staatseinnahmen verschlingt. Diese Last kann Danzig auf die Dauer nicht tragen. Es besteht zurzeit keine Aussicht, eine Verminderung der Zahl der Beamten herbeizuführen, weil wir Sozialdemokraten in dieser Frage von den beiden Koalitionsparteien im Stich gelassen werden. Im vorigen Jahre wollten wir durch eine Verfassungsänderung Volkstag und Senat verkleinern, auch sollte der Senat vom Vertrauen des Volkstags abhängig und die Stadtgemeinde Danzig selbständig gemacht werden. Da uns aber an der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit 5 Stimmen fehlten und die Kommunisten nicht

abstimmten und damit die Erweiterung der Volksrechte Hand in Hand mit den Deutschnationalen verhinderten, konnten wir die beabsichtigte Verfassungsänderung nicht durchführen.

Wenn ich von meinem Gastrecht etwas reichlich Gebrauch gemacht habe, so wird dies dadurch entschuldigt, daß ich aus einem Lande komme, das früher zum Deutschen Reich gehörte, dessen heutige Verhältnisse den meisten Parteigenossen nicht bekannt sind.

Ich wünsche den Arbeiten des Parteitags den besten Erfolg; denn Ihr Erfolg ist unser Erfolg, Ihr Sieg ist unser Sieg. Wie so oft wird auch aus dieser Tagung die Partei gestärkt und mit einheitlichem Willen hervorgehen. Gewiß haben Sie große Schwierigkeiten, aber auch wir haben große und kleine Schwierigkeiten, die manchmal fast unüberwindlich scheinen. Aber wir schauen wie Sie zuversichtlich und frohen Mutes in die Zukunft — denn unser die Welt trotzdem und alledem! (Bravo! und Händeklatschen.)

Vors. **Wels**: Ich danke den Vertretern der ausländischen Bruderparteien für die herzlichen Wünsche für unsern Parteitag. Wir fühlen uns eins mit allen in der Internationale, die mit uns gleichen Sinnes gleichen Zielen zustreben.

Die ungarischen Parteigenossen lassen sich entschuldigen, weil schwere wirtschaftliche Verhältnisse sie an der Vertretung auf unserm Parteitag verhindern.

Unsre englischen Parteigenossen hoffen, gerade bei uns Verständnis dafür zu finden, daß die Parlamentswahlen sie zwingen, den letzten Hauch von Mann und Roß an den Kampf und den Sieg zu setzen. Wir haben dafür Verständnis und wünschen ihnen guten Erfolg.

Die Parteigenossen in Jugoslawien schreiben uns, daß eine Vertretung für sie unmöglich sei, da sie wohl jemand schicken könnten, seine Rückkehr nach Jugoslawien aber sehr zweifelhaft wäre, da die Partei aufgelöst ist, nicht besteht und das Erscheinen als Privatmann dort als ein Weiterbestehen der Partei gedeutet würde.

Unsre belgischen Genossen sagen uns, wie gern sie bei uns sein möchten an dem Tag, an dem bei ihnen die Wahlschlacht geschlagen wird, wie unser Wahlsieg im Mai 1928 eine glückliche Wendung in der internationalen Politik herbeigeführt hat.

„Wir in Belgien gerade haben es stark zu spüren bekommen. Die Atmosphäre des Mißverstehens und des Mißtrauens ist zerstört worden und wir konnten unsern Kampf für die Demokratie verstärken. Wir hoffen sehr, daß am 26. Mai das belgische Volk verstehen wird, daß die einzige Friedensgarantie in der Stärkung der Macht der internationalen Sozialdemokratie liegt. Mit Euerm Beispiel vor Augen hoffen wir siegen zu können. Während Ihr zu Euerm Kongreß zusammen seid, werden wir die letzten Schläge gegen die vereinigten Bürgerlichen führen und wir werden es tun mit dem Gedanken, daß Eure Gedanken auch bei uns sind."

Jawohl, das sind sie. Haben wir bis zur Stunde auch keine Nachrichten aus Belgien über den Ausfall des Wahlkampfes, so ist mein Optimismus doch nicht geringer geworden, sondern im Gegenteil, ich habe die stärkste Hoffnung für den Sieg der belgischen und englischen Arbeiter. Die Internationale marschiert. Die Internationale kann aufgehalten, kann gehemmt werden, sie kann aber nicht verhindert werden. Der Internationale gehört die Zukunft, trotzdem und alledem!

Nochmals herzlichen Dank für die Worte der Begrüßung! (Bravo! und Händeklatschen.)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Wir kommen zum ersten Gegenstand der Tagesordnung

Bericht des Parteivorstandes

a) Allgemeines.

Ich bitte den Genossen Hans Vogel, zu diesem Bericht des Parteivorstandes das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Hans **Vogel**: Werte Parteigenossinnen und Parteigenossen! Genau 2 Jahre trennen uns von unserm letzten, dem Kieler Parteitag, dessen glänzender Verlauf noch in aller unsrer Erinnerung ist. Große, wichtige politische und wirtschaftliche Ereignisse haben sich in diesem Zeitraum abgespielt, groß und wichtig auch für die Sozialdemokratische Partei. Ueber diese Ereignisse geben die beiden Jahrbücher, die in den letzten 2 Jahren von der Partei herausgegeben worden sind, eingehenden Aufschluß, so daß ich nicht im einzelnen auf alle diese Ereignisse einzugehen brauche.

Ich möchte ausgehen von der Wahl im Mai des Vorjahres, die der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, im voraus als eine Entscheidungsschlacht zwischen Deutschnationalen und Sozialdmokraten bezeichnet hat, wobei er es für ganz selbstverständlich hielt, daß seine Partei die gewinnende, die Sozialdemokratie die niedergerittene sein würde.

Es ist allerdings anders gekommen, als es sich Graf Westarp vorgestellt hat. Die Deutschnationalen sind die Geschlagenen, die Sozialdemokraten die Gewinnenden. Ja, das Wahlergebnis bedeutet sogar eine gesamtbürgerliche Niederlage, vor allem aber eine Ablehnung all der Parteien, die an der vorausgegangenen Regierung des Bürgerblocks beteiligt waren. Man kann wohl sagen, daß die Verluste der bürgerlichen Parteien viel stärker gewesen sind als die Gewinne der Sozialdemokratie, viel stärker auch noch als die Gewinne der beiden proletarischen Parteien, wenn man schon die Kommunistische Partei als eine solche bezeichnen will. Deutschnationale, Landbund, Sächsisches Landvolk, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayrische Volkspartei und dazu die Demokraten haben zusammen 3,4 Millionen Stimmen verloren, Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen 1,8 Millionen gewonnen, wovon erfreulicherweise auf unsre Partei 1 264 798 entfallen.

Die eigentliche Wahlniederlage der bürgerlichen Parteien fällt auf das Konto der Deutschnationalen. Sie haben im Reichstag nur noch 73 Abgeordnete gegen 103 im vorausgegangenen Reichstag. Und an den 15 Abgeordneten, die unter dem Schutz der deutschnationalen Tarnkappe und auf den Krücken der eigens für die Wahlen gegründeten christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei, dem Sächsischen Landvolk u. dgl. in den Reichstag gewählt worden sind, werden die Deutschnationalen kaum Freude gewinnen, denn die werden sich wohl mehr als weiteres Sprengpulver für die Deutschnationale Partei erweisen.

Die Wahl bedeutet aber auch für Zentrum und Bayrische Volkspartei eine Niederlage, wie sie diese Parteien seit 1912 nicht mehr erlebt haben. Dabei ist bemerkenswert, daß der Wahlniederlage von 1912 ebenfalls ein Bündnis des Zentrums mit den Rechtsparteien vorausgegangen war. Die Stimmen des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei sind von 5,25 Millionen im Dezember 1924 auf 4,64 Millionen im Mai 1928 zurückgegangen. Das bedeutet einen Verlust von 11,5 Prozent. Zentrum und Bayrische Volkspartei zusammen haben nur noch 16 Prozent der gesamten Wählerschaft hinter sich, wenn ich dabei die abgegebenen gültigen Stimmen als Grundlage nehme, während der Anteil der katholischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung 32,4 Prozent beträgt. Und wenn man dabei noch die besondere Rolle berücksichtigt, die für Zentrum und Bayrische Volkspartei das Frauenstimmrecht spielt, dann kann man nur sagen, daß die Wahl vom Mai 1928 für den politischen Katholizismus die schwerste Niederlage seit seinem Bestehen überhaupt darstellt. (Sehr richtig!)

Zwei Tatsachen möchte ich aus dem Wahlergebnis feststellen: erstens eine starke Gärung, Unzufriedenheit, Desorientierung bei den bürgerlichen Parteien

und zweitens einen großen Abfluß proletarischer Wähler von den bürgerlichen Parteien zu den Arbeiterparteien. Im Lichte der Entwicklung seit 1924 gesehen, bedeutet dieser Strom der proletarischen Massen direkt oder auch indirekt auf dem Umweg über die Kommunistische Partei die Konzentrierung der proletarischen Massen in der großen Sozialdemokratie.

Was die Gärung, Unzufriedenheit und Desorientierung der bürgerlichen Parteien anlangt, so kann man wohl direkt von einer Krise reden, von der kaum irgendeine bürgerliche Partei verschont ist, von der am schlimmsten die Deutschnationale Partei betroffen ist. Die Deutschnationalen haben sich bis in die letzte Zeit immer gern im Lichte einer monarchischen, im Lichte der nationalistischen Partei gefallen. Der Vorstoß Lambachs hat aber aller Welt gezeigt, daß der monarchische Gedanke auch bei den Deutschnationalen nicht mehr die Kraft hat, die der Programmatik eigentlich entsprechen müßte. (Sehr richtig!) Dieser monarchische Gedanke ist besonders bei den jüngern Schichten, zumal bei den „nationalen" Arbeitern und Angestellten, so gut wie vollständig erledigt. Aber auch mit dem nationalistischen Moment ist es bei den Deutschnationalen nicht mehr das gleiche wie früher. Die Tatsache, daß die Deutschnationalen, als sie an verantwortlicher Stelle waren, die gleiche Politik machen mußten, die sie vorher so viel geschmäht und bekämpft hatten, ist nicht ohne Wirkung geblieben.

In der letzten Zeit hat die Deutschnationale Partei einen Weg betreten, auf dem sie ihren proletarischen Anhang gänzlich zu verlieren riskiert. Mit der Wahl Hugenbergs zum Führer resp. Diktator der Partei versucht die Deutschnationale Partei ganz bestimmte klar umrissene Klasseninteressen zu konsolidieren. Die Wahl Hugenbergs bedeutet eine ganz brüske Herausforderung der nationalgesinnten Arbeiter und Angestellten, der Leute um Lambach und Hülser, zu gleicher Zeit aber auch eine Zurücksetzung derjenigen, die wie Lindeiner-Wildau innerhalb der Deutschnationalen Partei den Gedanken des sozialen Konservatibismus vertreten. Aber Leute wie Hugenberg, Bang, Freytagh-Loringhoven haben kein Interesse daran, daß die Deutschnationale Partei eine große Zahl von Vertretern im Parlament hat, denn diese Leute rechnen ja nicht mit parlamentarischen Lösungen, sie sind eine Art Faschisten, ihnen ist es nur darum zu tun, in dem Augenblick, mit dem sie rechnen, eine zuverlässige Gruppe um sich zu haben. Und so ist noch nicht abzusehen, wie diese Krise der Deutschnationalen Partei enden wird.

In einer ähnlichen Krise steht das Zentrum. Das Zentrum ist aus dem sich bedroht fühlenden Katholizismus hervorgegangen. Der Katholizismus hat heute in Deutschland wahrlich nichts zu befürchten. Damit sind aber auch die Bindungen lockerer geworden, wie sich dies aus den Wahlziffern ganz deutlich ergibt. Aber auch der soziale Gegensatz tritt heute im Zentrum und in der Bayrischen Volkspartei stärker als jemals hervor. Ich brauche nur an die Kölner Tagung und an die von Siegerwald nach Essen einberufene Protestversammlung der christlichen Gewerkschaften zu erinnern. Die katholischen Arbeiter im Zentrum sehen keinen Weg mehr, auf dem sie ihre Forderungen innerhalb der Partei zur Geltung bringen können. Darum und infolge der Lockerung der Glaubensbindungen vollzieht sich eine langsame Abwandrung der katholischen Arbeiter zur Sozialdemokratie. (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen! Es ist eine ganz besonders wichtige Aufgabe unsrer Partei, sich psychologisch auf die Verfassung der zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter in den bürgerlichen Parteien einzustellen. Auch bei den Deutschnationalen und beim Zentrum und bei der Bayrischen Volkspartei liegt für unsre Partei ein großes Reservoir und nicht nur, wie viele unsrer Freunde glauben, allein im Lager der Kommunistischen Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir müssen uns dabei allerdings darüber klar sein, daß die Leute, die aus dem bürgerlichen Lager zu uns herüberkommen, noch nicht Sozialisten sind, daß wir sie aber nicht abstoßen dürfen, sondern daß unsre Aufgabe darin liegt, sie bewußt zu Sozialisten zu machen.

Wenn ich vorhin als zweite Erscheinung des Wahlergebnisses eine Konzentrierung der proletarischen Massen in der großen Sozialdemokratie festgestellt habe, so muß ich in diesem Zusammenhang auch darauf aufmerksam machen, daß sich die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung viel stärker konsolidiert hat und daß die Vereinigung dieser Spaltung mit weit größern Schwierigkeiten verknüpft ist, als man sie nach dem organisatorischen Verfall der Kommunistischen Partei und dem Streit aller gegen alle in der Kommunistischen Partei hätte annehmen dürfen. Die Kommunistische Partei hat bei der Maiwahl 1928 gegenüber der Wahl im Dezember 1924 immer noch mehr als 500 000 Stimmen gewonnen. Sie hat aber damit nicht den Höchststand vom Mai 1924 erreicht. Prozentual genommen, betrug der Anteil der kommunistischen Stimmen im Verhältnis zu allen abgegebenen Stimmen im Mai 1924 12,6 Prozent, im Dezember 1924 9 Prozent, im Mai 1928 10,6 Prozent, während bei uns ein ständiges Aufsteigen festzustellen ist. Für die Sozialdemokratie waren die Zahlen im Mai 1924 20,5 Prozent, im Dezember 1924 26 Prozent und im Mai 1928 29,8 Prozent. Und es ist das Erfreuliche, daß an dieser Steigerung unsers Machtzuwachses alle Bezirke, vielleicht mit drei Ausnahmen, beteiligt waren. Ich brauche sie nicht zu nennen, ich halte es für selbstverständlich, daß die Genossen, die es angeht, sich selbst um die Dinge kümmern und inzwischen schon nach den Ursachen ihres Mißerfolges oder nicht genügenden Erfolges gesehen haben.

Der Stimmenzuwachs der Kommunisten dürfte zu einem Teil auf Wähler zurückzuführen sein, die 1924 noch im extremen Rechtslager gestanden haben. Wir haben in den letzten 10 Jahren ja so oft erlebt, wie die Menschen aus einem Extrem ins andre herüberwechseln, und bei der Geistesverfassung dieser Leute nimmt das weiter nicht wunder. Aber wie wenig Verlaß auf solches politisches Treibholz ist, haben die Kommunisten bei ihrem Volksbegehren in der Frage des Panzerkreuzers und bei ihrer Maiaktion in diesem Jahre erfahren müssen. 62 Prozent der kommunistischen Wähler haben die kommunistische Parteileitung bei dem Volksbegehren im Stich gelassen, und daß die kommunistische Parteileitung trotz dieser üblen Erfahrung — vielleicht darf ich auch sagen: gerade wegen dieser üblen Erfahrung — die Maiaktion auf diese undisziplinierte, unorganisierte Wählerschaft aufgebaut hat, das ist ja das große Verbrechen, das in dieser Aktion liegt.

Eingehende Untersuchungen des Wahlergebnisses zeigen uns, daß nicht alle neuhinzugekommenen Wähler auch sofort Sozialisten werden. So verhält sich beispielsweise die Zahl der Wahlbeteiligung der Frauen zu den Männern wie 93 zu 100, und dem Alter nach wählen in den beiden Gruppen die 20- bis 25jährigen, die man bei normalem Wahlerfolge als Erstwähler bezeichnen kann, am allerschlechtesten. Wir haben deshalb alle Veranlassung, ernsthaft zu prüfen, wie wir besser an die jüngern Jahrgänge herankommen. Wir haben dazu um so mehr Veranlassung, wenn wir bedenken, daß, wenn die nächste Wahl im Jahre 1932 turnusmäßig stattfindet, die Gruppe der seit Abschluß des Krieges hinzugekommenen Wähler so stark angewachsen ist, daß diese Gruppe allein ein Viertel bis ein Drittel aller Reichstagsmandate vergeben kann.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zu unsrer sozialistischen Arbeiterjugend! Mit besonderer Genugtuung stelle ich fest, daß eine starke Verbundenheit der Arbeiterjugend mit der Partei besteht. Das hat sich ganz besonders bei den Wahlarbeiten gezeigt. Unsre Arbeiterjugend war überall dabei, wo es galt, die Wahlbewegung zu fördern. Vor allen in den Bezirken mit großen ländlichen Gebieten ist ein erheblicher Teil der Wahlarbeit durch die Jugend geleistet worden. Der Wille der Jugend zu unsrer Partei ist stark. Die politische Organisierung der Jahrgänge zwischen 18 und 25 Jahren hat im Laufe der letzten 2 Jahre weitere Fortschritte gemacht. Die jungen Jahrgänge

in der Partei treten stärker hervor. Die Partei ist durchaus nicht so veraltet und so verkalkt, wie das hier und da selbst von eignen Parteigenossen angenommen wird. Und wer noch glauben konnte, daß es doch so wäre, den wird in den letzten Tagen die aktive Beteiligung der Jugend an unserm Parteitag, die alle unsre Herzen höher schlagen ließ, eines Bessern belehrt haben; sie hat uns gezeigt, daß es doch etwas Herrliches um eine Partei ist, die so mit der Jugend verwachsen ist, wie es bei unsrer, der Sozialdemokratischen Partei, der Fall ist. (Beifall.)

Ich darf darauf hinweisen, daß unsre Nürnberger Parteifreunde im letzten Jahre eine Statistik durchgeführt haben, um das Alter der Mitglieder festzustellen. Daraus hat sich ergeben, daß allerdings nur 23,5 Prozent der Mitglieder unter 30 Jahren waren. Aber eine Aufstellung der Neuaufgenommenen ergibt, daß 36 Prozent der Neuhinzugekommenen unter 25 Jahre, 54 Prozent unter 30 Jahre alt sind. (Hört, hört!)

So erfreulich die innere Verbundenheit der Jugend mit der Partei ist, so muß ich doch einige Worte sagen zu dem sich immer wieder bemerkbar machenden Versuch, unsre Jugend gegen die Entscheidungen der Partei zu mobilisieren. Wir haben das am deutlichsten gesehen bei den Auseinandersetzungen über den Panzerkreuzer und in der Frage des Wehrprogrammentwurfs. Wir alle erkennen dabei gern an, daß sowohl der Hauptvorstand als auch der Reichsausschuß der sozialistischen Arbeiterjugend sich wiederholt scharf gegen diese Versuche gewandt hat. Ich wende mich gewiß nicht dagegen, daß auch die jungen Leute sich mit Fragen wie den erwähnten beschäftigen, daß sie darüber sprechen. Ich halte es aber für pädagogisch durchaus verfehlt, jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren, über deren ehrliche Begeisterung für die sozialistischen Ziele wir uns alle aufrichtig freuen, so viel politische Erfahrung und Erkenntnis zuzutrauen, wie sie so schwierige Entscheidungen wie die Frage des Panzerkreuzers und des Wehrprogramms erfordern. (Zustimmung.) Müssen denn die jungen Menschen, die mit ein paar Schlagwörtern, mit einem einfachen Handaufheben den Wehrprogrammentwurf für unsozialistisch erklären, nicht zu der Meinung kommen, daß eine richtige Begeisterung, eine mächtige Wut oder ein paar Schlagwörter genügen, um solche schwierigen Fragen zu erledigen? Ich glaube, daß gerade wir Sozialisten allen Anlaß haben, uns vor einer derartigen politischen Verbildung zu hüten, daß wir alle Veranlassung haben, dafür zu sorgen, daß der Jugend, die doch einmal unsre Arbeit fortzusetzen und zu vollenden hat, eine gediegene politische Bildung zuteil wird. (Sehr richtig!) Wir wollen keine Leisetreter, die vor lauter Besorgnis zu keiner Entscheidung kommen können, wir wollen Menschen, die sich der Tragweite ihrer Entscheidungen auf Grund ihrer politischen Schulung auch wirklich bewußt sind. (Zustimmung.)

In diesem Zusammenhang darf ich wohl als Wunsch des Parteivorstandes zum Ausdruck bringen, daß sich die einzelnen Spezialabteilungen, soweit sie der Partei angeschlossen sind, auf ihren eigentlichen Aufgabenkreis beschränken möchten und sich nicht immer in Aufgaben bewegen, die ihnen nicht zukommen. (Sehr richtig!)

Damit komme ich zu der Frage der Koalition. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß wir im Mai 1928 neben anderm unsern großen Erfolg der Parole zu danken hatten: weg mit der Regierung des Bürgerblocks! Das hat der Parteiausschuß in seiner Sitzung vom 6. Juni in Köln auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er einen Beschluß faßte, der besagte:

> In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratie die Führung bei der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen hierfür einleitet.

Ich glaube mich zu erinnern, daß damals gegen diese Fassung auch die sächsischen Parteigenossen keinerlei Einwendungen erhoben haben. Mit diesem Beschluß hat aber der Parteiausschuß seine ausdrückliche Zustimmung zur Bildung einer Koalitionsregierung ausgedrückt.

Es war ja auch selbstverständlich, denn eine andre als eine Koalitionsregierung ist bei der Parteienzersplitterung in Deutschland nicht möglich, da keine Partei für sich allein über eine Mehrheit verfügt, auch wir Sozialdemokraten nicht. Wir befinden uns andern Parteien gegenüber in der Frage der Regierungsbeteiligung in einer ganz besonders unangenehmen Situation. Die Sozialdemokratie ist allein noch zu schwach, um für sich allein eine rein sozialdemokratische Regierung bilden zu können. Sie ist aber auch bereits zu stark, um sich dauernd abseits stellen und mit verschränkten Armen den andern die Staatsgewalt ausliefern zu können. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist häufig kritisiert worden, daß das Eintreten unsrer Partei in die Regierung erfolgt ist, ohne daß ein festes Regierungsprogramm oder ohne daß auch nur bestimmte Richtlinien für die Regierung aufgestellt worden sind. Man muß sich auch hier wieder fragen: welche Richtlinien hätten denn aufgestellt werden sollen? Koalitionsregierung heißt immer tolerieren, sich mit den andern in der Macht teilen. Jede Partei muß bei Koalitionsregierungen mit ihren weltanschaulichen Forderungen einige Pflöcke zurückstecken, und wenn sich bei solchen Verhandlungen über Regierungsbildungen jede der beteiligten Parteien darauf festlegt, daß ihre speziellen Forderungen als Richtschnur des Regierungsprogramms gelten sollen, dann kommt überhaupt keine Regierung zustande. Wir haben das im letzten Jahre 10 Monate hindurch doch wirklich zum Ueberdruß erlebt. Gestehen wir es doch offen ein, daß nichts dem Parlamentarismus und der deutschen Republik so sehr geschadet und den törichten Ruf nach dem starken Mann, dem Diktator, mehr gefördert hat als diese fast einjährige Regierungskrise. (Zustimmung.)

Zeigen uns denn nicht auch die Erfahrungen mit den Richtlinien des Bürgerblocks allerlei? Hat denn über die Auslegung dieser Richtlinien unter den Regierungsparteien nicht ein ununterbrochener Streit bestanden vom ersten bis zum letzten Tage des Bestandes der Regierung des Bürgerblocks? Es ist ganz falsch, wenn immer wieder gesagt wird: wenn nur nicht immer die Sozialdemokratie bei solchen Aktionen die alleinopfernde Partei wäre. (Zurufe: Sehr richtig!) Wie wenig das richtig ist, ergibt sich, wenn wir die endgültige Gestaltung des Sozialetats mit den Forderungen vergleichen, die vom Hansabund und von der Deutschen Volkspartei gerade auf diesem Gebiet aufgestellt worden sind. (Zustimmung.) Es ist ein Unglück, daß viele unsrer Genossen immer nur das sehen, was unsre Vertreter in der Regierung nicht durchzusetzen vermögen, nie aber das, was sie an Anschlägen auf die Interessen der Arbeiterklasse zurückweisen und das, was ihre Tätigkeit an positiven Erfolgen aufzuweisen hat. (Sehr gut!) Vergessen wir doch auch nicht, daß unser Eintritt in die Regierung unter den denkbar ungünstigsten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen stattgefunden hat und daß diese Verhältnisse sich im letzten Jahre bedeutend verschlimmert haben. 1929 ist das erste Normaljahr auf dem Gebiet der Reparationsleistungen. Die bürgerlichen Parteien haben in den letzten Jahren alle Ueberschüsse im Reichshaushalt verwirtschaftet und der neuen Regierung ein großes Loch im Haushalt hinterlassen. Wir haben eine niedergehende Konjunktur mit verminderten Einnahmen für die Reichskasse und mit ungeheuer vermehrten Ausgaben. Trotzdem muß man bei objektiver Würdigung der Verhältnisse m. E. zu dem Ergebnis kommen, daß unsre Genossen in der Regierung das menschenmögliche getan haben, um den Interessen der arbeitenden Klasse gerecht zu werden. Selbst wenn Sie Ursache hätten, unzufrieden zu sein, wer kann glauben, daß eine rein bürgerliche Regierung mehr und Besseres für die Arbeiterschaft geleistet hätte! (Lebh. Zustimmung.) Man muß doch auch berücksichtigen, daß unsre Vertreter in der Regierung 10 Monate hindurch überhaupt keine Mehrheit des Parlaments hinter sich hatten, was doch schon an sich lähmend wirken mußte. Dabei mag man ruhig

zugeben, daß das eine Jahr Regierungstätigkeit gerade nicht besonders geeignet ist, Begeisterung für eine Koalitionsregierung auszulösen. (Rufe: Sehr wahr!) Aber nur zwei Möglichkeiten gibt es: entweder eine rein bürgerliche Regierung oder eine Regierung, an der unsre Partei möglichst stark mit der Führung beteiligt ist. (Sehr richtig!) Auch in dieser Frage gilt es, das kleinere Uebel zu wählen, und ich bezeichne die zweite Möglichkeit als dieses kleinere Uebel.

Ist es denn wirklich wahr, wie mitunter behauptet wird, daß das Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien, überhaupt die ganze Politik, wie sie von der Partei in den letzten Jahren geführt worden ist, nicht in Einklang zu bringen sei mit dem Klassenkampfcharakter unsrer Partei, daß diese Politik den Klassenkampfcharakter verwische, wenn nicht völlig aufgebe? Wir alle, die wir die Lehren von Karl Marx und Ferdinand Lassalle kennen, wissen, daß die Sozialdemokratische Partei eine revolutionäre Partei ist und im Interesse der Arbeiterklasse bleiben muß. Niemand in der Partei denkt an eine Verleugnung des Klassenkampfes. Niemand behauptet, daß sich durch die Wandlung zum organisierten Kapitalismus und durch die Ansätze der Demokratisierung der Wirtschaft die Klassengegensätze verwischt hätten. Nein, diese Klassengegensätze bestehen unvermindert fort, teilweise sogar zugespitzt, und der Kampf geht weiter. Ist es wirklich notwendig, immer wieder solche Selbstverständlichkeiten zu betonen, immer wieder den proletarischen Klassenkampf zu proklamieren? Wenn es darauf allein ankäme, wie kräftig müßte die Kommunistische Partei vor uns stehen! (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt nicht allein auf die Manifestierung des Kampfes an, sondern auch darauf, dem Kampf konkrete Aufgaben und Ziele entsprechend der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu stellen, wie es beispielsweise die Gewerkschaften mit der Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft tun. Selbstverständlich kann die Demokratisierung der Wirtschaft kein Ersatz für den Sozialismus sein; sie bedeutet auch kein Ablenken von der sozialistischen Ideenwelt. Demokratisierung der Wirtschaft soll sein die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, auf der sich der Kapitalismus aufbaut, und mit dieser Forderung sind die Gewerkschaften dem Sozialismus und damit auch der Partei bewußt einen Schritt nähergerückt. Wir als Partei sollten uns darüber freuen, statt von Anfang an wieder an diesem Beschluß herumzunörgeln und ihn zu mißdeuten. (Sehr wahr!)

Es ist gewiß gut, daß auch in unsrer Partei starke Kräfte vorhanden sind, die über die Tradition der Partei wachen. Tradition ist für jede Partei ein wertvolles Gut. Es wäre nur zu wünschen, daß recht viele unsrer Genossen von der Tradition der Partei mehr wüßten als es tatsächlich der Fall ist. (Sehr gut!) Es ist immer wichtig zu wissen, wie die, die vor uns waren, die Großen aus der Arbeiterbewegung, die August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Auer und Grillenberger, über Probleme gedacht haben, die zu lösen uns jetzt zur Aufgabe gemacht wird. Aber genügt für eine Partei, die im Volke wirken muß, die die Mehrheit erobern will, nur die Beachtung der Tradition? Müssen dazu nicht auch Entwicklung, Umwelt, Freiheit der Partei zu ihrem Rechte kommen? Tradition, Freiheit der Partei und Entwicklung und Umwelt stehen zueinander im Widerspruch; sie alle wirken aber auch in jedem Augenblick der Geschichte zusammen. Niemals darf eins von ihnen zum Schaden der praktischen Politik übersehen werden. So wäre es doch eine Ueberhebung und würde gegen alle Grundsätze der Revolution wie der Evolution verstoßen, wollten wir annehmen, daß unsre Partei eine unverantwortliche Partei sei, deren Methoden und Taktik vollständig unberührt bleiben könnten von der Entwicklung und der Umwelt.

Ist es wirklich so, wie man immer wieder darzustellen versucht, daß alle Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiet keinerlei Machtverschiebung des Verhältnisses der Klassen zugunsten des Proletariats erwirkt hätten und daß jeder sozialpolitische Fortschritt durch einen Machtzuwachs des Unternehmertums

überkompensiert würde? Wenn das der Fall ist, warum dann die Arbeit der Gewerkschaften, warum überhaupt die Arbeit der Partei? Soll diese unzutreffende Darstellung auch geeignet sein, Begeisterung und Kampfesfreudigkeit bei der Arbeiterschaft auszulösen? Wer vermag im Ernst zu glauben, daß weder das kollektive Arbeitsrecht noch die Arbeitslosenversicherung, weder die Anerkennung der Gewerkschaften und ihre Einschaltung in die Arbeitsverwaltung, noch die Betriebsräte, weder der Einfluß auf öffentliche Betriebe in den demokratisch verwalteten Gemeinden, noch der Ausbau eigner genossenschaftlicher Wirtschaft an den realen Verhältnissen zugunsten der Arbeiterschaft etwas verschoben hätten? Wenn es so wäre, dann müßten die Arbeiter am Klassenkampf verzweifeln. Wie viele Generationen sollten denn noch den Kampf führen, ohne andre Früchte zu ernten als eine Ueberkompensierung des Machtzuwachses des Unternehmertums? (Sehr wahr!) Glücklicherweise ist es anders. Gewiß, es geht langsam, viel zu langsam vorwärts; aber die Machtverhältnisse selbst haben sich doch in den letzten Jahren zugunsten der Arbeiterklasse gewandelt. Man braucht nur zu erinnern an den Verlauf der großen Krimmitschauer Textilarbeiteraussperrung von 1903 und an die große Metallarbeiteraussperrung in Nordwest von 1928. Militär gegen die Ausgesperrten damals, öffentliche Gelder für die Ausgesperrten von heute! Sollte darin wirklich nicht in etwas eine Aenderung der realpolitischen Verhältnisse und eine Stärkung der Stellung der Sozialdemokratischen Partei den bürgerlichen Parteien gegenüber zum Ausdruck kommen zu einer Zeit, in der die Sozialdemokratie führend an der Regierung beteiligt ist? (Lebhafte Zustimmung.) Wer hätte so etwas von einer rein bürgerlichen Regierung erwartet? Deshalb sage ich nochmals: man soll doch endlich den Glauben aufgeben, daß man den Klassenkampf fördert, wenn man ihn zu Unrecht dauernd als erfolglos vor der Arbeiterschaft hinstellt. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Es ist ganz klar, daß in einer Massenpartei wie der unsrigen nicht sofort alle Auffassungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können. In einer Partei wie der unsrigen muß weitestgehende Meinungsfreiheit bestehen, und nie schlägt eine solche Meinungsfreiheit zum Schaden der Partei um, wenn die Kritik sachlich ist und wenn dabei die Gebote der Kameradschaft nicht außer acht gelassen werden. Daran hat es aber in der letzten Zeit bedeutend gefehlt. (Sehr wahr!) Ich brauche wieder nur an die Auseinandersetzungen in der Frage des Panzerkreuzers und zum Wehrprogrammentwurf zu erinnern.

Um Ihnen zu zeigen, wie unberechtigt diese Kritik an der Haltung der Partei und des Parteivorstandes ist, gestatten Sie mir, Ihnen eine kurze chronologische Aufstellung über die Entwicklung der Frage des Panzerkreuzerbaues vorzutragen. Sie alle wissen, daß der alte Reichstag gegen unsern Antrag die erste Rate für den Panzerkreuzer bewilligt hat, daß dann der bekannte Einspruch des Reichsrats kam, der die Regierung aufforderte, zu gegebener Zeit in eine Ueberprüfung der Dinge einzutreten und dann evtl. erst die Arbeiten zu vergeben. Am 10. August 1928 fand die Kabinettsitzung statt, die sich ohne förmliche Abstimmung mit der Vergebung der Arbeiten einverstanden erklärte. Diese Entscheidung der Regierung ist am 11. August veröffentlicht worden, zu einer Zeit, in der sich die meisten Mitglieder des Parteivorstandes auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel befanden. Nach ihrer Rückkunft fand sofort unter den Mitgliedern des Parteivorstandes eine Bureaubesprechung statt. Auf den 15. August wurde eine Sitzung des Vorstandes der Fraktion und des Parteivorstandes einberufen. In dieser Sitzung kam ein Beschluß zustande, der das lebhafte Bedauern darüber zum Ausdruck bringt, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, durch Abstimmung klar zu bekunden, daß sie in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei entschiedene Gegner des Panzerkreuzers A sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben. Dieser Beschluß wurde am 16. August veröffentlicht. Parteiausschuß und Reichstagsfraktion wurden dann auf den 18. August ein-

berufen. Diese gemeinschaftliche Sitzung ist dem Beschluß des Partei- und Fraktionsvorstandes beigetreten. Schon vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags brachte die Fraktion den Antrag ein:

Der Reichstag wolle beschließen: Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.

In voller Uebereinstimmung zwischen Fraktion und Ministern hat die Fraktion bis zur letzten Minute für die Annahme des Antrags gekämpft. Bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum waren von 153 Abgeordneten unsrer Partei 151 anwesend. Für den sozialdemokratischen Antrag haben nur Sozialdemokraten und Kommunisten gestimmt. Er wurde mit 255 gegen 203 Stimmen abgelehnt. Wer will nun wagen, zu behaupten, daß die Partei und der Parteivorstand versagt hätten? (Lebhafte Rufe: Sehr wahr!) Da wirkt es verbitternd und verstimmend, wenn beispielsweise aus Anlaß der Verschiebung des Parteitags einer parteigenössischen Korrespondenz eine Bildmater beigegeben wird, auf der ein Panzerkreuzer abgebildet ist, wobei auf einem der Kanonenrohre Hermann Müller mit aufgespanntem Regenschirm sitzt und als Text geschrieben wird: „Wegen der Hochwassergefahr findet der Sozialdemokratische Parteitag auf dem Panzerkreuzer statt. Der Parteivorstand wird alles daransetzen, daß sein Bau bis dahin vollendet wird." (Entrüstete Rufe: Pfui! Welche Korrespondenz ist das?) Ich nenne absichtlich keinen Namen, um zu zeigen, daß man im Interesse der Partei auch diskutieren kann, ohne persönlich verletzend zu werden. (Zustimmung.) Ich darf dabei zur Genugtuung des Parteivorstandes feststellen, daß nicht eine einzige unsrer Zeitungen dieses Bild gebracht hat. (Lebhafte Rufe: Bravo!) Eins unsrer sächsischen Parteiblätter läßt sich von dem Genossen Reinhard in Bern einen Artikel, betitelt „Der Eindruck", schreiben. Genosse Reinhard stellt zu Beginn dieses Artikels die Frage, wie es komme, daß trotz der Reden von Wels und Breitscheid überall ein Mißbehagen zurückgeblieben sei. Am Schluß des Artikels beantwortet Reinhard diese Frage selbst in folgender Weise:

> Das einfachste Verantwortlichkeitsgefühl hätte geboten, die Verfechtung des Ablehnungsantrags Parteigenossen zu überlassen, welche imstande gewesen wären, den Weltanschauungsgegensatz herauszuarbeiten, weil sie in der Wehrfrage grundsätzlich andrer Meinung sind als die bürgerlichen Freunde des Panzerkreuzerbaues. Nur ihnen hätte es gelingen können, die ganze Diskussion auf jene Höhe zu bringen, die sie nach den Niederungen des Parteigetriebes um die Bewilligung unbedingt notwendig gehabt hätte. Dann hätte die Partei eine zahlenmäßige Niederlage sehr gut vertragen; moralisch wäre sie doch Sieger geblieben. Daß man nicht so verfuhr, läßt die Vermutung wach werden, daß es weniger auf die Rechtfertigung der Partei als einer Richtung innerhalb der Partei und auf die Rechtfertigung der Regierung ankam. Die breiten Massen der Parteimitgliedschaft hatten den Widerstand gegen den Panzerkreuzerbau zum Ausdruck gebracht und die Parteileitung gezwungen, mitzumachen. Was wäre verlockender, als zu beweisen, daß man eben doch fest im Sattel sitzt! So sank eine Frage, die zu der Menschheit großen Gegenständen geworden wäre, hätte man sie mit reinen Händen angefaßt, herunter auf das Niveau einer kleinen Parteiintrige und eines sehr unschönen Parteigeschäfts. (Rufe: Unerhört!) Weder große noch kluge Worte, weder Pathos noch diplomatische Schlauheit haben die Flecken von der Hand gewaschen, welche die Beteiligung am Bau ursprünglich unterzeichnet hatte.

Ich enthalte mich jeder Aeußerung über diese Darstellung, zumal es sich um einen Genossen handelt, der einer ausländischen Bruderpartei angehört.

Einer unsrer Fraktionskollegen hat in einer Versammlung sogar sein Bedauern über den Ausschluß der Rußlandfahrer ausgesprochen und daran die Frage geknüpft: was geschieht mit den parteigenössischen Ministern? (Hört, hört!)

Wir stellen fest, daß die Argumentation unsrer Parteigenossen in den letzten Jahren immer wieder in dem Propagandamaterial der Kommunisten gegen uns ausgenutzt worden ist. (Zustimmung.) Ich bin gewiß der letzte, der irgendwie eine berechtigte sachliche Kritik einschränken möchte. Ich selbst habe mir, solange ich in der Partei bin, nie solche Fesseln anlegen lassen. Aber ich habe immer auf die Einhaltung der Kameradschaft geachtet (Bravo!) und darauf, daß die Gegner unsrer Partei nicht Material aus meiner Einstellung ziehen konnten. (Sehr gut!) Was wir in der letzten Zeit erlebt haben, geht weit über das Maß des Erträglichen hinaus. Wenn ich ebenso unkameradschaftlich sein und diese Kritik mit Rechthaberei, mit Popularitätshascherei vergleichen wollte, so würden Sie sich mit Recht dagegen zur Wehr setzen; ich lehne das ausdrücklich ab. Aber ich will Ihnen damit doch zeigen, wie verbitternd und verletzend solche Unterschiebungen sein müssen. Die Auseinandersetzungen haben in der letzten Zeit manchmal Formen angenommen, und die sogenannte Opposition innerhalb der Partei beginnt sich in einer Weise zu betätigen, die lebhaft an die Zeit der ersten Spaltung unsrer Partei erinnert. Wir wollen uns doch ins Gedächtnis zurückrufen, was für innere Kämpfe diese Spaltung bei jedem einzelnen von uns ausgelöst hat, und wir alle, in welchem Lager wir auch stehen mögen, sollten uns bemühen, die Auseinandersetzungen so zu führen, daß diese Gefahr nie und nimmermehr in die Erscheinung treten kann.

Sie wissen, daß die Reichstagsfraktion beschlossen hat, auch bei der Abstimmung über die zweite Rate des Panzerkreuzers mit Nein zu stimmen. Dieser Beschluß wurde zu einer Zeit gefaßt, in der er das Scheitern der Verhandlungen über eine Koalitionsregierung und das Ausscheiden unsrer parteigenössischen Minister aus der Regierung bedeuten konnte. Trotzdem hat die Fraktion an ihrer ablehnenden Stellung festgehalten; für sie ist also der Weg ganz klar. Es fragt sich nur: wie sollen sich unsre parteigenössischen Minister verhalten? Nicht nur der alte, sondern auch der neue Reichstag hat sich mit Mehrheit für den Bau des Panzerkreuzers ausgesprochen. In der Verfassung ist ausdrücklich festgelegt, daß der Reichskanzler die Politik der Regierung bestimmt, und die Genossen, die der Meinung sind, daß für die parteigenössischen Minister das gleiche gilt wie für die Fraktion, daß also auch sie gegen die zweite Rate zu stimmen hätten, müssen sich darüber klar sein, daß das das Ausscheiden unsrer Partei aus der Regierung bedeutet. (Lebhafte Zustimmung.) Dann sollen sie sich die Frage vorlegen, ob die Angelegenheit des Panzerkreuzerbaues wirklich eine so folgenschwere Begleiterscheinung notwendig macht, ob es neben dem Panzerkreuzerbau in Deutschland nicht noch andre Dinge gibt, die zum mindesten genau so wichtig sind. (Erneute lebhafte Zustimmung und Rufe: Viel wichtiger!) Gerade deshalb möchte ich Sie auch bitten, alle Anträge zur Frage des Panzerkreuzerbaues, nämlich die Anträge Nr. 126, 136, 137, 139, 140 und im Antrag Nr. 43 Ziff. C abzulehnen.

Die Objektivität erfordert vielleicht auch noch, kurz darauf hinzuweisen, daß es nicht richtig ist, wenn die Dinge so dargestellt werden, als ob in einzelnen geschlossenen Bezirken eine grundsätzliche ablehnende Einstellung gegen Koalitionsregierungen überhaupt vorhanden wäre. Ich halte es für ganz verkehrt, dabei immer wieder auf Sachsen zu verweisen. Die sächsischen Genossen werden mir zugeben, daß sich die Auffassungen der Genossen im Zwickauer und im Plauener Bezirk wesentlich von den Auffassungen der Genossen im Leipziger Bezirk und in Ostsachsen unterscheiden, daß zwischen beiden Gruppen die Chemnitzer stehen. Auch hierin ist ganz gewiß eine Wandlung der Auffassung zugunsten einer Beteiligung der Sozialdemokratie an Koalitionsregierungen festzustellen.

Ich darf mich nun noch kurz einigen Spezialfragen zuwenden. Genosse Hilferding hat sich auf dem Kieler Parteitag eingehend mit der Frage des Einheitsstaates beschäftigt. Durch Annahme des Antrags Nr. 172 aus Hamburg ist der Parteivorstand beauftragt worden, eine Kommission zu berufen, die

prüfen sollte, auf welchem Wege der Einheitsstaat am besten zu erreichen ist. Die Arbeit der Kommission wird Ihnen in Form von Gutachten vorgelegt, die im jetzigen Stadium selbstverständlich für die Partei noch nach keiner Richtung hin bindend sein können. Der Parteivorstand ist beauftragt worden, eine Unterkommission einzusetzen, die die Aufgabe hat, aus diesen Gutachten konkrete, für die Partei bindende Richtlinien herauszuarbeiten. Diese Richtlinien sollen nach Möglichkeit dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Den Weg zum Einheitsstaat geschlossen zu betreten, ist die große Gegenwartsaufgabe der kommenden Jahre. Wer sich darüber noch nicht klar war, den mußte das Gutachten des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Held in den letzten Tagen von dieser Notwendigkeit überzeugen. Theoretisch wird dieses Ziel von ziemlich allen Seiten anerkannt. Aber über die Wege gehen die Meinungen weit auseinander. Dabei gilt doch auch für diese Frage das gleiche wie für Rom: viele Wege führen zu ihm.

Dringend notwendig erscheint es mir, daß sich die einzelnen Länder bei der dringenden Reform und Vereinfachung ihrer eignen Verwaltung miteinander verständigen und dauernd in Berührung mit der Reichsregierung bleiben, also nicht etwa ohne jedwede Rücksicht auf die doch nicht aufzuhaltende Entwicklung zum Einheitsstaat ihre Vereinfachung durchführen. Hierin sollte um so leichter eine Verständigung möglich sein, da von 17 Länderregierungen zehn einen Sozialdemokraten zum Chef haben, von denen die Initiative erwartet werden muß, in dieser großen Frage nicht locker zu lassen. (Sehr richtig!)

Von den Redaktionen unsrer Zeitungen muß erwartet werden, daß sie sich in der Frage des Einheitsstaates ihrer großen Verantwortung bewußt sind. Daß Parteizeitungen Artikel gegen den Einheitsstaat bringen, wie es beispielsweise im Braunschweiger „Volksfreund" mit einem Artikel des Ministerialrats Dettekind geschehen ist, dürfte nicht mehr vorkommen. Dieser Artikel ist wohl das Schlimmste und Rückständigste, was mir in den letzten Jahren in der Frage des Einheitsstaates zu Gesicht gekommen ist. (Hört, hört!) Auf diese billige Art und Weise sollten wir unsern Gegnern und den Gegnern des Einheitsstaates die Vorwände nicht liefern!

Deshalb ist zu wünschen, daß die Unterkommission recht bald ihre Arbeiten abschließt und die von ihr ausgearbeiteten Richtlinien von der Gesamtkommission gebilligt und dem nächsten Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden.

Die Anträge 12 Gießen und 156 Luckenwalde bitte ich durch die Arbeiten der Kommission als erledigt zu betrachten.

Der Kieler Parteitag hat einstimmig dem Entwurf eines Agrarprogramms der Partei zugestimmt. Wirkt dieses Programm für sich allein schon agitatorisch und leitet es eine neue Periode der sozialdemokratischen Arbeit in der Landbevölkerung ein, so sind die dazu herausgegebenen erläuternden Darstellungen eine förmliche Fundgrube für jeden, der die Stellung der Sozialdemokratie zur Agrarfrage kennenlernen will. Ohne Zweifel ist dieses Agrarprogramm unsern Gegnern sehr unangenehm. Es macht sich schon jetzt auf dem Lande in der Agitation gegen den Landbund bemerkbar. Es hat die Intensität unsers Kampfes auf dem Lande ganz erheblich gesteigert. In allen Teilen des Reiches finden sich bäuerliche Besitzer mit großem Einfluß auf ihre Berufsgenossen, die sich auf seinen Boden stellen. Diese Kreise fordern immer stärker geeignete Maßnahmen zur Schulung der Kleinbauern, zur bessern Propagierung unsers Agrarprogramms. Unsre agrarpolitischen Schriften finden überall freudige dankbare Abnehmer.

Es ist ganz unmöglich, alle dazu nötigen Arbeiten nebenbei zu erledigen. Gerade die Fragen der Agrarpolitik erfordern Spezialisierung und Konzentrierung. Deshalb auch der Antrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses, eine der kommunalpolitischen Zentralstelle ähnliche agrarpolitische Zentralstelle dem Parteivorstand anzugliedern. Ich bitte schon jetzt um die Annahme dieses Antrags.

Der Streit zwischen den Beamtenorganisationen ADB. und DBB. will nicht zur Ruhe kommen. Immer wieder hat in den letzten Jahren der Parteivorstand vermittelnd eingreifen müssen. Erst in der jüngsten Zeit hat sich eine Entwicklung angebahnt, die eine Verständigung unter den beiden Richtungen erhoffen läßt. Gerade deshalb bitte ich, im Augenblick von der Fassung eines Beschlusses abzusehen, der in die angebahnte Verständigung störend eingreifen könnte und eine Abkehr von den Beschlüssen des Kieler Parteitages bedeuten würde. In dem in Kiel zum Beschluß erhobenen Antrag 189 heißt es ausdrücklich:

> In ihm (gemeint ist der Deutsche Beamtenbund) arbeiten zahlreiche Mitglieder der Sozialdemokratie seit langen Jahren für die Interessen der Mitglieder und gegen die Bestrebungen, den Deutschen Beamtenbund als Ganzes in das Schlepptau der bürgerlichen Parteien zu bringen. Dieser Kampf verdient Anerkennung und Förderung und darf nicht dadurch geschädigt werden, daß die betreffenden Genossen in der Partei benachteiligt werden. . . .

Es geht deshalb auf keinen Fall an, daß Mitglieder der Partei, nur weil sie Mitglieder des DBB. sind, von Funktionen und Ehrenämtern innerhalb der Partei ausgeschlossen werden. (Sehr richtig!) Die Partei kennt nicht zweierlei Mitglieder, sie kennt nur gleichberechtigte Parteigenossen.

Ebensowenig zulässig ist es aber, daß Parteigenossen von der Bekleidung von Parteifunktionen ausgeschaltet werden, weil sie noch Mitglied einer Kirchengemeinschaft sind. Immer noch gilt für die Partei die alte Tradition, daß Religion für jeden einzelnen Herzenssache ist und jeder diese Fragen mit sich abzumachen hat. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich, den Antrag 13 dem Parteivorstand zu überweisen, den Antrag 14 Berlin und Genossen aber abzulehnen.

Auf die übrigen in mein Referat einschlägigen Anträge behalte ich mir vor, in meinem Schlußwort einzugehen, wenn ich die Begründung gehört habe.

Damit bin ich am Schluß meines Berichts. Lassen Sie mich aber nochmals ganz besonders unterstreichen: Kameradschaft, Solidarität, Sorge und Liebe für die Partei, Dulden und Verstehen ist in der gegenwärtigen schweren Zeit für die Partei doppelt notwendig. In der Betätigung dieser Eigenschaften, in der gegenseitigen Aneiferung zu ihrer Befolgung erblicke ich auch ein Stück Revolutionierung der Menschen. Wir alle wollen schließlich doch die Revolution weitertreiben. Das tun wir aber nur, wir vollenden sie nur, wenn wir uns selbst ändern, wenn wir uns selbst revolutionieren, wenn wir uns selbst in die werdende sozialistische Gesellschaft eingliedern als wirkliche Sozialisten, als Sozialisten der Tat und nicht nur als Sozialisten des Wortes. In diesem Sinne bitte ich auch meine Darlegungen aufzufassen. (Bravo! und Händeklatschen.)

b) Kasse.

Den Bericht des Vorstandes zu „b) Kasse" erstattet **Ludwig** (Berlin): Persönlich wäre es mir lieber, ich könnte warten, bis Sie gefrühstückt haben, da ich befürchte, daß sich beim Bericht des Kassierers alle, die die Organisation für nebensächlich halten, verdrücken werden. Aber vielleicht achten Sie ein bißchen darauf, daß Sie alle, nicht nur einzelne von der Arbeit derjenigen etwas mehr hören, auf die es überhaupt ankommt. Denn alles, was wir vollenden wollen, auch die Veranstaltung eines guten Parteitages, hängt davon ab, daß der Unterbau, die Organisation, in Ordnung ist. Deshalb ertragen Sie schon einmal einige Zahlen.

Für das Jahr 1927 verweise ich auf das Jahrbuch, herausgegeben vom Parteivorstand. Ich versuche nur, die wichtigsten Zahlen aus dem Bericht für 1928 zu nennen, die Sie nicht so detailliert im Jahrbuch finden.

Am 31. Dezember 1928 schloß die Partei, wie üblich, das Geschäftsjahr ab. Bereits am 22. Januar aber hatten wir beim Parteivorstand die Zusammenstellung für alle 33 Bezirke, und zwar von 8916 Ortsgruppen. Samt und sonders können wir auf diese Arbeit der Parteigenossen stolz sein, die nur der ermessen kann, der selbst diese Kleinarbeit ausführt. In 22 Tagen ist eine ungeheure Arbeit geleistet worden. (Bravo!) Der Termin war so verkürzt, weil ursprünglich am 10. März der Parteitag stattfinden sollte.

In Kiel habe ich von 823 500 Mitgliedern berichtet. Ende 1928 berichteten wir von 937 381 Mitgliedern, darunter 198 771 weibliche Mitglieder. Wir schreiben aber heute schon Ende Mai. Im Bureau haben wir die Abrechnung von allen 33 Bezirken über das erste Quartal 1929 in Händen, und da hat sich gezeigt, daß alle Bezirke ohne Ausnahme einen Mitgliederaufschwung zu verzeichnen haben. (Bravo!) Gestern hat mir der Genosse Buchwitz aus Görlitz den Bericht übergeben, wonach in der letzten Maiwoche über 1000 Mitglieder der Partei beigetreten sind. (Bravo!) Zu der für den 31. Dezember 1928 genannten Zahl sind im ersten Quartal 1929 11 925 männliche und 2291 weibliche Mitglieder hinzugekommen, so daß wir jetzt 949 306 zahlende Mitglieder zählen, darunter als besonderer Stolz für die Arbeit der Frauen 201 000 weibliche Mitglieder. (Bravo!) Nicht immer sind Kassierer und Parteivorstände in der Lage, so zu berichten. Wir wollen wünschen, daß es so bleiben möge. Seit Kiel haben wir also nicht nur die Zahl, die der Genosse Wels gestern nennen konnte, 113 000, sondern 126 000 neue Mitglieder gewonnen.

Die Zahl der Ortsgruppen ist natürlich wichtig. Ebenso die Frage: Wie sieht es mit den Moneten aus, sind das Papiersoldaten, wie einzelne schlaue Leute im gegnerischen Lager behaupten. Den Beweis gebe ich mit zwei Zahlen für das erste Quartal 1929. Im ersten Quartal 1929 haben wir 333 497 Beiträge für Männer, 206 894 Beiträge für Frauen und 44 076 Beiträge für die Internationale mehr geleistet, d. h. 584 467 Beiträge mehr als im vierten Quartal 1928. (Bravo!) Es handelt sich also nicht um Papiersoldaten, sondern es sind zahlende Mitglieder. Ueberhaupt liegt uns im Parteivorstand, mir persönlich und allen an unsrer Arbeit beteiligten Freunden an falschen Zahlen nichts, da doch bald die Stunde käme, wo der Schwindel sich herausstellen würde. Das wäre von keinem Organisator zu ertragen.

Die Zahl der Ortsvereine betrug im Jahre 1925 7967, am 1. April 1929 9054. (Bravo!) Die Organisation zählt 33 Bezirke. Der letzte, jüngste Bezirk ist als Bezirk Oberschlesien vom Bezirk Breslau (Mittelschlesien) abgetrennt worden. Ihn hat der Bezirkssekretär Genosse Janotta übernommen. Und jetzt kommt das, worauf die schlesischen Genossen stolz sein können und wir mit ihnen: Der Bezirk Oberschlesien berichtet am 31. Dezember 1928 von 5543 Mitgliedern. Aber der Bezirk Mittelschlesien hat mehrere tausend Mitglieder mehr als vor der Abtrennung. (Bravo!)

Ich komme zu den Einnahmen. Insgesamt haben die Bezirke im letzten Geschäftsjahr 10 353 387.84 Mark vereinnahmt, an Mitgliedsbeiträgen allein 6 853 833.09 Mark. Für Wahlen gab die Partei in dem großen Wahljahr 1928 2 569 612 Mark aus, und für die Jahre 1924 bis 1928 einschließlich Volksentscheid, Volksbegehren waren es 8 384 873 Mark. Das sind Riesenzahlen. Sie sind aufgebracht durch die emsige Tätigkeit der Genossinnen und Genossen, denen die Partei für diese Arbeit zu Dank verpflichtet ist. Wir müssen den Betrag von den Arbeitern und Beamten sowie Angestellten zusammentragen, zusammenholen, Leute, die riesige Summen geben, gibt es leider nicht, jedenfalls nicht bei mir im Kassabuch, sondern nur in der Phantasie der Gegner. (Zuruf: Was ist mit Jakob Goldschmidt?) Wir haben darüber in Versammlungen genug geredet, aber eine kleine Abweichung schadet ja nichts. Eins unsrer Parteigeschäfte brauchte einen Bankkredit, wie das bei allen kreditfähigen Instituten vorkommt. Wir haben den Kredit aufgenommen. Wie der Bankier irgendeiner Bank heißt, spielt dabei keine Rolle. Es war ein Zwischenkredit, bis die Hypothek

auf dem üblichen Wege beschafft war. Da haben nun irgendwelche Schlaumeier entdeckt, daß wir von Jakob Goldschmidt 800 000 Mark bekommen hätten. Im Reichstag hat einmal ein Kommunist berichtet, die Sozialdemokratische Partei hätte aus irgendeinem Fonds 7 Millionen Mark bekommen. Ich habe damals nur sagen können, ich hätte sie bisher nicht bekommen und habe unsre Postscheknummer für den Fall angegeben, daß sie noch kommen soll. (Heiterkeit.)

Also der Parteivorstand hat nicht die 10 353 000 Mark bekommen, sondern die Bezirke haben sie vereinnahmt und mußten damit arbeiten. Wir haben nur unsern Anteil bekommen, um den wir ab und zu einen kleinen Ringkampf mit den Bezirken aufführen müssen. Wir haben insgesamt 3 073 414 Mark eingenommen. Von den Parteigeschäften haben wir 934 468.29 Mark eingenommen und davon über 400 000 Mark durch die Konzentration sofort an die Geschäfte zurückgegeben, und mit dem andern Teil die ungeheuern Lasten der Partei an Werbetätigkeit für die Geschäfte bestritten, eine Frage, deren Auswirkung Sie am besten kennen.

An Anteilen an den Beiträgen der Mitglieder hat der Parteivorstand 1 570 779.03 Mark erhalten (von den Beiträgen pro Mann 4 Pfennig, pro Frau 2 Pfennig pro Marke). Das ist das, was wir bekommen sollen. Ich sage: sollen. Denn es gibt immer noch welche, die sich dabei leicht verrechnen. Ich darf aber feststellen, daß die Mehrzahl der Bezirke ihre Verpflichtungen korrekt erfüllt, so daß wir unliebsame Auseinandersetzungen, wie früher, nicht haben. Wir haben noch 9 Zuschußbezirke; dem Parteivorstand sind die Zuschußbezirke wohl unangenehm, aber sie sind zugleich unsre liebsten Kinder. (Bravo!)

Die Gesamtpartei hat die Ehrenpflicht, in allen Teilen Deutschlands dafür zu sorgen, daß die Bezirke hochkommen und stolz einmal sagen können: Jetzt brauchen wir die Hilfe der Gesamtpartei nicht mehr. Bis dahin aber müssen wir helfen. Auch ein guter Bezirk kann einmal den großen Geldbeutel brauchen müssen. Der Parteivorstand hat in keinem Falle versagt, hat immer nach ernster Prüfung geholfen.

Die Bezirke haben ausgegeben für Wahlen 1,9 Millionen Mark, für Agitation 2,3 Millionen Mark, für Rechtsschutz 17 700 Mark, an den Parteivorstand die von mir genannte Summe. Die Kassenbestände von 733 000 Mark befanden sich, trotzdem Wahlen gewesen sind, in den Bezirken.

Ich komme jetzt zu den Zuschüssen für Bildungsarbeit. Meine größten Sorgenkinder sind die Einrichtungen der Parteizentrale, die sich mit dem **Bildungswesen** befassen. Bildungsarbeit kann nicht ohne Aufwendung erheblicher Geldmittel geleistet werden. So haben wir auch für die Bildungsarbeit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für die von uns gewonnenen Mitglieder ungeheure Summen aufgebracht, die ich gar nicht statistisch erfassen kann. Vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (Kinderfreunde, Jungsozialisten, Lehrer, Filmabteilung usw.) wurden 576 000 Mark in Einnahme und Ausgabe gebucht, dazu 245 000 Mark Zuschuß der Gesamtpartei. Wir könnten auf manches kleine Land weisen, das nicht daran denken kann, eine solche Summe für Bildungszwecke auszugeben. Dabei ist das nur der Zuschuß. Die Orte und Bezirke selbst haben ungeheure Arbeit geleistet, aber auch ungeheure Summen aufgebracht. Ich kann behaupten, daß die Bildungsarbeit der Partei eine Großtat ist.

Der Zuschuß von 245 000 Mark verteilt sich auf den Reichsausschuß mit 92 000 Mark, auf die Kinderfreunde mit 17 600 Mark und auf die Filmabteilung mit 97 300 Mark.

Zur Filmabteilung möchte ich folgendes sagen. Wir haben versucht, Filme selbst herzustellen, haben Filme erworben. Parteigenossen, wenn ihr draußen kritisiert, vergeßt nicht, daß die Filme, die ihr als Beispiele hinstellt, die auf dem Markt erscheinen, durchweg Produkte sind, die einen Kostenaufwand von 300 000, 400 000, 500 000 Mark verursacht haben. Vergeßt nicht, daß manchmal

der staatliche Apparat eines Landes in den Dienst der Filmherstellung gestellt worden ist. Diese Dinge sind uns verwehrt. Wir müssen uns also behelfen und uns nach meinem Kassenbuch richten, nicht nur nach der Phantasie und den Wünschen der Genossen, die mal kurbeln wollten. So muß der Kassierer in den üblen Geruch kommen, daß er Bildungsbestrebungen gegenüber ein Hindernis sei.

Die Begründung der Einzelarbeit der Kinderfreunde und der andern Einrichtungen kann ich mir versagen. Nur eine Bemerkung möchte ich zu den Reisen machen, die durch den Reichsbildungsausschuß organisiert werden. Es hat 3 bis 4 Jahre gedauert, bis auch ich meine Anschauungen in dieser Hinsicht (ich habe einen kleinen konservativen Einschlag) reformiert habe. Ganz ist es noch nicht geglückt, ich kann noch nicht ganz die Notwendigkeit anerkennen. Aber ich habe mich abgefunden mit dem guten Ergebnis. Es sind kaum Beschwerden zu verzeichnen. Die Teilnehmer sind zufrieden. Vor allen Dingen habe ich mit dem Bildungsausschuß und mit dem Parteivorstand Wert darauf gelegt, daß die Reisen, die doch immer nur einem kleinern Teile der Arbeiter und Angestellten und Beamten zugute kommen, sich selbst decken müssen, daß unter keinen Umständen Gesamtmittel der Partei in Anspruch genommen werden dürfen. Darum wollen wir gern unter Anteilnahme und Hilfe der ausländischen Bruderparteien diese Einrichtung weiter fördern, damit später doch einem größern Kreise die Möglichkeit gegeben wird, die Welt zu sehen, und zwar mit den Augen des Sozialdemokraten.

Ich darf dann ein Wort sagen zu den Aufwendungen, die die Sozialdemokratische Partei in den letzten Jahren für die Internationale gemacht hat. Der Parteivorstand war in der Lage, bei dem letzten Brüsseler Kongreß jedem Bezirk einen Delegierten und einen Gastdelegierten zuzuerkennen in der üblichen großmütigen Weise, wie Sie das bei dem Parteivorstand kennen, die Kosten zu übernehmen. (Heiterkeit.) Ich habe nie gehört, daß ihr so freigebig seid. Mehr als ihr müßt, habt ihr noch nie gezahlt.

Wir haben über 100 000 Mark im letzten Jahre ausgegeben für den internationalen Kongreß, für internationale Beiträge und Verpflichtungen der Internationale gegenüber. Denken wir daran, Genossen, daß in der Inflation die ganze Internationale, soweit sie bei den trüben Verhältnissen dazu in der Lage war, auch für die deutsche Partei gesammelt und Mittel aufgebracht hat. Der Betrag spielt dabei keine Rolle, sondern die Liebe, die sich darin ausdrückt. Wenn ich daran denke, daß unsre armen ungarischen Genossen uns damals in Devisen 1200 Goldmark schickten, so haben wir auch die Pflicht, diese Tat wieder wettzumachen dadurch, daß wir gegenüber in Not geratenen Ländern, gegenüber verfolgten Sozialisten in Italien und andern Ländern den Genossen die hilfsbereite Hand entgegenstrecken. (Beifall.)

Neben der allgemeinen Bildungsarbeit ist vom Parteivorstand anläßlich des Todes des ersten Reichspräsidenten, des Genossen Friedrich Ebert, 1925 die Friedrich-Ebert-Stiftung errichtet worden. Wir haben die Mittel für den gedachten Zweck verwandt, aber die Summe hat bis heute nicht gereicht, sondern der Parteivorstand hat hierin etwas seine Kompetenzen überschritten. Er hat den Fonds neu aufgefüllt und gibt aus Parteimitteln entsprechend den damals festgelegten Richtlinien Mittel zur Unterstützung studierender Arbeiter. Bis zum 1. März wurden 108 Studenten mit 26 185.50 Mark unterstützt.

Die **Arbeit der Partei** zeigt sich in der Zahl der abgehaltenen Versammlungen. Im Jahre 1928 wurden **44 792 öffentliche Versammlungen** und **66 890 Mitgliederversammlungen** abgehalten. Die Funktionäre und Parteigenossen haben im letzten Wahljahr **115 Millionen Flugblätter** verteilt. Jeder einzelne möge darüber nachdenken, welche ungeheure Arbeit in Deutschland bei 62 Millionen Einwohner hier geleistet werden mußte. Das ergibt sich auch aus den Resultaten. Die Sozialdemokratische Partei ist vertreten im Reichstag mit **153** Abgeordneten, von denen **16** Frauen sind, in den Landesparlamenten mit **529** Abgeordneten, von denen 55 Frauen sind, im preußischen Staatsrat mit **24** Abgeordneten, in den Provinziallandtagen mit **358** Abgeordneten, darunter **19** Frauen, in den Kreistagen mit **4017** Abgeordneten, darunter **60** Frauen, in **1214** Städten mit **7662** Stadtverordneten, darunter **465** Frauen und in **8152** Gemeinden mit **31 348** Gemeindevertretern, darunter **248** Frauen. Ferner wird berichtet von **889** Bürgermeistern, **897** Gemeindevorstehern und **520** Stadträten.

Nun komme ich zu einer andern Angelegenheit. Wie sieht es nun aus mit dem Ausschluß, mit der „Fliegerei", wie sie bei den Kommunisten üblich ist. Wir haben in 2 Jahren 47 Ausschlußverfahren auf Grund unsrer Statuten in den 33 Bezirken gehabt. Jetzt komme ich zu dem berühmten § 28 Absatz 5, der in Berlin heftig umkämpft und sogar einer namentlichen Abstimmung unterworfen wurde. Das ist der Paragraph, der dem Parteivorstand das Recht gibt, jemand sofort ohne Verfahren auszuschließen. Aber das hat er nie gemacht, er hat selbst nie in Dinge eingegriffen, nur wenn Anträge von den Bezirken vorlagen. In den 2 Jahren sind vom Parteivorstand auf Antrag der Bezirke 8 Ausschlüsse erfolgt. Das beweist, daß der Parteivorstand diese scharfe Waffe, die ihm der Parteitag anvertraut hat, gut verwahrt und wenig benutzt, damit sie scharf bleibt für besonders schwere Fälle.

Die übrigen Fälle sind durch Schiedsgerichte erledigt worden, und zwar sind 13 Mitglieder durch Schiedsgerichte ausgeschlossen worden, 7 haben Einspruch erhoben. In 14 Fällen wurde auf Rügen resp. scharfe Rügen erkannt, während die übrigen Fälle anderweitig erledigt wurden. Beschwerde gegen Rügen usw. wurde in 4 Fällen eingelegt, so daß der Parteitag resp. die Beschwerdekommission sich nach den 2 Jahren mit 11 Fällen zu beschäftigen hat. Es reicht aus, und Sie sehen, daß in der Sozialdemokratischen Partei Wert darauf gelegt wird, Mitglieder zu werben und zu behalten und nicht sie hinauszuschmeißen.

Die Angestellten der Parteipresse, sonstigen Parteigeschäfte und der Parteiorganisationen sind für ihr Alter bei Arbeitsunfähigkeit der Unterstützungsvereinigung der Gewerkschaften angeschlossen. Wir haben dort 1490 Personen versichert. Die Leistungen der Unterstützungsvereinigung für die Angestellten der Partei, die im Alter nur auf die Hilfe der staatlichen Versicherung angewiesen wären, sind recht erheblich. Aber wir freuen uns doch, daß 126 invalide gewordene Parteigenossen, die früher in der Partei tätig waren und 184 Witwen sowie eine Waise auf Grund der Satzungen unterstützt werden konnten. Auch für die Arbeiter in unsern technischen Betrieben haben wir, wie ich in Kiel berichtete, eine Fürsorgekasse errichtet, zu der die betreffenden keine Beiträge bezahlen, sondern zu der die Geschäfte einen Prozentsatz von dem Lohn entrichten. Diese Einrichtung ist 1926 gegründet worden, und heute haben wir zu berichten, daß im letzten Jahre 149 Invaliden und 79 Witwen Zuschüsse aus dieser Kasse erhalten haben, daß also bereits in 228 Fällen Unterstützungen im Gesamtbetrag von 135 471 Mark bezahlt worden sind. Die Unterstützung ist nicht sehr hoch, aber auch nicht so niedrig, daß wir sie zu verschweigen hätten. Sie beträgt im Mindestfall 13 Mark pro Monat und im Höchstfall jetzt 86 Mark pro Monat. Dazu kommt die Unterstützung aus der staatlichen Invalidenversicherung und die Verbandsunterstützung, so daß unsre in unsern Betrieben beschäftigten Parteigenossen für ihre alten Tage wenigstens einigermaßen versorgt sind, und ich glaube, es ist die Pflicht der Sozialdemokratischen Partei, für beschäftigte Mitglieder einzutreten.

Die Altersstatistik der bei uns beschäftigten und versicherten Personen ergibt, daß im Jahre 1929 134 unsrer Mitarbeiter in den technischen Betrieben das 65. Lebensjahr erreichen, daß wir also auf höhere Ausgaben gefaßt sein müssen.

Genossinnen und Genossen! Darf ich jetzt kurz von **unsern Zeitschriften** sprechen. Bei der „Gesellschaft" war durch das Ausscheiden des Genossen Hilferding die Neubesetzung der Redaktion notwendig. Es ist uns gelungen, diesen Posten wieder gut zu besetzen; Sie werden das bereits vermerkt haben, sofern Sie Abonnenten der „Gesellschaft" sind. Es sollen ja Genossen hier sein, die die

„Gesellschaft" gar nicht kennen. Der Abonnentenstand im ganzen hat sich bei der „Gesellschaft" gehalten, bei der „Gemeinde" ist eine Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen, die sicher noch durch die bevorstehenden Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen in Preußen anhalten wird.

Der „Wahre Jacob" hat in technischer Beziehung und sicher auch inhaltlich gewonnen.

Von der „Frauenwelt" kann ich sagen, daß der Wunsch der Kieler Frauenkonferenz, eine Redakteurin durch den Parteivorstand zu bestellen, erfüllt wurde. Die Genossin Toni Sender hat die Redaktion übernommen und führt sie seit längerer Zeit. Wenn Sie irgendwelche Kritik heute an die Beschlüsse des Parteivorstandes, unter Mitwirkung des Parteiausschusses den Vertrieb zu organisieren in ähnlicher Weise, wie das früher in der Partei üblich war, anlegen, so berücksichtigen Sie, damit unsre Frauenzeitung, die „Frauenwelt", im Interesse der Gewinnung von Frauen eine noch größere Auflage erreicht. Darum ist beschlossen worden, den Vertrieb neben den Parteigeschäften den Parteiorganisationen zu übertragen. Dabei ist festgelegt, daß eine vierteljährliche Uebersicht mit den Quartalsabrechnungen vom Parteivorstand gegeben wird, aus der ersichtlich ist, wieviel Exemplare der „Frauenwelt" in jedem Parteibezirk abgesetzt worden sind.

Einige Worte zu den Neuerscheinungen des Verlags Dietz. Ich könnte manches darüber sagen, will aber nur einen Punkt hier erwähnen. Das ist das große Werk des Genossen Kautsky, „Die materialistische Geschichtsauffassung", dessen erste Auflage in Höhe von 4000 Exemplaren bereits im ersten Jahre abgesetzt worden ist, Ende des Jahres ein Neudruck, eine **zweite Auflage** hergestellt werden mußte. Ich glaube, die Partei darf mit dem Dietz-Verlag und dem Genossen K. Kautsky auf diese Tat ein wenig stolz sein, daß ein so großes Werk, für das immerhin ein hoher Preis bezahlt werden muß, in so kurzer Zeit so stark abgesetzt worden ist. Wenn es auch dem Arbeiter schwer ist, das Werk zu bezahlen, so möchte ich doch dringend jedem empfehlen, sich dieses Werk zu beschaffen und es auch zu lesen. Er fördert sich und unsre Sache.

Dann möchte ich bei dieser Gelegenheit noch eine kleine Sache zur Sprache bringen. Es ist erfreulich, daß man sich nicht gar zuviel gegen Angreifer wehren muß. Der Dietz-Verlag hat u. a. ein Buch herausgegeben: Haben Sie gelesen? von Erich Gottgetreu. Muß nun wirklich alles, was von einem sozialdemokratischen Verlag, sogar von dem zentralen Verlag herausgegeben wird, in unsrer eignen Presse in Grund und Boden verdonnert werden? Eine Parteizeitung schrieb über dieses Buch bezüglich der äußern Ausstattung recht ungünstig.

Ich komme jetzt zur **Parteipresse.** Von der Konzentration war 1925 bereits die Rede, und es gibt draußen eine Reihe von Parteigenossen, die in der Konzentration ein kleines Schreckgespenst sehen und die immer, wenn etwas nicht funktioniert bei ihnen, gar zu gern möchten, daß man auch diese vom Parteivorstand geschaffene Treuhandgesellschaft der Partei dafür verantwortlich macht. Die Konzentration hat den Delegierten des Parteitags einen Bericht über die Parteipresse in der deutschen Republik überreicht. Ich bitte Sie, diesen Bericht zu prüfen. Mancher wird sicher erst daraus den Umfang der geschäftlichen Tätigkeit unsrer Parteiorganisation kennenlernen. Wir zählen zurzeit in Deutschland 196 sozialdemokratische Zeitungen, davon 15 Zeitungen, die im Lohndruck in Parteidruckereien, 8, die noch in Privatdruckereien und 106, die mit 67 Kopfblättern in eignen Druckereien hergestellt werden. Bezahlte Abonnements — das sagen wir hier ganz öffentlich — haben wir 1 253 247. Wir haben im letzten Jahre wieder etwa 70 000 neue Abonnenten gewonnen, die aber nicht nur Leser sind, sondern die **zahlende** Abonnenten sind. Daß diese Zahl genügt, wird in keinem Ort ein Sozialdemokrat zugeben. Im Gegenteil, wir sind mit diesem Ergebnis nicht zufrieden und wollen versuchen, es zu bessern.

Der **Geldumschlag der Parteigeschäfte** ist von 62 Millionen im Jahre 1926 auf 75 Millionen Mark im Jahre 1928 gestiegen. Die Einnahmen der Verlage

verteilen sich zu ziemlich gleichen Teilen auf Inserate mit 22,7 Millionen, auf Abonnements mit 22,5 Millionen, auf Druckaufträge mit 21,9 Millionen, während der Rest mit 8 Millionen Mark auf Buchhandel und sonstiges entfällt. Für Löhne und Gehälter wurden 22½ Millionen, für Steuern 2 640 000 Mark ausgegeben. Das hat also nichts zu tun mit den Abrechnungen unsrer Bezirke. Ein buchmäßiger Reingewinn von 1 815 573 Mark wurde erzielt. Sie werden sicher mit mir der Meinung sein, daß der Gewinn so niedrig ist, daß er **zu niedrig** ist, um die notwendigen Erneuerungen und Neuanschaffungen in den Betrieben, die sich aus der Entwicklung ergeben, zu decken.

In den technischen Betrieben werden zurzeit beschäftigt: 5906 Arbeiter, 1168 kaufmännische Angestellte, in den Buchhandlungen 273 Personen, in den Redaktionen 574 Personen einschließlich des Hilfspersonals, zusammen also 7971 Personen. In den Druckereien stehen 140 Rotationsmaschinen, 472 Setzmaschinen und 376 Schnellpressen.

In den letzten Jahren seit Bestehen der Konzentration haben wir durch die Werbebeiträge und durch den Zusammenschluß der Geschäfte es ermöglicht, daß auch dort die Erneuerungen und Umbauten vorgenommen werden, wo man sonst erst nach Jahrzehnten dazu in der Lage gewesen wäre. So haben wir in den 4 Jahren des Bestehens der Konzentration in 55 Städten 3 130 000 Mark an Zuschüssen für diesen Zweck gegeben, aber nicht à fonds perdu, sondern in kaufmännischer Weise gegen normalen Zins. Wir dürfen sagen, daß wir auch hier stolz sein können auf **alle Mitarbeiter,** technische Kräfte, Redakteure, und nicht zu vergessen die Geschäftsführer in den Geschäften, durch deren Mithilfe es gelungen ist, das zu erreichen, wovon ich eben berichten konnte.

Ein Wort noch bei der Gelegenheit zur **Abonnentenversicherung** der Presse und Zeitschriften. Genossen, wer hätte vor 20 Jahren geglaubt, daß aus einer ganzen Reihe von Städten und Zeitungen einmal Briefe kommen würden, wie wir sie kennen. Heute kommen tatsächlich aus vielen Orten und Bezirken Anfragen, ob wir nicht die Abonnentenversicherung einmal prüfen könnten, um sie eventuell bei uns einzuführen. Wir haben uns nicht **einmal,** wir haben uns öfter damit beschäftigt, und wir wollen das tun, was weitsichtige Menschen immer tun: wir wollen früh genug warnen vor Experimenten, die die Genossen an einem einzelnen Orte vornehmen. Wenn schon etwas unternommen werden soll, das abweicht von dem Wege, den die Gesamtpartei bisher ging, dann soll man warten, bis gemeinschaftlich die Frage geprüft ist. Heute ist m. E. die Einführung dieser Versicherung auf keinen Fall zu bejahen. Alle bisherigen Erfahrungen, auch der bürgerlichen Verleger, sind gegen die Abonnentenversicherung gerichtet. Man soll sich also hüten, das Beispiel nachzuahmen. Das Ergebnis würde, wie es schon an einigen andern Stellen festgestellt worden ist, nur sein, daß der erhoffte Erfolg nicht eintritt, daß Sie aber von der Belastung nicht mehr herunterkommen, also Vorsicht!

Dasselbe trifft für die Einrichtung von Sterbebeihilfen und Sterbekassen zu. Auch hier muß Vorsicht geübt werden, damit die einzelnen Organisationen nicht Dinge in das Statut aufnehmen, die sie später nicht erfüllen können. Wir haben Bezirke mit und ohne diese Einrichtung, die sehr gut dastehen. Eine endgültige Erfahrung liegt noch nicht vor.

Eins muß noch kritisch zur Ausbildung von Volontären gesagt werden. Im letzten Jahr hat der Parteivorstand nach den Vorschlägen der Bezirke 15 Volontäre jüngern Alters berufen und in den Redaktionen oder im Parteisekretariat ausgebildet. Aber bei aller Achtung vor der Demokratie in der Partei, vor der Selbständigkeit der Bezirke, der Unterbezirke und der Preßkommissionen muß doch gesagt werden, daß die Unterorganisationen die Pflicht haben, wenn sie Neueinstellungen vornehmen, den Parteivorstand zu befragen und sich von ihm Vorschläge machen zu lassen. Wir müssen neben unsren tüchtigen Genossen auch erfahrene und angelernte, praktisch tätige Sekretäre

und Redakteure haben. Heute ist es nicht mehr so wie früher, wo man sich einen Tisch und einen Stuhl selbst mitbringen mußte. Heute kommen die Kräfte in einen fertigen Organisationsapparat hinein, und die Verwendung dieses Apparats muß auch gelernt werden. Deshalb denkt immer an den Parteivorstand und laßt euch Vorschläge machen. Das beste wäre, wenn ein Antrag eingebracht würde, nach dem jeder Bezirk, wenn er drei Sekretäre einstellt, zwei nach Vorschlag des Parteivorstandes einstellen muß. Das würde auch der Würde der Partei entsprechen. Zwei Bezirke haben das auch schon gemacht. Magdeburg hat eine Frau als Redakteurin eingestellt. (Bravo!) Darauf sind wir stolz. Aber Holzklötze unter den Redakteuren wollen nicht einsehen, daß das notwendig ist. (Heiterkeit.) Die Genossen sollten endlich ihr altes Vorurteil aufgeben. Es ist doch ein unwürdiges Verhältnis in der Sozialdemokratischen Partei, daß wir 400 bis 500 Redakteure und nur 1 oder 2 Redakteurinnen haben. Dieses unwürdige Verhältnis muß beseitigt werden. (Zustimmung.) Wir haben, um eine uns geeignet erscheinende tüchtige Genossin als Redakteurin unterzubringen, an 23 Parteigeschäfte geschrieben, aber bis jetzt nur von 12 eine Antwort bekommen. Dabei ist es schon 6 Wochen her, daß wir dieses Schreiben versandt haben, und ich weiß nicht, wie lange wir uns das noch gefallen lassen müssen. (Heiterkeit und Rufe: Hört, hört!) Wenn es so weitergehen sollte, wie bisher, dann müßten wir uns an die Preßkommissionen und an die Gesellschafter wenden, damit sie dafür sorgen, daß wenigstens unsre Briefe beantwortet werden. Die Brandenburger haben einen Sekretär eingestellt, den wir für geeignet halten, der aus Bielefeld stammt und in Pommern seine Ausbildung erhalten hat. Ich möchte nur wünschen, daß wir in Zukunft etwas mehr Verständnis bei den Genossen finden.

Die ungeheure Arbeit, die innerhalb der Organisation an den verschiedensten Stellen geleistet worden ist, wäre nicht möglich gewesen ohne die Mitarbeit der Hauskassierer, die treppauf, treppab laufen und mühevoll die Beiträge zusammentragen, die notwendig sind, um die Organisation aufrechtzuerhalten. Ihnen soll auch an dieser Stelle der Dank des Parteitages für ihre treue Pflichterfüllung zum Ausdruck gebracht werden. (Lebhaftes Bravo!)

Ich komme jetzt zu den Anträgen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich bereits mit den Anträgen beschäftigt. Wir beantragen, den Antrag München Nr. 2, den Antrag Hannover Nr. 3 und den Antrag Regensburg Nr. 4, die sich auf die Werbewochen beziehen, dem Parteivorstand zu überweisen. Der Parteitag kann unmöglich einen Termin festlegen.

Die Anträge Nr. 5 und 7, die die Parteikorrespondenz betreffen, sind von den Antragstellern zurückgezogen worden, nachdem sie sich davon unterrichtet haben, daß der Parteivorstand überhaupt kein Abonnement auf die Parteikorrespondenz eingerichtet hat. Es soll vorgekommen sein, daß Mitteilungsblätter der Partei und auch Exemplare der „Genossin" in den Ecken der Bureaus umherliegen. Dazu ist das Geld wirklich zu schade. Bezüglich des Verteilungsschlüssels habe ich bei den Bezirken durchweg Zustimmung gefunden. Nur ein paar Bezirke kommen jede Woche mit einem Antrag; aber das nützt bei dem derzeitigen Parteivorstand doch nichts. (Heiterkeit.) Es geht nicht an, daß einem kleinern Bezirk doppelt soviel gegeben wird wie einem größern Bezirk; eine gleichmäßige Verteilung an alle Bezirke ist notwendig.

Was den Antrag Nr. 8 aus Hamburg bezüglich der Zeitschrift „Der Kinderfreund" angeht, so wäre es das beste, wenn dieser Antrag zurückgezogen würde. Jedenfalls bitte ich den Parteitag dringend, ihn abzulehnen. Wir können doch nicht über den Kassenschrank der Parteigeschäfte beschließen, weil wir nicht wissen, was darin ist.

Neudamm beantragt unter Nr. 16, zu beschließen, daß in Zukunft mindestens die drei ersten Kandidaten in dem betreffenden Wahlkreis ansässig sein müssen. Ich empfehle den Antragstellern, sich auch nur mit einem einzigen

Bezirk hierüber zu verständigen. Eine solche Verständigung ist unmöglich. Deshalb ersuchen wir um Ablehnung des Antrags. Es kommt doch nicht auf den Wohnort des Abgeordneten an, sondern auf seine Befähigung. Es wäre Kirchturmspolitik, wenn wir uns im Sinne des Antrags Nr. 16 festlegen wollten.

Nach dem Antrag Wolmirstedt Nr. 19 sollen in Zukunft von der Partei besoldete Funktionäre nicht als stimmberechtigte Mitglieder zu den Reichs- und Bezirksparteitagen gewählt werden können. Wir haben Statuten, die für alle Mitglieder gelten, und in diesen Statuten findet sich eine dahingehende Bestimmung nicht. Deshalb empfehlen wir Ablehnung des Antrags Nr. 19.

Den Antrag Nr. 20 aus Barmen bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen und fordere erneut die Genossen auf, in den Bezirken noch mehr für die Gewinnung von Frauen zu tun.

Der Antrag Nr. 21 aus München, auf den Verlag Dietz dahingehend einzuwirken, daß die Literatur des Dietz-Verlags zu volkstümlichern Preisen erscheint und längst vergriffene Werke der Parteigeschichte neu aufgelegt werden, ist sehr beachtlich. Der Plan für das Jahr 1929 ist uns vom Verlag vorgelegt worden, und wir bitten, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, damit zusammen mit dem Dietz-Verlag disponiert werden kann.

Aachen beantragt unter Nr. 22 eine Unterstützungsmöglichkeit zu schaffen, die es auch Genossen aus dem Arbeitsverhältnis ermöglicht, ein Reichstags- oder Landtagsmandat anzunehmen. Das ist ein origineller Antrag, weil man es meistens anders gehört hat. Es scheint wirklich, daß in Aachen nicht nur sehr brave, sondern auch sehr vernünftige Genossen wohnen. (Heiterkeit.) Aber trotzdem können wir diesen Antrag nicht annehmen. Das, was ich bezüglich des Antrags Neudamm über die Selbständigkeit der Bezirke sagte, muß auch hier gelten; kein Bezirk kann sich in dieser Beziehung irgendwelche Vorschriften machen lassen. Wir bitten daher um Ablehnung des Antrags.

Der Antrag Nr. 26 aus Leipzig wird im Verlaufe des Parteitags durch eine Vorlage seine Erledigung finden. Der Parteiausschuß wird zu dieser Frage nachher Stellung nehmen.

Den Antrag Duisburg Nr. 27 bitten wir abzulehnen. Es muß bei dem bestehenden Recht bleiben. Deshalb sind wir für Annahme des Antrags Bielefeld Nr. 28. Die Bezirksvorstände sind am ehesten in der Lage, sich jeder Situation anzupassen und die Einkommensverhältnisse ihrer Mitglieder zu berücksichtigen.

Die Anträge Nr. 29 bis 32 haben den Parteivorstand, der ja bereits grundsätzlich die Sache beschlossen hat, veranlaßt, dem Parteiausschuß eine Vorlage zu unterbreiten. Sie finden sie unter Nr. 171. Diese Formulierung ist gewählt worden, damit das, was bereits in 16 von 33 Bezirken besteht, statutenmäßig festgelegt und versucht wird, eine Angleichung der Bezirke untereinander zu finden. Es werden sich noch verschiedene Schwierigkeiten ergeben, aber ich glaube, mit Hilfe der überaus verständigen Bezirksleitungen und in Zusammenarbeit mit dem doch sicher sehr verständigen Parteivorstand wird diese Regelung zum Ziele führen. Man darf nie aus dem Auge lassen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Massenpartei ist. Wir wollen auch durch diese Regelung nicht eine Wand aufrichten gegen die Ausbreitung der Massenpartei, sondern wollen im Gegenteil der Partei eine noch größere Anziehungskraft und eine materielle Kräftigung verschaffen.

Was den Antrag Düsseldorf Nr. 33 anbelangt, die Sonderbeiträge für die von der Partei betreuten Organisationen zu erheben, so wird man immer geteilte Meinungen über diese Frage innerhalb der Partei vorfinden. Natürlich sollen die Nebenorganisationen der Partei nicht etwa zu selbständigen Gebilden werden. Wir wünschen dringend, daß es so bleibt wie bisher, daß die Nebenorganisationen der Partei Glieder der Gesamtorganisationen sind. Wenn die Jugendorganisation Sonderbeiträge erhebt, so ist dabei zu berücksichtigen,

daß es sich um die heranwachsenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei handelt, die an die Beitragsleistungen gewöhnt werden sollen und die in Zukunft die Stellen der Funktionäre einnehmen werden. Wir bitten also um Ablehnung des Antrags Nr. 33.

Beuthen schlägt unter Nr. 34 vor, die Durchführung der Bildungs-, Agitations- und Wahlarbeit vorwiegend als Aufgabe örtlicher Parteiinstanzen anzusehen und den Anteil der Ortsvereine am Parteibeitrag auf 25 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag richtet sich an die falsche Adresse. Er wäre an das zuständige Bezirkssekretariat zu richten. Der Parteitag kann über die Verteilung der Gelder in den Bezirken nicht bestimmen, und wir bitten, den Antrag abzulehnen.

Breslau will unter Nr. 37 den Abs. 5 des § 10 des Organisationsstatuts durch folgende Fassung ersetzen:

> Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, des Parteiausschusses sowie die vom P. V. hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen nehmen mit beratender Stimme teil.

In dieser Form ist der Antrag unannehmbar. Nach dem Statut der Partei sind 20 Prozent der Reichstagsfraktion delegiert, und zwar in diesem Jahre 30. Wenn der Antrag ernsthaft durchgeführt würde, dann würde vielleicht der eine oder andere nicht mehr zum Parteitag kommen; denn dann würden die Abgeordneten sich bewerben, sie würden in der Versammlung sein und ihre Delegation durchzusetzen versuchen. Das kann nicht im Interesse der Sache liegen. Deshalb ist es besser, den Antrag abzulehnen.

Torgau beantragt unter Nr. 38, den auf dem Kieler Parteitag gefaßten Antrag Hamburg Nr. 62 dahin zu erweitern, daß die Mitgliedschaft der Partei von der Mitgliedschaft in einer Konsumentenorganisation abhängig gemacht wird. Ich möchte wirklich wissen, was überhaupt noch übrigbleibt, wenn alle ähnlichen Anträge durchgeführt würden, die von manchen Gruppen gestellt werden. Die Freiheit des Menschen soll durch den Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei nur so weit eingeschränkt werden, als es das Programm und die Statuten bedingen. (Zuruf: Und der Kassierer!) — Im Gegenteil, die Freiheit des Kassierers soll ausgedehnt werden —, sonst hättet ihr kein Geld. (Heiterkeit.) Ich bitte den Antrag 38 abzulehnen.

Der Antrag 112 Absatz 1 ist der Reichstagsfraktion zum Bericht überwiesen. Absatz 2 ist durch den von mir begründeten Antrag 171 erledigt.

Antrag 158 bitte ich dem Parteivorstand zu überweisen. Die Genossin Juchacz hat bestätigt, daß den Wünschen der Antragsteller Rechnung getragen werden kann.

Antrag 159 Absatz 1 bitte ich anzunehmen. Absatz 2 ist inzwischen von den Berliner Genossen zurückgezogen.

Damit bin ich am Ende der Vorschläge. Prüfen Sie die gemachten Vorschläge und entscheiden Sie zum Wohle der Partei! (Bravo! und Händeklatschen.)

Vors. **Wittmaack:** Ich gebe Ihnen von folgendem Telegramm Kenntnis:

> Anläßlich Kindertreffen in Moskau entbieten 600 Kinder und Leiter vom 3. Bezirk Anhalts Arbeiterturnerbund Parteitag beste Grüße für guten Verlauf zum Wohle der ganzen Arbeiterschaft.

Mittagspause.

Vors. **Wittmaack:** Es entspricht einer Gepflogenheit früherer Parteitage, auch dem Reichsbildungsausschuß und dem Frauenbureau Gelegenheit zu Ausführungen zu geben. Ich erteile deshalb das Wort dem Genossen Heinrich Schulz vom Reichsbildungsausschuß

Bericht des Reichsbildungsausschusses

Schulz: Ich beginne mit einer persönlichen Erinnerung, zu der mich der besondere Magdeburger Boden veranlaßt und die Erwägung, daß daran sich besonders augenfällig die Entwicklung der Zeit erkennen läßt. Vor 35 Jahren habe ich hier in Magdeburg-Sudenburg im damaligen Arbeiterbildungsverein unter dem Vorsitz von Robert Pistorius einen Vortrag über das Thema gehalten: Die deutsche Dichtkunst im 19. Jahrhundert. In den Vortrag fügte ich neben andern Gedichtproben das alte Herweghsche Gedicht ein, das er dem Lassalleschen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein als Bundeslied gestiftet hatte: „Bet und arbeit, ruft die Welt," mit dem bekannten Vers:

> Mann der Arbeit, aufgewacht
> und erkenne deine Macht!
> Alle Räder stehen still,
> wenn dein starker Arm es will.

Für diesen Vortrag bekam ich eine Anklage des Staatsanwalts in Magdeburg wegen — Aufreizung zum Klassenhaß! Trotz aller forensischen Beredsamkeit meines Freundes Wolfgang Heine, der nachzuweisen suchte, daß ein solcher literarischer Vortrag auch vor Arbeitern keine „Aufreizung" bedeuten könne, bekam ich 14 Tage Gefängnis wegen Aufreizung zum Klassenkampf.

Ungefähr 9 Jahre später war ich in Magdeburg als Redakteur der „Volksstimme" tätig. Wir bemühten uns, einen Anfang mit Kunstabenden und Volksvorstellungen zu machen. Aber das Magdeburger Stadttheater war für solche „sozialdemokratischen Agitationen" nicht zu erhalten. Nicht einmal den Schauspielern erlaubte der damalige Theaterdirektor Cabisius, bei den Kunstabenden der Magdeburger Arbeiter mitzuhelfen. Mit befreundeten Schauspielern aus Erfurt wurde vor den Magdeburger Arbeitern „Max Halbes Jugend" aufgeführt, und natürlich nicht im Stadttheater, sondern in den alten primitiven Räumen des „Luisenparks". Innerlich aber waren die Räume voller Wärme, und die wackern Frauen der Magdeburger Parteigenossen waren während der Aufführung tief gerührt, in den Pausen aber strickten sie, wie das damals noch üblich war, an ihrem Strumpf oder machten andre Handarbeiten.

Wiederum 8 bis 9 Jahre später stand ich vor dem Magdeburger Parteitag mit einer ähnlichen Aufgabe wie jetzt. Meine damaligen Ausführungen bestanden fast ausschließlich in einem leidenschaftlichen Protest gegen die preußische Polizei wegen ihrer Behandlung der Arbeiterjugendbewegung. Die Jugendlichen hatten damals in Lichtenberg bei Berlin einen Vortragskursus über die Entstehung der Erde abhalten wollen. Dieser Vortragskursus wurde ihnen verboten, weil eine alte Verfügung aus dem Jahre 1834 es einem Manne, der kein Lehrer war, verbot, derartige Vorträge zu halten. Als die Lichtenberger dann einen Einzelvortrag halten lassen wollten über die Entwicklung des Planetensystems, kam bei Beginn des Vortrags ein Leutnant mit einigen Mann und verhinderte den Vortrag mit folgenden Worten: „Ich komme im Namen der Staatsregierung in Potsdam und fordere Sie auf, den naturwissenschaftlichen Vortragskursus zu unterlassen." Als der Vortragende sein Manuskript einpackte, rief der Leutnant dem Wachtmeister zu: Führen Sie den Mann ab. Ich zitiere jetzt aus meiner damaligen Rede:

> „Der Wachtmeister befolgte den Befehl, obgleich der Referent erklärte, er ginge mit zur Wache. Der Wachtmeister faßte ihn mehrfach an den Arm, und auch ein zweiter Mann wurde mitgenommen, der über die Behandlung des Redners Bemerkungen machte. Die zwei Leute wurden nun von zwei mit Browningpistolen bewaffneten Schutzleuten nach der Wache durch die Straßen eskortiert. Dort wurden sie bis 11 Uhr abends festgehalten. Als sie sich miteinander unterhielten, wurde ihnen zugerufen, sie müßten ruhig sein, sonst kämen sie in die Arrestzelle."

Das war noch im Jahre 1910. Es scheint mir, die Dinge haben sich seitdem doch etwas verändert. Vorgestern beim Fackelzug und gestern beim Festzug war auch Polizei dabei, aber nicht um den Festzug und die Mitarbeit der Jugendlichen zu stören, sondern um sie nötigenfalls zu schützen. Damit alles gut ging, wachte das Auge des obersten Vorgesetzten der Polizei über die Ausführungen seiner allgemeinen Anordnung. Ein sozialdemokratischer Minister des Innern sorgt dafür, daß jetzt solche Dinge in Preußen nicht mehr vorkommen.

Für ihre künstlerischen Ansprüche braucht sich die Magdeburger Arbeiterschaft auch nicht mehr mit Brocken und Behelfen abspeisen zu lassen. Gestern war unsere Jugend im alten Magdeburger Stadttheater versammelt; heute abend gehört es der Volksbühne.

Der starke Einfluß, den wir in den letzten 12 bis 15 Jahren in allen öffentlichen Körperschaften erlangt haben, sorgt immer mehr dafür, daß unsre Bildungs- und Kulturbestrebungen von den Behörden nicht mehr geschädigt, sondern unterstützt werden. Das entspricht auch dem Wesen eines Volksstaats, daß Einrichtungen der Volkskultur immer mehr in der Hauptsache aus öffentlichen Mitteln bestritten, von öffentlichen Stellen gefördert werden, so daß wir selbst nur noch anzuregen und nachzuhelfen haben. Das ist aber auch nötig, einmal, weil wir diese Angelegenheiten der Bureaukratie allein nicht überlassen dürfen, auch nicht, wenn diese unter sozialistischer Oberleitung steht.

Ferner haben wir die Verpflichtung, aus eigner Initiative das hinzuzufügen, was die öffentlichen Stellen unsrer Kulturarbeit schuldig bleiben müssen. So müssen wir verlangen, daß die öffentlichen Schulen objektiv geleitet werden und nicht Spielbälle in den Händen irgendwelcher Schultyrannen und Flachsmänner sind. Die Schulen sollen im Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung, im Geiste der Völkerversöhnung und des deutschen Volkstums erziehen. Wir lehnen es ab, nach kommunistischem Muster die öffentlichen Schulen schon in den Parteidienst zu stellen. Anderseits wollen wir aber auch unsre Kinder im sozialistischen Geiste, im Geiste der Brüderlichkeit und Solidarität erzogen wissen. Eine solche besondere weltanschauliche Einstellung können wir von den öffentlichen Schulen nicht verlangen. Hier müssen wir mit eignen Einrichtungen nachhelfen.

In vortrefflicher Weise hat sich in den letzten Jahren hier die hoffnungsvolle und stürmisch voranschreitende Kinderfreundebewegung eingeschaltet und entwickelt. Sie mustert schon 500 Ortsgruppen. Ich muß aber einen Wunsch der Leiter dieser Bewegung aussprechen. Eine Anzahl Bezirksvertretungen stehen der Kinderfreundebewegung noch ablehnend oder gleichgültig gegenüber. Sie sollten ihre Haltung ändern. Wer sich über diese Bewegung und ihre Bedeutung unterrichten will, nehme das prachtvolle Buch „Die rote Kinderrepublik" zur Hand, das von dem fröhlichen Leben und Treiben in den sozialistischen Kinderzelterepubliken handelt. Diese Zeltlager im Freien sind eine unübertreffliche Quelle der Gesundung und Auffrischung für Arbeiterkinder. Die körperliche Wirkung ist aber nicht die einzige. Ebenso wichtig ist die Wirkung auf Seele und Geist durch Erweckung von Tugenden und Charaktereigenschaften, Gemeinschaftsgeist, Solidarität, Hilfsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein werden durch die Selbstverwaltung der Zelterepubliken herangebildet, Tugenden, die wir im öffentlichen Leben bei den Heranwachsenden und Erwachsenen dringend brauchen. Zu ihnen wird in diesen Zeltlagern der erste wertvolle Keim gelegt.

Die Kinderfreundebewegung gliedert sich innerlich und psychologisch nach den Bedürfnissen und Veranlagungen der verschiedenen Lebensalter. Die oberste Gruppe nennt sich die Roten Falken. Diese oberste Gruppe der Kinderfreunde reicht den Roten Falken der Jugendbewegung, wo sie die jüngste

Gruppe darstellen, die Hand, so daß von den Kinderfreunden zur Jugendbewegung eine feste Brücke geschlagen ist.

Auch für unsre Jugendbewegung haben die öffentlichen Stellen vieles zu tun. Sie haben dafür zu sorgen, daß unsre jungen Arbeiter, Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter ausreichenden Urlaub bekommen, den ihr heranwachsender Körper benötigt. Es muß durch gesetzgeberische Maßnahmen verhindert werden, daß die Jugendlichen durch lange Arbeitszeiten ausgebeutet werden. Die Errichtung von Jugendheimen und Jugendherbergen ist im wesentlichen Aufgabe öffentlicher Stellen. Aber das Wertvollste, die sozialistische Gesinnung, die weltanschauliche Linie, auf die wir unsre Jugend zu bringen versuchen und bringen müssen, kann wiederum nicht durch die öffentlichen Stellen, sondern nur durch unsre eigne Jugendbewegung erfolgen.

Unsre Jugendbewegung befindet sich in hoffnungsvollster Entwicklung. Sie mustert weit über 50000 Mitglieder in mehr als 1500 Ortsgruppen. Tag für Tag werden neue Ortsgruppen gegründet. Wem die Zahl von 50000 im Vergleich zu den organisierten Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern nicht genügen sollte, der denke daran, daß die Jugendbewegung nur ein Durchgangsstadium ist, daß sie nur sechs Lebensjahre in Anspruch nimmt. Von diesem Standpunkt aus bedeutet die Zahl von 50000 schon recht viel, wenn wir auch wünschen wollen, daß sie noch täglich wächst.

Der Kieler Parteitag hat die Grenze für die Jugendlichen von 18 auf 20 Jahre hinaufgesetzt, was die Jugendlichen selbst gewünscht hatten. Diese Aenderung hat sich bewährt. Unsre Jugendbewegung kann ihre Arbeit jetzt nach bessern psychologischen Gesichtspunkten einrichten. Zahlreiche Führerkurse sorgen für die Heranbildung tüchtiger Leiter in der Jugendbewegung.

Zweierlei erbitten die Jugendlichen von den Parteigenossen. Einmal, daß mehr Jugendheime als bisher errichtet werden, und zwar, wie ich schon ausführte, nicht aus den Mitteln der Partei, sondern aus öffentlichen Mitteln. Wo Genossen dazu mithelfen können in Reich, Staat und Gemeinden, sollen sie tatkräftig mithelfen.

Zweitens bitten die Jugendlichen darum, man möge die Jugendbewegung nicht zersplittern. Es ist wirklich nicht nötig, daß jede Organisation von Erwachsenen ihre eigne Jugendbewegung einrichtet. (Sehr richtig!) Daß die Gewerkschaften ihre Jugendgruppen haben, ist verständlich, auch noch, daß die große Sportbewegung die Jugendlichen besonders zusammenfaßt. Diese beiden großen Organisationen arbeiten auch planmäßig mit der Arbeiterjugendbewegung Hand in Hand. Ob aber darüber hinaus sich noch das Reichsbanner eine Jugendgruppe einrichten muß oder die Volksbühnen, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die verantwortlichen Führer der Jugendbewegung glauben, daß man sich hier vor Zersplitterungen hüten soll, daß durch ein Zusammenarbeiten mit der Jugendbewegung auch für solche Organisationen erreicht werden kann, was durch die Sondergruppen erreicht werden soll.

Daß die älteren Jahrgänge den Weg zur Partei finden, dafür wird in geeigneter Weise von der Jugendbewegung gesorgt. Aber auch die Parteiorganisationen müssen hier entgegenkommen. Man hat hier und da bereits die sogenannten Parteiweihen eingeführt, feierliche Veranstaltungen, durch die die aus der Jugendbewegung kommenden Jugendlichen in die Partei übergeführt werden. Das sollte noch weiter ausgedehnt werden. Ferner sollten für die jugendlichen Jahrgänge in den Parteiorganisationen besondere Bildungseinrichtungen geschaffen werden.

Hier wäre ein Wort über das Problem des Jungsozialismus zu sagen. Aber man kann sich das wohl versagen, weil dieses Problem eigentlich kein Problem mehr ist, wenigstens nicht in organisatorischer Beziehung. Ein gewisser Romantizismus, auch ein gewisser Pessimismus in diesem Lebensalter

ist begreiflich, der Pessimismus als eine Art Reflex des natürlichen Optimismus, der diesem Lebensalter sein eigentliches Gepräge gibt. Romantizismus und Pessimismus schaden auch nichts, solange sie die persönliche Neigung des einzelnen bleiben und nicht den Ehrgeiz haben, mit andern zusammen eine Sonderorganisation in der Partei zu bilden.

Eine Gruppe junger Sozialisten, die vielleicht ein gewisses Anrecht auf eine Sonderung hat, sind die sozialistischen Studenten in Deutschland und Oesterreich. 1922 gegründet, umfaßt diese Organisation ungefähr 3500 Mitglieder, von denen allerdings der größte Teil auf Oesterreich entfällt. In allen Universitätsstädten gibt es Ortsgruppen der sozialistischen Studentenbewegung. Sie wollen neben der Schaffung von Räumlichkeiten und innern Zufluchtsstätten für die sozialistischen Studenten, diese schulen im Sinne des Sozialismus. Sie wollen dazu beitragen, daß die Universitäten nicht länger ein Vorrecht besitzender Kreise bleiben. Die Schaffung und Ausgestaltung von Rechtsformen, die jeden befähigen, das Studium zu ergreifen, Stafflung der Kolleggelder, Aufhebung der Disziplinargerichtsbarkeit, Ablehnung jedes studentischen Sondergerichts sind einige ihrer Forderungen. Es muß von den studentischen Organisationen erwartet werden, daß sie in allen Universitätsstädten, wo sie einen Stützpunkt haben, beste Fühlung zur Partei halten, den Parteigenossen ist zu empfehlen, diesen jungen Studenten auf geeignete Weise entgegenzukommen und die Hand zu reichen. Man bedenke, daß sehr häufig junge Studenten von irgendwoher in eine Universitätsstadt kommen, daß sie sich zunächst vereinsamt fühlen, besonders wenn dort das nationale Studententum die Oberherrschaft hat.

Damit wären wir bei der eigentlichen Bildungsarbeit angelangt. Sie ist die älteste der besondern kulturellen Einrichtungen der Partei. Sie ist heute noch immer und wahrscheinlich auch dauernd die Führerin auf diesem Gebiet. Für die Volksbildung, auch für die Arbeiterbildung haben in einem demokratischen Volksstaat in erster Linie die öffentlichen Stellen zu sorgen, was auch geschieht. In vielen Städten gibt es Volksbildungsämter und ähnliche Einrichtungen. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, unsre eigne Bildungsarbeit immer mehr auszubauen und zu vertiefen, weil wiederum nur unsre Bildungsarbeit uns geben kann, was die öffentliche Bildungsarbeit uns schuldig bleiben muß: die besondere sozialistische Schulung, die Einführung in sozialistisches Denken und Handeln. Das geschieht nach wie vor hauptsächlich durch Kurse. Zwei ständige Wanderredner halten in ganz Deutschland Kurse ab, sie sind erprobte Parteigenossen und Lehrer, die gute Erfolge erzielen. 78 Kurse mit ungefähr 5000 Teilnehmern haben sie im letzten Jahr abgehalten. Dazu kommt eine große Reihe von Sonderkursen aller Art, Kurse für Redakteure, Sekretäre, Funktionäre, Ferienkurse, daneben besteht die Freie sozialistische Hochschule, die Volkshochschulen in Tinz und Harrisleefeld werden ständig beschickt. Die Bildungsarbeit sucht ferner ihre Aufgabe zu fördern durch ihr Organ, die „Sozialistische Bildung", die frühere Bücherwarte. Die Umgestaltung dieses Organs ist ihm gut bekommen. Die Zahl der zahlenden Abonnenten hat sich im ersten Quartal verdoppelt, ein Zeichen für das Bedürfnis nach einer solchen Zeitschrift.

Der Reichsausschuß hat auch eine Arbeiter-Büchereizentrale eingerichtet, die ein mit dem Arbeiter-Büchereiwesen bestens vertrauter Genosse verwaltet. Es muß aber ausgesprochen werden, daß wir über den Arbeiter-Büchereien die öffentlichen Büchereien nicht vergessen dürfen, und daß wir auch hier zur Ausweitung und Verbesserung mithelfen müssen.

Dann haben wir die Ferienreisen eingerichtet. Es werden immer mehr Reisen notwendig und der Aktionsradius wird ständig vergrößert. Sie sollen jetzt noch auf ihren Bildungswert hin vertieft werden, es sollen wirtschaftspolitische Studienreisen eingerichtet werden, von denen die erste nach dem Rhein- und Ruhrgebiet, die zweite nach Berlin, eine dritte nach Hamburg führen soll. Die Teilnehmer an diesen Kursen sollen in alle großen wirtschaftlichen Einrichtungen des betreffenden Gebiets eingeführt werden und dadurch zu dem sonstigen Vorteil auch noch eine starke Vermehrung des Wissens und der Einsicht in wirtschaftliche Dinge erzielen. Diese Reisen sind nach meiner Auffassung von größter Bedeutung. Ich habe ihnen von Anfang sympathischer gegenübergestanden als Genosse Ludwig, der, wie er heute früh erklärte, im Anfang etwas pessimistisch gewesen ist. Diese Urlaubsreisen führen die Arbeiter aus der Enge ihres Berufs und der Heimat heraus. Die meisten Teilnehmer würden ohne diese Organisation überhaupt nicht reisen können. Nur dadurch, daß sich ihnen der Reichsausschuß zur Verfügung stellt und alle Arbeiten übernimmt, die für den einzelnen viel zu schwer wären, lernen die Teilnehmer ein schönes Stück Welt kennen. Zu der körperlichen Erholung und seelischen Auffrischung kommt eine starke Anregung des Geistes. Es kennzeichnet vielleicht den Wert dieser Urlaubsreisen besonders, daß die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" bei einer Besprechung sich zu dem ärgerlichen Ausruf verstieg: „Wäre es nicht einfacher und besser, wieder mehr zu arbeiten?" Die Arbeitgeberzeitung möchte also, daß solche Reisen nicht unternommen werden und die Zeit lieber in den Dienst des Profits gestellt wird, weil sie zu kurzsichtig ist, sich zu sagen, daß eine solche Ausspannung auch die berufliche Spannkraft des Arbeiters erhöht.

Die Zusammenfassung aller unsrer sozialistischen Kultureinrichtungen bildet der Sozialistische Kulturbund, in dem sich die farbige Mannigfaltigkeit unsrer praktischen Arbeit widerspiegelt: Wissenschaft, Kunst, Film, Rundfunk. Unter dem Namen „Film und Funk" beabsichtigt der Sozialistische Kulturbund voraussichtlich im Herbst dieses Jahres seine nächste Kulturtagung zu veranstalten. Es handelt sich bei beiden um moderne technische Erfindungen von größter Wichtigkeit für die Kultur und für die Verbreitung der Kultur.

Dem Film steht eine revolutionäre Verbesserung bevor durch den Tonfilm. Es ist den Genossen und Genossinnen dringend anzuempfehlen, diese ersten Anfänge schon mit Interesse zu beobachten und, wo immer möglich, einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen.

Noch viel stürmischer hat sich in den kurzen Jahren seines Bestehens das Funkwesen entwickelt; kein Wunder bei der Unübersehbarkeit der Wirkungen dieses wunderbaren technischen Hilfsmittels. Das Funkwesen steckt noch voller Probleme. Die technischen Probleme gehen uns hier nichts an, wohl aber die Probleme psychologischer, soziologischer und politischer Art. Es ist dringend notwendig — und es kann nicht ernst genug an Sie diese Bitte gerichtet werden — mit dem Funkwesen überall, wo Sie die Möglichkeit haben, in unmittelbare Verbindung zu kommen, ihm ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen und Ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Da, wo man Sie nicht recht möchte, müssen Sie erst recht drängen und nötigenfalls Ihre Mitarbeit aufzwingen. Es muß immer mehr von dem Geist und Schwung der sozialistischen Kultur auf das Funkwesen übergehen, selbst auf die Gefahr hin, daß Graf Westarp nicht der einzige bleibt, der daraufhin sein Rundfunkabonnement kündigt. Wir haben eine Freie Rundfunkzentrale eingerichtet, die alle Interessen, die wir im Rundfunk haben, wahrnehmen will, besonders die Beschaffung von Programmen, von geeigneten Rednern und ähnliche Aufgaben.

Aber über all den Aufgaben, die diese technischen Neurungen mit sich bringen, dürfen auch die alten Kultureinrichtungen nicht vergessen werden. Am „Tag des Buches" haben wir uns beteiligt. Das Buch bleibt nach wie vor das wichtigste individuelle Bildungsmittel. Die Musik suchen wir in Gemeinschaft mit dem Arbeiter-Sängerbund und mit der Volksbühne zu fördern. Wir haben ein Preisausschreiben erlassen an junge Komponisten, eine Arbeitersinfonie, eine Arbeiterouvertüre zu schaffen.

Und vor allen Dingen vergessen Sie das Theater nicht! Das Theater ist durch nichts in seiner Wirkung überholt und kann in seiner Wirkung gar

nicht überholt werden. Das Theater ist ein Ewigkeitswert. Aehnlich wie gestern bei der Eröffnungsfeier die Musik, die seinerzeit Bach als evangelische Kirchenmusik geschaffen hat, bei der Eröffnung eines sozialdemokratischen Parteitages so stark wirken konnte, weil sie Ewigkeitswerte enthält, so stecken auch im Theater Ewigkeitswerte. Darum müssen wir überall, wo es geht, für die Volksbühnenbewegung eintreten. Ich persönlich — das möchte ich nachdrücklich aussprechen — bin der Auffassung, daß die Volksbühne, besonders das große Institut in Berlin, mit dem gleichen Recht Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beanspruchen darf wie etwa die Staatstheater. Künstlerisch steht die Volksbühne wohl nicht hinter dem Staatstheater zurück, und in ihrer kulturellen Massenwirkung ist sie dem Staatstheater weit überlegen. Während der Staat aber Millionen für seine Staatstheater ausgibt und für die Staatsoper, in die Arbeiter kaum hineinkommen, muß die Volksbühne, die Hunderttausende von Arbeitern zählt, von Arbeitern, die unmittelbar von großen und kleinen Arbeitslosigkeitskrisen betroffen werden, sich abmühen und quälen, um nur einigermaßen über Wasser zu bleiben. Wir sollten in den städtischen Etats nicht immer zuerst am Theater streichen, so nahe das oft zu liegen scheint. Es rächt sich eine solche Politik später.

Und nun zum Schlusse noch ein Wort zu der Arbeit, die der Sozialistische Kulturbund mehr nach der negativen Seite hin treiben muß: die Abwehr der kulturellen Reaktion. Das Reichsschulgesetz, das vor 2 Jahren noch im Vordergrund stand, spielt in der nächsten Zeit keine Rolle mehr. Das Schund- und Schmutzgesetz ist leider Gesetz geworden, aber nur, um zu zeigen, daß es vollkommen überflüssig ist. Wir möchten nur warnen, daß nicht auch sozialistische Mitarbeiter denken, weil dieses Gesetz nun einmal da sei, müßten sie den leeren Mühlen auch Futter zuführen. Sie sollten das nicht tun, sie sollten das denen überlassen, die für das Gesetz verantwortlich sind.

Auch sonst gibt es mancherlei kulturelle Rückständigkeit in der Republik, die bekämpft werden muß, und damit komme ich zu dem Anfang zurück. Soweit wir es auch gebracht haben, so liegt doch noch viel Arbeit vor uns. Noch war hier in Magdeburg bis vor kurzem ein Herr Kölling möglich. Noch ist es möglich, daß in der Republik gegen einen Künstler wie Georges Groß eine Anklage wegen Gotteslästerung erhoben wird. Noch sind viele Dunkelmänner am Werke. Darum muß die Sozialdemokratie auf dem Posten stehen und dafür sorgen, daß allem Dunkelmännertum das Handwerk gelegt wird, daß jede Reaktion auf kulturellem Gebiet beseitigt wird. Unsre Losung ist Fortschritt und Freiheit! (Beifall.)

Bericht des Frauenbureaus

Frau **Juchacz** führt für das Frauenbureau aus: Genossen und Genossinnen! Ich bin dem Genossen Ludwig ganz besonders dankbar für einige Bemerkungen in seinem Bericht, in denen er mit ganz besonderer „Zartheit" auf einige Punkte hingewiesen hat, die mir zu kritisieren vielleicht auch obliegen würde, die ich aber jetzt nur noch einmal ganz leise unterstreichen will, damit Sie es nicht vergessen.

Wenn Sie die Jahrbücher für 1927 und 1928 durchsehen, so werden Sie unter der Rubrik Frauenbewegung die Wahrnehmung machen können, daß die Hemmungen, die sich für die Frauenbewegung anscheinend ergeben hatten, mit dem allgemeinen organisatorischen Gesundungsprozeß, der sich vollzogen hat, aufgehoben worden sind. Die Frauenbewegung geht zahlenmäßig vorwärts, aber — und gerade deshalb möchte ich, daß Sie die Berichte nach dieser Richtung Ihrer Prüfung unterziehen — sie wächst auch von innen heraus, und das ist ja das wichtigste.

Als die Männer in Deutschland nach dem Deutsch-Französischen Kriege das allgemeine Wahlrecht bekommen hatten, wirkte sich dies politische Erziehungsmittel nach einer ganz bestimmten Richtung aus. Es wirkte aufrüttelnd. Zusammen mit der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands wurden die Arbeiter politisch erzogen. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht der Männer war ja nur ein Deckmantel, war das Gegenteil einer Demokratie. Die Sozialdemokratie, die damals ihre ganze Kraft in der Opposition verbrauchen mußte, hatte die beste Gelegenheit dazu, den Typ des reinen Agitators heranzubilden, und sie hat das ja auch leidlich getan. Sie ist dann nach und nach, und ganz besonders von dem Augenblick der Revolution an, in erfreulicher Weise hineingewachsen in die politische Struktur der Gegenwart, in die Demokratie.

Die Frauen in ihrer verhältnismäßig kleinen Zahl der politisch Interessierten haben diese Entwicklung der Vorkriegszeit mitgemacht. Aber sie haben das Staatsbürgerrecht in einer ganz andern Situation bekommen. Sie sind aus dem Zustand der vollkommenen Rechtlosigkeit als wahlberechtigte Bürger in eine Zeit der Demokratie hineingekommen, in eine Zeit, in der die organisierte Arbeiterbewegung im Staat ein Machtfaktor ist, ohne den politische Arbeit verantwortlicher Art nicht mehr geleistet werden kann. Der rein agitatorische Frauentyp der damaligen Zeit ist heute auch nicht mehr in dem Maße da. Es wächst auch innerhalb der Parteibewegung ein andres Frauengeschlecht heran. Nicht nur außerhalb der Partei, nicht nur im allgemeinen, großen sozialen Volksbild sehen wir einen neuen Frauentyp entstehen, sondern wir sehen ihn in einer ganz besonders sachlich ausgeprägten Form auch gegenwärtig in der Partei heranwachsen.

Jede Aufgabe muß ja mit der Agitation beginnen. Die Agitation ist das, was Gedanken weckt, was aufregt, was eine Bewegung, wenn sie im Werden ist, wenn sie ihr Geltungsbestreben zum Ausdruck bringen will und muß, auch wertvoll macht. Das, was wertvoll war und bis zu einem bestimmten Grade auch heute noch in der Arbeiterbewegung unentbehrlich ist, ist die Kraft der Agitation. — Aber Agitation darf nicht Selbstzweck sein, auch nicht in der Frauenbewegung. Sie muß abgelöst werden durch eine starke gedankliche Durchdringung der gesamten Arbeitsmaterie und durch sachliche Leistungen, mit denen man sich Respekt verschaffen kann. Wir haben in der Arbeiterbewegung sicherlich noch sehr viel Agitationsarbeit zu leisten. Aber wir müssen dabei darauf achten — und wir tun es auch —, daß die durch die Agitationsarbeit erweckten Menschen durch sachliche Leistungen erfaßt werden, und daß die Erfaßten an diesen sachlichen Leistungen beteiligt werden. Das ist das, was wir unter einer Bewegung verstehen. Das möchte ich sinngemäß auf die Frauenbewegung übertragen wissen. Bewegung ist der Ehrenname der Geschichte für die eigentlichen Lebensvorgänge in der Menschheit, und die Beteiligung an einer Bewegung läßt uns alle eine Kraft spüren, die tief in unser inneres Leben hineinreicht.

Diese sozialen Lebensvorgänge müssen und können wir doch sehr leicht, wenn wir mit ganzer Seele bei der Sache sind, in Beziehung setzen zu den Lebensvorgängen in den Frauen, unter denen wir werben. Das habe ich Ihnen deshalb gesagt, um Ihr Augenmerk darauf zu richten, nach welcher Richtung hin vom Frauensekretariat und vom Parteivorstand ganz systematisch gearbeitet wird. Ein Ausdruck für diese systematische Arbeit, für dieses Inbeziehungsetzen der äußern sozialen und innern individuellen Lebensvorgänge hat in diesem Jahr beispielsweise doch einen sehr starken Ausdruck gefunden, während der Internationalen Frauenwoche. Hier haben wir doch in ganz folgerichtiger Fortsetzung systematischer Arbeit von Jahren einmal das ganze Problem der Gegenwart herausgestellt. Und wir haben auch gesehen, daß in ganz machtvollen Kundgebungen und Veranstaltungen in der verschiedensten Art große Frauenmassen erfaßt worden sind, die diese Beziehungen sehr deutlich gefühlt haben und aus diesem Gefühl heraus unserm Ruf in so starkem Umfang gefolgt sind.

Es ist von Ihnen allen mit Freuden begrüßt worden, daß der Genosse Ludwig auf die jüngste zahlenmäßige Entwicklung hat hinweisen können. Aber das, worauf ich hindeuten will und was innerhalb der Frauenbewegung rein gefühlsmäßig empfunden wird, muß in noch stärkerm Maße als bisher für den Sozialismus nutzbar gemacht werden. Die Kunst der politischen Erziehung — und das ist doch unsre Aufgabe — besteht nicht zuletzt darin, die Frau mit zur sozialen Verantwortung zu wecken. Das ist die einzige Möglichkeit für die Sozialdemokratie, die Frauen auch zu sozialdemokratischen Wählern zu erziehen.

Wenn Sie in den Berichten nachblättern, so sehen Sie in der Arbeit, die geleistet worden ist, in den Anregungen, die gegeben worden sind, aber auch in der Art, wie die Anregungen aus der Organisation heraus aufgenommen wurden, eine ganz bestimmte Systematik: nämlich die Verbindung zwischen der theoretischen Erkenntnisarbeit mit der praktischen Arbeit. Ich habe zum erstenmal in unsern Berichten feststellen können, daß die langjährigen und ausdauernden Anregungen für eine systematische Schulungsarbeit in allen Bezirken Erfolg gehabt haben. Die Werbe- wie auch die Schulungsarbeit hat voll und ganz mit dem Frauenleben von heute in einer innern Beziehung gestanden. So soll es sein, so muß es sein. Es sind nicht etwa rein abstrakte Themen in den Veranstaltungen über Sozialismus abgehandelt worden. Man hat ganz bestimmte praktische Tagesprobleme genommen, an denen die Frauen mit ihrem persönlichsten Erleben interessiert gewesen sind.

Ich will dazu ein Beispiel herausnehmen: Wir haben den Spitzenkursus für Frauen, der jährlich abgehalten wird, unter den Sammeltitel gestellt: „Sozialdemokratische Gemeindepolitik." Das ist aus einer ganz bestimmten Absicht heraus geschehen. In einer Zeit, in der die Frauen das aktive und passive Wahlrecht haben, muß man wissen, daß eine ganz unlösliche Wechselwirkung zwischen diesen beiden Dingen besteht. Wir haben den Kursus über Gemeindepolitik deshalb abgehalten, weil die preußischen Gemeindewahlen vor uns standen. Sie sind aufgeschoben worden. Die Arbeit, die geleistet worden ist, ist ja deshalb nicht verloren. Aber was wollten wir mit dem Kursus bezwecken? Neben der den Hörerinnen vermittelten theoretischen Erkenntnis wollten wir, daß dieser Kursus sich in alle Bezirke und Ortsgruppen hinein auswirken sollte. Wir wollten als praktisches Ergebnis etwas erreichen, was jetzt durch die Hinausschiebung der Wahlen noch der Zukunft vorbehalten bleibt, und wir werden ja im nächsten Jahr wissen, ob unsre Arbeit Erfolg gehabt haben wird. Wir wollten durch die stärkere Mandatserteilung, daß die Frauen stärker in ein Arbeitsgebiet eindringen sollen, das ihnen bestimmt liegt. Wir wollten, daß durch die stärkere Mandatserteilung an die Frauen auch die stärkere Beteiligung der sozialdemokratischen Wählerinnen herbeigeführt werde.

Es ist ja kein Wunder, daß die Frauen an einem ganz bestimmten Fragenkomplex ein ganz besonderes Interesse haben. Es sind das alle die Fragen, die sich mit ihrem Leben unmittelbar berühren und es geht doch dem Arbeiter, dem Beamten auch nicht anders, ihnen liegt auch das Gebiet ihres Berufes am nächsten und es geht ihnen verstandesgemäß am leichtesten ein. Es wäre ja vielleicht ideal, wenn beide Teile, die Männer und die Frauen, die gleichen Interessengebiete hätten. Aber so leicht liegen nun einmal die Dinge nicht. Sie begegnen sich, aber sie spezialisieren sich dann auch stärker nach dem einen oder andern Arbeitsgebiet hin. Die Kunst muß für uns darin liegen, die Bewegung mit einem so vielgestaltigen Inhalt auszugestalten, so daß die geistigen Berührungspunkte bei der Arbeit leicht gefunden werden.

Unsre Frauen, die doch in einem ganz besonders arbeitsreichen Leben stehen, das ihre physische und psychische Kraft sehr stark in Anspruch nimmt, müssen in ihrer Arbeit für die Bewegung immer und immer wieder auf Höhepunkte geführt werden. Die Bewegung muß zu einem dauernden Erleben und zu sehr vielen Erlebnissen für sie ausgestaltet werden. Mit dem Bedürfnis dafür macht im Grunde genommen die Frau keine Ausnahme. Aber es ist doch da vielleicht noch etwas andres zu berücksichtigen, die weichere, sensiblere, weibliche Psyche dabei zu beachten. Wir alle haben doch sicherlich den gestrigen Tag als ein ganz besonderes Erlebnis gefühlt. Das war ein Höhepunkt, den wir nicht vergessen und den die draußen beteiligten Massen auch ihr ganzes Leben lang nicht vergessen werden. Aus solchen Höhepunkten erwächst eine ganz bestimmte innere Verbundenheit mit einer Bewegung, an der man beteiligt ist. Das gilt insbesondere für junge Menschen und für gefühlsreiche Menschen. Und unsre Frauen sind der Partei dankbar für jeden seelischen Lichtblick, der ihnen Teilnahme an der Bewegung bringt. Eine Feierstunde oder das Erlebnis eines Kurses, in dem man einmal seinen geistigen Hunger hat stillen können, ein Treffen mit Gleichgesinnten, eine Aussprache, das alles sind Dinge, die zu Erlebnissen, zu Höhepunkten gestaltet werden können. Es ist auch kein Wunder, daß unsre Frauen ganz besondere Interessengebiete haben, die ich einmal bezeichnen möchte mit dem Namen: soziale Aufgaben. Sie haben ein besonderes Interesse an Aufgaben des Frauen- und Kinderschutzes an bevölkerungspolitischen Fragen, an Fragen der Gesundheitspolitik, an der Wohnungsfrage. Das sind Arbeitsgebiete, die die Frauen unmittelbar berühren, in denen sie selbst mit ihren Lebensaufgaben und ihren Lebenspflichten verstrickt sind.

Wir klagen heute über die schwere Organisierbarkeit der Frauen. Wir klagen, daß ihr politisches Verstehen so schwer aufzuschließen ist. Liegt das immer an den Frauen? Das liegt daran, ob die Bewegung diese Frauen auch geistig und seelisch ganz erfassen kann. Durch unsre Erziehungsarbeit Familienegoismus umwandeln in einen bestimmten Altruismus. Es sind das ja Gefühlsregungen, die auf der gleichen Grundlage beruhen. Die Frauen, die heute für ihre Familie leben, handeln nur nach den gleichen Triebkräften, wenn sie sozial aufgeschlossen und ausgerichtet sind. Es kommt nur auf die Erziehungsarbeit der Partei an. Wir müssen das Schicksal aller Kinder in den Frauen lebendig werden lassen.

Aber ich denke dabei nicht nur an die Mütter, sondern auch an die vielen Frauen, denen heute das Muttergeschick versagt ist, die aus der unglücklichen Zahlenkonstellation heraus, die der Krieg geschaffen hat, zu einsamen Menschen geworden sind, an Frauen, die ihre Mutteraufgabe nicht erfüllen können. Es müßte doch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn eine Massenpartei, die Verständnis für alle Schichten der Bevölkerung, für die Lebenslage der verschiedensten Schichten der Bevölkerung haben soll und muß, es nicht fertigbekommen könnte, auch mit dieser Schicht der zur Einsamkeit verurteilten Frauen, die gezwungen sind, ihre Persönlichkeit ganz allein zu entfalten, in geistigen Konnex zu kommen. Auch diese Frauen, gerade diese, müssen wertvolle Mitarbeiter für den Sozialismus werden.

Ich konnte nicht die gesamten Aufgaben der Frauenbewegung umreißen, konnte nur eine Anregung geben. Aber ich möchte nicht unterlassen, eines zu sagen. In der Organisation freuen wir uns über jede Zunahme, das ist die Stärke, die unsre politische Kraft verkörpert. Wir brauchen die Frauen in der Partei. Geht es zur Wahl, dann wissen wir genau, daß auf 100 Wähler auch 105 oder 110 Wählerinnen kommen müssen; dann beginnt das besondere Werben um die Wählerinnen. Führen wir aber die Bewegung so, daß wir mit den breiten Schichten der Frauen dauernd in einem festen innern Zusammenhang kommen, dann brauchen wir nicht bei jedem Wahlgang zu fragen, wie die Frauen wählen werden, dann brauchen wir nicht während der Wahl auf alle möglichen Gefühlsregungen der Frauen Rücksicht zu nehmen. Denn wir, die Massenpartei, muß die Frauen in ihrer ganzen seelischen Struktur kennen. Wenn sie mit der Partei geistig verwachsen sind, dann werden wir sie als Wählerinnen haben.

Bericht der Kontrollkommission

Vors. **Wittmaack**: Den Bericht der Kontrollkommission erstattet der Senior unsrer Partei, Genosse Wilhelm Bock.

Wilhelm Bock (mit lebhaftem Beifall empfangen): Werte Genossinnen und Genossen! Der Bericht der Kontrollkommission umfaßt die beiden letzten Geschäftsjahre 1927 und 1928. Wie Sie schon aus den Jahrbüchern für 1927 und 1928 sowie aus dem Bericht des Parteivorstandes ersehen haben werden, war trotz aller Widerwärtigkeiten des Wirtschaftslebens und trotz der riesengroßen Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Partei äußerst günstig. Wir haben als Kontrollkommission acht Revisionen vorgenommen, bei denen jedesmal die Hauptkasse, die Jugendkasse, die Bildungsausschußkasse, die Expedition des „Vorwärts" und die Portokasse revidiert wurden. Die Buchhandlung des „Vorwärts" haben wir zweimal geprüft. Außerdem fanden noch sieben Sitzungen mit dem Parteiausschuß in den beiden Jahren statt.

Was die Kassenführung betrifft, so kann ich Ihnen berichten, daß sie musterhaft war. Wir können stolz darauf sein, daß unser Kassenwesen so prächtig geordnet ist, während in andern Parteien die Kassenschlampereien nicht abreißen.

Erwähnenswert ist auch die jetzt unter Führung des Genossen Schulz stehende Buchhandlung, die einen großen Aufschwung genommen hat.

Gegen die Geschäftsführung des Parteivorstandes lag nur eine Beschwerde vor. Der Bezirksvorstand Leipzig wandte sich an die Kontrollkommission mit der Bitte, eine grundsätzliche Entscheidung darüber zu treffen, ob der Parteivorstand das Recht haben soll, bei Aufstellung von Kandidaten für den Reichstag entgegen den Beschlüssen eines Bezirksparteitags an der Aufstellung der Kandidatenliste eine Aenderung vorzunehmen. Anlaß zu diesem Verlangen gab die letzte Reichstagswahl. Der Antrag von Leipzig lautete:

1. Die Kontrollkommission ist ersucht, grundsätzlich die Frage zu prüfen, ob der Parteivorstand das Recht haben soll, entgegen den ordnungsgemäßen eindeutigen Beschlüssen eines Bezirksparteitags, der sich streng an sein vom Parteivorstand nicht beanstandetes Statut hält, dem Bezirk einen Kandidaten an einer beliebigen Stelle auf der Liste aufzuzwingen.

2. Die Kontrollkommission möge die Entscheidung des Parteivorstandes korrigieren und erklären, daß der vom Bezirksparteitag ordnungs- und statutengemäß gefaßte Beschluß rechtsgültig erfolgt ist.

Der Leipziger Bezirksparteitag hatte die Kandidaten für den Reichstag in folgender Reihenfolge aufgestellt: Lipinski (seitheriger Abgeordneter), Saupe (seitheriger Abgeordneter), Siemsen, Graf, Lang, Minna Schilling (seitherige Abgeordnete). Gegen die Reihenfolge der Kandidaten haben die Vorstände der Unterbezirke Döbeln und Rochlitz, Burgstädt-Mittweida Einspruch erhoben, weil die seitherige Abgeordnete Schilling von der sichern vierten Stelle an die ganz aussichtslose sechste Stelle gebracht worden war. Die Beschwerdeführer machten geltend, daß die Genossin Schilling auf den Tagungen der beiden Unterbezirke Rochlitz und Döbeln einstimmig als Kandidatin aufgestellt wurde; an gleicher Stelle sei beschlossen worden, zu fordern, daß den beiden Unterbezirken wie seither die vierte Stelle auf der Reichstagskandidatenliste zuerkannt werde.

Aus dem Bestreben, zu einer Einigung mit dem Unterbezirk Groß-Leipzig zu kommen und die Werbekraft und Schlagfertigkeit der Parteiorganisation in den beiden Unterbezirken nicht zu gefährden, erklärten sich die Beschwerdeführer im Einverständnis mit den Parteimitgliedschaften bereit, auf die bisherige vierte Stelle zu verzichten und sich mit der fünften abzufinden. Dazu war die Annahme entscheidend, daß im Wahlkampf ein fünftes Mandat erobert würde. In einer Vorstandssitzung des Bezirks Leipzig wurde dann beschlossen, dem Vorstand der beiden Unterbezirke zuzustimmen. Der Parteitag des Bezirks vom 1. März

1928 hob indes diesen Beschluß auf und wies die Genossin Schilling wiederum auf die sechste Stelle.

Der Parteivorstand beschloß: Kandidat auf der fünften Stelle der Wahlkreisliste Leipzig ist die Genossin Schilling.

Die Kontrollkommission hatte zunächst zu entscheiden, ob dem Parteivorstand nach dem Organisationsstatut das Recht zustehe, irgendwelche Entscheidungen zu treffen. Nach § 20 Absatz 2 des Organisationsstatuts hat der Parteivorstand das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden. Deshalb war es nicht Aufgabe der Kontrollkommission, über das Statut hinauszugehen. Wir haben dementsprechend den betreffenden Genossen den Bescheid erteilt, daß der Parteivorstand das Recht besitzt, in die Kandidatenliste einzugreifen.

Die im Jahrbuch 1928 erwähnte kleine Differenz zwischen Kontrollkommission und Parteivorstand ist nach einer gemeinsamen Aussprache beglichen und dem Wunsche der Kontrollkommission entsprechend aus der Welt geschafft worden. Im allgemeinen war die Zusammenarbeit kameradschaftlich und kollegial. Ich bin von der Kontrollkommission beauftragt worden, Sie zu ersuchen, dem Parteivorstand für seine Geschäftsführung vollständige Entlastung zu erteilen.

Ich erwähne nochmals, daß die Gesamtentwicklung der Partei in den verflossenen zwei Jahren eine glänzende war. Ist doch die Mitgliederzahl, wie aus dem Bericht des Genossen Ludwig hervorging, um 126 000 gestiegen, so daß an der Million, die wir jedenfalls bald erreichen werden, nicht mehr viel fehlt.

Die Kontrollkommission ließ sich auch einen Bericht von dem Geschäftsführer der „Konzentration", Parteipresse A.-G., dem Genossen Rupprecht erstatten, in welchem festgestellt wurde, daß die Partei über 196 Zeitungen mit mehr als 1 300 000 Abonnenten verfügt. Der Umsatz im Buchhandel belief sich auf 3 810 134 Mark. Das sind Ziffern, die von der unbesiegbaren Lebenskraft der Sozialdemokratie Zeugnis ablegen. Es wäre zum Totlachen, wenn es nicht so bitter ernst für die Arbeiterklasse wäre, daß eine sogenannte Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei, seit Jahr und Tag den Untergang der Sozialdemokratischen Partei verkündet. Die Kommunisten verrichten damit eine Sisyphusarbeit, der jeder Erfolg versagt ist.

Unsre Magdeburger Parteigenossen haben vor Beginn des Parteitags geschrieben: „Der Parteitag soll kein Konzil der Prominenten, sondern eine Manifestation der Kraft und der Größe der deutschen Sozialdemokratie sein." Ich kann wohl sagen, daß dieses Vorhaben den Magdeburger Parteigenossen vollständig geglückt ist.

Wer den gestrigen Aufmarsch der Tausende und aber Tausende gesehen hat, wird von der Sieghaftigkeit der Sozialdemokratie bestimmt überzeugt sein.

Von den Genossen, die vor 60 bis 65 Jahren die kleine Sozialdemokratische Partei in Deutschland schufen, werden außer mir nur noch wenige am Leben sein. Wenn ich von allen denen, die unter den schwierigsten Verhältnissen, unter unsäglichen Qualen und Torturen damals die Partei gründeten und aufrechterhielten, nur einen Teil hätte erwecken können, um für die Sozialdemokratie zu zeugen, so wäre diese Manifestation ein großartiger Eindruck für Sie alle gewesen. Ich weiß, daß es auch in unsrer Partei viele Pessimisten gibt, die an dem endgültigen Sieg der Sozialdemokraten zweifeln. Wer aber weiß, mit welchen Opfern die ersten zehn Jahre der Partei in Deutschland verbunden waren, wem wie mir bekannt ist, wie die harten Männer der Arbeit mit Tränen im Auge und einen Fluch auf den Lippen herzzerreißenden Abschied von ihren Frauen und Kindern nehmen mußten, weil sie als Sozialdemokraten von ihrem Wohnort, von ihrer Arbeitsstätte ausgewiesen wurden, wer miterlebt hat, wie diese Männer mit Verachtung das zynische Angebot zurückwiesen, in ihrer Heimat zu bleiben, wenn sie abschwören, der Sozialdemokratie anzugehören, der

muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine Partei, die solche Opfer bringen kann, unter allen Umständen sieghaft sein muß.

Sie wissen: ich bin unabhängiger Parteigenosse gewesen. Ich habe auch die erste Spaltung von 1869 mitgemacht. Wir waren damals getrennt in Lassallianern und Eisenachern. Ich habe den Vereinigungskongreß von 1875 mit arrangiert und ihm bei Beginn präsidiert, und ich habe gesehen, welchen ungeheuren Erfolg jede dieser Einigung bedeutete. Ich habe ferner die zweite Spaltung und die Wiedervereinigung miterlebt und kann heute nur konstatieren, daß die Einheit der Partei die Kraft erzeugt, die notwendig ist, um den endgültigen Sieg der Sozialdemokratie zu erreichen (lebhaftes Bravo!), daß wir alles tun müssen, um die Einheit der Partei zu erhalten. Sie kann aber nur dadurch erhalten werden, daß vollständige Meinungsfreiheit innerhalb dieser Millionenpartei herrscht. Die freie Kritik ist die Lebenskraft einer solch großen Partei; aber diese Kritik muß, wie auch bereits erwähnt worden ist, kameradschaftlich geführt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Ich hoffe, daß auch dieser Parteitag, der nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze internationale Sozialdemokratie ein Ereignis ist, den sieghaften Vormarsch der Sozialdemokratischen Partei bis zur endgültigen Befreiung des Proletariats fördern wird. (Stürmischer Beifall.)

Zum Schlusse noch ein paar Worte! Ich möchte Ihnen für die Größe der Parteientwicklung auch einen augenscheinlichen Beweis liefern. Dieses kleine Büchlein hier ist das erste Protokoll der Partei über den Parteitag von 1869. Es zählt nur 67 Seiten. Heute sehen unsre Protokolle ganz anders aus. Redner hält einen stattlichen Band von 700 Seiten in der Hand hoch. Sorgen wir dafür, daß die Bände noch stärker, aber dann auch gelesen werden. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Aussprache zum Bericht des Parteivorstandes

Vors. **Wels**: Wir kommen nunmehr zur Aussprache. Zur Diskussion stehen die Anträge Nr. 1 bis 15 — Nr. 16 ist zurückgezogen —, 17 bis 38. 112 Absatz 2 und 3, 103, 126, 136, 137, 139, 140, 156, 158, 159, 171, 172, 173 und 177.

Parteivorstand und Parteiausschuß haben beschlossen, mit dem Bericht des Parteivorstandes zu verbinden die Frage der Teilnahme an einer Koalitionsregierung — das, was wir in der Regierung getan haben, steht beim Bericht der Reichstagsfraktion zur Diskussion —, außerdem die Frage der Stellungnahme zum Panzerkreuzer, weil hiervon das Verbleiben der sozialdemokratischen Minister in der Regierung abhängig ist.

Ich eröffne die Aussprache.

Maeder (Altenburg): Parteigenossinnen und Genossen! Den Bericht des Genossen Vogel über die Tätigkeit des Parteivorstandes könnte man überschreiben: „Und siehe da, er sah, daß alles sehr gut war!". Wir aus der Provinz sind nicht der Ueberzeugung, daß alles das, was der Parteivorstand im Laufe der letzten beiden Jahre getan hat, so außerordentlich gut gewesen ist. Ich persönlich bin sogar der Meinung, daß eine ganze Fülle der Taten des Parteivorstandes der allerschärfsten Kritik bedürfen. Ich stimme mit dem Genossen Vogel durchaus überein, wenn er heute vormittag erklärte: der 20. Mai 1928 sei ein Siegestag für das Proletariat gewesen. Aber ich ziehe aus dieser Tatsache durchaus andre Konsequenzen als der Genosse Vogel. Ich vertrete die Auffassung, daß der starke Stimmenzuwachs der Partei am 20. Mai 1928 in erster Linie ein Vertrauensvotum für die zielklare Politik gewesen ist, die die Fraktion des vorigen Reichstags betrieben hat. Ja, es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Genossen, die im vorigen Reichstag eine klare Oppositionspolitik getrieben haben und in ihren Versprechungen während der Wahl maßvoll gewesen sind, den Sieg vom 20. Mai als Vertrauenskundgebung

der Wählerschaft registrieren dürfen. Der Kieler Koalitionsbeschluß ist vom Parteivorstand nicht folgerichtig angewandt worden. Es wäre notwendig gewesen, sich von vornherein zu überlegen, ob innerhalb einer solchen „Regierung der Köpfe" ohne Programm etwas Wesentliches für die Arbeiterklasse zu erreichen sein werde oder nicht. Die Bürgerlichen hatten von vornherein ein klares Programm. Die Volksparteiler erklärten z. B. ohne alle taktischen Erwägungen: an dem Bestand der Reichswehr dürfe nicht gerüttelt werden, ein Ausbau der Sozialpolitik käme nicht in Frage. Sie haben im wesentlichen auch erreicht, was sie sich damals vorgenommen haben.

Die Frage des Panzerkreuzers hat sich der Genosse Vogel heute früh sehr leicht gemacht. Er hat im Grunde genommen nur den Beweis dafür zu erbringen versucht, daß auch in dieser für die Partei peinlichsten Angelegenheit alles richtig gewesen sei, was die vier Genossen in der Regierung getan haben. Ich stelle demgegenüber fest, daß die Haltung dieser Genossen draußen im Lande von Tausenden und Hunderttausenden der Parteimitglieder als schwerer Verstoß gegen die Parteidisziplin empfunden worden ist. Es wird niemand geben, der grundsätzlich gegen jede Koalition wäre. Auch ich bin durchaus kein absoluter Gegner der Koalition, vertrete aber die Meinung, daß wir nach den Erfahrungen des letzten Jahres Koalitionen ohne Programm nicht wieder befürworten sollten. Selbst Genosse Wels und andre Genossen, die wie er auf dem Boden weitestgehender Koalitionspolitik stehen, haben es sich doch nicht versagen können, festzustellen, daß das Proletariat trotz unsrer Beteiligung an der Regierung einen unsagbar schweren Leidensweg gegangen ist. Dieser Leidensweg ist nicht abgekürzt worden durch die Koalitionspolitik des letzten Jahres, sondern eine Enttäuschung der Arbeiterschaft ist auf die andre gefolgt.

Ich stelle fest, daß es nicht möglich ist, im Rahmen der heutigen Debatte lediglich auf die Panzerkreuzerfrage einzugehen. Wenn man schon die Diskussion über das Koalitionsproblem mit dem ersten Punkt der Tagesordnung in Verbindung bringt, so müssen wir doch wohl berechtigt sein, wenigstens andeutungsweise auf die Fehlschläge der gegenwärtigen Koalition im Reiche einzugehen. Die vier Genossen in der Regierung haben entgegen den Versprechungen der Partei im Wahlkampf gehandelt. Wir haben dem Panzerkreuzerbauvorhaben im Wahlkampf die Forderung auf Kinderspeisungen entgegengestellt. Aber diese wichtige Frage ist nach der Wahl stark in den Hintergrund getreten. Wir können uns doch nicht auf den Standpunkt stellen, daß in jeder Beziehung nur die Politik des geringsten Widerstandes, eine Politik des jeweils kleinsten Uebels zu treiben sei. Wir müssen vielmehr ebenso zäh wie beispielsweise das Zentrum mit seinen Konkordatsansprüchen mit unsern sozialen, kulturellen und wirtschaftspolitischen Ansprüchen hervortreten. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, daß das Vertrauen der Genossen im Lande auch zu den vier Genossen in der Reichsregierung wieder wächst.

Severing hat in Hamburg versprochen: „Ich werde die Teno abbauen!" Und was ist geschehen? — Er wurde durch die Bürgerlichen gezwungen, den Etatsposten für die Teno selbst wieder in den Reichshaushalt einzusetzen.

Wir mußten es leider erleben, daß Severing das von Schiele ausgearbeitete Berufsausbildungsgesetz mit seinem Namen unterzeichnet und sich damit im Grunde genommen die Kulturpolitik Schieles zu eigen gemacht hat. Diese bedauerliche Tatsache hat in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer starkes Befremden hervorgerufen.

Dem Genossen Schulz möchte ich sagen: Es kommt nicht nur darauf an, daß man Bildungsarbeit schlechthin befürwortet, sondern viel wesentlicher ist, daß wir sozialistische Bildungsarbeit betreiben. Staatsbürgerliche Erziehung verlangen auch die Gegner im bürgerlichen Lager. Unsre Bildungsarbeit muß eine klare sozialistische Note tragen.

Ein paar Worte zu den notwendigen praktischen Folgerungen aus unserm Agrarprogramm. — Wenn künftig eine Regierung mit Programm zustande

kommen sollte, müssen unsre Genossen auch unsre Forderungen aus dem Agrarprogramm anmelden. Sozialistische Agrarpolitik auf Grund unsres glänzenden Programms zu betreiben wäre sehr verheißungsvoll und würde unsre Werbekraft auf dem Lande wesentlich erhöhen.

Einige Bemerkungen zum Abbau der Lohnsteuer. Ich komme damit zum Kapitel der Hilferdingschen Politik. Er wird Finanzminister und erklärt: Geld ist in Fülle da, wir können also die Lohnsteuer sogleich vermindern. Ich weiß zwar, daß in einem halben Jahre die Kassen leer sein werden, aber trotzdem wird ermäßigt. Der Arbeiter erhält 5 Pfennig Ermäßigung pro Woche oder nichts, der Staatsbürger mit höherm Einkommen bekommt mehr. Das ist eine recht unsoziale Maßnahme, die sich entgegen unsern programmatischen Forderungen auswirkt. Einige Zeit später brachte der Genosse Hilferding durch seine Haltung wiederum zum Ausdruck: „Geld ist da, ich kann auf mein Vetorecht in Angelegenheit des Panzerkreuzers A verzichten." Und später: „Wir brauchen dringend Geld zur Stützung der Währung, eine 500-Millionen-Anleihe muß sein, selbst auf die Gefahr hin, daß wir dem Bürgertum ein ganz riesiges Geschenk machen." Darüber sind die Genossen draußen im Lande mehr als verwundert. Sie fragen: „Ist das noch sozialistische Finanzpolitik?" Ich bin fest überzeugt davon, daß Hilferding, wenn wir in der Opposition ständen, im Reichstag in aller Deutlichkeit nachweisen würde, welch ungeheures Geschenk an das Finanzkapital eine solche Anleihe darstellt.

Was man vor der Wahl versprochen hat, sollte man, wenn man es im ganzen nicht durchsetzen kann, wenigstens in der Richtung auf allmähliche Verwirklichung anstreben. Ich stelle fest, daß das, was bisher in der gegenwärtigen Koalitionsregierung geschehen ist, im wesentlichen unsern Wahlversprechungen widerspricht, aber auch dem, was wir programmatisch seit Heidelberg zu fordern haben.

Ich stelle die Frage: Kann man in der Opposition etwas erreichen? — Ich höre schon, was man mir erwidern wird und berufe mich auf das Wahlmaterial, das vor der letzten Reichstagswahl vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion herausgegeben wurde. Da war eine lange Reihe von Oppositionserfolgen aufgeführt, die namentlich in steuer- und sozialpolitischer Beziehung errungen worden waren. Was damals in der Opposition erreicht wurde, haben wir in der Koalition in ähnlichem Ausmaß nicht erreicht.

Ich trete für die Jugend ein, deren Rechte der Genosse Vogel heute zu mindern versucht hat. (Lebhafter Widerspruch.) Er hat erklärt: „Wir können uns auf das Urteil der Jugend nicht verlassen." Als die Jugend gestern mit wehenden roten Fahnen hier hereinmarschierte, erweckte sie Begeisterung, auch beim Parteivorstand. Die Jugend wird sich das Recht der eignen politischen Meinungsbildung nicht verkümmern lassen.

Wir, die wir mit der Politik des Parteivorstandes nicht einverstanden sind, verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man uns die Absicht der Parteispaltung unterstellt. Ich stelle ausdrücklich fest: Es gibt nicht einen Opponenten gegenüber der Politik des Parteivorstandes, der auch nur im Traume daran dächte, die Einheit der Partei zu stören. Wir haben alle gleichermaßen Ursache, uns über die wiederhergestellte Einheit der Partei zu freuen. Im Geiste dieser Einheit und der Grundsätzlichkeit sei unser künftiger politischer Kampf geführt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vors. **Wels**: Ich habe eben darauf aufmerksam gemacht, daß die Fragen der Koalitionsregierung beim Bericht der Reichstagsfraktion diskutiert werden. Die Jugend läßt sich die Freiheit nicht nehmen, sagt Maeder und redet trotzdem, was er will. Dagegen ist man machtlos. (Heiterkeit.) Ich bitte aber die nächsten Redner, sich strenger an die Tagesordnung zu halten.

Wendt (Berlin): Antrag 1 Hamburg findet die Zustimmung der Berliner Delegierten, wenn uns auch die Formulierung nicht gefällt. Aber

angesichts der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt insonderheit für die ältern Arbeiter und Angestellten setzen wir uns für die verkürzte Arbeitszeit ein. Das Heer der ältern Arbeiter und Angestellten, die heute aus dem Produktionsprozeß gezogen werden, schwillt immer mehr an, so daß wir als sozialistische Partei dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken alle Ursache haben.

Antrag 14 ist für mich eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß alle Mitglieder, für deren Beruf freie Gewerkschaften bestehen, in diese eintreten. Im Gegensatz zu seiner Kieler Entscheidung müßte der Parteitag heute die Frage in diesem Sinne klipp und klar entscheiden. Das ist kein unbilliges Verlangen, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Einige Worte zum Antrag 177, der bereits in der Vorlage unter Nr. 43 zu C Absatz 2 steht. Die Frage des Panzerkreuzerbaues hat in der Parteigenossenschaft eine erhebliche Opposition heraufbeschworen. Als unmittelbar nach der Regierungsbildung, einen Tag vor der Verfassungsfeier, die Entscheidung des Kabinetts über den Panzerkreuzer bekanntwurde, hat es in der Partei nur eine Meinung gegeben: Dieser Beschluß ist uns unverständlich. (Sehr richtig!) Für diesen Beschluß lag nach meinem Dafürhalten eine politische Notwendigkeit nicht vor, denn inzwischen war der Reichstag neu gewählt worden. Dieser konnte erst entscheiden, bevor das Kabinett überhaupt Stellung nahm. Für die Eile, mit der unsre Parteigenossen in der Regierung diese anscheinend für sie wichtigste Frage zur Entscheidung brachten, hatte draußen kein Mensch Verständnis.

Dieser Beschluß unsrer Ministergenossen hat sich in der gesamten Politik der Reichstagsfraktion wie ein roter Faden durchgesetzt. Es ist fast so wie nach dem Dichterwort, daß eine böse Tat stets Böses muß gebären. Bei den Verhandlungen wegen der Regierungsumbildung sind die bürgerlichen Parteien immer wieder darauf zurückgekommen. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einem besonderen Antrag den Panzerkreuzer abgelehnt. Wels hat als Redner der Fraktion eine Rede gehalten, gegen die wir nichts einzuwenden hatten, die allerdings bei den bürgerlichen Parteien verschnupft hat. (Vors. Wels: Das kann man wohl sagen!) Die bürgerlichen Parteien hatten auch nach der Rede so einige Wünsche. Insbesondere sollten unsre Ministergenossen nicht mit der Fraktion stimmen. Bescheiden waren die bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer Koalition mit Sozialdemokraten befanden, nie. Sie haben also frisch und frei verlangt, daß unsre Genossen in der Regierung sich der Stimme enthalten sollten, und zwar, nachdem ihnen das bei allen Ministern nicht geglückt war, zum mindesten der Reichskanzler. Die Fraktion nahm dazu Stellung und beschloß, daß die Parteigenossen in der Regierung mit der Fraktion zu stimmen haben. Als die Verhandlungen über das Etatskompromiß zum Abschluß gekommen waren, platzte bekanntlich der Brief des Führers der Zentrumsfraktion an den Genossen Hermann Müller herein, in dem Herr Kaas in diplomatischen Redewendungen forderte, daß die sozialdemokratische Fraktion die Bewilligung der zweiten Rate für den Panzerkreuzer nicht ablehnen dürfte, sondern sich höchstens der Stimme enthalten könnte. Die Fraktion hat entschieden, daß auch gegen die zweite Rate gestimmt wird, allerdings nicht von unsern Genossen in der Regierung. Ich halte das für die Partei für untragbar, wenn sich unsre Ministergenossen dauernd in einem Widerspruch zur Haltung der Fraktion befinden. Was heute bei dem Panzerkreuzer geschieht, kann morgen sehr leicht bei der Arbeitslosenversicherung und auch bei der Zollgesetzgebung in Frage kommen. Dieser Widerspruch der Haltung unsrer Genossen in der Regierung zu der Reichstagsfraktion erschüttert den Fundus des Vertrauens in der Arbeiterklasse außerordentlich stark. Wir haben alles Interesse daran, daß dieses Vertrauen nicht untergraben wird, um so mehr nicht, als es schon außerordentlich schlimm ist, wenn wir uns gegenüber unsrer Wahlagitation durch

unsre Handlungen in der Regierung in einen Zwiespalt setzen. Wenigstens sollten wir auch den Schein vermeiden, durch unsre Handlungen in der Regierung gegenüber den Wahlversprechungen in einen Gegensatz zu kommen, weil diese Art der Betätigung das Vertrauen der Massen in die Partei schwer erschüttern kann. Letzten Endes sind unsre Parteigenossen, unsre Funktionäre und unsre Wähler keine Unteroffiziere, die wir heute links und morgen rechts kommandieren können.

Deshalb warne ich dringend davor, daß unsern Parteigenossen in der Regierung ein besonderes Recht zugebilligt wird. Ich halte dieses Ueber-den-Parteien-Stehen der Regierung für einen Rückfall in die bürgerlich-liberale Mentalität. Unsre Parteigenossen in der Regierung sind die Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Partei. (Sehr richtig!) Sie werden ihre schwere Aufgabe nur lösen können, wenn sie von dem Vertrauen der Masse gestützt werden. Wenn die Koalitionspolitik solche Blüten weiter treibt wie bisher, so werden diejenigen Genossen, die diese Koalitionspolitik praktisch treiben, den Parteigenossen den besten Anschauungsunterricht erteilen, wie man keine Koalition machen soll. (Vors. Wels: Und in Berlin?) — Lieber Genosse Wels, wir machen in der Gemeinde auch einmal Koalition. Ich habe sie in der Stadt Berlin 8 Jahre lang mitgemacht. Ich kann aber sagen und erhoffe dabei Ihre Zustimmung, daß diese Art von Koalitionspolitik kaum noch verstanden wird. Dann ist noch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Koalitionspolitik in der Gemeinde und im Reich darin, daß die Gemeinde durch die Gesetzgebung des Reiches in ihrer Arbeit ganz außerordentlich stark in Preußen eingeschnürt und eingeschränkt ist. Ihr Aufgabenkreis ist sehr beschränkt.

Gerade für diese Tätigkeit der Genossen in der Regierung, wie ich sie an dem Beispiel des Panzerkreuzers gezeigt habe, können unsre Parteigenossen kein Verständnis aufbringen. Ich bitte daher, dem Antrag 177 zuzustimmen, für den wir namentliche Abstimmung beantragt haben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Seydewitz (Zwickau): Durch alle bisher gehaltenen Reden zieht sich wie ein roter Faden eine Aeußerung, die der Genosse Wels gestern bei der Eröffnungsrede gebraucht hat. Auch Vogel und Bock haben davon gesprochen, daß innerhalb unsrer Partei Meinungsfreiheit sein soll, daß die Meinungsfreiheit ein Stück der Stärke der Partei ist. Vogel hat heute gesagt, die Partei hat keinen Schaden von der sachlichen Kritik, wenn die Gebote der Kameradschaft beachtet werden. Diese Ausführungen sind mit Bezug auf die Opposition gemacht. Ich stehe nicht an zu erklären, daß wir wie Vogel eine kameradschaftliche Aussprache bei Meinungsverschiedenheiten wünschen, daß uns wie den andern Genossen, die eine andre Auffassung vertreten, das Wohl und Wehe der Partei am Herzen liegt.

Genosse Vogel hat darauf hingewiesen, daß sich die Opposition in letzter Zeit so betätigt, daß man manchmal an die Zeit vor der Spaltung erinnert werde. Demgegenüber verweise ich auf den Parteitagsartikel des „Vorwärts" von Stampfer, in dem Stampfer sagt, daß, wenn von 100000 Parteimitgliedern einer nur andeutungsweise von einer Spaltung spricht, er sicher sein kann, daß sich 99999 mit aller Entschiedenheit dagegen wenden. Das ist sicher die Auffassung aller Parteigenossen. Niemand innerhalb der Partei, so sehr er auch aus sachlichen Gründen sich zur Kritik an der Partei berechtigt fühlt, denkt an eine Spaltung, sondern wir sind alle davon erfüllt, daß die Kraft und Stärke der sozialistischen Bewegung von ihrer Einigkeit abhängig ist. (Bravo! und Händeklatschen.) Aus diesem Grunde wollen wir Meinungsverschiedenheiten in aller Kameradschaft ausfechten. Auch die kritischen Ausführungen, die Genosse Vogel über die Opposition gemacht hat, habe ich so beurteilt, daß er nichts andres als das Wohl und Wehe der Partei im Auge hat, daß er der Partei dienen wollte. Wir billigen ohne weiteres jedem Genossen

in der Partei zu, daß er mit seinen Maßnahmen und Handlungen der Partei dienen will. Was wir den andern zubilligen, wollen wir aber auch für uns in Anspruch nehmen. (Sehr gut!) Wir bitten, bei allen Ausführungen, die wir auf dem Parteitag machen, immer daran zu denken, daß wir mit unsrer sachlichen Kritik nur der Partei und dem Proletariat dienen wollen.

Genosse Vogel hat daran erinnert, daß der Ausgangspunkt für die gegenwärtige Koalitionspolitik der Kölner Parteiausschußbeschluß sei, und daß damals wohl auch die sächsischen Delegierten im Parteiausschuß nicht dagegen gewesen seien. Ich stelle dazu fest, daß die sächsischen Delegierten sich im Parteiausschuß gegen diese Auffassung gewandt und einen Antrag formuliert hatten, der das Eingehen einer Koalition entsprechend dem Kieler Parteitagsbeschluß von der Formulierung von Voraussetzungen abhängig macht. Dieser Standpunkt ist leider im weitern Verlauf der Verhandlungen auch in der Fraktion abgelehnt worden. Die mancherlei kritischen Aeußerungen innerhalb der Partei über die Ergebnisse der bisherigen Koalitionspolitik führe ich in erster Linie darauf zurück, daß wir auf einen Weg gestoßen wurden, bei dem wir das Ziel nicht gesehen haben, bei dem wir nicht wußten, wohin die Reise geht. Als die Wurzel des Uebels, das wir hier zu kritisieren haben, möchte ich den Umstand bezeichnen, daß unsre Fraktion ohne die im Kieler Parteitagsbeschluß geforderte Voraussetzung vier Minister in eine Koalitionsregierung geschickt hat.

Ich stehe nicht an zu erklären, daß wir Kritik, die wir zu üben haben, nicht in erster Linie an den Ministergenossen üben. Schuld ist der Beschluß der Fraktion und nicht der einzelne Genosse, der entsprechend dem Beschluß der Fraktion in die Reichsregierung hineingegangen ist. (Vogel: Und trotzdem Ausschlüsse!) — Ich kann darauf in den 10 Minuten Redezeit nicht eingehen. Wo aber Ausschlüsse dieser Art vorgekommen sind, haben wir sie genau so gemißbilligt wie die Genossen im Parteiausschuß.

Die Ergebnisse der durch den Kölner Parteiausschußbeschluß eingeleiteten Koalition können die Parteigenossenschaft und die Arbeiterschaft nicht befriedigen. Wenn wir nach dem Wahlerfolg in die Koalition hineingehen wollten und angeblich mußten, mußte dem einfachen Menschen, dem Arbeiter in Deutschland, plausibel gemacht werden, daß ein Kurswechsel eingetreten ist. (Sehr gut!) Aber wer will sagen, daß ein Kurswechsel eingetreten ist. Ich würde mich freuen, wenn recht viele unsrer Redner sagen könnten, daß gegenüber der Zeit vor der Wahl eine merkbare Veränderung gerade auf sozialpolitischem Gebiet eingetreten sei.

Einen Punkt will ich zur Begründung meiner Auffassung herausgreifen, der die Arbeiterschaft in Deutschland in starkem Maße beschäftigt. Wenn irgendwie sichtbar gemacht werden sollte, daß ein Kurswechsel durch den Eintritt unsrer Genossen in die Regierung erfolgte, hätte es bei der Reichswehr geschehen müssen. Unsre Fraktion hatte im alten Reichstag den Antrag gestellt, der Reichswehretat dürfe nicht höher sein als 500 Millionen.... (Vors. Wels: Darüber redet Breitscheid nachher sehr lichtvoll!) — Ich habe im Parteiausschuß gefordert, daß die Koalitionsfrage beim Reichstagsbericht diskutiert werden soll. Ich kann doch nicht sagen, ich lehne die Koalitionspolitik ab, sondern ich bin doch verpflichtet, zur Begründung etwas zu sagen. (Zuruf: Dann reden Sie beim Fraktionsbericht noch einmal!) — Ich bin nicht so genußsüchtig. Ich darf also bei diesem Tagesordnungspunkt nicht auf die Einzelheiten eingehen, sondern kann hier nur die Feststellung treffen, daß sich an dem Charakter der Reichswehr seit dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung nichts geändert hat (Sehr richtig!), daß hierbei der Kurswechsel nicht zu verzeichnen ist.

Genosse Vogel hat gesagt, als damals nach der Panzerkreuzeraktion von uns der Austritt aus der Regierung gefordert wurde, daß wir wegen des

Panzerkreuzers nicht aus der Regierung austreten durften, weil wir noch wesentliche politische positive Dinge auf sozialpolitischem Gebiet zu erfüllen hätten. Seitdem sind beinahe ¾ Jahre vergangen. Ich hoffe, daß nachher bei dem Fraktionsbericht festgestellt werden kann, was gerade auf sozialpolitischem Gebiet geschehen ist. Denn gerade auf sozialpolitischem Gebiet ist ein Stillstand eingetreten, der von der Arbeiterschaft draußen sehr unangenehm empfunden wird, besonders darum, weil für diesen Stillstand und die Gefahren, die jetzt der Sozialpolitik drohen, die Sozialdemokratie durch ihre Teilnahme an der Regierung verantwortlich gemacht wird. Genosse Wissell hat als Arbeitsminister gewiß alles tun wollen, was die Parteigenossenschaften von ihm wünschen. Aber nicht der einzelne ist schuld, sondern der Beschluß, daß wir ohne Festlegung diese Koalitionspolitik treiben mußten, die uns diese Schwierigkeiten bringt.

Innerhalb der Partei sind heute bei weitem nicht mehr so viele vorhanden, die wie im Mai 1928 so stürmisch Koalitionsregierung im Reich haben wollen. (Sehr richtig!) Diese Zahl der Koalitionsanhänger hat sich wesentlich verringert. In dieser Frage sollten wir zu der notwendigen Klarheit kommen und aus der eingetretenen Veränderung die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen.

Ich habe hier einen kleinen Auszug — Genosse Breitscheid wird zum Fraktionsbericht sprechen und sicher darauf eingehen — aus dem Jahre 1921. (Zuruf: Das ist schon lange her!) — Leider! Die Zeiten ändern sich, trotzdem wir sooft zitieren: Das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt. Der Hinweis auf die Aenderung der Zeiten entschuldigt durchaus nicht alles. Es ist durchaus nichts Revolutionäres, was Breitscheid damals gefordert hat. Er hat gesagt:

> Voraussetzung für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung ist, daß bestimmte Forderungen formuliert werden. Von deren Durchführung ist der Eintritt und die Mitwirkung der Sozialdemokraten in der Regierung abhängig.

Das ist das, was die Reichstagsfraktion beim Eintritt in die Reichsregierung tun mußte. Wir vertreten darum den Standpunkt, daß es uns nicht mehr möglich ist, daß es uns schadet, die Verantwortung für diese Koalitionspolitik im Reich weiter zu tragen. Darum fordern wir den Austritt aus der Regierung. Wir wünschen, daß der Partei die Handlungsfreiheit wiedergegeben wird, um günstiger und wirkungsvoller die Interessen des Proletariats zu vertreten. (Bravo! und Händeklatschen.)

Eckstein (Breslau): Genosse Vogel hat seine Ausführungen mit der Konstatierung begonnen, daß das Hauptkennzeichen des Wahlerfolgs vom 20. Mai 1928 der Einbruch der Sozialdemokratischen Partei in das Menschenreservoir der bürgerlichen Klasse gewesen ist: daß es zum erstenmal in der deutschen Parteigeschichte gelungen ist, nicht nur den Rechtsparteien, sondern auch dem Zentrum Massen abzugewinnen. Das ist ein Erfolg gewesen. Aber unsre Aufgabe ist es, diesen Erfolg weiter auszubauen und die Massen, die durch die Oppositionspolitik der Jahre 1924—1928 gewonnen worden sind, dauernd an uns zu fesseln. Und wenn wir Kritik an der Haltung des Parteivorstandes geübt haben, so aus dem Empfinden heraus, daß die Politik seit dem 20. Mai 1928 nicht geeignet ist, diese eben der sozialistischen Ueberzeugung gewonnenen proletarischen Massen bei uns zu halten und neue im bürgerlichen Lager stehende proletarische Massen dem proletarischen Klassenbewußtsein zu gewinnen. (Vors. Wels: 114 000 Mitglieder mehr!) Wir glauben, daß nur dann Arbeiter, die bis dahin bürgerlich gestimmt haben und bürgerlichen Parolen gefolgt sind, für die Sozialdemokratie gewonnen werden können, wenn die Politik der Sozialdemokratie sich augenfällig und grundsätzlich von der Politik der bürgerlichen Parteien unterscheidet.

Ich darf mich auf ein so wenig des Radikalismus verdächtiges Organ wie den „Vorwärts" dafür berufen, daß als Ergebnis des Wahlerfolgs vom Mai 1928 es selbstverständlich sein sollte, daß die sozialdemokratische Regierungspolitik anders geführt werden müsse als die Politik des Bürgerblocks. Die Massen, die uns im Mai 1928 ihr Vertrauen ausgedrückt haben, haben nicht nur gerufen: Weg mit dem Bürgerblock!, sondern sie haben von uns verlangt und in uns das Vertrauen gesetzt, daß wir eine andre Politik führen als der Bürgerblock. So ist es nicht gekommen. Ich berufe mich hier wieder auf den „Vorwärts", der sagte, daß die Sozialpolitik in diesem Augenblick schlechter sein müsse als zur Zeit des Bürgerblocks, weil damals die Möglichkeit gewesen wäre, die sozialreaktionären Tendenzen der Bürgerblockparteien zurückzudämmen, und jetzt die Möglichkeit der Einschaltung proletarischer Wähler aus den bürgerlichen Parteien zur Zurückdämmung sozialreaktionärer Tendenzen nicht mehr bestehe. Aus diesen Konstatierungen des Zentralorgans unsrer Partei geht hervor, daß die positive Leistung der Partei in der Opposition größer ist und größer gewesen ist als in dieser Koalition. (Hört, hört!)

Und wenn das noch irgendeinem Zweifel unterläge, dann würde die Erörterung der Panzerkreuzer-Angelegenheit darüber völlig Klarheit geschafft haben. Man sagt, wir durften aus der Panzerkreuzer-Angelegenheit nicht die Folgerung ziehen: 'raus aus der Regierung, denn wir trügen doch die Verantwortung. Wir seien doch — in keinem Teile unsrer Parteiorganisation —, wie Genosse Vogel gesagt hat, verantwortungslos, wir trügen die Verantwortung. Aber für wen und für was tragen wir sie? Nicht für den Staat, sondern allein für die Arbeiterklasse, die wir vertreten. Und von diesem Standpunkt der Verantwortung für das Proletariat ist es unverständlich, wenn zur Rechtfertigung des Panzerkreuzer-Beschlusses der Fraktionsvorsitzende am Tage nach dem Beschluß des Parteiausschusses vom August schreibt, unsre Genossen hätten ja gegen den Panzerkreuzer stimmen können, wenn nicht die Gefahr gewesen wäre, daß auch die Demokraten gegen den Panzerkreuzerbau gestimmt hätten und dann tatsächlich der Bau eingestellt worden wäre. Der Parteivorsitzende Hermann Müller hat einmal gesagt, daß unsre Politik unkompliziert sein müsse, daß sie so fein müsse, daß auch der einfache Mann auf der Straße sie verstehe. Aber dies versteht der einfache Mann nicht. Dies ist so, daß es der beste Funktionär dem einfachen Mann nicht erklären kann. Es ist so, daß dafür das Wort Hilferdings von Kiel nicht gilt: wie sage ich's meinem Funktionär? — Es läßt sich nicht erklären.

Wenn die Reichsregierung selbst zur Begründung ihres Panzerkreuzerbeschlusses zwei Tatsachen angeführt hat, so muß demgegenüber heute wie damals erklärt werden, daß die von den parteigenössischen Ministern angeführten Gründe unrichtig sind: Unrichtig ist die Behauptung, die das Finanzministerium aufgestellt hat, die Steuereingänge seien damals so vorzüglich gewesen, daß nach dem Reichsratsbeschluß der Panzerkreuzer gebaut werden konnte. So stand es in der offiziösen Pressemeldung. Unrichtig ist, daß die Reichsregierung verpflichtet gewesen ist, den Etat des Bürgerblocks auszuführen, denn nach der Reichshaushaltsordnung kann jede Ausgabe von Reichskanzler und Reichsfinanzminister sistiert werden. Keine rechtliche Bestimmung, kein demokratischer Grundsatz zwang unsre parteigenössischen Minister zu diesem Panzerkreuzerbeschluß, und doch haben sie ihn gefaßt und haben damit eine Krise in der Partei und in der Arbeiterbewegung heraufbeschworen, wie sie m. E. seit dem Kriege nicht dagewesen ist.

Wenn Genosse Vogel sagte, daß in der entscheidenden Kabinettsitzung ohne eine große Beratung, ohne eine förmliche Abstimmung die Sache so im Handumdrehen erledigt worden ist, dann muß man sich über das geringe

Fingerspitzengefühl der parteigenössischen Minister wundern, die nicht vorausgesehen haben, was diese Entscheidung für ein Echo draußen im Lande erwecken würde, ja erwecken mußte.

Wir werden zu dieser Angelegenheit heute nicht nur zu reden haben, sondern auch einen Beschluß dazu fassen müssen, und wir dürfen erwarten, daß auch die parteigenössischen Minister sich an die Beschlüsse des Parteitags halten werden, obwohl der Parteivorsitzende, Genosse Hermann Müller, nach einer unwidersprochen gebliebenen Meldung im Parteiausschuß erklärt hat, daß kein Parteibeschluß ihn daran hindern könnte, das zu tun, was die Verfassung ihm vorschreibe. (Hermann Müller: Ein kleiner Irrtum. Ich habe gesagt: Ich bin jederzeit bereit, mein Amt aufzugeben und die Konsequenzen zu ziehen!) — Dann bedaure ich, daß Sie das nicht dementiert haben, was durch die Parteipresse gegangen ist. Danach mußte man die Aeußerung so auffassen, daß Sie sich lediglich der Verfassung gegenüber, aber nicht den Parteibeschlüssen gegenüber verantwortlich fühlen.

Genossinnen und Genossen! Unter der Führung des Parteivorsitzenden Hermann Müller haben wir das Wahlversprechen gegeben, den Panzerkreuzer nicht zu bauen, und unter dem Reichskanzler Hermann Müller wird der Panzerkreuzer gebaut. Unter der Führung des Parteivorsitzenden Hermann Müller haben wir das Wahlversprechen der Kinderspeisung geben, und unter dem Reichskanzler Hermann Müller werden die Mittel für die Kinderspeisung gestrichen. Unter der Führung des Parteivorsitzenden Hermann Müller haben wir das Wahlversprechen gegeben, den Reichswehretat auf 500 Millionen zu senken; unter dem Reichskanzler Hermann Müller wird dieses Versprechen ebenso wie das der Demokratisierung der Reichswehr nicht ausgeführt.

Gerade diese Koalitionspolitik hat den sozialdemokratischen Massen die Augen über den Charakter der deutschen Republik geöffnet. Der Deutsche Staat ist auch so in der Form der Republik das Werkzeug der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterbewegung. Dem Unterdrückungswillen der Bourgeoisie muß die Sozialdemokratie die unbeugsame Entschlossenheit des Proletariats entgegensetzen, um im geschichtlichen Augenblick mit revolutionärem Elan ein Wort Hilferdings wahrzumachen: noch dieser Generation den Sozialismus zu erobern! (Beifall bei der Minderheit.)

Ziegler (Breslau): Ich habe die Anträge 24 und 37 zu begründen. Der Antrag 24 verlangt, daß alljährlich in Preußen ein Parteitag stattfinden und daß dieser preußische Parteitag auf demokratischer Grundlage aufgebaut werden soll genau wie der Reichsparteitag hier aufgebaut ist. Wir haben in Baden, in Württemberg, in Bayern, in Sachsen und auch in andern Ländern bereits seit langem Landesparteitage. Auch in der Vorkriegszeit haben diese Landesparteitage auf demokratischer Grundlage regelmäßig stattgefunden. Es wäre sicher auch in Preußen zu preußischen Parteitagen ähnlicher Art wie in den süddeutschen Ländern gekommen, wenn in der Vorkriegszeit und in der Kriegszeit ein demokratisches Wahlrecht für den Preußischen Landtag bestanden hätte. Das Dreiklassenwahlrecht machte es der Arbeiterklasse unmöglich, irgendeinen Einfluß von Bedeutung auf die preußische Politik auszuüben, und dieser Umstand war wohl mit schuld daran, daß auch, nachdem für Preußen ein demokratisches Wahlrecht eingeführt war, trotzdem preußische Parteitage, die die Politik, die für Preußen gemacht werden soll, kontrollieren und mitbestimmen, bis heute nicht zur Einführung gelangt sind. Wenn schon die kleinen Länder ihre Landesparteitage für notwendig halten, dann ist für das Land Preußen, das noch wichtigere politische Fragen zu erledigen hat, ein solcher Landesparteitag um so notwendiger.

Es gibt gegenwärtig für die preußische Politik keine Stelle, bei der man den Willen der Parteimitglieder zum Ausdruck bringen könnte. Auch die

Preußenkonferenz, die stattgefunden hat, ist kein Ersatz, denn ihr mangelt die demokratische Grundlage für einen Preußischen Parteitag. Daher glaube ich, daß unser Antrag, der in ähnlicher Form auch von Königsberg gestellt ist, seine Berechtigung hat. Nach unserm Antrag soll das Delegationsrecht so geregelt werden, daß auf 3000 Mitglieder ein Delegierter kommt. Auch dagegen wird nichts einzuwenden sein. Es wird vorgesehen, daß vor den Provinziallandtagswahlen und vor den Gemeindewahlen in Preußen dieser Parteitag abgehalten werden soll. Wir glauben, daß dieser Parteitag einen guten Auftakt für diese Wahlen liefern wird. Gegenwärtig bewegt viele unsrer Parteigenossen die Konkordatsfrage, wenn nicht Gelegenheit gegeben wird, über diese Frage eine ausführliche Aussprache und Aufklärung herbeizuführen, wenn die Parteigenossen hier vor vollendete Tatsachen gestellt werden, dann fürchte ich, daß diese Frage eine ähnliche Wirkung hervorrufen wird, wie die Panzerkreuzerfrage. (Sehr wahr!)

Wir empfehlen Ihnen, diesen ersten Preußischen Parteitag in Breslau abzuhalten. Sie werden in Breslau herzlich willkommen sein, und mancher von Ihnen wird von unsern 18 000 Parteigenossen dort eine andre Meinung mit fortnehmen, als er sie vielleicht heute hat.

Unser zweiter Antrag betrifft das Stimmrecht der Reichstagsfraktion, des Parteiausschusses, der vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstanzen usw. auf dem Parteitag. Wir wollen mit diesem Antrag nur das gleiche Recht für alle durchführen. Wir wollen Privilegien nicht aufrechterhalten. Wir wollen für diese Instanzen nichts andres, als was in den Gewerkschaften bereits besteht. Es würde in den Gewerkschaften niemand einfallen, etwa dem Beirat, der eine ähnliche Einrichtung darstellt wie der Parteiausschuß, Stimmrecht auf den Verbandstagen zu geben. Ich glaube, auch in der Reichsverfassung ist das gleiche politische Recht für alle besser durchgeführt als in unsrer eignen Verfassung.

Wir halten diesen unsern Antrag eigentlich für selbstverständlich und hoffen, daß Sie ihm zustimmen werden. Ich kann nicht glauben, daß unsre eigne Verfassung weniger demokratisch sein soll als die der Gewerkschaften und der Reichsverfassung.

August Siemsen (Jena): Genossinnen und Genossen! Aus dem Bericht des Genossen Vogel hat mir der Schlußsatz am besten gefallen, worin er sagte, daß wir als Mitglieder einer revolutionären Partei uns selbst revolutionieren müssen, daß wir neue Menschen brauchen. Sie werden es verstehen, wenn ich als ein Genosse, der besonders auf dem Gebiet der Bildung und der Erziehung tätig ist, als Redakteur der „Sozialistischen Erziehung" zu diesem Punkt einiges sage und die Frage erörtere, ob unsre Partei mit ihrer heutigen Politik die Köpfe revolutioniert, ob sie neue Menschen schafft.

Zunächst möchte ich noch einiges ergänzend zu dem sagen, was Genosse Heinrich Schulz vorgetragen hat. Er hat mir mitgeteilt, daß seine Redezeit so knapp bemessen war, daß er auf verschiedene Dinge nicht mehr eingehen konnte, die doch hier auf dem Parteitag mit erwähnt werden müssen. Was die Verfassung für die Schule fordert, ist heute noch nicht verwirklicht. In der Schule — nicht nur in der Hochschule, in der höheren Schule, sondern auch in der Volksschule — herrscht immer noch im wesentlichen der alte Geist einer nationalistischen, christlichen, bürgerlichen Erziehung. Wir müssen die Bedeutung der Schule in aller Klarheit erkennen. Das ist manchmal durch Kundgebungen der Partei geschehen. Aber in unsrer praktischen Politik müßte es viel nachdrücklicher geschehen als bisher. Sie haben in Kiel eine Resolution gefaßt, die einen Fortschritt bedeutet, die die weltliche Schule unterstützen will. Aber das muß viel stärker zur Durchführung kommen.

In dem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß es eine große Organisation gibt, die gerade diese Aufgabe als ihre besondere Aufgabe be-

trachtet, die Freien Schulgesellschaften, die zu Pfingsten in Braunschweig getagt haben, eine Organisation, die ganz im Sinne unsrer Schulforderungen arbeitet. Sie verdient unsre nachdrückliche Unterstützung. Ich weise weiter hin auf die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die Heinrich Schulz nicht erwähnt hat, eine schulpolitische Organisation unsrer Partei, die im Zusammenhang mit dem Parteitag hier getagt hat. Die Tagung hat erwiesen, daß diese Organisation innerlich gestärkt ist, daß sie an Zahl wächst und eine intensive und fruchtbare Arbeit leistet.

Der Genosse Heinrich Schulz hat mit erfreulichem Nachdruck auf unsre eigne Erziehungsorganisation hingewiesen, auf die Kinderfreunde, auf die Arbeiterjugend. Da wachsen die heran, die neue Menschen sein sollen. Aber der Genosse Vogel hat gemeint, es sei doch vom erzieherischen Standpunkt abzulehnen, wenn junge Leute von 14 bis 18 Jahren sich mit politischen Dingen beschäftigen, wie der Panzerkreuzerfrage, von der sie noch nichts verstehen könnten. (Hans Vogel: Ich habe gesagt: ich habe nichts einzuwenden dagegen, daß diese Jugend sich damit beschäftigt, aber sie habe noch nicht das Urteil, Entscheidungen der Partei als unsozialistisch zu erklären. Das ist ein wesentlicher Unterschied.) Ich stimme zu, daß die werdenden Genossen bei schwierigen Tagesfragen schon wirklich ernsthaft und gründlich die Dinge durchschauen können, aber ich möchte doch sagen: wir können und wollen unsre Jugend nicht freihalten von der Politik. (Hans Vogel: Sehr richtig!) Die Politik kommt in der Schule und im Leben an sie heran, und wir wollen die jungen Leute in unserm Sinne zu Kämpfern erziehen. Als gestern unsre Jugend mit ihren roten Fahnen hier einmarschierte, da war das für mich das schönste an dem Begrüßungsabend. Diese Jugend sang das Lied: Nie, nie wollen wir Waffen tragen, nie wollen wir wieder Krieg! Und da soll sie Verständnis dafür haben, daß die Sozialdemokratische Partei Panzerkreuzer baut? Nein, sage ich, das kann sie nicht verstehen. Wir brauchen die Unbedingtheit der Jugend. Es wäre schlimm, wenn es anders wäre.

Was ich sagen will, ist also, daß die Politik, wie wir sie heute treiben, manchmal für die Jugend und auch für die Massen nicht verständlich ist. Ich weise in diesem Zusammenhang auf einen Artikel des Genossen Breitscheid hin, in dem er darlegte: Die Sache ist doch gar nicht so schlimm, unsre Genossen in der Reichsregierung wollten ja dagegen stimmen, aber sie dachten, die Demokraten würden dafür stimmen; als sie aber hörten, die Demokraten stimmten auch dagegen und die Koalition wäre gefährdet, haben sie sich anders eingestellt. Soll das etwa die neue sozialistische Politik sein? Ich glaube, wir brauchen eine Politik der Gradheit und der Klarheit, und diese Politik brauchen wir, weil wir die Partei sind, die die aufstrebende Klasse vertritt. Eine solche Partei braucht nicht krumme Wege zu gehen, braucht keine Halbheiten, wie es die absterbende bürgerliche Klasse und ihre Parteien brauchen.

Von diesem Standpunkt aus ließe sich noch manches Kritische sagen, wozu aber die 10 Minuten nicht reichen. Es wirkt auch nicht gerade erzieherisch im Sinne sozialistischer Politik, wenn ein Dementi kommt: Rotfront wird nicht verboten, und das Verbot in dem Augenblick schon da war. Das sind Methoden, die wir beim Bürgertum immer bekämpft haben.

Noch ein Wort zum Schluß. Wir sind doch als Sozialdemokraten dafür, daß die breiteste Masse aktiv an der Politik teilnimmt. Dazu paßt nicht eine Geheimdiplomatie, die sich der päpstlichen Kurie anpaßt. Darüber wird beim Konkordat noch einiges zu sagen sein.

Ich will noch einmal die schönen Worte des Genossen Vogel am Schluß seines Berichts unterstreichen. Wir brauchen nicht eine Politik, die nicht geradegehen kann, die sich scheuen muß, ehrlich zu sein, weil sie kapitalistische Gruppeninteressen vertritt. Wir als die größte Partei, die die aufstrebende Klasse vertritt, können und müssen eine gerade und klare Politik treiben, nicht nur mit dem sozialistischen Ziel, sondern eine Politik, die in ihrem Geist und in ihren Mitteln diesem Ziel entspricht. (Beifall.)

Sollmann (Köln): Genossinnen und Genossen! Einer der Genossen hat von einer Freude an der Koalitionspolitik gesprochen. Ich kenne viele Genossen; aber mir ist noch keiner begegnet, der seiner Freude über die Koalitionspolitik Ausdruck gegeben hat. (Sehr richtig!) Ich selbst gehöre jedenfalls nicht zu den Genossen, die sich an der Koalitionspolitik begeistern. Wenn wir unsre Genossen — gewiß nicht mit leichtem Sinn — in die Regierung entsandt haben, so deswegen, weil wir glaubten, daß nach dem großen Wahlsiege unsrer Partei irgendeine andre Möglichkeit für uns gar nicht bestehen könne.

Es ist von Halbheit gesprochen worden. In jeder Koalition wird die Politik für alle Parteien, die sich an ihr beteiligen, ein Stück Halbheit sein müssen. (Sehr wahr!) Genosse Eckstein, ich muß Sie doch als einen intelligenten Genossen ansprechen (Heiterkeit), sogar als einen Intellektuellen; aber es ist doch wirklich ein zu billiges Argument, wenn man den Parteivorsitzenden Hermann Müller schlechtweg mit dem Reichskanzler Hermann Müller gleichsetzt. (Hermann Müller: Außerdem ist alles falsch, was er behauptet; ich werde morgen darauf zu sprechen kommen!) Wenn es so leicht wäre, Genosse Eckstein, daß der Reichskanzler Hermann Müller einfach die Ordern der Partei in der Regierung zu erfüllen hätte, dann brauchten wir keine Koalitionspolitik mehr. (Zustimmung.) Deshalb muß man m. E. nicht immer nur von Halbheit, auch nicht wie der letzte Genosse von der Forderung „geradeaus" sprechen, sondern muß schon unsern parteigenössischen Ministern eine gewisse Beweglichkeit der Taktik zugestehen. Ich selber habe mich sehr scharf öffentlich gegen den Beschluß des Kabinetts und gegen die Taktik unsrer Minister am 10. August ausgesprochen; aber das jetzt wieder zu rekapitulieren, halte ich für eine Zeitverschwendung. Wir sind durch den Beschluß vom 10. August in eine Zwangslage versetzt, aus der wir nicht durch Parteitagsreden herauskommen können. (Sehr wahr!) Der Reichstag hat zweimal ausdrücklich der Reichsregierung den Auftrag erteilt, den Panzerkreuzer zu bauen. Wenn unsre Minister glauben, diesen Auftrag des Reichstags nicht ausführen zu können, so ist klar, daß das den Rücktritt unsrer Minister bedeuten muß. (Zustimmung.) Persönlich halte ich das nicht für wünschenswert, weil, wie Genosse Breitscheid richtig zuruft, dann längst der Rücktritt hätte erfolgen müssen. Aber ich für meine Person erkläre auch, daß die Fraktion an ihrem Beschluß festhalten muß und nicht die Verantwortung für den Bau des Panzerkreuzers im Parlament übernehmen darf. Einen andern Weg aus dieser Situation sehe ich nicht.

Ich gebe zu, Genosse Eckstein: es gibt Grenzen der Koalitionspolitik. Ich gebe auch zu, daß Minister und Parteiführer durch politische Fehler das Vertrauen der Massen erschüttern können; aber vergessen wir nicht, daß man das Vertrauen der Masse auch durch verantwortungslose Kritik und verantwortungslose Agitation erschüttern kann. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe das Recht und nehme es als Pflicht für mich in Anspruch, unter Umständen meine Freunde in der Regierung kritisch anzufassen. Aber ich habe gleichzeitig die parteigenössische, kameradschaftliche Pflicht, jedem Parteigenossen und jedem Funktionär die Gründe darzulegen, die die Ministergenossen bei ihrer Entscheidung bestimmt haben. (Sehr richtig!) Wenn das geschieht, dann kann ich die Kritik gleichzeitig mit einer Stützung des Vertrauens der Genossen zur Partei und zur Führung verbinden.

Aber ich habe eigentlich zu einem Thema sprechen wollen, das dem Panzerkreuzer ganz fernliegt. In den letzten Jahren bin ich — ich weiß nicht, wodurch — in den Ruf eines frommen Mannes gekommen. (Heiterkeit und Zurufe.) Ich habe nichts dagegen, obwohl mir dieses Prädikat nicht zusteht; denn ich bin insofern ein ganz idealer Freidenker, als ich nicht nur keiner Kirche angehöre, sondern es sogar ablehne, einer Freidenkerorganisation beizutreten.

(Lebhaftes Bravo!) Ich will für mich keine weltanschauliche Bindung. Ich bin ein absoluter Skeptiker und zweifele sehr vieles, sogar die Richtigkeit manches Parteitagsbeschlusses an. Aber ein ernstes Wort zu dem, was der Genosse Vogel über die Duldsamkeit in der Partei gesagt hat, möchte ich gerade als Dissident auf dem religiösen Gebiet hier aussprechen. Es ist wirklich erschütternd, wenn da und dort in deutschen Städten, die sich natürlich für viel aufgeklärter halten als wir im dunkelsten Köln, gefordert wird, jeder Funktionär der Partei müsse aus der Kirche austreten. Wie stellt man sich das denn vor? In Deutschland sind seit der Revolution zwei Millionen Menschen aus der Kirche ausgetreten. Das ist gewiß ein deutliches Warnungszeichen für die christlichen, verbürgerlichten Kirchen. Aber die beiden proletarischen Parteien — in diesem Falle darf ich wohl die Kommunisten mit den Sozialdemokraten in eine Reihe stellen — haben 12 Millionen Wähler. Also 10 Millionen Menschen in Deutschland haben sozialdemokratisch oder kommunistisch gestimmt, die gleichzeitig ihre Zugehörigkeit zur Kirche aufrechterhalten. (Sehr wahr!) Die Genossen, die von den Führern den Austritt aus der Kirche verlangen, müssen logischerweise auch jedem verbieten, für uns zu stimmen, der noch in der Kirche steht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe nicht gehört, daß das schon jemand verlangt hätte.

Wie kann man von einer politischen und ökonomischen Partei verlangen, den Atheismus zu propagieren. Der Atheismus ist genau so vieldeutig Begriff wie der Gottesbegriff (Sehr richtig!), er ist genau so unwissenschaftlich wie der Gottesbeweis. Man kann weder den Atheismus, noch die Gottheit beweisen. Das ist eine Frage, die jeder mit sich auszumachen hat. (Sehr richtig!) Wir wollen den Sozialismus. Der Sozialismus ist zunächst und zuerst ein Problem der Produktion, der Organisation von Produktion und Konsumtion. Er ist darüber hinaus freilich ein höchstes kulturelles Problem. Er will die Menschen aus den Tiefen des Egoismus zu den lichten Höhen des Gemeinschaftsgeistes führen. Aber dieses hohe ethische Ziel des Sozialismus kann ebensowohl aus einer atheistischen wie aus einer christlichen Weltanschauung begründet werden. (Sehr richtig!) Darum wehre ich mich dagegen, daß man die Partei zu einem philosophischen oder theologischen Seminar machen will. Was ist alles in dieser großen Partei vereinigt! Wir haben Atheisten, Monisten, Positivisten, philosophische Idealisten, philosophische Materialisten, Neu-Kantianer, Evangelische, Katholiken, Sektierer; ja, wir haben sogar Juden in der Partei. (Große Heiterkeit und Zurufe.) Wir haben natürlich auch Freidenker, die ja zu den Atheisten gehören. Allen diesen Genossen und Genossinnen müssen wir die volle Gewissensfreiheit gewähren. Geht nicht auch bei den Kirchen ein Entwicklungsprozeß vor sich? Haben wir nicht 20 000 oder 30 000 organisierte religiöse Sozialisten? Gibt es nicht an hundert evangelische Pfarrer, die eingeschriebene Parteigenossen sind? Es gibt auch in der katholischen Kirche überzeugte Sozialisten unter der Priesterschaft, es gibt katholische Priester, die aus ihrer katholischen Weltanschauung heraus den Klassenkampf bejahen, freilich damit bei der ganzen Art der katholischen Kirche nicht in die Oeffentlichkeit treten können. Sie wissen, daß in Köln katholische Sozialisten ein eignes „Rotes Blatt" gegründet und mit dem Namen dieses Blattes die Tradition des jungen Görres aus der Zeit der Französischen Revolution aufgegriffen haben. Ich bin der Meinung: wenn jemand sich noch mit der Kirche verbunden fühlt, dann soll er sich auch in der Kirche betätigen. Wir jedenfalls, die wir die ganze arbeitende Menschheit, das Bauerntum und auch die arbeitenden Frauen in unsre Organisation bringen wollen, müssen mit höchstem Respekt religiösen Anschauungen gegenüberstehen, wenn diese Anschauungen sich wirklich religiös betätigen und insbesondere wenn sie mit in den Sozialismus eingespannt werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Hüten wir uns als politische Partei davor, einseitig zu werden! Hüte sich jeder Parteigenosse vor geistigem Hochmut und Pharisäertum! Hüte er sich auch vor geistiger Erstarrung! Die Naturwissenschaft hat heute ein ganz andres Gesicht, als sie es vor 40 oder 50 Jahren gehabt hat. (Sehr wahr!) Haben wir Respekt vor der Vielgestaltigkeit des menschlichen Geistes und dem Reichtum der menschlichen Seele. Prüfen und achten wir einen Parteigenossen nur nach seinen politischen, sozialistischen Taten! Verlangen wir von jedem Parteigenossen, sei er revolutionärer oder reformistischer Marxist in irgendeiner Form, sei er Christ oder Atheist, zuerst und am meisten: höchsten Aktivismus, begeisterte Tatkraft für die sozialistische Idee. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung 6 Uhr.)

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

Dienstag, den 28. Mai 1929, 9 Uhr

Den Vorsitz führt Wels.

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Fleißner (Dresden): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Genosse Sollmann begann seine gestrigen Ausführungen mit der Bemerkung, es gebe wohl nicht einen einzigen Freund dieser Koalitionsregierung und dieser Koalitionspolitik. (Widerspruch.)

Mit dieser Bemerkung ist die Lage allerdings gekennzeichnet, und alle Versuche, sie zu beschönigen und zu verteidigen, erscheinen mir nach dieser Feststellung ziemlich wirkungslos. Die Dresdener Entschließung Nr. 136 und die gestern hier eingebrachte Entschließung Nr. 176 sprechen sich gegen den bedingungslosen Eintritt in die Regierung aus. Sie stellen weiter fest, daß nach den Erfahrungen des letzten Jahres die Partei diese Koalitionspolitik nicht länger tragen könne. Gegenüber dem Genossen Vogel möchte ich betonen, daß sich die sächsischen Genossen in dieser Frage durchaus einig sind. (Rufe: Na, na!) Ich erwähne das nur nebenbei, weil die Bemerkung des Genossen Vogel, die an sich nicht von allzu großem Belang war, falsch ausgelegt werden könnte.

In der ganzen Debatte über die Koalitionspolitik hat naturgemäß auch die Frage eine Rolle gespielt, wie die Regierungsbildung und die bisherige Politik in Einklang zu bringen wären mit dem bekannten Kieler Beschluß. Man legt aus. Ich lasse mich auf diese Tüfteleien nicht ein. Die maßgebende Bestimmung der Kieler Resolution, es müsse eine „Gewähr" dafür geboten sein, daß bei einer Koalitionsregierung für die Arbeiterklasse Wesentliches herausspringe, ist durch die Art des Zustandekommens der gegenwärtigen Regierung nicht eingehalten worden. (Zustimmung bei der Minderheit.)

Vielleicht ist eine chronologische Rückerinnerung an den Gang der Entwicklung nicht unangebracht. Als wir an der Jahreswende 1925/26 eine langandauernde Regierungskrise hatten, hat man der sozialdemokratischen Fraktion von bürgerlicher Seite gut zugeredet, doch in die Regierung einzutreten. Damals stand die Mehrheit der Fraktion noch auf dem Standpunkt, daß ein solches Mitregieren nicht bedingungslos geschehen dürfe. Die Fraktion stellte gewisse Bedingungen, über deren Tragweite man ja verschiedener Meinung sein kann; sie wollte Garantien haben. An dieser Haltung der Fraktion ist damals die große Koalition oder ein Mitregieren von Sozialdemokraten gescheitert. Nach dem Wahlerfolg der Partei im Jahre 1928 ist nun die große Sozialdemokratische Partei von dem noch 2 Jahre früher betonten Standpunkt abgekommen; sie ist bedingungslos in die Regierung eingetreten. Aus diesem Sündenfall ergibt sich alles Weitere. Wegen der kurzen Redezeit kann ich auf Einzelheiten nicht eingehen. Sie sind ja auch bereits von frühern Rednern genügend dargelegt worden.

Nun wird weiter gesagt — auch der Genosse Vogel hat das in seinem Vortrag getan —, der Wille der Wähler bei der letzten Reichstagswahl sei gewesen, den Bürgerblock zu sprengen. Darüber besteht gar kein Zweifel. Besonders die Sozialdemokratische Partei hat diese Parole stark in den Vordergrund gestellt. Aber damit ist gar nichts bewiesen; oder will man etwa aus dieser Tatsache die Folgerung ziehen, daß nun die sozialdemokratische Wählerschaft die jetzige Koalition und ihre Politik haben wollte? Das wird niemand tun wollen. Der Sinn der Parole gegen den Bürgerblock konnte doch nur sein, nicht nur einen Wechsel von Ministern vorzunehmen, sondern eine Politik positiver Art an die Stelle der frühern treten zu lassen, soweit das natürlich menschenmöglich ist; Unmögliches wird niemand verlangen. Aber das ist doch nicht eingetreten. Ein nennenswerter Umschwung — um mich vorsichtig auszudrücken — ist nicht zu verzeichnen. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Viele, die bisher sozusagen unbedingte Anhänger der Großen Koalition innerhalb der Reichstagsfraktion waren, sind durch den Gang der Entwicklung ganz andrer Meinung geworden. Die Meinung, daß nicht nur der Bürgerblock gesprengt werden soll, sondern daß auch in der Politik sich manches ändern soll, ist von uns in der Wahlagitation mit vollem Rechte vertreten und propagiert worden. Ich brauche nur auf das Rednermaterial S. 95 zu verweisen. Dort ist von den „Hauptaufgaben des künftigen Reichstags" die Rede. Alle diese Forderungen sind etwa nicht nur Agitationsforderungen nach Art der Kommunisten, sondern sie sind berechnet auf die voraussichtliche Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nach der Wahl. Es handelt sich also um „realpolitische" Forderungen. Fast nichts ist in Erfüllung gegangen. Also gegenüber dem Zustand von früher müssen wir eine negative Entwicklung feststellen.

Nun ist früher vielfach die Rede von den berühmten Machtpositionen gewesen. Man hat gesagt, man müsse die wichtigen Verwaltungsstellen sozialdemokratisch besetzen und besonders die Ministerstellen. Wenn man sich aber die jetzige Reichsregierung ansieht, so muß man sagen: das, was viele Genossen erwartet haben, ist nicht eingetreten. Gewiß ist einiges erreicht worden. Aber ich wage zu behaupten, daß dieses Wenige auch dann erreicht worden wäre, wenn die Sozialdemokratische Partei in der Oppositionsstellung verblieben wäre. (Zustimmung bei der Minderheit.) Auch das zeigen frühere Erfahrungen.

Ich komme zu dem Schlusse, daß die Partei die Verantwortung für diese Koalitionspolitik nicht weiter tragen kann und darf. (Beifall.)

Dr. **David:** Parteigenossinnen und Genossen! Man hat gesagt: die Panzerkreuzerfrage sei eine Weltanschauungsfrage. Einige haben gefunden, hier klaffe innerhalb der Partei ein Weltanschauungsgegensatz. Sie unterstellen dabei, daß diejenigen, die nicht ihrer Ansicht seien, im Panzerkreuzerbau den Beginn einer neuen Aufrüstung sähen, daß sie heimliche Freunde eines neuen Krieges seien. Ich glaube, die Partei steht geschlossen auf dem Standpunkt: Nie wieder Krieg! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn in dieser Panzerkreuzerfrage irgendwie etwas steckte, was von deutscher Seite auf einen neuen Krieg abzielte, dann wäre wohl niemals in dieser Frage ein Streit innerhalb der Partei gewesen. (Sehr richtig!) Der Panzerkreuzerbau, ein Ersatzbau für einen alten Kasten, der ausgeschaltet werden soll, ist höchstens ein Mittel der Küstenverteidigung; und auch darüber kann man noch streiten. Die Haltung der Fraktion ist bestimmt durch den Gesichtspunkt, daß wir das Geld für andre, notwendigere soziale Zwecke brauchen. (Sehr wahr!) Wir haben es deswegen einmütig abgelehnt, diesen Weg zu gehen. Wenn es also von der Fraktion der Sozialdemokratie abhinge, dann würde der Panzerkreuzer nicht gebaut. Aber es hängt eben nicht von uns ab. Die Mehrheit des Reichstags steht uns im Wege (Sehr richtig!),

die Mehrheit des aus vollkommen demokratischem Wahlrecht geborenen Parlaments, und deren Wille aber ist maßgebend. Zweimal hat der Reichstag mit Mehrheit beschlossen: der Panzerkreuzer wird gebaut. Auch der am 20. Mai 1928 gewählte Reichstag hat keine Mehrheit für die Einstellung des Panzerkreuzerbaues gebracht; er hat uns nicht einmal eine Weimarer Mehrheit gebracht. Wenn man sofortige große Erfolge, einen gewaltigen Umschwung in der Politik von der Wahl 1929 erwartete, so war das von vornherein eine Auffassung, die nicht die realen Machtverhältnisse berücksichtigt, wie sie durch den Willen der Wähler damals geschaffen worden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Eckstein hat gesagt, wir hätten doch bei der Wahl das „Versprechen" gegeben, „daß der Panzerkreuzer nicht gebaut wird". Nun, wenn er ein solches Versprechen den Wählern gegeben hat, so hat er sich sehr schief und ungeschickt ausgedrückt. (Stürmische Zustimmung.) Er mußte den Wählern sagen: es liegt in eurer Macht, zu verhindern, daß der Panzerkreuzer gebaut wird; ihr müßt eine Reichstagsmehrheit nach Berlin schicken, die diesen Bau ablehnt. (Erneute stürmische Zustimmung.) Das hat die Wählerschaft nicht getan. Nicht irgendwelche bösartigen oder unfähigen sozialdemokratische Politiker sind also schuld daran, daß der Panzerkreuzer gebaut wird, sondern der Wille des souveränen deutschen Volkes ist schuld. (Sehr richtig!) Das deutsche Volk hat am 20. Mai 1928 erklärt: der Panzerkreuzer wird gebaut. Jede Betrachtung, die an dieser harten Tatsache vorbeigeht, die nicht sieht was ist, führt in die Irre. (Sehr wahr!) Wenn man also die Linie, daß der Panzerkreuzer nicht gebaut werden soll, trotzdem befolgen will, so ist das einzig Konsequente, von neuem an das Volk zu appellieren. Denn da liegt nach der Verfassung die höchste Instanz. Es heißt in der Verfassung: „Alle Gewalt geht vom Volke aus." Das gilt auch bezüglich der Panzerkreuzerbauten. (Zustimmung.) In zweierlei Form wäre es möglich, an das Volk zu appellieren, durch Volksentscheid oder durch Neuwahlen. Der Volksentscheid scheidet aus, weil die Kommunisten ihn schon benutzt haben. Sie wissen, mit welchem Erfolg. Was eine Neuwahl betrifft, glauben Sie, daß das Ergebnis viel anders sein wird, wenn die Wahlschlacht mit der Parole für oder gegen die zweite Rate des Panzerkreuzers geführt würden? (Rufe: Nein!) Wer schon einmal nationalistische Wahlen durchgemacht hat, weiß, was es heißt, wenn die nationalistische Meute losgelassen wird, die Hugenbergpresse, die Hunderte von Lokalblättern. Da wird ins Volk geschrien: Also das bißchen an Verteidigung, an Küstenschutz, das uns die Feinde geben, das wollen diese vaterlandslosen Gesellen nun auch noch zum alten Eisen werfen, nicht einmal die Ersatzbauten für die ausgeleierten Schiffe wollen sie bewilligen. Zehnmal so groß ist die gegnerische Presse als wir. Und bei dieser Wahlparole wären wir völlig isoliert. Nur die Kommunisten wären hinter uns, um uns dabei in den Rücken zu treten. Ein solcher Kampf würde unter den ungünstigsten Bedingungen ausgefochten werden und nicht nur zur Niederlage der Partei führen, was wir nicht gering einschätzen dürfen für unsre Machtposition, es würde auch die ganze Volksmasse von neuem durch die nationalistische Agitation vergiftet. Die Niederlage wäre für die innere und äußere Stellung der Partei und für die Friedensfrage direkt verhängnisvoll.

Angesichts dieses Hindernisses im Volkswillen müssen wir entscheiden, was wir zu tun haben. Der Wille der Volksmehrheit, die höchste Instanz, steht uns in dieser Frage zunächst entgegen. Das ist für unsre Partei kein Anlaß, ihre Auffassung zu ändern, sondern muß der Stachel sein, die Volksmassen weiter aufzuklären, um bei einer kommenden Wahl neue Millionen für unsern Standpunkt zu gewinnen. Aber für unsre Minister liegt es anders. Da ist es von entscheidender Bedeutung, daß nach der Verfassung die Minister den Willen der Parlamentsmehrheit auszuführen haben, auch unsre Minister, solange sie auf ihrem Posten stehen. (Sehr richtig!) Tun sie das nicht, beschreiten sie den Weg der Diktatur und treffen das Prinzip der Demokratie ins Herz.

Antrag 177 kann entweder als Mißachtung dieses Grundprinzips der Demokratie gemeint sein. Wenn das von einem Reichskanzler der Rechten geschähe, möchte ich die Parteipresse und Redner sehen, wie sie den Betreffenden herunterrissen und ihn als Brecher der Verfassung bezeichneten. (Sehr richtig!) Solange unsre Minister dort stehen, müssen sie den Willen des Reichstags achten. Sie sind die Beauftragten des Volksparlaments.

Antrag 177 kann also nur bedeuten, daß unsre Minister demissionieren, wie es der Antrag 176 auch direkt ausspricht. Also: 'raus aus der Regierung! Ob wir damit den Willen und die Erwartung der großen Mehrheit unsrer Partei erfüllen, ist eine andre Frage. (Sehr richtig!) Das wäre ein Sturz in eine neue Regierungskrise, deren Lösung kein Mensch sieht. Es wäre keine Parlamentskrise, sondern eine Krise des Systems. Die Stimmung, die schon in der langen Krisenzeit aufkam, würde sich in aber Tausenden von Köpfen verstärken. So geht das nicht, von einer Krise in die andre, das ist kein System, keine Regierungsmöglichkeit, bei der wir gesunden können. Das hieße, die Geschäfte unsrer Gegner besorgen. Ein solcher Beschluß würde von der Rechten mit Jubelgeschrei und Hohngelächter begrüßt werden. Darum warne ich vor diesem Weg. Sorgen wir dafür, daß unsre Regierungskollegen in ruhigem festem Schaffen die großen Aufgaben der Gegenwart lösen und die der Zukunft vorbereiten können. Es gilt, unserm Ideal positiv zu dienen und uns vorwärtszubringen, nicht aber den Glauben an die Größe und Güte des demokratischen Systems und an den hohen Wert des Volksstaats zu brechen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Hermann **Müller** (mit Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Bereits bei den Berichten ist darauf hingewiesen, daß es Aufgabe des Parteitags ist, an der Haltung des Parteivorstandes und erst recht der Regierung Kritik zu üben. Aber das hier geübte Maß von Kritik würde ich verstehen, wenn Vogel und Ludwig zu der Feststellung gezwungen gewesen wären, daß die Partei in dem Jahre der Regierungstätigkeit Mitglieder verloren hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Wie soll die Kritik ausfallen, wenn das einmal geschieht! Ich wünsche nicht, daß der Magdeburger Parteitag ein Wendepunkt hierfür ist. Ich hoffe, daß er sich den realen Sinn für das in der gegenwärtigen Gesellschaft Mögliche erhält.

Genosse Eckstein hat gesagt: Wir sind nicht für diesen Staat verantwortlich, sondern nur für die Arbeiterklasse. Das schlägt allem ins Gesicht, was wir in den letzten 10 Jahren gesagt und getan haben, was unsre großen Vorkämpfer Engels und Bebel gewünscht haben, die in der Republik den Kampfboden für die Erreichung des Sozialismus gesehen haben.

David hat schon darauf aufmerksam gemacht, was der Wille der Wähler des 20. Mai bedeutete: ohne jeden Zweifel die Beseitigung des Bürgerblocks. Aber was sollte an seine Stelle treten? Ein neuer oder ein verschleierter Bürgerblock, etwa gar auf die Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei gestützt, ohne die doch ein Block der Mitte etwa bei den Pariser Verhandlungen eine erfolgreiche Arbeit nicht erzielen kann? Glauben Sie, daß unsre Wähler, die uns 153 Mandate gegeben haben, eine Abstinenzpolitik der Partei verstehen würden? (Rufe: Nein!) Sie wären mit Recht von uns weggegangen, wenn wir mit diesen 153 Mandaten nichts andres anzufangen gewußt hätten als zu kritisieren. Ueberlegen Sie sich doch, was eigentlich die Konsequenz dieser Ueberkritik ist! Es ist der Wunsch nach den „guten alten Zeiten". (Sehr gut!) Diese Kritiker müßten eigentlich hingehen und das Stahlhelm-Volksbegehren unterzeichnen, damit wir den Obrigkeitsstaat wieder bekämen und von der Kritik allein großwerden könnten! (Bravo! und Händeklatschen.) Fleißner hat eben gesagt, Sollmann hätte behauptet, es gebe keine Freunde der Koalitionspolitik. Sollmann hat aber gesagt, es gebe keine, die Freude an der Koalitionspolitik haben. (Sehr richtig!) Wir sind viel zu gute Sozialisten,

um daran Freude haben zu können. Koalitionspolitik ist eine politische Notwendigkeit, aber nichts, was einem Spaß macht. (Sehr richtig!) In einer der hier verteilten Schriften wird sogar von Koalitionsrausch gesprochen und dem darauffolgenden Katzenjammer. Wer hat ihn gehabt? (Zuruf: Der das geschrieben hat! — Heiterkeit.)

In der Parteiausschuß-Sitzung in Köln bald nach den Wahlen war ich vom Parteivorstand als Referent bestellt. Ich habe damals die Parteigenossen davor gewarnt, unsern Sieg zu überschätzen. Ich habe niemals solche Illusionen gehabt. Ich weiß, was man in einer Koalitionsregierung erreichen kann.

Vogel hat schon darauf hingewiesen, wie schwer es war, überhaupt eine feste Mehrheit hinter diese Regierung bindungsgemäß zu bekommen. Daß in dieser Zeit nicht soviel erreicht werden konnte, wie bei einer fest gebundenen Regierung, ist selbstverständlich. Aber daß nichts erreicht worden ist, ist falsch. Vermiesen Sie doch den Parteigenossen im Lande nicht, was erreicht wurde! (Lebhafte Zustimmung.) Was die preußische Staatsregierung und die Reichsregierung für die Ausgesperrten im Bezirk Nordwest getan haben, ist weder von einer andern Regierung noch von der Regierung irgendeines Landes bisher getan worden. (Sehr gut! und Händeklatschen.) Hinterher hat das Reichsarbeitsgericht dann noch der Auffassung des Reichsarbeitsministers unrecht gegeben, auf der das ganze Vorgehen überhaupt basierte.

Es wird immer so dargestellt, als ob *wir* nur Forderungen aufgeben und die andern ihre Ziele erreichen. Ich wünschte den radikalen Rednern von gestern, daß sie einmal Mäuschen spielen könnten, wenn der Wirtschaftsausschuß der Deutschen Volkspartei sich mit Minister Curtius unterhält. (Sehr gut!) Dort werden ähnliche Reden gehalten, nur heißen die Personen anders und sie sind zum Erwerbsleben anders eingestellt.

Maeder sagte, das Zentrum verstehe das, es werde beim Konkordat seinen Willen durchsetzen. (Maeder: Sehr richtig!) — Sehr falsch! (Heiterkeit!) Wenn das Zentrum beim Konkordat seinen Willen durchsetzt, wird das preußische Konkordat so aussehen wie das bayrische. Aber so wird es nicht aussehen. Das ist ein Beweis dafür, daß die kluge Zentrumspartei weiß, was man in einer Koalitionsregierung erreichen kann. (Zuruf: Siehe Lehrerbildung!) Aber Sie werden mir doch zugeben, daß weltanschaulich und parteipolitisch gesehen die Wünsche des preußischen Zentrums genau in derselben Linie liegen müssen wie der Bayrischen Volkspartei, und diese Wünsche werden in einer preußischen Koalition eben nicht erfüllt werden.

Eckstein hat einen Vergleich zwischen Hermann Müller dem Parteivorsitzenden und Hermann Müller dem Reichskanzler gezogen. David ist schon darauf eingegangen. Ich habe nie im Traume erklärt, der Panzerkreuzer wird nicht gebaut. Ich bin kein Prophet und wußte nicht, wie viele Mandate wir bekommen, geschweige, wie der Reichstag zusammengesetzt sein wird. Wir haben den Bau bekämpft, habe ich meinen Wählern gesagt. Es ist mir niemals eingefallen zu sagen, daß der nächste Reichstag die Kinderspeisung wieder einführen wird. Ich wußte ja aus den Debatten im Reichshaushaltsausschuß, als vor 2 Jahren noch einmal eine geringe Summe für die Kinderspeisung bewilligt wurde, daß das das letztemal sei, weil die bürgerlichen Parteien und der Reichsrat die Auffassung vertraten, daß das Ländersache sei. Mir ist niemals eingefallen, als ich den Wählern von dem Antrag sprach, den Reichswehretat auf 500 Millionen zu reduzieren, zu behaupten, daß das mit einer Koalitionsregierung im nächsten Reichstag durchzusetzen wäre. So habe ich meine Wähler nicht unterrichtet; deshalb werden sie auch nicht so enttäuscht sein. Im Agitationsmaterial des Parteivorstandes konnten Sie auch lesen, daß es jetzt zum erstenmal seit der Stabilisierung gelungen ist, den Reichswehretat, und zwar von 726,6 auf 660 Millionen herabzusetzen. Wir müssen uns daran gewöhnen — im Wahlkampf müssen wir selbstverständlich Ziele aufstellen, die wir als Sozialisten wünschen —, unsern Wählern nicht vorzugaukeln, daß diese

sozialistischen Ziele in einer Koalitionsregierung erfüllt werden könnten. (Sehr richtig! und Unruhe!) Glauben Sie denn, daß in einer Koalition mit Zentrum, Bayrischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei die sozialistische Bildungsarbeit durchgesetzt werden kann! Glauben Sie etwa, daß wir in einem Reichstag mit so stark agrarischem Einschlag das sozialdemokratische Agrarprogramm durchsetzen können! Das ist doch Illusionspolitik, wenn jemand soweit geht, das den Wählern zu erzählen!

Ueber die Programme will ich nicht viel sprechen. Den Kampf um Programme vor Bildung einer Regierung haben wir 10 Jahre mitgemacht. Man soll wirklich die Programme, die da ad hoc zusammengestellt werden, nicht überschätzen, sondern das Regierungsprogramm, das die Ausbalancierung der verschiedenen Wünsche ist, als maßgebend erachten.

Nun zum Thema Panzerkreuzer! Ohne Zweifel hat der Panzerkreuzer in der Wahlagitation im Mittelpunkt gestanden, und gemessen am Objekt vielleicht zu stark. Soweit das ein Vorwurf sein soll, richtet er sich gegen mich selbst, der ich für die Wahlarbeit der Partei mitverantwortlich bin.

Wir waren im alten Reichstag Gegner des Baues, haben auf die Finanzlage hingewiesen und verlangt, daß das Geld für produktive Zwecke, Wohnungsbau usw. verwendet wird. Wie hat sich denn diese Frage geschichtlich entwickelt? Der Reichsrat hatte den Bau zunächst abgelehnt. Der alte Reichstag hatte ihn gegen unsre Stimmen bewilligt. Es lag also ein differenzierender Beschluß vor. Der Reichsrat hatte in der Sitzung vom 31. März Stellung zu nehmen; er hat keinen Einspruch erhoben. Im Falle des Einspruchs hätte der Reichstag erneut mit Zweidrittelmehrheit beschließen müssen; der Etat wäre allerdings dann vor dem 31. März nicht fertig geworden. Der Reichsrat hat nicht widersprochen, hat aber auf Grund von Vereinbarungen zwischen führenden Mitgliedern und Herren aus dem Wehrministerium beschlossen, die Arbeiten für das Panzerschiff mit Ausnahme der reinen Konstruktionsarbeiten nicht vor dem 1. September 1928 in Angriff zu nehmen, insbesondere Verträge über Lieferungen nicht eher abzuschließen, um zu verhindern, daß infolge einer etwa notwendig werdenden Einschränkung der Ausgaben der Weiterbau vorläufig eingestellt wird und andre wichtige Ausgaben des Heereshaushalts dafür beschnitten werden. Dieser Beschluß bedeutet nicht Ablehnung des Baues, sondern Entscheidung über die Inangriffnahme des bewilligten Baues nicht vor dem 1. September.

Nach den Verhandlungen über die Regierungsbildung im Juni — wir haben lange über programmatische Punkte verhandelt — war mir klar geworden, daß der Panzerkreuzer, der bewilligt war, auch gebaut würde. Warum? — In den langen Verhandlungen war es nicht gelungen, diesen Streitpunkt zu bereinigen. Ein Teil der bürgerlichen Parteien stellte sich auf den Standpunkt: Hier liegt eine gesetzmäßige Bewilligung vor, es ist nicht Sache des neuen Reichstags, einen Beschluß des alten Reichstags nicht auszuführen.

Eine andre Frage war, ob etwa der Versuch gemacht werden sollte, die Inangriffnahme des Baues doch noch hinauszuzögern, trotzdem der 1. September als Termin angegeben war. Es hat Parteigenossen gegeben, die meinten, daß dadurch das Zentrum und die Zentrumsminister auf eine andre Linie gebracht werden könnten. Daran war im Ernst nicht zu denken. Denn das Zentrum hatte sich im alten Reichstag nach schweren Auseinandersetzungen in der Fraktion mit Mehrheit für den Bau entschieden. Das Zentrum war im Wahlkampf in der heftigsten Weise, insbesondere von uns Sozialdemokraten, deshalb angegriffen worden. Es führte einen Teil seiner Verluste auf diese Angriffe zurück. Glauben Sie denn, daß eine so kluge Partei wie das Zentrum uns hinterher in einer solchen Situation recht gibt, indem es seine Auffassung aus dem letzten Reichstag aufgibt? Das war nicht anzunehmen. Das Zentrum hat

in diesen Verhandlungen allerdings fortwährend erklärt, der Panzerkreuzer A ist durch den Beschluß des alten Reichstags erledigt, aber in Bezug auf B und C behalten wir uns unsre Entscheidung vor.

Noch ein Wort über die finanzielle Bedeutung! Wenn man glaubte, daß dieser Hinweis Eindruck auf die bürgerlichen Parteien gemacht hätte, so irrt man sich. Wir haben vom sozialistischen Standpunkt nie zugestanden, daß wegen der Arbeitsbeschaffung Kriegsschiffe gebaut werden sollten. Der Arbeitsmarkt insbesondere in der Werftindustrie liegt aber so, daß, wenn der Panzerkreuzer nicht in Angriff genommen worden wäre, in Form von erhöhten Erwerbslosenzuschüssen das Reich hätte zahlen müssen. Wir kennen die Erwerbslosigkeit in Kiel. Wir wissen, daß 60 bis 70 Prozent der Kosten als Löhne und Gehälter in dem Bau stecken.

Als wir uns im August wegen des Termins vom 1. September im Kabinett mit der Inangriffnahme des Baues zu befassen hatten, habe ich mir die Frage vorgelegt — ich trage dafür hauptsächlich die Verantwortung und lehne sie in keiner Weise ab —, ob es zweckmäßiger ist, unter dem Drucke der bürgerlichen Parteien nach harten Auseinandersetzungen schließlich doch nachgeben zu müssen, oder ob es, da der Bau nun einmal bewilligt war, nicht zweckmäßiger war, eine Regierungskrise deswegen nicht ausbrechen, die Regierung nicht torpedieren zu lassen. Wenn wir das hätten haben wollen, hätten wir es leicht haben können. Aber nach zwei Monaten Regierungstätigkeit hinauszugehen, das hätte keinen Sinn gehabt! Dann hätten wir wahrhaftig lieber gleich draußen bleiben sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die budgetrechtliche Seite hat dabei gar nicht die Hauptrolle gespielt, obwohl ich daran erinnern will, daß ich als Reichskanzler am 5. Juli im Reichstag auf diese Dinge eingegangen bin und die Absicht des Reichsrats ausdrücklich dahin deklariert habe, daß der Panzerkreuzerbau nur vorläufig nicht in Angriff genommen werden sollte. Zum Schluß habe ich gesagt: Demgemäß liegt die Entscheidung über den Beginn des eigentlichen Baues bei der Reichsregierung. Der Reichstag hat meine Auffassung dadurch akzeptiert, daß er es damals ausdrücklich abgelehnt hat, über den von den Kommunisten gestellten Antrag auf Verhinderung des Baues überhaupt zu verhandeln.

Entscheidend war das Politische. Ich war mir niemals darüber im Zweifel, daß, wenn es hart auf hart geht, letzten Endes im Reichstag wie im Kabinett eine Mehrheit für den Bau des Panzerkreuzers vorhanden wäre. Es sind hier schon die Mehrheitsverhältnisse im Kabinett angezogen worden. Ich will einige Zahlen nennen, damit man an diesen Zahlen sieht, wie sich die Entwicklung vollzogen hat. Am 10. August waren nach der Stellungnahme ihrer Parteien im Grunde genommen 6 Minister dagegen und 5 dafür; am 12. November 4 dagegen und 5 dafür, bei 2 Enthaltungen; am 15. November 4 dagegen und 7 dafür. So haben die Verhältnisse sich geändert, weil sich in den bürgerlichen Parteien inzwischen diejenigen Strömungen durchgesetzt hatten, die für die Inangriffnahme des bewilligten Baues waren, was jeder voraussehen konnte, der in der Behandlung militärischer Fragen Erfahrung hat.

Es hat einen Augenblick geschienen, als ob diese meine Auffassung ins Unrecht gesetzt würde. Aber letzten Endes kam es doch anders. Als die sozialdemokratische Fraktion mit ihrem Antrag gegen den Panzerkreuzerbau die Probe aufs Exempel machte, lehnte der neue Reichstag diesen Antrag mit 265 gegen 203 Stimmen ab. Ich habe damals auf Drängen der Fraktionsmehrheit mit der Fraktion gestimmt, nachdem ich in der Fraktion und im Vorstand zum Ausdruck gebracht hatte, daß das eigentlich gegen Sinn und Geist der Weimarer Verfassung ginge. Der Reichskanzler, der die Politik bestimmt, darf nicht gegen seine eigne Vorlage stimmen. Ich bitte Sie eindringlich, im Reichstagsbericht nachzulesen, was so gute Republikaner wie Wirth, Lemmer und Dr. Haas hierüber gesagt haben. Es ist viel Richtiges in ihren damaligen Ausführungen, was Sinn und Geist der Weimarer Verfassung angeht.

Ich konnte meine Handlung vor dem Reichstag — ich mußte mich damals öffentlich äußern — damit rechtfertigen, daß ich sagte, einerseits war es noch vor kurzem zweifelhaft, ob die Mehrheit auf dieser oder jener Seite sei, anderseits handle es sich im Grunde genommen nicht um eine Vorlage der neuen Regierung, wenn die Ausgaben auch im neuen Etat stehen, sondern um eine Erbschaft aus der Zeit der alten Regierung. Aber solche Experimente dürfen nach meiner Ueberzeugung nicht wiederholt werden.

Nun komme ich mit einigen Worten zum Antrag 177, der verlangt, daß die sozialdemokratischen Minister auch jetzt bei der Abstimmung über die zweite Rate im Reichstag mit der Fraktion stimmen. Hier verweise ich auf die Erklärung des Kabinetts vom 10. April 1929, die sich in dem Referentenmaterial des Parteivorstandes findet. Als die drei Zentrumsminister damals in das Kabinett eintraten und die große Koalition eigentlich erst gebildet wurde, wurde gesagt, daß wegen der Pariser Konferenz eine aktionsfähige Regierung vorhanden sein müsse. Es wurde beschlossen, daß sich die Regierung die Auffassung der Finanzsachverständigen zu eigen macht: „Für die Durchsetzung der so zustande gekommenen Vorschläge einschließlich derjenigen für das Reichswehrministerium wird sich die Reichsregierung geschlossen einsetzen." Damit war klipp und klar gesagt, daß die Minister für ihre Vorlage stimmen müssen. Wollte das die Fraktion verhindern, so hätte sie die Bildung der Regierung der Großen Koalition verhindern müssen. (Sehr richtig!) Aber sie kann nicht hinterher korrigieren wollen, was sie die ganze Zeit toleriert hat. Für mich, der ich diese Abmachungen mit getroffen habe, ist es unmöglich, von diesen Beschlüssen abzugehen. Es ist nicht so, wie Eckstein es nach einer falschen Zeitungsmeldung dargestellt hat, als ob ich mich der Fraktions- und Parteidisziplin nicht fügen will. Aber Sie können mir nicht zumuten, daß ich in meinem Amte bleibe, wenn das unvereinbar ist mit dem, was die Fraktion von mir verlangt. (Sehr richtig!) Ich bin jederzeit bereit, diese Konsequenz zu ziehen, wenn das verlangt wird. Dafür bin ich bekannt. Ich habe damals, als die Fraktion den Beschluß gegen Bewilligung der zweiten Rate faßte, im Kabinett erklärt, daß ich die Demission für unausbleiblich halte. Wegen der Pariser Verhandlungen haben die bürgerlichen Parteien gebeten, keine Kabinettskrise heraufzubeschwören. So ist der Beschluß vom 10. April zustande gekommen. Vergessen Sie bei diesem Beschluß weiter nicht, daß er sich in der Richtung der Ausführungen hält, die Wels im Parteiausschuß mehrfach gemacht hat, daß er ferner der Fraktion die Möglichkeit gibt, an der Haltung festzuhalten, die sie die ganze Zeit eingenommen hat. Dafür müssen Sie in Kauf nehmen, daß die Minister der Verfassung gemäß handeln. Wenn Sie das nicht wollen, so liegt es bei Ihnen. Aber ich bitte, dann alle Konsequenzen zu überlegen. Ich bin innerhalb und außerhalb der Partei bekannt als ein Mann, der zu seinem Wort steht. Ich bin nicht geneigt, mir diesen Ruf nehmen zu lassen. Sie können sicher sein, daß ich persönlich kein Hindernis bin. In einem Artikel sagt Rosenfeld, es handle sich um die Lösung der sozialen Frage — übrigens keine marxistische Ausdrucksweise — und nicht um die Ministersessel. Um letztere hat es sich nie gehandelt. Ich darf ohne Ueberhebung sagen, daß ich als Vorsitzender der Partei in den letzten Jahren einige Arbeit geleistet habe. Aber das Maß von Arbeit und Verantwortung, das ein Minister heute zu tragen hat, ist weit höher. Wenn es sich um persönliche Wünsche handelt, bin ich jederzeit bereit, von diesem Rosenbett herabzusteigen. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob es Parteigenossen gibt, die der Meinung sind, daß es heute ein Vergnügen ist, Reichskanzler zu sein. Es ist eine große Ehre, an dieser Stelle zu stehen, aber ein Vergnügen ist es wahrhaftig nicht.

Wenn Sie aber schon eine Ministerkrise haben wollen, so bitte ich Sie im Interesse der Partei — nicht der Regierung — dringend, daß Sie sich einen andern Grund aussuchen. (Sehr richtig!) Wenn Sie jetzt Ende Mai 1929 wegen der Panzerkreuzerfrage eine Regierungskrise heraufbeschwören, machen Sie sich unsterblich lächerlich. (Heiterkeit und Bravo!)

Wenn Sie wegen einer Frage, die die Arbeitermassen betrifft, z. B. wegen des Abbaues sozialer Institutionen, eine Krise heraufbeschwören, wird der einfache Mann von der Straße das verstehen. Aber die Frage des Kreuzerbaues liegt heute nicht mehr in der Größenordnung, um derentwillen man Regierungskrisen heraufbeschwört.

Allgemein noch wenige Bemerkungen. Es ist in diesem Zusammenhang wieder einmal behauptet worden, die ganze Panzerkreuzerfrage wäre ein Beweis für den neudeutschen Imperialismus. Ach, das glaubt Ihnen nicht einmal im Ausland irgendein Mensch. Bei unsrer Abrüstung, hervorgerufen durch das Diktat von Versailles, von Imperialismus zu reden, ist zuviel verlangt für den Verstand des normalen Menschen in der ganzen Welt. (Heiterkeit.) Wir haben die Abrüstung der andern verlangt und schreien den andern mit Recht als Parteigenossen — nicht als Regierung — immer ins Gesicht: rüstet ihr ab, denn weil ihr nicht abrüstet, ist bei uns der Nationalismus so stark geworden.

Daß es sich bei dem ganzen Panzerkreuzerbau nur um einen Ersatzbau handelt, ist doch allgemein zugegeben. Ich habe mich gefreut, daß der Genosse Künstler in dem Artikel, den er am 24. August im „Abend" gegen die Kommunisten geschrieben hat, erklärt hat: „Ein überaltertes Schiff soll außer Dienst gestellt und an seine Stelle der Panzerkreuzer A treten. Es handelt sich in Wirklichkeit also um die Ersetzung eines alten Schiffes durch ein neues." Das ist richtig. Ich erinnere Sie daran, daß wir als Partei in den Jahren 1920 bis 1923 mehr als einmal Ersatzbauten bewilligt haben. Wenn Sie aber etwa als Programmpunkt aufstellen wollen: Abschaffung der ganzen Marine, dann haben Sie — das sage ich Ihnen mit aller Deutlichkeit, denn wir sind ja hier, um uns die Wahrheit zu sagen — gleichzeitig die Frage der Koalitionspolitik gelöst. Denn Sie werden schwerlich zurzeit eine Koalition zustande bringen, die dies als Programmpunkt aufnimmt.

Zuletzt noch eine Bemerkung zu dem, was der Genosse August Siemsen über den Eindruck der Panzerkreuzerfrage auf die Jugend gesagt hat. Es muß uns zu denken geben, wie diese Dinge auf die Jugend wirken, mit der wir die Zukunft erobern wollen. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß die Jugendparole auch unsre Parole ist: „Nie wieder Krieg!" Aber, Parteigenossen, Krieg entsteht nicht von heute auf morgen. Krieg rechtzeitig zu verhindern, ist Aufgabe der Politik. Vielleicht wäre der Weltkrieg von 1914 nicht ausgebrochen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt gewesen wären: wenn erstens der Beschluß des internationalen Kongresses von Amsterdam Jaurès nicht verhindert hätte, in die französische Regierung zu gehen, und wenn zweitens der Obrigkeitsstaat in Deutschland nicht die deutsche Sozialdemokratie verhindert hätte, in die Regierung zu gehen. (Beifall.)

Parteigenossen! Wenn Sie in Zukunft Kriege verhindern wollen, werden Sie die Kriege nicht dadurch verhindern, daß Sie dauernd die bürgerlichen Parteien a l l e i n regieren lassen, sondern indem Sie den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Politik, insbesondere auf die Friedenspolitik, soviel als möglich sichern. (Lebhafter Beifall.)

Müller (Heilbronn): Zunächst möchte ich zu den Ausführungen des Genossen Vogel über die Frage der Staatsvereinfachung darauf hinweisen, daß man diese Frage vor allem auch vom Gesichtspunkt der Gemeinde- und Bezirksordnungen durchdenken sollte. Wir haben auf diesem Gebiet ein außerordentliches Durcheinander. Fast in jedem Lande besteht eine andre Gemeindeordnung.

In bezug auf die Panzerkreuzerfrage meinte gestern der Genosse Vogel, daß die Arbeit der Opposition an das Anfangsstadium der Spaltung der

Partei erinnert habe. So weit möchte ich nicht gehen. Ich möchte sagen: wenn diese Frage auch manche unangenehme Situation in unsrer Partei gebracht hat, so war doch das Gute damit verbunden, daß die Parteigenossen wieder einmal lebendig geworden sind. Anders ist es, wenn man aus dem gegenwärtigen Stande der Frage die Schlußfolgerung zieht, wie das in der Resolution Fleißner-Eckstein geschieht, wir müßten nur unsre Genossen aus der Regierung zurückziehen. Das darf uns der Panzerkreuzer nicht wert sein. (Sehr richtig!) Wir reden täglich von der Festigung der Republik und dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung, und bei der Eröffnung des Parteitags hat Genosse Wels erklärt, daß unsre Gegner nicht daran denken sollten, daß wir an der Arbeitslosenversicherung rütteln lassen. Wenn wir dieser Meinung sind, dann können wir diese Meinung viel mehr durchsetzen in der Regierung als außerhalb. Wenn wir heute sehen, wie die Wirtschaftsverbände, die Handelskammern und die bürgerliche Presse wie eine Meute auf unsre Arbeitslosenversicherung losgehen, dann müssen wir erst recht in der Regierung bleiben. In allen Entschließungen zum Wehrprogramm ist der Satz enthalten, daß wir Kontrolle ausüben müßten. Können wir nicht besser kontrollieren, wenn wir innerhalb der verantwortlichen Regierung sind, als wenn wir außerhalb stehen?

Wir haben in Württemberg ein Schulbeispiel dafür, daß man, wenn man in einer Regierung ist, diese Stellung nicht so leicht aufgeben soll. Wir haben eine Regierung Bolz-Bazille, die festsitzt und nicht aus dem Sattel geht, die sogar mit der eignen Stimme ihres Kultusministers in der Regierung bleibt. Wir, die wir seit Jahren außerhalb der Regierung stehen, schreiben uns die Finger wund, reisen auf und ab, die bürgerlichen Parteien aber mißbrauchen den Willen des Volkes, und wir befinden uns immer noch außerhalb der Regierung. So gesehen, glaube ich sagen zu dürfen, daß wir wegen der Panzerkreuzerfrage nicht aus der Regierung austreten dürfen.

Gewiß, keine Koalitionspolitik um jeden Preis. Aber so viel darf uns der Panzerkreuzer nicht wert sein. Wir haben den Wahlkampf immer unter dem Gesichtspunkt geführt, daß wir nicht nur die Stimmen der Wähler wollen, um politisch stark zu sein, sondern auch unter der ausdrücklichen Betonung, daß wir es satt haben, außerhalb der Verantwortung zu stehen, nicht alles hinnehmen wollen, was die gegnerischen Parteien in der Regierung und in der Verwaltung tun. Nun haben wir im Mai diese große Stimmenzahl erhalten, wir haben unsre Ansprüche zur Mitverantwortung geltend gemacht, und ich habe manchmal die Geduld des Genossen Hermann Müller in der Zeit der Regierungsbildung bewundert und habe dabei an den schwäbischen Rittersmann aus der Zeit der Bauernkriege gedacht. Ich habe mich gefreut, daß er trotz aller Hindernisse doch endlich eine Regierung zustande gebracht hat. Nun sind wir in der Regierung, und nun bleiben wir darin und arbeiten im positiven Sinne. Es wird immer irgend etwas Positives herauskommen. Positiv ist auch das, was man nicht sieht, was wir an Verschlechterungen hätten, wenn wir nicht in der Regierung wären. (Sehr richtig!)

Oberster Grundsatz muß für uns sein: wie dienen wir der Partei, wie dienen wir denen, die wir politisch vertreten? Wenn wir so handeln, stärken wir auch die Treue und Liebe unsrer Funktionäre. Dann wird auch der Genosse Ludwig das nächste Mal in der Lage sein, einen noch bessern Organisationsbericht zu geben, als er gestern in der Lage war. (Beifall.)

Frau **Torhorst** (Düsseldorf): Parteigenossen! Genosse Vogel hat in seinem Geschäftsbericht zur Organisationsfrage der Beamten die Mitteilung gemacht, daß sich in jüngster Zeit eine Entwicklung angebahnt habe, die die Hoffnung auf eine Verständigung unter den beiden Richtungen der Beamtenbewegung zuläßt und die nicht durch eine Beschlußfassung des Parteitags zerstört werden dürfte.

Ich habe mit den hier anwesenden, aber nicht delegierten Vorstandsmitgliedern des ADB. Rücksprache genommen und habe dazu folgendes zu erklären. Wohl haben zwischen einigen Personen Besprechungen stattgefunden, ob durch die Schaffung einer ständigen Interessengemeinschaft zwischen den beiden Spitzenorganisationen eine Annäherung zwischen ADB. und DBB. herbeigeführt werden könnte.

Die Bundesinstanzen des ADB. haben jedoch bereits vor 3 Monaten in Uebereinstimmung mit den ihm angeschlossenen Verbänden, die gleichzeitig dem ADGB. und Afa-Bund angehören, diesen Plan für undurchführbar erklärt, weil damit der freigewerkschaftlichen Beamtenbewegung Bindungen auferlegt würden, welche die Arbeiten des ADB. für die Schaffung eines wirklichen Volksbeamtentums im Gegensatz zum Beamtentum des alten Obrigkeitsstaates unmöglich machen.

Der ADB. lehnt die Eingliederung in die bürgerliche Beamtenbewegung ab; er hält vielmehr unverbrüchlich an der freigewerkschaftlichen Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten fest.

Ich habe eine weitere Feststellung zu machen. Der Genosse Vogel hat sich in seinem Bericht auf die Deklaration des Parteivorstandes in Kiel berufen. Er hat aber versäumt, diese Deklaration zu ergänzen durch den Kieler Beschluß, und diese Unterlassung hat bereits dazu geführt, daß die Berichterstattung der Magdeburger „Volksstimme" diese Deklaration umwandelt in den Kieler Beschluß, und daß das alte Märchen, gegen das wir draußen im Lande immer ankämpfen müssen, erneut aufgetischt ist. Ich halte es daher für meine Pflicht, diese Deklaration durch den Kieler Beschluß zu ergänzen und erneut darauf hinzuweisen. Es heißt in dem Kieler Beschluß:

> Diese Entwicklung sollte jeder Sozialdemokrat durch Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft fördern.
>
> Und zur Begründung steht an einer andern Stelle:
>
> Die Beamten, deren Grundrechte unter führender Mitwirkung der Sozialdemokratie in der Weimarer Verfassung gesichert wurden, bedürfen der Verbindung mit der übrigen werktätigen Bevölkerung in erhöhtem Maße.

Wer, wie ich, in der Beamtenbewegung steht und selbst Beamter ist, wird dies doppelt und dreifach unterstreichen, der weiß, wie notwendig für die Beamten diese Verbindung mit der werktätigen Bevölkerung ist.

Nun glaubt der Genosse Vogel, gerade über die parteigenössischen Beamten seine schützende Hand halten zu sollen, die heute noch in der bürgerlichen Beamtenorganisation organisiert sind. Ich halte es für notwendig, auf die Gegenseite hinzuweisen. Ich weise darauf hin, daß die preußische Landtagsfraktion z. B. in der Personalpolitik auf dem Schulgebiet heute ausschlaggebend und entscheidend beeinflußt wird durch die Parteigenossen, die im bürgerlichen Deutschen Lehrerverein organisiert sind, und daß dieser Einfluß so entscheidend ist, daß den freigewerkschaftlichen Lehrern, die wahrlich nicht zu den schlechtesten gehören, sondern in der partei- und in der kulturpolitischen Bewegung mit an der Spitze stehen, unmöglich gemacht wird, aufzusteigen. Dieses Aufsteigen wünschen wir nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus rein politischen Erwägungen. Die preußische Landtagsfraktion hat bisher noch keinen Finger gerührt, um den Kampf aufzunehmen gegen die unerhörte Rechtlosmachung der dissidentischen Lehrer in Preußen. Das sind Dinge, die der Parteivorstand sich einmal gründlich ansehen sollte.

Auch unsre Propaganda auf Grund des Kieler Beschlusses ist innerhalb der Partei außerordentlich gehindert. Ich bin der Meinung, daß heute die Frage der Organisierung der parteigenössischen Beamten überreif ist. Ich stehe deshalb auch auf dem Boden des Berliner Antrags. Wenn aber heute die Mehrheit nicht der Meinung ist, dann muß ich noch einmal betonen, daß der Kieler Beschluß nach wie vor zu Recht besteht.

Parteigenossen! Wir sind uns doch hier alle einig in der grundsätzlichen Forderung der freigewerkschaftlichen Organisierung aller Arbeitnehmergruppen. Wenn man heute glaubt, diese Forderung in der Partei noch nicht restlos durchführen zu können, so findet diese Taktik eine ernsthafte Begründung nur in der Erwägung, daß die sozialistischen Beamten in der bürgerlichen Beamtenbewegung Stützpunkte für die proletarische Bewegung sein könnten. Diese Taktik, die ja von der KPD. befolgt wird, haben wir immer energisch bekämpft, nicht weil es eine KP.-Taktik ist, sondern weil politisch und soziologisch sich immer erwiesen hat, daß ein solcher Zellenbau unmöglich ist.

In den mir noch zur Verfügung stehenden 3 Minuten möchte ich mich ganz kurz noch mit dem Genossen Sollmann auseinandersetzen. Er hat gestern hier eine grundsätzliche Frage von eminenter Bedeutung gestreift, die die wissenschaftlich-materialistische Basis unsrer proletarischen Bewegung sehr stark berührt. Ich meine, daß man diese ernsthafte Frage nicht mit einer so leichten Handbewegung erledigen kann, wie Sollmann es getan hat, und daß man bei der Handhabung solch ernsthafter Fragen nicht billigen Beifall ernten sollte auf Grund bürgerlicher Restbestände und einer gewissen geistigen Bequemlichkeit, die uns allen ja noch eigen sind. Das hat gestern dazu geführt, daß auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, die sich stützt auf Marx und Lassalle und andre hervorragende jüdische Führer in dem Beifall, der bei einer Bemerkung ausgelöst wurde, fast ein leiser antisemitischer Ton anklang. (Unruhe und lebhafte Zurufe: Unglaublich! Unerhört! — Glocke.)

Vors. **Wels**: Parteigenossen! Es ist durchaus nicht notwendig, daß hier Proben dafür geliefert werden, was man sich in der Partei alles erlauben darf.

Frau **Torhorst** (Düsseldorf, fortfahrend): Mir ist diese Diskussion außerordentlich ernsthaft. (Rufe: Andern auch!) Ich weiß, daß der Genosse Sollmann diese Auswirkung nicht gewollt hat, es hat aber leider die Berichterstattung den Beifall in dem von mir gekennzeichneten Sinne noch unterstrichen.

Der Genosse Sollmann hat weiter in einem Atemzuge die Kirche und die Freidenkerorganisation genannt, und er hat sich stolz dazu bekannt, daß er keiner der beiden Organisationen angehört. Ich will auf die weltanschauliche Bedeutung dieser beiden Organisationen nicht eingehen, aber auf ihre eminent wichtige soziologische und politische Bedeutung in bezug auf die Arbeiterbewegung. Wir sind uns doch darüber einig, daß die Kirche das hervorragendste Machtinstrument der herrschenden Klasse gegen die aufsteigende proletarische Klasse ist. (Auf Zuruf: „Das ist ja neu.") Selbst eine bürgerliche, nämlich die „Kölnische Zeitung", erklärte vor kurzem, daß die italienische Geistlichkeit die moralische Gendarmerie des Faschismus sei. Aber die proletarische Freidenkerbewegung ist heute mehr als je der Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes auf kulturpolitischem Gebiet, und es ist Pflicht der Partei, sich auf die Seite dieser proletarischen Kampforganisation zu stellen. (Beifall.)

Dr. Rosenfeld (Berlin): Parteigenossen und Genossinnen! Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen für die in unsrer Partei herrschende Einigkeit, daß niemand als prinzipieller Gegner *jeder* Koalition mit bürgerlichen Parteien aufgetreten ist und daß auf der andern Seite niemand mehr ein Hohelied auf den Koalitionsgedanken gesungen hat. Ein Jahr Teilnahme an der Regierung hat dahin geführt, daß sogar der offizielle Berichterstatter des Parteivorstandes die Koalitionsfrage hauptsächlich nur unter dem Gesichtspunkt des *kleinern* Uebels verteidigen konnte. Schon der Beschluß vom 10. August warf aber die Frage auf, ob die Beteiligung an der Regierung nicht das *größere* Uebel sei.

Genosse Vogel hat gefragt, ob denn die Panzerkreuzerfrage wirklich eine so schwerwiegende Bedeutung habe, ob es nicht wichtigere Dinge gäbe. Ich möchte zu den schon gestern demgegenüber hervorgehobenen Gründen für die allgemeine Empörung, die der Beschluß der Minister hervorgerufen hat, noch auf

folgendes aufmerksam machen: Jener Beschluß wurde gefaßt in unmittelbarem Anschluß an den Brüsseler Kongreß. Er folgte direkt auf den flammenden Protest der Sozialistischen Internationale gegen Krieg und Kriegsrüstungen. Und in diesem Moment mußte der Beschluß vom 10. August ganz besonders als ein Verstoß gegen die internationalen Pflichten der deutschen Partei aufgefaßt werden. Die Bedeutung des internationalen Beschlusses wurde geschwächt, und das in einer Zeit, in der es gerade Aufgabe der deutschen Partei gewesen wäre, die durch den Krieg geschwächte internationale Gesinnung zu stärken.

Es hat mich eigentümlich berührt, daß der Genosse Hermann Müller heute die Beteiligung an der Regierung zur Vermeidung künftiger Kriege gefordert hat, als ob durch eine Koalition mit den schlimmsten Kriegshetzern ein künftiger Krieg verhindert werden könnte! (Rufe: O ja!) Gewiß kann manches geschehen durch unsre Arbeiten im Reichstag und in der Regierung. Aber verhindert werden können neue Kriege doch nur durch das sozialistische international organisierte Proletariat. Genosse Müller hat zur Begründung der Haltung der Minister hervorgehoben, daß er nicht geglaubt habe, gegen den Panzerkreuzerbau ernstlich kämpfen zu müssen, da doch vorauszusehen war, daß der Kreuzer gebaut werden würde. Er hat auch gesagt, daß sich im Laufe der Monate in den bürgerlichen Parteien die Strömung für den Panzerkreuzerbau durchgesetzt habe, und er hat dieses spätere Ergebnis zur Begründung der frühern Haltung der Minister angeführt. Das ist nicht richtig. Die Gegenströmung gegen den Panzerkreuzerbau ist gerade durch die Haltung unsrer Minister erheblich gestärkt worden. Alle jene Elemente in der Demokratischen Partei und im Zentrum, die lange Zeit mit uns gegen den Kreuzer gekämpft haben, wurden natürlich matt gesetzt, als ihnen gesagt werden konnte, daß selbst die sozialdemokratischen Minister sich im Kabinett dem Bau des Panzerkreuzers nicht widersetzt hätten. Darum ist dieser spätere Verlauf der Dinge gar kein Beweis für die Richtigkeit der Haltung vom 10. August.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß es ein Zufall war, daß das erste Versagen der Genossen im Kabinett durch den Reichswehrminister Groener hervorgerufen wurde. Leider sind unsre Genossen grade diesem Minister gegenüber nicht stark geblieben. Es hat sich ergeben, daß diesen Vorstoß Groeners dann alle jene Forderungen des Schwerkapitals folgten, die wir in der spätern Zeit erleben mußten.

Grade durch die Haltung der Minister ist die Partei in eine schiefe Situation gebracht worden, und wenn jetzt gesagt wird, die Minister sollen nicht mit der Fraktion stimmen, dann wird die Partei durch sie abermals in eine schiefe Lage gebracht. Wie soll es denn wirken, wenn bei der Panzerkreuzer-Abstimmung 149 Sozialdemokraten mit Nein und 4 mit Ja stimmen. Wo bleibt da die geschlossene Front? Es muß daran festgehalten werden, daß die Genossen, die Minister sind, keine andern Rechte haben als die Mitglieder der Reichstagsfraktion.

Und wenn gesagt worden ist, daß verfassungsmäßig die Minister für ihre Vorlage stimmen müßten, so mache ich darauf aufmerksam, daß nach Art. 21 der Reichsverfassung die Abgeordneten in ihrem Gewissen frei und an keinerlei Aufträge gebunden sind. Es ist also nicht richtig, daß verfassungsrechtlich irgendeine Bindung für Abgeordnete besteht, die gleichzeitig Minister sind, anders zu stimmen, als sie es für richtig halten.

Der Genosse Sollmann hat gegenüber dem Genossen Eckstein zur Verteidigung der Koalition darauf hingewiesen, man könnte doch nicht verlangen, daß der Genosse Müller einfach Ordern der Partei auszuführen habe. Als ob das irgend jemand verlangt hätte! Glauben Sie denn übrigens, daß die Partei unvernünftige Ordern an den Minister geben wird? Wird die Partei auch nur wünschen, wie Genosse Müller gesagt hat, daß die Minister etwa in der Koalition das sozialistische Agrarprogramm durchführen? Das sind doch keine ernsten Argumente. Wir verlangen nur, daß die Genossen in der Regierung das tun,

was Bebel auf dem frühern Parteitag in Magdeburg forderte, als er sagte: Wir können unsre Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und im Geiste unsrer Partei arbeiten.

Das müssen auch die Genossen in der Regierung tun, und das hat der Genosse Müller nicht getan, als er an Hindenburg telegraphierte, daß das deutsche Volk mit dem Hause Hindenburg erfreut und hochbeglückt darüber sei, daß nunmehr der Name Hindenburg auch im männlichen Stamme fortlebe. Das hat auch der Genosse Hilferding nicht getan, als er die Anleihe vorlegen ließ. Das hat das Kabinett nicht getan, als es Trotzki die Einreiseerlaubnis verweigerte. (Sehr richtig!) Das hat es auch nicht getan, als es Severing zum Schlichter im Metallarbeiterstreik einsetzte. Das geschah schließlich nicht, als das Kabinett sich mit der Arbeitslosenversicherung beschäftigte und einen Bericht darüber herausgab, der die schlimmsten Befürchtungen erweckte. (Rufe: Sehr wahr!) Das ist erst recht nicht geschehen, als die Regierung in Genf die Erklärung für die Revision des Washingtoner Abkommens abgeben ließ, eine Erklärung, von der sogar die „Gewerkschaftszeitung" — das ist doch das Organ der Realpolitik, die Genosse Müller wünschte — schrieb, daß mit dieser Erklärung die Reichsregierung die Arbeiter vor den Kopf gestoßen habe.

Genosse Müller meinte, wir sollten uns den realen Sinn für die gegenwärtigen Möglichkeiten erhalten. (Rufe: Sehr richtig!) Ich möchte fragen: Wo ist der reale Sinn verlorengegangen? Was wir von einer Koalitionsregierung fordern müssen, ist doch nur das — um ein bestimmtes Beispiel wenigstens für e i n Gebiet zu nennen —, was die Gewerkschaften auf sozialpolitischem Gebiet als unbedingt notwendig und sofort durchführbar bezeichnen. Auch viele Gewerkschaftler sind mit uns der Meinung, daß die Ergebnisse dieser Regierungskoalition nicht befriedigend sind. Das, was in dem Antrag Eckstein gesagt wird, um die Notwendigkeit des Austritts aus der Regierung zu begründen, trifft durchaus zu. Deshalb wünsche ich, daß die Partei so schnell wie möglich ihre Freiheit wiedererlangt, um den Kampf für die Interessen des Proletariats mit größerm Erfolg außerhalb der Regierung als in der Regierung führen zu können. (Beifall.)

Boutta (Essen): Genossinnen und Genossen! Die Ausführungen des Genossen Sollmann, der gestern eine große Organisation bewitzeln zu können glaubte, müssen wir entschieden zurückweisen. Auch diese Organisation, die annähernd 600 000 Mitglieder zählt, ist zweifellos ein Teil der großen Armee des arbeitenden Volkes im Befreiungskampf. (Sehr richtig!) Wir möchten dem Genossen Sollmann empfehlen, sich einmal die Ausführungen des verstorbenen Genossen Bebel anzusehen, in denen gesagt wird, daß sich Kirche und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüberstehen.

Genosse Müller führte aus, daß im Wahlkampf das Versprechen gemacht worden sei, der Panzerkreuzer werde nicht gebaut werden. Solche Versprechungen haben wir nicht gemacht. Aber wir im Westen haben den Wahlkampf benutzt, um dem Zentrum Wunden zu schlagen. Das Zentrum hat den Panzerkreuzerbau bewilligt und die Kinderspeisung abgelehnt. Wir konnten dem Zentrum eine große Schlappe beibringen, indem wir darauf hinwiesen, daß man Kolosse auf das Wasser befördert anstatt die Not zu lindern.

Der Genosse Vogel hat den Parteivorstand dafür entschuldigt, daß er nicht früher zu der Frage des Panzerkreuzerbaues habe Stellung nehmen können, weil er durch den Brüsseler Kongreß verhindert gewesen sei. Nachher hat der Parteivorstand allerdings sofort Stellung genommen. Nun, so etwas darf in Zukunft nicht mehr vorkommen. Wenn die Partei Erfolge erzielt hat, müssen sie vom Parteivorstand sofort ausgenutzt werden. Der Kampf in den Betrieben ist doch noch immer sehr stark, und wir wissen, wie nach dem Beschluß über den Panzerkreuzerbau die Genossen in den Betrieben von Verrat gesprochen haben. Wir müssen uns dagegen wehren, daß man uns unsre Arbeit so sehr erschwert,

und wir verlangen vom Parteivorstand sofortiges Eingreifen. Als unsre Genossen ohne Richtlinien in die Regierung geschickt wurden, witterte doch jeder Genosse etwas dahinter. Wir erregen uns heute noch nicht darüber. Nach den Ausführungen des Genossen Vogel wünschen allerdings die Minister jetzt freie Hand. Das ist wieder dieselbe Panzerkreuzeraffäre wie vordem. Glaubt man dadurch die Partei zu heben? Bisher ist keine unsrer prinzipiellen Forderungen durchgesetzt worden, während das Zentrum eine Reihe seiner prinzipiellen Forderungen hat zur Durchführung bringen können. (Widerspruch.) Ich erinnere nur an das Konkordat. Viele Genossen sind durch die Koalitionspolitik aufs schwerste enttäuscht. Der Sinn des Kieler Parteitagsbeschlusses ist nicht innegehalten worden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, der Partei wieder freie Bahn zu schaffen, damit wir vorwärtskommen. (Beifall.)

Ralloff (Hannover): Parteigenossinnen und Genossen! Ich möchte von der hohen Politik wieder einmal zur praktischen Arbeit kommen und zunächst einige Sätze zu dem Antrag Nr. 3 sagen. Wir wünschen, daß die Werbewoche für die Presse in den Herbst, die für die Partei ins Frühjahr verlegt wird, weil es sich in der Agitation als unzweckmäßig erwiesen hat, für Presse und Partei zugleich zu werben; für die Menschen, die wir werben wollen, entstehen dadurch zu viele große Opfer. Wenn die Werbewoche für die Presse in den Herbst verlegt wird, können wir auch die Leute gewinnen, die während der Sommermonate die Zeitung abbestellt haben.

In dem Antrag Nr. 6 wird gefordert, daß an Stelle des bisherigen Mitteilungsblatts für Funktionäre eine allgemeinverständliche Zeitschrift herausgegeben wird. Unsre Funktionäre können den Stoff, den ihnen die „Gesellschaft" bietet, nicht verdauen. Wir wünschen ein allgemeinverständliches Bildungsorgan, allerdings nicht ein Bildungsorgan wie die „Jungsozialistischen Blätter". Im Oktoberheft der „Jungsozialistischen Blätter" vom Jahre 1926 heißt es z. B.:

> Der Tag, an der die Weimarer Verfassung, dieser gegenrevolutionäre Abschluß von Krieg und Revolution, von der Nationalversammlung sanktioniert wurde. . . (Hört, hört!)
>
> Das könnte auch in einem kommunistischen Organ stehen. (Lebhafte Zustimmung.)

An einer andern Stelle wird gesagt:

> Es hat keinen Sinn, sich in diesem Rahmen mit all den kindischen und oft genug lächerlich pfiffigen Argumenten auseinanderzusetzen, die zur Entschuldigung der sozialdemokratischen Minister vorgebracht werden.

In der kommunistischen Presse findet man jeden Tag solche Sätze. Wieder an einer andern Stelle heißt es:

> Diese Tendenzen, die in der Entwicklung der sächsischen Alt-Sozialisten offen zutage getreten sind und die sich in der Gesamtpartei hinter allerlei verhüllenden Formen verstecken, müssen entlarvt, denunziert und niedergekämpft werden. (Zuruf: Wer hat das geschrieben?)

Das hat der Genosse Büchner aus Leipzig geschrieben. — Das stärkste aber ist folgendes: Genosse Engelbert Graf hat im Maiheft 1929 einen Artikel über die Pariser Konferenz veröffentlicht, in dem es heißt:

> Von der ministerialen Unzulänglichkeit Hermann Müllers dürften sich allmählich auch seine engsten Freunde überzeugt haben.

(Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Ich möchte keinen Kommentar dazu geben, um nicht Gefahr zu laufen, unparlamentarische Ausdrücke zu gebrauchen. Wir haben kein Verständnis für diese Art der Jugendaufklärung und Jugendbildung (Lebhafte Zustimmung), und wir wundern uns nur über die Langmut, mit der der Parteivorstand diese Art der Jugendbildung schon seit Jahren erträgt. (Sehr wahr!) Genosse Vogel ist wegen dessen, was er über die Jugend

gesagt hat, angegriffen worden. Das, was er zum Ausdruck gebracht hat, steht in Uebereinstimmung mit dem, was der übergroße Teil unsrer Jugendgenossen denkt. Die Jugend soll keine politischen Entscheidungen treffen, sondern diese Entscheidungen fallen in der Partei. Diejenigen Jugendlichen, die sich an diesen Entscheidungen beteiligen wollen, sollen in die Partei gehen, wo genug Platz für sie ist. Die Jugend wird in der Partei keineswegs unterdrückt, sondern man kann feststellen, daß die Parteigenossen sich freuen, wenn nur die Jugend kommt, um mitzuarbeiten. Wir müssen vor denjenigen warnen, die die Jugend gebrauchen wollen, um die Meinung durchzusetzen, die sie in der Partei nicht durchsetzen können (Sehr richtig!), die die Jugend als Sturmbock gegen die Partei gebrauchen wollen. Dazu ist uns unsre Jugend zu schade. Ich bitte den Parteivorstand dringend, diese Art der Jugenderziehung und Jugendbildung zu verhindern.

Einige Worte zur Koalitionspolitik! Die Opposition ist gestern in der Fabrikation von Anträgen sehr fleißig gewesen. Um so mehr haben mich die Ausführungen des Genossen Seydewitz gefreut. Aus ihnen wie aus den Darlegungen des Genossen Rosenfeld habe ich entnommen, daß sie beide nicht mehr grundsätzliche Gegner jeder Koalitionspolitik sind wie in Kiel, wo sie einen Antrag einbrachten, in dem es u. a. hieß: „Die Sozialdemokratische Partei ist grundsätzlich Gegnerin jeder Koalitionspolitik." Wenn es so weitergeht, dann werden wir uns schließlich noch mit ihnen einigen. (Heiterkeit.) Ich glaube auch den Schlüssel zu diesem Fortschritt gefunden zu haben; er liegt wahrscheinlich in den sächsischen Landtagswahlen und in den Schmerzen, die unsre sächsischen Genossen auf Grund des Ausfalls dieser Wahlen haben. (Zurufe.) Es wäre reizvoll, dazu einiges zu sagen. Aber ich will nur die Hoffnung aussprechen, daß die sächsischen Genossen bei der Lösung der sächsischen Regierungskrise einen Weg finden, der dem Interesse der Partei und der Arbeiterschaft dient. In einem Punkte hat mir der Genosse Seydewitz viel zu reformistisch gesprochen. (Hört, hört!) Er will den Ministern die ganze Verantwortung abnehmen und sie auf den Beschluß von Köln zurückführen. Selbst unsre Minister bedanken sich sicher dafür. (Rufe: Sehr richtig!) Sie sind gern bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Nun sagt man: Weil wir keine Bedingungen formuliert haben, sind die Schwierigkeiten entstanden. Genosse David hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß wir seit Jahren einmal mit und einmal ohne Bedingungen regiert haben. Auf die Bedingungen kommt es wirklich nicht an, sondern auf die Macht, die wir ausüben können, um diese Bedingungen durchzuführen. Wenn wir diese Macht nicht haben, dann ist es noch viel schlimmer, als wenn wir keine Bedingungen formuliert haben. (Zustimmung.) Aber wir haben doch Bedingungen; sie stehen in unserm Parteiprogramm, an das wir alle gebunden sind, auch unsre Minister. (Sehr richtig!) Nach meiner Meinung kann es keine besseren Richtlinien geben.

Es ist von der großen Empörung gesprochen worden, die in weiten Parteikreisen herrsche. Nun, man kann auch sehr viel dazu tun, daß die Empörung größer wird oder daß sie gedämpft wird. (Sehr wahr!) Wenn man Oel ins Feuer gießt, ist es kein Wunder, daß die Flamme hoch aufschlägt. Deswegen möchte ich warnen vor der Art, wie manche Parteiblätter Beschlüsse der Partei und Handlungen unsrer Minister kritisieren. Es ist sehr peinlich für uns, daß uns die kommunistische Presse tage- und wochenlang Zitate aus unsrer eignen Parteipresse hat vorhalten können. Etwas mehr Verantwortungsbewußtsein scheint mir doch am Platze zu sein, damit die Schwierigkeiten in andern Bezirken nicht noch größer werden. Bei uns werden wir ja leicht mit den Kommunisten fertig, denn sie haben keine Bedeutung mehr. Ich wünschte nur, daß auch die sächsischen Genossen das erreichten. (Zustimmung und Zurufe.) Wir sprachen früher immer vom roten Sachsen. In Sachsen haben wir heute 33 bis 35 Prozent der Stimmen. Es gibt aber Wahlkreise, in denen wir 40, 45 und wie bei uns 46 Prozent aller abgegebenen Stimmen erreicht haben. Man soll sich also

doch einmal überlegen, ob man nicht eine andre Taktik hier und dort einschlagen muß. Wenn man jahrelang auf die Partei, die Fraktion und die Minister schimpft, dann kann man sich denken, daß die Leute nicht so dumm sind, uns noch zu wählen. (Beifall.)

Stelling (Berlin): Sowohl gestern in der Debatte als auch in den Pressestimmen zum Parteitag ist die Auffassung vertreten worden, daß die heutige Republik ein Staat der besitzenden Klasse sei und daß die Verantwortung von uns nicht für den Staat, sondern für die Arbeiterklasse übernommen werden müsse. Nachdem der Genosse Hermann Müller bereits gezeigt hat, wie falsch dieser Standpunkt ist, sind wir doch verpflichtet, noch einmal unsre Stellung zu dieser Republik und zu diesem Staat zu skizzieren. Ich frage: Sind die Menschen, die auf den blutigen Schlachtfeldern ihr Leben lassen mußten, gefallen unbekümmert darum, welche Staatsform nach Beendigung dieses furchtbaren Ringens eintrat? Ist es den Opfern des Krieges, die heute umherlaufen, gleich, welche Staatsform besteht? Kann es uns als Sozialdemokraten gleich sein? Sind wir vielleicht der Meinung, daß wir erst den Weg zu gehen haben, den man in Italien, in Ungarn und in andern Ländern gegangen ist, den Weg über den Faschismus? Ich möchte gerade die Genossen, die diese Auffassung vertreten, fragen, ob sie sich dann, wenn wirklich infolge einer solchen, von ihnen gewünschten Haltung der Partei dem Faschismus entgegengesteuert wird, nicht mit uns auf den Standpunkt stellen wollen, daß es dann darauf ankomme, erst einmal die Demokratie, die Republik wiederzuerobern, um dann für den Sozialismus zu kämpfen?

Wenn wir die Dinge so betrachten, dann kann uns auch die Entscheidung über die brennenden Fragen, mit denen wir uns beschäftigen, nicht allzu schwerfallen. Es ist darüber debattiert worden, ob wir aus Anlaß der Panzerkreuzergeschichte aus der Regierung herausgehen sollen oder nicht. Wenn man mit allen Mitteln am Staate selbst teilhaben will, wenn man fühlt, daß man ein Glied, ja das Hauptglied des Staates ist, dann hat man die Verpflichtung, sich die Frage, ob wir aus der Regierung herausgehen sollen dreimal zu überlegen, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß wir Positionen, die wir innehaben, unter keinen Umständen aufgeben dürfen. Das bedeutet natürlich nicht, daß wir Anhänger der Koalition um jeden Preis sind. Es ist falsch, wenn Genosse Rosenfeld gesagt hat, daß niemand mehr ein Hohelied auf die Koalition gesungen habe. Das hat noch niemand in der Partei getan, früher nicht und auch jetzt nicht. Insofern ist also eine Aenderung nicht eingetreten. Aber wir wollen und dürfen die Flinte nicht ins Korn werfen, wenn nicht ganz bestimmte Momente uns dazu zwingen. Ich verneine die Frage, ob zurzeit diese Momente vorliegen, und ich möchte Sie bitten, sich dieser Auffassung anzuschließen.

Der Genosse Rosenfeld hat eine Reihe von Punkten berührt, in denen er die Haltlosigkeit unsrer bisherigen Stellung in der Koalitionsfrage beweisen wollte. Er hat auf Severing als Schlichter hingewiesen. Ich glaube, jeder, der die Verhältnisse kennt, gerade unsre Gewerkschaftsgenossen im Metallarbeiterverband, werden sich darüber freuen, daß dieser Weg gegangen worden ist (Sehr richtig!), weil nicht nur für die Metallarbeiter, sondern für die Arbeiterklasse insgesamt ein andrer Weg zu ganz unliebsamen Konsequenzen hätte führen können und führen müssen. Wenn als positives Faktum nur diese eine Tatsache neben der Tatsache, daß im Gegensatz zu früher Gelder des Reiches für die Ausgesperrten ausgegeben sind, aufzuweisen wäre, so stände ich auf dem Standpunkt, daß dieses eine Faktum hundert gegenteilige aufwiegt. Es ist m. E. notwendig, das, was der Genosse Seydewitz zum Ausdruck gebracht hat, noch mehr als bisher zu beherzigen. Er hat gesprochen von der Notwendigkeit der Kameradschaftlichkeit, davon, daß wir jedem Genossen zubilligen müssen, das Beste für die Partei zu wollen. Ich unterstreiche diese Worte und möchte an alle Parteigenossen die Mahnung richten, dem zu entsprechen. Es geht nicht

an, wie es hier und dort vorgekommen ist, Parteigenossen zweiter Klasse wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Beamtenorganisation oder wegen der Frage, die der Genosse Sollmann angeschnitten hat, zu schaffen. Wir müssen uns daran gewöhnen, auch nach dieser Richtung hin die notwendige Toleranz zu üben.

In dieser Beziehung kann ich mich mit den Ausführungen der Genossin Torhorst nicht einverstanden erklären. Ich habe das Empfinden, daß die Genossin Torhorst doch noch einmal nachprüfen sollte, ob sie nicht noch mancherlei zuzulernen hat, um wirklich im Rahmen der Partei das zu tun, was ihre Pflicht ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte nicht deutlicher werden. Die Genossin Torhorst weiß, was ich meine, daß ich die Eröffnungssitzung des Parteitags im Auge habe, bei der sie hinter mir saß, gemeinsam mit einer andern Genossin und, als der Genosse Wels sagte: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren" bemerkte: „Nein, mit dem Gummiknüppel!" (Rufe: Pfui!) Als berechtigte Aeußerungen gegen die Kommunisten fielen, war es die gleiche Genossin, die diese Aeußerungen mit einem Murren und einem Mißfallen aufnahm. Ich habe das angeführt, weil ich den Wunsch habe, daß wir im Rahmen der Partei mehr als bisher zu jener geraden Linie kommen, die wir einhalten müssen, wenn wir vorwärtskommen wollen. Es geht unter keinen Umständen, daß die bisher an manchen Stellen beliebte Taktik eingehalten wird, alles bis zum äußersten herunterzureißen und dann zu sagen: Ich arbeite und wirke für die Partei! Das ist kein Arbeiten für die Partei, sondern eine schwere Schädigung. (Sehr wahr!) Hoffentlich trägt dieser Parteitag dazu bei, daß endlich die Selbstbesinnung in alle Kreise unsrer verantwortlichen Parteigenossen und Parteigenossinnen einkehrt, damit wirkliche Kameradschaft in unsern Reihen Platz greift. (Lebhafter Beifall.)

Künstler (Berlin): Werte Genossinnen und Genossen! Ich darf mich zunächst zu den Ausführungen des Reichskanzlers Genossen Hermann Müller wenden, der u. a. zum Ausdruck brachte, die Kritik der Genossen auf dem Parteitag wäre berechtigt gewesen, wenn die Genossen Vogel und Ludwig einen Bericht gegeben hätten, der nicht den Aufstieg unsrer Partei seit Kiel festgestellt hätte. Ohne zu verletzen, will ich sagen, daß der Genosse Müller nicht der Auffassung sein wird, daß der Aufstieg der Partei lediglich unsern Ministergenossen und ihrer Politik im letzten Jahr zuzuschreiben ist. (Heiterkeit und Zurufe.) Ich darf wohl mit einem gewissen Recht für die Genossen, die in der Opposition stehen, sagen, und das gilt für alle Landesteile, daß gerade diese Genossen ihr gut Teil dazu beigetragen haben, im Kampfe gegen unsre politischen Gegner die Interessen der Partei zu vertreten. Deshalb habe ich es für politisch unklug und nicht gerade kameradschaftlich gehalten, wenn Müller aus meinem Artikel „Wer rüstet wirklich?" eine Stelle aus dem Zusammenhang reißt. Ich habe den Artikel nach dem Beschluß des Reichskabinetts, die erste Rate zu bewilligen, auf Bitten von Stampfer geschrieben, um den Kommunisten die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen. In dem Absatz, den Müller nicht zitiert hat, heißt es:

„Wenn jetzt aus Anlaß des gerade in der Sozialdemokratie fast einmütig verurteilten Beschlusses der Reichsregierung von den Kommunisten wiederum behauptet wird, mit Hilfe der Sozialdemokratie solle die deutsche Wehrmacht ausgebaut werden, so ist das eine der üblichen kommunistischen Verleumdungen." (Hermann Müller: Ganz meine Auffassung!) Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten wissen ganz genau, daß es sich bei dem Panzerkreuzer A um einen Ersatzbau handelt.

Wenn ein Satz aus dem Zusammenhang gerissen wurde, mußte bei den Delegierten der Eindruck entstehen, als ob selbst Künstler in der Panzerkreuzerfrage sich die Argumentation von Müller zu eigen gemacht hat. (Hermann Müller: Ich habe das gegen die Ausländer gesagt!)

Genosse David hat sich auch lang und breit über den Panzerkreuzer ausgelassen und herausgestellt, es sei nur ein Ersatzbau und Schuld der deutschen

Wähler, wenn die Sozialdemokratie im Reichstag und in der Regierung diesen Ersatzbau nicht verhindern konnte. Warum ist denn der Breitscheid-Artikel geschrieben und durch den Pressedienst verbreitet worden? Breitscheid hat in seinem Artikel festgestellt, daß im Kabinett mit den Demokraten eine Mehrheit gegen den Panzerkreuzer vorhanden war. Das steht doch dem entgegen, was Müller hier heute über das Stimmenverhältnis im Kabinett gesagt hat. In der Panzerkreuzeraffäre hat gerade der Breitscheid-Artikel die Situation in der Partei außerordentlich verschärft und alles andre ausgelöst, nur keine Beruhigung und Entspannung.

Schon andre Vorredner haben darauf hingewiesen, daß unsre Minister von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch machten. Ich glaube, man hat davon mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien Verzicht geleistet. Die Auffassung von Hermann Müller teile ich nicht, daß das Zentrum wegen der Ablehnung des Panzerkreuzers es zu einer Regierungskrise hätte kommen lassen. Nachdem der Panzerkreuzer im Mai-Wahlkampf eine so starke Rolle gespielt und die Zentrumspartei zum erstenmal seit ihrem Bestehen nicht nur Mandate, sondern auch Tausende von Stimmen verloren hatte, hätte das Zentrum unmittelbar nach der Reichstagswahl nicht gewagt, wegen des Panzerkreuzers ihre Arbeiterwähler in Rheinland und Westfalen vor eine neue Reichstagswahl zu stellen. Hätten sich unsre Genossen in der Panzerkreuzerfrage damals stark gemacht, dann hätten im Laufe des letzten Jahres unsre Genossen in der Regierung bei verschiedenen andern politischen Fragen nicht so mit dem Widerstand der bürgerlichen Parteien zu rechnen gehabt. Daß man in einer Frage, die für uns im Wahlkampf im Vordergrund stand, nachgegeben hat, hat gerade die bürgerlichen Parteien in sozialpolitischen Fragen zum Widerstand gegen unsre Partei ermutigt.

Wenn ich das zum Ausdruck bringe, so nicht um anzuklagen und die Genossen für alles verantwortlich zu machen, was nicht erreicht worden ist. Ich weiß, daß Müller und andre Ministergenossen das Beste im Interesse der Partei wollen. Aber die wirtschaftlichen Machtgruppen in Deutschland, die ökonomischen Kräfte wirken sich auch politisch im Parlament und in der Reichsregierung aus, und zwar zum Schaden der Arbeiterklasse. Die Genossen mögen das Beste wollen, diese Tatsachen können sie in der Regierung nicht überwinden. Deshalb hat die Partei die Pflicht, den Zeitpunkt auszuwählen, zu dem unsre Genossen aus der Regierung ausscheiden. (Zuruf.) Die Berliner Parteigenossen haben unmittelbar nach der Reichstagswahl in einer Funktionärkonferenz von über 3000 Personen zur Regierungsbildung Stellung genommen. Als Referent habe ich zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratische Partei das Wahlergebnis zu würdigen habe und sich der Verantwortung vor der Regierungsübernahme nicht entziehen könne. Diese Auffassung ist in der großen Funktionärkonferenz gegen 5 Stimmen geteilt worden. Die fünf Genossen, die dagegen stimmten, waren auch keine grundsätzlichen Gegner der Koalitionspolitik, sondern machten die Anteilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung von Forderungen abhängig. Wir alle aber waren der Auffassung, daß die Kieler Resolution beachtet und zur Richtschnur der Koalitionspolitik gemacht werden muß.

Im Laufe der heutigen Debatte hat man auf den Nordwest-Konflikt in der Eisenindustrie hingewiesen und das große Verdienst unsrer Genossen mit Recht gepriesen. Niemand wird diesen Erfolg bestreiten. Aber der Genosse Müller weiß als Reichskanzler auch, kaum hatte der Reichstag den Beschluß gefaßt, die Ausgesperrten zu unterstützen, als sofort von der Deutschen Volkspartei die Treibereien gegen die vom Reichstag beschlossene Unterstützungsaktion losging. (Vors. Wels: Und wir haben uns durchgesetzt!) Dann haben wir gesehen, daß das Schlichtungsverfahren kam, über das sehr geteilte Auffassungen bestehen. Darüber kann ich aber im einzelnen nicht mehr sprechen.

Die Beteiligung an der Regierung ist nicht nur eine politische, nicht nur eine taktische, sondern auch eine persönliche Frage. Seit Februar schweben Verhandlungen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes mit dem Reichsfinanzministerium. Da ist es die Pflicht unsrer Ministergenossen, im Interesse der Arbeiterschaft etwas schneller zu arbeiten.

Meine Auffassung habe ich aus sachlichen Gründen dargelegt und nicht aus persönlichen. Die Genossen, die früher unbedingt zur Koalitionspolitik standen, sind auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres heute schon sehr skeptisch geworden. Wenn wir in 2 Jahren wieder zu einem Parteitag zusammentreten, hoffe ich, daß die Genossen, die die Beteiligung an einer solchen Koalitionspolitik bejahen, nicht mehr allzu zahlreich sein werden. (Bravo!)

Hierauf wird mit Mehrheit Schluß der Debatte beschlossen.

Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes

Hans **Vogel** (Berichterstatter, Schlußwort): Ich darf zunächst die bei meinen Ausführungen nicht berücksichtigten Anträge behandeln.

Antrag 1 Hamburg ist inzwischen zurückgezogen worden, da die Hamburger Genossen die Erklärung abgegeben haben, daß der Antrag dadurch gegenstandslos ist, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden längst führt.

Den Antrag 17 bitte ich abzulehnen. Bisher war es Usus, daß die Mitarbeit an Zeitungen, die einen gehässigen Charakter gegen die Sozialdemokratie vertreten, zu unterlassen ist. Das kann von dem Takt jedes Genossen erwartet werden. Ich kann mir aber eine Situation denken, wo es sehr wichtig sein kann, daß parteigenössische Schriftsteller an die Leser der bürgerlichen Presse herankommen, zumal unsre Parteipresse noch nicht genügend verbreitet ist, um auf dieses Hilfsmittel verzichten zu können.

Wels hat schon in seiner Begrüßungsrede darauf hingewiesen, daß die im Antrag 18 niedergelegten Grundsätze im allgemeinen zur Geltung kommen sollen. In der vorliegenden Form bitte ich den Antrag abzulehnen.

Ebenso bitte ich, die Anträge 23 und 24 abzulehnen. Die Abhaltung preußischer Landesparteitage gibt den andern Ländern das Recht, dasselbe zu fordern. In unserm Organisationsstatut kennen wir aber nur Bezirksorganisationen. Das Statut sagt weiter, daß die Parteigenossen in den Ländern, wo mehrere Bezirke vorhanden sind, zur Besprechung landespolitischer Fragen zusammentreten können. Davon ist in Preußen wiederholt Gebrauch gemacht worden, so erst am 14. und 15. Februar 1928, als es sich um die Stellungnahme zur Aufhebung der Gutsbezirke handelte. Wenn jetzt ein preußischer Landesparteitag zur Erörterung der Konkordatsfrage verlangt wird, so ist das eine so wichtige Frage, und Preußen überhaupt steht heute derart im Mittelpunkt der ganzen Reichspolitik, daß wir die Entscheidung über die preußische Landespolitik nicht allein den Genossen in Preußen, sondern den Genossen des ganzen Reiches überlassen sollten.

Die Konsequenz des Antrags 25 wäre, daß auch die Funktionär- und Mitgliederversammlungen in Breslau unter voller Oeffentlichkeit abgehalten werden müßten. Ich bin überzeugt, daß die Genossen das ablehnen. Das gleiche muß für Parteiausschuß und Redakteurkonferenzen gelten. Ich beantrage daher die Ablehnung.

Antrag 35 ist gewiß aus dem Umstand erwachsen, daß die Leitung des Vereins für das Deutschtum im Ausland und besonders eine Reihe seiner Ortsgruppen von Reaktionären geleitet wurden und zum Teil noch geleitet werden. Hierin hat sich in der letzten Zeit ein merkbarer Wandel vollzogen. Im Parteiausschuß wurde besonders auf die letzte Pfingsttagung in Kiel hingewiesen, wo der Versuch ganz deutlich hervorgetreten ist, den Verein im Sinne der Republik zu führen. Parteivorstand und Ausschuß halten selbstverständlich einen korporativen Beitritt der Bezirke und Vereine zu dem Verein für das Deutschtum im Ausland wie für irgendwelche andern Organisationen außerhalb der Partei für ausgeschlossen. Wir wollen aber nicht störend in die angebahnte Entwicklung eingreifen und beantragen Ablehnung des Antrags.

Bei Antrag 103 bitte ich die Genossen, es sich mit der Stellung von Anträgen nicht gar zu leicht zu machen. Hermann Müller hat schon auf die Herabsetzung des Wehretats von 726 auf 660 Millionen verwiesen. Selbst wenn der ganze Betrag gestrichen würde, würde er nicht all die Bedingungen erfüllen können, die im Antrag 103 niedergelegt sind. In der vorliegenden Form bitte ich den Antrag abzulehnen.

Antrag 9 bitte ich ebenfalls abzulehnen. Parteivorstand und Ausschuß glauben, daß die Partei zurzeit wichtigere Aufgaben hat, als eine neue deutsche Kolonialbetätigung zu prüfen. Diese Stellung bedeutet keine Bestätigung der Kolonialschuldlüge im Versailler Vertrag. Deutschland hat so gut und so schlecht wie irgendeine andre koloniale Macht Kolonialpolitik betrieben. (Sehr richtig!) Die alten Methoden und Formen kolonialer Betätigung sind jedoch im Abklingen begriffen. Die farbigen Rassen erwachen. Den alten imperialistischen Mächten stehen schwere Auseinandersetzungen bevor. Deutschland soll in diese Auseinandersetzungen nicht hineingezogen werden. (Sehr gut!) Es darf sich nicht auf die Seite des Alten und Vergehenden, sondern des Neuen und Werdenden stellen, muß Zutrauen und Neigung all der großen und kleinen Völker zu gewinnen versuchen, die sich bisher mit wachsender Auflehnung zu Objekten des europäischen Imperialismus herabgedrückt sahen und gewillt sind, sich davon zu befreien.

Das Verlangen nach kolonialer Betätigung wird vielfach mit der Uebervölkerung Deutschlands begründet. Wer will nachweisen, daß Deutschland tatsächlich übervölkert ist. Gewiß haben wir in Deutschland dauernd eine große Arbeitslosigkeit. Sie ist aber verursacht durch die Nationalisierung der Wirtschaft, durch mangelnde kontinentale Planwirtschaft und durch das Brachliegen des großen russischen Wirtschaftsgebiets. Der Fetzen Kolonie, den Deutschland etwa haben könnte, bietet kein geeignetes Siedlungsland. Was bedeutet es denn, wenn 1913 in allen deutschen Kolonien 24 000 Weiße, darunter 19 000 Deutsche lebten! Besser siedeln wir schon im eignen Lande, im Osten Deutschlands, wo solche Siedlungsmöglichkeiten bestehen. (Sehr gut!) Eine Erschließung überseeischen Koloniallandes bedeutet einen großen Kapitalbedarf. Die vorhandene Kapitalknappheit würde sich noch mehr verstärken, würde eine erhöhte Kapitaleinfuhr und damit eine vermehrte Verschuldung Deutschlands zur Folge haben. Das zu vermeiden, muß mit unsre wichtigste Aufgabe sein.

Die Genossin Torhorst hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich in meinen ersten Ausführungen über die Beamtenorganisation von Einigungsverhandlungen sprach, obwohl sich diese Verhandlungen bereits zerschlagen hätten. Ich glaube Grund dafür zu haben, sagen zu können, daß diese Einigungsverhandlungen noch nicht endgültig aufgegeben sind (Sehr richtig!), daß sie sicher, wenn sie in letzter Zeit gescheitert sind, von neuem wieder aufgenommen werden. Geflissentlich wird von einer Seite über die in Kiel zum Beschluß erhobenen Anträge immer von einer Deklaration des Parteivorstandes gesprochen. Das trifft nicht zu, es handelt sich um einen Beschluß des Parteitags, nicht um eine Deklaration. Man darf es nicht so hinstellen, als ob für das Verhältnis der Beamtenorganisation nur der Antrag 194 Geltung habe. Meine Ausführungen haben bei verschiedenen Parteigenossen Erregung ausgelöst, weil sie glaubten, der Vorstand habe einseitig zugunsten des DBB. Stellung genommen. Das ist nicht richtig. Um jeden Zweifel auszuschließen, verlese ich die andern Stellen des Beschlusses, wie er auf Antrag des Parteivorstandes gefaßt wurde.

Es heißt in ihm u. a.:

Die freien Gewerkschaften stehen seit ihrer Gründung unter Betonung ihrer politischen Neutralität an der Seite der Sozialdemokratie. Sie wurde die politische Vertretung der freien Gewerkschaften, diese die wirtschaftliche Interessenvertretung besonders der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft.

Und es heißt an andrer Stelle in diesem Beschluß:

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund wird von den freien Gewerkschaften und der Afa als Spitzenorganisation anerkannt. Er umfaßt eine Reihe gemischter Organisationen, die dem ADGB. angehören und besonders neben dem im Post- und Eisenbahnwesen beschäftigten Arbeitern auch einen Teil der hierin tätigen Beamten zu Mitgliedern haben. Aus dieser Tatsache ergibt sich für die Sozialdemokratische Partei automatisch eine gewisse Uebertragung des Verhältnisses zu den freien Gewerkschaften auf den Allgemeinen deutschen Beamtenbund.

Ich bitte Sie also, den Beschluß des Kieler Parteitags so, wie er dort gefaßt worden ist, als Ganzes zu betrachten, und wenn ich in meinen ersten Ausführungen in der vorliegenden Form Stellung genommen habe, so deshalb, weil wir uns dagegen wenden müssen, daß Mitglieder des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes lediglich, weil sie Mitglieder dieser Organisation sind, als Mitglieder mindern Rechts innerhalb der Partei betrachtet und behandelt werden.

Damit komme ich zu der Aussprache selbst, die zum Teil mit großer Leidenschaft geführt worden ist. Leidenschaft ist gewiß eine hohe Tugend. Wir alle werden ja tagtäglich erfüllt von hoher Leidenschaft für die großen, für die heiligen Ziele und Aufgaben unsrer Bewegung. Und doch möchte ich den Genossen ein Wort des Meisters sozialistischer Taktik, des Genossen Viktor Adler, ins Gedächtnis rufen. Er hat einmal gesagt: Das Gehirn ist ein Hemmungsorgan, und das ist seine Würde. Niemals hat sich Viktor Adler von seiner Leidenschaft hinreißen lassen. Viktor Adler besaß Leidenschaft, aber er war nicht von ihr besessen. Sein Gehirn hat die Leidenschaft des Herzens gebändigt, und wenn sich das Herz noch so sehr dagegen gewehrt hat. Nie überschätzte er die Stärke seiner eignen Partei, nie schätzte er aber auch die Kräfte der Gegner zu gering ein.

Der Genosse Seydewitz hat davon gesprochen, daß niemand von der Opposition daran denke, eine Spaltung der Partei in die Wege zu leiten. Ich glaube ihm und seinen Freunden das recht gern. Denn es wäre mehr als Verbrechen, auch nur mit dem Gedanken einer neuen Spaltung zu spielen. Aber es kommt nicht darauf an, was wir wollen, sondern was aus unserm Tun, aus unserm Handeln entspringen kann. (Zustimmung.) Wenn ich von der Tätigkeit der Opposition sprach, so meinte ich damit vor allem die förmlich organisierte Zusammenfassung der Opposition, und damit hat auch die erste Spaltung der Partei begonnen. (Widerspruch bei der Opposition!) Sie werden das, was ich schonend angedeutet habe, nicht bestreiten wollen. (Wels: Wir können noch deutlicher werden!)

Der Genosse Seydewitz hat erfreulicherweise die auf Ausschluß gestellten Anträge gegen unsre parteigenössischen Mitglieder mißbilligt. In dem Blatte von Seydewitz, im „Sächsischen Volksblatt", sind während der Erörterungen der Panzerkreuzerfrage wiederholt die organisatorischen Erfolge der Opposition laut gepriesen worden. Wenn das Blatt des Genossen Seydewitz dabei auch nur ein einziges Mal eine zarte Andeutung der Mißbilligung solcher Anträge gebracht hätte. (Seydewitz: Das ist geschehen!) Dann entfällt die Schlußfolgerung, die ich daran knüpfen wollte. Die Frage ist natürlich, wo das geschehen ist. (Zuruf: In der Zeitung!)

Ich gebe gern zu, daß die Auseinandersetzungen, die hier geführt worden sind, im allgemeinen kameradschaftlicher geführt wurden, als das draußen der

Fall ist. Ich will nur einige dieser freundschaftlichen und kameradschaftlichen Rede- und Schreibblüten hier wiederholen. (Zuruf: Ist nicht nötig!) Es schadet aber nichts. (Heiterkeit.) Vielleicht trägt es dazu bei, daß mit der Zeit eine Besserung der Sitten in der Partei Platz greift. (Bravo.) Da schreibt das „Sächsische Volksblatt" vom 20. September 1928 in einer Polemik gegen den „Vorwärts":

„Verschweigen der Wahrheit" hat Lenin als Kampfmethode empfohlen. Es ist nicht ohne Reiz, den „Vorwärts" auf diesen Spuren zu sehen.

Und in einer andern Nummer schreibt das gleiche Blatt:

Der „Vorwärts", der täglich zweimal beweist, daß bei ihm selbst das letzte Restchen von Intelligenz zusammengeschrumpft ist (Heiterkeit), nachdem der Leser schon längst die marxistisch-revolutionäre Gesinnung in seinen Spalten vermißt hat usw.

Das ist gewiß nicht kameradschaftlich. Im gleichen „Sächsischen Volksblatt" heißt es bei einem Bericht über die Maiaktion in Berlin:

Bis zum Abend ist es nirgends zu einem ernsten oder auch nur zu einem regelrechten Kampfe gekommen. Die Polizei blieb Herr einer Lage, die ihr niemand streitig machte. Und so empfange sie denn auch ungeteilt die 100prozentige Blamage, die ihr das Verbot und seine Ausführung brachte.

Die Berliner Parteigenossen, die sich hier auf diesem Parteitag in Kampfgemeinschaft mit dem Genossen Seydewitz und seinen Freunden befinden, haben in einer großen Funktionärversammlung zu den Ereignissen in Berlin Stellung genommen und einen Beschluß gefaßt, der die Dinge doch wesentlich anders beurteilt, als es in dieser freundschaftlichen Bemerkung steht.

In der „Ostthüringer Tribüne" stand am 15. Januar ein Artikel „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht" von Dr. Max Adler. Darin heißt es u. a.:

Ja, man darf wohl sagen, daß es erst die jämmerliche Geistes- und Willensverfassung war, in welcher der Mehrheitssozialismus seine Massen daniederhielt, welche auf der andern Seite das revolutionäre Empfinden zum äußersten Extrem steigern mußte. Diese kleinliche Selbstgenügsamkeit an Gegenwartserfolgen, dieses ideallose Behagen an Machtgewinnung im Staate, wodurch doch am System der Klassenherrschaft selbst nichts geändert wurde, diese ganze realpolitische Meteorologie, den Mantel nach dem Winde zu drehen — kurz, diese Herabziehung des revolutionären proletarischen Klassenkampfgeistes in die Niederung bürgerlicher Anschauungs- und Empfindungsweisen ist es gewesen, die erst durch ihre Trostlosigkeit den Widerstand einer revolutionären Gesinnung bis zur Verzweiflung aufgipfelte. Von da aus versteht man erst wirklich die Größe, wie die Schranken der beiden so jäh Gefallenen.

Und gegen Schluß des Artikels heißt es:

Wie immer Liebknecht und Luxemburg in der Bewegung der letzten Zeit gefehlt haben, wie immer der düstere Abschnitt des Bruderkampfes seinen blutigen Schein auf ihr Andenken werfen wird — sie werden stets mehr als die Opfer einer Entartung des Sozialismus erscheinen, gegen die sie sich empört hatten. . . Mit ihnen fühlen sich heute Millionen von Arbeiterherzen und Arbeiterköpfen dem Geiste des Sozialismus enger verbunden als mit den rechtssozialistischen Führern wie Ebert und Scheidemann. Und darüber darf auch der Millionensieg der Mehrheitssozialisten nicht täuschen. Denn nur eine Abstimmung gegen Spartakus und seine Methoden, nicht für Ebert und Scheidemann spricht aus dem Wahlresultat.

So könnte ich noch eine Reihe von Pressestimmen verlesen. Ich könnte auf die bekannten Frankfurter Briefe verweisen, die regelmäßig in die Betriebe versandt werden und Stellung gegen die Partei nehmen, Briefe, die unterschrieben sind mit „Sozialdemokratische Opposition Frankfurt". Ich will mir

Bonn Bibliothek

das alles versagen. Ich glaube schon aus diesen wenigen Bemerkungen bewiesen zu haben, daß die Kameradschaft draußen nicht so gewahrt wird, wie das jetzt auf dem Parteitag hier geschehen ist. (Wels: Kommunistische Zellenarbeit ist das!)

Der Genosse Seydewitz hat auch Bezug genommen auf eine Aeußerung des Genossen Breitscheid aus dem Jahre 1921, nämlich die, daß Voraussetzung des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung die Erfüllung ganz bestimmter Programmpunkte sei. Genossen, ich bekenne mich eines ähnlichen Verbrechens schuldig. Auch ich habe 1921 noch diese Auffassung vertreten. Dazwischen liegen 8 Jahre, und diese 8 Jahre haben uns mancherlei zum Lernen aufgegeben. (Zustimmung.) Wir haben mancherlei Erfahrungen in dieser Zeit gesammelt. Das ist es ja, was ich in meinen ersten Ausführungen mit in den Mittelpunkt meiner Betrachtung gestellt habe, daß ich es für falsch halte, immer nur an dem Alten festzuhalten, sich dabei vielleicht auch sehr revolutionär zu dünken, während diese revolutionäre Einstellung nach meinem Dafürhalten doch sehr viel Aehnlichkeit mit Konservativismus hat. (Sehr gut!)

Der Genosse Maeder hat gemeint, alles, was unsre Vertreter in der Regierung bisher getan hätten, sei gegen die Wahlversprechungen. Wendt hat die Auffassung vertreten, die jetzige Koalitionspolitik verstehe überhaupt niemand mehr. Und Eckstein hat erklärt, die parlamentarische Arbeit der Partei könne nicht mehr auf Vertrauen bei den Massen draußen rechnen. Sehen Sie, das bedeutet eben auch wieder eine Ueberspitzung der Dinge. Es ist von andrer Seite schon auf die Entwicklung der letzten Jahre aufmerksam gemacht worden. Es ist doch kein Zufall, daß wir im letzten Jahre allein rund 70 000 neue Mitglieder gewonnen haben, trotz Koalitionspolitik. Und wir haben, was noch mehr Bedeutung hat nach diesem harten Winter und nach dieser überaus großen Arbeitslosigkeit, mit einer noch weit größern Steigerung der Beitragsleistung zu rechnen. Man wird wohl nicht behaupten wollen, daß die Bezirke, die hinter der Politik der Partei stehen, bei einem Vergleich mit den Bezirken, wo dies nicht der Fall ist, bei dieser Entwicklung der Partei schlechter wegkämen. Sie brauchen nur die Jahrbücher der Partei durchzusehen und für die einzelnen Bezirke die entsprechenden Vergleiche anzustellen.

Was berechtigt dazu, aus dem Umstand, daß die Erfolge im Parlament und in der Regierung nicht den Wahlversprechungen entsprechen, einen Vorwurf gegen die Partei herzuleiten? Jede Partei, nicht nur wir, stellt bei Wahlen eine Art von Maximalforderungen auf, nach denen sie im Parlament handeln, die sie im Parlament durchzusetzen versuchen will. Und in dem Augenblick, wo die Wahlen geschlagen und die Vertreter der Partei in das Parlament eintreten, sehen sie, daß sie nicht über die Mehrheit verfügen, daß sie versuchen müssen, von dem, was als Maximalprogramm aufgestellt war, durch eine Verständigung mit andern Parteien soviel durchzusetzen als nur möglich ist. Mir scheint freilich auch, daß wir aus den Erfahrungen des letzten Wahlkampfes und aus der Zeit, die dahinterliegt, lernen sollten, das Wahlmaterial mehr in Einklang zu bringen mit den Erfolgsmöglichkeiten, die uns die Tätigkeit im Parlament läßt (Lebhafte Zustimmung), ganz gleich, ob wir in die Regierung eintreten oder ob wir außerhalb der Regierung bleiben. Wir sollten bei jeder Antragsstellung prüfen: was kann davon wirklich durchgesetzt werden? Wir müssen uns immer die Frage vorlegen, ob wir nicht genötigt sein könnten, aus irgendeiner taktischen Situation heraus den einen oder andern der von uns gestellten Anträge preiszugeben? Ich möchte, daß der eine Fall, wo wir im Reichstag gegen einen eignen Antrag, nämlich in der Frage der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, stimmen mußten, ein Einzelfall bleibt.

Der Genosse Maeder hat uns zum besondern Vorwurf gemacht, daß wir trotz unsrer Wahlversprechungen beim Etat keine nennenswerten Abstriche durchgesetzt haben und daß die „Teno" trotz des Versprechens Severings immer noch besteht. Ich gehe nicht gern auf Fragen ein, die in den Aufgabenkreis des

Genossen Breitscheid fallen. Aber weil solche Aeußerungen leicht geeignet sein können, den einen oder andern Genossen bei der Abstimmung zu beeinflussen, so möchte ich doch nochmals auf die schon genannten Zahlen für den Wehretat aufmerksam machen und auch darauf hinweisen, daß im vorjährigen Etat für die Technische Nothilfe noch 2 400 000 Mark eingesetzt waren, während in diesem Jahre dieser Betrag auf eine Million herabgedrückt werden konnte. Ob das auch möglich gewesen wäre, wenn an Stelle des Genossen Severing noch Herr v. Keudell im Reichsministerium des Innern säße, erscheint mir doch sehr zweifelhaft.

Darin gebe ich den Kritikern recht, daß nichts mehr geeignet ist, Mißstimmung auszulösen, als wenn zwischen dem, was wir in der Oeffentlichkeit verlangen und beantragen, und dem, was wir durch unsre Arbeit im Parlament und in der Regierung durchsetzen können, ein großer Gegensatz besteht.

Der Genosse Maeder hat den Wahlerfolg vom Mai 1928 auf die zielklare Oppositionspolitik gegenüber der alten Regierung zurückgeführt. Ich habe hier das Protokoll des Kieler Parteitags, und wenn ich da die Reden der Oppositionsgenossen noch einmal nachlese, so muß ich sagen, daß sie sich doch ganz anders lesen, auf einen ganz andern Ton eingestellt sind. Wenn es schon so wäre, daß die oppositionelle Stellung der Sozialdemokratie mehr im Interesse der Arbeiterschaft läge, als unsre Mitwirkung an einer Regierung, dann müßte es allerdings mit der Arbeiterschaft in den Ländern, wo wir seit Jahren von einer Mitwirkung an der Regierung ausgeschaltet sind, außerordentlich gut stehen: in Bayern, in Sachsen, in Württemberg usw. Wir alle kommen ja jetzt aus dem sächsischen Wahlkampf zurück. Wir kennen das Wahlmaterial unsrer sächsischen Genossen, und wir kennen die Reden unsrer führenden sächsischen Freunde. Alles war auf den Ton eingestellt: die rein bürgerliche Regierung hat aber auch nicht das geringste im Interesse der Arbeiterklasse getan!

Der Genosse Maeder war es auch, der gesagt hat, ich hätte versucht, die Rechte der Jugend in einer unerhörten Weise zu beschneiden. Was habe ich gesagt? Ich habe gesagt, daß es mir vollständig fernliegt, den jugendlichen Genossen zu untersagen, sich mit Fragen der Politik, der Wirtschaft, auch mit dem Wehrprogramm und mit dem Panzerkreuzer zu beschäftigen. Ich habe mich dagegen gewehrt, daß man jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren einreden will, daß sie über das notwendige Maß von politischer Schulung und Erfahrung verfügen, um irgendeine Handlung der Partei als sozialistisch oder gegen die Grundsätze der Partei verstoßend zu bezeichnen. Nichts hat mir ferner gelegen, als die Rechte der Jugend irgendwie zu beschneiden.

Ich weiß nicht, ob der Genosse Maeder Familienvater ist. (Maeder: Nein!) Ich bin es, ich habe drei Kinder. Ich versuche nie, meinen Kindern gegenüber irgendwie die väterliche Autorität zur Geltung zu bringen; ich habe nie versucht, meine Kinder auch in ihrer politischen Entwicklung irgendwie zu beeinflussen. Ich habe es nicht getan, weil ich weiß, daß wichtiger als alle Autorität das Beispiel ist. (Sehr gut!) Dieses Prinzip möchte ich auch für unsre Arbeiterjugend gelten lassen.

Der Genosse Ralloff aus Hannover hat sich u. a. auch zu der Frage der Jungsozialisten geäußert. Der Parteivorstand hat Verständnis dafür, daß der Geist der Jugend und der Jungsozialisten sich nicht ohne weiteres in die gleiche Linie mit den ältern bringen läßt. Wir alle wollen aber, daß die Bewegung der Jungsozialisten kein Sammelbecken für Unzufriedene und Mißvergnügte wird. In der großen Sozialdemokratischen Partei ist Raum genug zur Kritik, Raum genug zur Betätigung, und ich glaube, daß es im Interesse der Jungsozialisten selbst liegt, wenn sie darauf achten, daß ihre Bewegung auch wirklich eine Bewegung junger Sozialisten bleibt. (Sehr wahr!) Ich will nicht deutlicher werden, ich denke, mein Hinweis wird verstanden werden.

Zur Frage des Panzerkreuzers glaube ich nach dem, was der Genosse Hermann Müller und andre gesagt haben, kein weiteres Wort verlieren zu brauchen. Ich mache nur noch mal auf die Konsequenz eines Beschlusses aufmerksam, der die parteigenössischen Minister zwingt, mit der Fraktion gegen die zweite Rate zu stimmen. Wenn sich für einen solchen Antrag eine Mehrheit des Parteitags findet, so bedeutet das, daß morgen die Sozialdemokratische Partei nicht mehr in der Regierung ist. (Zustimmung.) Das ganz klar auszusprechen, halte ich für ein Gebot der Notwendigkeit. Deshalb mögen für die diesbezüglichen Anträge diejenigen stimmen, die dafür sind, daß unsre Parteigenossen aus der Regierung austreten, was ich aber im gegebenen Augenblick für einen taktischen Fehler, für eine Unklugheit, wenn nicht für ein Unglück halten müßte, weil ich und mit mir die Kollegen im Parteivorstand den jetzigen Augenblick nicht als geeignet dafür ansehen. Deshalb beantrage ich im Namen des Parteivorstandes, über alle die Anträge, die sich mit dem Panzerkreuzer beschäftigen, zur Tagesordnung überzugehen. (Beifall.)

Zur Frage der Koalition möchte ich mich nur ganz kurz gegen die Auffassung wehren, als ob die Koalitionspolitik der Partei etwas vollständig Neues wäre. Ich zitiere nicht gern, aber in diesem Zusammenhang darf ich doch auf die Rede aufmerksam machen, die Wilhelm Liebknecht in dem großen Leipziger Hochverratsprozeß gehalten hat und in der er u. a. folgendes sagte:

> Als praktische Politiker wollten wir auch praktische Erfolge haben, und zu diesem Zwecke mußten wir uns eine Machtposition sichern. Wir waren deshalb genötigt, an die tatsächlichen Verhältnisse anzuknüpfen und die vorhandenen Strömungen, soweit sie uns unserm Ziele näherbringen konnten, zu benutzen. Wir unterhielten auch Beziehungen zu der süddeutschen Volkspartei der Herren Sonnemann und Genossen sowie auch zu den bürgerlich-republikanischen Ausläufern und Epigonen wie Ladendorff und Genossen, Männern, die ich hochschätze und schätze, obgleich ich die Kluft nie vergaß, die sie von uns trennte. Solche Bündnisse und Verhältnisse sind in der praktischen Politik unvermeidlich, und unter verständigen Menschen sind sie auch durchaus ehrlich. Man geht zusammen, solange es nützlich ist, und trennt sich, sobald die Bedingungen des Zusammengehens erfüllt oder nicht mehr vorhanden sind. Natürlich darf man sich nicht übertölpeln lassen. Wer den Verhandlungen des Prozesses folgt, wird finden, daß wir die Prinzipien und Interessen des Proletariats und der Partei niemals preisgaben, daß wir jeden Versuch, uns für fremde Zwecke zu gebrauchen, mit Nachdruck zurückwiesen und daß alle diese Bündnisse und Verhältnisse zum Besten der Partei ausgeschlagen sind. Wir brauchen eine Armee und eine Macht, und beides wurde geschaffen.

Auch wir haben bei den Maiwahlen 1928 eine große Armee geschaffen. Diese Armee in politische Macht umzuwandeln, ist die große Aufgabe der Partei. Wenn wir das wollen, dann ist Kameradschaftlichkeit und Verantwortungsbewußtsein der Partei gegenüber nicht nur auf den Parteitagen, sondern auch außerhalb der Parteitage, insbesondere auch in der Parteipresse notwendig. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Grundlinien der bisherigen Politik sehr wohl geeignet sind, unsre Armee in politische Macht umzuwandeln. Deshalb bitte ich Sie, auf dem bisher beschrittenen Wege fortzufahren und neue künftige Siege mit dem Magdeburger Parteitag vorzubereiten. (Stürmischer Beifall.)

Frau **Torhorst** (Düsseldorf, zur persönlichen Bemerkung): Parteigenossen! Zu den Ausführungen des Genossen Stelling über meine Person bemerke ich, daß der angezogene Zuruf nicht von mir gemacht worden ist. Also entfallen sämtliche Folgerungen daraus. (Rufe: Hört, hört!)

Stelling (Berlin, zur persönlichen Bemerkung): Die Genossin Torhorst saß mit einer andern Genossin bei der Eröffnungssitzung hinter mir. Mir fiel auf, daß, als der Genosse Wels die Vorgänge in Berlin behandelte, nicht nur die andre Genossin, sondern auch die Genossin Torhorst, sich sehr abfällig über die Bemerkungen des Genossen Wels äußerten. (Widerspruch.) Als dann nachher das Zitat von dem Genossen Wels gebraucht wurde: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren" haben beide Genossinnen hinter mir gesagt: „Aber mit dem Gummiknüppel." Das bezog sich auf die Berliner Vorgänge. Ich habe die beiden Genossinnen zunächst in freundschaftlicher Weise gefragt, ob sie die Berliner Vorgänge kennten und ob sie in Berlin wohnten. Darauf antwortete die Genossin Torhorst: „Ich wohne nicht in Berlin, aber die andre Genossin." Daraufhin habe ich Bezug genommen auf den Beschluß der Berliner Funktionärsitzung, worauf die Genossin mir erklärte, das gehe sie gar nichts an. Ich muß also meine Aeußerung aufrechterhalten.

Seydewitz (Zwickau, zur persönlichen Bemerkung): Genossinnen und Genossen! Ich bin nicht besonders erfreut darüber, daß mich die Ausführungen, die der Genosse Vogel in seinem Schlußwort gemacht hat, zu einer persönlichen Bemerkung zwingen. Sachlich kann ich auf die Ausführungen des Genossen Vogel in einer persönlichen Bemerkung nicht eingehen. Ich möchte nur eine Feststellung treffen. Genosse Vogel hat sich darüber beschwert, daß das „Sächsische Volksblatt", an dem ich als Redakteur tätig bin, kein Wort der Kritik gegen Ausschlußanträge gegen Minister gefunden habe. Ich stelle fest, daß in unserm Bezirk eine Ortsgruppe einen Ausschlußantrag gestellt hat und daß wir uns in unserm Blatt am nächsten Tage in einem Leitartikel gegen diesen Ausschlußantrag gewandt haben. (Hört, hört!) Ich stelle weiterhin fest, daß ich in der nächstfolgenden Bezirksvorstandssitzung den Ausschlußantrag der Ortsgruppe mißbilligt und die einmütige Zustimmung unsers Bezirksvorstandes gefunden habe. (Hört, hört!) Ich bedaure, daß diese Sache zum Anlaß einer Polemik im Schlußwort genommen wurde, und ich wünschte, daß die Debatten gerade um der vom Parteivorstand so sehr betonten Kameradschaftlichkeit willen nicht so geführt würden.

Vors. **Wels**: Ich möchte dazu nur bemerken, daß der Genosse Vogel sich in der Stellungnahme zu der Parteipresse, die am Parteivorstand Kritik geübt hat, eine so große Zurückhaltung auferlegt, daß ich persönlich sie eigentlich nicht recht verstanden habe. (Zurufe.)

Frau **Torhorst** (Düsseldorf, zur persönlichen Bemerkung): Parteigenossen! Auf allgemeine, nicht präzisierte Vorwürfe kann ich nicht eingehen und gehe ich nicht ein. Ich betone noch einmal, daß ich die erst genannte Bemerkung nicht gemacht habe, und ich muß jetzt hinzufügen, daß ich auch die Bemerkung über die Berliner Funktionärsitzung, nämlich daß sie mich nichts angehe, nicht gemacht habe. (Rufe: Hört, hört!)

Abstimmung.

Antrag Hamburg Nr. 1 ist zurückgezogen.

Die Anträge 2, 3 und 4 werden dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß überwiesen.

Die Anträge 5 und 7, die von den Antragstellern durch die Herausgabe der Parteikorrespondenz bereits als erledigt betrachtet werden, werden dem Parteivorstand überwiesen, um etwaige Restwünsche noch erledigen zu können.

Der Antrag Nr. 6 wird erledigt durch Annahme des Antrags Nr. 172.

Der Antrag Nr. 8 aus Hamburg wird zurückgezogen.

Antrag Nr. 9 verfällt mit großer Mehrheit der Ablehnung, desgleichen der Antrag Nr. 10.

Der Antrag Nr. 12 wird als erledigt bezeichnet, da der Referent erklärt hat, daß durch die Einsetzung einer Kommission und die schriftliche Berichterstattung durch den Parteitag der Beweis dafür erbracht sei, daß die Partei die Entwicklung aufmerksam verfolge.

Die Anträge Nr. 13 und 14, die sich mit dem Verhältnis zu den Gewerkschaften befassen, werden als durch den Kieler Beschluß erledigt erklärt.

Antrag Nr. 15 verfällt der Ablehnung. Antrag Nr. 16 ist zurückgezogen.

Bezüglich des Antrags Nr. 17 beschließt der Parteitag, es bei der seit dem Dresdner Parteitag angewandten Formel zu belassen, daß die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, die die Sozialdemokratie in hämischer und gehässiger Weise bekämpfen, untersagt ist, daß aber ein allgemeines Verbot der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nicht ausgesprochen werden soll.

Antrag Nr. 18 wird abgelehnt, weil es mit der Ehre und Würde der Parteigenossen, die in die Regierung geschickt werden, nicht vereinbar ist, in dieser Form ein verstecktes Tadelsvotum auszusprechen.

Der Antrag Nr. 19 wird gleichfalls abgelehnt.

Antrag Nr. 20 wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso der Antrag Nr. 21.

Antrag Nr. 22 verfällt der Ablehnung.

Desgleichen werden abgelehnt die Anträge Nr. 23, 24 und 25.

Der Antrag Nr. 26, der die Rechtsverhältnisse der Partei betrifft, unterliegt noch der Beratung des Parteiausschusses und soll erst später erledigt werden.

Antrag Nr. 27 verfällt in seinem ersten Teil der Ablehnung. Der Parteitag beschließt, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Antrag Nr. 28 gelangt zur Annahme.

Die Anträge Nr. 29 bis 32, Nr. 34 und 112 Absatz 1, 2 und 3, die die Frage einer Beitragsstaffelung für besserbemittelte Parteigenossen betreffen, werden durch die Annahme des Antrags Nr. 171 zu § 8 des Statuts für erledigt erklärt. Antrag Nr. 171 selbst wird angenommen.

Antrag Nr. 33 wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters abgelehnt.

Zu Antrag Nr. 35 beschließt der Parteitag, daß der korporative Beitritt von Parteiorganisationen zu dem Verein für das Auslandsdeutschtum unzulässig ist, daß aber der Parteivorstand die Entwicklung in diesem Verein, der nicht zu verwechseln ist mit dem Bunde der Auslandsdeutschen, beobachten und in republikanischem Sinne beeinflussen soll, daß deshalb der Tätigkeit von Einzelpersonen Schwierigkeiten nicht zu machen sind.

Antrag Nr. 37 verfällt der Ablehnung, desgleichen der Antrag Nr. 38.

Der Parteitag erledigt sodann die Anträge zur Koalitionspolitik, zum Wehretat und Panzerkreuzer Nr. 43 C, 103, 126, 136, 137, 139, 140, 176 und 177. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Litke (Berlin, zur Geschäftsordnung): Der Genosse Hans Vogel hat namens des Parteivorstandes auch zu dem Antrag Nr. 177, zu dem wir namentliche Abstimmung beantragt haben, Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen. Wir beantragen daher, daß über diesen Antrag des Genossen Vogel auf Uebergang zur Tagesordnung eine namentliche Abstimmung herbeigeführt wird.

Der Antrag Litke (Berlin) auf namentliche Abstimmung wird genügend unterstützt.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters auf Uebergang zur Tagesordnung mit 256 gegen 138 Stimmen angenommen; alle andern Anträge werden damit für erledigt erklärt.

Antrag 158 wird dem Parteivorstand überwiesen.

Antrag 159 Absatz 1 wird angenommen; Absatz 2 ist zurückgezogen.

Antrag 156 wird durch den Bericht der Kommission über die Stellung der Partei zum Einheitsstaat für erledigt erklärt.

Antrag 172 wird angenommen.

Antrag 173 wird angenommen.

Bezüglich der Anträge 166 und 167 bleibt es bei dem Beschluß des Kieler Parteitags, daß es nicht Aufgabe einer politischen Partei sein könne, sich für eine bestimmte Welthilfssprache zu entscheiden.

Die Anträge 168 und 169 werden Parteivorstand und Ausschuß überwiesen, die statutenmäßig den Ort des Parteitags festzustellen haben. Bereits eine Reihe deutscher Großstädte haben sich darum bemüht, daß in ihren Mauern der nächste Parteitag abgehalten werden möge, offenbar weil diese Veranstaltung im Fremdenverkehrswesen bereits einen Faktor bedeutet.

(Pause.)

Nachmittagssitzung

Vors. **Wels**: Ich habe zunächst die Abstimmung zum Antrag des Berichterstatters der Kontrollkommission auf Entlastung des Parteivorstandes nachzuholen. Wer ist gegen die Entlastung? — Dann ist die Entlastung einstimmig erteilt.

Ich erteile dem Genossen Dittmann das Wort zu seinem Bericht der Wehr-Kommission.

Bericht der Wehrkommission

Wilhelm Dittmann (Berichterstatter): Der Entwurf der Richtlinien zur Wehrpolitik, den ich zu begründen habe, ist vielfach als Wehrprogramm bezeichnet worden. Die Kommission, die den Entwurf vorlegt, ist bescheidener. Sie will nur Richtlinien für die Tagespolitik aufstellen, für die nächsten Jahre, soweit man sie übersehen kann, nicht für die Ewigkeit. Sie geht aus von den Tatsachen, die der Ausgang des Weltkriegs für Deutschland in militärischer Hinsicht geschaffen hat. Ein „Programm", frei von diesen Hemmungen und Bindungen, wäre müßige Spielerei gewesen. Der Gewaltfriede von Versailles schreibt ein Berufsheer von höchstens 100 000 Mann, eine Marine von höchstens 15 000 Mann vor, verbietet moderne Großkampfmittel, verbietet die Kriegsluftflotte, die Verwendung moderner Großkampfschiffe.

Diese Beschränkung der deutschen Rüstung, die nach dem Versailler Diktat der Anfang der allgemeinen Abrüstung aller Staaten sein sollte, enthob die Kommission der Notwendigkeit, zur Frage der allgemeinen Wehrpflicht, des stehenden Heeres oder Volksheeres, der Dienstzeit, der Mobilisation des ganzen Volkes im Kriegsfall Stellung zu nehmen, wie sie in Frankreich mit dem Namen Paul-Boncour verbunden ist, und wie sie bei uns in Deutschland in anderm Sinne Genosse Paul Levi erörtert hat. Die Kommission hat sich, ausgehend von den gegebenen Verhältnissen, die ich andeutete, darauf beschränkt, Richtlinien für das praktische politische Verhalten der Partei in der Agitation und im Parlament aufzustellen. Sie hat 10 praktische Forderungen in den Mittelpunkt des Entwurfs gestellt, die den Kern der Arbeit bilden und die, wie ich ohne Widerspruch aussprechen darf, sehr wenig angefochten worden sind.

Umrahmt ist dieser Kern von einer Skizzierung unsrer Stellung zu Krieg, Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit sowie von einer Begründung für einen gegenwärtig noch notwendigen Rest von Wehrnotwendigkeit.

Den äußern Anstoß für die Einsetzung der „Kommission zur Prüfung der Wehrfrage", wie der offizielle Titel lautet, gab die Debatte über den Panzerkreuzer A, bei der mancherlei Unklarheiten zutage traten. Hinzu kam der Beschluß des internationalen Kongresses in Brüssel über „Militarismus und Abrüstung", so daß es dem Parteivorstand erwünscht erschien, die Frage in der Partei klären zu lassen und er die Kommission einsetzte, in deren Namen ich vor Ihnen spreche.

Es ist gesagt worden, der Parteivorstand habe die Frage im Interesse der Koalitionspolitik im Reiche aufgeworfen, quasi um den bürgerlichen Koalitionspartnern bündnisfähiger zu erscheinen. Das hätte doch nur dann einen Sinn

haben können, wenn die Kommission eine Aenderung unsrer Wehrpolitik vorschlagen würde. Die Kommission empfiehlt aber doch im Grunde lediglich die Fortsetzung der bisherigen Haltung der Partei in dieser Frage. Der Reichskanzler Genosse Hermann Müller hat schon vor Monaten im Parteiausschuß erklärt, für die Führung der Regierungsgeschäfte sei es völlig gleichgültig, ob die Partei jetzt Richtlinien zur Wehrpolitik aufstelle oder nicht. Ebenso falsch ist die kolportierte Aeußerung, der Parteivorstand wolle auf dem Parteitag unter allen Umständen den Entwurf der Kommission durchsetzen. In der Rede, mit der ich in der ersten Sitzung der Kommission am 2. Oktober 1928 die Verhandlungen eingeleitet habe, sagte ich über die Absichten des Parteivorstandes nach dem Protokoll wörtlich:

Der Parteivorstand hat den Wunsch, daß die Kommission auf dem für Februar/März vorgesehenen Parteitag einen Bericht gibt, um damit gewissermaßen die Klärung des Wehrproblems in der Partei einzuleiten. Vielleicht läßt sich der historische Teil unsrer Aufgabe bis dahin abschließen. Dann ist für den aktuellen Teil eine einheitliche Grundlage gegeben und die Verständigung über ihn wesentlich erleichtert. Auf einem spätern Parteitag können wir darauf auch den aktuellen Teil und damit das ganze Wehrproblem zum Abschluß bringen.

Das habe ich bei Beginn der Beratungen der Kommission im Auftrag des Parteivorstandes erklärt. Trotzdem dieser Passus aus meiner Einleitungsrede im Parteiausschuß wiederholt vom Genossen Wels und auch von mir verlesen worden ist, haben die Kritiker unsers Entwurfs, die sonst manches aus den Sitzungen des Parteiausschusses berichten, was sich gar nicht für einen Bericht eignet, das in der Presse vollständig ignoriert. Ich glaube aber, daß es für die Delegierten des Parteitags wichtig ist, zu wissen, daß die Behauptung falsch ist, der Parteivorstand habe das Bestreben, unter allen Umständen hier die Frage zu einer Endentscheidung zu bringen. Noch in seiner letzten Sitzung vor dem Parteitag hat der Parteivorstand erklärt, daß er den Parteitag in völliger Freiheit entscheiden lassen wolle, wie er das Problem behandeln wolle und wie er zu ihm stehe. Die einzelnen Mitglieder des Parteivorstandes haben hier völlige persönliche Freiheit bei der Abstimmung über den Entwurf und seine Einzelheiten.

Ich hoffe, mit diesen Mitteilungen die Debatte zu entgiften und dafür zu sorgen, daß sich alle Delegierten einer rein sachlichen Stellungnahme befleißigen. Denn nichts ist einer so wichtigen Debatte, wie wir sie hier führen wollen, abträglicher als das Hineintragen unsachlicher persönlicher Momente.

Da ich als Vorsitzender der Kommission von der Kommission einstimmig zum Berichterstatter vorgeschlagen wurde, habe ich die Rücksicht auf die erwünschte Vermeidung persönlicher Festlegungen und Bindungen so weit getrieben, daß ich keinen einzigen Artikel über das Wehrprogramm geschrieben und keine einzige Rede darüber gehalten habe. Ich stehe hier den Dingen vollständig objektiv gegenüber, halte mich in keiner Weise durch irgendeine mündliche oder schriftliche Aeußerung gebunden, die ich in der Sache getan haben könnte.

Die Kommission hat am Freitag vor dem Parteitag nochmals getagt und zu den Anträgen Stellung genommen, die zu ihrem Entwurf gestellt worden sind. Die Kommission hat in den am meisten angefochtenen Abschnitten II und III des Entwurfs einige Aenderungen vorgenommen. Dabei ist sie vor allem Anregungen des Genossen Otto Bauer im „Kampf" gefolgt. Sie finden die Aenderungen durch Fettdruck in der Vorlage hervorgehoben. Bei einer dieser Aenderungen ist die Kommission einem Antrag Berlin gefolgt. Die erste der zehn praktischen Forderungen des Entwurfs ist einem Antrag Hamburg entsprechend ebenfalls abgeändert worden. Die Kommission empfiehlt Ihnen, den Entwurf in der veränderten Form anzunehmen und gleichzeitig alle andern zur Wehrfrage gestellten Anträge für erledigt zu erklären. Nach diesen Vorbemerkungen zur Sache:

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Heer an sich war stets eine sachlich zustimmende. Aber die Partei lehnte das Heeressystem, das sie bei ihrer Entstehung vorfand, ab und hat das System des stehenden Kasernenheeres stets auf das energischste bekämpft. Die Anfänge der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland fielen in die Zeit, in der Bismarck mit Blut und Eisen Preußens Vormachtstellung durchsetzte. Im preußischen Verfassungskonflikt Anfang der 60er Jahre führte Bismarck gegen das Parlament und den damals herrschenden Liberalismus die Heeresreform durch, mit der er die Kriege von 1864, 1866, 1870/71 gewann. Die Landwehr, die Schöpfung des großen Armeereformators Scharnhorst, hatte Bismarck in dieser sogenannten Reform ihres demokratischen Charakters entkleidet und das Heer zu einem blinden Werkzeug seiner Machtpolitik gestaltet. Deswegen hatte der damals herrschende Liberalismus dagegen Sturm gelaufen, hatte dem stehenden Kasernenheer die Volkswehr gegenübergestellt, die Miliz nach Schweizer Vorbild. Der Gegensatz der beiden Heeressysteme fand in den damaligen politischen Tageskämpfen den schlagwortartigen Ausdruck in der liberalen Parole: Alles für die Verteidigung des Vaterlandes, aber diesem System des stehenden Heeres, das in schroffstem Gegensatz zum Volke steht, keinen Mann und keinen Groschen. Die junge sozialdemokratische Bewegung jener Tage — bekanntlich entstand unsre Partei Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts — ging in ihrer Stellung gegen Bismarcks Gewalt- und Militärpolitik mit dem Liberalismus konform, mit dem die Partei in wirtschaftlichen und sozialen Fragen immer mehr in Gegensatze geriet.

Die liberale Parole „Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres" ging in die Programmformulierungen der sich bildenden sozialdemokratischen Parteigruppen der Lassallianer und Eisenacher über, 1875 auch in das Gothaer Einigungsprogramm und 1891 in das Erfurter Programm, das bis nach dem Krieg in Geltung gewesen ist. Das Schlagwort: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, beherrschte die sozialdemokratische Agitation bis zum Zusammenbruch im Weltkrieg. Ein halbes Jahrhundert lang hat die Sozialdemokratie vor dem Kriege den Kampf gegen den Militarismus mit Energie und Leidenschaft unter dieser Parole geführt. Besonders unser August Bebel hat in Wort und Schrift den preußischen Militarismus mit seinem stehenden Kasernenheer, aufgebaut auf dem blinden Kadavergehorsam, leidenschaftlich bekämpft. Seine Militärreden im Reichstag waren oft politische Sensationen. Dabei war Bebels Einstellung zum Heer an sich durchaus positiv. „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr" lautet der Titel einer der wirksamsten Agitationsbroschüren August Bebels.

Wenn jetzt in der Diskussion über das Wehrproblem behauptet worden ist, es sei früher sozialdemokratische Parole gewesen, dem „kapitalistischen" System keinen Mann und keinen Groschen, so ist das eine Behauptung, die mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Auch im kapitalistischen Wirtschaftssystem war die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit bereit, Militärausgaben zu bewilligen, wenn an die Stelle des Systems des stehenden Heeres das System der Volkswehr gesetzt, wenn der Gegensatz zwischen Heer und Volk beseitigt würde. In der populären Erläuterungsbroschüre von Kautsky und Schönlank über das Erfurter Programm heißt es in dem Abschnitt „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit":

Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrhaftigkeit. Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen, seine Kriegstüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß niemand es verdient ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blute für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß. Gilt es, einen kecken Feind von der Heimat fernzuhalten, der Bürger, von Jugend auf in körperlicher Kunst geübt und im Waffendienst geschult, wird den eignen Herd und den gemeinen

Nutzen mit flammendem Eifer und wackerm Mute verteidigen. Und wehe dem, welcher das geheiligte Gut der Freiheit zu versehren wagt! Die geschlossenen Reihen der für ihre gute Sache Streitenden sind schlagfertig und an ihre Fahnen knüpft sich der Sieg. Das Volk, das für seine Rechte ficht, ist unüberwindlich, ist ihm die Spannkraft der Sehnen und Glieder nicht gelähmt und führt es die Waffe sicher und rasch. Die Schweizer Bauern, die Oesterreichs Ritterschaft auf den Grund streckten und Karl des Kühnen eiserne Scharen zerschmetterten, das französische Massenaufgebot von 1793, das die fremden Unterdrücker zu Paaren trieb, die Buren in Südwestafrika, die den englischen Berufssoldaten so großen Widerstand entgegensetzten, sind hier Muster und Vorbild.

So, Genossen, heißt es in dem Kommentar von Kautsky und Schönlank zum Erfurter Programm. Dort heißt es ferner in dem dann folgenden Abschnitt „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere" nach einer Kritik des Systems der stehenden Heere wörtlich:

An die Stelle dieser verderblichen Einrichtung, welche das Volk zugrunde richtet, sei die Volkswehr gesetzt. Der Waffenfähige, so geschult, wie wir oben gezeigt, muß für die gemeine Sache kämpfend eintreten. Eine Wehrverfassung regelt die Heranziehung der einzelnen zum Waffendienst. In Friedenszeiten werden die Wehrfähigen zu kurzen Uebungen eingezogen und sorgsam im Dienst unterwiesen. Für den Krieg aber werden sie auf Grund eines vorbereiteten Planes in bestimmte Gefüge eingegliedert. Jeder taugliche Bürger sei Wehrmann. Die Waffen mögen über seinem Herde hängen. Die Volksbewaffnung ist eine vollendete Tatsache, die lange Dienstzeit, die unerträglichen Ausgabenlasten fallen fort, die Trennung von Bürgern und Heer hört auf, das Volksheer ist geschaffen. Die Schweizer Heeresverfassung, die auf diesen Grundsätzen beruht, offenbart, was eine Volkswehr auf großer Stufenleiter zu leisten vermag.

Parteigenossinnen und Genossen! Diese positive Stellung, die hier in den Erläuterungen zum Erfurter Programm ausgesprochen ist, war vor dem Kriege Allgemeingut der ganzen Sozialdemokratischen Partei. Der Streit im Kriege, der zur Spaltung der Partei geführt hat, betraf nicht die Stellung zum Kriege überhaupt, trotzdem bei Ausbruch des Krieges auch darüber Meinungsverschiedenheiten auftraten. Der Streit, der schließlich zur Spaltung führte, ging darum, ob der Krieg deutscherseits als Eroberungskrieg geführt werde und ob deshalb Kriegskredite zu bewilligen seien oder nicht.

In den Jahrzehnten vor dem Kriege wurde der Sozialdemokratie wegen ihrer Ablehnung des Heeressystems der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht, genau wie vorher den Vertretern des Liberalismus. Aber, Genossen, in dieser selben Zeit, in der die Sozialdemokratie stark wurde, in der sie jahrzehntelang den energischsten Kampf führte gegen das überkommene System des stehenden Heeres, in dieser selben Zeit hatte der Liberalismus allmählich seinen Frieden gemacht mit dem System des stehenden Heeres, das er einst so bitter bekämpft hatte. Die führende Schicht des Liberalismus, die Großbourgeoisie als Vertreterin des Kapitalismus war neben dem Junkertum, neben den Großgrundbesitzern zur Herrschaft im Staate gelangt, wenn auch nicht zur Mitregierung.

„Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", so hatte Friedrich Wilhelm IV. noch 1848 an seinen Freund Bunsen geschrieben, und in diesem Geiste hatte Bismarck in den 60er Jahren die Armeereform unter Wilhelm I. durchgeführt. Aber die wirtschaftliche Entwicklung hatte in wenigen Jahrzehnten die Liberalen aus Objekten der Militärpolitik zu ihren Subjekten gemacht, zu Mitherrschenden im Staate. Das gegen die Demokraten und Liberalen geschaffene Heer wurde zur Stütze ihrer Bourgeoisieherrschaft, zur Ultima ratio der inzwischen ins Leben getretenen kapitalistischen Klassenherrschaft. Woraus man, Parteigenossen, auch für die Gegenwart die Lehren ziehen mag: Einmal, daß das stärkste Heer ohnmächtig ist gegen eine Klasse, die Vollstreckerin der ökonomischen Entwicklung ist, weiter, daß das Heer dem folgt und gehorcht, der die Macht im Staate hat und ausübt, und schließlich, daß dem, dem die Macht entgleitet, letzten Endes auch das Heer entgleitet.

Aber, Genossen, die ökonomische Entwicklung hat mit dem Kapitalismus nicht ihren Abschluß gefunden. Sie schreitet fort zum Sozialismus. Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Uebergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch, sozial. Die Geschichte stellt sich eben nicht dar als eine Aufeinanderfolge fertiger Epochen, sondern als ein Entwicklungsprozeß, in dem eine neue Epoche sich in und aus der alten allmählich entwickelt und mehr oder minder friedlich oder gewaltsam durchringt, je nachdem die Widerstände stark sind, die ihr entgegengestellt werden. Man kann nicht sagen: gestern Feudalismus, heute Kapitalismus, morgen Sozialismus! Im Feudalismus hat sich der Kapitalismus bereits entwickelt und im Kapitalismus entwickelt sich jetzt der Sozialismus. Die kapitalistische Gegenwart ist wirtschaftlich und politisch bereits in hohem Grade durchsetzt mit sozialistischen Elementen, die in ständigem Wachstum begriffen sind und den Kapitalismus allmählich zurückdrängen, bis einmal die Quantität umschlägt in die Qualität, wie der bekannte Ausdruck von Marx lautet.

Und wie in der Zeit des Uebergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, so wandelt sich auch jetzt die Struktur von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft und damit die Funktion ihrer Organe, zu denen vor allem auch das Heer gehört. Formulierungen aus der Vorkriegszeit, gerichtet gegen den damaligen halbabsolutistischen Obrigkeits- und Militärstaat sind heute in der demokratischen Republik zu einem großen Teile veraltet und überholt.

Wir haben im Obrigkeitsstaat die Regierung bezeichnet als Geschäftsführerin der herrschenden kapitalistischen Klasse. Sie wurde damals von oben her, vom Kaiser eingesetzt ohne Rücksicht auf den Reichstag und auf das Volk. Heute, in der demokratischen Republik, geht die Staatsgewalt von unten, vom Volk aus, wird die Regierung vom Reichstag bestimmt, den von allen 20jährigen Männern und Frauen gewählten Vertretern des Volkes. Deshalb kann heute verhindert werden, daß die Regierung einseitig die Interessen nur der kapitalistischen Klassen wahrnimmt wie in der Vorkriegszeit. Je stärker der Einfluß der Besitzlosen, der Proletarier auf Parlament und Regierung, desto mehr finden dort auch ihre Interessen Berücksichtigung.

Vor dem Kriege schien das eine Utopie, denn wir waren ja ausgeschlossen von jeder Mitwirkung in der Verwaltung, in der Exekutive. Der preußische Militärstaat vor allem versperrte uns den Weg dorthin. August Bebel sagte einmal: Diesen preußischen Militärstaat zu überwinden, sei die schwerste Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie.

Genossen und Genossinnen! Heute besteht dieses Problem nicht mehr in der alten Form. Der preußische Militärstaat hat sich im Weltkrieg selber umgebracht. Heute hat in Preußen die Sozialdemokratie die Führung der Regierung. Einst bezeichnete der Junkerpräsident v. Kröcher im preußischen Dreiklassenparlament die Sozialdemokratie als Objekt der Gesetzgebung. Heute ist sie Subjekt nicht nur der Gesetzgebung, sondern auch der Exekutive, der Regierungsgewalt. Einst der Hort der Reaktion in Deutschland, ist Preußen jetzt der Hort der demokratischen Republik. So wandeln sich die Zeiten.

Und wie im Reich und in Preußen, so haben wir auch in den übrigen deutschen Einzelstaaten durch das freieste Wahlrecht der Welt, das wir Sozialdemokraten 1918 dekretiert haben, die denkbar größten Chancen, unsern Einfluß zur Geltung zu bringen, den kapitalistischen Einfluß zurückzudrängen. Auch heute noch gilt deshalb das Wort Jakob Audorfs vom Unverstand der Massen: Ist erst *dies* Bollwerk überstiegen, wer will uns *dann* noch widerstehn? Die Mehrheit der Volksmassen für uns, für den Sozialismus zu gewinnen, das bleibt nach wie vor unsre Hauptaufgabe.

Wie aber das Beispiel Rußlands zeigt, bedeutet der Besitz der politischen Macht noch nicht den Sozialismus, auch noch nicht die Möglichkeit, ihn einzuführen. Vorbedingung für ihn ist vor allem die ökonomische Reife der Produktion, die in Rußland fehlt, bei uns aber zum größten Teil vorhanden ist. Die innere Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus hat die Produktion bei uns reif gemacht für den Sozialismus und die allmählich um sich greifende Wirtschaftsdemokratie im kapitalistischen Großbetrieb dämmt die Alleinherrschaft des Kapitalismus in der Wirtschaft immer mehr ein. Die Gewerkschaften und Genossenschaften erstarken. So gehen bei uns wirtschaftliche und politische Tendenzen parallel, dem Kapitalismus die Beherrschung der Wirtschaft und des Staates zu entwinden und die Bahn frei zu machen für den Sozialismus. Wir in Deutschland kommen deshalb durch die Förderung dieser organischen Entwicklung auf demokratischer Grundlage schneller und sicherer zum Ziele des Sozialismus als die Kommunisten drüben in Rußland mit Gewalt- und Terrorregiment. Wir sehen in der Gewalt nicht die Schöpferin, sondern nach einem Wort von Marx nur die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaftsordnung, und wir werden deshalb die Gewalt nur anwenden zur Abwehr von Gewalt, gegen eine Gewalt, die die demokratische Entwicklung hemmen, die das Rad der Geschichte rückwärtsdrehen will.

Mit solchen Möglichkeiten rechnen wir durchaus und stellen uns darauf ein. Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist der Beweis dafür. Normalerweise aber werden wir ununterbrochen, Schritt für Schritt Wirtschaft, Staat und Gesellschaft weiter mit unserm sozialistischen Wollen, mit unserm Geist durchsetzen und durchdringen und sie und nicht zuletzt auch uns selber immer mehr reif und fähig machen für den Sozialismus. Wir sehen deshalb auch Staat und Gesellschaft an mit den Augen des Erben, mit den Augen des Nachfolgers, mit den Augen dessen, der sie einst besitzen wird. Darum geht unser Streben nicht dahin, wie es bei den Kommunisten der Fall ist, sie in Trümmer zu schlagen, sie in Zorn und Wut zu zerstören, sondern wir wollen sie umgestalten, wollen sie ausbauen im sozialistischen Sinne und wie sie selbst, so auch ihre Organe, zu denen vor allem auch das Heer gehört.

Militär, Justiz und Polizei sind von alters her die Hauptsäulen der staatlichen Macht. In der Vorkriegszeit befand sich die Sozialdemokratie mit der Polizei im täglichen Guerillakrieg, nicht etwa weil wir Sozialdemokraten, wie es heute die Kommunisten tun, den Glauben hegen, daß es eine revolutionäre Aktion sei, Schlägereien mit der Polizei zu inszenieren. Ach nein, die Aktivität ging dabei von der Gegenseite aus. Auf Schritt und Tritt hemmte damals die Polizei unsre wirtschaftliche und politische Betätigung. Polizei und Sozialdemokraten waren damals Todfeinde. Dieses feindliche Verhältnis hat sich jetzt gewandelt, hat sich gewandelt mit der Struktur des Staates. Der Obrigkeitsstaat hetzte die Polizei gegen die Arbeiter. Im demokratischen Staat hat die Polizei im Arbeiter den Staatsbürger zu respektieren. Gleichzeitig behandelt der demokratische Staat auch den Polizeibeamten als Staatsbürger. Er ist heute nicht mehr der meinungslose Büttel, wie er es in der Vorkriegszeit gewesen ist. In der Polizeibeamtenschaft herrscht heute nicht mehr der Geist blinder Feindseligkeit gegen die Arbeiterklasse. Heute sind vielfach die Polizeipräsidenten und auch die Polizeiminister Sozialdemokraten, sind Parteigenossen. Die Polizei ist nicht mehr in dem frühern absoluten Sinne ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft, wie wir damals sagten. Es fällt heute keinem Parteigenossen ein, mit einer solchen Begründung aus der Vorkriegszeit die Mittel für den Polizeietat abzulehnen, oder gar die Abschaffung, die Beseitigung der Polizei zu fordern. Wir fordern überall ihre weitere Demokratisierung und Republikanisierung und nehmen uns der wirtschaftlichen und menschlichen Interessen der Polizeibeamten an.

Schlimmer als mit der Polizei steht es noch mit der Justiz. Die Unabsetzbarkeit der Richter, einst ein Mittel zur Sicherung der Unabhängigkeit der Richter vor Fürsten- und Verwaltungswillkür, ist zu einem Bollwerk der Reaktion geworden. Dieselben reaktionären Richter, die 1918 feig ins Mauseloch gekrochen waren, haben, als sie die direkte Lebensgefahr vorüber glaubten, jahrelang eine unerhörte Klassen- und Rachejustiz gegen alle linksstehenden Elemente getrieben. Erst in der allerletzten Zeit zeigt sich eine allmähliche Abkehr von der Reaktion in der Justiz. Aber aus dieser reaktionären Haltung der Justiz hat noch kein Parteigenosse die Schlußfolgerung gezogen, nun den Justizetat dauernd abzulehnen oder gar Justiz- und Gefängniswesen gänzlich abzuschaffen und zu beseitigen. So schwer auch die Aufgabe erscheint, so ist doch die Umstellung der Justiz auf die demokratische Republik die für uns gegebene Aufgabe.

Und nun, Parteigenossen, warum soll die Wandlung, die sich bei Polizei und Justiz vollzieht, beim Heer absolut unmöglich sein? Warum soll sie da absolut ausgeschlossen sein? Gewiß vollzieht sie sich hier langsamer, weniger intensiv. Gewiß sind hier die Widerstände der Reaktion noch viel stärker. Aber, Genossen, bedenken Sie nur, die Entwicklung der Waffentechnik wandelt bereits die ganze Geistesverfassung des heutigen Soldaten. Mit blind auf den Mann gedrillten Mordgesellen kann man heute keinen Krieg mehr führen. Allgemeines, vor allem auch technisches Wissen, geistige Selbständigkeit und Anpassungsfähigkeit sind heute für den Soldaten notwendige Erfordernisse, der allgemeine Bildungsstand muß bei ihm auf einem höhern Niveau stehen. Damit aber beginnen die Gewehre zu denken, der Mißbrauch der Soldaten gegen das eigne Volk ist erschwert, der Soldat taugt nicht mehr in dem frühern Maße zum blinden Werkzeug der Reaktion. Je mehr wir uns seiner menschlichen und seiner beruflichen Interessen annehmen, desto mehr wandelt sich auch das Verhältnis des Soldaten zu uns und zum Volke. Gewiß ist dieser Prozeß ein außerordentlich langwieriger. Aber wir dürfen nicht erlahmen, ihn zu fördern. Der schroffe Gegensatz des Heeres zum Zivil schleift sich immer mehr ab, je stärker unser Einfluß im Staat und auf die Staatsgewalt wird. Wir handelten geradezu töricht, wir handelten gegen die Klasseninteressen des Proletariats, die zu vertreten unsre Aufgabe ist, wollten wir aus falsch verstandenem revolutionärem Gefühl heraus einen künstlichen Gegensatz zwischen uns und dem Heere schaffen. Die Reaktion wünscht das und tut, was sie kann, um diesen Gegensatz nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern um ihn noch zu verschärfen. Die Reaktion würde geradezu triumphieren, wenn wir selbst ihr dabei helfen würden. Ich bin überzeugt, der Parteitag wird das durch seine Stellungnahme nicht tun. Wir sind ja schließlich doch Marxisten.

Als Marxisten wissen wir, daß man nicht Teilerscheinungen der kapitalistischen Klassenherrschaft isoliert beseitigen, sondern sie nur im Kampfe zugleich mit dem ganzen kapitalistischen System zum Verschwinden bringen kann. Das unterscheidet ja uns Sozialdemokraten von den bürgerlichen Weltverbesserern, die sich oftmals auf eine fixe Idee verbeißen und sich vermessen — hier bitte ich Goethe um Verzeihung —, der Menschheit ganzes Weh und Ach so tausendfach aus einem Punkte zu kurieren. Da sind die Bodenreformer, die Sozialreformer, die Geldtheoretiker, die Frauenrechtler, die Kriegsdienstverweigerer, die Nurpazifisten, die alle Teilerscheinungen der kapitalistischen Klassenherrschaft isoliert bekämpfen wollen. Hin und wieder schlägt einmal von der einen oder andern dieser Sonderbewegungen eine Welle herüber in unsre große Allgemeinbewegung gegen das ganze kapitalistische System. Gegenwärtig — das zeigen verschiedene Anträge — sind von den Kriegsdienstverweigerern und den Nurpazifisten einige Schwupper in unser Lager herübergeschlagen. Das ist durchaus verständlich. Denn die Greuel des Weltkriegs und seine Folgen haben naturgemäß einen allgemeinen Abscheu gegen den Krieg hervorgerufen, der den Friedensgesellschaften und ähnlichen Organisationen einen starken Auftrieb gegeben hat.

Aber diese Friedensgesellschaften, so gut ihre Bestrebungen gemeint sind, und so wenig wir Ursache haben, sie zu bekämpfen, wenden sich doch nur gegen die Erscheinungen, die unmittelbar die Kriege auslösen, nicht aber gegen ihre tiefere Ursache, die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wer wirklich radikal, von der Wurzel her, für den Frieden und gegen den Krieg kämpfen will, der muß in den Reihen der Sozialdemokratie auf breiter Front mitkämpfen gegen den Kapitalismus in seiner Totalität, gegen alle seine Erscheinungs- und Herrschaftsformen und -äußerungen. Wer als Sozialdemokrat glaubt, er könnte allein, isoliert gegen das Heer kämpfen, allein und isoliert den Heeresetat ablehnen, allein und isoliert die Abschaffung des Heeres fordern, der handelt m. E. inkonsequent, der bleibt auf halbem Wege stehen, der macht einen teilweisen Rückfall in eine überwundene Entwicklungsphase der deutschen Sozialdemokratie. Wer so eingestellt ist, der sollte nicht nur den Militäretat, der sollte den ganzen Reichsetat ablehnen, der sollte zurückkehren zur grundsätzlichen Budgetablehnung der Vorkriegszeit, zum Beschluß des Magdeburger Parteitags von 1910.

Ein solcher Genosse müßte allerdings die Augen verschließen gegen alles, was sich seitdem geändert hat. Er müßte Republik und Demokratie leugnen, er müßte das Heidelberger Programm, er müßte die Brüsseler Beschlüsse der Internationale und er müßte die ständige politische Praxis der Partei seit der Wiedervereinigung einfach ignorieren. Die Brüsseler Abrüstungsresolution fordert von keinem Lande die sofortige Abschaffung des Heeres oder die Ablehnung des Heeresetats, sie läßt jedem Land die Freiheit in der Wahl des Heekessystems. Das Heidelberger Programm setzt eine Wehrmacht als selbstverständlich voraus und fordert ihre Umgestaltung zu einem zuverlässigen Organ der Republik. Im Reichstag hat die Partei, auch als sie in der Opposition war, wiederholt mit dem Gesamtetat den Militäretat bewilligt. Unser Redner zum Militäretat im letzten Jahre des Bürgerblocks, unser Berliner Freund und Kollege Genosse Franz Künstler, sagte am 14. März 1928, also als wir in der Opposition waren, als Redner der Partei im Reichstag:

> Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr, unser Kampf geht um die Reichswehr, damit sie ein zuverlässiges Instrument der Republik werde. In diesem Kampf werden wir nicht erlahmen, bis das gesteckte Ziel erreicht ist.

Also, Genossinnen und Genossen: Brüssel, Heidelberg, die Reichstagspraxis, das alles müßte rückwärts revidiert werden, wollte man den Genossen folgen, die jetzt plötzlich den Heeresetat ablehnen wollen.

Und welche Begründung geben sie ihrem Verlangen? Nun, im Grunde galvanisieren sie die von der Gesamtpartei stets abgelehnte besondere antimilitaristische Propaganda Karl Liebknechts aus der Vorkriegszeit. Sie reden und formulieren in abstrakten und absoluten Begriffen, die nun einmal in der praktischen Politik unanwendbar sind. Sehen Sie sich darauf nur einmal den Antrag Nr. 40, den Entwurf aus Plauen an! Er beginnt mit dem Satz: „In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus!" Das ist außerordentlich klangvoll; aber dieser pompöse Satz enthält doch letzten Endes nur die Binsenwahrheit, daß jedes Ding den Stempel seiner Zeit trägt. Praktisch läßt sich mit einer solch allgemeinen Formulierung nichts anfangen, nicht mehr, als wenn jemand auf die Frage, welches Wetter das letzte Jahr gehabt hat, antwortete: „Im Winter war es kalt und im Sommer war es warm." Das sind Allgemeinheiten und Plattheiten, die selbstverständlich sind, die aber keinen Fingerzeig für das praktische Handeln geben. (Widerspruch und Zurufe.)

Es wird in dem Plauener Entwurf ferner geredet von dem „Sturz der Bourgeoisie", von der „Uebernahme der Staatsmacht", von der „Beseitigung der Wehrmacht". Als wenn es sich um einmalige Akte handelte und nicht um

Resultate komplizierter Entwicklungsprozesse. Die Freude am Absoluten, am Elementaren und Primitiven ist hier ganz unverkennbar. So konnte man vielleicht vor 50 Jahren formulieren, als die Partei das Sektenstadium noch nicht überwunden hatte. Die Vertreter solcher Anträge sehen die Dinge eben leider nicht veränderlich, im Flusse der Entwicklung, sondern als starre Kategorien in strenger zeitlicher Aufeinanderfolge; sie bleiben stecken im Elementaren und Primitiven, als wenn die Partei sich noch im Stadium der Sekte oder der bloßen Propagandaorganisation befände. Lassen Sie mich einmal aussprechen: In unsern ausgetretenen Kinderschuhen herumzulaufen, dieses Vergnügen eigner Art sollten wir neidlos den Affen des Sozialismus überlassen, den Kommunisten! (Sehr richtig!) Im heutigen Stadium der direkten, praktischen Durchsetzung unsrer Forderungen wirken solche Formulierungen als Atavismus, als Rückfall in längst überwundene Zeiten. Jetzt mutet man der Partei plötzlich in der Wehrfrage einen Radikalismus zu, den sie selbst in ihrer Sektenzeit nicht akzeptiert haben würde. Dabei war diese Sektenzeit zugleich die Zeit dreier Kriege, deren Greuel auf die damalige Generation nicht minder abschreckend gewirkt haben als die Greuel des Weltkriegs auf die heutige Generation.

Gerade Marx und Engels, auf die man sich so gern beruft, waren durchaus keine Nur-Pazifisten. Sie sahen in den Kriegen der damaligen Zeit Hebel des Fortschritts zur Durchsetzung der notwendigen Bildung kapitalistischer Nationalstaaten. Nüchtern und klar erkannten Marx und Engels, daß trotz aller frommen Wünsche nach Frieden mit dem Fortbestehen von Klassengegensätzen im Innern und nationalen Gegensätzen nach außen die Möglichkeit neuer Kriege verbunden ist. Aber Marx und Engels waren deshalb doch keine Kriegsfatalisten, die Kriege für unvermeidbar hielten. Im Gegenteil, sie forderten die Austragung internationaler Konflikte vor einem internationalen Forum. Wie private Streitigkeiten vor einem Gericht ausgetragen werden, wie das Faustrecht zwischen Individuen beseitigt worden ist, so forderten Marx und Engels auch die Beseitigung des Faustrechts, des Krieges, zwischen den Völkern. Marx hat schon in der Inauguraladresse der Internationale vom November 1864 gefordert,

> daß die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen einzelner regeln, auch die obersten Gesetze im Verkehr der Nationen sein sollten.

Wenn dieser Idealzustand zwischen den Völkern erreicht ist, dann ist jede Selbstschutzmaßnahme der Völker, jede Wehrorganisation, jedes Heer überflüssig geworden.

Die Bekämpfung des Wettrüstens, die Forderung nach der Totalabrüstung hat dieses ideale Ziel im Auge; deshalb muß parallel mit der Abrüstungsforderung die Forderung nach internationalen Schiedseinrichtungen gehen, damit der aufgegebene Selbstschutz ausgeglichen wird durch den Schutz dieser internationalen Institutionen. Ferner bedarf es internationaler Abrüstungsvereinbarungen. Sie bestehen leider noch nicht, und daher ist die Forderung der sofortigen Abschaffung jeglicher Wehrmacht leider noch eine Utopie.

Es hat in der sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes sicher keinen grimmigern Hasser des Militarismus gegeben als unsern August Bebel. Aber Bebel hat trotzdem sowohl den Antimilitarismus Karl Liebknechts wie den Antimilitarismus Gustave Hervés auf das entschiedenste bekämpft. Bebel sagt in dem Fraktionsbericht zu den Februarwahlen 1890, also noch unter dem Sozialistengesetz, von dessen Schrecken für die Partei Ihnen der Senior der Partei, Genosse Wilhelm Bock, gestern berichtet hat:

> Es wird also, solange die Völker Europas durch Klassenherrschaft unterdrückt und im Interesse der Klassenherrschaft auch in nationalen Gegensätzen erhalten werden, eine militärische Organisation eine Notwendigkeit sein.

Auf dem Stuttgarter internationalen Kongreß von 1907 sagte Bebel gegen Hervé:

Wenn auch wir als Sozialdemokraten militärische Rüstungen nicht gänzlich entbehren können, solange die Verhältnisse der einzelnen Staaten zueinander sich nicht von Grund auf geändert haben, so nur im Sinne der reinen Verteidigung und auf breitester demokratischer Grundlage, die einen Mißbrauch der militärischen Kräfte verhindert.

Aus diesem Bebelschen Geiste heraus hat auch die Wehrkommission in dem Ihnen vorgelegten Entwurf den Satz geprägt:

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Es heißt doch das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man, wie es in der Debatte über die Wehrfrage geschehen ist, aus Angst davor, daß ein imperialistischer Krieg als Verteidigungskrieg getarnt werden könnte, den Begriff der Verteidigung, den Begriff der Abwehr überhaupt leugnen will. Will man bestreiten, daß im Weltkrieg Belgien einen Verteidigungskrieg geführt hat? Will man leugnen, daß Georgien sich in derselben Lage befunden hat? Auch im Zeitalter des Imperialismus gibt es noch Verteidigungskriege, auch vom proletarischen Standpunkte aus gesehen. Was hätte es sonst für einen Sinn, vom Völkerbund ein Einschreiten gegen Friedensbrecher zu fordern, wenn niemand weiß, wer den Frieden gebrochen hat, wer Angreifer, wer Angegriffener ist?

Heute, wo jeder Staat erst den Völkerbund anrufen muß, bevor er zum Kriege schreitet, kann man sehr wohl den Angreifer feststellen. Insofern sind wir weiter, als wir im Jahre 1914 waren. Der Satz in den Brüsseler Beschlüssen, den die Kommission in ihren Entwurf übernommen hat, daß wir alle, auch revolutionäre Mittel gegen die Regierung anwenden wollen, wenn sie ohne Anruf eines Schiedsgerichts zum Kriege schreitet, hätte jeden Sinn verloren, wenn man nicht zwischen Angriff und Verteidigung unterscheiden will und kann. Wer diese Unterscheidung ablehnt, muß auch diesen Satz ablehnen. Aber die sich radikal dünkenden Kritiker unsers Entwurfs haben ihn ebenfalls übernommen; da ist wohl die Vernunft einmal mit ihnen durchgegangen.

Die Genossen mögen doch einmal unsre österreichischen Genossen fragen, ob sie sich als desinteressiert ansehen würden, wenn Horthy-Ungarn einmal das Burgenland angreifen würde oder Mussolini das Land Tirol. Unsre österreichischen Genossen — das hat der Genosse Ellenbogen ja auch am Sonntag gesagt — würden sich bis zum letzten Mann zur Verteidigung verpflichtet fühlen. Es gibt also auch noch Verteidigungskriege vom proletarischen Standpunkt aus im kapitalistischen Staat. Auch für Proletarier ist es nicht gleichgültig, ob sie unter dem reaktionären Horthy-Regiment, unter dem faschistischen Regiment Mussolinis oder unter der österreichischen Bundesverfassung leben, an der die österreichische Sozialdemokratie den größten Anteil hat. Erinnern Sie sich daran, daß uns der Genosse Ellenbogen am Sonntag sagte, 90 Prozent, wenn nicht 99 Prozent der Oesterreicher seien für den Anschluß des kleinen Oesterreichs an Deutschland. Der ganze Parteitag hat das mit lebhaftem Beifall aufgenommen; denn wir alle sind ja für den Anschluß. Aber würden nicht von dem Augenblick des Anschlusses an Horthy-Ungarn und Mussolinien unsre unmittelbaren Grenznachbarn, und würde nicht die Sorge unsrer österreichischen Genossen vor einem Angriff dieser reaktionären Staaten *unsre* Sorge direkt und unmittelbar werden? Kein Zweifel: das österreichische Verteidigungsproblem wäre zum deutschen Problem geworden, und niemand von uns könnte dann sagen: heute ist jeder Krieg ein imperialistischer Krieg; Verteidigung hin, Verteidigung her, wir rühren keine Hand; ob Mussolini in Tirol einfällt oder Horthy in das Burgenland, geht uns nichts an. Und Genossen,

wird dem Frieden der Welt damit gedient, wenn in den Staaten, in denen das Proletariat Einfluß hat, alle Rüstungen beseitigt werden, während ringsherum die reaktionären Staaten bis an die Zähne bewaffnet bleiben? Lesen Sie einmal bei Marx und Engels, wie sehr beide eine solche Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse zugunsten der Reaktion als gegen die Interessen des Proletariats gerichtet angesehen haben! Das Abrüsten muß ein gegenseitiges, möglichst allseitiges sein; sonst dient es unter Umständen mehr dem Kriege als dem Frieden.

Es ist gesagt worden, es sei ein Widerspruch, sich für die Totalabrüstung zu erklären und zugleich die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer Wehrmacht zu betonen. Ich sehe darin keinen Widerspruch. Die Totalabrüstung ist ein Zukunftsziel für die Zeit der Befriedung der Welt. Auch die Abrüstung ist eben ein Entwicklungsprozeß, der noch nicht zum Abschluß gekommen ist. Da die Umwelt noch nicht abrüstet, kann es auch Deutschland leider noch nicht völlig tun.

Die Wehrkommission konnte ihrem Entwurf vier Gutachten zugrunde legen, Gutachten von Kautsky und Bernstein, Otto Bauer und Julius Deutsch. Das sind Namen von bestem Klang, von größtem internationalem Ruf. Ich danke an dieser Stelle den vier Genossen für die vorzügliche Arbeit, die sie für die deutsche Partei geleistet haben. Alle vier Gutachter waren einhellig der Meinung, daß eine Totalabrüstung Deutschlands heute leider noch nicht möglich sei. Nun habe ich in einem der Gegenentwürfe gelesen, daß man in der „werdenden sozialistischen Gesellschaft" eine Wehrmacht haben wolle. Ich habe, glaube ich, vorhin nachgewiesen, daß heute schon im Kapitalismus die sozialistische Gesellschaft im Werden ist. In der Tat ist heute bereits an sozialistischen Elementen etwas zu verteidigen für das Proletariat in Deutschland. Ich habe weiter gelesen, daß man Rußland das Recht auf eine Wehrmacht gegenwärtig bereits zugestehen will, da dort ein sozialistisches Gemeinwesen zu verteidigen sei. Ich erlaube mir, hinter die letztere Behauptung ein großes Fragezeichen zu machen. (Sehr richtig!) Aber wir in Deutschland haben heute bereits *zehnmal mehr* an sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen als die russischen Proletarier in ihrem Lande. (Zustimmung.) Nicht auf die Form des Staates, auf den Inhalt kommt es an. Unsre Errungenschaften auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet sind aber mit dem gegenwärtigen Staat, in dem die kapitalistische Wirtschaftsweise noch vorherrscht, unlösbar verbunden, sie stehen und fallen mit ihm. Geraten wir unter die politische Zwangsherrschaft einer fremden Bourgeoisie, die in ihrem Lande unsre Sozialpolitik nicht kennt, die unsre politischen Rechte ihrem Proletariat nicht gewährt, die das Koalitionsrecht mißachtet, glaubt jemand, daß wir dann besser fahren werden? Wenn man das nicht glaubt — und ich nehme an, niemand in diesem Saale wird es glauben —, dann soll man auch nicht so tun, als hätten wir nicht schon heute in Deutschland etwas zu verlieren und zu verteidigen.

Nun fragt man: gegen *wen* brauchen wir denn ein Heer, *wer* bedroht uns denn? Gleichzeitig malt man tagtäglich neue Kriegsgefahren an die Wand, weist unausgesetzt auf die Rüstungen Frankreichs, Englands und Amerikas hin und fragt: wozu das alles, wenn man nicht zu einem neuen Kriege bereit und willens ist? Unser Kommissionsentwurf tut auch nichts andres, wenn er sagt:

Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen.

Wir wollen damit lediglich die Umwelt kennzeichnen, in der wir heute noch leben. Gerade, wer stets darauf verweist, daß Einzelkriege kaum noch möglich seien, daß nur noch Koalitionskriege denkbar seien, kann doch nicht fragen, gegen wen wir noch ein Heer aufrechterhalten wollen, kann auch nicht sagen: da wir gegen die großen Militärmächte infolge der Versailler Rüstungsbeschränkungen doch ohnmächtig seien, könne man auch ruhig das kleine 100 000-Mann-

Heer beseitigen. Zeigt nicht das Beispiel Belgiens, daß es auf die Umstände und auf die Situation ankommt? Belgien hat durch den 14tägigen Widerstand seines kleinen Heeres im Jahre 1914 Frankreich vor dem Ueberrennen gerettet, hat den schnellen deutschen Ueberrumpelungs-Sieg, der in dem Schlieffenschen Kriegsplan eingeschlossen lag, verhindert und hat damit der Entente die Möglichkeit des endgültigen Sieges verschafft, sich selbst die Unabhängigkeit erhalten, die es bei einem deutschen Sieg nach den bekanntgewordenen Plänen der deutschen Militärs und Eroberungspolitiker verloren haben würde. Darum kann man nicht sagen: ein kleines Heer kann niemand nützen, man kann es ohne Rücksicht auf die Umstände und auf die Umgebung ruhig abbauen. Es gibt nichts Problematischeres, nichts, was mehr relativ wäre, nichts, was mehr von den Verhältnissen und den Umständen abhängt als gerade das Rüsten. Das gilt im positiven und im negativen Sinne. Am Beispiel des kaiserlichen Deutschlands haben wir erlebt, daß selbst das stärkste Heer keinen Endsieg garantiert, während uns Belgien gezeigt hat, daß auch ein kleines Heer unter besondern Umständen durchaus nützen kann.

Wir Sozialdemokraten haben gewiß keinerlei aggressive Absichten mit einer Wehrmacht, sei sie groß oder sei sie klein. Wir wollen auch weder mit England, Frankreich und Polen gegen Rußland kämpfen noch wollen wir mit Rußland gegen Polen oder ein andres Land kämpfen. Wir wollen lediglich ungeschoren bleiben von allen kriegerischen Verwicklungen; wir wollen verhindern können, daß andre uns gegenüber durch Ueberrumpelung fertige Tatsachen schaffen, ehe die großen Militärmächte oder der Völkerbund zu unsern Gunsten eingreifen können.

Erstarkt der Völkerbund und seine Exekutive oder ergibt sich eine andre Möglichkeit, dann sind wir Sozialdemokraten gern bereit, lieber heute als morgen auch das 100 000-Mann-Heer noch zu verringern. Jeder von uns würde lieber gar keine Wehrmacht haben, als anerkennen müssen, daß gegenwärtig ihre Abschaffung leider noch nicht möglich ist. Gibt es denn nicht noch Gewaltpolitiker, die eine völlige Waffenlosigkeit Deutschlands als Ermunterung, als Freibrief für Gewaltakte betrachten würden, Gewaltpolitiker, die nur die Angst, auf Gewalt zu stoßen, davon abhalten kann, uns evtl. anzugreifen? Wer könnte das wohl bestreiten! Haben wir das nicht auch im Innern erlebt? Haben uns nicht Gewalt und Terror der Rechtsputschisten in den Inflationsjahren physisch und politisch auf das allergefährlichste bedroht. Wodurch haben wir sie zurückgeworfen? Dadurch, daß wir ihren Gewalthaufen unsern größern Gewalthaufen, unser Reichsbanner entgegensetzten. Gewaltmenschen imponiert eben nur die Gewalt; das ist leider so. Wir erleben das ja heute auch bei den Kommunisten. In der Notwehr bedienen auch wir Sozialdemokraten uns der Gewalt, im Innern wie nach außen.

Der österreichische Genosse Max Adler — nicht zu verwechseln mit Friedrich Adler, dem Sekretär der Internationale — hat in der letzten Nummer des „Kampf" geschrieben: „Die *Beseitigung* der Wehrmacht, die in dem Entwurf der Linken verlangt wird, geschieht doch *nicht über Nacht*." Max Adler, einer der Väter dieses Entwurfs der Linken, meint, es handle sich um einen historischen Prozeß; sowenig diese Beseitigung ein Wandel von heute auf morgen sei, sowenig lasse sie das Land ohne Ersatz für die beseitigte Wehrmacht. Wenn *das* der Sinn der Forderung nach „Beseitigung" der Wehrmacht im kapitalistischen Staate ist, dann besteht allerdings kein sachlicher Gegensatz. Wozu dann überhaupt der Streit? Wozu erst den Anschein hervorrufen, als meine man etwas ganz andres als wir meinen? Wozu dann: „Beseitigung" sagen statt „Abrüstung", worauf eine allmähliche Beseitigung doch praktisch hinausläuft. Dann sind wir doch einig, und wir führen wirklich nur einen Streit um Worte. *Wir alle wollen abrüsten* und nicht aufrüsten. Da aber die Mehrheit der bürgerlichen Parteien heute noch für das

Aufrüsten ist, wird uns, wie bisher, auch in Zukunft die Rolle des Bremsers von selber zufallen. (Sehr richtig!)

Auch der Entwurf der Richtlinien, den die Kommission Ihnen unterbreitet, enthält ein unzweideutiges Bekenntnis zur Abrüstung. Die Sätze, die besagen, daß und weshalb wir heute noch nicht völlig abrüsten können, sind diktiert von dem Willen zur Abrüstung. Der Wortlaut läßt das klar erkennen, und der gesamte Zusammenhang, in dem sie stehen, schließt jeden Zweifel aus.

Bei der Erörterung der Abrüstungsfrage ist vielfach auf das „**Potentiel de guerre**", die allgemeine Fähigkeit zur Kriegführung, hingewiesen worden, die in der industriellen und technischen Produktionsgestaltung eines Landes liegt. Der französische Genosse Paul-Boncour meint, Deutschlands Kriegspotential sei so groß, daß Deutschland trotz der ihm auferlegten Reduzierung seines Heeres auf 100 000 Mann Frankreich als vollwertiger militärischer Gegner gegenüberstehe; denn die 100 000 Mann seien qualifizierte Berufssoldaten, bildeten ein Kaderheer für den Kriegsfall, das leicht aufzufüllen sei. Dem ist von deutscher Seite entgegengehalten worden, daß Frankreichs Kriegspotential nicht geringer sei als das deutsche, daß Frankreich ein siebenmal so starkes Friedensheer habe als Deutschland, dazu alle modernen Kampfmittel, die Deutschland verboten seien. Wer da recht hat, weiß ich nicht; doch scheint mir, daß mit dem Kriegspotential jongliert wird, um die Abrüstung überhaupt zu sabotieren; denn bei der Abrüstung handelt es sich zunächst vor allem darum, *die unmittelbare, permanente Kriegsbereitschaft zu reduzieren*. So groß auch die Umwälzungen der Kriegstechnik sein mögen, noch heute gilt der Satz, der vor dem Weltkriege galt: der unter den Waffen stehende Soldat und das schußfertige Gewehr bedrohen den Frieden direkter und unmittelbarer als der Reservist, der eingezogen und das Gewehr, das angefertigt werden *kann*. Herabsetzung der Bereitschaftsheere und des Bestandes an fertigem Kriegsmaterial bleibt deshalb die dringendste Abrüstungsforderung.

Da die Luftflotte heute die gefährlichste Angriffswaffe ist, müssen auch internationale Vereinbarungen über ihre Reduzierung gefordert werden. Eine internationale Kontrolle aller industriellen Betriebe zur Verhinderung verbotswidriger Kriegsproduktion in allen Ländern wird hinzutreten müssen. Ist das erreicht, so sind wir bedeutend vorwärtsgekommen, trotz des Kriegspotentials, dessen Realisierung im Ernstfalle m. E. sehr problematisch ist, problematischer als im Weltkrieg. Als im Weltkrieg die Fronten im Herbst 1914 zum Stellungskrieg erstarrt waren und das Flugzeug an Zahl und Leistungsfähigkeit noch gering war, konnte hinter den Fronten in der Heimat das Kriegspotential ohne Störung entwickelt werden, konnte die ganze Volkskraft für Rüstungen mobilisiert werden. Aber wird das heute wirklich praktisch noch möglich sein, wenn Dutzende oder gar Hunderte feindlicher Flieger ihre Bomben auf die Rüstungsbetriebe niederhageln lassen? Wird man dann die Arbeiter und die Arbeiterinnen überhaupt noch in den Betrieben halten können? Ist nicht die ganze Kriegsproduktion durch die permanente Fliegergefahr, die keine Abwehr ganz beseitigen kann, in Frage gestellt? Wird nicht eine allgemeine Panik die Menschen aus den Industriezentren und Großstädten hinaus auf das Land treiben? Wird nicht die ganze Bevölkerung das Einstellen des gegenseitigen sinnlosen Mordens aus der Luft fordern und sich weigern, das Kriegspotential zu entfalten? Jedenfalls ist das Kriegspotential für den Ernstfall ein großes Fragezeichen.

Das Kriegspotential wird heute als funkelnagelneue Entdeckung behandelt. Dabei ist die Abhängigkeit der Kriegführung von der Wirtschaft sowohl in der Kriegswissenschaft wie in der Politik seit langem bekannt. Friedrich Engels sagt in seinem „Anti-Dühring":

„Nichts ist abhängiger von den ökonomischen Vorbedingungen als Armee und Flotte. Bewaffnung, Zusammensetzung, Organisation, Taktik und Strategie hängen vor allem ab von der jedesmaligen Produktionsstufe und den Kommunikationen."

Es ist deshalb eine Binsenwahrheit, daß im Zeitalter des industriellen Hochkapitalismus der Krieg wesentlich ein Maschinenkrieg geworden ist. Letzten Endes kann die ganze industrielle Produktion Kriegszwecken dienstbar gemacht werden. Deshalb ist es in der Praxis auch schwer, die Grenze der industriellen Abrüstung überhaupt festzusetzen. Jeder Motor, der im Produktionsprozeß verwendet wird, kann auch Kriegszwecken dienen. Alle Möglichkeiten der Kriegsverwendung von Motoren ausschalten zu wollen, hieße deshalb, die ganze Industrie lahmzulegen und abzubauen.

So ist es auch in der Chemie mit den Gasen.

Es gibt eben keine absolute industrielle Abrüstung. Deshalb haben wir auch den Hauptnachdruck auf die direkte militärische Abrüstung zu legen, die absolut und vollständig sein kann. Das Abrichten von Menschen für den Völkermord und die Herstellung von Mordmaschinen und Mordwerkzeugen aller Art zum gänzlichen Verschwinden zu bringen, ist möglich. Und es ist notwendig. Es ist unser Ziel im Kampf gegen den Krieg.

Im Bereitschaftsheer lebt der Wille zum Krieg, es ist die Verkörperung des Willens zum Krieg. Je stärker der Kriegswille, desto größer auch die Kriegsgefahr. Den Kriegswillen und die Kriegsbereitschaft gilt es deshalb zu schwächen, abzubauen, schließlich gänzlich aufzuheben. Mit der Abrüstung des Heeres muß deshalb die Abrüstung des Kriegsgeistes im Volk parallel gehen. Ich möchte sagen: die geistige und moralische Abrüstung ist sogar der Hauptfaktor in der Bekämpfung des Krieges. Wenn in den Völkern erst der elementare Wille lebendig ist: Nie wieder Krieg! haben die Kriegstreiber das Spiel verloren.

Aber nicht nur in den Völkern muß der Friedenswille lebendig sein. Auch die Regierenden müssen von ihm erfüllt werden. Denn entscheidend dafür, ob es zum Krieg kommt, ist die Frage, welche Gesinnung und Absicht diejenigen beseelt, die die Möglichkeit und die Macht haben, sich in der Politik des Heeres und des Krieges zu bedienen, ob sie militaristischen oder pazifistischen Geistes sind.

Das zeigt uns wieder, daß es sich letzten Endes um eine innerpolitische Frage handelt, um die Frage, wer im Staatswesen herrscht und regiert. Je größer unser Einfluß auf Staat und Regierung, desto größer ist unser Einfluß auf die Frage Krieg oder Frieden, desto größer auch die Gewähr, daß äußerstenfalls nur zur Abwehr vom Heer Gebrauch gemacht wird. Wäre 1914 unser Einfluß auf Staat und Regierung bereits so stark gewesen wie heute, ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung durch die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich das Völkermorden offiziell eröffnet und damit vor der feindlichen und neutralen Welt das Odium des Angriffskrieges auf sich und auch auf das deutsche Volk geladen hätte. Ich glaube auch nicht, daß dann die Westarp, Stinnes und Ludendorff 4 Jahre lang den Krieg für ihre verbrecherischen Raub- und Eroberungspläne hätten fortsetzen können, bis das deutsche Volk zusammenbrach und der Rache und Willkür der Sieger preisgegeben war. Auch die Tragödie der Parteispaltung wäre uns erspart geblieben mit allen ihren verhängnisvollen Auswirkungen.

Ein Krieg ist meines Erachtens heute für Deutschland nicht mehr denkbar, in dem die Sozialdemokratie nicht entscheidenden Einfluß auf Ziel und Ende ausüben würde, d. h. nur ein wirklicher Abwehrkrieg ist für Deutschland noch möglich. Das wissen auch unsre Militärs. Das wissen auch die bürgerlichen Politiker. Sie sind sich darüber klar, daß selbst ein solcher Abwehrkrieg

mit einer entscheidenden Machterweiterung für die Sozialdemokratie und das Proletariat enden muß. Darin liegt neben der relativen militärischen Unterlegenheit infolge des Versailler Diktats die größte Bürgschaft dafür, daß auch das bürgerliche Deutschland keinen neuen Krieg vom Zaun bricht. Die Angst vor der Revolution zügelt die Kriegslust. Das eigne nackte Klasseninteresse diktiert deshalb der deutschen Bourgeoisie eine Außenpolitik der Verständigung, die wir Sozialdemokraten grundsätzlich fordern und vertreten. Deshalb auch die Zustimmung des bürgerlichen Deutschlands zum Locarno-Pakt, der den Revanchekrieg gegen Frankreich ausschließt! Deshalb die Zustimmung zum Kellogg-Pakt, der den Angriffskrieg verwirft! Deshalb die Zustimmung zum internationalen Abkommen gegen den Gaskrieg, deshalb das Befreunden mit dem Völkerbund, mit Schiedsgericht und Abrüstung!

Das Sträuben der Siegermächte von 1918, bei der jetzigen Abrüstungskonferenz in Genf, ihr Versprechen im Versailler Vertrag einzulösen und nach der von ihnen erzwungenen Abrüstung Deutschlands auch die eignen Heere und Flotten abzurüsten, wirkt hemmend und retardierend auf die Friedensgesinnung des bürgerlichen Deutschlands zurück und stärkt den Nationalismus und Chauvinismus der Rechtsparteien. Es erschwert unsern Kampf für die Abrüstung und gegen den Krieg. Es erschwert vor allen Dingen unser Bemühen, Verständigung dafür zu erwecken, daß, wie es in unserm Entwurf heißt, wir aus eignem Willen unsre Abrüstung auch unter das Maß von Versailles hinabsetzen können und müssen, um als Vorkämpfer der Abrüstung auftreten zu können. Dieses Sträuben der Siegermächte verstärkt die Neigung der nationalistischen und militaristischen Kreise zu illegalen Rüstungen in Deutschland. So stärkt der Militarismus drüben den Militarismus hüben bei uns. So offenbart sich der verhängnisvolle Einfluß militaristischer und imperialistischer Kriegsinteressenten in den großen Rüstungsländern.

Dieser Einfluß aber kann nur durch den verstärkten Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Regierung in diesen Ländern selbst gebrochen werden. Hoffen wir, daß von dem am kommenden Donnerstag zu erwartenden Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei ein Anstoß ausgeht, die Stagnation in der Abrüstungsfrage zu überwinden. Schon von der ersten englischen Arbeiterregierung Macdonalds ging in Genf ein hoffnungsvoller Anlauf zur Besserung der internationalen Beziehungen aus. Darin zeigt sich, wie Machtzuwachs der Arbeiterklasse im nationalen Rahmen sich in internationalen Einluß umsetzt, wie Arbeitermacht drüben der Arbeitermacht hüben hilft und nutzt und umgekehrt.

Die Macht der Arbeiterklasse stärken, das allein ist das Mittel zur endgültigen Ueberwindung des Kriegsgeistes, zur Ueberwindung der Kriegsrüstungen, zur Ueberwindung des Krieges zugleich mit der Ueberwindung des die Menschen ausbeutenden und unterdrückenden Kapitalismus. So wie Ausbeutung und Unterdrückung den Klassengegensatz im Innern und den Klassenkampf erzeugen, so erzeugen sie auch die nationalen Gegensätze und die Kriege. Erst wenn der Sozialismus Ausbeutung und Unterdrückung im Innern zum Verschwinden gebracht haben wird, erst dann ist mit dem Klassengegensatz und dem Klassenkampf auch der Völkergegensatz und der Völkerkrieg zum endgültigen Verschwinden verurteilt. Dieses hehre Ziel, Parteigenossen, müssen wir stets vor Augen haben. Wir können es aber nur Schritt für Schritt erreichen, wir können nur in Etappen zu ihm kommen. Je energischer, je leidenschaftlicher, je geschlossener und zielbewußter wir in allen Zweigen der Arbeiterbewegung unsern Kampf für die Emanzipation unsrer Klasse führen, desto sicherer und desto schneller werden wir das Ziel erreichen und damit auch die Menschheit von der Geißel des völkermordenden Krieges befreien. Deshalb schließe ich, wie der Entwurf unsrer Richtlinien schließt: Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird. (Lebhaftes Bravo! und Händeklatschen.)

Zur Geschäftsordnung begründet **Zöllig** (Düsseldorf) den Antrag, einen Antragsteller des Antrags 183 als Korreferenten mit den vollen Rechten eines solchen zu bestellen und führt dazu aus: Der tiefe Ernst, mit dem die Genossen im Lande zu diesem Problem Stellung genommen haben, erfordert dies. Bei einer Redezeit von 10 Minuten wird eine wirkliche Klärung nicht ermöglicht. Der Antrag hat 80 Unterschriften bekommen von Delegierten aus allen Teilen des Reiches. Die Verhandlungen sollen vom Geist der Kameradschaft getragen werden, so daß also auch den Genossen, die in dieser grundsätzlichen Frage eine andre Auffassung haben, die Möglichkeit zur Begründung ihrer Auffassung gegeben werden muß. Im Jahre 1910 sei den Badener Genossen dasselbe Recht gegeben worden.

Ludwig: Ich nehme für mich, der ich in Opposition gegen die Richtlinien der Wehrkommission stehe, dasselbe Recht in Anspruch. Es handelt sich hier um eine Vorlage der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission. Gegenüber den Richtlinien gibt es eine Linksabweichung, die in Sachsen ihren Sitz haben mag, und ein Zentrum, während die „Rechtsabweichung" durch die Genossen vertreten wird, deren Wortführer ich bin. Aus derselben Loyalität heraus halte ich es für selbstverständlich, daß der Parteitag auch mir 1 Stunde Redezeit zubilligt.

Vorsitzender **Wels:** Die Wehrkommission ist nicht nach dem Gesichtspunkt zusammengesetzt, die Auffassung des Parteivorstandes in einem Programm niederzulegen. Es sind vielmehr Genossen der verschiedensten Auffassung mit dem Recht der Kooptation ausgewählt worden. Diese haben durch Kompromisse eine Lösung zu erreichen gesucht und, nachdem die Anträge und die Diskussion über die Richtlinien bekanntgeworden sind, ihren Entwurf nochmals verändert. Der Parteiausschuß wie der Parteivorstand glauben daher, daß den Richtungen in der Partei Rechnung getragen ist. Daß ein Ausgleich der Richtungen möglich ist, zeigt der Kompromißentwurf. Daß der Entwurf nicht alle befriedigt, beweisen die vorliegenden Anträge, deren Antragsteller dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen können. Bei einer Redezeit von 10 Minuten kommen aber die verschiedenen Auffassungen am besten zum Vorschein. Die Aufstellung eines Korreferenten ist nur bei einer klaren Sachlage möglich, wenn es sich um eine Entscheidung pro oder kontra handelt, nicht aber bei einer noch völlig umstrittenen Frage.

Der Antrag Zöllig wird hierauf abgelehnt und die Aussprache eröffnet.

Aussprache zum Bericht der Wehrkommission

Dr. Paul **Levi** (Berlin): Lassen Sie mich ein paar Gesichtspunkte wiedergeben, die für die Entscheidung der Wehrfrage von ausschlaggebender Bedeutung sind! Ich darf eins vorausschicken. Von den drei Heimsuchern der Menschheit, dem Krieg, dem Hunger und der Pestilenz, sind der Hunger und die Pestilenz als gesellschaftliche Erscheinungen im wesentlichen erkannt. Den Hunger als gesellschaftliche Erscheinung erkannt zu haben, ist das Werk von Karl Marx. Der Krieg hat der Durchdringung durch die Gesellschaftswissenschaft am längsten widerstanden, obwohl schon im Jahre 1830 kein andrer als Clausewitz den Satz geschrieben hat:

„Der Krieg gehört nicht in das Gebiet der Künste, sondern in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens. Er ist ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst, und nur darin ist er von den andern verschieden."

Ich glaube, wenn es gelungen wäre, schon mehr das Phänomen des Krieges vom gesellschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus zu durchdringen, wären zwei Dinge beseitigt, die heute stören. Das eine, das stört, ist der Aberglaube von dem ich sage: auch die klugen Soldaten — es gibt deren, glaube ich, mehr

als wir denken — sind meiner Meinung, der Krieg und was mit Krieg zusammenhänge sei eine geheime Zunftwissenschaft. Er ist ein Ding, das dem Begreifen auch derer zugänglich sei, die Exerzieren, Marschieren und Postenstehen nicht gewerbsmäßig betreiben.

Und ein zweites wäre beseitigt, wenn der Krieg mehr als gesellschaftliches Phänomen erkannt wäre — ein Fehler, dem der Genosse Dittmann, glaube ich, am meisten verfallen ist, und der, wenn die Worte des Genossen Dittmann die wirkliche Auslegung des Vorschlages der Wehrkommission sind, wie ich ja annehmen muß, diesen Vorschlag erledigt — nämlich: ist der Krieg ein soziologisches Phänomen, dann irren wir, wenn wir in programmatischen Forderungen oder Formulierungen den Krieg abhängig machen von politischen Konstellationen. Wir können den Krieg erkennen als soziales Geschehen, und wir können aus dieser Tatsache, verbunden mit der uns gegebenen sozialhistorischen Kritik, Folgerungen ziehen. Aber machen wir ein Programm abhängig von der politischen Konstellation, so werden wir an dem Tage, wo das Fürchterliche geschehen sollte, daß ein Kriegsprogramm Wirklichkeit werden sollte, dastehen ohne geistige Rüstung. Denn die politische Situation des Krieges kann niemand programmatisch festlegen. (Sehr richtig!)

Ich glaube, Genosse Dittmann hat in zwei Punkten diesen Fehler begangen. Er hat das Programm der Wehrkommission abhängig gemacht, hineingestellt in ein außenpolitisches Milieu, in das Milieu, das er genannt hat: gegeben vom Siegerdiktat von Versailles. Ich weiß nicht, ob dieser Wortlaut ein glücklich gewählter ist; ich will mich darüber hier nicht weiter auslassen. Aber ich bin mir über eins klar: besteht die diplomatische Situation, wie sie damals bestand, als in Versailles der Friede unterschrieben wurde, dann sind die Möglichkeiten eines Krieges für Deutschland verhältnismäßig gering. Politische Situationen aber wechseln, und wer kann und wer will heute sagen, daß heute noch die politische Situation bestehe, die auf seiten der Entente zum Frieden von Versailles geführt hat. Ich frage deshalb: wie wird die politische Situation dann sein? Bestimmt nicht so, daß Deutschland einen neuen Krieg führen würde gegen die geschlossene Koalition von England, von Frankreich, von Italien und von andern Staaten.

Und ein zweites, in dem, glaube ich, der Genosse Dittmann sich geirrt hat, ist folgendes: Er hat das Wehrprogramm der Wehrkommission in eine bestimmte innerpolitische Situation gestellt und hat gesagt: wir in Deutschland sind heute als Sozialdemokraten zu einem ausschlaggebenden Faktor der Gesetzgebung und der Exekutive geworden. Ich will unterstellen, das sei so. Aber ist die innerpolitische Situation ein festes Verhältnis, steht das innere Kräfteverhältnis für immer fest? Ist es nicht ein Verhältnis, das tausendfältigen Schwankungen unterworfen ist? Ist es denn überhaupt feststellbar — ich will gar nicht von mathematischer Sicherheit sprechen, sondern von politischem Fingerspitzengefühl, von feinster politischer Witterung —, in welchem Maße in einer jeweiligen politischen Situation man sagen könnte, daß wir oder die andern die politisch Führenden seien? Was sind denn unsre Querelen in der Frage der Koalition? Doch eben die, daß absolut nie feststellbar ist: wer ist der Herr im Staate? Dafür gibt es kein Barometer. Und wenn man wiederum ein Wehrprogramm stellt auf die Säule, auf die Genosse Dittmann es stellte: wir haben die Macht, so meine ich, er irrt. Denn, Genossen, bei aller Stärke unsrer Organisation und der gewerkschaftlichen Organisation, von denen ich fest überzeugt bin, sie werden mit Stärke und Geschlossenheit jedem Ansturm widerstehen, der kommen mag, kann doch niemand an der Tatsache vorübergehen, daß die Demokratie in Europa gewisse krisenhafte Erscheinungen zeigt, von denen wir nicht wissen, wie weit sie die deutsche Demokratie erfassen werden, und wie weit sie das Gebäude der deutschen Demokratie antasten könnten.

Darum meine ich, Genossen: will man den Krieg und ein Kriegsprogramm auf politische Basis stellen, so versagen wir. Denn wir müssen aus dem soziologischen Charakter des Krieges die Elemente entwickeln, die uns die Waffe gegen ihn geben, mag die politische Situation sein, wie sie will, denn wir können es nicht bestimmen, wie sie sein wird.

Genossinnen und Genossen, wenn ich so bei der Kürze der Zeit alles das übergehe, wovon ich vielleicht bei einem Teil von Ihnen voraussetzen darf, daß Sie wissen, daß ich grundsätzlich andrer Meinung bin: die Frage der Technik, der Entwicklung der Technik, die Frage auch der dialektischen Entwicklung als eines Gesetzes des Krieges selbst und der Kriegführung, so frage ich mich nur: was soll man mit einem Kriegsprogramm, politisch gedacht, erdacht auf einer bestimmten politischen Situation beim Ausbruch des Krieges, im Kriege selbst? Und hier muß ich dem Genossen Dittmann widersprechen, wenn er sagte: damals in den tragischen Jahren 1914 und folgenden sei zwischen der Mehrheit und der Minderheit der Partei nur streitig gewesen, ob der Krieg ein Angriffskrieg oder ein Verteidigungskrieg sei. (Dittmann: So habe ich nicht gesagt!) Ich glaube, Genosse Dittmann, es ging um mehr. Es ging viel mehr um die Frage, ob der Krieg, wenn er einmal ausbricht, die innern Klassenverhältnisse des Staates völlig unberührt läßt, und ob nicht die Tatsache, daß Krieg ist, diese Tatsache allein schon, die Klassenverhältnisse katastrophal ändert zu Lasten des Proletariats.

Und hier frage ich wiederum: wenn wir uns das schönste Kriegsprogramm und Wehrprogramm unter einer bestimmten politischen Voraussetzung geben, unter der Voraussetzung: in dem Augenblick, wo das Verhängnis eintritt, sind wir die ausschlaggebende Partei, und es ist uns dann trotz und all unsrer Bemühungen nicht vergönnt, das Unglück zu wenden, wie stehen wir dann in dem Augenblick, wo das Verhängnis da ist und die schreckliche Tatsache des Krieges, der nun einmal, wie schon der alte Thukydides gesagt hat, viele arm und wenige reich macht? Das ist die alte Formulierung des dialektischen Gesetzes des Klassenkampfes, der, wenn der Krieg kommt, nicht stillsteht, sondern dann mit verdoppelter und verdreifachter Gewalt arbeitet.

Ich sage, Genossinnen und Genossen, es war in den schrecklichen Jahren von 1914 und folgenden nicht streitig zwischen uns, ob die einen oder andern das deutsche Weißbuch besser oder schlechter, mit mehr Kritik oder mit weniger Kritik gelesen haben, sondern es war zwischen uns die Frage streitig: kann das Proletariat in dem Augenblick, in dem die kapitalistische Ausbeutung ihre schrecklichste Form gewinnt, nicht nur ökonomisch, sondern auch in bezug auf Leib und Leben des Proletariers, an dem Gesetz des Klassenkampfes vorbeigehen, oder ist es ihre Pflicht, auch im Krieg und gerade im Kriege, diesem lebendigen Gesetz des Klassenkampfes, das unser Lebenselement ist, in dem wir weben und streben, vollen, klaren, politischen Ausdruck zu verleihen? Ich meine — ich kann ja nur in Schlagworten reden — an diesem Problem geht das Wehrprogramm vorüber, obgleich es meiner Auffassung nach das brennendste ist.

Man hat über alle diese Dinge gelächelt und ein bißchen gehöhnt. Denn das Ding von dem revolutionären Kriege ist etwas, was uns Deutschen schwer in den Kopf geht. Wir Deutschen haben unsre Sachen gern fein säuberlich in Ordnung, für alles eine Registratur und für jeden Fall, der kommt, ein Mittel und ein Rezept, dessen wir uns bedienen. Ich glaube, daß unsre französischen Genossen, daß unser verehrter Genosse Bracke, den ich zu unsrer Freude vor mir sehe, uns sagen können, wie Krieg und Revolution sich unter Umständen bedingen können, und wie die wahre Verteidigung des Vaterlandes, wie Freiheit und Befreiungskampf der großen Massen gerade in Kriegszeiten lebendig gemacht werden, geführt und beflügelt werden unter dem Banner der Revolution, das hat Frankreich in seiner bürgerlichen Revolution gezeigt. Eine proletarische Klasse, ausgerüstet mit aller sozialen Erkenntnis, mit der Kritik der sozialen Tatsachen, kann, bewußt und klar, im Falle des Krieges das vollenden, was die französischen Revolutionäre von 1795, unbewußt oder nur ahnend, was sie taten, durchgeführt haben. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Wels**: Ich habe den Genossen Levi 20 Minuten reden lassen. Daraus sollen die nächstfolgenden Redner nicht dasselbe Recht ableiten. Ich bin der Auffassung, daß dafür wohl Verständnis auf dem Parteitag vorhanden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Wort hat nunmehr der Genosse Popp (Hamburg).

Popp (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Wenn die Frage der Wehrpolitik in der Sozialdemokratie eine solche Spannung auslöst, dann deshalb, weil die Sozialdemokratie von vornherein einen ganz andern Boden hat, von dem aus sie an diese Frage herangeht, als jede andre politische Partei. Mir erscheint insofern selbst der vorliegende Programmentwurf einen großen Fortschritt darzustellen. Wenn ich ihn auch in seiner Gesamtheit ablehne, so freue ich mich doch, daß er im zweiten Absatz in seinem ersten Passus die Tatsache anerkennt, daß wir Sozialdemokraten Stellung nehmen müssen zu diesem Problem nicht von dem Gesichtspunkt aus, ob wir Deutsche, Franzosen oder Engländer sind, sondern von dem Gesichtspunkt aus, daß wir internationale Sozialdemokraten sind. Ich bin überzeugt, wenn von 1914 bis 1918 die sozialdemokratischen Parteien nach diesen Grundsätzen verfahren wären, dann hätte der Krieg nicht 4½ Jahre gedauert. Man sollte es auf unserm Parteitag unterlassen, in diesem Zusammenhang die Gefahr einer neuen Spaltung an die Wand zu malen. Die Sache lag doch damals ein klein wenig anders. Es war auch nicht so, wie Genosse Dittmann sagte, daß die Spaltung damals die Folge des Streitpunktes an sich war, sondern sie war die Folge der Form, in der man uns gezwungen hat, diesen Streitpunkt auszutragen.

Zur Wehrfrage selbst habe ich das Gefühl, daß auch hier auf dem Parteitag in den Ausführungen des Genossen Dittmann und in der Debatte in der Partei im Lande zum großen Teil Argumente vorgebracht sind, die eigentlich der Vergangenheit angehören und die durch die Entwicklung restlos überholt sind. Das wird schon dadurch bewiesen, daß niemand, auch nicht die Genossen, die sich positiv zum Wehrprogramm einstellen, etwa die alten Forderungen: Miliz an Stelle des stehenden Heeres usw. aufgreifen, daß niemand daran denkt, derartige Forderungen zu stellen. Was mir aber wesentlich erscheint ist, daß wir von der Erkenntnis ausgehen: das Proletariat der Welt hat bis jetzt noch jeden Krieg, mag er sein, wie er will, mag er einen Ausgangspunkt haben, welchen er will, verloren. Was nützt es dem englischen Proletarier, daß das glorreiche England den Weltkrieg gewonnen hat? Er leidet genau so unter den Folgen des Krieges, wie auf der andern Seite die deutsche Kapitalistenklasse es verstanden hat und immer verstehen wird, sich vor den schlimmsten Folgen des Krieges zu drücken und diese auf die andern abzuwälzen.

Ich muß weiter offen sagen, daß auch der von dem Genossen Levi und seinen Freunden eingebrachte Entwurf die letzte logische Konsequenz vermissen läßt; er erscheint mir zu opportunistisch. Ich habe das Gefühl, daß man auch hier nicht loskommt von den überlieferten Vorstellungen, daß die bewaffnete Macht immer noch berufen sein soll, in der Entwicklung der Menschheit und auch für das deutsche Volk eine Rolle zu spielen. Wenn man die Dinge richtig betrachtet, muß man doch zu dem Ergebnis kommen, daß es Zeit ist für die deutsche Sozialdemokratie, jeden Militarismus abzulehnen, ob er nun unter dieser oder jener und sei es selbst der roten Fahne segelt. Es muß einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß man in der Partei da und dort noch über Bewegungen mit einem Achselzucken hinweggeht, die in Wirklichkeit nicht nur verwandte, sondern absoluter Inhalt des Sozialismus sind. Für mich sind Sozialismus und Pazifismus genau dasselbe. Aber wenn man den Pazifisten auch in der Partei Utopie vorwirft — auch unsre Magdeburger Parteizeitung hat das ja dieser Tage in einem Artikel getan — so möchte ich sagen: die beste

Realpolitik, die Deutschland treiben kann, ist ein ganz konsequenter und radikaler Pazifismus. Darüber muß sich doch jeder klar sein, daß jeder neue Krieg sich in Formen abspielt, die mit denen der vergangenen Kriege nicht mehr das geringste zu tun haben. Wenn man aber die neuen Formen eines Krieges sich vergegenwärtigt, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß jede Kriegsmöglichkeit das deutsche Volk, die deutsche Republik und die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Lebensnerv trifft. Und nicht nur aus grundsätzlichen, sondern auch aus praktischen Erwägungen muß man zu dem Resultat kommen, wenn man zur Reichswehr und zur Flotte Stellung nimmt: außenpolitisch wertlos, innenpolitisch eine Gefahr, also weg damit! Niemand wird behaupten wollen, daß die Kriegsmittel, die die deutsche Reichswehr darstellen, auch dann, wenn man das sogenannte Kriegspotential in Rechnung stellt, irgendwie in der Lage wären, den bis an die Zähne gerüsteten Ländern, die Deutschland umgeben, ein Paroli zu bieten.

Das muß auch gegenüber den Gründen gesagt werden: solange die faschistischen und imperialistischen Bedrohungen beständen, müßte man ein Heer in Deutschland aufrechterhalten. Wie sieht denn die Sache in der Praxis aus? Denken wir doch an den Ruhrkampf. Ich will nicht behaupten, daß wir uns dabei restlos mit Ruhm bekleckert haben. Aber stellen Sie sich vor, wir hätten irgendeine wirksame Heeresorganisation gehabt und hätten sie eingesetzt, was wäre dann geworden? Dann wären heute dort, wo die Schornsteine rauchen, Trümmerhaufen. Beim Ruhrkampf hat sich gezeigt, daß das Nichtvorhandensein eines Heeres die beste Waffe für die deutsche Republik darstellt.

Wenn man sich das überlegt und bedenkt, daß nun einmal das beste Aktivum für die deutsche Republik eine Pazifierung der Welt ist, dann sollten wir nicht warten, bis die andern vorangehen, sondern mit Stolz die historische Mission, die Deutschland zugefallen ist, erfüllen und mit der Kriegsrüstung Schluß machen. Das würde Deutschland innen- und außenpolitisch von Belastungen befreien. Dieses Beispiel würde in der ganzen Welt die Abrüstung und die Friedenspolitik gewaltig vorwärtstreiben.

Ich möchte schließen mit dem Wunsche, daß es der Sozialdemokratie national und international gelingen möge, ihren Einfluß so zu steigern, daß durch die pazifistische Politik in der ganzen Welt das Problem des Krieges niemals mehr aktuell werden möge. (Bravo.)

Haebler (Karlsruhe): Parteigenossinnen und Genossen! Die Bedeutung unsrer heutigen Debatte liegt vor allem darin, daß das Problem der Erhaltung des Friedens zu einer entscheidenden Frage im politischen Denken aller Kulturvölker geworden ist. Das ist nach dem gewaltigen Ereignis des Weltkrieges ganz verständlich. Und es ist verständlich, daß ein Buch wie das von Remarque, das gewiß kein sozialistisches Buch ist, so aufrüttelnd wirkt, nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern in den weitesten Kreisen. Und wenn eine so große Organisation wie der Deutsche Lehrerverein, der keine sozialistische Organisation ist, sich heute vor die Notwendigkeit gestellt sieht, das Problem der Völkerversöhnung in den Mittelpunkt seiner diesjährigen Tagung zu stellen, dann ist auch dies ein Beweis dafür, daß der pazifistische Gedanke marschiert. Und aus den gleichen Gründen heraus war die Bedeutung der Panzerkreuzerfrage in weitesten Kreisen der Partei so ungeheuer groß, weil hier in einem Symbol zum Ausdruck kam, ob man sich bejahend oder verneinend zu dem Gedanken einer Wehrhaftmachung der Republik einstellen solle.

Wenn es nun in der Vorlage der Programmkommission heißt: „Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse", so klingt dieser Satz zunächst sehr bestechend. Aber wir wollen uns darüber klar sein, daß in der Praxis dieser Schutz der Neutralität nur zu einem neuen Kriege führen kann, solange

nicht Deutschland etwa durch völkerrechtliche Abmachungen im Sinne der Schweiz neutralisiert ist. Wir haben vor wenigen Jahren schon erlebt, was geschehen würde, wenn wir diesen „Schutz der Neutralität" mit bewaffneter Hand vornehmen würden. Wenn wir uns im Ruhrkampf gegen den Einfall des französischen Militärs gewehrt hätten, so wäre ein ungeheures Unglück über Deutschland hereingebrochen. Deshalb darf man über die Möglichkeiten, die hinter diesem bewaffneten Schutz der Neutralität stehen, nicht so leicht hinweggehen, wie es vielfach geschieht.

Man spricht oft verächtlich von dem Hunderttausend-Mann-Heer. Wenn Sie das Buch von Seeckt lesen, der gewiß ein Sachkenner ist, so werden Sie finden, daß dort eine ganz andre Auffassung von der militärischen, kriegspolitischen Bedeutung der Reichswehr ausgesprochen ist. Ein hochqualifiziertes kleines Heer von Technikern des Massenmordens hat unter den heutigen Verhältnissen eine viel gefährlichere, auch politisch gefährlichere, Bedeutung als die frühern Heere. Dazu kommt, daß die Flugwaffe bei dem Ausbau unsers heutigen Verkehrsflugwesens in der Lage ist, durch rasche Umstellung zu einer gewaltigen Waffe des Giftgaskrieges zu werden.

Es ist schon auf das industrielle Potential hingewiesen worden. Wer die Bedeutung der chemischen Industrie und des hinter ihr stehenden Kapitals in Deutschland kennt, weiß, welche Gefahren für die Entfesselung eines neuen Krieges hierin schlummern, auch wenn er zunächst nur als Krieg zum Schutze der Neutralität beginnen sollte. Vor allem aber wird jeder Krieg, so wie heute die weltwirtschaftliche Situation ist, auf Jahrzehnte hinaus lediglich im Interesse der kapitalistischen Klasse entfesselt werden. Das Proletariat, vor allem in den Industriegegenden, wird aber das Opfer sein. Man wird die Giftgasbomben auf die Schlösser der ostelbischen Junker ebensowenig abwerfen, wie man sie im Weltkrieg über den Hauptquartieren abgeworfen hat, sondern man wird sie dort abwerfen, wo das Proletariat in Massen zusammengeballt ist, um in der Kriegsindustrie das zu produzieren, was der Kapitalismus braucht.

Aber die große Gefahr in dem Entwurf ist nach meiner Auffassung die, daß dort, wenn auch nicht klar mit Worten, so doch dem Sinne nach, der Gedanke der Wehrhaftmachung grundsätzlich bejaht wird. Wenn Genosse Dittmann behauptet hat, daß der wirklich Radikale, d. h. derjenige, der von den Wurzeln her die Dinge betrachtet, eigentlich den ganzen Etat ablehnen müsse, so möchte ich dazu folgendes sagen. Der Entwurf der Kommission ist nicht nur eine Etatsangelegenheit, ist auch nicht einmal nur eine Angelegenheit der Reichstagsfraktion, sondern er bedeutet im letzten Grunde eine programmatische Festlegung der Partei im Sinne einer Bejahung der Wehrhaftmachung der deutschen Republik. (Sehr richtig!) Da frage ich: braucht die Sozialdemokratie überhaupt eine programmatische Festlegung in dieser Frage? Dittmann hat ausführlich dargelegt, daß wir heute inmitten großer Wandlungen auf dem Gebiete der Kriegstechnik stehen. (Sehr wahr!) Da wollen wir uns nun programmatisch auf Verhältnisse festlegen, die sich nicht nur technisch, sondern auch sozial und politisch ändern können! Deshalb bin ich der Auffassung, daß wir eine programmatische Festlegung nicht brauchen, nicht zuletzt auch deshalb, weil über diese Frage in der Partei doch niemals eine Einigkeit erzielt werden kann.

Wenn Genosse Dittmann weiter behauptete, daß die Gegner des Entwurfs einen Rückfall in die Sektenzeit vorgenommen hätten, so ist das durchaus falsch. Die Opposition gegen den Entwurf ist im Gegenteil auf der klaren Erkenntnis aufgebaut, daß Militär und Krieg, die wesensgleich zusammengehören, nur das letzte Hilfsmittel der kapitalistischen Interessenpolitik darstellen.

Wenn es am Schlusse des Entwurfs heißt: „Das sozialistische Endziel bildet eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also ohne Klassen und ohne Klassenkämpfe, eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausdehnung von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege", so führt der Weg

zu diesem Endziel nicht über Panzerkreuzerbauten und die programmatische Anerkennung des Wehrgedankens und der Reichswehr, sondern er führt über eine entschiedene Politik, die aus der militaristischen Not des Friedensvertrags eine sozialistische Tugend macht und in den Wahnsinn der kapitalistischen Rüstungstendenzen die Idee hineinstellt, daß das deutsche Proletariat nicht willens ist, wieder sein Blut für das Kapital zu vergießen. Deshalb nicht nur: „Nie wieder Krieg!", sondern ebenso auch: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" (Beifall.)

Künstler (Berlin): Werte Genossinnen und Genossen! Die Debatten über den Panzerkreuzer haben die Forderung nach einem sozialdemokratischen Wehrprogramm geboren. Ohne den Beschluß des Reichskabinetts vom 10. August des vergangenen Jahres hätten wir bestimmt keine Wehrdebatte auf diesem Parteitag. (Sehr richtig!) Das allein schon ist ein Beweis dafür, daß die Verabschiedung eines sozialistischen Wehrprogramms durch den Parteitag nicht die Eile hat, wie die Mehrheit der Wehrkommission am letzten Freitag beschlossen hat.

Dittmann sagte in seinem Referat, in der letzten Freitagssitzung der Wehrprogrammkommission sei man verschiedenen Anregungen Otto Bauers nachgegangen und habe sie in den Entwurf hineingearbeitet. Trotz dieser Aenderungen ist der Programmentwurf für mich, der ich zur Minderheit der Wehrprogrammkommission gehöre, unannehmbar. (Sehr richtig!) Bauer sagt im Märzheft des „Kampf":

> Ich verstehe allerdings sehr wohl, daß auch solche Verbesserungen des Entwurfs nicht genügen würden, um die Bedenken der Linken zu zerstreuen.

Ueber den Zweck einer Wehrmacht sagt Genosse Otto Bauer in demselben Artikel:

> Meines Erachtens müßte man diese gefährliche Mißdeutung dadurch verhindern, daß man klar sagt: Deutschland braucht ein Heer, um im Fall eines Krieges zwischen andern Mächten seinen Grenzschutz zur Wahrung seiner Neutralität organisieren zu können.

Im Januar d. J. habe ich im „Vorwärts" mich darüber ausgelassen und meine Auffassung in der Frage des Grenzschutzes deckt sich mit der Otto Bauers. Im einzelnen kann ich leider wegen der kurzen Redezeit nicht darauf eingehen.

Der Absatz 3 des Entwurfs bleibt für uns nach wie vor unannehmbar. Es heißt dort:

> Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen.

Seitdem ich dem Reichstag angehöre, habe ich die hohe Ehre, mit andern Freunden und Kollegen den Reichswehretat zu bearbeiten. In diesen 8 Jahren haben wiederholt in den Verhandlungen und Besprechungen hohe deutsche Reichswehroffiziere mir gegenüber zum Ausdruck gebracht: „Wir würden gern abrüsten; aber solange die andern rüsten, können wir nicht abrüsten." Diese Bemerkung haben auch die Offiziere der alten Armee bei den Heeresdebatten im Reichstag wiederholt gemacht. Der eben verlesene Satz, den ich auch in der Kommissionssitzung kritisiert habe, gehört in ein sozialdemokratisches Wehrprogramm nicht hinein. Mit dieser Formulierung kann jeder machen was er will. (Sehr richtig!) Wie steht es nun mit den imperialistischen und vor allem faschistischen Gefahren? Vom Norden, z. B. Dänemark, ist kein Einfall in Deutschland zu erwarten, ebensowenig im Westen von Holland oder Luxemburg. Was Belgien und Frankreich betrifft, so wollen wir doch durch eine Verständigungspolitik, die gerade unsre Partei seit Ende des Krieges stets betrieben hat, ein Verhältnis zu diesen Ländern schaffen, das Kriege unmöglich macht. Im Süden der Republik werden die Schweiz und Deutschösterreich als Gegner doch nicht angesprochen werden können; es bleiben übrig die Tschechoslowakei und Polen. Von Polen sagt man: das ist ein faschistischer Staat, der eines schönen Tages in Deutschland einbrechen kann. Aber außenpolitisch gesehen, liegen die Dinge so, daß Polen ein Vasallenstaat Frankreichs ist. Kommen wir mit Frankreich zu einer endgültigen Verständigung, dann wird auch unser Verhältnis zu Polen ein gutes werden.

Absatz 2 des Wehrprogramms steht in Widerspruch zu dem, was die Mehrheit der Wehrprogrammkommission in Absatz 3 niedergelegt hat. In Absatz 3 wird gesagt:

> Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht usw.

Es ist unverständlich, wie man dann aber vorher in Absatz 2 sagen kann:

> Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an.

Erkennt die Mehrheit der Programmkommission diese Gefahren, dann ist es konsequent, auch die Rüstungsbestimmungen auszuschöpfen, die der Versailler Vertrag Deutschland gelassen hat.

Der Entwurf bringt auch keine Klarheit über die Stellung der Partei zur Landesverteidigung. Genosse Levi hat schon in beredten Worten auf dieses wichtige Problem hingewiesen. Richtlinien der Wehrpolitik ohne eine solche Klarstellung der Frage Landesverteidigung sind einfach nicht möglich.

Genosse Dittmann hat darauf hingewiesen, daß ich bei der letzten Wehrdebatte im Reichstag gesagt hätte: „Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr, sondern um die Reichswehr." Das ist kein Gegensatz zu meiner Einstellung in dieser ganzen Frage.

Die Eventualanträge von Berlin sagen das, worauf es ankommt; sie verlangen Entfernung der Absätze, die ich kritisiert habe.

Nun hat der Genosse Dittmann zu der Ablehnung des Wehretats einiges gesagt. In Notjahren wie den gegenwärtigen, hat ein Volksstaat doch wohl andre Aufgaben und Pflichten gegenüber dem Volk und der Arbeiterschaft als der Obrigkeitsstaat. In Notjahren ist der Bau von Wohnungen und Krankenhäusern viel mehr Wehrhaftmachung des Volkes als der Bau des Panzerkreuzers A. (Sehr richtig!)

Genosse Dittmann hat auch davon gesprochen, man solle doch endlich die ausgelaufenen Kinderschuhe wegwerfen. Demgegenüber möchte ich sagen, man solle nicht Lackschuhe und Reitstiefel anziehen wollen, die einem nicht stehen und nicht passen. (Sehr gut!) Ich bitte, den Berliner Antrag auf Rückverweisung des Programmentwurfs anzunehmen. Vor einem Jahr hat sich die Parteimitgliedschaft noch nicht mit diesem so schwierigen Problem beschäftigt. Alle Fragen, die zu erörtern sind, sollte man berücksichtigen. Daher Zurückverweisung des Entwurfs an die Kommission und damit an die Partei.

Zum Schluß darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei alle Programme fast einstimmig angenommen wurden, so das Agrarprogramm in Kiel und gegen nur wenige Stimmen unser Parteiprogramm in Heidelberg. Ich wünsche nicht aus Rechthaberei, sondern im Interesse der Partei, daß in dieser wichtigen Frage die Zeit bis zum nächsten Parteitag benutzt wird, um sich darüber klar zu werden, was wir auf wehrpolitischem Gebiet programmatisch zu fordern haben. (Beifall.)

Leber (Lübeck): Genossinnen und Genossen! Ich möchte mit wenigen Worten auf die Ausführungen des Genossen Levi antworten, die ja wohl das Bedeutendste waren, was bisher zu dem Entwurf vorgetragen wurde. Genosse Levi ist ein sehr gefährlicher Rhetoriker. Er ist nicht nur seinen Zuhörern gefährlich, sondern auch sich selbst. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Seine scharfe Dialektik verleitet ihn nämlich zu einem Spielen mit Theorien, die ihm gefallen, bis schließlich die Theorien mit ihm spielen. (Widerspruch und Zurufe.) Ich

behaupte und werde es beweisen, daß der Genosse Levi bei allen Problemen nur die Seite sieht, die ihm gefällt und alles andre außer acht läßt. Ich möchte sagen: der Genosse Levi ist theoretisch weitsichtig; er sieht nichts in der Nähe. Mit Bezug auf die Französische Revolution z. B. hat er vorhin alles das vorgetragen, was in seine Theorie paßt, aber nicht das, was nicht in diese Theorie paßt. Hat er etwas davon gesagt, daß die Französische Revolution die Mutter des bürgerlichen Nationalismus geworden ist, der im 19. Jahrhundert so viel Elend herbeiführte und schließlich, hat er Ihnen gesagt, daß diese Revolution mit Napoleon, mit der Diktatur endigte? (Rufe: Sehr richtig!) Wenn man Parallelen aus der Geschichte zieht, muß man sie richtig ziehen und alle Seiten vortragen.

Genosse Levi machte, eben aus dieser seiner einseitig-theoretischen Einstellung, dem Genossen Dittmann und der Kommission Vorwürfe, die nicht zutreffen. Er sagte aus seiner soziologischen Betrachtungsweise heraus, der Genosse Dittmann sei von einer bestimmten innen- und außenpolitischen Konstellation ausgegangen. (Zuruf: Das ist zweifellos wahr!) Selbstverständlich ist das wahr; denn es war ja überhaupt unsre Aufgabe, ein Wehrprogramm für bestimmte innen- und außenpolitische Konstellationen zu schaffen, nämlich für die Konstellationen, die zurzeit die deutsche Innen- und Außenpolitik bestimmen. (Sehr wahr!) Wenn Genosse Levi mir vielleicht entgegnet: „In 20 oder 30 Jahren kann alles anders sein", so würde ich ihm antworten: „Wir haben schon wichtigere Programme abgeändert, und wir können, wenn andre Voraussetzungen vorliegen, vielleicht auch wieder das Wehrprogramm abändern." (Zustimmung.)

In allen Schriften und Reden des Genossen Levi, ebenso wie in der heutigen, deuten sich jene gewisse anarchistische Tendenzen an, die immer neben dem Sozialismus einhergegangen sind und die uns an die wesentlichste Grundlage unsrer Debatte führen, nämlich zu der Auseinandersetzung um den Staat. (Sehr richtig!) Wollten wir uns über das, was Genosse Levi ausgeführt hat, bis in die Tiefe unterhalten, so müßten wir feststellen: die Darlegungen des Genossen Levi über den Krieg und die bewaffnete Macht sind nicht das Primäre. Wir müßten uns dann über die letzte Grundlage unsrer gegenwärtigen Politik, über den Staat, über die Stellung zur Republik, über alles das unterhalten, was zurzeit die Haltung unsrer Partei zur Republik innen- und außenpolitisch bestimmt. Es ist nicht unsre Aufgabe, über diese Dinge heute zu debattieren. Deshalb traf der Genosse Levi mit seiner Kritik überhaupt nicht den Kern der Dinge. (Sehr wahr!) Das, was er ausgeführt hat, könnte eine glänzende kleine Broschüre, eine soziologisch-philosophische Betrachtung über die Entwicklung der Gesellschaft abgeben. Die Meinungen hierüber könnten vielleicht auseinandergehen, und es gäbe eine Debatte zwischen Theoretikern, Philosophen und Soziologen. Aber mit Politik hätte das vorläufig nichts zu tun, und mit der gegenwärtigen Wehrdebatte bestimmt nichts. (Zustimmung.)

Wir unterscheiden uns von dem Genossen Levi in bezug auf die Frage des Krieges in einem wesentlichen Punkte. Wenn Sie die Theorien des Genossen Levi zu Ende denken, so müssen Sie auch zu seinem Pessimismus kommen, zu der Auffassung, daß der Krieg niemals zu verhindern sein wird. Unser Programm beweist, daß wir diesen Pessimismus nicht teilen. Wir wollen den Krieg verhindern, und wir haben die Hoffnung, daß das möglich sein wird. Auf diesem Optimismus ist das Programm aufgebaut. Wer diesen Optimismus nicht hat, der braucht natürlich kein Programm und muß sich auf den Standpunkt Levis, auf den Standpunkt der Vorbereitung für den Fall des Krieges, stellen; denn das ist die letzte Konsequenz, allerdings nicht vom Standpunkt der Rüstung aus, sondern vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Er will sich auf den Krieg vorbereiten, und wir sagen: der Krieg muß nicht sein, und wir wollen ihn mit allen Mitteln verhindern.

Genosse Levi hat die Frage an uns gerichtet: behaltet ihr denn die Macht im Staate? Wir drehen die Frage um und fragen: können wir die Macht im Staate haben? (Sehr gut!) Levi antwortet von seinem Standpunkt aus: unter den heutigen Bedingungen können wir sie nicht haben. Ich sage: wir können sie haben, wenn wir sie haben wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Hier scheiden sich die Geister, weil auf verschiedener Grundlage debattiert wird. Hier geht es nicht mehr um Krieg oder um Rüstung und Wehrprogramm, sondern um den Staat, um die Grundlage der gegenwärtigen Machtentfaltung.

Täuschen Sie sich doch über eins nicht. Die Wirren, die in der Partei um die verschiedenen Fragen der Vergangenheit, um Panzerkreuzer, um das Wehrprogramm usw. entstanden sind, haben viel weniger mit pazifistischer Grundeinstellung zu tun, als Sie denken; sie sind im wesentlichen bestimmt durch die scharfe Spannung, die in Deutschland zwischen der Arbeiterklasse und der Wehrmacht der Republik herrscht. Diese Spannung zwischen der Wehrmacht der Republik auf der einen, der Arbeiterschaft auf der andern Seite, ist ein gewaltiger Passivposten der Republik (Sehr wahr!), sie ist aber auch ein Passivsaldo der deutschen Sozialdemokratischen Partei. (Sehr gut!) Denken Sie darüber nach und ziehen Sie daraus die Konsequenzen!

Und zum Schluß möchte ich jetzt die Frage aufwerfen: ist an dieser Spannung zwischen Wehrmacht und Arbeiterklasse die Wehrmacht allein schuld? (Lebhafte Rufe: Nein!) Derjenige, der diese Frage mit einem glatten Ja zu beantworten wagt, muß ein sehr hartes Gewissen haben. (Lebh. Beifall.)

(Schluß der Sitzung: 6.10 Uhr.)

DRITTER VERHANDLUNGSTAG

Mittwoch, den 29. Mai 1929, 9 Uhr

Den Vorsitz führt **Wittmaack.**

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet **Krüger** (Berlin):

Die Präsenz des Parteitags ist folgende. Es sind 297 Delegierte, darunter 32 Frauen anwesend. Der Parteivorstand ist mit 19 Mitgliedern anwesend, darunter 3 Frauen. Die Kontrollkommission hat 7 Delegierte, darunter 1 Frau. Der Parteiausschuß ist durch 44 Mitglieder vertreten, darunter 11 Frauen. Die Reichstagsfraktion hat 30 Vertreter entsandt, darunter 3 Frauen. Es sind somit 397 stimmberechtigte Delegierte auf dem Parteitag anwesend, darunter 50 Parteigenossinnen.

Ohne Stimmrecht sind als Vertreter von Parteiinstitutionen wie der Genossin, der Konzentration usw. 18 Mitglieder anwesend, darunter 3 Frauen. Die Wehrkommission ist außer den in der Zahl von 397 bereits enthaltenen Mitgliedern noch mit 7 Mitgliedern vertreten, darunter 1 Frau. Ferner sind 2 Parteitagsreferenten anwesend. Als Gäste begrüßen wir 19 Vertreter, darunter Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes und des ADGB.

Wir haben im Gegensatz zu den frühern Parteitagen erstmalig eine Buchkontrolle vorgenommen. 37 Delegierte bzw. Delegiertinnen konnten zum Bedauern der Mandatsprüfungskommission ihr Buch nicht vorlegen. Die Anweisung des Parteivorstandes nach dieser Richtung müßte unter allen Umständen respektiert werden, damit eine Garantie dafür vorhanden ist, daß die Delegierten eine zweifelsfreie Mitgliedschaft besitzen. Im übrigen konnten wir feststellen, daß Anlaß zu Beanstandungen nicht vorlag. Einige unbedeutende Mängel finden ihre Begründung in der Verschiedenartigkeit der Beitragserhebung in den einzelnen Bezirksverbänden. Nachdem durch Parteitagsbeschluß von 1924 die internationale Beitragsmarke obligatorisch ist, müßte

hier trotz der Verschiedenartigkeit der Handhabung der Beitragserhebung in den einzelnen Bezirken eine gewisse Besserung eintreten.

Der Mandatsprüfungskommission lag eine schriftliche Beschwerde Starker (Bremen) vor. Der Bezirksvorstand Hamburg hat von sich aus zwei Delegierte zum Parteitag entsandt, die allerdings in die dem Bezirk Hamburg zustehende Delegiertenzahl einbezogen sind. Da das Statut der Gesamtpartei keine einheitliche Reglung des Delegationsmodus vorsieht, hält sich die Mandatsprüfungskommission nicht für berechtigt, dieser Beschwerde stattzugeben.

Weitere Beschwerden lagen nicht vor. Wir beantragen daher die Gültigkeitserklärung sämtlicher Mandate.

Sämtliche Mandate werden vom Parteitag für gültig erklärt.

Es folgt die weitere Aussprache über die Richtlinien zur Wehrfrage.

Seger (Dessau): Die Aufmerksamkeit des Parteitags erbitte ich für die Vertretung der pazifistischen Auffassung nicht als „Nurpazifist", wie Dittmann uns nannte, und nicht nur aus ethischen Gründen, wie Haubach in der Parteitagsnummer der „Volksstimme" schrieb, sondern aus politischen Gründen.

Wir bekämpfen den Programmentwurf aus dem politischen Grunde, daß es in der Frage Krieg oder Frieden keine Kompromißmöglichkeit gibt. Es ist dies in der Politik vielleicht der einzige Punkt, in dem wir nur ja oder nein sagen können. Uns ist unangenehm, daß die volksparteiliche „Magdeburgische Zeitung" Dittmann für seine „erfreuliche Bejahung des Wehrmachtgedankens" lobt. Wir wollen sowenig das Lob der Gegner von links wie das derer von rechts. Wenn Dittmann bemerkt, daß wir die Gesellschaft und also auch alle ihre Organe umgestalten müssen, so erwidere ich, daß das auf dem Gebiet der Wehrmacht und des Krieges im Gegensatz zu allen andern Organen nicht möglich ist. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik kann man durch Kompromisse viel erreichen, z. B. kann man sich sehr gut als grundsätzlicher Anhänger des Achtstundentags unter Umständen mit dem Neunstundentag begnügen, wenn man im Augenblick nicht mehr erreicht. Wir können aber entweder nur bereit sein, einen neuen Krieg zu führen, oder nicht. Es gibt keinen Kompromißkrieg, in dem die Leute nur halbtot geschossen werden. Genosse Dittmann sagt, niemand will die Justiz abschaffen, obwohl sie schlecht ist; die Folgen der heutigen Justizübung können wir aber allmählich und planmäßig durch unsern Kampf abändern. Aber es besteht doch ein Unterschied zwischen den Folgen von Fehlurteilen der Justiz und denen eines Krieges. Dieser Vergleich des Genossen Dittmann hinkt, weil wir in der Justiz eine Einrichtung vor uns haben, die wir allmählich umgestalten können, im Gegensatz zu der Wehrmacht. Die Forderung nach Demokratisierung der Wehrmacht halte ich für eine Illusion, weil der demokratische Gedanke der Funktion eines militärischen Körpers widerspricht. Ueber ein Heer kann nur kommandiert werden, es kann keine demokratische Diskussion über militärische Entscheidungen geben, ganz gleich, ob es sich um ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht oder um ein Berufsheer handelt.

Dittmann hat selbst von der ungeheuern Wandlung der Technik gesprochen. Der Programmentwurf übersieht das völlig. Wenn Dittmann ausgerufen hat, auch in der heutigen Gesellschaftsordnung könne ein Verteidigungs- oder Abwehrkrieg notwendig werden, so gebe ich das politisch zu, aber militärisch ist es unmöglich. Die moderne Flugtechnik hat die Möglichkeit des Heimatschutzes im politisch guten Sinne des Wortes ausgeschlossen. Heute kann der Krieg nicht mehr wie 1914 lokalisiert, auf einen bestimmten Streifen Front beschränkt werden, auch nicht auf die waffenfähigen Männer, sondern durch die Ueberwindung der Entfernungen durch die moderne Technik des Krieges wird die Gesamtheit der Länder zum Kriegsschauplatz, die Gesamtheit der Bevölkerung zu Kriegsopfern. Die militärischen Fachleute aller politischen Richtungen sind sich darüber einig, daß der überlieferte Begriff Verteidigungskrieg aufgelöst ist, daß wir nur noch dieselben Angriffe ausführen können, die der Angreifer gegen

uns ausübt, daß also der Gedanke, das eigne Land schützen zu können, allmählich aufgegeben werden muß. Wir müssen in der Politik und gerade in der Frage der Wehrmacht und des Krieges die technischen Tatsachen genau so berücksichtigen, wie in der Sozialpolitik z. B. in den Fragen des Arbeitsrechts. Das ist aber in den Ausführungen des Genossen Dittmann nicht geschehen.

Dittmann hat gefragt, ob wir heute schon inmitten der uns umgebenden Länder den Gedanken der Abrüstung weiter fördern könnten. Er hat das für unmöglich erklärt, wir müßten von dem Status des V. Teils des Vertrags von Versailles ausgehen. Ich verweise auf Dänemark. Die dänischen Genossen haben mit dem Programm der einseitigen Abrüstung ihres Landes einen unerhörten Wahlsieg errungen. (Crispien: Nicht völlige Beseitigung!) — Ja, aber sie haben in ihrem Abrüstungsprogramm nicht, wie wir, erst auf ein internationales Abkommen verwiesen. Stauning hat im Wahlkampf wiederholt erklärt, daß ein Land wie Dänemark sich militärisch doch nicht ausreichend schützen könne. (Dittmann: Ein Land wie Dänemark! Das steht hier auch!) Wenn der Genosse Bauer das Beispiel des kleinen Burgenlandes für den positiven Gedanken angeführt hat, dann darf ich wohl Dänemark für den negativen Gedanken anführen! Es besteht also nur eine Alternative: Entweder versuchen wir schon heute, durch die Neutralisation Deutschland aus allen Konflikten herauszuschalten, oder wir rechnen mit der Möglichkeit und Notwendigkeit, es militärisch zu schützen. Dann aber reicht die Reichswehr und eine offizielle Anerkennung aller Kräfte des Potentiel de guerre nicht aus; dann würde eintreten, was das Kieler Parteiblatt gefordert hat, nämlich die Aufrüstung. Gerade für eine verantwortliche Regierungspartei muß es eine besonders unangenehme Sache sein, dem Volk den Glauben zu geben, militärisch geschützt zu sein, ohne daß es ausreichend der Fall ist.

Wir sind also leider auf demselben Standpunkt der Halbheit wie der bürgerliche Pazifismus Chamberlains, Briands oder des Kellogg-Paktes. Wir sagen, wir sind gegen den Krieg, aber wir sind bereit, den nächsten noch zu führen. Diese Halbheit wird uns nicht das Vertrauen erwerben, wie es die dänischen Genossen errungen haben, die, obwohl Regierungspartei, den Gedanken ablehnen, daß das Wesen des Staates ein Heer erfordere! (Bravo! und Händeklatschen.)

Seydewitz (Zwickau): Vorweg einige Feststellungen! 1. Die von Dittmann und einigen Genossen in der Diskussion zum Wehrprogramm gemachte Behauptung, daß der Genosse Max Adler von dem Gedanken des Antrags 183 abgerückt sei, ist falsch. Adler schreibt in seinem Artikel im „Kampf", daß durch seine Ausführungen „der Hauptgedanke, die Beseitigung der bürgerlichen Wehrmacht, keine Aenderung erfährt". Damit sind alle Mißdeutungen der Stellung des Genossen Adler hinfällig.

2. Die Veränderungen, die die Programmkommission im letzten Moment an ihrem Entwurf vorgenommen hat, sind keine Besserungen und machen den Entwurf nicht annehmbarer.

3. Es ist nicht richtig, daß zwischen den Genossen in der Opposition gegen den Programmentwurf grundlegende Meinungsverschiedenheiten beständen. Alle sind darin einig, daß dieser Entwurf der Programmkommission abzulehnen ist. Der größte Teil der Opposition hat sich zu dem Antrag 183 bekannt, der zirka 80 Unterschriften trägt. Nur eine kleine Gruppe vertritt aus diesem oder jenem Einzelgrund in Einzelfragen eine andre Auffassung.

Der Gegensatz zwischen dem Programmentwurf und dem Entwurf der Opposition liegt in folgendem: Wir lehnen die Wehrmacht im kapitalistischen Staat ab, ebenso in der kapitalistischen Epoche im kapitalistischen Staate die Beteiligung an jedem Kriege, wie er auch bezeichnet und begründet werden mag. (Stampfer: Wie wollt ihr das machen?) Um das zu erörtern, müßt ihr uns mehr Redezeit geben. Ich

will in meiner knappen Redezeit darlegen, was ich mir vorgenommen habe. Wenn Sie außerdem noch etwas andres hören wollen, müssen Sie mir mehr Redezeit geben. Ich kann in dieser kurzen Redezeit nur einzelne Punkte herausgreifen.

Unsre Ablehnung jedes Krieges bezeichnen die Deutschnationalen mit Landesverrat. In unsrer Partei wird es zum Teil als „eingefrorner Marxismus" bezeichnet. Aber gerade diejenigen, die uns den letzteren Vorwurf machen, berufen sich für ihre Stellungnahme besonders auf die Vergangenheit, aus der Dittmann gestern die Notwendigkeit der Landesverteidigung zu begründen versuchte. Meistens beruft man sich dabei aber nicht auf die in früherer Zeit geschaffenen wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern auf einzelne Aeußerungen einzelner Führer, denen man in jedem Fall entgegengesetzte Aeußerungen entgegenhalten könnte. Darauf kommt es aber gar nicht an. Die Antragsteller des Antrags 183 haben sich am allerwenigsten auf die Vergangenheit berufen. Wir glauben, daß im Gegensatz zu der Zeit, in der Marx und Engels über das Kriegsproblem geredet und geschrieben haben, in der heutigen Zeit Kriege zur nationalen Befreiung eines europäischen Volkes nicht mehr nötig sind. (Sehr richtig! und Zurufe.) Wir glauben weiter, daß durch die technische Entwicklung und die internationale Verflechtung des Kapitalismus in Europa der Krieg eines Landes gegen ein andres Land gar nicht mehr denkbar ist, sondern daß es sich nur um Kriege von Koalitionen handeln wird, bei denen das Volk eines Landes nie sagen kann, es sei der Angegriffene. Schließlich kommen wir zu unsrer Erkenntnis gerade durch die Erfahrungen des letzten Krieges, die uns zeigen, daß, wie auch der Krieg angefangen hat, welche Ziele er in dem einzelnen Lande zu Beginn gehabt hat, am Ende feststand, daß in jedem Lande das Proletariat der Besiegte gewesen ist. (Sehr richtig!) Wie das deutsche, das österreichische Proletariat in den besiegten Staaten der Geschlagene vom Kriege gewesen ist, ist es auch das Proletariat in den Siegerländern. (Sehr richtig!) Diese Erfahrungen führen uns dazu, daß wir nicht von der früher eingenommenen Haltung unsre Erkenntnis ableiten, sondern von den neuen Erfahrungen ausgehend zu unserm Standpunkt kommen. Diejenigen aber, die uns den eingefrornen Marxismus vorwerfen, zitieren aus alten Manuskripten, sie selbst sind in ihren frühern Auffassungen eingefroren.

Bei der Beurteilung des ganzen Problems ist es wichtig, ob man, wie der Programmentwurf es tut und Dittmann es ausgeführt hat, für das Proletariat feststellen kann, ob ein Krieg ein Angriffs- oder ein Verteidigungskrieg ist. Dittmann meint, man könne das. General Seeckt, der von militärischen Dingen auch etwas versteht, hat in seinem Buche „Gedanken eines Soldaten" zu dieser Frage gesagt:

> „Ob ein Krieg ein Angriffskrieg ist, das ist eine politische, wenn man will, eine völkerrechtliche Frage. Ob diese Frage einwandfrei in jedem Falle zu beantworten, ob der Begriff klar zu definieren ist, erscheint zweifelhaft. Eine Kriegsschuldfrage, die Frage nach dem, der angefangen, also angegriffen hat, wird nach jedem Krieg entstehen und wird immer nach dem Standpunkt der Interessenten beurteilt werden und — nach dem Erfolg."

Es wird nicht bei Beginn der Charakter eines Krieges bestimmt, sondern nach dem Erfolg und von den ökonomischen Kräften und den Generalen, denen wir die Macht im Kriege in die Hand geben. Deshalb behaupten wir, es besteht keine Möglichkeit zu unterscheiden, ob ein Krieg ein Angriffs- oder Verteidigungskrieg ist. Deshalb können wir nichts anfangen mit dem, was auch die Liberalen und die ganze Bourgeoisie sagt: Einen Angriffskrieg wollen wir nicht mehr führen. Seeckt sagt:

> „Es ist die Kunst der Diplomatie zu beweisen, daß die andern angegriffen haben."

Einen Angriffskrieg will heute niemand führen. Wenn wir gegen den Krieg kämpfen wollen, müssen wir uns gegen jeden Krieg erklären. Darum gehen wir bei unserm Entwurf von der Auffassung aus, der an der Spitze unsers Entwurfs steht: „In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus."

Dittmann hat einige abfällige Bemerkungen über diesen Satz gemacht. Er ist wörtlich der Resolution entnommen, die die Internationale in Brüssel einstimmig angenommen hat, der auch Dittmann in Brüssel seine Zustimmung gegeben hat. (Lebhaftes Hört, hört!) Aus dieser Feststellung, daß jeder Krieg in der kapitalistischen Epoche den Charakter des herrschenden Imperialismus trägt, schlußfolgern wir, daß wir Sozialisten dieser Epoche in einem vom Kapitalismus beherrschten Staat uns gegen jeden Krieg wenden müssen. Die Genossen, die für den Programmentwurf stimmen, sagen: „Wenn wir in der Regierung sind, können wir den Krieg verhindern." Dagegen sage ich: Die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung kann vielmehr einen Krieg nur verhindern, wenn sie mit aller Entschiedenheit in jeder Situation gegen den Krieg auftritt. Die Macht der Arbeiterklasse ist groß, wenn die Arbeiterorganisationen den Willen haben, sich gegen den Krieg zu wenden, wenn sie den Herrschenden sagen: Wie ihr auch euren Krieg nennt, wie ihr ihn im Falle der Gefahr bemäntelt, wir werden uns gegen jeden Krieg wenden, dann wird das Risiko für die herrschende Klasse zu groß sein, einen Krieg einzugehen.

Die Genossen, die unsern Standpunkt nicht teilen, sagen: das Kriegsproblem wird nicht in Deutschland gelöst, es muß international gelöst werden. Das aber gerade ist das betrübliche Kapitel in der Internationale, daß eine Partei immer zur andern sagt: Hannemann, geh du voran. Mit diesem Spiele werden wir nicht vorwärtskommen. Otto Bauer hat gesagt, daß Deutschland nach dem verlornen Kriege die historische Aufgabe hat, in der Abrüstungsfrage voranzugehen. Beherzigen Sie, die Sie Otto Bauer in letzter Zeit sooft zitiert haben, auch diesen Rat Bauers. Wir haben die Aufgabe, voranzugehen, wir sind die ersten, die erklären können: wir wollen jeden Krieg ablehnen. Wir sollten den andern ein Beispiel geben und ihnen zeigen, daß in dem Kampfe für den Sozialismus und den Frieden die deutsche Sozialdemokratie in der Internationale vorangmarschiert. (Beifall.)

Schöpflin (Karlsruhe): Von den Berliner Genossen und andern wird die Auffassung vertreten, die Wehrfrage auf diesem Parteitag nicht zur Entscheidung zu bringen, sondern zu vertagen. Ich warne dringend davor. Wenn die größte Partei Deutschlands nach einer monatelangen Diskussion, die weit über Deutschlands Grenzen hinaus und in allen politischen Lagern, die größte Beachtung erfahren hat, auf ihrem Parteitag erklärt: die Frage ist für uns nicht reif zur Entscheidung, so wäre das ein Abschluß des Parteitages, den ich im Interesse der Partei aufs tiefste bedauern würde.

Wir haben in Tausenden von Parteiversammlungen leidenschaftlich diskutiert, unsre Zeitungen waren monatelang mit Betrachtungen über die Wehrfrage gefüllt. Es ist so viel über die Wehrfrage gesprochen worden, daß man wirklich nicht nur zur Entscheidung kommen kann, sondern kommen muß, und das um so mehr, als schließlich doch die deutsche Sozialdemokratie und die Richtlinien in der Wehrfrage nur das wiedergeben und zusammenfassen, was die deutsche Sozialdemokratie von jeher im Verhalten zu dem Wehrproblem zum Ausdruck gebracht hat.

Es ist weiter die Frage aufgeworfen worden, warum ein Wehrprogramm? Man sagt, es sei überflüssig, ja schädlich gewesen, die Frage überhaupt aufzurollen. Wir hörten die Antwort: es sei geschehen, um die Koalitionspolitik zu stützen oder, wie es in einem oppositionellen Organ hieß, um unsre Reichs-

minister, die dem Panzerkreuzerbau zugestimmt haben, gewissermaßen aus der Schußlinie zu bringen. Nein, Genossen, so ist es nicht. Daß Richtlinien notwendig waren, ergab sich aus ganz andern Gründen. Die Praxis nach der Umwälzung in Deutschland hinsichtlich unsrer Stellung zur Wehrmacht war ganz einfach und eindeutig. Die Sozialdemokratie hat die neue Wehrmacht mitgeschaffen und hat in den ersten Jahren bis zuletzt die Mittel für sie bewilligt; jeden Mann, wenn auch noch lange nicht jeden Groschen. Dann allmählich und seit etwa 1½ Jahren stärker wird versucht, in den Parteiversammlungen der Partei einzureden, daß die Bewilligung eines, wie man sagt, bewaffneten Schutzes, eines Landesschutzes, den sozialistischen Prinzipien und Grundsätzen widerspräche. Die Sozialdemokratie sei aus ihrem Wesen und ihrer historischen Mission heraus verpflichtet, jede Wehrmacht abzulehnen.

Diese Verfälschung des Wesens der Sozialdemokratie und des Charakters der Sozialdemokratie hat mit der Zeit auch die parlamentarische Arbeit schwer beeinträchtigt. Jedesmal, wenn der Heeresetat beraten wird, werden die Stimmen lebhaft: die Sozialdemokratie müsse alles ablehnen, sie dürfe gar nichts bewilligen für die Reichswehr. Das hat, auch schon vor der Panzerkreuzerfrage, bei vielen von uns die Erkenntnis reifen lassen, daß die Partei auf einem ihrer nächsten Parteitage das Wehrproblem behandeln und eine Entscheidung herbeiführen müsse.

Gewiß, das Heidelberger Programm genügt für mich und viele andre, die positiv zur Wehrfrage eingestellt sind, vollkommen. Es hätte auch in in Zukunft genügt, wenn nicht die Erscheinungen eingetreten wären, von denen ich gesprochen habe.

Ein Wort zur einseitigen Abrüstung, wie sie eben der Genosse Seydewitz dargelegt hat, der einseitigen Abrüstung, mit der Deutschland in der Welt vorangehen müsse. Parteigenossen, sind wir Sozialdemokraten denn nicht die Wegweiser darin, daß große Fragen, die auch gleichzeitig internationale Fragen sind, nur auf internationalem Wege gelöst werden können? Ich verweise auf den Arbeiterschutz. Wir wissen, daß in jedem Lande die Sozialdemokratie die größten Anstrengungen machen muß, diese Frage vorwärtszutreiben. Ebenso wußten wir schon 1889 in Paris, daß letzten Endes die internationale Reglung notwendig ist, wenn der Arbeiterschutz allgemein in der Welt gefestigt und vorwärtsgetrieben werden soll.

Die internationalen Kongresse, zuletzt der in Brüssel im vorigen Jahre, haben dem auch auf dem Gebiete der Wehrfrage Ausdruck gegeben. Die Vertreter des internationalen sozialistischen Proletariats in Brüssel, die doch auch etwas verstehen von den Aufgaben der Sozialdemokratie und des Sozialismus, haben sich erneut auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage der Abrüstung, der absoluten oder größtmöglichen Sicherung des Friedens, nur international gelöst werden kann; womit nicht gesagt sein soll, daß nicht jede sozialistische Partei in ihrem Lande und zu ihrem Teil alles tun soll, um nach der Richtung zu wirken.

Der Genosse Seydewitz sagt, man stelle sich in der internationalen Sozialdemokratie, jede der Bruderparteien, auf den Standpunkt: Hannemann, geh du voran. Ja sind, zwar nicht auf unsre Initiative, aber durch das Diktat von Versailles, Deutschland und Oesterreich nicht schon etwas vorangegangen auf dem Gebiet der Abrüstung? Wenn einmal die andern entsprechend nachfolgen, sind wir schon wieder einen Schritt weiter. Aber um das zu erreichen, daß die andern nachfolgen, wird es einer weitern Stärkung der sozialistischen Macht in allen Staaten bedürfen. Es wird notwendig sein, daß die Sozialisten in allen Ländern stärkeren Einfluß auf die Regierung bekommen und auch, wenn er später noch bestehen sollte, auf den Völkerbund, um ihn in seiner Wirksamkeit zu stärken. Darum betreiben wir doch auch Koalitionspolitik, wo sie nötig und möglich ist, um an der Staatsmacht beteiligt zu sein und Einfluß auf die Politik des Staats nach innen und außen zu gewinnen.

Wenn uns die einseitige Abrüstung von Dänemark entgegengehalten wird, so besteht hier doch zwischen Dänemark und Deutschland ein großer Unterschied. Dänemark mag vielleicht in einem Kriege etwa mit Norwegen und Schweden in der Lage sein, mit eignen Kräften aufzutreten, aber gegen eine Großmacht ist das völlig ausgeschlossen. Für Deutschland stehen bei seiner wirtschaftlichen, geographischen und politischen Lage die Dinge wesentlich anders.

Es wird von denen, die eine positive Wehrmachtpolitik verneinen, immer so getan, als ob die Massen auf ihrer Seite ständen. Hinter der Sozialdemokratie standen bei der letzten Wahl 9 Millionen Wähler. Wer von Ihnen in der Opposition hat den Mut, zu sagen, alle diese 9 Millionen sozialistischer Wähler seien wie Sie oppositionell zur Wehrmacht eingestellt? Außer Ihnen, Genossen von der Opposition, sind im Reichstag und auf dem Parteitag sehr viel Delegierte — ich hoffe, es ergibt sich bei der Abstimmung die Mehrheit —, die anders denken und die auch unter den 9 Millionen Wählern entsprechende Leute hinter sich haben. Also schon für die sozialistische Wählerschaft trifft Ihr Argument nicht zu. Und glauben Sie, daß sich von den andern 31 Millionen Wählern in Deutschland viele zu Ihrem Standpunkt bekennen? Wenn es zu einem Volksentscheid oder einer einfachen Abstimmung über die Frage käme: Wollen wir einseitig jede Wehrmacht und jeden Landesschutz beseitigen, unbekümmert um das, was die andern tun, dann würden Sie, Genosse Seydewitz und Genosse Levi, Ihr blaues Wunder erleben, welche Antwort Ihnen die Massen geben würden. (Sehr richtig!)

Also es ist gar nicht richtig, daß die Masse so eingestellt ist, wie die Opposition es uns darstellt. In unsern Kreisen ist es weniger die Abneigung gegen eine positive Wehrmachtpolitik als eine gewisse und zum Teil berechtigte Erbitterung gegen Erscheinungen innerhalb der Reichswehr. (Sehr wahr!) Wir werden in wenigen Tagen im Haushaltsausschuß und auch im Plenum des Reichstags Gelegenheit haben, das zum Ausdruck zu bringen. Aber davor warne ich: immer so zu tun, als wenn jeder Reichswehrangehörige mit der Absicht in die Reichswehr eintritt: du läßt dich ausbilden, um eines Tages einen Putsch gegen die Republik zu führen. Ach, die Leute in der Reichswehr dienen um ganz andrer Zwecke willen; sie wollen eine anständige Versorgung haben. Die Reichswehr wird mit der Regierung und mit der Regierungsgewalt gehen, die fest konsolidiert ist. Sie wird absolut zuverlässig einer sozialistischen Regierung sein, wenn sie diese Macht auszuüben versteht.

Man sagt, daß viele Offiziere und Berufssoldaten noch nicht den Weg zum heutigen Staate völlig gefunden haben. Das ist wahr. Es gibt ja sogar Sozialdemokraten, die heute noch nicht begriffen haben, daß wir einen andern Staat haben als vor 10 Jahren. (Sehr richtig!)

Ich bitte also die Vertagung dieser Frage abzulehnen und die Richtlinien der Wehrkommission anzunehmen. (Beifall.)

Eckstein (Breslau): Der Genosse Dittmann hat zur geschichtlichen Begründung des offiziellen Programmentwurfs darauf hingewiesen, daß die Partei auf vielen Parteitagen vor dem Kriege den Antimilitarismus Karl Liebknechts abgelehnt habe. Heute, wo ein bis zwei Jahrzehnte hinter diesen Ereignissen liegen, kann man vielleicht zweifelnd fragen, ob die Ablehnung des Antimilitarismus von Karl Liebknecht die richtige Politik der Partei vor dem Kriege und im Kriege gewesen ist. Jedenfalls erklären die Verfasser des Antrags 183, daß die geistigen Grundlagen ihres Gegenentwurfs dem wissenschaftlichen Werke der Rosa Luxemburg entnommen sind, und sie erweisen in diesem Augenblick dem Werke der Rosa Luxemburg ihre Reverenz.

Genosse Dittmann hat zur ökonomischen Begründung seines Standpunkts darauf hingewiesen, daß wir eigentlich nicht mehr im Kapitalismus leben, sondern in der Zeit, wo der Kapitalismus sich zum Sozialismus umbildet, wo sich auch das Werkzeug des Kapitalismus, die Militärmacht aus einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Institution umbilden müsse. Es ist kein Zweifel, daß die

wirtschaftliche Entwicklung technisch so weit ist, daß technische Elemente des Sozialismus in ihr vorhanden sind. Aber an der Tatsache, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, daß wir nicht in halb sozialistischer, sondern in hochkapitalistischer Wirtschaftsordnung leben, ist doch auch kein Zweifel. Und wenn gegenwärtig die Massen der am schlechtesten entlohnten Arbeiter, die schlesischen Textilarbeiter, ausgesperrt sind, so werden Sie nicht annehmen, daß zur Verteidigung ihrer Sozialinteressen gegen das Bürgertum die Reichswehr eingesetzt werden wird. Die Reichswehr ist das beste Verteidigungsmittel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Reichswehr ist die schärfste Waffe des Bürgertums gegen das Proletariat. An der Reichswehr hat sich nichts geändert, obwohl seit 1919 die Freunde der Herren Wirth, Haas und Lemmer in der Regierung sitzen, die uns gestern von Hermann Müller als besondere Muster politischer Weisheit vorgehalten worden sind. (Hermann Müller: Sie kennen wenigstens die Verfassung!) Und wenn Hermann Müller in seiner Regierungserklärung gesagt hat, daß jeder Deutsche stolz auf unsre Wehrmacht sei und in ihr nur einen Helfer und Schützer sehe, so möchte ich die Arbeiter sehen, die stolz auf die Wehrmacht sind und in ihr Helfer und Schützer ihrer Klasseninteressen sehen. (Sehr gut!)

Es ist kein Zufall, daß alle Bemühungen um die Republikanisierung und Demokratisierung der Reichswehr bisher vergeblich gewesen sind. Alle bürgerlichen Parteien sind darin einig, daß die Wehrmacht als scharfes Instrument der bürgerlichen Klasseninteressen erhalten werden muß. Wir stehen uns hier immer noch Klasse gegen Klasse, Bürgertum gegen Proletariat in unversöhnlichem Hasse gegenüber.

Sollen wir genötigt sein, in einem Verteidigungskrieg das Vaterland zu schützen? Wem gehört das Vaterland? Wem gehören die Produktionsmittel? Wem gehört der Grund und Boden, wem gehören die Fabriken und Maschinen? Den Arbeitern kann das Vaterland erst gehören, wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung da ist. Es ist immer noch das Wort, das der Parteivorsitzende Crispien vor einiger Zeit zitiert hat, das Wort des kommunistischen Manifestes, wahr, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kein Vaterland haben. Wenn man uns deswegen als Landesverräter bezeichnet, so nehmen wir diese Bezeichnung nicht als eine Beschimpfung, sondern als einen Ehrentitel an.

Genosse Dittmann sagte, wir sollten an die politische Situation denken, wenn etwa der italienische Faschismus Tirol oder wenn die Banden Horthys das Burgenland besetzten. Jeder Arbeiter wird dagegen aufstehen. (Rufe: Na also!) Aber glauben Sie, daß der offizielle Staat des Herrn Seipel sich gegen den Faschismus wehren wird? Glauben Sie, daß die Reichswehr die sozialen Errungenschaften der deutschen Gewerkschaften gegen einen faschistischen Angriff von innen oder außen verteidigen wird? (Zuruf: Wie war es denn beim Kapp-Putsch?) Wo die deutsche Reichswehr steht, haben die Ereignisse des Jahres 1923 in Sachsen deutlich erwiesen. Diese Ereignisse sind vom Proletariat nicht vergessen und werden nicht vergessen werden. Damals war der Oberbefehlshaber der Wehrmacht ein sozialdemokratischer Reichspräsident, und sogar er hat den Einsatz der Wehrmacht gegen das Proletariat nicht verhindern können. Nicht einmal die Tatsache, daß es damals eine Koalition gab, hat den Einsatz der Reichswehr verhindern können. Der sozialdemokratische Innenminister mußte eher zurücktreten, als daß er irgend etwas gegen diesen konterrevolutionären Zug der Militärmacht gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Sachsen tun konnte.

Man sagt, wir sollten in die Reichswehr hineingehen, sie zu durchdringen versuchen, sie mit unserm Geist erfüllen und dadurch sie als Klassenkampfinstrument des Bürgertums gegen uns abstumpfen. Wie wenig das möglich ist, solange es eine kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt, haben wir in Wien deutlich gesehen. Am 15. Juli 1927 hat sich die Wiener Polizei, in der sehr viele Sozialdemokraten stehen und die zu fünf Sechstel freigewerkschaftlich organisierte Männer hat, gegen das Wiener Proletariat gewendet, weil eben in solchen Augenblicken die Köpfe verwirrt werden und weil das Bürgertum in solchen Augenblicken ihr Instrument immer in der Hand hat.

Genosse Dittmann hat erklärt, wir hätten heute schon zehnmal mehr Sozialismus zu verteidigen als die Russen. Ich lasse dahingestellt, wieviel sozialistischen Aufbau Sowjetrußland hat. Aber wir deutschen Sozialdemokraten haben nicht Sozialismus zu verteidigen, sondern erst die Massen zu sammeln, um den Sozialismus zu erobern. Die von der Jugend in ihrer Sonntagdemonstration wieder aufgenommene Mahnung Karl Liebknechts: Der Feind steht im eignen Lande, gilt immer noch. Wir wollen ihn im eignen Lande schlagen. Das sei unser Wehrprogramm. (Beifall.)

Crispien (Berlin): Der Genosse Levi hat sich gestern so hoch in theoretisch-philosophische Untersuchungen erhoben, daß er kein Fingerspitzengefühl mehr aufbringen konnte für das Erkennen der gegenwärtigen politischen Situation. Ich möchte demgegenüber sagen, daß der Genosse Levi zwar philosophische und soziologische Untersuchungen angestellt hat, aber da er sich in so hohen Regionen bewegte, hat er die Kleinigkeit vergessen, daß diese Dinge, die er als ausschlaggebend bezeichnete, erst abhängig sind von den ökonomischen Grundlagen, und Marx hat nicht nur über den Hunger geschrieben, sondern seine Arbeit ist auch eine Arbeit über den Krieg und über alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben.

Ich möchte nicht dem Genossen Levi folgen. Ich will es halten mit jenem Worte, daß sich Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst selber vortragen. Und gerade darin, daß wir bei der Formulierung unsrer Richtlinien von der gegenwärtigen politischen Situation ausgehen, sehe ich den größten Vorzug unsrer Richtlinien. Es ist kein Programm, weil die Sozialdemokratie ein Wehrprogramm überhaupt nicht haben kann, weil der Sozialismus programmäßig, in seinem Ziel und seiner Verwirklichung eine gewaltlose Gesellschaft darstellt, in der kein Raum mehr vorhanden ist für irgendeine gewaltsame Auseinandersetzung.

Darum ist der Entwurf, der uns gegenübergestellt ist, auch merkwürdig vom sozialdemokratischen Standpunkt aus. Er übergeht gerade alle jene politischen Epochen, in denen die Gewalt noch eine Rolle spielt. Wir wissen, daß wir die Gewalt als Angriffsmittel ablehnen, daß wir aber auch die Gewalt ablehnen als ein Mittel, um sozialistische Ziele zu verwirklichen. Aber gegen unsern Willen spielt die Gewalt eine Rolle in der gegenwärtigen Gesellschaft, unter der gegenwärtigen politischen Konstellation. Ueber diese Epoche fliegt Levi mit seinem Entwurf hinweg, und er beginnt dort, wo die sozialistische Gesellschaft im Werden ist, da soll die Gewalt eingestellt werden, da meint er: dann brauchen wir alle Mittel, um gegen alle Angriffe aufkommen zu können, dann müssen wir uns die Machtmittel schaffen, die die sozialistische Gesellschaft zu ihrer Begründung braucht.

Ich brauche doch nur aufzuzeigen, daß das der tiefste Gegensatz ist zwischen den Bolschewisten Rußlands und den Sozialdemokraten. Die Bolschewisten wollen die Menschen mit Gewalt, auch gegen bessere Erkenntnis glücklich machen, während wir Sozialdemokraten sagen: der Sozialismus kann mit Gewalt überhaupt nicht verwirklicht werden, nur mit der freudigen bewußten Mitarbeit der Massen, die in der sozialistischen Gesellschaft ihr Leben führen sollen.

Darin liegt die Bedeutung unsrer Richtlinien, daß sie für die unmittelbare Gegenwart gelten. Und wenn wir in der nächsten Zeit eine andre politische

Konstellation haben, dann kann ich mir vorstellen, daß wir auch andre politische Richtlinien für unsre Wehrpolitik haben könnten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die wirkliche Abrüstung überhaupt nur international durchgeführt werden kann, daß eine Abrüstung in einem Lande für die allgemeine Abrüstung keine große Bedeutung hat. (Sehr richtig!) Da wir als Sozialdemokraten ja auch international verpflichtet und gebunden sind, gilt auch heute noch für uns das, was Engels in seinen Untersuchungen über die Frage der Abrüstung im Jahre 1893 als grundlegend für die sozialistische Politik festgelegt hat. Engels sagte damals: „Abrüstung jawohl, aber bis zu einer Grenze, und die Grenze wird bestimmt von dem, woran die internationale Sozialdemokratie interessiert ist. Sie ist daran interessiert, daß nicht eine unerwünschte Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Staaten eintritt, durch die der internationale Sozialismus in seiner Wirkungsmöglichkeit behindert wird." Wenn ich das auf die heutige Zeit anwende, so bedeutet das: es ist ein Unsinn, nur die Demokratien radikal abzurüsten, während die reaktionären Staaten aufrüsten (lebhafte Zustimmung), weil das eine internationale Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten der proletarischen, sozialistischen Bewegung bedeutet.

Auch die Genossen Eckstein und Levi erklären: natürlich verteidigen wir die Errungenschaften der Arbeiterklasse, wenn sie uns genommen werden sollten. Nichts andres sagen wir in unsern Richtlinien. Es ist eine Andeutung des sogenannten jakobinischen Verteidigungsstandpunktes, wenn wir schreiben: wir müssen die Errungenschaften der Arbeiter verteidigen, nicht nur, wenn sie von innen heraus, sondern auch, wenn sie von außen her bedroht werden.

In diesem Zusammenhang meinte Genosse Eckstein, ich selbst hätte erklärt, der deutsche Arbeiter habe kein Vaterland, das er verteidigen könnte. Ich bemerke, daß ich den Begriff der Vaterlandsverteidigung nicht anwende, weil er nach meiner Auffassung geschichtlich gar nicht mehr zutrifft, weil wir ganz andre Dinge verteidigen müssen (Sehr richtig!) und weil ich der Meinung bin, daß das Vaterland, das heute als Deutschland vor uns steht, in ein größeres Vaterland aufgehen wird, wie wir es in unserm Programm bezeichnen, in die Vereinigten Staaten von Europa in Verbindung mit andern Kontinenten. Mein Ausspruch ist gemeint nicht in dem Sinne, wie Eckstein ihn angeführt hat, sondern im Sinne einer höhern Entwicklung, der Zusammenführung der Völker der verschiedenen Staaten. So wie die einzelnen deutschen Staaten nicht mehr im Kriege gegeneinander auftreten — was früher üblich war —, so wird eine Zeit kommen, in der auch in Europa Staaten nicht mehr gegeneinander kämpfen, weil sie eine geschlossene Wirtschaft bilden. Darin liegt überhaupt die größte Friedenstendenz, in der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wenn die Genossen von der Opposition gegen uns polemisieren, so erleben wir immer wieder, daß sie sich Argumente aus unsern Richtlinien zu eigen machen und den Anschein erwecken, als wollten wir das Gegenteil dessen, was sie eben anführten. Die Genossen, die unsre Richtlinien bekämpfen, sollten sie doch wenigstens in ihrem Zusammenhang lesen und die Richtlinien mit unserm Gesamtprogramm in Zusammenhang bringen. (Sehr richtig!) Die Vertreter des Gegenentwurfs machen den Fehler, daß sie die Frage der Abrüstung und der Wehrmacht aus dem allgemeinen Zusammenhang lösen und nun drauflosschlagen. Sie sind aber nicht imstande, uns irgendeine praktische Lösung vorzuschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Daraus erklärt sich die Schwäche des Gegenentwurfs. Er wiederholt einen Gedanken drei-, viermal; es ist ein ängstliches Herumlaufen im Kreise. Auf der Rückseite des Gegenentwurfs erscheint verschämt eine Reihe von Forderungen. Hier wird dargelegt, daß die Reichswehr umgestaltet werden muß. Es kann doch kein Mensch behaupten, daß wir irgendeinen Militarismus verteidigen wollten. Im Gegenteil, wir erklären ausdrücklich in unsern Richtlinien: die Wehrmacht, die uns vorschwebt, ist nicht die

Reichswehr; denn sie soll ja umgestaltet werden. Wir wollen nicht verkennen, daß auch in der Reichswehr gute Elemente sein mögen; aber in ihrem Gesamtcharakter wird sie so entschieden wie möglich von uns abgelehnt. Wenn unsre Forderungen durchgeführt sind, besteht die Reichswehr nicht mehr. Das wollen auch die Vertreter des Gegenentwurfs.

Ich möchte hier einschaltend bemerken, daß unsre Richtlinien den Genossen im Reichstag, im Fachausschuß, gute Grundlagen für ihren Kampf um die Umgestaltung der Reichswehr geben. Ich will nur erinnern an die üble Einrichtung, daß Traditionen in der Reichswehr gepflegt werden. Die Republik hat keine Traditionen aus der kaiserlichen Zeit zu pflegen, auch nicht in ihrer Wehrmacht. (Sehr richtig!) Mit der Republik beginnt eine neue Epoche, und sie soll eine neue Tradition auch für die Reichswehr begründen. (Zustimmung.) Unsre Richtlinien sind die denkbar schärfste Absage an den Militarismus und an den Krieg. (Sehr wahr!) Genosse Levi sagt in seinem Entwurf: Was jetzt geschieht, steht nicht in unsern Akten und interessiert uns nicht. Diesen bequemen Standpunkt kann eine kleine Opposition einnehmen, aber nicht eine Partei, die millionenstark ist und gezwungen wird, ob sie will oder nicht, sich mit dem, was jetzt geschieht, auseinanderzusetzen. (Sehr richtig!) Dafür, daß diese Auseinandersetzung im Sinne des Aufstiegs des Sozialismus erfolgen kann, sollen unsre Richtlinien eine Grundlage schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Hözter (Hessen): Genossinnen und Genossen! Der Genosse Dittmann hat in seinen gestrigen Ausführungen den ersten Satz des Antrags Nr. 183 kritisiert. Dieser Satz lautet:

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Genosse Dittmann meinte, das besage letzten Endes gar nichts andres, als daß jedes Ding den Charakter seiner Zeit trage. Nun, bei der Lektüre des offiziellen Entwurfs der Kommission entsteht gerade der Eindruck, als ob der Entwurf nicht den Charakter seiner Zeit trage (Lachen), weil nämlich dieser Entwurf von denjenigen Erscheinungen der heutigen Zeit absieht, welche für die politische Gesamthaltung der Partei maßgebend sein müssen. Das ist die Erscheinung des Imperialismus. Deswegen kommt dem ersten Satze des Antrags Nr. 183 besondere Bedeutung zu.

Wenn man allerdings glaubt, daß der Imperialismus im wesentlichen nichts andres sei als eine außenpolitische Erscheinung, dann könnte man auf die Meinung des Genossen Dittmann kommen, daß dieser Satz eine Binsenwahrheit ausspreche. Aber die außenpolitischen Erscheinungen des Imperialismus sind ja nur Wirkungen, und es heißt die Ursache mit der Wirkung verwechseln, wenn man den Imperialismus nur als eine der Außenpolitik angehörende Erscheinung charakterisieren will. Der Imperialismus ist erstlich eine ökonomische, gesellschaftliche Tatsache, die sich in jedem Land innerhalb der nationalen Grenzen auswirkt. (Sehr richtig!) Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutsche Republik ihrem Charakter nach eine imperialistische Republik ist. (Zustimmung.) In der deutschen Republik hat sich der letzte Entwicklungsgang des Kapitals in der Welt besonders deutlich gezeigt, nämlich der Entwicklungsprozeß aus der Aera der freien Konkurrenz in die Aera der Konzentration und Monopolisierung, begleitet durch die Verschmelzung des Bank-, Industrie- und Handelskapitals zum Finanzkapital. Dieser Prozeß ist auch nach einer Denkschrift, die das Reichswirtschaftsministerium im Jahre 1927 herausgegeben hat, in Deutschland zu besondrer Entfaltung gelangt, und dieser wirtschaftliche Prozeß, begleitet von allen Erscheinungen der Rationalisierung und der Bedrohung mittelständlerischer Existenzen ist der erste Prozeß imperialistischer Entwicklung. Die deutsche Republik unterscheidet sich ihrem ökonomischen Charakter nach von den frühern Erscheinungen in Deutschland, und von dieser Entwicklung wird in dem offiziellen Entwurf vollständig abstrahiert.

Der erste Fehler des Entwurfs ist, daß die ganze Frage des Militarismus und des Wehrproblems losgelöst von dieser Entwicklung betrachtet wird, die

alle Politik bestimmt. Diese Entwicklung aber, die wir in Deutschland durchgemacht haben, hat ein Ergebnis gehabt, das für die Haltung der Arbeiterklasse von entscheidender Bedeutung sein sollte. Das ist das Ergebnis der Verschärfung der Klassengegensätze. Im Zeitalter des Imperialismus verschärfen sich die Klassengegensätze. Das ganze Gerede von der Krise der Demokratie und des Parlamentarismus ist keine rein politische Erscheinung, sondern als politische Oberflächenerscheinung zurückzuführen auf den wachsenden Widerstand des durch den Konzentrations- und Mobilisierungsprozeß auch in Deutschland stabilisierten Kapitalismus.

Wenn das richtig ist, dann müßte in einer Frage, die so eng mit diesen Dingen zusammenhängt wie die Frage des Militarismus und des Wehrproblems gerade auch auf diese Entwicklung besonders Bezug genommen werden. Die technische Entwicklung der Kriegführung, die Tatsache, daß in einem modernen Kriege die gesamte Industrie die Grundlage der technischen Kriegführung bildet, die Verwendung moderner Kriegswaffen sind Folgen der Entwicklung zum konzentrierten Hochkapitalismus. Daraus ersehen Sie, daß sich diese Frage einfach nicht ohne Rücksicht auf die Gesamtentwicklung behandeln läßt.

Ist das richtig, dann ist der Absatz 3 des vorliegenden Entwurfs katastrophal für die Politik der Arbeiterklasse. In Absatz 3, in dem die Existenz der Reichswehr mit erschlichenen Argumenten begründet und der Versuch gemacht wird, der Arbeiterklasse ihre Haltung im Falle eines Krieges auf eine Weise zu erklären, die sicher nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, wird davon gesprochen daß solange konterrevolutionäre und faschistische Gefahren in Europa, in der Welt bestehen, auf die Reichswehr nicht verzichtet werden könne. Wenn man aber das ganze Problem vom Standpunkt des Imperialimus betrachtet und es als ein imperialistisches Problem ansieht, dann ist es klar, daß auch konterrevolutionäre und faschistische Einbrüche etwa in die Grenzen der deutschen oder österreichischen Republik keineswegs isoliert erfolgen können. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß im Zeitalter internationaler Kapitalverflechtungen isolierte Kriege von Land zu Land nicht mehr geführt werden können. Jedes Kind weiß, daß, als etwa Mussolini Korfu schnappte, vorher eine intensive Verständigung der italienischen mit der englischen Außenpolitik stattgefunden hat. Heute kann kein Diktator es wagen, unbekümmert um die politische Gesamtsituation und die internationale Kapitalverflechtung einen Krieg vom Zaune zu brechen. Jeder Krieg bedeutet eine Krise in den wirtschafts-imperialistischen Beziehungen der hochkapitalistischen europäischen Weltstaaten.

Deswegen ist es richtig, daß das Proletariat in einem solchen Kriege nichts andres zu verteidigen haben wird als seine Klasseninteressen. In diesem Zusammenhang ist von der jakobinischen Landesverteidigung gesprochen worden. Es ist eine große Schwäche der Richtlinien des Entwurfs, daß sie nicht mit präziser Genauigkeit angeben, wie das Proletariat sich eigentlich prinzipiell verhalten soll, wenn selbst der Eventualfall eines konterrevolutionären oder faschistischen Einbruchs in die Grenzen einer Republik eintritt. Es ist eben ein Unterschied, ob dann die Verteidigung der Belange des Proletariats vom Proletariat selbst in der Form des Klassenkampfes geführt wird, oder ob die Arbeiterklasse im Einvernehmen mit dem Bürgertum und unter Benutzung der Institutionen des Bürgertums kämpft.

Wenn den Vertretern des Gegenentwurfs der Vorwurf gemacht wird, daß es nicht angängig sei, im Falle eines konterrevolutionären Krieges dem Proletariat zu sagen, es solle beiseitestehen, so ist darauf zu erwidern, daß kein Gegner des offiziellen Entwurfs etwa daran denkt, daß in einem Krieg auch um die formal-demokratischen Errungenschaften das Proletariat beiseitestehen soll. Aber was verlangt werden muß, ist, daß das Proletariat seinen Kampf als proletarische Klasse führt, nicht im Einvernehmen mit dem Bürgertum. Ich kann mich beziehen auf ein Wort, das der Genosse Otto Bauer in die Diskussion geworfen hat. Otto Bauer führte aus, daß die beste Gewähr für den internationalen Frieden die Angst der herrschenden Klasse davor ist, daß jeder neue Krieg den Ausbruch einer Revolution entfesseln würde. Sorgen wir dafür, die Richtlinien so zu gestalten, daß wirklich das Bürgertum in der ganzen Welt Angst bekommt vor der Entfesselung eines neuen Krieges, weil jeder neue Krieg die Uebertragung der politischen und wirtschaftlichen Macht an das Proletariat zu bedeuten hat. (Beifall.)

Severing (Berlin, lebhaft begrüßt): Parteigenossen! Als ich vor einigen Monaten, wie alle Parteigenossen, die leidenschaftlichen Debatten in der Parteipresse und in Versammlungen auf mich wirken lassen mußte, war ich einigermaßen bestürzt darüber, daß von einem Wehrprogramm gesprochen wurde. Und gestern überfiel mich ein förmliches Grauen, als Genosse Levi diesen Ausdruck noch steigerte und von einem Kriegsprogramm sprach. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Gegen wen und mit welchen Mitteln wollen wir denn eigentlich Krieg führen? (Rufe: Sehr richtig!) Wenn die gestrige und heutige Debatte auf einem internationalen Kongreß geführt würde, so würde ich volles Verständnis dafür aufbringen; aber daß wir diese grundsätzlichen Auseinandersetzungen im Hinblick auf unser Hunderttausend-Mann-Heer führen, scheint mir doch nicht gerade von richtigem politischem Augenmaß zu zeugen. (Zustimmung und Heiterkeit.) Ich bin gestern nur dadurch beruhigt worden, daß der Genosse Dittmann davon sprach, daß die Kommission ja gar nicht so unbescheiden sei, an die Stelle des lapidaren Heidelberger Programmsatzes über unsre Stellung zur Reichswehr ein neues Programm zu setzen, sondern daß es sich nur darum handle, Richtlinien für die praktische Tagespolitik der nächsten Jahre aufzustellen. (Zustimmung.)

Gestatten Sie mir, da mir Theorien, besonders falsche Theorien, nicht liegen, eben von dem Gesichtspunkt der praktischen Tagespolitik aus ein paar Bemerkungen zu machen. Der Genosse Künstler hat gestern gemeint, daß, wenn die Panzerkreuzeraffäre die Parteigenossenschaft des Landes nicht so sehr erregt hätte, wir wahrscheinlich eine Wehrdebatte auf unserm Parteitag nicht haben würden. Ich glaube, dem ist nicht zu widersprechen. Aber der Genosse Künstler hätte einen Schritt weitergehen müssen, nämlich so weit, wie es Genosse Leber in seinen Ausführungen angedeutet hat. Wenn insbesondere die Arbeiter oder die Republikaner schlechthin im Laufe des verflossenen Jahrzehnts ein andres Verhältnis zur Reichswehr bekommen hätten, wenn wir wüßten, daß die Reichswehr eine republikanische Einrichtung sei, in der selbst ein Panzerkreuzer nicht gegen den Frieden, nicht gegen die Interessen der Arbeiterklasse mißbraucht werden könnte, dann hätten wir wahrscheinlich diese Debatte nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Deswegen scheint es mir darauf anzukommen, einmal zu untersuchen, wie wir ein besseres Verhältnis der deutschen Republikaner, der deutschen Sozialdemokraten zur Reichswehr herstellen können.

Genosse Seger hat heute morgen gesagt, es sei eine Utopie, eine Demokratisierung der Reichswehr zu erwarten. Ich stimme dem durchaus zu. (Sehr richtig!) Die Demokratie ist mit dem Charakter einer soldatischen Truppe einfach unvereinbar. Das müssen wir aussprechen, wenn wir uns nicht selbst täuschen wollen. Aber darauf kommt es auch nicht an. (Sehr wahr!) Es kommt darauf an, daß wir die Reichswehr republikanisieren. (Zustimmung.) Das ist nicht in dem Maße geschehen, wie wir es für wünschenswert halten und wie es im Interesse des Reiches und der Reichswehr notwendig ist. (Erneute Zustimmung.) Aber Genosse Leber hat recht, wenn er bei der Untersuchung der Schuldfrage nicht wie ein Pharisäer auf die Reichswehr zeigt und sagt, die Reichswehr allein sei schuld, sondern erklärt: wir haben an unsre Brust zu schlagen und zu sagen: Mea culpa. (Sehr wahr!) Es ist ja nicht ganz so, wie der Genosse Schöpflin heute morgen meinte, daß die Sozialdemokratische Partei zu jeder Zeit der Reichswehr jeden Mann bewilligt hätte. O ja, wir haben es zugelassen, daß die Reichswehr ihre Mannschaften warb, wo sie sie — bei den andern finden konnte. Aber es hat in den Jahren 1919 und 1920 nicht nur

unabhängige sozialistische Organisationen, sondern auch Organisationen der Mehrheitssozialdemokratie gegeben, die vor dem Eintritt in die Reichswehr warnten. (Lebhafte Rufe: Leider, leider! Heute noch!) Ich will auf die aus dem Kriege zurückgekehrten Sozialisten, die den Kriegsdienst satt hatten, die für sich abrüsten wollten, keinen Stein werfen. Wir betrachten die Dinge ja auch geschichtlich. Die geschichtliche Feststellung aber besteht in nichts anderm als darin, daß im Jahre 1919 nicht nur Noske, sondern auch andre — auch ich gehörte zu ihnen — vergeblich versucht haben, Republikaner in die Reichswehr hineinzubekommen. (Sehr wahr!)

Sollen wir nun, nachdem wir gesehen haben, was aus dieser Abstinenzpolitik der Reichswehr gegenüber geworden ist, diesen Fehler konservieren oder sollen wir nicht endlich zur Besinnung kommen und den energischen Kampf um die Republikanisierung der Reichswehr aufnehmen? (Lebhafte Zustimmung.) Dagegen wird vielleicht auch eingewandt werden: das alles ist Utopie; es wird nie gelingen. Nun, eine Parallele zeigt, daß man so fatalistisch, so resigniert die Dinge nicht ansehen darf. Genosse Dittmann hat in seinem Referat davon gesprochen, daß in der Vorkriegszeit unsre Parteigenossen gegen die Polizei die schärfsten politischen Attacken geritten haben, weil sie in der Polizei die Arbeiterfeinde, die Büttel gegen jede politische Freiheit erblickten. Genosse Dittmann hat aber ebenso hervorgehoben: heute haben wir sozialdemokratische Polizeiminister, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, heute ist die Polizei von einem ganz andern Geiste beseelt. Kommt das von ungefähr? (Sehr gut!) Als ich die ersten staatlichen Polizeikörper in die Grenzprovinzen des Reiches brachte, nach dem Rheinland und nach Schlesien, kamen nicht selten Deputationen aus den mit staatlicher Polizei zu belegenden Städten nach Berlin mit dem Petitum, doch die Schutzpolizei, diese verkappten Militaristen, zurückzuziehen, die Arbeiterschaft werde sich nie mit diesen „getarnten" militärischen Formationen stellen können. Insbesondere unsre Genossen aus dem niederschlesischen Industriebezirk haben derartige Forderungen noch im Jahre 1923 erhoben. (Hört, hört!) Als im vergangenen Jahr unsre Waldenburger Genossen mich auf sportliche Uebungen ihrer Polizei aufmerksam machten, fragte ich sie, ob denn auch jetzt noch die staatliche Schutzpolizei aus Waldenburg zurückgezogen werden sollte. Da haben sie mir geantwortet: „Um Gottes willen nicht! In dieser Schutzpolizei finden wir nicht allein Rat und Hilfe, sondern die Mannschaften dieser Schutzpolizei sind die verläßlichsten Republikaner im Bezirk." (Große Heiterkeit und Rufe: Hört, hört!) Die Republikaner sind aber nicht von selbst in die Schutzpolizei hineingekommen, sondern sie konnten aus den republikanischen Kreisen genommen werden, weil im Jahre 1920 uns von den Interalliierten eine Verstärkung der Polizei zugestanden wurde und weil die Polizeiminister der sozialistisch verwalteten Länder diese Situation nutzten, um nicht die Landsknechte wilder Freikorps in die Polizei zu nehmen, sondern im Geiste der Gewerkschaften erzogene Arbeiter. Ein solcher frischer Blutzustrom von in unserm Sinne erzogenen und beeinflußten Staatsbürgern zur Schutzpolizei ist wiederholt im Jahre 1923 erfolgt, vor allem, als es durch die Ausweisung der Schutzpolizei aus Rheinland-Westfalen notwendig wurde, schnell eine Ersatzpolizei zu improvisieren, die dann aus den Gewerkschaften beider Richtungen gestellt wurde, ebenso, als es im November 1923 darauf ankam, gegenüber den Putschplänen im Süden und Norden des Reiches der Regierung schnell ein starkes und verläßliches Instrument zu schaffen.

Nun weiß ich, daß bei der Reichswehr sofort derartige Einströmungen republikanischer Rekruten nicht möglich sind. Aber auch die Genossen Levi, Seydewitz und Rosenfeld glauben, daß eine allmähliche Republikanisierung schließlich möglich ist. (Rosenfeld: Und Herr Groener?) — Herr Groener wird nicht ewig Reichswehrminister sein. — Sie halten das doch auch für möglich, denn sonst hätte die Forderung in Ihrem Aktionsprogramm keinen Sinn, das bestehende Rekrutierungssystem zu ändern. Ueber die von Ihnen vorgeschlagene

Formulierung läßt sich reden; die Genossen von der Opposition halten jedenfalls — das stelle ich fest — eine Verjüngung der Reichswehr in republikanischem Sinne für durchaus möglich. An diese Aufgabe, Parteigenossen, sollten wir gehen!

Ich bin durchaus für Richtlinien. Sie können mitunter etwas ganz Gutes bedeuten. Aber wichtiger ist mir reale Macht. (Lebhafte Zustimmung.) Diese werden wir nicht allein im Reichstag ausüben können. Die Stärke unsrer Fraktion in allen Ehren, den Sachverstand der Mitglieder unsrer Fraktion in allen Ehren — aber es kommt nicht allein bei derartigen Dingen auf die Legislative an, sondern vielmehr auf die Exekutive, auf die Verwaltung. (Lebhafte Zustimmung.) Parteigenossen von der Opposition, alles, was Sie in Ihrem Aktionsprogramm fordern, ist zu einem guten Teil nur durch die Verwaltung der Reichswehr, damit will ich sagen, nur durch eine Beteiligung an der Reichsregierung möglich. (Sehr richtig!) Genosse Rosenfeld fragte eben: Unter Groener? Seydewitz hat mit seiner Behauptung unrecht, die Reichswehr habe sich nicht geändert. Wer das Internum der Dinge kennt, weiß, daß seit dem Eintritt Groeners in die Reichsregierung sich doch schon einiges geändert hat. Nicht umsonst hetzen gerade jetzt die Nationalsozialisten gegen die Reichswehr. Aber wenn wir Groener allein lassen oder in die Gesellschaft von deutschnationalen Ministern bringen, glauben Sie, daß wir dann leichter zu einer Durchsetzung des oppositionellen Programms kommen? Nein! Nur durch Zusammenwirken des Innenministers, des Verfassungsministers, des Polizeiministers, wenn es ein Republikaner ist, mit dem Wehrminister ist es heute schon unter Groener möglich, zu den ersten Anfängen einer Republikanisierung der Reichswehr zu gelangen.

Dann müssen wir aber wahr machen, was der Genosse Hermann Müller im Juli des vergangenen Jahres als Reichskanzler auch in der Fraktion erklärt hat: „Sofern wir von der Reichswehr verlangen, daß sie sich als verfassungsmäßiges Organ der republikanischen Regierung fühlt und aufführt, so muß die Republik alles das, was für die Reichswehr erforderlich ist, auch bewilligen", — und ich füge hinzu: nicht nur Gelder, sondern auch moralischen Kredit. (Lebhafte Zustimmung.) Ich komme wohl nicht in den Verdacht, ein kritikloser Lobredner der Reichswehr zu sein. In den Jahren 1921, 1922, 1923 und 1924 galt ich als persona ingratissima bei der Reichswehr. Bei allen Stellen hat sich das noch nicht geändert. Aber ich spreche hier nicht um der schönen Augen der Reichswehrleitung wegen, sondern um der Republik und der Arbeiterklasse willen, und da sage ich: Wer seine Aufgabe als Sozialist darin erblickt, nur ständig die Reichswehr zu bekritteln und nicht nur das, was wirklich an der Reichswehr noch tadelnswert ist, wer es nicht fertigbringt, auch anzuerkennen, was gelegentlich die Reichswehr nach unsrer Auffassung Gutes vollbringt, wird eine Republikanisierung der Reichswehr nicht durchsetzen. (Sehr richtig!) So gute Psychologen sollten auch die Genossen von der Opposition sein, daß sie erkennen, daß Menschen einer Einrichtung, die man täglich herunterputzt, manchmal auch ungerecht angreift, mit diesen Kritikern nicht gut Freund werden und sich nicht gerade bemüßigt fühlen, die politische und staatsbürgerliche Auffassung jener gut zu finden, die sich in diesen Herabsetzungen gefallen.

Gestatten Sie noch ein Wort zu dem Entwurf des Genossen, wie soll ich sagen, Levi? Nein, das sind Sie gar nicht, Genosse Levi! (Ludwig: Sehr gut!) Genosse Levi kann das, was in der Resolution steht, nicht allein decken, oder er hat gestern etwas ganz andres gesagt, als er sagen wollte. Ich war sehr bestürzt, daß Seydewitz, der Kompagnon von Levi, der heute sprach, seinen Freund gänzlich vergaß. (Heiterkeit.) Nach Levi ist der Krieg ein soziologisches Phänomen —, nach Seydewitz das Werk der Generale! (Zurufe.) Nach Seydewitz ist der Geschlagene eines Krieges immer das Proletariat. Ganz abgesehen davon, daß diese Bemerkung geschichtlich nicht zutreffend ist, denn das deutsche Prole-

tariat hat die Demokratie erobert und ist insofern wohl kaum als geschlagen zu bezeichnen, steht diese Auffassung nach meinem Empfinden, wenn ich Levi gestern richtig verstanden habe, was nicht ganz leicht war (Sehr richtig!), in einem schreienden Widerspruch zu den grundsätzlichen Bemerkungen von Levi gestern. Ich weiß danach nicht, wen ich für diese Resolution verantwortlich machen soll. (Zuruf: Alle beide!)

In der Form ist diese Entscheidung glänzend. Sie enthält alles: Analyse, These, Antithese. Nur habe ich vergeblich die Synthese gesucht. (Heiterkeit.)

Unter 4 der Resolution heißt es u. a.:

> Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt immer wieder den Klassengegensatz in der kapitalistischen Gesellschaft in den Vordergrund des politischen Kampfes, sie erkennt die Notwendigkeit, diejenigen proletarischen Machtmittel zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Begründung und zu ihrer Verteidigung bedarf.
>
> Die Wehrmacht im kapitalistischen Staat ist nicht nur dazu bestimmt, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen, sondern sie wird bei entscheidenden Auseinandersetzungen auch zwischen Proletariat und Bourgeoisie benutzt.

Damit wird die geschichtliche Aufgabe der Wehrmacht in einem kapitalistischen Staat festgestellt, was aber die oppositionellen Genossen nicht hindert, ein Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit zu fordern. (Heiterkeit.)

Ich halte es auch für sehr naiv, in diesem Staat, an dem die Genossen der Opposition nicht im Sinne der Machterweiterung des Proletariats mitarbeiten wollen, Toleranz dafür zu erwarten, „daß die proletarischen Machtmittel geschaffen werden, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Begründung und Verteidigung bedarf". Was ist das? Sollen wir Maschinengewehre, sollen wir Flinten beschaffen? (Zuruf: Resolutionspapier!) Ja, einstweilen haben wir nur papierne Kugeln, zusammengeballte Resolutionen. Wenn aber damit reale Machtmittel, technische, militärische Machtmittel verstanden werden, dann sage ich der Opposition: Sowenig wie wir heute im republikanisch-demokratischen Staat derartige Rüstungen der Faschisten und Bolschewisten dulden, sowenig würde eine Regierung — besonders ohne unsre Beteiligung, ich füge aber auch hinzu: eine Regierung mit unsrer Beteiligung — es dulden dürfen, daß zum Bürgerkrieg auch von andern als den genannten beiden extremen Richtungen gerüstet wird. (Sehr richtig!)

Es ist auch nicht richtig, daß im kapitalistischen Staat die Wehrmacht nur dazu bestimmt ist, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen. Die Sozialdemokratie im kapitalistischen Staat kann die Landesverteidigung nicht ablehnen. Wir haben viel schlimmere Zeiten als das Burgenland erlebt. 1920 sind Arbeiterdeputationen aus Oberschlesien zu mir nach Berlin gekommen mit der kategorischen Forderung, sie zu bewaffnen, um dem Terror und dem Raub der polnischen Insurgenten entgegentreten zu können. Wir konnten 1920 — vor dem Entwaffnungsgesetz — froh sein, daß wir in Ostpreußen noch Waffen besaßen, die wir den Arbeitern und Bauern in die Hand gaben, damit die übergetretenen Zehntausende von Soldaten und Flüchtlingen Ostpreußen nicht zerstampften. Glauben Sie, daß, wenn wir diese Landesverteidigung ablehnen, wir damit dem Lande und der Arbeiterschaft einen Dienst erweisen? (Sehr gut!) Die Ablehnung einer solchen Verteidigung der deutschen Grenzen würde mindestens an den Grenzen einen Faschismus hochziehen, dessen Berechtigung wir nicht einmal bestreiten können. Einmal an den Grenzen derartige Organisationen, derartige illegale Vereinigungen großgezogen, muß in den Kern Deutschlands ausstrahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Das wäre der erste Schritt zum Faschismus überhaupt!

Ich bitte, eine einheitliche Marschrichtung des Parteitags durch Annahme der Richtlinien herbeizuführen, in Berücksichtigung der Deklaration, die Dittmann gestern gegeben hat. Aber darüber darf sich der Parteitag keiner Täuschung hingeben, daß die Annahme dieser Richtlinien die Frage nicht löst, sondern sie höchstens in Fluß bringt, und daß wir täglich im Parlament, in der Regierung und draußen dafür zu sorgen haben, daß die Forderungen auch erfüllt werden. (Bravo! und Händeklatschen.)

Rümer (Ludwigsburg): Abschnitt IV des Entwurfs der Wehrkommission hat in der Debatte keine besondere Aufmerksamkeit gefunden. Trotzdem ist das Verbot des Giftgaskrieges nicht weniger unannehmbar, als andre Teile des Entwurfs. Die humane Absicht der Forderung soll damit keineswegs verkannt werden. Niemand unter uns würde nicht den Krieg, wenn er schon sein muß, auf ein Duell der Anstifter und auf die kapitalistischen Nutznießer einschränken wollen, wenn das möglich wäre. Wie uns aber die Praktiker und Realpolitiker immer wieder sagen, kommt es nicht allein darauf an, was wir wollen, sondern was möglich ist. Diese Basis ist aber mit der Forderung nach einem Verbot des Giftgaskrieges verlassen worden. Diese Forderung nochmals zu erheben, ist überflüssig, weil sie in der Haager Landkriegsordnung seit 1907 anerkanntes Völkerrecht geworden ist und doch die Anwendung des Giftgaskrieges im letzten Kriege nicht verhindern konnte. Die Frage ist also berechtigt, ob eine nochmalige Kodifizierung einen andern Erfolg versprechen würde. Können wir eine Formulierung finden, die künftig jeder Interpretationskunst standhält? Glauben Sie, daß die imperialistischen und militaristischen Mächte durch ein Verbot dieser Waffe sich diese wirkungsvolle, vielleicht gar entscheidende Waffe nehmen lassen werden? Wir brauchen uns nur der Begründung zu erinnern, die man deutscherseits der Anwendung des Giftgases im Weltkrieg gegeben hat. Die französischen Pioniere sollen mit einer mit einem harmlosen Giftgas gefüllten Gewehrgranate ins Feld gezogen sein. Der Beweis dafür ist in der deutschen Literatur niemals angetreten worden, daß ein deutscher Soldat durch dieses Giftgas verletzt worden ist. Trotzdem wurde damit die Anwendung gerechtfertigt, und der große Chlorgasangriff vom 22. 4. 1915 in Flandern eingeleitet. Wenn mit solcher Spielerei etwas begründet werden kann, müssen wir schlechterdings daran zweifeln, daß die Anwendung des Giftgases durch solche Verbote verhindert wird. Es fragt sich technisch, ob die Verbindung des Giftgases mit dem Explosivstoff der Granate als eine besondere Waffe betrachtet werden kann. Die neuere Entwicklung geht dahin, beispielsweise das gefährliche Kohlenmonoxyd wirkungsvoller mit dem Explosivstoff zu verbinden. Damit ist das Verbot des Giftgaskrieges leicht zu umgehen.

Es ist schon davon gesprochen worden, daß die Diplomaten die Aufgabe haben, zu beweisen, daß jedes Volk durch den Krieg überfallen ist. Wenn ein solches Volk in höchster Not ist, wird es dann nicht die Berechtigung fühlen, eine Waffe anzuwenden, die ihm, wenn auch nur vorübergehend, das Uebergewicht gibt. Denken wir an die Bauersche Hypothese, daß Deutschland von Polen überfallen werden könnte oder von der Tschechoslowakei. Glauben Sie, ein Völkerrechtslehrer in Deutschland würde dann nicht erklären: Wir müssen unsre quantitativ minderwertige Kriegsrüstung gegenüber den andern Staaten durch die Kapazität unsrer chemischen Rüstungsmöglichkeiten ausgleichen! Würden unsre Vaterlandsverteidiger nicht erklären: Wir können von dieser stärksten Waffe nicht absehen, da wir sonst mit Naturnotwendigkeit unterliegen? Damit ist für uns die Haltbarkeit des Verbots des Giftgaskrieges erledigt. Es ist eine Illusion, eine Waffe zu verbieten, die in der technischen Entwicklung der Zeit liegt wie das Schießgewehr oder eine andre Waffe, das Unterseeboot, das Flugzeug.

Wenn in demselben Satz die Bekämpfung des Hinterlandes ausgeschlossen werden soll, dann darf man nirgends eine Lex Boncour annehmen. Rüstet das

Hinterland, wird es unmittelbar in das Rüstungsgebiet einbezogen und mobilisiert, so ist es ein Kraftgebiet, das jeder Gegner bekämpfen wird. Mit solchen Forderungen können wir bei der Bevölkerung nur Täuschungen hervorrufen, den Glauben suggerieren, der nächste Krieg sei nicht schlimmer als der vergangene, denn der furchtbare Schrecken des künftigen Krieges, das Giftgas, wird durch Verbote beseitigt. Das würde aber dem Kampf gegen den Krieg überhaupt keinen Nutzen bringen.

Ich wende mich dem Unterschied in der Bauerschen Unterscheidung zwischen den Rüstungsmöglichkeiten oder Verpflichtungen Dänemarks und Deutschlands mit einigen Worten zu. Wo kommen wir international hin, wenn wir Länder haben, die rüsten und sich verteidigen müssen und andre, die das nicht nötig haben. Gerade die Bauersche Hypothese im Falle Dänemarks beweist, wohin man kommt, wenn man Konstruktionen für einen bestimmten Fall unternimmt. Wenn durchgeht, was Bauer will, daß Deutschland rüstet, um den Aufmarsch gegen Rußland durch Deutschland nicht zu gestatten, so geht der nächste Weg gerade über Dänemark. Ist etwa Dänemark in einem Kampf zwischen Westen und Osten weniger gefährdet als Deutschland, wenn es als Sperrgebiet betrachtet wird, Seeminen gelegt werden und der ganze Handel unterbrochen wird? Diese Genossen hätten doch ebenso die Verpflichtung und Berechtigung, ihr Vaterland zu verteidigen! Ich glaube darum, daß ein solcher Unterschied nicht gemacht werden kann. Vielmehr müssen wir formulieren, daß die Unterdrückten die Hauptträger der Lasten des kommenden Krieges sein werden und erklären: Wir werden keinen Krieg mehr führen um die Interessen unsrer Ausbeuter. Wenn sie das bestimmt erklären, werden die Ausbeuter auch wissen, daß sie keine Unterstützung mehr von dieser Seite finden, daß der Kampf der Ausgebeuteten im künftigen Kriege nicht mehr gegen ein andres Land sich wenden wird, sondern gegen die Ausbeuter im eignen Land. (Bravo! und Händeklatschen.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Bergholz (Zeitz): Selten wohl ist mit so sittlichem Ernst eine Frage in der Partei diskutiert worden wie diese. Wir haben alle die tragischen Kriegserfahrungen nicht vergessen, und die Leidenschaftlichkeit der Debatte ist mit auf diese Erinnerungen zurückzuführen. Die Ursache aber, aus der die Wehrdebatte ausgelöst wurde, ist mit zu einem Teil schuld daran, daß in den Betrieben, daß unter den Funktionären die Wehrdiskussion einen Umfang angenommen hat, wie seit Jahrzehnten kaum eine Frage.

Darüber besteht kein Zweifel, daß ein Wehrprogramm weit über die tagespolitischen Ereignisse hinausgeht und daß Richtlinien nicht nur für die tagespolitischen Bedürfnisse geschaffen werden dürfen. Denn die können sich ändern. Schon morgen können die tagespolitischen Segel eines Wehrprogramms eingezogen werden auf Grund der veränderten Windrichtung in der Politik. Aber ein Programm und Richtlinien müssen mehr sein als Tages-Segel, müssen Kompasse sein über den Tag hinaus. Ich glaube, daß um diese Dinge der Streit geht: ob die Wehrrichtlinien nur Tages-Segel sein sollen oder Kompaß.

Wir verwahren uns gegen den Ausdruck des Genossen Dittmann ganz energisch, daß unsre prinzipiellen Darlegungen nichts andres seien als ausgetretene Kinderschuhe. Glaubt der Genosse Dittmann, daß durch diese, sagen wir Plattfußeinlage, die am Sonnabend veröffentlicht worden ist, etwa das Wehrprogramm zu Siebenmeilenstiefeln wird gegen den Krieg. Ich verwahre mich auch gegen die Ausführungen des Genossen Crispien, der uns den Vorwurf macht, daß unser Entwurf einen Salto mortale enthalte, indem er aus dem Grundsätzlichen übergehe zu politischen Tagesforderungen. Es ist beste Tradition in der Partei — ich erinnere an das Erfurter Programm —, neben dem Grundsätzlichen auch tagespolitische Forderungen aufzustellen.

Genosse Dittmann sprach vom Bereitschaftsheer, in dem der Wille zum Krieg lebt. Aber bei dem Stande der heutigen Kriegstechnik ist ein Verteidigungsheer auch Bereitschaftsheer, das zum Angriff gerüstet sein muß. Für uns liegt der entscheidende Wert in der ökonomischen Struktur-Aenderung der Wehrverfassung der Gesellschaft und damit des Krieges. Die technische Strukturänderung des heutigen Militarismus hat es dahin gebracht, daß nicht nur Zeit, sondern auch Raum bezwungen werden. General von Seeckt hat in einem Vortrag vor etwa einem halben Jahre erklärt: „Es ist einfach unmöglich, durch Verteidigungsmaßnahmen an der Grenze das eigne Land vor dem Schicksal des Kriegsschauplatzes zu bewahren; die einzige Möglichkeit der Verteidigung ist vielmehr, im Lande des Gegners die gleichen Verheerungen und Verwüstungen anzurichten, die er im angegriffenen Lande verursacht." Und der frühere englische Luftminister erklärte kürzlich, daß die einzige Verteidigung gegen einen Luftangriff nur der Gegenangriff sei. Mit andern Worten: Die Verteidigung liegt heute im Angriff. Deshalb müssen wir uns gegen die Definierung der Landesverteidigung in den Wehr-Richtlinien wenden.

Wir wenden uns auch dagegen, weil die Landesverteidigung immer nur die Tarnkappe war für die Aufrüstung der Militaristen aller Länder. Immer und überall ist die Aufrüstung mit der Landesverteidigung begründet worden.

Ich erkenne an, was Hermann Müller einmal sagte, daß der Einfluß der Sozialdemokratie in einer Regierung hemmend im Falle der Kriegsgefahr sein kann. Aber er hat ein andermal auch gesagt, daß die bürgerlichen Parteien bei der Panzerkreuzerfrage im entscheidenden Moment alle für den Panzerkreuzer gewesen seien und unsre Partei isoliert gelassen hätten. Damit wird am besten charakterisiert, daß es in dieser Frage zwischen allen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie nur ein Hüben und Drüben gibt.

Wir dürfen bei der Betrachtung der Wehrfrage nicht die ökonomische Strukturänderung, die ich schon andeutete, vergessen. Die französische Regierung hat in einer Instruktion gesagt:

> „Der Krieg wird immer mehr von der Technik und Erfindung im Waffenwesen abhängig sein. Die dadurch bedingte gewaltige industrielle und volkswirtschaftliche Anspornung umfaßt alle lebendigen Kräfte im Lande. Das Volk nur in Waffen verwirklicht sich, Volk und Heer werden künftig nur ein Begriff sein, voneinander untrennbar."

Genossinnen und Genossen! Wir tagen hier in Mitteldeutschland, in einem Industriezentrum, das geradezu bei einem kommenden Kriege das Rüstungszentrum sein wird. Es ist ein Gebiet, das zwei Fünftel aller Arbeiter der chemischen Großindustrie umfaßt. Gerade hier zeigt sich bei der Strukturänderung der Kriegstechnik und -führung, daß dieses Gebiet nicht nur Rüstungszentrum, sondern, daß es die neue Front im Kriegsfall sein wird. Bezeichnend ist, daß die Front dieses neuen Angriffskrieges identisch ist mit der Front des Klassenkampfes. Aus diesen Gründen heraus müssen wir als Proletarier eine reine Scheidung zwischen diesem Frontbegriff des Militarismus und dem proletarischen Klassenkampf herausarbeiten. Wir müssen die Massen über den Rahmen der Partei hinaus begeistern und mobilisieren in den Kampf gegen den Krieg und damit für den Sozialismus. (Beifall.)

Kawerau (Berlin): Wenn die Diskussion bis jetzt eins ergeben hat, so zweifellos das, daß das Problem zur Verabschiedung noch nicht reif ist. Denn aus beiden Lagern und in beiden Formulierungen finden sich noch eine ganze Fülle von Unklarheiten. Wir haben uns dessentwegen auch nicht zu schämen. Ich erinnere daran, wie lange wir um ein Agrarprogramm gerungen haben. Darum möchte ich noch einmal mit aller Energie den Antrag Berlin unterstützen, die Sache zu vertagen.

Was mir auch an dem abgeänderten Entwurf untragbar zu sein scheint, sind gewisse Formulierungen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß in

dem Entwurf der Richtlinien — die ja nur, wie immer wieder betont wird, Gegenwartswert haben sollen — dauernd durcheinandergeht ein Zukunftsbegriff der Wehrmacht und ein Gegenwartsbegriff der Wehrmacht. Soll es aber ein Gegenwartswert sein und soll dieses Programm der einfache Mensch verstehen können, dann wird ein Gelächter ausbrechen, wenn man von dieser Reichswehr erwartet, daß sie die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft schützen soll!!

Auch die andre Zutat, die uns die Umarbeitung am Ende des zweiten Absatzes gebracht hat, sehe ich nicht für eine Verbesserung an. Es hieß ursprünglich nur: wirtschaftliche, soziale und finanzielle Verhältnisse sollen berücksichtigt werden. Alle diese Verhältnisse wirken durchaus zugunsten der proletarischen Forderungen. Nun ist hinzugefügt worden: „politische". Das ist der herrliche Deckmantel, um immer sagen zu können: ja, weil wir gerade in der Koalition sind, können wir an der Wehrmacht nichts ändern. Das gibt immer einen ausgezeichneten Vorwand, um zu sagen: der Abbau war nicht möglich. (Zuruf: Es heißt doch: außenpolitische!) Diese unklare Formulierung ermöglicht es jederzeit, zu sagen, daß aus dem und dem politischen Grunde nichts zu erreichen war.

Eine Unklarheit liegt auch in der Forderung der Republikanisierung der Reichswehr. Ich erinnere an die Vereinigten Staaten von Amerika. Die haben eine „republikanisierte" Wehrmacht. Aber die ist jeden Augenblick bereit, die Interessen des amerikanischen Kapitals zu schützen. Ich erinnere auch daran, daß, wenn das Kommando „Feuer" kommt, die „Gewehre" nicht „denken" werden, sondern, daß sie losgehen werden nach dem Willen der regierenden Reichswehrgenerale.

Auch in dem Programm, das von dem Genossen Levi vertreten wird, stecken Unklarheiten. Die Gesellschaft kippt nicht in einem Moment um vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der langsame Entwicklungsweg dahin wird von diesem Levi-Programm nicht erfaßt. Glauben Sie, daß jemals eine maßgebende Rechtsregierung sagen wird: das ist ein Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, deswegen setzen wir die Reichswehr nicht ein? Dann muß es schon heißen: die Reichswehr darf überhaupt in Auseinandersetzungen innerpolitischer Art nicht verwandt werden. Stets wird man sagen: es handelt sich doch um „Unruhen". Mit solcher Formulierung ist auch nichts zu wollen.

Darum, und weil noch die Anträge schweben, die die Neutralisation behandeln, sind wir der Meinung, daß dieses Programm heute nicht verabschiedet werden kann, und ich bitte Sie, dem Vertagungsantrag stattzugeben. Geben Sie uns Zeit, damit wir auf eine Einheitslinie kommen. Heute ist die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei, die dem Friedensgedanken Raum gibt. Ich glaube nicht, daß, wenn diese Fassung angenommen wird, eine solche Auffassung in der Oeffentlichkeit weiterbestehen wird. Millionen von Deutschen sehen heute in der SPD. den Hort des Friedens, Millionen von Friedensfreunden im Ausland schauen auf uns, als die Hüter des Weltfriedens. Wir werden der Friedenssache in der ganzen Welt einen Schaden zufügen, wenn wir uns heute auf diese nicht ausgereiften Richtlinien des einen oder andern Programms festlegen. (Bravo!)

Haubach (Hamburg): Die Debatte, die wir hier gepflogen haben, hat manchmal den Anschein erweckt, als ob der Parteitag zu entscheiden hätte, ob wir Krieg führen wollen oder nicht. Unsre Richtlinien werfen aber diese Frage nicht auf. Die Frage, die uns auf den Nägeln brennt, ist die, daß wir in Deutschland eine Reichswehr haben, die wir klar und deutlich als eine innerpolitische Gefahr bezeichnen müssen, daß wir eine Reichswehr haben, um die wir uns aktiv und positiv kümmern müssen. Nicht mit Kampf und nicht mit Abstinenz-Politik werden wir diese Gefahr beseitigen. Ich bestreite, daß in dem Entwurf die Frage angeschnitten ist, ob wir uns für einen zukünftigen Krieg

rüsten sollen. Die Frage lautet vielmehr so: ob sich die Arbeiterklasse aller Mittel auch des Staates bedienen soll, um sich gegen die faschistische Gefahr nach innen und auch nach außen zu wehren. Das ist in dem entscheidenden Absatz 3 ganz klar ausgedrückt.

Die Kritiker unsrer Richtlinien werfen uns vor, daß wir nicht konsequent seien. Genosse Seydewitz hat erklärt, wir sind gegen jeden Krieg. Das ist nicht richtig. Ich lese z. B. in dem Antrag Plauen, daß es notwendig sei, die Vorbereitung und Schulung zu dieser Aufgabe, nämlich zur Wehrhaftmachung des Proletariats, zur wichtigsten pädagogischen Aufgabe der proletarischen Klasse zu machen. Aehnlich heißt es in dem Antrag 142 von Leipzig und in dem Breslauer Antrag. Und in dem Antrag 183 wird gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit erkennt, diejenigen proletarischen Machtmittel zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Begründung und zu ihrer Verteidigung bedarf.

Es ist mir klar, was damit gemeint ist. Aber auch andern? Der Genosse Seydewitz kann nicht behaupten, daß er gegen jeden Krieg ist. Ich kann nur feststellen, daß hier im Verlauf der Debatte nur eine einzige Richtung mit aller Konsequenz jede blutige Auseinandersetzung abgelehnt hat. Das ist die Richtung der Genossen Seger (Dessau) und Popp (Hamburg). Alle andern Richtlinien haben die Möglichkeit, daß das Proletariat sich auch mit Hilfe der staatlichen Machtmittel oder selbständig zur Wehr setzen soll, offengelassen.

Gegenüber dem Genossen Seger möchte ich einen Irrtum richtigstellen. Er hat das Beispiel von Dänemark in die Debatte geworfen mit der Bemerkung, daß Dänemark ein kleines wehrloses Land sei und bereits restlos abrüste. Ich muß ihm leider sagen, daß er den dänischen Standpunkt nicht genau kennt. Denn der geht dahin, abzurüsten bis zu dem Grade, daß eine Grenzpolizei zu Lande und eine Wasserpolizei zu Wasser die Neutralität Dänemarks in einem Konflikt zu schützen imstande ist. (Zuruf: Mit polizeilichen, nicht mit militärischen Kräften!) — Darüber will ich nicht streiten. Schon im Versailler Vertrag ist unsrer Reichswehr die Aufgabe zuerkannt, eine Grenzpolizei zu sein, und wenn sie diesen Charakter heute nicht trägt, dann ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, der Reichswehr im politischen Kampf diejenige Rolle aufzuzwingen, die wir ihr geben wollen.

Damit komme ich zu dem entscheidenden Punkt. Wir machen in dieser Debatte denselben Fehler, den wir bei der Debatte über die Koalitionspolitik gemacht haben. Wir diskutieren über die Grundsätze der Politik. Wir sollten viel eher darüber diskutieren, ob gute oder schlechte Politik gemacht ist. Dabei kämen die reinen Ergebnisse der Politik besser zur Geltung. Ich habe die Debatte um das Wehrprogramm nie anders aufgefaßt, als es ein einfacher Hamburger Arbeiter mir einmal in der Diskussion sagte: ich verstehe nur eins von eurer ganzen Theorie, hier steht die Reichswehr und hat die Waffe in der Hand und ist in einem andern Lager, und was habt ihr getan, Genossen, in der Regierung und außerhalb der Regierung, daß sie in das richtige Lager herübergebracht wird? (Sehr richtig!) Das ist doch die Frage, um die es sich dreht. Wer fragt, was die Richtlinien für einen Zweck haben sollen, dem kann ich einfach antworten: daß die Reichswehr auf diejenige Stelle gezwungen wird, die wir ihr anweisen wollen und müssen.

Die gleichen Debatten, die wir heute hier führen, habe ich eines Tages kurz nach der Revolution in einem kleinen deutschen Freistaate erlebt, als an die Genossen die Frage herantrat, ob wir das Polizeiministerium übernehmen sollten. Damals wurde gesagt: Pfui Teufel, wie kann ein Sozialdemokrat es wagen, ein solches Ministerium zu übernehmen; die Polizei dient zur Niederhaltung des Proletariats, die Polizei ist die Waffe der Bourgeoisie, der Unternehmerklasse gegen die Arbeiterschaft. Ich glaube, es werden heute nur noch wenige da sein, die einen solchen Standpunkt vertreten. Um genau dasselbe handelt es sich bei der Reichswehr. Das entscheidende ist doch, wir wollen ab-

rüsten — und die Richtlinien sagen das deutlich —, und um abrüsten zu können, braucht man politische Macht. Man kann die Abrüstung nur durchsetzen, wenn das Instrument der Macht hinter einem steht. Heute liegen die Dinge so, daß da, wo wir die Länderpolizei in den Händen haben, wir über das Maß polizeilicher Rüstung bestimmen und entscheiden. Ueber das Maß der Rüstung der Reichswehr entscheiden wir bisher überhaupt nicht.

Was wir in dieser Debatte erreichen wollen, ist doch, daß unsern Genossen, die sich nun einmal daranmachen, das innerpolitische Problem der Reichswehr zu stellen, nicht aus der eignen Partei vorgeworfen werden kann: ihr verratet die Parteiprinzipien, ihr seid keine guten Sozialdemokraten, ihr verleugnet sozialistische Grundsätze. Wir haben allerdings die scharfe Formulierung des Absatz 3 gewählt, damit den Genossen, die sich endlich mal an die Arbeit machen wollen, um das Reichswehrproblem zu lösen, auch eine Entscheidung hinter sich haben. Und darum bitte keine Vertagung!

Wenn wir heute diese Frage vertagen, dann kommen wir in eine Situation, in der wir von unsern Genossen verlangen, in der Regierung und außerhalb der Regierung zu handeln, daß wir ihnen aber zugleich die grundsätzliche Bestätigung ihrer Politik versagen. (Bravo.)

Dr. Schumacher (Stuttgart): Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Richtlinien zur Wehrpolitik nicht zur Entscheidung kommen sollten; nicht weil angeblich die Diskussion nicht die nötige geistige und politische Klärung hervorgebracht hat, sondern aus einer Reihe von andern Gründen. Ueber den praktischen Teil, das Aktionsprogramm, werden wir uns ja wohl einigen können. Aber es hat uns bei den bisherigen Kämpfen um die Reichswehr wohl kaum an der Fülle von Programmpunkten und Forderungen, sondern an manchem andern gefehlt. Wenn Genosse Severing heute von dieser Stelle erklärte, daß er den Kampf um die Reichswehr beschränken möchte auf einen Kampf um die bloße Republikanisierung, so geht er, glaube ich, an dem vorbei, was das Kardinalproblem der deutschen Reichswehr ist. Wohl hat auch die deutsche Arbeiterschaft unter der nervös überreizten Stimmung der Nachkriegs- und Inflationsjahre manchen Fehler gegenüber der Reichswehr gemacht. Aber ich glaube, daß keine Besserung auf diesem Gebiet imstande wäre, die eigentlichen Quellen des Uebels aus der Welt zu schaffen, und das sind die jahrhundertelangen Traditionen des preußischen Offizierkorps und des preußischen Militarismus. Jahrhundertelang haben diese Leute außerhalb des Staates, jedenfalls außerhalb der Verfassung gelebt. Ihre Bindung an alles staatliche Geschehen erfolgte lediglich durch die Person des Obersten Kriegsherrn. (Sehr richtig!) Seitdem der Oberste Kriegsherr nicht mehr vorhanden ist, haben sie sich auf sich selbst konzentriert in dem Gefühl, zu schade zu sein, um sich in das parlamentarisch-demokratische System einzuordnen. Sie haben letzten Endes immer die Reservatio mentalis, die Grundsätze ihres Handelns aus sich selbst und nicht aus der Demokratie und ihrer Verfassung zu schöpfen. Die 10 Jahre praktischer Politik haben in dieser Hinsicht manchen Beweis geliefert.

Zu dem theoretischen Teil des Entwurfs und auch des Gegenentwurfs ließe sich manches sagen, beispielsweise über das Kapitel Interventionen oder über das Kapitel, das ich den marxistischen Jakobinismus des Genossen Levi nennen möchte. Aber ich glaube nicht, daß der Kampf um die Theorien heute das wirklich Entscheidende ist. Wieweit man sich verirren kann, hat gestern die polemische Bemerkung eines Diskussionsredners gezeigt, der einem andern sagte: Als Philosoph magst du recht haben, aber mit der Politik hat das nichts zu tun. (Sehr wahr!) Ich halte es in dieser Beziehung mit dem alten Immanuel Kant, der schließlich zu denken verstand, und der gesagt hat: „Es gibt nichts, was theoretisch richtig und praktisch falsch wäre." (Zustimmung.) Wir werden uns also um scholastische Definitionen und soziologische Untersuchungen hier nicht streiten können.

Wir werden von einem andern Standpunkt ausgehen müssen, und das ist der, daß sämtliche Parteiprogramme der Sozialdemokratie von der Bejahung des Wehrgedankens ausgehen, zum mindesten den Wehrgedanken nicht ausschließen. Auch das Heidelberger Programm geht von dieser Voraussetzung aus. Es ist darum eine abwegige Behauptung, zu sagen: ohne neue detaillierte Richtlinien haben wir nicht die genügende Legitimation innerhalb der Partei und nicht den ausreichend festen Boden für die parlamentarische Arbeit. Auch das Heidelberger Programm geht von ähnlichen Voraussetzungen aus, wie sie im theoretischen Teil der Kommissionsarbeit niedergelegt worden sind, und der praktische Teil der Kommissionsarbeit ist nur eine ausgiebige Variation über ein Thema, das im Heidelberger Programm bereits in zwei Punkten angedeutet worden ist. Das neue Programm ist kein zwangläufiger Ausdruck der soziologischen und politischen Erkenntnisse unsrer Epoche, sondern das Ergebnis einer Zufallssituation innerhalb der Partei. Ich meine das Motiv zum neuen Programm, nicht die geistige und sachliche Arbeit, die ich durchaus anerkenne. Der Vater des Wehrprogramms ist der Panzerkreuzer A. (Sehr wahr!) Ohne ihn hätte die Programmdiskussion nicht begonnen und wäre der programmatische Streit vor diesem Forum weder in dieser Methode, noch in dieser Größe ausgetragen worden. Das Wehrprogramm ist in bezug auf seine Entstehungsgeschichte nicht einmal als eine epochale Richtlinie, sondern nur als eine Konstruktion ad hoc zu werten. Wenn wir das Wehrprogramm schon im vorigen August gehabt hätten, dann wäre die Kritik nach dem 10. August nicht weniger heftig und rücksichtslos gewesen. (Zustimmung.) Die Erleichterung für kommende Entscheidungen, die manche von diesen Richtlinien erwarten, wird nicht eintreten. Die Richtlinien zur Wehrpolitik werden keinen Schutz gewähren, sondern werden sich lediglich als ein papierner Schirm gegenüber der Kritik erweisen, weil gerade in unsrer Epoche auf diesem Gebiet kein Programm alle gesellschaftlichen Tatsachen und Möglichkeiten umspannen kann. Das hat auch die Methode der Debatte deutlich gezeigt. Diese Debatte ist mit einer Fülle von Historizismus belastet gewesen; sehr wenig ist von den neuen ökonomischen, von den soziologischen Tatsachen im weitesten Sinn unter Hervorkehrung der technischen Kriegsmöglichkeiten gesprochen worden. Mir fiel ein Wort von Karl Marx ein: „Moi, je ne suis pas Marxiste", als ich dieses Uebermaß von marxistischer Kirchenväterexegese gegenüber einem Problem sah, das doch gar nicht verglichen werden kann mit demselben Problem vor 10 und 15 Jahren.

Wenn wir die Richtlinien annehmen, so fürchte ich gerade auch in Anbetracht des Verlaufs der Panzerkreuzerdebatte übermäßig positive Interpretationskünste. (Sehr richtig!) Manche haben in ihrer Bedrängnis gesagt: wenn wir erst einmal ein Wehrprogramm haben, dann wird sich eure Kritik nicht mehr in dieser Weise an unsre Taten herantrauen können. Ich weiß, daß das Wehrprogramm wie die Richtlinien sowohl im Sinne der Kritiker wie der Kritisierten auslegbar sind. Aber ich möchte nicht, ohne daß diese Richtlinien eine gefährliche praktische Bedeutung bekommen, eine papierne Möglichkeit zur Weiterführung einer Politik wie beim Panzerkreuzer geben. Auch darum wird es notwendig sein, die Richtlinien der Wehrkommission abzulehnen.

Ich bin deswegen mißtrauisch geworden, weil sonst in der sozialdemokratischen Politik alle Prinzipien in Taktik aufgelöst werden und hier auf einmal die taktische Bewegungsmöglichkeit zum Prinzip erstarren soll.

Ich lehne das Wehrprogramm der Kommission und ebenso das Gegenprogramm aus einer Reihe von Gründen ab, die ich in einer kurzen Diskussionsrede nicht darlegen konnte. Ich glaube, daß die Möglichkeiten des Parteiprogramms zur praktischen Politik genügen, und meine, daß die Fahne, unter der die Arbeiter der sozialdemokratischen Politik folgen werden, die Fahne der Kriegsverhinderung mit allen Mitteln ist. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen ist ein neuer Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen.

Müller (Leipzig) wendet sich gegen diesen Antrag. Gerade die Ausführungen des Genossen Severing wie der übrigen Diskussionsredner hätten gezeigt, daß über die wichtige Wehrfrage bis zur endgültigen Klarstellung weiterdiskutiert werden müsse.

Hönig (München) befürwortet den Schlußantrag. Neue Momente seien in der Debatte nicht vorgebracht worden und könnten auch nicht vorgebracht werden.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird darauf mit erheblicher Mehrheit angenommen.

Schlußwort zum Bericht der Wehrkommission

Dittmann (Berichterstatter, Schlußwort): Genossinnen und Genossen! Ich spreche meine Befriedigung darüber aus, daß die Debatte im allgemeinen einen sachlichen Verlauf genommen hat. Ich freue mich weiter darüber, daß das Pro und Kontra in der Aussprache abgewechselt hat. Das hat die Debatte belebt und hat für mich als Berichterstatter noch den Nutzen gebracht, daß manches, was ich sonst im Schlußwort noch hätte sagen müssen, bereits vorgetragen wurde.

Ich sagte bereits: Ich habe vor dem Parteitag zu der Wehrfrage weder Artikel geschrieben noch in Versammlungen geredet; aber ich habe sehr aufmerksam das gelesen, was andre gesagt und geschrieben haben, und das war nicht wenig. Es waren vielleicht 500 bis 600 Artikel, die ich alle gelesen habe; ich hoffe, dabei noch halbwegs normal geblieben zu sein. (Heiterkeit.) Jedenfalls war ich auf diese Weise in die Lage versetzt, bereits alle Hauptargumente gegen den Entwurf der Kommission in meinem Referat zu behandeln. Während der Debatte habe ich mir Notizen gemacht. Aber ich habe feststellen müssen, daß kein einziges neues Argument vorgebracht ist, das nicht schon in der Vordebatte angeführt wurde und auf das ich nicht schon in meinem Referat eingegangen wäre. Da ich mich nicht wiederholen möchte, verweise ich auf mein Referat und will nur noch einige Bemerkungen, die hier in der Debatte gefallen sind, kurz behandeln. Der Genosse Seger zitierte, wenn ich ihn recht verstanden habe, die bürgerliche „Magdeburgische Zeitung" und sprach sein Bedauern darüber aus, daß ich gestern so gesprochen hätte, daß diese bürgerliche Zeitung mir hätte Lob spenden können; denn sie habe geschrieben, in meinem Bericht sei eine erfreuliche Bejahung der Wehrmacht zum Ausdruck gekommen. Ich glaube, in meinem Referat nachgewiesen zu haben, daß seit der Gründung der Partei in allen Programmformulierungen der Sozialdemokratie positiv zur Wehrfrage Stellung genommen worden ist. Ich kann verstehen, daß manche bürgerlichen Journalisten, die ja zum größten Teil der jüngern Generation angehören, davon nichts wissen und es als ein Novum ansehen, wenn die Sozialdemokratie jetzt diese Stellung einnimmt. (Sehr wahr!) Aber wir, die wir die Geschichte unsrer Partei kennen und seit Jahrzehnten in der Partei tätig sind, wissen doch, daß das, was ich in meinem Bericht als den Kern des Entwurfs der Kommission vertreten habe, wahrhaftig nichts Neues ist. Deshalb rührt es mich wenig, ob mich eine bürgerliche Zeitung lobt oder tadelt.

Genosse Eckstein hat in der Polemik gegen mich gemeint, gewiß sei auch er der Meinung, daß, wenn der italienische Faschismus Tirol angreife, die österreichischen Arbeiter sich zur Verteidigung erheben würden; aber das würden die österreichischen Arbeiter nicht tun, wenn sie von der offiziellen Regierung aufgerufen, von der offiziellen Wehrmacht dazu aufgefordert würden, sondern aus Klasseninteresse, um die proletarischen Interessen zu schützen. Nun, in einer solchen Notsituation fragt man nicht nach den Bundesgenossen und kann man gar nicht danach fragen. Ich wünsche dem Genossen Eckstein nichts Böses; aber wenn er einmal das Malheur haben sollte, in Breslau in die Oder oder in Magdeburg in die Elbe zu fallen und ein Mann in Hakenkreuzuniform ihn aus dem Wasser ziehen wollte, so würde auch er nicht mit beiden Händen abwehren und sagen: „Lieber versaufe ich, als daß ich mich von dir retten lasse." (Sehr gut! und Heiterkeit.) Alle die anscheinend so schönen Konstruktionen, die Genosse Eckstein aufgestellt hat, sind für die Praxis ohne jede Bedeutung.

Die Annahme des Antrags Nr. 183 in seinem grundsätzlichen Teil würde die Sozialdemokratie in der deutschen Politik vollständig isolieren und eine absolut andre Taktik der Sozialdemokratie zur Folge haben müssen, als sie seit Jahren von der ganzen Partei eingehalten wird. Die Annahme des grundsätzlichen Teiles dieses Antrags würde auch die Durchsetzung des Aktionsprogramms derselben Antragsteller unmöglich machen; denn dieses Aktionsprogramm wäre bei einer völligen Isolierung der Partei nur durchzusetzen, wenn die Partei allein die Staatsmacht in der Hand hätte. Dann aber werden wir mehr tun, als nur das durchzusetzen versuchen, was in dem Aktionsprogramm niedergelegt ist. Die Genossen sind sich anscheinend dessen nicht bewußt, daß in Deutschland nicht auf der einen Seite nur die Sozialdemokratische Partei steht, auf der andern Seite die bürgerlichen Parteien als ein geschlossener Block stehen, daß in der Sozialdemokratie nicht die Arbeiterklasse restlos zusammengefaßt ist. Die Klassenscheidung geht durch die politischen Parteien hindurch. (Sehr richtig!) Auch im Lager der bürgerlichen Partein finden sich leider noch große proletarische Elemente, die der Klasse nach zu uns gehören und die wir für unsre Idee zu gewinnen versuchen müssen, die wir aber nie werden gewinnen können, wenn wir selbst zwischen uns und den Parteilagern, in denen sie noch stehen, eine unübersteigbare Scheidewand aufrichten. Es wäre vollkommen töricht, wenn die Partei eine solche Taktik einschlagen würde.

Ich habe in meinem Referat bereits gesagt: wir wollen kein Programm aufstellen. Genosse Crispien hat richtig darauf hingewiesen, daß der Begriff eines „sozialdemokratischen Wehrprogramms" eigentlich ein Widerspruch in sich ist. Wir wollen nur Richtlinien zur Tagespolitik aufstellen, wie ja die Partei Richtlinien für die Agrarpolitik, Richtlinien für die Kommunalpolitik aufgestellt hat und vielleicht für andre Spezialgebiete ebenfalls in kurzer Zeit Richtlinien aufstellen wird.

Der vorliegende Entwurf ist ein Kompromiß. Auch in der Kommission haben diejenigen, die letzten Endes für den Entwurf gestimmt haben, sich mit einzelnen Formulierungen abfinden müssen, die ihnen nicht behagten. (Sehr richtig!) Aber wir sind doch eine große politische Partei mit verschiedenen Anschauungen über die einzelnen Probleme, und wir müssen doch versuchen, eine gemeinsame Linie für den Tageskampf zu finden. (Zustimmung.) Diese Linie allein soll der Entwurf der Partei geben. Niemand denkt daran, für eine unabsehbare Zeit solche Richtlinien aufzustellen. Wenn sich die Grundlagen ändern, von denen wir ausgegangen sind, steht es der Partei frei, auch die Richtlinien für ihr praktisches Verhalten in der Wehrfrage zu verändern.

Ich bin der Meinung, daß der Entwurf der Kommission viel weniger umstritten ist als alle andern Entwürfe, die vorgelegt worden sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn irgendeiner der jetzt als Anträge vorgelegten Entwürfe von der Kommission zur Diskussion gestellt worden wäre, so hätte sicher die Kritik noch in ganz andrer Weise eingesetzt als bei unserm Entwurf. Ich muß überhaupt bekennen: wenn ich mir die einzelnen Absätze des Entwurfs der Kommission ansehe, kann ich mir nicht vorstellen, daß auch nur ein einziger Sozialdemokrat gegen sie stimmen könnte.

Es ist in der Parteipresse kritisiert worden, daß die Kommission im letzten Augenblick noch Aenderungen an dem Entwurf vorgenommen hat. Das war die Kommission wohl der Partei schuldig, daß sie, ehe sie an den Parteitag herantrat, sich das Resultat der Aussprache innerhalb der Partei ansah und überlegte, ob nicht Aenderungen vorgenommen werden müßten. Ich betrachte auch die vorgenommenen Aenderungen als Verbesserungen. Im Absatz 2 hieß es im letzten Absatz bisher nur:

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Das war eine negative Formulierung. Hinzugekommen ist jetzt folgender positiver Satz:

Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eignem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.

Auch die Genossen, die unsern Entwurf so heftig kritisiert haben, sollten das als eine Verbesserung anerkennen und dem Entwurf zustimmen.

Ebenso haben wir im Absatz 3 die Bedenken berücksichtigt, die gegen die erste Fassung des Entwurfs vorgebracht waren. Wir sagen jetzt an der entscheidenden Stelle:

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutz ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Nun ist von einem der Diskussionsredner gesagt worden, man müsse doch darüber lachen, daß die Wehrmacht die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse schützen solle. Ich glaube: niemand, der diesen Satz in seinem Zusammenhang liest, wird ihn so verstehen, daß unmittelbar die Errungenschaften der Arbeiterklasse durch die Wehrmacht geschützt werden sollen. (Zustimmung.) Es handelt sich darum, daß der Rahmen, in dem wir die Errungenschaften durchgesetzt haben, durch die Wehrmacht erhalten wird, d. h. der Rahmen der demokratischen Republik. (Sehr richtig!)

Ich bitte, nicht die Vertagung zu beschließen; denn ich habe den Eindruck durch die Lektüre der Artikel und der Reden, daß das Thema tatsächlich erschöpft ist und eine weitere Aussprache keine größere Klärung bringen kann. (Zustimmung.) Ich versichere Ihnen, ich wäre der erste, der einer Vertagung zustimmen würde, wenn ich den Eindruck hätte, es ist noch etwas zu klären. Ich habe in der Kommission als Vorsitzender in der loyalsten Weise versucht, alle hervortretenden Nuancen zur Berücksichtigung kommen zu lassen und immer wieder die Kommissionsmitglieder, manchen vielleicht bis zum Ueberdruß, darauf aufmerksam gemacht, daß hier und da etwas geändert werden, diese oder jene Auffassung mehr berücksichtigt werden könnte. Ich habe mich so weit objektiviert, wie es überhaupt möglich war. Wenn ich Ihnen trotzdem empfehle, den Entwurf auf diesem Parteitag anzunehmen, so können Sie mir glauben, daß es nach ernstester Prüfung geschehen ist. Nehmen Sie den Entwurf an und erklären Sie alle andern Anträge für erledigt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Kuhnt (Chemnitz, zur Geschäftsordnung): Im Auftrag der Unterzeichner der Entschließung 183 erklären wir, daß wir uns dem Antrag auf Vertagung anschließen, weil sicher eine weitere Klärung der Wehrfrage im Sinne der Partei liegt. Damit geben wir aber unsre grundsätzliche Haltung nicht auf.

Abstimmung.

Antrag 39 ist durch 170 ersetzt. Die Anträge 40 und 42 sind zugunsten des Antrags 183 zurückgezogen.

Antrag 43 A wird in namentlicher Abstimmung mit 224 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

Antrag 170 wird in namentlicher Abstimmung mit 242 gegen 147 Stimmen angenommen.

Damit sind die Anträge 41, 43 zu B und D, 44 bis 83 und 183 erledigt.

Bericht der Reichstagsfraktion

Den **Bericht der Reichstagsfraktion** erstattet **Dr. Breitscheid**: Ich komme zu Ihnen mit einigermaßen leeren Händen. Ich glaube, ich hatte für den Parteitag einen schmackhaften Kuchen vorbereitet. Aber da ist ein großer Vogel gekommen und hat die Rosinen aus meinem Kuchen gepickt. Dann sind noch einige kleinere Vögel gefolgt, die sein Geschäft fortgesetzt haben. (Heiterkeit.) Was übrigblieb, ist, fürchte ich, nicht mehr so besonders schmackhaft und genießbar. (Erneute Heiterkeit.) Im Ernst! Ich wage eine kritisierende Frage, die vielleicht vor dem nächsten Parteitag beantwortet werden kann, die nämlich, ob es zweckmäßig ist, die Behandlung der politischen Themen auseinanderzureißen. Die Fraktion ist wie der Parteivorstand das ausführende Organ der Partei. In Zukunft wäre es praktischer, die Ausführung des Parteiwillens durch die beiden Parteiinstanzen auf dem Parteitag gemeinsam zu behandeln. Ich verweise auf ein Beispiel. Die Koalitionspolitik, über die man im Fraktionsbericht reden müßte, ist hier nicht nur schon beraten, sondern es sind auch schon die entscheidenden Beschlüsse gefaßt. Es ist aber fast unmöglich, über die Arbeit im Reichstag zu berichten, ohne auf die Koalitionsfrage einzugehen. Wenn ich es doch tue, so fürchte ich, daß die überwachende Behörde dazwischenfährt.

An sich könnte ich nun auf die wahrhaft nicht geringe Zahl von Einzelheiten aus den zwei Jahren des Reichstags seit dem Kieler Parteitag eingehen. Ich könnte die Anträge, die wir gestellt haben, erwähnen, Gesetzesvorlagen, vor denen wir standen, Abstimmungen, Beschlüsse usw. Aber das scheint mir nicht der eigentliche Zweck des Berichts der Reichstagsfraktion zu sein. Zum andern finden Sie dieses Material in den Jahrbüchern, in den Parlamentarischen Blättern und in der Sozialdemokratischen Korrespondenz. Deshalb beschränke ich mich auf einige der wichtigsten Fragen und will versuchen, allgemein die Marschroute aufzuzeigen, auf der sich die Reichstagsfraktion in den beiden Jahren seit Kiel bewegt hat.

Die Berichtsperiode zerfällt in zwei deutlich voneinander getrennte Abschnitte. Die Zäsur ist durch die Reichstagswahl vom 20. 5. 1928 gegeben. Ein Jahr standen wir in der Opposition, fast ein Jahr sind wir nach der Uebergangszeit der Regierungsbildung an der Regierung beteiligt gewesen. Warum der Wechsel vollzogen worden ist, wurde hier in den letzten Tagen ausführlich erörtert. Die Berechtigung zum Eintritt in die Regierung ergibt sich durch den Beschluß des Parteiausschusses in Köln und ist durch Ihre Abstimmung am Dienstag bestätigt worden.

Es sei darauf auch hingewiesen, daß lange Monate hindurch keine eigentliche, sondern nur eine uneigentliche Große Koalition bestanden hat, und daß heute, wenn diese Bezeichnung auf ein Verhältnis von fünf angewendet werden kann, nur so etwas wie eine Kameradschaftsehe zwischen den Koalitionsparteien besteht.

Die Berichterstattung wäre sehr viel angenehmer, wenn ich darstellen könnte, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das, was sie in den Jahren der Opposition und besonders in ihrem letzten Jahre gefordert hat, in dem Jahre der Regierungsbeteiligung erfüllt oder der Erfüllung wenigstens sehr nahegebracht hat. Ideal gesehen soll die Regierungsperiode verwirklichen, was in der Oppositionsperiode als anzustrebendes Ziel aufgestellt worden ist. Daß dieses Ideal nicht erreicht worden ist, darüber besteht ohne Ansehung der sogenannten Richtungen völlige Einigkeit. Wenn ich auch finde, daß die Bilanz, die der Genosse Vieligk in der letzten Nummer des „Klassenkampfes" aufgestellt hat, die mit einer Null ausgeht, derjenigen gleicht, die Aktiengesellschaften aufstellen, wenn sie sich um Steuern drücken oder keine Dividende ausschütten wollen (**Sehr gut!**), so besteht allgemeine Uebereinstimmung zwischen uns, daß nach dem einen Regierungsjahr noch außerordentlich viel zu wünschen übrigbleibt.

Aber es gibt einen gewissen Trost, daß es niemals in irgendeinem parlamentarisch regierten Staatswesen, selbst dort, wo es keine Koalitionen gibt, einer Partei restlos gelungen ist, ihr Ideal zu erreichen, nachdem sie von der Opposition in die Regierung übergetreten ist. Es liegt in der Natur der politischen Propaganda, daß in der oppositionellen Agitation die Ziele höher gesteckt werden, als sie nachher erreicht werden können. Wenn uns auch vor einigen Tagen der wohlbegründete Rat gegeben wurde, in der Agitation vorsichtiger zu sein als bisher, — d a s Maß, die Agitation herunterzuschrauben, daß nachher gar keine Diskrepanz zwischen den Forderungen der Opposition und den Möglichkeiten in der Regierung vorhanden wäre, wird sich niemals erreichen lassen. (Sehr richtig!)

Ich erinnere an das Verhalten der Deutschnationalen Partei in ihren Oppositionsjahren und das, was sie, als sie sich in der Regierung befand, nicht nur nicht erreicht, sondern nicht einmal mehr gefordert hat. Ich erinnere an ihre Stellung zu den Problemen der auswärtigen Politik, der Verfassungspolitik, an den Umschwung bei der Unterzeichnung der berühmten Richtlinien, an das Verhalten gegenüber dem Republikschutzgesetz usw. Allerdings soll uns die deutschnationale Demagogie wahrhaftig nicht als Vorbild dienen. Ich führe ihre Nachgiebigkeit als Regierungspartei nur als Beweis für die These an, daß in der Regierung niemals alle oppositionellen Blütenträume reifen.

Wichtiger aber ist noch etwas andres. Nachdem eine Partei in die Regierung eingetreten ist, können unvorhergesehene in politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen begründete Hindernisse auftreten. Solchen Hindernissen hat sich gerade unsre Fraktion nach den Wahlen vom Mai 1928 in großem Umfange und hohem Maße gegenübergesehen. Ich deute sie einstweilen nur kurz an: Das gewaltige Absinken der Konjunktur, die riesengroße Arbeitslosigkeit, verschärft durch den strengen Winter, die Ebbe in der Reichskasse, die Schwierigkeiten durch die Pariser Reparationsverhandlungen. An alle, die geklagt haben, daß die Fraktion vor dem Eintritt in das Kabinett nicht ein Mindestprogramm aufgestellt habe, sei die Frage gerichtet, ob, ganz abgesehen von der Zweckmäßigkeit der Abfassung solcher Dokumente, im Mai die Geschehnisse des letzten Winters von vornherein hätten miteinkalkuliert werden können. (Sehr richtig!) Wer das starre Prinzip des Regierens nach Richtlinien aufstellt, wird sehr bald am Ende seines Lateins sein und täte besser, das Regieren grundsätzlich abzuschwören. Regieren heißt nun einmal: Mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Das ist kein Opportunismus, wenn man sich unter der Fülle und Verschiedenartigkeit dieser Verhältnisse seiner Grundsätze, die mit Richtlinien nicht zu verwechseln sind, bewußt bleibt und sich bemüht, von diesen Grundsätzen möglichst viel in die Praxis umzusetzen.

Was wir beim Eintritt in die Regierung und später in jedem einzelnen kritischen Fall zu prüfen hatten, war immer die Frage, ob die Teilnahme der Arbeiterklasse an der Regierung sie ihrem Ziele näherbringe oder ob das entgegengesetzte Verhalten ihr besser dienen würde.

Nun wirft der Genosse Bielig in dem erwähnten Artikel die Frage auf, ob nicht unsre Erfolge größer gewesen wären, wenn wir ohne diese Regierungsbindung geblieben wären. Er fragt nur. Er antwortet bezeichnenderweise nicht. Ich bin aber bereit, ihm ein bißchen zu Hilfe zu kommen. Er hätte eigentlich darauf hinweisen können, daß wir im letzten Jahre vor der Wahl trotz unsrer Oppositionsstellung immerhin einiges Positive erreicht haben. Unsre Macht war groß genug, um das Wirken einer uns gegnerischen Regierung zu beeinflussen, insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Bei dem 1927 verabschiedeten Arbeitslosenversicherungsgesetz ist die Hand der Sozialdemokratie ganz unverkennbar. Ihren Vorschlägen gemäß wurde die zentralistisch aufgebaute und unter Selbstverwaltung gestellte Reichsorganisation geschaffen. Der Sozialdemokratie gelang es auch, die Einführung von Ersatzkassen unmöglich zu machen. Das Betriebsrätegesetz konnten wir nicht unwesentlich dadurch verbessern, daß wir die Bestellung des Wahlvorstandes auf Antrag einer Gewerkschaft durch das Arbeitsgericht in Fällen erreichten, in denen Unternehmer den Wahlgang sabotieren wollten. Ein andrer Erfolg ist das 1927 verabschiedete Gesetz über die Krankenversicherung der Seeleute. Auf unser Drängen wurde in das sogenannte Notprogramm des Bürgerblocks kurz vor den Wahlen eine Summe von 75 Millionen für Rentenerhöhung der Invaliden, von 25 Millionen für kleine Rentnerfürsorge usw. eingesetzt.

Anderseits waren selbstverständlich — das dürfen wir nicht vergessen — zahlreiche Vorstöße absolut erfolglos. Es gab sogar direkte Rückschläge in jener Zeit, wie das Gesetz über die Arbeitszeit in den Bäckereien beweist, bei dem wir nur die Sonntagsarbeit verhindern konnten.

Auf jeden Fall haben wir aber in der Opposition das große Plus gehabt, daß wir im großen und ganzen die auf Abbau der Sozialpolitik gerichteten Pläne der Sozialreaktionäre vereiteln konnten. Das ist ein Beweis — wir müssen das offen aussprechen —, daß auch in der Opposition positive Arbeit sehr wohl geleistet werden kann. Voraussetzung ist allerdings immer, daß es eine Opposition ist, die nicht auf dem Standpunkt des Alles oder Nichts steht, und daß sie nicht außer acht läßt, daß sie morgen zur Regierung berufen werden kann. (Sehr richtig!) Das ist einer der Unterschiede zwischen uns und den Kommunisten. Die Kommunisten werden uns immer in ihren Forderungen, besonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik, übertrumpfen können. Wir könnten so weit gehen wie wir wollten. Die Kommunisten würden immer noch einige Kilometer weiter gehen. Sie treiben eben eine reine Agitation ohne politische Verantwortung und können und wollen nicht damit rechnen, eines Tages vor der Frage zu stehen, das auch durchzuführen, was sie in der Opposition versprochen haben. Sie können sich das leisten, wir nicht.

Nicht ganz wollen wir aber auch vergessen, daß unsern sozialistischen Erfolgen in der Oppositionszeit die Nähe des Wahltermins sehr stark zu Hilfe gekommen ist. Auch die andern, die bürgerlichen Parteien, mußten auf die Erhaltung ihrer Arbeiterstimmen Rücksicht nehmen.

Bedauerlich genug, daß noch soundso viele Millionen von Stimmen aus dem arbeitenden Volk hinter den bürgerlichen Fahnen hermarschieren; aber d e n Vorteil hat es, daß es zum mindesten in einer Periode kurz vor der Wahl die Bürgerlichen zwingt, ihre sozialpolitisch reaktionären Wünsche einigermaßen zurückzustellen.

Was aber vor allem den sozialpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie zugute kam, war die Tatsache, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Sozialpolitik in jener Zeit nicht so schlecht waren oder wenigstens nicht so schlecht zu sein schienen, wie es heute tatsächlich der Fall ist.

Wir können auf ähnliche Erfolge unsrer oppositionellen Arbeit im Bereich der Wirtschaftspolitik leider nicht hinweisen. Hier verschafften sich die Unternehmerinteressenten des Bürgerblocks so gut wie restlos Geltung, und sie setzten sich in der Praxis hinweg über die Lippenbekenntnisse, die die Beauftragten der Regierung z. B. auf der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes zu einer freiern Wirtschaftsgestaltung auf internationaler Basis und zur Abkehr vom Protektionismus abgelegt hatten.

Es gelangten allerdings im Jahre 1927 auch eine Reihe von Handelsabkommen und Handelsverträgen zum Abschluß. Darunter als wichtigster der deutsch-französische Handelsvertrag. Trotz gewisser Mängel hat die Reichstagsfraktion diesem Vertrag zugestimmt, weil er geeignet war, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu verbessern, die wiederum eine der Voraussetzungen für die Festigung der politischen Verständigung zwischen diesen beiden Ländern sind.

Aber der Kampf unsrer Fraktion gegen die Heraufsetzung des Zolles auf Kartoffeln, Zucker, Schweine, Mehl und Industriemais war und blieb ver-

geblich. Ebensowenig gelang ihr die Herabsetzung des Kontingents an zollfreiem Gefrierfleisch zu verhindern. Es stellte sich heraus, daß der landwirtschaftliche Flügel der Deutschnationalen Partei sehr wohl gewußt hat, was er tat, als er stets am stärksten auf das Eintreten der Deutschnationalen Partei in die Regierung gedrängt hat. Daß er jetzt die im Interesse des Großgrundbesitzes geforderten und durchgesetzten Maßnahmen als Bauernpolitik bezeichnete, war selbstverständlich. Aber er zeigte immer wieder sein wahres Gesicht, wenn er mit Hilfe seiner Verbündeten wirklich bauern- und landarbeiterfreundliche Anträge der Sozialdemokratie ablehnte, wie solche auf Beseitigung oder Herabsetzung der Futtermittelzölle, auf Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen, auf öffentliche Kontrolle der für die Landwirtschaft notwendigen Produktionsmittel, auf Pächterschutz, auf öffentliche Auslegung der Steuerlisten usw.

Mit wie wenig Recht im übrigen die Sozialdemokratie als landwirtschaftsfeindlich angesprochen werden kann, zeigte sich in ihrem Verhalten zu dem landwirtschaftlichen Notprogramm, mit dem sich die Bürgerblockregierung verabschiedete. Für alle einigermaßen zu rechtfertigenden Maßnahmen, die der Abhilfe der sogenannten Agrarierkrise dienen sollten, war ihre Zustimmung zu haben, und es kann wahrhaftig nicht als Gegnerschaft gegen die Landwirtschaft ausgelegt werden, wenn unsre Fraktion sich den wilden Subventionsplänen eines Hugenberg und Schlange (Schöningen) widersetzte. Sie war und ist bereit, helfend und mit staatlichen Geldern einzugreifen. Aber die Hilfe soll nur dort gebracht werden, wo noch Aussicht auf Rettung vorhanden ist, und wo die Garantie für die zweckmäßige Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel geboten ist.

Wir sind — und das gilt nicht nur für die Landwirtschaft — meiner Meinung nach ohnehin schon viel zu tief in den Sumpf der Subventionspolitik geraten. (Sehr richtig!) Der Staat kann und darf es nicht als seine Aufgabe betrachten, verkrachte privatkapitalistische Unternehmungen zu sanieren. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder das Unternehmen ist hoffnungslos, dann muß es, wenn nicht ganz besondere außerhalb des rein Oekonomischen liegende Gründe vorhanden sind, zugrunde gehen. Oder das Unternehmen ist neu zu beleben, dann muß es, wenn der Staat eingreift, aus den Händen des Privatkapitalismus in die Hände eines gemeinwirtschaftlichen Betriebs übergeführt werden.

In den Bezirk der Wirtschaftspolitik gehört auch der leider recht ergebnislose Kampf unsrer Fraktion gegen die Verschlechterung der Konjunktur durch Forderung der Beseitigung aller Hemmnisse für Auslandsanleihen der öffentlichen Körperschaften, der Länder und Gemeinden. Die Forderung der Sicherung der Finanzierung des Wohnungsbaues gehört ebenfalls hierher, und zwar durch Anerkennung der produktiven Zwecke des Wohnungsbaues für die Aufnahme ausländischer Anleihen.

Und endlich muß in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden unsre bisher unerfüllt gebliebene Forderung eines Monopol- und Kartellgesetzes, der Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und monopolistische Unternehmungen zur Abwehr künstlicher Heraufschraubung und Hochhaltung von Preisen.

Ich will meine Darstellung unsrer Tätigkeit in der Opposition auf diese beiden Gebiete, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, beschränken. Wir sahen, wie unsre Nichtzugehörigkeit zur Regierung sich verschieden auf diesen Gebieten auswirkte. Aber wenn ich jetzt zu dem im Augenblick für uns wichtigeren zweiten Berichtsabschnitt übergehe, so wird sich ja auch da immer wieder Gelegenheit bieten, auf unser Verhalten in dem voraufgegangenen Berichtsjahr zurückzugreifen.

Zunächst aber die Frage: wie kam es, daß der Bürgerblock auseinanderfiel? Aeußerlich gesehen, scheiterte er bekanntlich an dem Schulgesetz. Zentrum und Volkspartei konnten sich trotz der schönen Richtlinien in langen Ausschußverhandlungen, in denen auch wir sehr intensiv mitgearbeitet haben, um die sachlichen und verfassungsrechtlichen Unmöglichkeiten des Keudellschen Entwurfs darzutun, nicht einigen. Aber in Wirklichkeit hat meiner Meinung nach der Grund des Zerfalls des Bürgerblocks doch tiefer gelegen. Er lag nicht zuletzt in der wachsenden Abneigung der Zentrumsarbeiterschaft gegen das Zusammengehen mit der sozialreaktionären und antirepublikanischen Deutschnationalen Partei. Diese Zentrumsarbeiterschaft ließ sich in großem Umfang auch mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer religiösen Kampfgemeinschaft nicht länger bei der Stange halten.

Genossen und Genossinnen! Ich glaube, wir haben daraus Schlußfolgerungen auch auf unser Verhalten gegenüber dem Zentrum zu ziehen. Ich glaube — und der Genosse Sollmann hat das meiner Meinung nach sehr richtig ausgeführt oder angedeutet —, nichts wäre verfehlter, als wenn wir den Kampf gegen das Zentrum mit religionspolitischen Waffen zu führen uns anschickten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß für uns Religion absolut Privatsache ist. Wir müssen auf dem Standpunkt bleiben, daß in der großen Sozialdemokratischen Partei Raum und Platz für alle ist, mögen ihre Ansichten über das jenseitige Leben diese oder jene sein, vorausgesetzt, daß sie bereit sind, im Diesseits mit uns zusammen zu wirken. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können den Kampf um die Seelen der Zentrumsarbeiterschaft, um die Seelen der religiös eingestellten Arbeiterschaft nur gewinnen, indem wir ihnen auseinandersetzen, daß sie sozial- und wirtschaftspolitisch und auch verfassungspolitisch sehr schlecht beraten sind, wenn sie den bürgerlichen Parteien folgen, die unter dem Hinweis auf die „Religionsfeindlichkeit" der Sozialdemokratie sie von dieser abzulenken suchen.

Und weil in den Anträgen auch solche vorhanden sind, die sich auf das Konkordat beziehen, so glaube ich, obwohl das nicht zum Fraktionsbericht gehört, in diesem Zusammenhang sagen zu sollen: es genügt nicht, daß wir nun aus Kreisen der Partei heraus eine wilde Agitation gegen das Konkordat entfesseln. Wesentlich ist, daß wir zunächst einmal seinen Inhalt kennen (Sehr richtig!), und wir kennen ihn alle nicht. Und wesentlich ist ferner, daß wir uns nicht von dem Wort Konkordat erschrecken lassen. (Sehr richtig!) Es gibt nämlich Genossen, die, wenn sie das Wort Konkordat hören, meinen, das müsse unter allen Umständen etwas ganz Furchtbares sein, denn es ist ein Fremdwort, hinter dem sich alle möglichen Gemeinheiten verstecken können. (Heiterkeit.) Ich kenne das Konkordat nicht. Wenn es sich darauf beschränkt, gewisse Fragen zwischen Staat und Kirche zu regeln, wenn es darauf verzichtet, irgendwie in das Gebiet der Schulpolitik des Staates einzugreifen (Rufe: Wenn!) — ja wenn, das sage ich auch, ich bin leider auch nicht in die Geheimnisse des Vatikans eingeweiht —, wenn das der Fall ist, so sehe ich nicht, daß wir einen Grund hätten, ihm zu widersprechen.

Aber ich wiederhole: Es ist einstweilen nicht Sache der Reichstagsfraktion. Das Konkordat ist eine Angelegenheit, die zunächst geregelt werden muß zwischen den beiden Päpsten, dem Papst in Rom und dem Papst in Preußen. (Heiterkeit.) Wir werden also zunächst einmal abwarten, wie die Vorlage aussieht, über die sich diese beiden Heiligen Väter in der nächsten Zeit einigen. (Dr. Moses: Haben Sie Sollmann damit gemeint?) — Sollmann ist Mitglied der Reichstagsfraktion und nicht der preußischen, und ist einstweilen auch noch kein Papst. (Heiterkeit.)

Der innerliche Bruch der Bürgerblockregierung hatte sich schon Ende 1927 vollzogen und nur, um den Etat und einige andre dringliche Aufgaben noch zu erledigen, blieb das Kabinett Marx beisammen, bis am 31. März 1928 der Reichstag aufgelöst wurde.

Wir haben dann — und darauf ist ja in der vorangegangenen Debatte sehr viel und nachdrücklich hingewiesen worden — in der Wahlbewegung gegen den

Bürgerblock gekämpft. Aber wir mußten uns dabei bewußt sein, daß, wenn wir dessen Erbschaft antreten wollten, wir genötigt sein würden, uns in die Erbschaft mit zwei oder drei Parteien zu teilen, die ebenfalls dem Bürgerblock angehört haben; mit Parteien, die ihre grundsätzliche Einstellung nicht so gründlich ändern würden, daß wir nun in die Lage versetzt wären, die Politik des Reiches von Grund aus neu zu orientieren. Wir mußten wissen, daß wir Zugeständnisse zu machen haben würden. Es konnte sich nur um eine gewisse Verschiebung des Schwergewichts von rechts nach links handeln. Auch die Führung der Regierung durch die Sozialdemokratie konnte nicht den Besitz des beherrschenden Einflusses innerhalb der Regierung bedeuten.

Vielleicht ist man sich während der Wahlkampagne nicht in allen Teilen der Partei über diese harten Notwendigkeiten genügend klar gewesen. In der Praxis traten ja die Schwierigkeiten des Regierens auch alsbald hervor. Es zeigte sich bei den ersten Verhandlungen über die Koalitionsbildung, daß die Deutsche Volkspartei zwar bereit war, mit uns zu regieren, daß aber ihr Wunsch dahin ging: es darf nicht viel geändert werden gegenüber den Zuständen unter der Bürgerblockregierung. Es zeigte sich, daß das Zentrum mit uns gehen wollte, daß es aber als Preis für dieses Mitgehen, weil es sich doch im Grunde nicht umgestellt hatte, zum mindesten auf personellem Gebiet eine Reihe von Konzessionen forderte.

Und weiter, um nur einige Beispiele zu nennen: wir hatten den Nationalfeiertag gefordert. Severing hatte ihn, glaube ich, sogar angekündigt. Er war auch in dem Regierungsprogramm in Aussicht gestellt worden. Es ist nicht gelungen, den Antrag, den 11. August zum verfassungsmäßigen Feiertag zu erheben, durchzubringen. Vielleicht — wenn ich das sagen darf — sollten sich auch die Minister angelegen sein lassen, nichts zu versprechen, was nachher nicht gehalten werden kann. (Sehr gut!) Wir wollen immer erst den Bären erlegen, ehe wir das Fell verteilen. (Erneute Zustimmung.)

Nun zum Panzerschiff!, das hier ja genügend besprochen worden ist und von dem man nur wünschen könnte, daß, wenn es einmal überhaupt nach seiner Fertigstellung praktisch verwendet werden sollte, unter den Feinden ebensoviel Unheil anrichtet, wie es vor der Fertigstellung in der Partei angerichtet hat. (Heiterkeit.) Zum Panzerschiff lassen Sie mich auch nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Ich meine, es muß gesagt werden: bevor die Minister im Kabinett jene Haltung vom 10. August einnahmen, hätten sie sich mit der Reichstagsfraktion in Verbindung setzen sollen. (Sehr richtig!) Hier ist ein Fehler gemacht worden, den wir nicht vertuschen wollen. Im allgemeinen ist zweifellos die Auffassung berechtigt, daß die Fraktion sich nicht in die Einzelheiten der Regierungsgeschäfte einzumischen hat. (Sehr richtig!) Aber wenn es aus Gründen, die in der Geschichte und die in der Struktur der Parteien in Deutschland liegen, schon allgemein gilt, daß die Fraktionen in den deutschen Parlamenten sich einen starken Einfluß auf die Entscheidungen ihrer Vertreter im Kabinett vorbehalten, so muß die sozialdemokratische Fraktion dieses Recht ganz besonders für sich in Anspruch nehmen. Unsre Minister können mit Erfolg nur arbeiten, wenn sie der Zustimmung zu ihren Entschlüssen durch die Fraktion sicher sind. (Sehr richtig!) Wir sind doch schließlich noch etwas mehr als eine Partei im landesüblichen Sinne. Wir sind eine Art von Lebensgemeinschaft, und auch die Minister hängen in ihrer Existenz, hängen in ihrem politischen Ansehen von der Verknüpfung mit dieser Lebensgemeinschaft ab. (Sehr richtig!) Um ihrer selbst willen müssen sie sich in allererster Linie als zu uns gehörig und erst in zweiter Linie als Mitglied des Kabinetts fühlen. Mit dem Hinweis auf die Möglichkeit einer nachträglichen Zurrechenschaftziehung ist es nicht getan. Der Gefahr einer solchen Auseinandersetzung, die möglicherweise einmal mit dem Rücktritt der Genossen aus der Regierung enden könnte, wollen wir weder die Minister noch die Partei aussetzen. Zumal in Fragen, von denen bekannt ist, daß sie die Partei aufs tiefste bewegen, muß

eine solche Fühlungnahme stattfinden. Es wird sich dann, glaube ich, immer ein Ausweg und ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Meinungen finden lassen.

Das alles sind Selbstverständlichkeiten. Ich bin der letzte, der irgendeinem unsrer Ministergenossen bösen Willen in dieser Beziehung zusprechen möchte. Es sind Selbstverständlichkeiten, die erwähnt werden müssen, weil aus Irrtum in diesem Jahre ihnen nicht immer in vollem Umfang entsprochen worden ist.

An den Beispielen des Verfassungstages und des Panzerschiffes habe ich die Schwierigkeiten aufgezeigt, die aus der Abneigung der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen eine grundsätzliche Aenderung des im Bürgerblock eingehaltenen Kurses erwuchsen. Andere, größere Schwierigkeiten ergaben und ergeben sich aber aus den eingetretenen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen. Die waren uns gewiß im großen und ganzen nicht unbekannt, als wir den Schritt zur Regierung wagten, und Hilferding hat in seiner letzten Rede als Abgeordneter im vorigen Reichstag auf diese kommenden Nöte hingewiesen. Wir wußten auch, daß das neue Etatsjahr uns die Belastung der vollen Dawes-Leistungen bringen würde. Wir hatten schon mit vollem Recht den letzten Etat des Finanzministers Köhler einen verschleierten Defizitetat genannt. Aber die ganze Trostlosigkeit der Situation war uns allen doch nicht so recht aufgegangen. Wir sind uns ihrer erst allmählich bewußt geworden. Und dann kamen auch die Ereignisse des letzten Winters hinzu, die der Situation eine geradezu katastrophale Zuspitzung gegeben haben.

Ich muß ein paar Ziffern nennen. Seit Jahren schleppt das Reich einen ungedeckten Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt mit, der am 31. März dieses Jahres 675 Millionen Mark betrug. An Darlehen für private und öffentliche Körperschaften sowie für die Deckung des Bedarfs im ordentlichen Etat des Jahres 1928 sind weiter 400 Millionen Mark verausgabt worden. Als laufende Betriebsmittel müssen, da der im Jahre 1926 geschaffene Betriebsmittelfonds von den frühern Regierungen verausgabt worden ist, 300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. An Zuschüssen und Darlehen für die Erwerbslosenversicherung sind bis März allein 260 Millionen Mark erforderlich gewesen. Am 31. März, am Schluß des Etatsjahres war somit ein Kassenbedarf von 1635 Millionen Mark vorhanden. Zu seiner Deckung stand nur ein Betriebskredit von 100 Millionen Mark zur Verfügung, den die Reichsbank dem Reiche gesetzlich zu gewähren hat, und ein Umlauf an kurzfristigen Schatzwechseln von etwa 400 Millionen Mark. Der gesamte übrige Bedarf von mehr als 1100 Millionen Mark wurde bei zahlreichen andern Stellen: Reichsbahn, Reichspost, Preußenkasse usw. gepumpt. Um einen Restbetrag von 170 Millionen Mark zu erhalten, mußte das Reich sehr schwierige Verhandlungen mit den Banken führen.

Im April vollzog sich eine weitere Verschlechterung der Kassenlage. Für die Erwerbslosenversicherung mußten weitere fast 100 Millionen Mark Reichsmittel gewährt werden. Da aber außerdem ein Teil der kurzfristigen Deckungsmittel nicht mehr zur Verfügung stand und die Banken ihre Kredite nur unter der Bedingung gewährten, daß sie letztmalig gegeben werden und im Juli zurückgezahlt würden, stieg der Fehlbetrag dauernd.

Nun ist der Kassenbedarf an sich ja nicht unmittelbar mit dem Bilde des Etats in Zusammenhang stehend, und das Kabinett, resp. der Genosse Hilferding, hatte ja einen Haushaltplan vorgelegt, der balancierte. Die Ziffern sind uns noch in Erinnerung. Ein Defizit von 590 Millionen Mark sollte gedeckt werden durch Höherschätzung der Einnahmen aus verschiedenen Steuern im Betrage von 91½ Millionen Mark, durch Steuererhöhungen mit 379 Millionen Mark, und Erhöhung des Reichsanteils an den Ueberweisungssteuern im Betrag von 120 Millionen Mark.

Gegen diesen Voranschlag wurde alsbald eine sehr heftige Kampagne entfesselt. Plötzlich machte sich bei allen Parteien eine gewaltige Sparbegeisterung bemerkbar, am stärksten in den Kreisen der Industrie und des

Handels. Dabei führte der Hansabund den Reigen und forderte besonders beim Sozialetat einen Abstrich von 266 Millionen Mark. Die Volkspartei ihrerseits lehnte den Eintritt in eine wirkliche, eigentliche Große Koalition ab, wenn man sich nicht mit ihr auf einen Etat ohne neue Steuern einigte, — das heißt ohne neue Steuern mit Ausnahme der von ihr geforderten Besteurung der öffentlichen Betriebe. Die Bayrische Volkspartei war ganz selbstverständlich gegen die Biersteuererhöhung. Es gibt auch in unsern Reihen sehr viele Genossen, die in dieser Beziehung eine gewisse Verwandtschaft mit der Bayrischen Volkspartei fühlen. (Heiterkeit.)

Eine Mehrheit für den Etat, wie er vorgelegt war, war jedenfalls nicht vorhanden. Aber auch die Sozialdemokraten wollten Abstriche an den Ausgaben vornehmen. Und so kam man schließlich überein, die Etatssachverständigen der einzelnen Fraktionen sich zusammensetzen zu lassen, um Wege der Sparsamkeit aufzuzeigen. So kam das berühmte Streichquintett, das uns wochenlang so hübsche Melodien vorgespielt hat. Dieses Quintett gelangte zu dem Ergebnis, daß die Ausgaben um etwa 179 Millionen Mark zu kürzen seien. Auf diesen Boden stellten sich dann die Parteien der Regierung. Die fehlenden 130 Millionen Mark sollten auf folgende Weise gedeckt werden: 40 Millionen Mark durch die Vermögenssteuer und 90 Millionen Mark aus dem Branntweinmonopol. Das Kabinett hat diese Vorschläge der Etatssachverständigen der Parteien akzeptiert.

Das Ganze ist zweifellos ein etwas ungewohnter und absonderlicher Vorgang gewesen. Aber er ist ein Beweis für die Macht der Parteien resp. der Fraktionen innerhalb des deutschen parlamentarischen Systems. Auch das hat wieder Anlaß geboten, wie so manches andre, den Parlamentarismus in Deutschland zu kritisieren: die Parteien wären zu mächtig, sie drängten das Kabinett in den Hintergrund, sie gäben ihm nicht die Möglichkeit, eine Politik der starken Hand und der Selbständigkeit zu treiben, und man hat dafür das entsetzliche Wort von Parteiismus geprägt. Es ist richtig, die Parteien haben diese Macht. Die Machtstellung der Parteien und Fraktionen in Deutschland ist, an England und Frankreich gemessen, gegenüber der Regierung relativ sehr groß. Sie erklärt sich aus der festen Organisation dieser Parteien, und sie wird gesteigert durch die Notwendigkeit, Koalitionsregierungen zu bilden, Koalitionsregierungen, bei denen jede einzelne Gruppe, auch die kleinste, wenn sie zur Regierungsbildung und zur Mehrheitsgewinnung unentbehrlich ist, ihren vollen Einfluß in der Regierung und auf die Regierung ausüben will. Mit dieser Tatsache der Stärke des Einflusses der Parteien muß der deutsche Parlamentarismus rechnen im Gegensatz zu den anders gearteten Verhältnissen in andern demokratischen Ländern. Der deutsche Parlamentarismus kann aber diese Tatsache ertragen unter der einen Voraussetzung, daß die Parteien das notwendige Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat und der Staatspolitik besitzen.

Trotzdem kommen uns — ich glaube mit Recht — nachträglich gewisse Zweifel darüber, ob es angebracht war, bei den Verhandlungen der Etatssachverständigen die Vertreter der Regierung und insbesondere den Finanzminister so ganz auszuschalten, ob es richtig gewesen ist, daß der Finanzminister die Beschlüsse dieses Ausschusses restlos zu seinen eignen machte. Schon heute ist es klar, besonders wenn Paris nicht das erwartete Resultat bringt, zumindest nicht erbringt für das laufende Etatsjahr, neue Steuern sehr bald notwendig sein werden. Zweifellos hat das ja auch der Genosse Hilferding in seiner Eigenschaft als Finanzminister gewußt. Wenn er trotzdem seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Ausschusses gab, so meiner Meinung nach nur deshalb, weil er davon überzeugt war und sein mußte, daß auf andre Weise im Augenblick eine Mehrheit für den Haushaltplan und für die Regierung nicht zu finden war. Was gefunden ist, ist eine provisorische Lösung aus politischen Gründen, der sehr bald sich eine definitive Lösung anschließen muß.

Auf die Einzelheiten der Abstriche gehe ich nicht ein. Uns interessieren im wesentlichen zwei Etats, der der Reichswehr und der des Arbeitsministeriums. Beim Wehretat sind natürlich für uns die vorgenommenen Verkürzungen viel zu gering. Immerhin ist erreicht, daß zum erstenmal eine Verringerung der Ausgaben des Reichswehrministeriums eingetreten ist. Die Ausgaben belaufen sich statt auf 727 Millionen Mark im Vorjahr auf 666 Millionen Mark im neuen Etatsjahr. Der Finanzminister selbst strich an dem ursprünglichen Ansatz 23 Millionen Mark, der Reichsrat 6 Millionen Mark und das Streichquintett setzte die Ausgaben weiter um 32 Millionen Mark herab. Das ist nur ein Anfang, und es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß ihm in den kommenden Jahren die Fortsetzung folgt. (Zustimmung.) Wir sind noch weit entfernt von dem in der Opposition gestellten Antrag, über dessen Zweckmäßigkeit man verschiedener Meinung sein kann, den Reichswehretat auf 500 Millionen Mark herabzusetzen. (Sehr richtig!) Aber auch hier standen wir vor der Alternative, entweder auf dem Wege unsrer Mitwirkung die Herabsetzung in dem erwähnten Umfang zu erreichen, oder aber mit unserm Beiseitetreten gar nichts zu erreichen.

Wie liegen die Dinge beim Sozialetat? Von der produktiven Erwerbslosenfürsorge, für die im Etat 55 Millionen Mark angefordert waren, werden 20 Millionen Mark abgestrichen. Eine Einschränkung der Aufgaben und des Umfanges der produktiven Erwerbslosenfürsorge wird dadurch nicht eintreten. Aus dem Jahre 1928 stehen noch Restbeträge in Höhe von 40 Millionen Mark zur Verfügung, so daß mit den neu bewilligten 35 Millionen Mark insgesamt 75 Millionen Mark verausgabt werden können. Von der Summe von 88 Millionen Mark für Kapitalabfindungen der Kriegsbeschädigten sind 25 Millionen Mark abgestrichen worden. Die Sozialdemokratie hat sich gegen diese Streichung energisch gewehrt, sich aber gegenüber den andern Parteien nicht durchsetzen können. Zwar wird durch diese Maßnahme der Rentenanspruch des einzelnen Kriegsbeschädigten nicht geschmälert; es wird lediglich erschwert, allen Wünschen auf Umwandlung der jährlichen Renten in einen Kapitalbetrag zu entsprechen. Das ist sehr bedauerlich; aber anderseits ist doch dank dem sozialdemokratischen Eintreten zunächst bis Ende Juni die Krisenfürsorge verlängert worden. Die Abänderung der vom Bürgerblock verschlechterten sogen. Lex Brüning geht dahin, daß Mehrerträge aus der Lohnsteuer über 1300 Millionen Mark zur Sanierung der Knappschaftsversicherung und zur Erweiterung der Leistungen aus der Invalidenversicherung dienen sollen.

Auf jeden Fall aber steht die Finanzlage einer Erweiterung der Sozialpolitik, wie wir sie wünschen, außerordentlich hindernd im Wege. Das heißt freilich nicht, daß uns nun in der Zeit unsrer Regierungszugehörigkeit auf diesem Gebiete nichts gelungen wäre. Nach dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung wurde auf Grund des Ablaufs der Uebergangsbestimmungen zur Arbeitslosenversicherung am 1. Juli 1928 um die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe von der sozialdemokratischen Fraktion gekämpft. Es wurde schließlich eine Erweiterung der Krisenfürsorge durchgesetzt, die auch vom Reichsarbeitsminister alsbald angeordnet wurde.

Schwieriger gestaltete sich der Kampf um die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen. Die sozialdemokratische Fraktion war, da sich Widerstände innerhalb des Kabinetts geltend machten, im August zu einer Feriensitzung zusammengetreten, in der sie nochmals die Durchführung des entsprechenden Juli-Beschlusses des Reichstags forderte. Gestützt auf diesen Fraktionsbeschluß setzten die sozialdemokratischen Minister nunmehr die allgemeine Verlängerung der Unterstützungsdauer mit Wirkung vom 17. September durch. Für ältere Arbeitslose wurde die Unterstützungsdauer der Krisenunterstützung bis auf 52 Wochen ausgedehnt. Der Reichsarbeitsminister erhöhte die Pflichtgrenze für die Angestelltenversicherung auf 8400 Mark Jahreseinkommen. Im Herbst 1928 wurde die Novelle zur Unfallversicherung verabschiedet, durch die die Unfallversicherung ausgedehnt wurde auf die Feuerwehr,

die Betriebe zur Hilfeleistung in Unglücksfällen, Krankenhäuser, Heilanstalten, Laboratorien usw. Die kaufmännischen Angestellten und Gastwirtsangestellten sind in die Unfallversicherung einbezogen, soweit die Betriebe oder Betriebsteile bereits erfaßt sind. Im Dezember 1928 wurde zur Entlastung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung die Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit geregelt, die unter gewissen Beschränkungen für die Saisonarbeitslosen zur Sicherung ihrer Unterstützung Reichsmittel zur Verfügung stellt. Durch eine Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz vom März 1929 wurde die Heraosetzung der Wartezeit durchgeführt sowie die Anerkennung der Berufsunfähigkeit bei Vollendung des 60. Lebensjahres im Falle einer ununterbrochenen Arbeitslosigkeit von einem Jahr. Durch eine Novelle zur Versorgung bei Berufskrankheiten wurde die Zahl der Berufskrankheiten, auf Grund deren Rentenentschädigung gewährt wird, wesentlich erweitert. Es gelang uns im Reichstag weiter, unsre Forderung nach einem Gesetz durchzudrücken, das die Reichsversicherungsordnung dahin ändere, daß ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Pfennig täglich, für 4 Wochen vor und 6 zusammenhängende Wochen nach der Niederkunft gezahlt werden soll.

Diese an sich sicherlich kleinen, aber in ihrer Gesamtheit wertvollen Fortschritte der sozialpolitischen Gesetzgebung sind um so mehr als sozialdemokratische Erfolge anzusprechen, als sie in einer Zeit erzielt wurden, in der der Ansturm gegen Sozialpolitik und Sozialversicherung in der Oeffentlichkeit sehr stark ist, zu einer Zeit, in der die verschlechterte Finanzlage des Reiches dem Ausbau der Sozialpolitik außerordentliche Schwierigkeiten entgegensetzt. Nicht unerwähnt bleiben darf der Kampf, den im Herbst 1928 die Unternehmer der Nordwestdeutschen Eisenindustrie gegen das staatliche Schlichtungswesen anzettelten. In der Abwehr dieses Kampfes gelang es der Sozialdemokratie, zu erreichen, daß den ausgesperrten Metallarbeitern im Ruhrgebiet unter Bereitstellung von Reichsmitteln öffentliche Unterstützungen gezahlt wurden, ohne daß die Fürsorgestellen eine Anrechnung der gewerkschaftlichen Kampfunterstützung vornehmen durften. Die Sozialdemokratie hat die Aenderung des gesetzlichen Schlichtungswesens abgelehnt.

Das sind einige der Punkte, die Genosse Bielig in seiner Bilanz leider zu registrieren vergessen hat. Die Frage ist aufzuwerfen: würden wir dasselbe unter den gegenwärtigen Umständen haben durchsetzen können, wenn wir draußen gestanden hätten? (Sehr richtig!) Aber was wir vor allem auf unsre Kreditseite buchen können, ist die Abwehr der Angriffe, die in dieser Zeit schlechten Wirtschaftsganges von kapitalistischer Seite ganz allgemein gegen die Sozialpolitik unternommen wurden. (Sehr wahr!) Wieder vernehmen wir heute alle die altbekannten Argumente, die von jeher von Scharfmachern aller Art gegen soziale Fortschritte ins Treffen geführt worden sind. Wir hören von der finanziellen Belastung der Wirtschaft, von der Untergrabung des persönlichen Verantwortungsgefühls bei den Arbeitern, von der Einengung des Sparbetriebes infolge der Sozialversicherung, von der Förderung der Faulheit usw.. Insbesondere geht neuerdings die Attacke auf die Arbeitslosen vor sich. Tolle, aber im einzelnen Falle meistens völlig unkontrollierbare und unbeweisbare Behauptungen über den Mißbrauch dieser Institution werden in Umlauf gesetzt, um die Stimmung für eine grundsätzliche Umgestaltung des Gesetzes zu schaffen, und die Höhe der Reichszuschüsse in den letzten Krisenmonaten muß herhalten, um die Unhaltbarkeit des bestehenden Zustandes zu erhärten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in einer Resolution zu diesen Angriffen auf die Arbeitslosenversicherung Stellung genommen und die Grenzen aufgezeigt, bis zu denen sie zu gehen geneigt ist, um eine vernünftige Reform, wo sie nötig ist, in die Wege zu leiten. Die Sozialdemokratie gibt zu: es mögen Mißstände vorhanden sein, Mißstände, die aber zum Teil daher rühren,

daß sich der neue Verwaltungsapparat noch längst nicht genügend eingespielt hat, Mißstände, die auf andern Gebieten bestehen mögen. Aber an dem Grundsatz der Arbeitslosenversicherung, an dem Umfang der Versicherungsteilnehmer im großen und ganzen werden wir nicht rütteln lassen. Wir werden und müssen an den in der Fraktionsresolution niedergelegten Grundsätzen festhalten. Wir sind bereit, zur Abstellung wirklicher von unparteiischer Seite nachweisbaren Mißständen; wir sind auch bereit, wenn es notwendig ist, der Beitragserhöhung innerhalb der Arbeitslosenversicherung zuzustimmen. Das aber sind die Grenzen. Genosse Müller hat gestern davon gesprochen, daß derjenige, der eine Krise wolle, sich einen bessern Anlaß dazu aussuchen solle als das Panzerschiff. Wir wollen keine Krise; aber wenn es zu entscheidenden Auseinandersetzungen kommen soll, dann ist der Kampfboden für uns bei der Arbeitslosenversicherung wesentlich günstiger. (Lebhafte Zustimmung.) Die Proletarier werden es verstehen, wenn wir über die von uns gezogenen Grenzen nicht hinausgehen, und die bürgerlichen Parteien werden es verstehen lernen müssen. (Sehr richtig!) Sie müssen erkennen, daß wir die stärkste Partei nicht nur in der Koalition und in der Regierung sind, sondern auch draußen im Lande. Es gibt eine Grenze für die Zugeständnisse, die wir an Koalition und ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse zu machen in der Lage sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Selbstverständlich werden wir uns in der Sozialpolitik nicht völlig auf die Abwehr beschränken. Der Ausbau der Sozialpolitik ist unsre Forderung, und eine große Zahl der dem Parteitag vorliegenden Anträge spricht ja auch von dieser Notwendigkeit. Ich kann auf sie nicht eingehen, und brauche das auch nicht, da sich die Anträge zur Invalidenversicherung zum Teil mit Anträgen decken, die die Reichstagsfraktion selbst wiederholt, auch in den letzten Monaten gestellt hat. So sind die Forderungen nach Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 Prozent, nach Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität Bestandteil noch unerledigter sozialdemokratischer Anträge. Diese Ausbauvorschläge sind aber mit Mehrkosten verknüpft, die die Invalidenversicherung nach ihrer augenblicklichen Finanzlage nicht tragen könnte. Eine wesentliche Steigerung der Reichszuschüsse ist infolge der jetzigen Finanz- und Kassennot des Reiches kaum zu erwarten. Die Reichstagsfraktion hat daher in Verbindung mit den Ausbauforderungen den Vorschlag auf Aufstockung neuer Lohnklassen gemacht, die durch die Lohnentwicklung der letzten Jahre berechtigt und geeignet wäre, Mehreinnahmen für die Invalidenversicherung zu bringen. Die Beratungen über die sozialdemokratischen Anträge mußten vor Ostern abgebrochen werden. Sobald die Pariser Reparationsverhandlungen abgeschlossen sind, wird die Lage im Reichstag für die Verabschiedung dieser Anträge günstiger sein.

Die in den Anträgen enthaltene Forderung auf allgemeine Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre konnte von der Reichstagsfraktion in dieser Form nicht übernommen werden, da ihre Erfüllung mit einer jährlichen Mehrausgabe von über 300 Millionen Mark verbunden wäre und die Arbeitergewerkschaften selbst, insbesondere auch der ADGB. sich dagegen ausgesprochen haben. Es wird aber zurzeit innerhalb des sozialpolitischen Fachausschusses des Reichstags erwogen, ob eine bedingte Herabsetzung der Altersgrenze vorgenommen werden soll, ähnlich wie sie in der letzten Novelle zur Angestelltenversicherung erfolgt ist.

Eine andre Frage, bei der Nachgiebigkeit ihre Grenze finden müßte, ist in der Zollpolitik zu finden. (Sehr wahr!) Den Bestrebungen, durch weitere Erhöhung der Zölle die Lebenshaltung der Massen zu verteuern, mag man diese Zölle nun Preisangleichzölle nennen oder wie immer, müssen wir den stärksten Widerstand entgegensetzen.

Ganz allgemein zur Wirtschaftspolitik des letzten Jahres noch ein paar Worte. Auf Grund des Gutachtens des Reichswirtschaftsrats hat 1929 das Kabinett dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Senkung von Zöllen unter-

breitet. Die vorgesehenen Zollerleichterungen sind ziemlich unbedeutend, und es wird bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs auf seine Verbesserung gedrängt werden müssen. Ende 1928 hat die Fraktion ihre Zustimmung zur Erhöhung des Zuckerzolles gegeben. Das geschah aus der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Abwehr der Ueberflutung des deutschen Marktes mit ausländischem Zucker auf Grund ausländischer Subventionen der Zuckerindustrie. Diese Zustimmung ist von uns nur auf Grund der Anerkennung gegeben worden, daß neben dem Schutz der Erzeuger durch die Zollvorlage eine Sicherung der Verbraucher eingeführt wird, und zwar durch die Bestimmung, daß der Zuckerzoll von 25 Mark unter den früher herrschenden Zollabsatz von 15 Mark, nämlich auf 10 Mark herabgesetzt wird, wenn der Großhandelspreis für Verbraucherzucker den Betrag von 31 Mark pro Zentner übersteigt. Diese Sicherung der Verbraucher in einem Zollgesetz ist eine grundsätzlich wichtige Neuerung. Im Jahre 1929 setzten die Bemühungen der Zuckerinteressenten und der bürgerlichen Parteien ein, den Grenzpreis für die Zollherabsetzung zu erhöhen. Die Sozialdemokratie hat diese Erhöhungsanträge mit allem Nachdruck bekämpft und ihre Annahme bisher verhindert.

Ein Punkt, der mir aus den Kreisen des Parteitags nahegebracht worden ist, ist die Frage des deutsch-polnischen Handelsvertrags. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß dieser Handelsvertrag, um den nun seit Jahren gefeilscht und gehandelt wird, noch nicht zum Abschluß gebracht wurde. Wir sehen die Schwierigkeiten, die in der Opposition unsers Agrariertums und — ich wage hinzuzufügen — in der Auswahl gewisser Unterhändler gegeben sind. (Sehr richtig!) Aber wir wollen nicht verkennen: in diesem Falle sind wir in Deutschland nicht die Alleinschuldigen. Mit den Polen sich zu verständigen, auch auf handelspolitischem Gebiet, ist ein Geschäft, das selbst ein Engel vom Himmel nicht leicht erledigen könnte. Wir können in diesem Zusammenhang nur an unsre polnischen Genossen die Bitte richten, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, wobei wir freilich konstatieren müssen, daß der Einfluß der parlamentarischen Parteien in Polen unter Pilsudski leider wesentlich geringer ist als der Einfluß der parlamentarischen Parteien in Deutschland.

Aber ich komme noch einmal auf die Arbeitslosenversicherung zurück. Wenn wir uns einer Reform im Sinne der Arbeitgeberverbände widersetzen, so jetzt nicht zuletzt deshalb, weil in den letzten Wochen das Argument der finanziellen Unträglichkeit der Belastung durch die Arbeitslosenversicherung zum mindesten in seinem Wert stark herabgemindert worden ist. Ich spreche von der Anleihe, die von der Regierung beschlossen und aufgelegt wurde, von der Anleihe, die in die Geschichte unter der Bezeichnung „Hilferding-Anleihe" eingehen wird. Ich hoffe nur, daß unser Freund Hilferding an diesem Kind eine gewisse Freude haben wird. Wir haben an dieser Anleihe als Fraktion wahrhaftig sehr wenig Freude gehabt, und wir haben ihr mit ihrer Steuererleichterung für die Besitzenden nur mit sehr schwerem Herzen und unter großen Bedenken erst nach langen Auseinandersetzungen mit einer verhältnismäßig geringen Majorität zugestimmt. Aber wir haben ihr zugestimmt, weil wir überzeugt davon sind, daß es im gegenwärtigen Moment einen andern Ausweg nicht gibt, daß wir für die Sünden der Finanzpolitik vergangener Jahre und Regierungen zu büßen haben. (Sehr wahr!) Wir hoffen, daß diese Anleihe ein Erfolg wird, und wir fügen hinzu: nachdem wir ihr zugestimmt haben, muß unser Widerstand gegen eine Aenderung der Arbeitslosenversicherung noch stärker sein als bisher. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen nicht, daß die Finanzen und die Kassenlage des Reiches gebessert werden auf Kosten hungernder Erwerbsloser. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Ein weiteres, ebenso ernsthaftes Problem taucht am Horizont auf. Wenn die Reparationsverhandlungen in Paris oder Verhandlungen der Regierungen zu einem das deutsche Wirtschaftsleben entlastenden Ergebnis führen, dann wird auf die Dauer eine grundsätzliche Steuerreform wohl unvermeidlich werden. Ueber ihre Art und ihren Umfang gehen die Meinungen auseinander. Sollten aber die bürgerlichen Parteien darauf bestehen, im wesentlichen eine Entlastung des Besitzes vorzunehmen und unter der falschen Parole der Notwendigkeit einer Kapitalbildung versuchen, um eine Erleichterung der Mehrbelastung herumzukommen, dann werden sie uns auf dem Posten finden, d. h. in der Opposition. Sie mögen es dann unternehmen, diese Politik mit Hilfe der Deutschnationalen gegen uns durchzuführen. Die Arbeiter, auch die, die sich noch in ihren eignen Reihen befinden, werden ihnen die Quittung erteilen. Das Prinzip der Notwendigkeit einer Steuerreform ist dadurch nicht berührt, einer Steuerreform, die vor allem für gesunde Reichsfinanzen sorgt. Ein Staat mit schlechten Finanzen, wie es ja im Augenblick das Deutsche Reich ist, wird immer ein Spielball der Willkür in den Händen der Besitzenden sein. (Zustimmung.) Die Notwendigkeit, die Finanzen dauernd auf eine gesunde Basis zu stellen, ist unverkennbar und wird auch von uns anerkannt.

Viel wird für die Weiterentwicklung gerade auf den Gebieten der Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik von der Gestaltung unsrer außenpolitischen Beziehungen abhängen. Es ist bekannt, daß wir auch in der Opposition die von Stresemann vertretene Politik der Verständigung und des Ausgleichs unterstützt haben. Wir sind zuweilen auch aus den eignen Reihen deswegen abfällig kritisiert worden; aber nie hat uns einer unsrer Genossen — von den Gegnern nicht zu reden — gesagt, welche andre Linie denn einzuschlagen gewesen wäre, und vielleicht war es unsre beste Rechtfertigung, als um die Zeit der Abenddämmerung des Bürgerblocks der deutschnationale Redner Freiherr v. Freytagh-Loringhoven seinem lang unterdrückten Groll Luft machte und die Stresemannsche Politik deshalb für verderblich erklärte, weil sie im Grunde die Politik der Sozialdemokratie sei. Worin hat sie bestanden? Auf friedlichem Wege einen Ausgleich und eine Verständigung mit den Nationen zu suchen, die uns im Kriege feindlich gegenüberstanden. Verständigung nach dem Westen und trotzdem ernsthaftes Bemühen, die Fäden nach dem Osten, auch nach Sowjetrußland nicht zerreißen zu lassen. Wir haben die Verträge mit Sowjetrußland, wir haben die Anerkennung der führenden Leute der Sowjetregierung, daß die Beziehungen zu Deutschland ausgezeichnet seien. Wie lächerlich ist es, wenn unter diesen Umständen die Kommunisten uns den Vorwurf machten, unsre Politik laufe darauf hinaus, mit den kapitalistischen Mächten des Westens eine Einheitsfront gegen Rußland zu bilden! Wir wollen die denkbar besten Beziehungen zu Rußland, gute Wirtschaftsbeziehungen und gute politische Beziehungen. Was wir nicht wollen, ist eine militärpolitische Gemeinschaft mit Sowjetrußland (Sehr richtig!), und was wir verlangen, ist, daß die russische Regierung das nicht nur anerkennt, sondern sich auch so verhält, wie es sich für einen Kulturstaat, der angeblich mit dem andern in Freundschaft lebt, gehört. Wir haben am 1. Mai gesehen, daß diese Richtlinie von Rußland nicht eingehalten worden ist, und wir haben im Haushaltsausschuß auch dagegen protestiert. Wir sind wahrhaftig, und nicht nur wir, sondern das Deutsche Reich in seiner Gesamtheit, weit davon entfernt, eine imperialistische Politik treiben zu können, selbst wenn wir wollten.

Wieder sagen wir: Dieses kommunistische Gerede vom Imperialismus und von der Notwendigkeit seiner Abwehr ist nichts weiter als eitel Unwahrheit und Verdrehung der Tatsachen. Worin soll denn der deutsche Imperialismus bestehen? Sind es nicht dieselben Kommunisten, die immer wieder verlangen, daß wir an die russische Wirtschaft und Regierung Kredite geben. Wenn der Imperialismus einen Sinn hat, ist es doch der, daß das Kapital des einen Landes versucht, in die Wirtschaft des andern Landes einzudringen und diese von sich abhängig zu machen. Wenn also ein Imperialismus überhaupt vorhanden wäre, wäre er gerade von den deutschen Kommunisten gefördert und gefordert. Es gibt diesen Imperialismus nicht.

Wir Sozialdemokraten wollen den Frieden und Ausgleich in gleicher Weise im Westen und im Osten. Die Motive und letzten Ziele Stresemanns und seiner Freunde mögen andre sein als die unsrigen. Wir wissen auch sehr wohl daß der dauernde Frieden nur durch den internationalen Sozialismus und seinen Sieg zu erreichen und zu garantieren ist. Aber bis dahin dürfen wir uns der Mitarbeit doch nicht vollkommen enthalten, der Mitarbeit an Maßnahmen, die uns vielleicht unvollkommen erscheinen können. Deshalb arbeiten wir mit im Völkerbund. Deshalb unterstützen wir die Schiedsgerichtspolitik, traten für die Ratifizierung des Kellogg-Paktes ein, obwohl wir überzeugt sind, daß er höchstens ein gewisses moralisches Hindernis gegen den Ausbruch eines Krieges darstellt. Deshalb haben wir jetzt und früher die Regierung in ihrem Kampf für die allgemeine Einschränkung der Rüstungen auf internationalem Boden unterstützt. Wir beklagten es mit den Regierungen der Gegenwart und der Vergangenheit, daß die auf die Abrüstung bezüglichen Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Völkerbundpaktes unerfüllt geblieben sind. Wir ziehen daraus nicht den Schluß, daß Deutschland aufzurüsten haben. Aber wir mahnen die andern Nationen, sich bewußt zu werden, welche Wirkungen ihr Verhalten auf nationalistische Elemente eines Staates ausüben müsse, der zwangsweise abgerüstet hat.

Wir unterstützen die Regierung mit allen Kräften in ihren Bemühungen um Räumung des besetzten Rheinlandes und Rückgabe des Saarreviers. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß wir einen Rechtsanspruch auf die Befreiung der Rheinlande besitzen. Aber selbst wenn die Meinungen darüber auseinandergehen, der *moralische* Anspruch sollte auch von den Regierungen der andern Länder anerkannt werden. Wir freuen uns der Zeichen der Freundschaft, der Großmütigkeit, die Frankreich bei dem Unfall des Zeppelin-Luftschiffes jetzt gegeben hat. Sie sind uns ein Beweis dafür, daß die Völker in ihrer Masse den Haß nicht kennen, daß sie Frieden, Freundschaft und Ruhe wollen, aber leider gibt es immer noch gewisse Regierende, die dem nicht immer mit genügender Schärfe zum Ausdruck kommenden Willen der Nation widerstehen. Viel mehr müßten sich die Nationen selbst erheben, um die internationale Abrüstung durchzuführen, viel mehr, als es heute der Fall ist, müßten die Arbeitermassen in allen Ländern in diesem Punkte ihre Regierungen, die müßig und bösen Willens sind, vorwärtsdrücken und vorwärtspeitschen. Alle Freundschaftsbezeugungen sind gut und sicher sehr anerkennenswert. Solange die Abrüstung nicht durchgeführt ist, solange die Besetzung der Rheinlande fortdauert, ist an eine wirkliche Entspannung zwischen diesen Nationen nicht zu denken.

Wir haben in Genf im vorigen September unter Führung des Genossen Müller, der die deutsche Delegation beim Völkerbund leitete, die Räumung der Rheinlande gefordert. Sie wurde uns abgelehnt. Man sprach zunächst über die Reparationen, einigte sich dahin, daß sich Sachverständige über diese Reparationsfragen verständigen sollen. Die Sachverständigen sind eingesetzt, Deutschland konnte sich dieser Notwendigkeit nicht entziehen. Ob es richtig ich, auf die Dauer solche Fragen durch „unabhängige" wirtschaftliche Sachverständige regeln zu lassen, ist ein Problem, das ich nicht erschöpfend beantworten und behandeln möchte. Dagegen spricht immer die Tatsache, daß diese Sachverständigen parlamentarisch niemand verantwortlich sind, daß wir sie niemals zur Rechenschaft ziehen können, wenn sie nach unsrer Ueberzeugung falsche Wege gegangen sind.

Wir wissen, welche Schwierigkeiten die Verhandlungen in Paris gebracht haben. Darüber ist im Reichstag nicht gesprochen worden, und mit Recht hat man sich in Deutschland auf den Standpunkt gestellt: Diese Sachverständigen sind unabhängig, die Politik soll sich nicht hineinmischen, sie sollen ihre Entscheidung nach ihrem Wissen und Gewissen fällen. Wir als Mitglieder der Reichstagsfraktion wissen zuwenig, um sagen zu können, ob wir mit der Haltung unsrer Sachverständigen und insbesondere des Herrn Reichsbankpräsidenten Schacht einverstanden sein können oder nicht. Aus der Fraktion heraus sind nur einmal Einwendungen erhoben worden, als Herr Schacht vollständig deplaciert mit diesen Verhandlungen die Frage der Kolonien und der Revision der Ostgrenze verknüpfen wollte. (Sehr richtig!) Das habe ich in einem Artikel niedergelegt. Ich glaube, daß die große Mehrzahl der Fraktion mit dieser Auffassung einverstanden war. (Sehr richtig!) Nur damals haben wir protestiert.

Merkwürdigerweise aber erklärt jetzt die Rechtspresse, es gebe eine Nebenregierung, bestehend aus Stresemann, Hilferding, Georg Bernhard und mir, und sie zerstöre die guten Absichten, die Deutschland bezüglich des Festbleibens gegenüber den Ansprüchen der Alliierten habe. Eine merkwürdige Nebenregierung, in der die Minister selbst sitzen! Es wäre doch nur dann eine Nebenregierung, wenn Schacht und Hugenberg die Hauptregierung in Deutschland darstellten. Ich persönlich habe nie den geringsten Versuch gemacht, auf die Regierung in der Reparationsfrage einzuwirken. Ich fürchte auch, die Genossen Müller und Hilferding hätten mir die Tür gewiesen. (Heiterkeit.) Ich weiß also nicht, warum ich die Ehre verdiene, dieser Nebenregierung eingereiht zu werden. Es wird behauptet, ich hätte mit dem Demokraten Bernhard in Genf schon das ganze Uebel eingeleitet. Ich möchte noch einmal von dieser Stelle aus sagen: Ich habe in Genf keinen Schritt getan, der nicht mit den Regierungsmitgliedern der Delegation verabredet gewesen ist (Hermann Müller: Sehr richtig!), von dem ich ihnen nicht Kenntnis gegeben hätte. Aber es wird wieder einmal versucht, eine Landesverratsstimmung zu schaffen. (Sehr richtig!) Ich nehme das Wort Landesverrat nicht gern in den Mund. Wenn wir aber damit operieren wollten, gibt es andre Leute, die den Vorwurf des Landesverrats auf sich laden, z. B. Herr Hugenberg mit seinem Brief nach Amerika. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind andre Leute, die während der schwierigen Pariser Verhandlungen versuchen, den Kredit der Regierung herabzusetzen, die so tun, als ob die Unterschrift der Regierung dann nichts wert wäre, wenn sie nicht von einer Gegenzeichnung der schweren Industrie an Rhein und Ruhr gedeckt würde. (Sehr richtig!) Das widerspricht den Interessen des Landes viel mehr als alles, was wir getan haben oder hätten tun können. Das ist viel mehr die Etablierung einer Nebenregierung als das Phantom, mit dem die Deutschnationalen jetzt arbeiten, um für ihre Katastrophenpolitik Stimmung zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich spreche nicht über Zahlen. Ich weiß nicht, ob die Zahlen der Youngschen Vorschläge lange Zeit zu ertragen sind oder nicht. Es ist weder gut, wenn wir sagen, wir können es ertragen, noch gut, wenn wir sagen, wir können es nicht ertragen und müssen nachher doch unterschreiben. Ich weiß nur, daß wir es auf das lebhafteste beklagen, daß die Alliierten, nachdem sie den Young-Plan angenommen haben, Rechenkunststücke machen, durch die Sinn und Unterlagen dieses Projektes verschoben wurden.

Ich weiß nicht, ob in Paris etwas herauskommt. Aber wir alle hoffen auf eine Einigung, nicht weil wir vor dem Ausland kriechen, sondern weil eine Nichteinigung verhängnisvolle Folgen haben würde. (Sehr richtig!) Wenn man in Paris nicht zu Rande kommt, so muß die Regierung sofort dazu übergehen, das ihrige zu tun, um internationale politische Verhandlungen über diesen Gegenstand in Gang zu bringen. (Sehr richtig!) Die Politik des starken Rückgrats, wie sie die Thyssen und Kirdorf propagieren, ist nicht anders als eine Katastrophenpolitik, die am schwersten auf den breiten Massen des arbeitenden Volkes lasten würde. (Sehr richtig!) Ich könnte noch manches andere aus den letzten beiden Jahren anführen, auf das Strafgesetzbuch, die Wohnungsfrage usw. hinweisen, ich nehme an, Sie erlassen mir das. Ich wollte nur die großen Richtlinien zeigen und an einigen Beispielen unsre Haltung dartun.

Der gestrige Beschluß hat der Fraktion die Vollmacht gegeben, auf diesem Wege weiterzuschreiten. Er wird kein leichter, sondern ein schwerer und dornenvoller Weg sein. Wir gehen ihn, nicht aus Begeisterung für die Koalition, nicht aus Freude am Regieren. Unsre Genossen in der Regierung haben sicher sehr wenig Freude bisher empfunden. Ich, als einer der Vorsitzenden der Fraktion, würde diese Rolle lieber spielen, wenn wir in der Opposition ständen als jetzt, wo wir zur Regierung gehören. Wir gehen diesen Weg, weil wir moralisch genötigt sind, ihn zu gehen, solange es irgend möglich ist.

Wieder spreche ich von der staatspolitischen Verantwortung. Man hat in den letzten Wochen so viel von der parlamentarischen Krise geredet. Ich gehe darauf nicht ein. Der Parlamentarismus in Deutschland, wie er ist, mit seinem Einfluß der Parteien ist zu ertragen, wenn die Parteien sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind. Daß Zentrum und Deutsche Volkspartei im letzten Jahre diese Verantwortlichkeit nicht immer gezeigt haben, müssen wir feststellen. (Sehr richtig!) Wir Sozialdemokraten haben diese Verantwortung gegenüber dem Staat gezeigt, obwohl dieser Staat noch nicht unser Staat ist, obwohl dieser Staat noch ein Rohbau ist, in den wir erst die Wohnungen nach unserm Geschmack und unsern Interessen einbauen wollen. Aber der Rohbau ist da, wir können ihn nicht ohne die schwerste Schädigung für die Arbeiterschaft zerstören lassen. Deshalb haben wir auch die Verantwortung für diesen Staat.

Bedenken Sie doch eins! Wenn diese Regierung fällt, was kommt? — Auflösung! Schön! — Aber glauben Sie, daß die Demokratie auf die Dauer bestehen kann, wenn man alle paar Jahre zur Auflösung schreitet? (Rufe: Nein!) Was ist anders möglich? — Eine andre Regierung, eine parlamentarische Regierung! Gewiß, wenn wir das Kunststück fertigbringen, die Parteien von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten unter einen Hut zu bringen! Und was sonst? Dann wirklich eine Krise des Parlamentarismus, dann wirklich die Ausnutzung gewisser Verfassungsbestimmungen, die dem Sinn der Demokratie nicht entsprechen, die aber nun einmal nach ihrem Wortlaut in die Verfassung gekommen sind, und die Ausnutzung durch gewisse Desperados der Bestimmungen, die unter Umständen dem Reichspräsidenten ein Recht geben könnten, das im Grunde mit der Demokratie nicht im Einklang steht. Dann könnten wir eine Art Beamtenkabinett erhalten, das an sich vielleicht schon die verschleierte Diktatur wäre.

Ich sage nicht, daß wir, um das abzuwehren, jedes Opfer zu bringen genötigt wären. Ich mahne euch nur, auch an diese Möglichkeit zu denken. Es kann sein, daß einmal der Moment kommt, wo wir sagen müssen selbst auf diese Gefahr hin, — wir können nicht weiter. Dann freilich müssen wir bereit sein, die Demokratie und den Parlamentarismus außerhalb des Parlaments zu verteidigen und zu vertreten, nicht wie die Kommunisten, nicht auf den Barrikaden, nicht so, wie sie es getan haben, die dreierlei Behauptungen aufstellen: Erstens, wir haben auf den Barrikaden gesiegt, zweitens, wir sind nie auf den Barrikaden gewesen, und drittens, wir haben überhaupt nie eine Barrikade gebaut. (Bravo!) Nicht mit diesen Mitteln innerster Verlogenheit und praktischer Zwecklosigkeit, aber wir müssen dann dazu gerüstet sein, mit den Machtmitteln, die die organisierte Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments hat, ohne den Appell der Kommunisten an Gewalt und Putschversuche, Parlamentarismus und Demokratie zu retten.

Solange es irgend möglich ist, müssen wir *innerhalb* des Parlaments verhindern, daß es zu solchen Entscheidungen kommt, müssen wir dafür sorgen, daß wir selbst die staatlichen Machtmittel in der Hand haben, um mit diesen Mitteln den Geist und das Wesen des republikanisch-demokratischen Staates selbst zu retten. Wir werden versuchen müssen, immer mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse, die Macht der Sozialdemokratie zum Ausdruck zu bringen.

Das ist die Aufgabe der Reichstagsfraktion.

Wenn eine Reihe von Anträgen vor allen Dingen von der Genossin Sender und dem Genossen Aufhäuser vorliegen, so stimme ich in vielen mit ihren Forderungen überein. Ich frage mich nur, ob es zweckmäßig ist, jetzt wieder Voraussetzungen zu schaffen. Ist es zweckmäßig, nachdem wir gesehen haben, daß wir mit den Richtlinien doch nicht weiterkommen, wieder einmal einen Katalog von Forderungen zu schaffen und zu sagen: ohne ihre Erfüllung geht es nicht. Genossen, vielleicht etwas weniger Resolutionen und etwas mehr Resolutheit. (Sehr richtig!) Resolutheit besteht nicht nur darin, daß man nein sagt. Es kann unter Umständen sehr viel mehr Resolutheit dazu gehören, auch einmal ja zu sagen (Bravo!), auch einmal vorübergehend unpopulär zu sein. (Bravo! und Händeklatschen.) Bei allem, was wir an Rechten den Massen der Wähler und unsern Anhängern zugestehen. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß wir auch innerhalb der Fraktion ein wenig auf unser eignes Gewissen und unsre eigne Ueberzeugung hören (Sehr richtig!), die vorübergehend mit der Ueberzeugung der Massen auseinanderfallen kann, die aber, wenn wir von unsrer Grundlinie nicht abweichen, wahrscheinlich nach sehr kurzer Zeit sich wieder mit der Ueberzeugung der Massen unsrer Anhänger decken wird. Diese Unpopularität vorübergehend in Kauf zu nehmen, ist nicht sehr angenehm, aber es ist ein notwendiger Zwang für diejenigen, die mit wirklicher Verantwortung Politik treiben.

Ich bin überzeugt, daß die Fraktion des Reichstags das tun wird trotz aller Meinungsverschiedenheiten. Wir haben Gott sei Dank Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion. (Heiterkeit.) Wenn ein andrer Genosse geredet hätte, hätte er bestimmt ganz andre Farben auf das Bild gelegt als ich. Wir haben Meinungsverschiedenheiten, und ich kann sagen, wir tragen sie kameradschaftlich aus: Ich möchte oft wünschen, es wäre *noch* kameradschaftlicher. (Heiterkeit.) Aber im allgemeinen habe ich als Vorsitzender der Fraktion nicht zu klagen. Wir wollen das weiter machen. Wir wollen uns klar sein, daß, ob Opposition oder Koalition, die Grundlinien dieselben bleiben, daß nur die Nuancen verschieden sind.

Ich habe Ihnen gezeigt, was wir getan haben und was tun zu können wir hoffen. Der Parteitag möge über uns sein Urteil fällen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wittmaack**: Bevor wir auseinandergehen, möchten die Delegierten des besetzten Rheingebiets noch eine Erklärung abgeben.

Hammer (Ludwigshafen): Die Delegierten des besetzten rheinischen Gebiets, umfassend preußische, hessische, badische Gebietsteile und die Pfalz, haben den Antrag 185 eingebracht und bitten, ihn anzunehmen. Wir wissen uns frei von jeder nationalistischen Regung, halten es aber für erforderlich, immer wieder die Räumung des besetzten Gebiets zu verlangen. Anlaß dazu sind politische, rechtliche und wirtschaftliche Gründe. Die Bevölkerung der besetzten rheinischen Gebiete beklagt, daß ihrer freien Betätigung durch die Besatzung immer noch Fesseln angelegt sind. In unsrer Entfaltung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sind wir noch immer gehemmt. Noch immer besteht die berüchtigte Sureté, die französische politische Polizei. Noch immer werden Deutsche vor französische Militär- und Kriegsgerichte gestellt und aus der nichtigsten Ursache verurteilt. Wenn wir z. B. bei unsern Maifeierumzügen oder sonstigen Demonstrationen pfeifen und trommeln lassen, werden die Veranstalter mit Geldstrafen von mehreren hundert Mark bestraft. Außer den Kasernen, die von Deutschland gebaut werden mußten, sind zahlreiche Privathäuser von Angehörigen der Besatzung belegt, auch Häuser unsrer Gewerkschaften. Die lange Abschnürung vom übrigen Deutschland, aber auch die erschwerte Ein- und Ausreise und andre Hemmnisse haben dem Wirtschaftsleben des besetzten Gebiets schwere Wunden geschlagen. Manche Kreise in unsrer Partei mögen den Klagen der Wirtschaft skeptisch gegenüberstehen. Aber ein untrüglicher Beweis ist die Massenarbeitslosigkeit im besetzten Gebiet, die viel

stärker ist als im übrigen Deutschland. Sie ist drei-, viermal so groß wie in den gleichen Industriezweigen des unbesetzten Deutschlands.

Aus allen diesen Gründen haben wir den Antrag 185 gestellt und bitten um seine Annahme. (Bravo! und Händeklatschen.)

Antrag 185 wird ohne Aussprache einstimmig angenommen. (Bravo!)

(Schluß der Sitzung: 2.30 Uhr.)

VIERTER VERHANDLUNGSTAG

Donnerstag, den 30. Mai 1929, 9 Uhr

Den Vorsitz führt zunächst **Wels**.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet. Ehe wir in die Aussprache über das gestern gehörte Referat eintreten, haben wir die Vorbereitungen für die Vorstandswahlen zu treffen. Ich schlage vor, jetzt die Vorschläge für den Parteivorstand und die Kontrollkommission hier einzureichen, und zwar bis um ½11 Uhr. Dann gehen die Vorschläge in die Druckerei, damit die Delegierten bei der Mittagspause die gedruckten Vorschlagslisten erhalten können. Die Mandatsprüfungskommission wird dann um 3 Uhr bei Beginn der Nachmittagssitzung die Stimmzettel einsammeln.

Das Statut der Partei schreibt vor, daß drei Vorsitzende, zwei Kassierer, eine Zahl von Sekretären und eine vom Parteitag zu bestimmende Zahl von Beisitzern zu wählen sind. Wir haben seit dem Parteitag in Kassel bereits die Gepflogenheit, die wir auch für die Internationale zum Gesetz erhoben haben, daß Mitglieder des Parteivorstandes, wenn sie Mitglieder einer Regierung werden, aus dem Parteivorstand ausscheiden, daß aber die Stellen im Parteivorstand offen bleiben, bis sie wieder als Minister aus der Regierung ausscheiden. Diese jetzt 8jährige Uebung müssen wir diesmal bei der Vorstandswahl mit berücksichtigen. Hermann Müller ist einer der drei Vorsitzenden der Partei und Hilferding einer der Beisitzer. Ich schlage dem Parteitag im Namen des Parteiausschusses vor, für diese beiden Genossen die Stellen im Parteivorstand für offen zu erklären und dies dadurch auszudrücken, daß wir in der Abstimmungsliste feststellen: zu wählen sind zwei Vorsitzende und acht Beisitzer, wobei gilt, daß Hermann Müller wieder mit als Vorsitzender und Hilferding wieder als Beisitzer fungieren, sobald sie ihr Ministeramt nicht mehr ausüben.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen, daß die Möglichkeit besteht, durch die Wahl des Parteivorstandes ein politisches Vertrauen auszudrücken. Die Gepflogenheit der vergangenen Jahre, in der einmütige Wahlen stattfanden, hat sich ja in der Partei noch nicht wieder eingestellt. Wir glauben aber, daß die Aufgabe des sozialdemokratischen Parteitags auch sein muß, Politik zu machen, und ich könnte mir schon denken, daß die Möglichkeit, den Austrag der Gegensätze durch die Abstimmung über die Resolutionen rein sachlich durchzufechten, von dem einen oder andern nicht als ausreichend betrachtet wird und daß durch die persönliche Stimmabgabe noch ein Werturteil über die Ministertätigkeit unsrer Genossen abgegeben wird. Das wäre an sich ohne politische Bedeutung für uns in unsrer Wertschätzung der Personen als Genossen. Unsre politischen Gegner aber würden daraus Material schlagen, und da es der Uebung entspricht, so zu verfahren, wie ich vorgeschlagen habe, ist der Parteivorstand mit dem Parteiausschuß darin einig, daß wir nichts tun sollten, um dem Gegner Material zu Angriffen, auch erlogenen und erdichteten, zu liefern.

So bitten wir Sie also, zu beschließen: für die diesmalige Wahl gilt die Bestimmung des Statuts dahin: es werden gewählt 2 Vorsitzende, die Stelle Hermann Müllers bleibt ihm offen, 2 Kassierer, 5 Sekretäre und 8 Beisitzer, eine weitere Stelle für Hilferding bleibt offen.

Wünscht dazu jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. Der Vorschlag des Vorsitzenden wird angenommen.

Hierauf wird in die Aussprache über den Bericht der Reichstagsfraktion eingetreten.

Aussprache zum Bericht der Reichstagsfraktion

Stampfer (Berlin): Genossinnen und Genossen! Hermann Müller hat am Dienstag sehr richtig festgestellt, daß wir ohne Begeisterung in die Koalition hineingegangen sind, daß von einem Koalitionsrausch — der Ausdruck wurde von Parteigenossen gebraucht — nicht im entferntesten die Rede sein konnte. Ich habe darüber nachgedacht, wie die Vorstellung von dem Koalitionsrausch nachträglich entstanden sein kann, und ich bin darauf gekommen, daß sie wohl so entstanden sein mag, daß sich der Genosse, der dies Wort aufgebracht hat, gedacht hat, einem Koalitionskatzenjammer müsse auch ein Koalitionsrausch vorangegangen sein. (Heiterkeit.) Dem ist aber nicht so. In der Politik kann es ja leider vorkommen, daß man eines Morgens mit einem fürchterlichen Katzenjammer erwacht, ohne am Tage zuvor ein Parteifest gefeiert zu haben, und ungefähr in dieser Lage befinden wir uns auch.

Der Koalitionskatzenjammer ist ganz unzweifelhaft vorhanden. Das müssen wir mit aller Deutlichkeit aussprechen. Ich kann nicht in der kurzen Redezeit in allen Punkten untersuchen, wie dieser Katzenjammer entstanden ist. Nur einige Hinweise.

Zunächst das Kapitel Panzerkreuzer. War es unbedingt notwendig, diese Affäre so aufzuziehen, wie es geschehen ist? War es unbedingt notwendig, die Panzerkreuzerentscheidung der Regierung dem Brüsseler Sozialistenkongreß als Ueberraschung zu servieren?

Oder der Fall Trotzki. War es unbedingt notwendig, eine Entscheidung zu treffen, die direkt dem zuwiderlief, was der Reichstagspräsident Löbe — vielleicht etwas unvorsichtigerweise — öffentlich angekündigt hatte, und die in direktem Gegensatz zu dem einstimmig ausgesprochenen Willen des Fraktionsvorstandes stand?

Ich kann im Laufe von 10 Minuten nicht untersuchen, ob es nicht vielleicht doch im Laufe des letzten Jahres möglich gewesen wäre, auf finanzpolitischem Gebiet Vorkehrungen zu treffen, die uns die fürchterliche Notwendigkeit erspart hätten, eine steuerfreie Anleihe zu bewilligen, eine Anleihe, die auf dem seltsamen, unsern Prinzipien widersprechenden Grundsatz beruht: wer Geld hat, braucht keine Steuern zu bezahlen. Wenn wirklich ein derart schwerwiegender Beschluß notwendig war, so hätte man wenigstens vermeiden können, ihn als Hiobspost ohne schonende Vorbereitung den Redaktionen ins Haus zu schicken.

Durch derartige Dinge ist das entstanden, was ich als den Koalitionskatzenjammer bezeichnet habe. Nur so ist es möglich geworden, daß in der Partei eine gewisse Unruhe entstanden ist über das künftige Schicksal der Arbeitslosenversicherung. Eine derartige Unruhe sollte gar nicht möglich sein zu einer Zeit, in der vier unsrer Genossen in der Regierung sitzen. Da müßte in der Partei die ruhige Sicherheit darüber bestehen, daß Wesentliches an der Arbeitslosenversicherung nicht geändert, daß sie nicht verschlechtert werden könnte.

Es scheint mir, daß mitunter alte, bewährte Regierungsgrundsätze nicht ganz beachtet worden sind. Genosse Hermann Müller, Bismarck war auch eigensinnig, aber er hat auch von den Imponderabilien im Volksleben gesprochen, die berücksichtigt werden müßten. (Hermann Müller: Das habe ich auch schon gesagt!) Die Berücksichtigung dieser Imponderabilien möchte ich unsern Genossen in der Regierung ganz angelegentlich empfehlen. Sollte einmal die verhängnisvolle Situation eintreten, daß wir in einer sozialpolitischen Frage, wie es die der Arbeitslosenversicherung ist, zu entscheiden haben zwischen der Regierung auf der einen Seite und den Gewerkschaften auf der andern

Seite, dann kann über unsre Entscheidung gar kein Zweifel bestehen. In solchem Falle würden wir nach dem Grundsatz handeln müssen: Partei und Regierung sind zwei, aber Partei und Gewerkschaften sind eins. (Beifall.)

Trotz alledem glaube ich, daß die Politik, die unsre Genossen in der Regierung machen, in ihren auf weite Sicht gestellten Zielen richtig ist. Es ist die Aufgabe der gegenwärtigen Regierung, die Neureglung der Daweslasten zu erzielen, eine Erleichterung der Lasten herbeizuführen und die längst fällige Räumung von Rhein und Saar in Bewegung zu setzen. Das ist eine große historische Aufgabe dieser Regierung, und ich verstehe sehr wohl, daß die Genossen nicht die Geduld verlieren wollen, daß sie ausharren wollen, bis diese Aufgabe erfüllt ist, und darüber hinaus. Wir haben heute morgen alle mit Freuden in der Zeitung gelesen, daß in Paris eine grundsätzliche Einigung über die Reparationsfrage erzielt worden ist, und man darf hoffen, daß wir auf dem Gebiet der Finanzpolitik in Zukunft nicht mehr so nervös zu sein brauchen, wie es bisher der Fall gewesen ist. Gelingt es uns, die Reparationslast zu erleichtern und die Räumung der besetzten Gebiete herbeizuführen, dann ist Großes vollbracht. Dann ist aber auch die Grundlage geschaffen für weitere Aufgaben, die die gegenwärtige Regierung zu erfüllen hat. Denn die Räumung der besetzten Gebiete ermöglicht es, ein noch viel besseres Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, als es bisher vorhanden ist, und die deutsch-französische Freundschaft ist ja die unbedingt notwendige Grundlage jedes gesicherten europäischen Friedens.

Ich glaube, es wird dann auch möglich sein, eine weitschauende Finanzpolitik zu treiben unter Berücksichtigung der sozialen Gesichtspunkte, wie sie heute leider nicht möglich ist. Es ist doch klar, daß es dem Finanzkapital ein ganz besonders raffiniertes Vergnügen bereitet, den Verfasser eines berühmten Buches über das Finanzkapital so streng wie möglich an der Kandare zu halten. Das ist für ihn und für uns kein erfreulicher Zustand. Wir wollen nicht, wie es die Liberalen wollen, einen Staat, der immer am Rande des Defizits einherwankt. Wir wollen nicht einen armen Staat, der von der Gnade der reichen Leute abhängig ist. Wir wollen einen reichen Staat, der seine sozialen Pflichten gegenüber der Masse der arbeitenden Volksgenossen erfüllen kann.

Da liegen die großen Aufgaben für unsre Parteigenossen in der Regierung, und ich hege den Wunsch, daß es ihnen gelingen möge, diese Aufgaben zu erfüllen mit aller Geduld und Besonnenheit, aber auch mit dem Bewußtsein jener Kraft, die in den Massen der Sozialdemokratischen Partei vorhanden ist. (Beifall.)

Aufhäuser (Berlin): Parteigenossen! Wenn der Parteitag vorgestern bei der Frage, ob Koalition oder nicht, erneut sein Ja ausgesprochen und sich teilweise vorbehaltlos für die Koalition erklärt hat, so besteht doch darüber kein Zweifel, daß die Art, wie regiert wird, weder das Einverständnis noch viel weniger die Zufriedenheit des Parteitages finden könnte. Man kann deshalb auch das vorgestrige Votum nicht als eine besondere Zustimmungskundgebung für die Art der bisherigen Regierungsführung auslegen.

Wer das Referat des Genossen Breitscheid aufmerksam angehört hat, dem konnte auch nicht entgehen, daß wohl Breitscheid selten mit einem solchen Ueberfluß an Mangel von Begeisterung geredet hat wie gestern. Und wenn Breitscheid diese Art der Regierungsbeteiligung als Kameradschaftsehe ausgelegt hat, so ist mir inzwischen von Sachverständigen gesagt worden, soviel Freudlosigkeit vertrüge auch keine Kameradschaftsehe. (Heiterkeit.)

Genosse Breitscheid, Sie sagten, die Gründe für die Resignation lägen in der Konjunktur, lägen in der Arbeitslosigkeit, in der wirtschaftlichen Depression. Es wäre falsch, das hier unwidersprochen zu lassen. Die Gründe, warum die Koalition eine so große Zahl von Betriebsunfällen gehabt hat, sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern politischer Art. Die Tatsache, daß die bürgerlichen

Parteien uns aus einer guten politischen Machtposition, in die wir im Mai 1928 gelangt waren, herausbringen konnten, hat in der Hauptsache ihren Grund darin, daß es zugelassen wurde, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien uns eine politische Belastung nach der andern auferlegten, und daß unsre eigne Fraktion ihre Entschließungsfreiheit und ihre Bewegungsfreiheit nicht mehr in dem Maße hat, wie sie braucht, um aktiv sein zu können.

Es ist ja nicht so, daß wir in allem ergebnislos waren. Ich möchte hier die Ausführungen Breitscheids ergänzen. Wir haben zu Beginn dieser Koalitionsregierung auch positive Erfolge gehabt. Erfolgreich waren wir auch in der Zeit der Koalitionsregierung in den Fällen, in denen unsre vier Ministergenossen an die Partei appelliert und die Kräfte der Partei eingesetzt haben gegen die bürgerlichen Minister. Ergebnislos waren unsre Ministergenossen dann, wenn sie im Kabinett isoliert und ohne Inanspruchnahme der Kraft unsrer Partei Entscheidungen gefällt haben.

Einige Beispiele dafür. Im Juli 1928 wurde gegen den Widerstand bürgerlicher Koalitionsparteien, gegen die Deutsche Volkspartei vom Reichstag beschlossen: die Krisenfürsorge wird erweitert und verbessert. Wenige Wochen später konnte die Unfallversicherung wesentlich erweitert werden. Es konnte die Angestelltenversicherung damals in ihrem Personenkreis erweitert werden. Es war noch im Sommer 1928 möglich, mit Hilfe der Partei auch in der Koalition Erfolge zu erzielen, solange sich unsre Genossen im Kabinett der Partei bedient haben.

Ich möchte auch die beiden Fälle hier mit anführen, die gelegentlich als Fiasko bezeichnet wurden: die Vorlagen des Genossen Severing über den Nationalfeiertag am 11. August und über den Abbau der Technischen Nothilfe. Gewiß sind wir beim Nationalfeiertag überstimmt worden. Aber worauf es ankommt ist nicht, daß wir eine Mehrheit erzwingen können, sondern daß wir den Versuch machen, die 153 Mandate vom Mai 1928 auszunutzen. Man kann die Vorlage für den Nationalfeiertag wiederholen. Dagegen wird sich kein Arbeiter wenden, daß wir in der Minderheit bleiben.

Was den Unwillen erzeugt hat, waren die Fragen, in denen man kampflos ohne Inanspruchnahme der parlamentarischen Kraft das Feld geräumt hat. Ich erinnere an die Rede des Genossen Hilferding in Kiel — ich habe nun mal das Pech, mir seine Worte länger zu merken als er selbst (Heiterkeit) — worin er ausdrücklich gesagt hat: Wir müssen weiterkämpfen, wir dürfen nicht zu einer Suspendierung des Klassenkampfes in einer Koalitionsregierung gelangen. Aber wir haben es dann gehabt, daß ohne Kampf die berühmte Panzerkreuzergeschichte abgelaufen ist. Denn mit Einsatz der Sozialdemokratie wäre der Beschluß vom 10. August unmöglich gewesen.

Wir haben später erlebt, wie bei der nordwestlichen Aussperrung jede reichsgesetzliche Unterstützung der Ausgesperrten im Reichstag durch den Einspruch der Volkspartei unmöglich gemacht wurde, und wäre nicht die preußische Regierung gewesen, die keine Volkspartei in ihrer Koalition hat, so wäre damals eine Unterstützung an die Ausgesperrten unterblieben. (Hermann Müller: Es war eine gemeinsame Sitzung beider Kabinette!) Wir hatten im Reichstag eine Mehrheit, um die Unterstützung durch Reichsgesetz zu beschließen, wurden nur daran gehindert, weil die Volkspartei ein Reichsgesetz im Kabinett ablehnte.

Bei der Anleihe hatten wir die Situation, daß die Fraktion in den letzten Minuten vor einen fertigen Vorschlag gestellt wurde, so daß sie nur noch ja und amen dazu sagen konnte. Weiter wurde ohne Wissen der Partei eine Delegation nach Genf entsandt, die sich bei dem Washingtoner Abkommen ohne Vorbehalt an die Seite der englischen Konservativen stellte für einen Vorschlag, der für uns unannehmbar ist. Es geschah nicht, weil Wissell dieser Meinung war, sondern weil das Kabinett ihm diesen Auftrag gegeben hatte. Selbst die italienische Regierung hatte sich in Genf gegen die Engländer gestellt, nur die

deutsche Regierung war für eine Verschlechterung im Sinne der englischen Vorschläge.

Bei der Invalidenversicherung war monatelang unsre parlamentarische Aktion im Gange. Sie mußte plötzlich unterbrochen werden, nicht weil aus dem Reichstag heraus die Mehrheit unmöglich gewesen wäre, sondern weil der Widerspruch innerhalb des Kabinetts es unmöglich machte, parlamentarisch unsre Kräfte zum Ausdruck zu bringen.

All die Schwierigkeiten in unsrer Sozialpolitik, die immer nur auf die Finanzpolitik zurückgeführt werden, hätten ein ganz andres Gesicht bekommen, wenn bei Beginn der Regierung unser Genosse Hilferding offen erklärt hätte: Wie die Finanz- und Kassenverhältnisse liegen, können wir die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der sozialen Ausgaben nur übernehmen, wenn die nötigen Einnahmen, neue Steuern zur Verfügung gestellt werden. Aber erst auf Steuern zu verzichten, selbst gemachte Steuervorschläge wieder fallen zu lassen und hinterher zu sagen: wir haben kein Geld für soziale Zwecke, das ist auch innerhalb des Rahmens der Koalitionspolitik ein falsches Vorgehen.

Welche Schlüsse sollen wir für die Zukunft daraus ziehen? Wir stehen in einer Zeit der Sozialreaktion. Ich möchte dem Parteitag sagen: Die Fälle der Ueberraschungen sind noch nicht erschöpft. (Hört, hört!) Ueber die Arbeitslosenversicherung ist gesprochen worden. Ich danke dem Kollegen Breitscheid für die Deutlichkeit, mit der er die Ablehnung des Abbaues dieser Versicherung erklärt hat, und ich hoffe, daß die vier Minister sich diesem Dank anschließen. Gleichwohl halte ich es für notwendig, daß der Parteitag von sich aus sagt, daß er gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung ist. Dazu gehört eine Entscheidung des Parteitags. In der Invalidenversicherung ist eine große Aktion zunächst im Sande verlaufen. Wir haben jetzt nur noch die Möglichkeit, bei der sogenannten Lex Brüning wenigstens einen Teilerfolg herauszuholen. Wenn schon diese bedenkliche Lex Brüning geschluckt wird, die für die Knappschaftsversicherung 75 Millionen, den Rest für die Invalidenversicherung bringen soll, dann müssen wir vom Parteitag aus verlangen, daß diese 50 Millionen wenigstens den Invaliden zugute kommen. In diesen Wochen macht bereits die Deutsche Volkspartei wieder Schwierigkeiten. Sie will den Rest aus der Lex Brüning für die Reserven der Sozialversicherung, d. h. zur Ersparung von Reichsausgaben zurücklegen. Wenn der Parteitag nicht ausspricht, daß hier etwas geschehen soll, dann laufen wir Gefahr, daß noch vor dem 1. Juli die Lex Brüning verabschiedet wird, ohne daß auch nur das Versprechen des Ausbaues der Invalidenversicherung erfüllt wird.

Genau so liegt es bei der Anerkennung der gelben Werkvereine im Zusammenhang mit der Gestaltung des Tarifvertragsgesetzes, das verlangt werden muß, um in dieser Zeit der Sozialreaktion unabhängige gewerkschaftliche Bewegung zu sichern. Zu allen diesen Dingen muß der Parteitag Stellung nehmen; sonst weiß ich nicht, was die Demokratie in der eignen Partei noch bedeuten soll. Bei der Anleihe haben wir eine Steuerermäßigung und gleichzeitig besteht die Erwartung der bürgerlichen Parteien, daß diese Steuerermäßigung für die Besitzenden weitergeht, sobald die Reparationsverhandlungen abgeschlossen sind. Wir haben einen weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung zu befürchten; das ist wiederum eine Ersparnis auf Kosten der Arbeiter. Auch eine Erhöhung der Umsatzsteuer liegt in der Luft. Im Interesse unsrer Minister muß der Parteitag zu dieser Situation seinen Willen bekunden.

Unser Antrag Nr. 175 stellt nicht, wie Genosse Breitscheid gesagt hat, neue Voraussetzungen und Bedingungen für die Koalition auf. Das haben wir längst aufgegeben, weil es keine Aussicht hat. (Heiterkeit.) Worauf es ankommt, ist, den Parteitag zu veranlassen, seinen Willen zu den Fragen zu äußern, die in den allernächsten Wochen politisch zur Entscheidung kommen. (Zustimmung.) Es genügt nicht, neue Gefahren der Sozialreaktion abzuwehren, es gilt, nach

einjähriger Koalitionstätigkeit Initiative zugunsten der Arbeiterinteressen zu entwickeln. Ich erinnere nur an die Frage des Achtstundentages. Auch wenn wir nicht in der Regierung wären, könnten wir die Rationalisierung mit allen ihren unsozialen Auswirkungen sich nicht weiterentwickeln lassen, ohne den Anfang zu machen, den gesetzlichen Achtstundentag in Deutschland einzuführen. Wir müssen diese positive Initiative entwickeln, damit die Koalition einen Sinn für die Arbeiterschaft bekommt. Dieser Sinn der Koalition ist, daß der Staatsapparat der Regierung als Instrument für soziale Zwecke benutzt wird. Gerade weil ich die schwierige Stellung unsrer Minister kenne, sage ich: Man solle nicht auf das Einsetzen der Partei, auf die Mitwirkung von Fraktion und Partei verzichten. Die Politik von heute reicht nicht aus, um die Position, die wir am 20. Mai 1928 errungen haben, zu erhalten. (Sehr richtig!) Ich bin auch nicht der Auffassung, daß wir nach jeder Regierungsbeteiligung einen Rückgang unsrer Bewegung haben müssen.

Das, was in unsrer Entschließung am Schlusse steht, ist nichts andres, als was wir auch in Kiel erklärt haben (Zustimmung), nämlich, daß die Koalition für uns nur einen Sinn hat, wenn wir in der Lage sind, Arbeiterinteressen zu fördern. Wir wenden uns mit unsrer Entschließung gegen die Ziellosigkeit der Koalition. Wir sind uns bewußt, daß die Partei sich der politischen Verantwortung nicht entziehen kann. Aber die Mitwirkung innerhalb der Reichsregierung muß so geschehen, daß wir als Arbeiterpartei dabei bestehen können. Einzelne Parteigenossen haben mir gesagt, daß man zwar mit unsern Forderungen einverstanden sei, aber nicht mit der Kritik, die die Entschließung enthalte. Nun, wir haben nichts dagegen, über die einzelnen Absätze getrennt abzustimmen. Uns kommt es darauf an, daß man unsrer Partei, unsrer Fraktion und auch unsern Ministern eine Richtung gibt, die es uns ermöglicht, solche Unfälle zu vermeiden, wie wir sie in der letzten Zeit gehabt haben, und die uns auf der andern Seite die Gewähr gibt, daß eine Koalition nicht um jeden Preis beibehalten wird, sondern nur im Interesse unsrer Forderungen für die Arbeiterklasse. (Beifall.)

Toni Sender (Berlin): Genossen und Genossinnen! Als im Mai 1928 der starke Sieg der Sozialdemokratie errungen wurde, war bei den Beratungen der Fraktion keiner grundsätzlich gegen das Eingehen einer Koalition aufgetreten. Man war sich bewußt, daß der Wahlkampf unter der Parole geführt war: „Weg mit dem Bürgerblock!" Wenn man den Bürgerblock beseitigen wollte, dann mußte natürlich etwas Besseres an seine Stelle gesetzt werden. Aber das allein war nicht der Zweck, sondern der Wähler, der sich für die Sozialdemokratie ausgesprochen hatte, meinte damit, daß der Politik auch eine andre Zielrichtung gegeben werden solle. Es war interessant, daß bei den Verhandlungen um die Bildung der Koalition große Schwierigkeiten auftraten, die keineswegs nur in sachlichen Differenzen begründet waren, sondern auch darin, daß die Bourgeoisie gerade bei diesem Wahlausgang gemerkt hatte, wie logischerweise die Wirkung der Demokratie zugunsten des Einflusses und der Macht der Arbeiterklasse sein muß. Weil die Demokratie g u t funktioniert hatte, weil sie dahin wirkte, der Arbeiterklasse eine stärkere parlamentarische Vertretung und damit einen stärkern politischen Einfluß zu verschaffen, versuchte man künstlich Schwierigkeiten zu schaffen; die Bourgeoisie fühlte sich bedroht und darum ist ihr im Grunde an einer Demokratie nicht viel gelegen, die ihrem stärksten politischen Gegner, dem Sozialismus, Macht und Einfluß gibt.

Diese Schwierigkeiten sollten eine Warnung für uns sein, besonders für unsre Genossen in der Regierung. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Koalitionsparteien keine rechte Freude an der Demokratie haben, daß es keine wahren Freunde der Demokratie in Deutschland gibt außerhalb der Arbeiterklasse. Das nötigt uns bei aller Verteidigung der Demokratie die Vorbereitung auf die Notwendigkeit der Anwendung andrer Mittel auf. Aber es gibt uns auch die Warnung, daß die bürgerlichen Parteien uns unsre Arbeit in der

Koalition keineswegs erleichtern werden. Bei ihnen bestand von Anfang an die Absicht, uns in der Koalition zu kompromittieren. Für uns kommt es darauf an, in der Regierung den ganzen gesellschaftlichen Einfluß geltend zu machen, den wir in Deutschland besitzen und die eigne Initiative zum Ausdruck zu bringen.

Dazu ist notwendig die stetige engste Fühlung mit der Fraktion, und durch diese Fühlung die Bereitschaft der Massen, für die Forderungen unsrer Minister einzutreten. Aber in wichtigen Fragen ist die Fraktion wiederholt vor vollendete Tatsachen gestellt worden, oder sie wurde im letzten Augenblick mit den wichtigsten Dingen befaßt, so daß es ihr nur möglich war, ja oder nein zu sagen. Sie hat unter diesem schweren Druck oftmals ihr Ja gesagt, das sie vielleicht ohne diesen Druck nicht ausgesprochen hätte. Man sagt mit Recht, daß im gegenwärtigen Zustand der Demokratie langandauernde Krisen nicht ertragen werden können, weil sonst dieses System in den Augen der Wähler diskreditiert werden müsse. Aber ebenso gefährlich wie dauernde Krisen, vielleicht noch gefährlicher wäre es, wollten wir die Geduld der Massen so sehr auf die Probe stellen, daß Mißstimmung und Unzufriedenheit überhandnehmen. Die Massen müssen doch wissen, warum sie für die Demokratie einzutreten haben, und wir haben die Pflicht, ihnen das durch unsre Taten deutlich zu machen.

Genosse Breitscheid hat gemeint, man müsse den Mut zur Unpopularität haben. (Sehr richtig!) Ich glaube, diesen Mut hat die Fraktion in weitgehendem Maße bewiesen. (Sehr wahr!) Den Mut zur Unpopularität darf man haben für einen einzelnen Akt, von dem man annimmt, daß er im Augenblick nicht verstanden wird. Aber wir, die wir diese Haltung einnehmen, müssen das Bewußtsein haben, daß wir auf lange Sicht dennoch die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. (Zustimmung.) Die Unpopularität darf nicht eine fortdauernde Kette von unpopulären Handlungen sein. (Erneute Zustimmung.) Der beste Schutz der Demokratie ist eine starke Sozialdemokratie, die getragen wird von dem Vertrauen breiter und immer wachsender Volksmassen. Das können wir dadurch erreichen, daß wir nicht nur durch unsre Worte, sondern vor allem durch unsre politischen Taten werbend wirken, indem die Macht der Demokratie durch die Verstärkung des sozialistischen Gedankens in der Arbeiterklasse vergrößert wird.

Ich möchte auf die drohenden Gefahren in der Koalition hinweisen, die bereits in den allernächsten Wochen akut werden können, und auch ich richte die Mahnung an den Parteitag, als höchste Körperschaft der Partei, nicht auf die Willensäußerung in den wichtigsten Fragen zu verzichten. Sorgen Sie dafür, daß die Gefahren, die uns drohen, rechtzeitig abgewehrt werden, und tun Sie die Angelegenheit nicht damit ab, daß Sie erklären, man dürfe nicht eine neue Liste von Forderungen aufstellen. Unsre Entschließung enthält keine neue Liste von Forderungen, sondern aktuelle Fragen, zu denen der Parteitag Stellung nehmen muß, weil unsre Minister bereits in den nächsten Tagen oder Wochen eine Entscheidung werden treffen müssen. In diesem Jahre läuft der provisorische Zolltarif ab, der im Jahre 1925 abgeschlossen worden ist. Fast in allen bürgerlichen Parteien ist eine starke Stimmung vorhanden, nicht eine glatte Verlängerung dieses Zolltarifs vorzunehmen, sondern einen neuen Zolltarif mit weit höhern Tarifsätzen zu schaffen. Man will die Schutzzölle bedeutend erhöhen. Dazu müssen wir Stellung nehmen, schon deswegen, weil wir damit tatsächlich allein das Wirtschaftsinteresse Deutschlands vertreten. Eine weitere Erhöhung des Zollniveaus würde nur eine neue Schädigung der deutschen Wirtschaftsinteressen, eine neue Förderung des Kartellwesens in Deutschland bedeuten, das stärker entwickelt ist als in irgendeinem andern Lande der Welt.

Dann droht eine weitere Gefahr durch die beabsichtigte Schaffung einer Preisausgleichskasse für Getreide, die einen neuen unerhörten Hochschutzzoll für Getreide zur Folge haben würde. Die Forderung des Reichsernährungsministers geht dahin, eine zusätzliche Abgabe von 2.50 Mark an der Grenze zu

erheben, das wäre eine Erhöhung des Schutzzolls von 5 auf 7.50 Mark. Die Hilfe, die der Reichsernährungsminister für die Landwirtschaft von dieser Maßnahme erwartet, wird nicht eintreten. Eintreten wird aber eine schwere Belastung der Verbraucherschaft. Wir glauben, daß es die Pflicht unsrer Genossen in der Regierung wäre, für unser Agrarprogramm, das wir uns auf dem Kieler Parteitag gegeben haben, einzutreten. Im Gegensatz zu andern Parteien meinen wir es ja ehrlich mit unsern Forderungen. Darum können wir weder einen Zollaufbau noch die Schaffung einer solchen Preisausgleichskasse für Getreide annehmen. Um diesen Preis darf auf keinen Fall die Koalition fortgesetzt werden. Die Koalition ist nicht Selbstzweck. Auch innerhalb der Regierung müssen wir darauf hinarbeiten, die Macht der Arbeiterklasse, repräsentiert durch die Sozialdemokratie, zu stärken. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien ist es uns möglich, dieses Ziel zu erreichen, weil wir die einzige Macht in der Gesellschaft sind, die noch fähig ist, schöpferische Politik zu treiben. Es kommt darauf an, nicht nur die Zwischenschichten, die heute noch den bürgerlichen Parteien nachlaufen, zu gewinnen, sondern auch diejenigen Arbeitermassen, die heute zum Teil noch den Bürgerlichen wie den Kommunisten folgen. Das ist möglich, wenn wir durch unsre Taten beweisen, daß wir der starke Hort in der Gesellschaft sind, daß wir mit starkem Willen für eine große Idee kämpfen, dadurch die Herrschaft einer Diktatur überflüssig machen und den Glauben und das Selbstvertrauen der Arbeiter festigen. (Lebh. Beifall.)

Dr. Löwenstein (Berlin): Der Genosse Sollmann hat uns zur Toleranz gemahnt, und Genosse Breitscheid hat uns davor gewarnt, neue Religionskriege anzuzetteln. Ist es wirklich angebracht, uns zur Toleranz zu mahnen? Sind wir wirklich so intolerant und so religionsfeindlich? Ist es nicht vielmehr so, daß wir, wenn wir einmal in die Arena religiöser und kirchlicher Kämpfe treten, durch die Gegner dazu gezwungen werden? Wir haben einen energischen und auch erfolgreichen Kampf gegen das Reichsschulgesetz geführt. Auch die Gegner haben bestätigt, daß wir diesen Kampf mit vornehmer Objektivität geführt haben. Aber unsre Gegner, nicht nur der Deutschnationale Spahn, sondern auch der vielgeschäftige Dr. Schreiber vom Zentrum haben im Parlament diesen Kampf mit dem ganzen Raffinement demagogischer Interpretation der Verfassung und mit der ganzen Brutalität des Mehrheitswillens auch entgegen der Verfassung geführt. Sie haben außerhalb des Parlaments die Mittel der Gehässigkeit und der religiösen Verhetzung angewandt. (Sehr wahr!) Noch in den letzten Tagen hat während der Verhandlungen im Haushaltsausschuß des Reichstags die Deutschnationale Partei den Antrag gestellt, daß Kinder, die die Sammelschulen besucht haben, von dem Genuß der staatlichen Erziehungsbeihilfen ausgeschaltet würden. (Hört, hört!) Seit einigen Wochen wird in Zehntausenden von Exemplaren ein Pamphlet verteilt, das zum Verfasser den katholischen Pater Dr. Fischer hat. In diesem Pamphlet werden nicht nur die Kinderfreunde und ihre Erziehungsmethoden als eine Organisation, die der Verwahrlosung diene, gekennzeichnet, sondern es wird auch von den Kinderfreunden gesagt, daß in ihren Reihen die Geschlechtskrankheiten ein ungeheures Ausmaß angenommen hätten. (Entrüstete Rufe: Pfui!) Es ist mir ein Bedürfnis, aus der Würde unsers guten sozialen Gewissens und aus der Verachtung des anständigen Menschen heraus diese Dinge auch hier niedriger zu hängen. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Breitscheid hat in leichter Rhetorik, die so wohlgefällig in den Ohren klingt, sich mit dem Konkordat beschäftigt. Er hat gesagt, wir wissen nichts darüber, und im wesentlichen ist die ganze Diskussion eine Furcht vor dem Fremdwort. Nun, so leicht ist die Sache nicht. Das Konkordat ist keine Neuerscheinung. Wir kennen seine historische Tatsächlichkeit. Selbst wenn wir gar nichts von dem Inhalt des Konkordats wüßten, sind uns dennoch die Rechtsfolgen und die politischen Folgen eines Konkordats zur Genüge bekannt. Kon-

konkordate sind nicht irgendwelche Verträge, wie man gewöhnlich zu sagen versucht, um die Zweifler zu beruhigen. Ich konstatiere gern, daß das preußische Konkordat, das Genosse Braun demnächst vorlegen will, über Schulfragen nichts enthält. Aber Konkordate sind eben Verträge mit der Kurie, mit dem römischen Papst. Es ist auch staatspolitisch nicht ohne Bedeutung, daß wir mit einer Stelle wie der Kurie ein Konkordat abschließen wollen über Angelegenheiten, die eigenstaatliche Angelegenheiten sind (Sehr gut!), die nur zu regeln sind nach den gesetzlichen Bestimmungen auf Grund der Reichsverfassung. (Zustimmung.) Ich kenne keine Bestimmung der Reichsverfassung, nach der die Kurie irgendeine rechtliche Potenz wäre, mit der die Fragen eines innern Religionsverbandes zu lösen wären. Man denke sich, welches Geschrei sich erheben würde, wenn die augenblickliche sozialistische Regierung in Braunschweig mit dem JGB. einen unbefristeten Vertrag abschließen würde, der nicht gegen den Willen des JGB. abgeändert werden könnte. Gewiß, es gibt Gläubige, die in dem Papst ihre höchste Gewissensinstanz sehen. Darum haben wir uns nicht zu kümmern. Wir verkennen auch nicht, daß der Papst sich während des Krieges eine starke moralische Potenz erworben hat. Wir wissen aber auch, daß die kuriale Politik in Mexiko den Bürgerkrieg zusammen mit dem Petroleumkapital geführt hat, daß dieselbe Kurie während des Ministeriums Herriot den Kampf mit den Autonomisten und umgekehrt mit der Regierung Poincaré gegen die Autonomisten geführt hat. Wir verkennen schließlich auch nicht, daß die Kurie den Frieden mit den Faschisten abgeschlossen hat. Schon in der politischen Tatsache der Kurie liegt ein gefahrenerfülltes Potential. Darum sollten wir uns sehr hüten, einen solchen Vertrag zu schließen. Dieser Abschluß hat auch nicht nur formale Bedenken. Ein Gelehrter wie Prof. Kahl hat anläßlich der Erörterung des bayrischen Konkordats im Reichstag ausdrücklich festgestellt, daß die Privilegientheorie vom Papst noch nicht aufgegeben worden ist. (Hört, hört!) Als dagegen ein Widerspruch des Herrn Kaas erfolgte, wurde von Herrn Kahl erklärt:

> Die römische Kurie wird niemals anerkennen, daß eine einseitige Aenderung des Landesrechts, die automatisch durch Wirkung eines Reichsgesetzes erfolgt, ihr gegenüber vertragsmäßige Vereinbarungen lösen könne. Die Kurie wird niemals anerkennen, daß sie etwa genötigt werden könnte zu dem Verzicht auf ein ihr vertragsmäßig eingeräumtes Recht.

Zu diesen Ausführungen sagte Kaas vom Zentrum: „Das gebe ich Ihnen zu." Es wird also ausdrücklich angegeben, daß selbst Reichs- und Landesrecht den Papst nicht veranlassen können, von dem im Konkordat Vereinbarten abzugehen. (Dr. Breitscheid: Das Konkordat darf nicht gegen Reichsgesetz oder Landesgesetz verstoßen!) Genosse Breitscheid, das bestehende Reichs- und Landesrecht befriedigt uns auch nicht endgültig. Wir wollen auch daran ändern, wir wollen diese Möglichkeiten nicht auf Generationen verbauen. Es ist richtig, daß es den Artikel 13 gibt, und daß es, wenn ein Reichsrecht geschaffen wird, den Gerichtshof anzurufen möglich ist. Ich mißtraue aber diesem Gerichtshof und bin sicher, daß er leicht geneigt sein wird, der päpstlichen Interpretation Konzessionen zu machen.

Glauben Sie, daß bei der sozialen Lagerung der Zentrumswähler wir nicht auf lange Zeit damit zu rechnen haben, daß das politische Zentrum einen Faktor der Willensbildung für die soziale und demokratische Entwicklung sein wird. Das wissen wir. Darum wollen wir nicht diese Möglichkeiten durch jene Konfliktsstoffe verbauen lassen, die ungeheure Gefahren in sich schließen. Ich erinnere nur daran, daß die sehr lockern Bestimmungen der Reichsverfassung auf kulturellem Gebiet hemmen, insbesondere den gesamten Ausbau unsers Schulwesens in sozialem Sinne, das, was Hilferding die Brechung des Bildungsprinzips der bildenden Schichten genannt hat. Das liegt also schon vor. Wieviel schlimmer wird es bei einem Konkordat werden?

Deshalb wollen wir von jenem kurialen Parkett fernbleiben, wir wollen uns lieber auf den breiten sichern Boden der demokratischen Oeffentlichkeit begeben. Dort ist der Kampfboden und das Aufmarschgelände der Arbeiterbataillone. Deshalb sagen wir: Wir wollen eine eigenstaatliche Reglung mit der Kirche treffen, diese gibt die Möglichkeit, schlechte Bestimmungen abzuändern. Wir wollen keine Bindung, deren Tragweite wir nicht übersehen können. Wir wollen keine Bindung auf Generationen. Wir dürfen auch den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse nicht verbauen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Anna Siemsen (Jena): Genosse Löwenstein hat bereits darauf hingewiesen, aus welchen formalen Gründen Konkordats- und staatsrechtliche Verhandlungen mit der Kurie für uns über den Rahmen des preußischen Konkordats hinaus bedenklich sind, weil nämlich ein preußisches Konkordat notwendig die verhängnisvollsten Folgen für das ganze Reich haben muß. Genosse Müller hat beruhigend erklärt, ein preußisches Konkordat wird niemals wie das bayrische Konkordat aussehen. Er hat diese Versicherung als einen Beweis für die Koalitionsregierung angeführt. Ich glaube, daß das falsch argumentiert ist. Ein preußisches Konkordat wird mit dem bayrischen keine Aehnlichkeit haben, aber nicht, weil wir in Preußen eine Koalitionsregierung haben, sondern weil Bayern ein beinahe 100prozentig katholisches Land ist und in Preußen noch nicht einmal ein Drittel der Einwohner Katholiken sind. Die preußische Oeffentlichkeit wird also niemals ein solches Konkordat ertragen.

Folgendes erscheint uns bei den Konkordatsverhandlungen beunruhigend und gefährlich und darüber hinaus politisch untragbar. Preußen ist ein überwiegend protestantisches Land. Da hinter Preußen das Interesse der Reichsöffentlichkeit steht, wo ebenfalls der Protestantismus überwiegt, würde es von größter politischer Wirkung sein, wenn Verhandlungen mit der Kurie öffentlich geführt würden. Das theologische Milieu des Konkordats hat leider anscheinend sehr stark auf die Verhandlungen gewirkt. Die Verhandlungen sind geführt worden, als gingen sie aus von dem verborgenen Gott, der für die Gläubigen unerforschliche und dunkle Wege geht. Wir wissen gar nicht, was verhandelt ist. Man ist in eine Dunkelkammer eingesperrt und hat versucht, den kommenden Vertrag zu entwickeln und zu fixieren, ungestört von den Strahlen einer kritischen Oeffentlichkeit. (Sehr gut!) Das hat zweifellos im Interesse der Kurie, der katholischen Kreise und ihrer politischen Exponenten gelegen. Sie wollen ein nicht mehr zerstörbares Bild haben. Es liegt aber nicht in unserm Interesse. Wir verkennen nicht, daß wir Verhandlungen mit der Kurie brauchen, damit auf Grund der Weimarer Verfassung die Leistungen des Staates an die Kirche abgelöst werden, aber nicht in der Form eines Konkordats, eines Staatsvertrags, sondern eines Landes- oder Reichsgesetzes.

Wir haben die Erfahrung, daß die Machtansprüche katholischer Kreise und der Kurie durch die Kritik der Oeffentlichkeit zurückgedrängt werden können. Weil diese Kritik ausgeschaltet wurde, ist Beunruhigung in weitesten Kreisen entstanden. Hoffentlich wird der nach mir sprechende Genosse Braun über die Verhandlungen in weitestem Maße Aufklärung geben.

Die Heimlichkeit der Verhandlungen ist aber noch aus einem andern Grunde verhängnisvoll. Parlamentarisches und demokratisches Denken soll in weiteste Kreise des Volkes dringen, das Parlament soll zu einem mächtigen Faktor öffentlichen Interesses werden. Wenn aber so entscheidende Verhandlungen außerhalb der Oeffentlichkeit des Parlaments erfolgen, erlischt das Interesse und es entsteht Gleichgültigkeit und der Glaube, daß man die entscheidendsten Dinge außerhalb des Parlaments erledigen kann.

Die dritte Gefahr ist, daß wir mit einer internationalen Macht verhandeln, die sehr starke Machtpositionen in unserm Volk, in unsrer Regierung und in der Bureaukratie hat. Für jeden Regierungsbeamten und höhern Bureaukraten ist es heute sehr viel weniger gefährlich, sich das Mißfallen des

Genossen Braun als das des Zentrums zuzuziehen, da das letztere die Vernichtung der Karriere bedeutet. Kein preußischer Bureaukrat wird deshalb heimliche Verhandlungen so führen, daß sie das Mißfallen der hohen Geistlichkeit und ihrer Exponenten im Zentrum hervorrufen.

Genosse Breitscheid hat gestern gemeint, wir sollten bei den Fragen des Jenseits mehr Ruhe bewahren, denn es gehe uns nichts an, was jemand über das Jenseits denke, wenn er im Diesseits mit uns gehe. Die Kirche ist leider keine unsichtbare Kirche und Gemeinde der Heiligen im Jenseits, sondern eine ungemein reale Wirklichkeit und starke Machtorganisation mit Machtaspirationen. Sie bedeutet infolgedessen allerdings für uns einen Faktor, mit dem wir uns nicht religionsphilosophisch — das geht uns in der Partei nichts an —, sondern wirtschaftlich und politisch auseinanderzusetzen haben. Darin liegt auch die Grenze für das, was Genosse Sollmann uns als religiöse Toleranz anempfohlen hat. Wie ein Genosse über die Fragen des Jenseits denkt, berührt uns nicht. Es berührt uns aber ungemein stark, wie er über die gesellschaftlichen Fragen des Diesseits denkt, und darüber hat die Kirche ihre sehr bestimmten Ansichten, die durchaus nicht mit sozialistischen Ansichten vereinbar sind. Genosse Breitscheid hat unsre besondere Toleranz für die katholischen Sozialisten in Anspruch nehmen wollen. Diese haben ausdrücklich erklärt, daß in allen Fragen der Lehre und der Sitte ihre bischöflichen Hirten für sie entscheidend sind. Dogmen und Lehren schließen bei der katholischen Kirche aber auch die Suprematie der Kirche über den Staat ein, die Sittenlehre der Kirche beschäftigt sich mit allen Dingen des praktischen Handelns, von der Mode der Frauen angefangen bis zur Frage des Privateigentums. (Sehr richtig!) Ich stimme da mit Sollmann überein, daß wir nicht nach der Zugehörigkeit der Genossen zu irgendeiner Kirche zu fragen haben. Wir können nicht Genossen mindern Rechts innerhalb der Partei schaffen. Aber wir haben darüber zu wachen, daß nicht die politische Haltung der Genossen durch ihre Abhängigkeit von bestimmten Machtorganisationen der Gesellschaft, wie das die Kirche ist, beeinflußt wird. (Zuruf.) Wir haben weiter, Genosse Breitscheid, dafür zu sorgen, daß die Einheitlichkeit unsrer sozialistischen Ueberzeugung — denn die sozialistische Ueberzeugung, Genosse Sollmann, ist doch nicht nur ein organisatorisches oder Produktionsproblem, auch nicht nur ein kulturelles Problem, wie Sie hinzufügten, sondern zweifellos ein politisches Problem — gewahrt bleibt. Wenn wir die Fähigkeit und den Willen erwecken wollen, diese Gesellschaft umzugestalten, müssen wir ein neues einheitliches Bewußtsein schaffen. An dieser Grenze muß sich die religiöse Toleranz brechen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Otto Braun (Berlin): Ich hatte geglaubt, nach den Bemerkungen von Breitscheid zu den Anträgen über die Konkordatsfrage mich damit begnügen zu können, dazu meinen Segen zu geben. (Heiterkeit.) Ich nehme aber wahr, daß es doch böse Menschen gibt, die nicht ganz mit meiner preußischen Politik einverstanden sind und von dieser sündhaften Neigung nicht durch einen einfachen Segen befreit werden können. Ich will deshalb mit einigen Worten auf die Materie eingehen, wobei ich von vornherein bemerke, daß ich es ablehnen muß, auf die sehr stark kulturkämpferisch klingenden Ausführungen des Genossen Löwenstein einzugehen, die wohl nur dazu dienen sollten, für das, was er nachher materiell über das Konkordat weniger sagen konnte, die rechte Stimmung zu schaffen. (Heiterkeit.) Ich kann auch nicht in der kurzen Redezeit auf irgendwelche religionsphilosophischen oder gar pädagogischen Fragen eingehen, weil es sich bei der ganzen Materie darum gar nicht handelt.

Die Genossin Siemsen hatte einen lichten Augenblick, als sie sachlich darauf einging, worum es sich wirklich handelt, nämlich um eine kirchenorganisatorische, staatspolitische und, wenn Sie wollen, machtpolitische Angelegenheit, die mit Religionsphilosophie mit Weltanschauungsfragen nichts zu tun hat.

Die vorliegenden acht Anträge weichen in der Formulierung voneinander ab, sind aber darin einig, daß ein Konkordat nicht abgeschlossen werden darf. Die Berliner Genossen haben früher gefordert, daß ein Konkordat, in dem die Schule geregelt wird, nicht abzuschließen sei. Als sie merkten, daß es der preußischen Regierung vielleicht gelingt, die Schule herauszulassen, haben sie sofort beantragt, einem Vertrag in der Form eines Konkordats die Zustimmung zu versagen. Wenn ich sophistisch sein wollte, könnte ich sagen, in Preußen soll kein Konkordat abgeschlossen werden, wir schließen nur einen Vertrag, in dem weder in der Ueberschrift noch im Inhalt das Wort Konkordat vorkommt, so daß ich mit den Berlinern vollkommen konform gehe. (Heiterkeit.) Ein andrer Antrag will den Abschluß verbieten, weil er mit sozialistischer Politik nicht in Einklang zu bringen ist, und die Düsseldorfer Genossen sagen, weil er mit den Interessen und Aufgaben der Partei nicht vereinbar sei. Die Regierung kann doch nicht einen Vertrag nur als Ausfluß sozialistischer Politik und nur unter Berücksichtigung der Interessen unsrer Partei abschließen. Uebrigens weiß ich nicht, wie die Genossen zu dem Ergebnis kommen, daß dieser Vertrag mit den Interessen der Partei nicht vereinbar ist, sondern sie wissen ja gar nicht, was darin steht. Wie kommen sie schon zu diesem Ergebnis? Wenn der Parteivorstand diesen Vertrag für die Partei abzuschließen hätte, hätte er sich von der Rücksicht auf sozialistische Politik und nur von den Interessen der Partei leiten lassen. Aber diesen Vertrag sollen Regierungen abschließen, und zwar in erster Linie die preußische Regierung, in der wir von acht Ministern nur die schwache Position von zwei Ministern haben. (Zurufe.) Diese Regierung will unter Berücksichtigung der politischen Machtverhältnisse diesen Vertrag abschließen!

In einem Antrag ist gesagt, daß der Vertrag — den Inhalt kennt man gar nicht — für das gesamte Kulturleben eine ungeheure Gefahr bedeutet. Einem solchen Vertrag würde ich niemals meine Unterschrift geben! (Bravo!) Dieser Antrag stößt also ins Leere.

Aber die Dinge liegen doch so: Wir haben ein Vertragsverhältnis mit der Kurie, mit der katholischen Kirche. Obwohl dieses weit über 100 Jahre besteht, habe ich noch niemals gehört, daß es eine ungeheure Gefahr für das ganze Kulturleben ergeben hat. Die Organisation der Kurie hat vor einem Jahrhundert mit dem preußischen Staat einen Vertrag geschlossen. Es ist das für Altpreußen die Bulle de salute animarum von 1821, für Hannover die Bulle vom 26. März, die oberrheinische Kirche vom 16. August 1921 und 11. April 1927. Diese Verträge sind in den Kirchenblättern und im preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht und haben Gesetzeskraft erlangt. Durch die Aenderung der verfassungsmäßigen Verhältnisse hat dieses Verhälinis bis zu einem Grade seinen Rechtsboden verloren, er ist jedenfalls zweifelhaft geworden. Ueber die Rechtsbeständigkeit dieses Vertrags besteht Streit zwischen Regierung und Kurie. Im Jahre 1919 hat der damalige sozialdemokratische leider zu früh verstorbene Kultusminister Haenisch der Kurie mitgeteilt, daß er bereit sei, über eine Aenderung dieses Vertragsverhältnisses entsprechend den jetzt geänderten Verfassungsverhältnissen zu verhandeln. Die Verhandlungen sind damals nicht recht in Fluß gekommen. Inzwischen kam der Abschluß des bayrischen Konkordats, das bis zu einem gewissen Grade die hier gegebene Charakterisierung verdient, die man dem preußischen Konkordat, dessen Inhalt man nicht kennt, angedeihen läßt. Es bestand die Gefahr, daß man versuchen würde, nun ein Reichskonkordat zu schaffen, und dadurch sämtliche Länder auch mit fast überwiegender oder ausschließlich evangelischer Bevölkerung zu binden. Um dieses Zustandekommen eines Reichskonkordats unter der Leitung eines Zentrums-Reichskanzlers und unter starkem Einfluß der Bayrischen Volkspartei zu verhindern, habe ich Verhandlungen in Preußen wieder in Gang gebracht. Sie schweben seit 1925/26 und stehen kurz vor dem Abschluß. Ueber den Inhalt

dieses Vertragswerkes kann ich im jetzigen Stadium keine Mitteilungen machen. Das ist keine Geheimdiplomatie. Solche Verträge werden während der gegenseitigen Verhandlungen niemals der Oeffentlichkeit mitgeteilt, solange man mit dem Kontrahenten noch in Differenzen ist. Ich müßte sonst meine Motive und Absichten der Oeffentlichkeit zur Diskussion unterbreiten, während der andre schweigt, weil er kein Parlament hat. Mussolini hat dem Papst zwar einen Staat, eine Eisenbahn und eine Station gegeben, aber kein Parlament. Ich soll mich aber über die einzelnen Bestimmungen dieses Vertragsverhältnisses vor der Oeffentlichkeit und besonders stark religionsphilosophisch gebildeten Genossen aussprechen. So kann man unmöglich von Macht zu Macht verhandeln. In dem Augenblick, wo ich mit dem Vertragsgegner einig bin, bekommen die verfassungsmäßig zur Entscheidung berufenen Stellen den Inhalt mitgeteilt, und damit auch die Oeffentlichkeit.

Bei der Beurteilung des Inhalts des Vertrags darf die rechtliche Sachlage nicht übersehen werden, die verfassungsrechtliche Stellung, die die Landesregierung im Reich in dieser Frage hat. Die Parteigenossen haben meist nicht die Bestimmungen der Reichsverfassung in dem Abschnitt über Religion und Religionsgesellschaften vor Augen, sonst würden sie wissen, welche Freiheit der Kirche in unserm Staate gegeben ist und wie wenig Rechte dem Staate diesen kirchlichen Organisationen gegenüber geblieben sind. Nach Artikel 137 gibt es keine Staatskirche mit dem Einfluß des Staates mehr. Die Kirche ist völlig frei. Anderseits hat die Kirche die Privilegien einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, kann Steuern erheben und genießt den Schutz des Staates für ihre ganze Tätigkeit. Die Kirche vergibt ihre Aemter völlig selbständig, während nach den vorherigen vertraglichen Bestimmungen die preußische Regierung bis zu einem gewissen Grade dreinreden konnte; zum Teil bestanden auch noch die Maigesetze, die einen weitern Einfluß gaben, aber mit unsrer Verfassung längst nicht mehr in Einklang stehen. Weiter ist in Artikel 173 bestimmt, daß es bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes gemäß Artikel 138 bei dem bisherigen Rechtszustand und den Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften verbleibt. Auf eine kurze Formel gebracht, heißt das, daß die Kirche viel freier ist als je vorher, mehr Rechte besitzt, und daß der Staat nach wie vor bezahlen muß. Allerdings hat man in Weimar daran gedacht, daß die Länder von dem Rechte des Artikels 138 bald Gebrauch machen und diese Verpflichtung ablösen würden. Dafür soll das Reich die Grundsätze aufstellen. Das ist bis heute noch nicht geschehen. In absehbarer Zeit werden wir auch wohl nicht zu solchen Grundsätzen kommen. Ich fürchte sogar, wenn wir sie bekämen, würden diese Grundsätze unter dem ausschlaggebenden Einfluß des Zentrums und der evangelischen Kirche so ausfallen, daß die Länder von ihnen keinen Gebrauch machen können, weil sie die Mittel nicht haben werden, die Kirchenleistungen abzulösen. Wir müssen also mit diesem durch die Weimarer Verfassung geschaffenen Zustand rechnen. Der Sinn der Vertragsverhandlungen mit der Kurie war, für den Staat wenigstens einen Teil der Rechte zu retten, die dem Staate durch die Weimarer Verfassung aus der Hand geschlagen sind. Wie weit das gelungen ist, wird man erst beurteilen können, wenn man den Inhalt der Verträge vor sich hat.

Nun meint Genosse Löwenstein, man brauche keinen Vertrag, sondern könne das einseitig durch Gesetz regeln. Er hat den Verträgen einen Charakter angedichtet, daß man glauben müßte, man verkaufte sich mit Haut und Haaren für alle Ewigkeit. Nein, lieber Genosse Löwenstein, solche Verträge hängen von der Machtposition des einzelnen Kontrahenten ab. Wenn Sie an die Wand malen, es könnte ein ganz freiheitliches Regime vorhanden sein, aber der Papst würde, gestützt auf seinen Vertrag, dieses oder jenes verlangen, bitte, sagen Sie mir, wie das der Papst in Berlin durchsetzen wollte! Er hat mit Mussolini einen weitgehenden Vertrag abgeschlossen. Aber ich bin überzeugt, wenn sich Mussolini nicht mehr so schwach fühlt wie damals, als er sich gezwungen sah,

mit der Kirche diesen Vertrag abzuschließen, wird er auf Grund seiner politischen Macht eine Revision herbeiführen. (Zuruf.) Er hat ihn schon interpretiert, wie er ihn auffaßt. Das wird in dem Maße weiter geschehen, wie sich die Machtverhältnisse gestalten, so daß man sich dadurch nicht irgendwie gruselig machen lassen braucht. Im übrigen ist in dem Augenblick, wo wir die Ablösung durchführen können, eben der Vertrag gegenstandslos, da ist die Kirche eine private Organisation wie jede andre und verliert die in der Verfassung ihr gegebenen Privilegien.

Dann noch eins. Genosse Löwenstein hat bereits bemerkt, daß die große Befürchtung, die in der weitesten Oeffentlichkeit darüber gehegt wurde, daß das Konkordat dem bayrischen Konkordat gleiche, indem dort auch für Preußen Schulfragen geregelt und die ausschließliche Entscheidungsgewalt des Staates über die Schule eingeengt werden würden, nicht zutrifft. In dem ganzen Vertrag und in dem Schlußprotokoll oder in einem sonstigen integrierenden Teil des Vertrages wird das Wort „Schule" nicht einmal vorkommen. Die geringste Bestimmung über die Schule ist herausgeblieben, weil ich erklärt habe, wenn über die Schule etwas gesagt wird, ist der Vertrag nicht durchzusetzen; die Schule ist staatliche Hoheitsangelegenheit und hat mit der kirchlichen Organisation nichts zu tun. (Beifall.) Die Dinge liegen jetzt politisch-taktisch so, daß, sobald der Vertrag fix und fertig zwischen den beiden Kontrahenten aufgestellt ist, die preußische Landtagsfraktion von seinem Inhalt in Kenntnis gesetzt werden wird und sie dann in Kenntnis des vollen Inhalts und in Würdigung der politischen Tragweite zu entscheiden haben wird, ob sie diesem Vertrag zustimmen kann. Sie wird bei dieser Entscheidung sich vor Augen halten müssen — und das werden auch sämtliche übrigen Parteigenossen zu würdigen wissen —, daß die Entscheidung über diesen Vertrag, über das Gesetz, das diesen Vertrag zur Geltung bringt, über den Rahmen der durch den Vertrag geregelten Materie hinaus für die Politik Preußens, für die Koalitionspolitik und für die Gesamtpolitik von tiefgehender Bedeutung sein wird. Es ist daher — entschuldigen Sie das harte Wort, ich bin sonst sehr milde — eine Zumutung an die Delegierten des Parteitags, wie sie bisher in den Jahrzehnten, in denen ich Parteitage kenne, noch niemals an die Delegierten gestellt worden ist, daß sie ohne Kenntnis des Inhalts des Vertrags hier beschließen sollen: den Parteigenossen ist verboten, einen solchen Vertrag abzuschließen. Parteigenossen, das wagen nicht einmal die Päpste von Moskau ihren bezahlten Mamelucken zuzumuten, und das kann man auch den verantwortungsvollen Politikern, aus denen der Parteitag zusammengesetzt ist, erst recht nicht zumuten. Darum bitte ich Sie, über die gesamten Anträge zur Konkordatsfrage zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Petrich (Gera): Die Rede des Genossen Breitscheid über die Tätigkeit der Fraktion haben wir alle mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie war eine sehr vorsichtige Mischung von Kritik und bedingter Zustimmung zu der Politik, die die Fraktion und die Minister in dem verflossenen Jahr getrieben haben. Die Koalitionspolitik ist zwar unter dem ersten Tagesordnungspunkt erledigt. Aber man kann nicht die Politik der Fraktion und der Minister richtig würdigen, wenn man sie nicht mit der Koalitionsfrage in Verbindung bringt. Der Unterschied zwischen der Koalitionspolitik, wie der Genosse Breitscheid sie auffaßt, und wie wir sie auffassen, besteht darin, daß Sie eine Koalitionspolitik bedingungslos auf weite Sicht treiben, während wir die Koalitionspolitik als ein Mittel ansehen, bestimmte konkrete Ziele zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die zahlreichen Reden des Genossen Severing über die lange Dauer der Koalition nicht als besonders klug angesehen. Ich glaube, daß mit einer schier unbegrenzten Koalitionsbereitschaft wir nur unsern Gegnern Trümpfe in die Hand geben. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die politische Problemstellung des Genossen Severing nicht richtig war.

Genosse Breitscheid hat in seiner Rede einen Artikel meines Freundes Bielig zitiert und gemeint, Bielig hätte nur die negative Seite der Koalitionspolitik angeführt, die positive Seite aber unterdrückt. Ich habe festzustellen, daß Bielig auch die positive Seite in den verflossenen Monaten betont hat, daß er allerdings der Meinung ist, daß die negative Seite überwiegt.

Genosse Breitscheid meinte, die Koalitionspolitik sei so etwas wie eine Kameradschaftsehe. Nun, wenn das eine Kameradschaftsehe sein soll, so ist das ein sehr abschreckendes Beispiel. Denn diese Kameradschaftsehe hat zu Geburten geführt, die man nur als Mißgeburten bezeichnen kann. Die schlimmste Mißgeburt scheint mir die steuerfreie Anleihe des Genossen Hilferding zu sein. Ich hoffe, daß Hilferding hier auf dem Parteitag sich über seine Finanzpolitik noch sehr deutlich ausspricht. Es hätte doch möglich sein müssen, durch eine genaue Prüfung der Finanzpolitik und der finanzpolitischen Lage bei Eintritt in die Regierung sich darüber klar zu werden, was in der nächsten Zeit möglich ist oder nicht. Und wenn Hilferding einigermaßen hätte voraussehen können, was man von ihm doch wohl erwarten muß, in welch unmögliche und katastrophale Lage er hineingeriet, dann hätte er die Verantwortung für diese Finanzpolitik nicht übernehmen dürfen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Person des Genossen Hilferding, sondern auch um die politische Stellung der Partei. Ich bin der Auffassung, daß wir auf dem Wege dieser Anleihe nicht weitergehen können, und wenn Genosse Breitscheid sagte, daß die steuerfreie Anleihe unter dem Namen Hilferding-Anleihe in die Geschichte eingehen werde, so beneide ich den Genossen Hilferding um diesen Ruhm nicht.

Ich möchte den Genossen Hilferding fragen, ob nach der glücklichen Durchführung der steuerfreien Anleihe die finanzpolitische Lage in den nächsten Monaten so sein wird, daß wir aus der kritischen Lage herauskommen. Staatssekretär Dr. Popitz hat im „Bankarchiv" einen interessanten Artikel über die gegenwärtige Finanzlage des Deutschen Reiches veröffentlicht. Er ist der Meinung, daß der Etat für 1929 noch nicht im Gleichgewicht ist, daß er auf fiktiven Zahlen beruht. Es ist doch kein Geheimnis, daß im Hochsommer, vielleicht im Herbst neue Steuervorlagen kommen werden. Damit steht dann aber in Verbindung die Frage, wie die Reparationsverhandlungen in Paris aussehen. Genosse Stampfer meinte optimistisch, daß die Pariser Verhandlungen uns eine Erleichterung unsrer finanzpolitischen Lage bringen würden. Ich bin nicht so optimistisch. Selbst wenn wir eine Erleichterung der Lasten bekommen sollten, wird dann der Kampf um die Verteilung erst losgehen. Dann werden die bürgerlichen Parteien die Forderung erheben, die Besitzsteuern zu senken. Wir haben also keinen Anlaß in bezug auf die Finanzpolitik in der nächsten Zeit uns großen Hoffnungen hinzugeben.

Wenn Hermann Müller gesagt hat, der Panzerkreuzer sei nicht das Objekt, um eine Regierungskrise heraufzubeschwören, so glaube ich, daß wir in der nächsten Zeit auf finanzpolitischem Gebiet vor Entscheidungen stehen werden, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft angehen, und da wird es kein Ausweichen mehr geben. Da werden die Minister nicht mehr sagen können: Wir müssen in der Regierung bleiben, weil wir darin noch wichtige Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen können. Da werden Sie und da wird die Fraktion Farbe bekennen müssen. Genossen, machen Sie sich keine Illusion über die Lage der Partei im Lande. Hermann Müller bemerkte, wenn die Koalitionspolitik wirklich so schlecht gewesen wäre, hätten wir doch Mitglieder verlieren müssen. Ich möchte demgegenüber sagen: wenn wir trotz dieser Koalitionspolitik, über die zeitweise große Entrüstung bei den Arbeitern geherrscht hat, nicht zurück-, sondern vorwärtsgegangen sind, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß sich die Funktionäre gesagt haben: nun wollen wir erst recht die Partei zusammenhalten, weil wir überzeugt sind, diese Koalitionspolitik wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

Aber diese Politik kann nicht ins Endlose getrieben werden. Wenn die wirklichen Arbeiterinteressen auf dem Spiele stehen, dann müssen Minister und Fraktion eine kraftvollere Initiative zeigen. (Beifall.)

Dr. **Knack** (Hamburg): Es ist verständlich, daß der Referent der Reichstagsfraktion nicht auf alle Fragen von Bedeutung im einzelnen eingehen kann. Aber wenn er auf die wichtigen Fragen der Neugestaltung der Sozialversicherung und der Strafrechtsreform nur mit wenigen Sätzen eingegangen ist, so besteht der Verdacht, daß der Referent bei der Durchsetzung unsrer Forderungen in der heutigen Koalitionspolitik in diesen Fragen Schwierigkeiten sieht. Beides sind Lebensfragen der werktätigen Bevölkerung. Die Zukunft auch unsrer sozialistischen Arbeit steht und fällt mit der Förderung und fortschrittlichen Ausgestaltung dieser Dinge.

Ich stehe als ärztlicher Fachmann mitten in der Praxis und sehe tagtäglich die erheblichen Nachteile, die die heutige Form der Sozialversicherung mit sich bringt. Deshalb begrüße ich die hierzu dem Parteitag vorliegenden zahlreichen Anträge. Ich sehe aber die Gefahr auch in der Auslegung und in der praktischen Durchführung der vorhandenen sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen, wie sie heute gehandhabt werden. Bei dieser Durchführung spielt die Tätigkeit der ärztlichen Gutachter eine große Rolle. Es muß dafür gesorgt werden, daß die ärztliche Begutachtung in neue Formen gebracht, daß sie den neuen Verhältnissen angepaßt wird. Man könnte sagen: wir haben heute noch ebensosehr eine Klassenmedizin, wie wir eine Klassenjustiz haben. Das beruht nicht nur darauf, daß der heutige Arzt in der übergroßen Mehrzahl einem Milieu entstammt, das der werktätigen Bevölkerung fernsteht, sondern nicht zum geringsten auch darauf, daß der Arzt in seiner Vorbildung nicht genügend vertraut gemacht wird mit den großen Problemen der sozialen Medizin, d. h. dem Zusammenhang von sozialer Lage, Beruf und Arbeitsform mit der Gesundheit, bzw. den Krankheiten der Bevölkerung. Es wäre wünschenswert, wenn die Partei energisch darauf drängte, daß die längst ausgesprochene Forderung der freien Gewerkschaften, Lehrstühle für soziale Hygiene zu schaffen und die soziale Hygiene zum Pflichtprüfungsfach im ärztlichen Staatsexamen zu machen, zur Wirklichkeit wird. Diese letztere Forderung ist auch für die Koalition vielleicht mehr nur eine Finanzfrage als eine grundsätzliche. Denn auch bei den bürgerlichen Koalitionsparteien dürfte für den Gedanken des Ausbaues der sozialen Hygiene Verständnis zu finden sein. Es ist aber nicht anzunehmen, daß von den heutigen deutschen medizinischen Fakultäten die Anregung kommt. Sie muß von außen gegeben werden. Die Fakultäten sind noch viel zu sehr auf Krankheitsforschung und -behandlung eingestellt als auf die Zusammenhänge von sozialen mit Krankheitsfragen.

Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung auf 60 Jahre, die Herabsetzung der Erwerbsbeschränkung auf 50 Prozent und eine wirksame Erhöhung der geleisteten Rente ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wo sich heute Arbeitsform, Berufstätigkeit und Wirtschaftslage so ganz anders gestaltet haben wie vor einem halben Jahrhundert.

Auch sind für das Gesamtgebiet der sozialen Versicherung Bestimmungen anzustreben, daß nicht nur die Versicherungsträger ihre Vertrauensärzte anstellen, oder die Spruchbehörden Aerzte beauftragen als Gutachter, sondern daß auch den Versicherten ein Arzt ihres Vertrauens zur Verfügung gestellt wird, dessen Urteil die Spruchbehörden mit zu berücksichtigen haben.

Wir haben uns auf frühern Parteitagen auch häufig über bevölkerungspolitische Probleme unterhalten. Aber es ist auffallend still geworden davon. Diesmal liegt selbst aus dem Reiche nur ein einziger Antrag von Breslau dazu vor. Ich hoffe, daß das nicht bedeutet, daß diese Frage nun wieder, wenn auch nur vorübergehend, in den Hintergrund zu treten habe, weil wir dabei in schärfster Frontstellung gegenüber der einflußreichen im Dogma erstarrten Zentrumspartei stehen. Ich möchte auch meinen, daß in diesen

Fragen Kompromisse gefährlicher sind als glattes Auseinanderfallen, glattes Ablehnen. Ich denke da z. B. an die jetzt erreichte mildere Form des § 218. Obwohl diese Milderung zu begrüßen ist, so bestehen die schweren sozialen Schäden auf diesem Gebiete nach wie vor. Wir sollten auch den § 175 nicht vergessen. Es ist eine Kulturfrage gerade für uns Sozialisten, ob man einen Abartigen, vielleicht auch als Kranken zu bezeichnenden Menschen zum Verbrecher stempelt, oder ob man diesen Menschen, sozial bzw. ärztlich richtig anfaßt. Dann wird er auch kein Schädling der Gesellschaft sein; Schädlinge sind auch bisher nur diejenigen, die auf Grund des herrschenden Gesetzesparagraphen Erpressungen u. dgl. an diesen armen Menschen begehen. Auch da müssen wir Rückgrat behalten und offen bekennen, etwas derartiges machen wir nicht mehr mit. Wir müssen als Kulturpartei ganz allgemein dafür sorgen, daß durch die Neugestaltung des Strafrechts und durch die wohl sicher kommende Zivilrechtsreform das Sexualleben der Bevölkerung in Formen geleitet wird, die es dem einzelnen zur Freude und nicht zur Not machen.

In diesem Zusammenhang sollten wir auch nicht die Geschlechtsnot der Gefangenen vergessen. Es ist das Verdienst Plättners, die erschreckenden Verhältnisse, die hier noch bestehen, aufgedeckt zu haben. Es ist bei einer Reform des Strafvollzugs nicht damit getan, die Gefängnisse und Zuchthäusler mit einem fortschrittlichen Lack zu überziehen, sondern es müssen die Dinge an der Wurzel gebessert werden, dabei spielt aber die Regelung des Sexuallebens der Gefangenen eine wesentliche Rolle.

Auch das Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bedürfte in seiner heutigen anarchischen Durchführung in den Ländern dringend einer rücksichtslosen Kontrolle des Reichstags. Dabei sollte man auch nicht über die hinwegsehen, die als Parteigenossen an verantwortlicher Stelle bis zum heutigen Tage die Sache falsch gemacht haben.

Ich möchte mit zwei Wünschen schließen. Das eine ist eine alte Forderung: Schaffung eines Reichsministeriums für Volksgesundheit, unter Hintanstellung der zurzeit vielleicht vorhandenen finanziellen Bedenken. Und das andre ist die baldige Aufstellung von Richtlinien für eine wirksame Gesundheitspolitik der Partei. (Beifall.)

Wimmer (München): Ich möchte auf zwei Fragen eingehen, die für die gesamte Arbeiterschaft eine große Bedeutung haben. Das ist einmal die Frage der Mieterschutzgesetzgebung im Zusammenhang mit der noch bestehenden Wohnungszwangswirtschaft. Wir haben gesehen, daß die bisherige Lockerung der Zwangswirtschaft ungeheure Schäden für die untern Schichten des Volkes gebracht hat. Auch die Lockerung der Bestimmungen über die gewerblichen Räume hat gerade die untern Schichten des gewerblichen Mittelstandes außerordentlich schwer betroffen. Für die Wohnungen besteht ja noch ein größerer Schutz. Aber infolge der bisher vorgenommenen Lockerungen sind auch hier bedeutende Schäden zu verzeichnen.

Die Auswirkungen dieser Lockerungen des Mieterschutzes werden auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen werden. Die Exmittierungen in den Großstädten werden von Jahr zu Jahr zahlreicher, und die Gemeinden haben die ungeheure Aufgabe, die durch diese Urteilssprüche auf die Straße gesetzten Volksgenossen unterzubringen. Dabei werden vielfach die Familien auseinandergerissen.

Diese Zustände sind auf den schon mehrfach unternommenen Generalangriff des organisierten Hausbesitzes auf die Mieterschutzgesetzgebung zurückzuführen. Dabei hat der organisierte Hausbesitz durch die Inflation seine Hypothekenschulden verloren; der Vorkriegsschuldenstand des deutschen Hausbesitzes ist durch die Aufwertungsgesetze auf ein Viertel zurückgegangen, während der Hausbesitzer seine Vorkriegsfachwerte nahezu restlos halten konnte. Aber der Hausbesitzer will wiederum die Vorkriegsrente. Ich möchte die Reichstagsfraktion dringend bitten, gerade dieser Frage größte Aufmerksamkeit zu

schenken. Die Sozialdemokratische Partei muß sich als das Bollwerk erweisen, an dem die Bestrebungen des Hauskapitals scheitern.

In diesem Zusammenhang komme ich auf die Frage der Wohnungsnot, über die wir bereits in Kiel gesprochen haben. Durch die im Mai 1927 durchgeführte Reichswohnungszählung ist festgestellt worden, daß rund ¾ Millionen Wohnungen in Deutschland zuwenig vorhanden sind. Das ist eine Folge des Krieges. Die gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Schäden sind ungeheuer. Die Arbeiterklasse leidet am schwersten unter diesen Dingen. Alljährlich ist ein normaler Mehrbedarf von rund ¼ Million Wohnungen vorhanden. Ueber diesen Bedarf hinaus werden aber nur 60- bis 70 000 Wohnungen jährlich mehr erstellt. Wenn in Zukunft keine andern Wege beschritten werden, habe ich die Befürchtung, daß wir noch viele Jahre brauchen, bis wir aus diesem Elend herauskommen. Die Gemeinden, zum Teil auch die Länder, versuchen auf den verschiedensten Wegen den Uebelständen abzuhelfen; aber bisher ohne befriedigenden Erfolg. Das liegt daran, daß die Zwecksteuer, die von den Altwohnungen erhoben wird, für ganz andre Zwecke verwandt wird. In München sind vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1927 einschließlich 175 Millionen Mark in Form der Mietzinssteuer Wohnungsbauabgabe aus der Mieterschaft herausgeholt worden. Im ganzen sind aber einschließlich 17 Millionen freiwilliger Leistungen der Gemeinde München nur 42 Millionen Mark für Wohnungen verwandt worden. Das ist knapp ein Viertel des Gesamtaufkommens. Wenn es möglich sein wird, in der Reparationsfrage eine Entlastung zu erhalten, dann muß durch reichsgesetzliche Bestimmungen ermöglicht werden, daß die Abgabe der Altwohnungsinhaber in bedeutend größerm Umfang als bisher, wenn nicht restlos, der Förderung des Neubauwohnungsbaues zugeführt wird. Heute werden untragbare Mietpreise aus den Neubauwohnungen verlangt, weil Privatkapital in großem Umfang daran beteiligt ist. Wenn es durch die intensive Arbeit der Reichstagsfraktion gelingt, diese Steuergelder zu billig verzinslichen Darlehen oder Amortisationsdarlehen zur Verfügung zu stellen, werden wir einen bedeutsamen Schritt vorwärtskommen, und damit treiben wir auch die beste Erwerbslosenfürsorge durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die verschiedensten Berufe.

Schaffen wir mit unserm Einfluß in der Regierung dem deutschen Arbeiter gesunde und im Mietpreis tragbare Wohnungen und schützen wir ihn vor der Bewucherung durch den organisierten Hausbesitz, dann werden wir als Partei seines Dankes genau so gewiß sein wie die österreichischen, vor allem die Wiener Genossen, die gerade wegen ihrer Arbeit auf diesem Gebiet so große Erfolge zu verzeichnen haben.

Adams (Hamburg): Genosse Otto Braun hat dem Genossen Löwenstein vorgeworfen, daß eine kulturkämpferische Stimmung durch seine Rede gezogen sei. Ich halte diese Auffassung für irrig. Die Rede des Genossen Löwenstein war getragen von der tiefen Besorgnis, daß durch den Abschluß eines Vertrags oder eines Konkordats mit der Kurie die machtpolitischen Verhältnisse im Staate Preußen eine wesentliche Verschiebung erfahren könnten.

Genosse Otto Braun hat ferner davon gesprochen, daß bereits im Jahre 1821 ein Landesgesetz zum Konkordat verabschiedet worden sei und daß es darum durchaus nichts Neues darstelle, wenn der preußische Staat sich heute in Vertragsverhandlungen mit der Kurie eingelassen habe. Das ist nicht richtig. Im Jahre 1821 sind die Abmachungen mit der Kurie nicht durch einen Vertrag geregelt worden, sondern ein Erlaß des Königs Friedrich Wilhelm III. hat die mit der katholischen Kirche getroffenen Vereinbarungen in Kraft gesetzt. Ein solcher Erlaß konnte jederzeit durch einen andern Erlaß des Königs wieder aus der Welt geschafft werden.

Genosse Braun hat weiter gesagt, man solle sich doch nicht davor fürchten, ein Konkordat oder einen Vertrag abzuschließen; denn Verträge seien im letzten

Grunde auch nicht auf die Ewigkeit abgeschlossen. Das ist eine bedenkliche Behauptung; denn Verträge, die mit der Kurie und evtl. später mit der protestantischen Kirche geschlossen werden, werden schließlich doch nur wieder abgeschafft werden können durch ein Revolutionsrecht. Ich frage den Genossen Braun, ob er glaubt, daß ein Revolutionsrecht, das das Königtum und das Kaisertum beseitigt hat, so bald kommen werde. Ich zweifle daran. Schließlich ist doch nicht zu übersehen, daß als Vertragspartner im preußischen Staat und evtl. auch in andern Staaten nicht die Kurie an sich verfassungsmäßig in Betracht kommen kann, sondern die katholische Kirche. Der Begriff der Kurie ist sowohl der preußischen Verfassung wie der Reichsverfassung fremd. Die katholische Kirche ist ein ganz bedeutsamer Machtfaktor. In den letzten Jahren ist die Macht der katholischen Kirche und des Zentrums immer mehr gewachsen, und niemals war sie vielleicht so groß wie in der Zeit der Republik.

Ich kann zwar verstehen, wenn der Genosse Braun sagte, daß er über den Inhalt des Konkordats — er nennt es ja einen Vertrag — hier nichts sagen könne, ehe die Vertragsverhandlungen nicht zum Abschluß gekommen seien. Aber es ist doch kennzeichnend, daß über den Inhalt des Konkordats eine ganze Reihe von Meldungen durchgesickert sind. Wenn es stimmt, daß der katholischen Kirche neue Bischofssitze, neue Erzbistümer zugesichert werden, dann ist das eine bedeutsame Verstärkung der katholischen Kirche, und darin liegt eine machtpolitische Verschiebung. Darum ist die Frage eines Konkordats mit Preußen keineswegs, wie Genosse Braun gesagt hat, von irgendwelchen weltanschaulichen Gesichtspunkten aus zu sehen, sondern im letzten Grunde von durchaus realen politischen Faktoren aus. Auf der andern Seite spricht der Gesichtspunkt mit, den der Genosse Braun, wenn auch etwas versteckt, angeführt hat, daß irgendwelche finanziellen Reglungen mit der Kurie zu erwarten sind.

Es handelt sich bei dem Konkordat nicht um eine preußische Frage, sondern um eine Reichsfrage, um eine Frage der Machtpolitik. Genosse Aufhäuser hat sehr richtig gesagt: wenn man die Macht besitzt, soll man sie auch überall zeigen; in der Koalitionspolitik des Reiches sind aber gewisse Machtfaktoren von uns nicht immer zur Geltung gebracht worden. Genosse Aufhäuser hat daran erinnert, daß es sehr viel richtiger sei, die Parteigenossenschaft hinter sich zu haben, um in einem solchen Kampfe mit machtpolitischen Faktoren auftreten zu können. Ich darf nur hoffen, daß, wenn die Bestimmungen des Vertrages mit der Kurie bekannt sein werden, diese machtpolitischen Faktoren auch eingesetzt werden.

Ich würde es deshalb lebhaft bedauern, wenn der Parteitag sich entschließen sollte, entsprechend der Anregung des Genossen Braun über alle Anträge zum Konkordat zur Tagesordnung überzugehen. Das kann schon darum nicht geschehen, weil Genosse Braun gesagt hat, in den ganzen Verhandlungen mit der Kurie komme der Begriff des Konkordats überhaupt nicht vor. Bekanntlich sind die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge darauf gerichtet, den Begriff des Konkordats aus der Welt zu räumen. Da feststeht, daß das Privilegrecht der katholischen Kirche nach wie vor in Anspruch genommen wird und im bayrischen Konkordat aufs deutlichste zum Ausdruck gekommen ist, muß man doch aus rein machtpolitischen Erwägungen heraus die ernstesten Besorgnisse dagegen äußern, daß ein Konkordat in Preußen zum Abschluß gelangt. Die dem Parteitag vorliegenden Anträge verlangen im besonderen, daß ein solches Konkordat nicht abgeschlossen wird. Von dem Genossen Braun ist auch nicht widerlegt worden, daß man die katholische Kirche doch auf den Weg der Gesetzgebung verweisen könne. Um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, wäre es viel wünschenswerter, daß die Kirche auf den Weg der gewöhnlichen Gesetzgebung verwiesen wird und Abmachungen nur so getroffen werden, daß sie durch den preußischen Staat oder, wenn einmal der Einheitsstaat kommt, durch das Deutsche Reich wieder beseitigt werden können. Die Dinge haben gerade im Stadium der Verhandlungen über den Einheitsstaat erhebliche Bedeutung. Das Reich würde dann als Rechtsnachfolgerin mit einer ganzen Reihe zwar noch nicht bekannter, aber doch die Gesamtpolitik in Preußen schwer belastender Bestimmungen belegt. Deshalb kann man diese Frage auf diesem Parteitag nicht abtun, indem man einfach über sie zur Tagesordnung übergeht.

Auch auf andern Gebieten ist ein kulturpolitischer Fortschritt bei den Koalitionsverhandlungen nicht zu verzeichnen gewesen. Ich verweise auf die Anträge zum Berufsausbildungsgesetz, die von Hamburg gestellt worden sind. Leider ist die Tatsache zu verzeichnen, daß das Berufsausbildungsgesetz, an dessen Durchführung die Gewerkschaften stark interessiert sind, dem Reichsrat genau in derselben Form, mit allen Ausnahmebestimmungen für die Lehrlinge, für die Arbeiter in der Land- und in der Hauswirtschaft mit den schwer belastenden Bestimmungen, die die reaktionären Handwerkskammern zu ausführenden Organen machen, vorgelegt worden ist, wie unter der verflossenen Bürgerblockregierung. Es ist aufs stärkste zu beklagen, daß keinerlei Aenderungen vom Kabinett vorgenommen worden sind.

Ich bitte die Fraktion, auch mit dafür zu sorgen, daß endlich das Reichsentschädigungsgesetz für die Privatschulen erscheint, das wir dringend brauchen, um den Bau der Einheitsschule zu vollenden. (Bravo!)

Hohmann (Duisburg): Parteigenossinnen und Genossen! Genosse Breitscheid sagte mit Recht, daß die Partei Raum für alle bieten müsse. Wir alle wollen das. Aber es kommt nicht nur auf dieses Ziel an, sondern auch auf die Mittel, mit denen ein solches Ziel erreicht wird. Es kommt auf die Ueberwindung von Hindernissen und Hemmungen an, darauf, daß nicht noch neue Hindernisse auf diesem Wege geschaffen werden. Trotz der Ausführungen, die Genosse Braun bezüglich des Konkordats gemacht hat und die wohl manche Bedenken zerstreuen konnten, sind längst nicht alle Bedenken aus dem Wege geräumt. Ich sehe in dem Konkordat, über dessen Inhalt uns leider nichts bekannt ist, eine Gefahr für unser Kulturleben. Dabei verweise ich auf Bestimmungen, die durch den „Demokratischen Pressedienst" veröffentlicht worden sind, und die auch von der preußischen Staatsregierung nicht widerrufen wurden. Der „Demokratische Pressedienst" verbreitet die Meldung, daß hauptsächlich im Westen Bischofssitze und Erzbischofssitze neu eingerichtet werden sollen; er sagt auch etwas darüber, daß der Vertrag eine finanzielle Seite hat. Wenn Sie aus dem Bischofssitz in Paderborn einen Erzbischofssitz machen, wenn Sie in Aachen aus dem Kollegiatstift einen neuen Bischofssitz machen, so bedeuten diese Bischofssitze für die katholische Kirche Kraftzentren. Unsre Industriearbeiterschaft, die ideologisch zu einem recht beträchtlichen Teile schon von der katholischen Kirche gelöst ist, die aber durch die Organisation mit ihr noch zusammenhängt, wird durch Festigung dieses Apparates noch viel mehr an die Kirche gefesselt. Die Arbeiterschaft hat in der gegenwärtigen Zeit der sozialen Not kein Verständnis dafür, daß der Staat einen Vertrag mit der Kirche abschließt, bei dem der Kirche erhebliche Summen zufließen. Dieser Vertrag bedeutet eine bindende und vorläufig auch wohl dauernde Belastung des preußischen Staates. Der preußische Staat zahlt heute nur Unterstützungen an die Kirche, aus denen durch den neuen Vertrag vertragliche Leistungen werden. Hinzu kommt, daß bei der Ablösung einer solchen Summe durch den preußischen Staat immer eine viel höhere Summe gezahlt werden muß, wenn sie vertraglich festgelegt wird. Wir wollen gewiß im Westen auch die christlichen Arbeiter gewinnen; aber wir können nicht das kulturelle Leben von der sozialen Einstellung trennen. Die soziale Abhängigkeit des Industriearbeiters wird heute durch die katholische Kirche gestärkt. Blicken Sie hinein in die Waisenhäuser, Fürsorgeanstalten, Krankenhäuser usw. Diese Anstalten sind nicht nur Organisationen, um die verlorengegangenen Schäfchen zurückzugewinnen, sondern sie sollen die soziale Abhängigkeit der industriellen Arbeiter von der katholischen Kirche festigen. (Zustimmung.) Ich weiß sehr wohl, daß Genosse Breitscheid kein Anhänger eines Dualismus ist; aber wir müssen offen aussprechen, daß wir nach dieser

Richtung einen Kampf zu führen und für die Aufklärung der breiten Arbeitermassen zu sorgen haben.

Ich möchte Sie bitten, dem Antrag Nr. 181, für den namentliche Abstimmung vorgesehen ist, Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Löbe (Berlin): Werte Parteigenossen! Ich widerstehe der Versuchung, in den Kampf der Wagen und Gesänge um die Fortführung der Koalitionspolitik mich einzumischen, nachdem der Parteitag durch seine Dienstagsabstimmung die Entscheidung wenigstens für die nächste Zeit gefällt hat, und da ich bezüglich des Inhalts dieser Koalitionspolitik vieles von dem unterschreiben kann, was Genosse Aufhäuser ausgeführt hat. Da aber die Entscheidung am Dienstag gefallen ist, sollten alle Teile der Partei sich besonders jene Partien der Reden der Genossen Breitscheid und Vogel einprägen, die von der Uebereinstimmung von Wahlversprechen und Verwirklichungsmöglichkeiten handeln. Auf diese Wechselwirkung wird vielleicht nur die Partei keine Rücksicht zu nehmen brauchen, die überhaupt oder auf absehbare Zeit nicht in die Lage kommt, aus der Opposition in die Position überzugehen und den Versuch der Einlösung ihrer Wahlversprechen zu machen. Die Nationalisten können mit fröhlicher Unbekümmertheit die Parole der Einstellung der Daweslasten ausgeben; sie werden niemals eine Mehrheit für eine solche Katastrophenpolitik finden. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist in der bevorzugten Lage, zu sagen, wenn wir 3 Milliarden neuer Ausgaben beantragen, was geht es mich an, woher die Mittel kommen sollen. Die Antwort auf die Frage: Was hast du durchgeführt *als* du an der Macht warst und *wo* du an der Macht bist, braucht für sie in Deutschland nicht gegeben werden. In dem Lande, wo sie regieren, versuchen sie die Antwort mit einem undurchdringlichen Schleier zu umgeben. Soweit wir den Schleier durchblicken, finden wir das uns Bekannte: Sie schreien hier gegen die steuerfreie Anleihe und haben sie im eignen Lande eingeführt; sie schreien hier über Mängel der Arbeitslosenversicherung, während ihre eignen Bestimmungen viel ungünstiger sind. Sie schreien hier über die Todesstrafe und richten in ihrem eignen Lande ohne Richterspruch hin; sie schreien hier über Polizeiterror und üben ihn in zehnfachem Maße aus; sie klagen über unsern Wohnungsmangel und verschweigen, daß es in Rußland viel kümmerlicher damit aussieht. Das könnte man bis zu Brotkarten und Lebensmittelschlangen fortsetzen.

Wir aber kommen *immer wieder* in die Lage, an verantwortlicher Stelle die Forderungen durchzuführen, die wir vorher erhoben haben. Wir werden in Zukunft den Wählern noch klarer sagen müssen: Das ist das Ziel, das wir erstreben; *erreichen* können wir es nur, wenn die subjektive Voraussetzung der Stimmenmehrheit und die objektive Vorbedingung der Entwicklung der Wirtschaft und der internationalen Lage vorhanden ist. (Sehr richtig!) Was ich *dann* als Wahlredner anführe, sind die vier oder fünf Gegenwartsfragen, die ich *heute* auszuführen für möglich halte, und zwar auch unter der gegenwärtigen Konstellation. *Dafür* bin ich den Wählern bei der nächsten Wahl verantwortlich.

Wenn wir diese Bahn beschreiten, zwingen wir auch die andern großen politischen Parteien auf denselben Weg; denn sie weisen dieselben Mängel in viel größerm Umfang auf. Wir brauchen nur gegenüberzustellen: Deutschnationale und Kleinrentner, Deutschnationale und Völkerbund, Deutschnationale und Daweslasten, Deutschnationale und Republikschutzgesetz. Da sehen Sie dieselben Lücken klaffen. In der Vereinheitlichung der Rednertribüne im Lande mit dem Kanzlersitz im Reichstag leisten wir der Demokratie und dem parlamentarischen System einen Dienst.

Genosse Stampfer hat schon gesagt, was auch ich über den Fall Trotzki denke.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Antrag 182. Der stille und deshalb auch in weiten Kreisen unsrer eignen Partei unbeachtete Zollkrieg mit Polen hat in den 4 Jahren für viele Teile Deutschlands große Nachteile, für uns im Osten aber geradezu katastrophale Wirkungen gezeitigt. (Sehr richtig!) Er raubt uns den Absatz nicht nur in ausländischen Gebieten, die wir vor dem Kriege versorgten, russische, polnische, galizische, sondern er nimmt uns wirtschaftlich auch die Gebiete weg, die wir durch den Versailler Vertrag politisch verloren haben. Dorthin ging z. B. die Breslauer Konfektion, die 40 000 Menschen beschäftigte, von denen in der besten Konjunktur heute 12 000 arbeitslos sind. Dorthin gingen die Produkte unsrer Maschinenindustrie, die Zehntausende von Arbeitslosen hat, Textilwaren, wo dasselbe zutrifft. Dort muß sich die Steinindustrie einen Absatz gegenüber der Einfuhr aus Schweden suchen usw. Dieser Zollkrieg hat nicht nur in allen östlichen Provinzen die Arbeitslosigkeit über den Reichsdurchschnitt getrieben, er birgt auch die Gefahr in sich, daß wir diese Absatzmärkte dauernd verlieren, weil sich in der Zwischenzeit andre Länder dort festsetzen. Deshalb sind im Osten große Teile selbst der Deutschnationalen Partei für den Abschluß des Handelsvertrages. Nachdem über das Kohlenkontingent ziemliche Einigkeit erzielt ist, kommt der Widerstand nur noch aus den landwirtschaftlichen Kreisen. Die Schwierigkeiten aus der Einfuhr von 200 000 polnischen Schweinen will ich für den deutschen Bauern nicht leugnen. Sie werden aber weit übertrieben, besonders seitdem eine Absatzreglung für Gebiete weit von der grünen Grenze erfolgt ist. Dieser Handelsvertrag liegt aber auch im Interesse der östlichen Landwirtschaft, für die die Erhaltung und Beschäftigung der Industrie im Osten wichtiger ist als die Zurückweisung der 200 000 polnischen Schweine. (Sehr richtig!) Will die östliche Landwirtschaft überhaupt wieder emporkommen, so braucht sie das Absatzgebiet im eignen Lande, und das kann ihr nur die Wiederbelebung der Industrie ermöglichen.

Das gleiche gilt für den deutsch-estnischen Handelsvertrag, der seltsamerweise aus Rücksichtnahme auf 100 baltische Barone immer wieder zurückgestellt wird. Diese privaten Auseinandersetzungen mit der estnischen Regierung können aber nicht mit dem Interesse des Landes überhaupt in Beziehung gestellt werden.

Die gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage wird es unsern Ministern noch lange schwer machen, große sozialistische Forderungen zu erfüllen. Der Abschluß einiger vernünftiger Handelsverträge würde wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet für unsre Arbeitslosen im Osten einen wertvollen Erfolg darstellen. Auf solche Teilerfolge werden wir uns in der nächsten Zeit wohl beschränken müssen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Fleißner (Dresden): Genosse Breitscheid hat gestern eine scheinbar nebensächliche Bemerkung gemacht, die aber von grundsätzlicher Bedeutung für unsre zukünftige Haltung bei der unvermeidlichen Finanzreform sein wird, nämlich daß wir uns bei dieser Reform nicht wieder durch den Hinweis auf die notwendige „*Kapitalbildung*" schrecken lassen dürfen. In der Tat ist bei allen Steuernovellen besonders diese Redensart von der Kapitalbildung von großer Wichtigkeit gewesen. Sie hat zu einer ungeheuren *Entlastung des Besitzes* in Deutschland geführt. Deshalb sollen wir nach Breitscheid in Zukunft nach der Richtung vorsichtiger sein. Ich weise auf die Begründung des Dawesplanes hin, daß nach der Absicht dieses Planes nicht notwendig eine Belastung der breiten Massen des deutschen Volkes eintreten müsse, daß vielmehr der Besitz in Deutschland im Vergleich mit andern Ländern noch viel mehr Lasten ertragen könne. Die dort ausgesprochene Ansicht ist in Deutschland bisher vollständig unbeachtet geblieben. Im Gegenteil hat der Besitz eine starke Entlastung erfahren. Infolgedessen wird bei der künftigen Finanzreform ein andrer Gesichtspunkt obwalten müssen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß diese wiederholt vorgenommene Entlastung des Besitzes einen großen Teil mit die Schuld an dem jetzigen Finanzelend des Deutschen Reiches trägt.

Die Vorlage für ein Gesetz zum Abbau des Zolles ist lächerlich im Vergleich mit den Beschlüssen von Genf. (Sehr richtig!) Es ist geradezu eine Verhohnepipelung des Parlaments. Die Reichstagsfraktion wird dem Gesetz eine

Ausgestaltung zu geben versuchen müssen, daß man von der ernsten Absicht sprechen kann, die Genfer Beschlüsse zu beachten.

In dem von Petrich erwähnten Artikel eines prominenten Finanzmannes aus dem Finanzministerium wird auf die Umsatzsteuer angespielt, deren Erhöhung bei einer Finanzreform in Frage kommen könnte. Nach dieser Richtung sind auch von andrer Seite in den letzten Wochen und Monaten Fühler ausgestreckt worden, so daß die Gefahr besteht, daß, wenn wir und unser Finanzminister die Dinge nicht ganz ernst betrachten, wir einer Erhöhung der Umsatzsteuer zusteuern. Das wäre für unsre Partei und die Reichstagsfraktion völlig untragbar, einmal mit Rücksicht auf unsre bisherige Haltung hierzu, die mit Erfolg dahin ging, die Umsatzsteuer von 2 auf ¾ Prozent herabzudrücken. Die Zustimmung zu einer Erhöhung der Umsatzsteuer würde den bisher von uns entwickelten Gesichtspunkten zuwiderlaufen. Dann aber besteht auch wohl keine Meinungsverschiedenheit unter uns, daß wir die Umsatzsteuer, die die allerroheste und unmittelbarste Massenbelastung ist, in schärfster Form bekämpfen müssen. Wir müssen sogar den ernsten Versuch machen, die Umsatzsteuer wegen ihrer rohen Wirkung gänzlich zu beseitigen, da sie eine Senkung des realen kleinen Einkommens bewirkt. Es wird heute so viel davon gesprochen, daß das Wirtschaftsleben nicht noch mehr beeinträchtigt werden sollte. Die Umsatzsteuer trägt aber zweifellos dazu bei, wenn sie nicht, was leider in vollem Umfang geschieht, auf die minderbemittelte Bevölkerung abgewälzt wird. Deshalb unter keinen Umständen eine Erhöhung dieser Steuer!

In diesem Sinne verstehe ich das Wort von Breitscheid über die Kapitalbildung, daß bei der Finanzreform das nachgeholt wird, was bisher versäumt worden ist, nämlich eine möglichst starke Heranziehung des Besitzes. Auf dem Parteitag müssen wir hierauf aufmerksam machen, denn diese Frage wird in der nächsten Zeit auch bei der Gestaltung der Regierungsbildung spielen und eine Probe aufs Exempel sein. Es wird scharfe parlamentarische Kämpfe zwischen den Vertretern des Besitzes und denen der besitzlosen Klasse in dieser Frage geben. Als Partei der Interessen der Besitzlosen müssen wir uns auf diesem Gebiet vor Konzessionen hüten, die sicher wieder versucht werden, damit man uns nicht vorwerfen kann, wir hätten die Interessen des werktätigen Volkes zuwenig berücksichtigt.

Es sind in diesen Tagen bei verschiedenen Gelegenheiten den Arbeiter-Konsumgenossenschaften Sympathieerklärungen gemacht worden. Seit dem Magdeburger Parteitag von 1910 ist das Verhältnis von Partei und Konsumgenossenschaft in freundschaftlicher Weise geregelt. Bei Besprechungen habe ich oft das Gefühl, daß ein großer Teil der Genossen diesen Beschluß überhaupt nicht kennt.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz bringt im Gewerbesteuerrahmengesetz eine Bestimmung, die einen Schlag in das Gesicht der Arbeitergenossenschaften bedeutet. Sie wirft alles über den Haufen, was bisher durch Rechtsprechung und Gesetzgebung, zum erstenmal im § 4 des Körperschaftssteuergesetzes zugunsten der Arbeitergenossenschaften entschieden worden ist. Deshalb trete ich dafür ein, daß die Partei und die Reichstagsfraktion ihr Augenmerk darauf richtet, daß der in diesem Gesetz beabsichtigte Schlag gegen die Genossenschaften nicht durchgeführt wird. Partei und Fraktion müssen in dieser Beziehung auf dem Posten sein. (Bravo! und Händeklatschen.)

Hilferding: Als nach dem Wahlausfall eine kleine Konferenz von führenden Parteigenossen zusammentrat, habe ich gegenüber einer gewissen optimistischen Stimmung bei der Regierungsbildung darauf hingewiesen, daß wir angesichts der schwierigen Finanzlage und einer rückgängigen Konjunktur in Wirklichkeit einer ungemein schwierigen Situation entgegengehen. Ich, der ich draußen als Anhänger der Koalition gelte, habe in dieser Konferenz gesagt: Wenn ich einen Weg wüßte, um die Partei jetzt aus der Regierung herauszuhalten, würde ich einen solchen Weg vorschlagen. Wir waren aber damals nach dem Ausfall der Wahlen in der Zwangslage, weil wir die Wahlen unter der Parole führten und führen mußten: Weg mit dem Bürgerblock! Damals wäre es von keinem Menschen in Deutschland verstanden worden, wenn wir uns der Regierungsbildung entzogen hätten.

Das allein war aber für mich damals nicht der ausschlaggebende Grund, weshalb ich mich selbst für den Regierungseintritt entschloß, war, daß ich mein ganzes Leben lang die Auffassung vertreten habe — deshalb waren wir, Kautsky, ich und die andern Radikalen —, daß es Pflicht des Sozialdemokraten sei, getreu dem Wort von Marx, gegenüber den Augenblicksinteressen und den Interessen der einzelnen Schichten das Gesamtinteresse des Proletariats zu vertreten. Was waren damals und was sind heute noch die bleibenden und dauernden Interessen, die uns die Teilnahme an der Regierung zur Pflicht machen? Es sind zweierlei Interessen. Einmal das Interesse an der Erhaltung der Demokratie. Je länger ich politische Erfahrungen in der Demokratie, also nach der Revolution, gesammelt habe, habe ich es als eine um so feststehendere Tatsache festgestellt, daß die Demokratie überhaupt die Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus ist und daß der Sozialismus nicht plötzlich etwa aus dem Faschismus oder dem Absolutismus ohne den ungeheuern Erfahrungsschatz, den das Proletariat nur in der Demokratie erwerben kann, entstehen kann. Die Demokratie ist also die unumgängliche Voraussetzung gerade für das Werden des Sozialismus. Ich habe mir von jeher klar gemacht, daß, wenn die stärkste Partei Deutschlands in dieser Beziehung versagt, wenn sie sich weigert, die Konsequenzen aus dem demokratischen Parlamentarismus zu ziehen, das nicht nur eine Gefährdung der Demokratie, sondern unmittelbar eine schwere Gefährdung der Zukunft des Sozialismus ist. (Sehr richtig!) Darum habe ich gesagt: Wir können nicht anders, wir können uns der Teilnahme an der Regierung nicht entziehen.

Das zweite, Parteigenossen, war, daß es mir seit 1918 absolut klar ist, daß für die künftigen Generationen die Außenpolitik entscheidend ist, die in Deutschland getrieben wird. (Sehr richtig!) Wir sind der Staat der Mitte. Wir haben bis zu einem gewissen Grade Orientierungsfreiheit. Von der Art der Orientierung, ob es eine Politik der europäischen Verständigung in der Außenpolitik zur Sicherung des Friedens ist, hängt nicht nur das deutsche Schicksal, sondern das europäische Schicksal, das Schicksal der europäischen Arbeiterklasse in erster Reihe ab.

Ich sage, das dauernde Interesse des Proletariats erforderte es, daß wir in einer so kritischen Situation, wo wir wiederum unter Umständen an einem entscheidenden Wendepunkt der Außenpolitik standen, unsre ganze Macht einsetzten, um eine Außenpolitik zu führen, die dem Ziel der Friedenserhaltung und Friedenssicherung dient, die damit das dauernde Interesse nicht nur des deutschen, sondern auch des internationalen Proletariats vertritt.

Diese beiden Gründe bestehen in unveränderter Stärke fort und überwinden alle Einwände, die ich bei mir selbst und in dieser Sitzung gegen den Regierungseintritt erhoben habe. Diese Einwände gingen einmal dahin, daß unsre Finanzlage außerordentlich kritisch geworden ist. Ich verstehe nicht, wie Genosse Aufhäuser sagen konnte, ich hätte im Juli unsre Finanzlage bereits besser kennzeichnen sollen. Ich habe nicht erst im Juli, sondern im März 1928 als Redner der Fraktion darauf hingewiesen, daß unsre Etatslage bereits kritisch ist und viel kritischer werden würde, daß wir ein Kassendefizit von ungefähr 1 Milliarde haben, und daß wir im nächsten Jahre, also in dem Etatsjahr, in dem wir die Regierung angetreten haben, ein Defizit von 600 Millionen Mark im ordentlichen Etat zu decken haben werden, und zwar in einem Jahre, in dem die Reparationslasten ihre volle Höhe erreicht haben würden, was also außerordentliche Schwierigkeiten machen würde. Ich habe

damals bereits gesagt, daß dieses Budget wirklich ordentlich nicht ins Gleichgewicht zu bringen sein werde, ohne daß wir Steuern auch unpopulärer Art bringen müssen.

Aufhäuser hat mir vorgeworfen, daß ich schließlich dem Etat zugestimmt hätte, wie er von den Finanzsachverständigen der Fraktion verabschiedet worden ist. Entweder — oder! Man kann mir vorwerfen, daß ich zuwenig Fühlung mit der Fraktion habe. Aber man kann mir nicht gleichzeitig vorwerfen, daß ich eine Aktion, an der unsre Etatssachverständigen führend beteiligt sind, die mit unter ihrer Anteilnahme und unter ihrer sehr starken Mitwirkung erfolgt ist, schließlich die Zustimmung verweigere. Das konnte ich um so weniger tun, da die Bildung einer festen Mehrheit, die zur Verabschiedung eines jeden Etats unbedingt notwendig ist, und zugleich die Möglichkeit der Regierungsbildung an der Beantwortung dieser Frage hing. Ich konnte diese Frage auch deswegen bejahen, weil, nachdem die Pariser Verhandlungen begonnen hatten, die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden konnte, die endgültige Reglung des Etats, die endgültige Vereinigung der Finanzfrage je nach dem Ausgang der Pariser Verhandlungen im Herbst vorzunehmen.

Trotz der ungünstigen Finanzlage, trotz der ungünstigen Konjunktur, trotz des Anwachsens der Reparationslasten haben wir in einem Jahr der Krise von einer unerhörten Ausdehnung, die ich allerdings nicht vorausgesehen habe, weil ich zwar politische und ökonomische Voraussetzungen für mein Amt mitgebracht habe, aber doch keine meteorologischen, das Lohnniveau gehalten. Ich frage: Hat es vor dem Krieg ein Jahr gegeben, das eine solche Arbeitslosigkeit gekannt hat, in dem trotzdem der Reallohn gehalten, in manchen Fällen auch erhöht worden ist?

Wenn Genosse Aufhäuser auf den großen Kampf im Ruhrgebiet verwiesen hat, so sage ich ganz offen: Ich habe nie verstanden, daß die Partei die Haltung der Regierung in diesem Kampf und den durch diese Haltung bewirkten Abschluß nicht als einen außerordentlich großen Erfolg gebucht hat. (Sehr richtig!) Es handelte sich doch hier um den Entschluß der Unternehmer, keine Lohnerhöhung mehr zuzulassen, womöglich zu Lohnreduzierungen überzugehen. Was ist geschehen? Dieselben Herren der Schwerindustrie, die vor dem Krieg eine Organisation in ihren Betrieben nicht zugelassen haben, die nie mit den Gewerkschaften verhandelt haben in diesem Gebiet, wo die Gewerkschaften so schwach waren, daß sie einen wirklich großen Streik in der ganzen Schwerindustrie doch nie haben führen können — dieselben Herren haben als obersten Schiedsrichter diesen frühern Metallarbeiter Severing anerkennen müssen. Die Regierung hat die Ausgesperrten von Anfang an unterstützt. Es ist nicht richtig, was Genosse Aufhäuser sagt, daß wir erst durch die preußische Regierung dazu bewogen worden sind. Wir hatten in gemeinsamer Sitzung mit der preußischen Regierung das Vorgehen vereinbart, das am zweckentsprechendsten war und uns am raschesten und ohne parlamentarische Komplikationen zum Ziele führte. Diese Reglung ist damals auch von dem Genossen Aufhäuser bekämpft worden. In Wirklichkeit hat sie sich als die zweckmäßigste erwiesen, und wir haben für die Unterstützung der Ausgesperrten 11 Millionen Mark von Reichs wegen ausgegeben. Die preußische Regierung hat sich leider finanziell etwas wenig daran beteiligt. Es war der erste Fall in der Geschichte irgendeines Staates, wo auf diese Weise mit solchen Mitteln in den Arbeitskampf zugunsten der Arbeiter eingegriffen worden ist. (Sehr richtig!)

Ich sagte, von Anfang an war es mir absolut klar, daß das erste Jahr der Koalitionspolitik wenig Erfolge, unter Umständen Opfer bringen würde, Opfer im Augenblicksinteresse zugunsten des dauernden und bleibenden Klasseninteresses des Proletariats. Ich glaube, daß die Ereignisse mir weiter recht geben werden, wenn ich damals gesagt habe: wenn aber dieses schwerste Jahr überwunden sein wird, dann führt die Bahn wieder aufwärts.

Sie haben heute früh in den Zeitungen die Nachrichten über Paris gelesen. Es war vielleicht gestern ein Tag von historischer Bedeutung. Der Tag hat uns sicher nicht die Erfüllung unsrer Wünsche gebracht. Deutschland hat in außerordentlich schwierigen Verhandlungen gestanden gegen die mächtigste Gruppe der Gläubiger, die die Welt je gesehen hat. Es ist nicht gelungen, rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Entscheidung herbeizuführen. Aber auf der andern Seite steht die Sache so: wenn auch unsre Delegierten in Paris noch einen schweren Kampf zu führen haben werden um die nähern Bedingungen des neuen Zahlungsplans, wenn sie auch in diesem Kampf um wichtige Fragen ringen werden — in der einen Frage, in der Ziffernfrage ist erreicht worden, was wir vor wenigen Tagen kaum noch erwartet haben, eine Einigung aller Teilnehmer. Das eröffnet allerdings den Weg zur Fortführung nicht nur unsrer Wirtschaftspolitik, sondern auch unsrer Außenpolitik. Ich glaube, es haben sich vielleicht manche nicht ganz klar gemacht, daß unsre Außenpolitik sich in einer starken Krise befunden hat, daß die Zweifel erwuchsen, ob der Weg, den die Sozialdemokratie seit Kriegsende immer wieder als den einzigen bezeichnet hat, der ins Freie führt, richtig sei oder ob er nicht besser verlassen werden solle. Ich glaube, daß, wenn es in Paris schließlich zu einer Einigung kommt — so unbefriedigend diese Einigung auch für unsre wirtschaftlichen Wünsche und für unsre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an sich ist —, so ist damit der Weg für unsre Außenpolitik wieder frei geworden, der Weg einer europäischen Verständigung — und einer europäischen Friedenspolitik. Damit ist das dauernde Klasseninteresse, von dem ich vorhin sprach, verbunden, damit ist ein dauerndes Klasseninteresse nicht nur des deutschen, sondern des internationalen Proletariats gesichert.

Es hat jemand von der Hilferding-Anleihe gesprochen. Ich glaube, wenn diese Regierung einmal geschichtlich bewertet wird, so wird diese Episode keine Rolle spielen, wohl aber wird es eine Rolle spielen, daß in der schwersten und kritischsten Zeit, wo alle Feinde des Parlamentarismus glaubten, Oberwasser zu haben, wo alle Feinde der europäischen Verständigung glaubten, daß ihre Tage unter Umständen jetzt näherrückten, diese Regierung es gewesen ist, welche sowohl die Bestrebungen der Feinde der Demokratie wie die Bestrebungen der Feinde der europäischen Verständigung verhindert und vereitelt hat. Ich frage Sie, Parteigenossen: spielt es demgegenüber wirklich die Rolle, ob wir ein paar Monate früher oder später irgendeine Rente erhöht haben oder nicht? Und sollen wir als Sozialdemokraten nicht uns wieder darauf besinnen, daß wir nicht die Partei von heute sind, sondern die Partei mit der stolzen Vergangenheit und einer noch viel stolzeren Zukunft, daß wir diese Zukunft nur sichern, wenn wir so handeln, wie wir unter dem Zwange des Tages eventuell handeln müssen, wenn wir auch einmal irgendwo zurückgehen müssen, um dann um so stärker vorstoßen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Das ist meine Auffassung, und deswegen habe ich das Wort nicht vergessen, das ich in Kiel ausgesprochen habe: Koalitionsregierung ist nicht Suspendierung des Kampfes, Koalitionsregierung ist im Gegenteil eine Form des Kampfes, die an jeden Beteiligten die stärksten Anforderungen stellt. Es ist ganz falsch, wenn Sie glauben, wir müßten uns erst einen Knoten ins Taschentuch machen lassen, um das nicht zu vergessen. Nein, wir haben schwer gekämpft, und wir gehen noch schwereren Kämpfen entgegen. Aber das eine müssen Sie doch diesen Parteigenossen, die schließlich altgewohnte Kämpfer sind, zutrauen dürfen: in diesen Kämpfen werden sie das Interesse des Proletariats zu vertreten wissen, immer unter dem Gesichtspunkt, daß das dauernde Interesse dem Tagesinteresse vorgehen muß.

Und da gestatten Sie mir doch zwei Worte zu den Finanzfragen. Ich bin angegriffen worden, weil die Finanzen nicht rechtzeitig von mir beleuchtet worden sind. Ich glaube, es hat keinen Finanzminister vor mir gegeben, der

mit solcher Rücksichtslosigkeit und Offenheit gerade die schwachen Stellen unsrer Finanzgebarung aufgezeigt hat wie ich, weil ich der Meinung bin, daß wir endlich aus diesen Verlegenheiten heraus müssen, und daß wir ein umfassendes Finanzprogramm, eine umfassende Reform des Etats brauchen, um wirklich zu einer dauernd sanierten Finanzlage zu kommen. Und wenn in der Aufhäuser-Resolution gesagt wird, daß die erste Aufgabe die Sanierung der Reichsfinanzen für die Dauer sein müsse, so habe ich das bereits in allen meinen Reden gesagt. Ich habe insbesondere in der Etatsdebatte hervorgehoben, daß wir unbedingt herauskommen müssen aus dieser kurzfristigen Anleihe-Aufnahme bei jedem Ende des Monats, weil dies nicht nur des Reiches nicht würdig ist, sondern weil dies auch Gefahr in sich schließt, daß dann gewisse Kreise glauben könnten, sie hätten die Möglichkeit, Forderungen zu stellen und Bedingungen zu verlangen; eine Illusion, die ihnen ein für allemal genommen werden muß.

Deswegen ist diese Anleihe, die ich jetzt aufgelegt habe, ein erster Schritt. Es ist weitaus vorteilhafter, wenn das Reich eine konsolidierte Anleihe besitzt, statt daß es kurzfristig borgen muß, weil die konsolidierte Anleihe, wenn sie einmal gezeichnet ist, in ihrem Umfang das Reich viel unabhängiger macht vom Kapitalmarkt, als es sonst der Fall ist. Diese Anleihe läßt sich vertreten vom Standpunkt des Reiches und vom Standpunkt der Allgemeininteressen, weil diese Anleihe billiger ist als das kurzfristige Borgen. Die Wirkung dieser Anleihe ist ja außerordentlich übertrieben worden, und ich hätte nur den Wunsch, daß alle Kapitalisten die Ansicht des Genossen Levi von der Vorteilhaftigkeit dieser Anleihe teilen würden; um ihren Erfolg wäre ich dann viel weniger besorgt, als ich es heute noch sein muß.

Ich sage, diese Anleihe läßt sich rechtfertigen, weil sie schließlich eine vermehrte Unabhängigkeit des Reiches bedeutet und weil sie eine billigere Geldbeschaffung darstellt vom Standpunkt des Steuerzahlers als die Aufnahme der kurzfristigen Gelder.

Es ist dann noch über alle möglichen Finanzpläne gesprochen worden. Der Genosse Fleißner hat mit ganz besonderer Kraft gegen die Umsatzsteuer gesprochen. Der Genosse Fleißner wird auch wissen, daß ich von Anfang an ein Gegner der Umsatzsteuer gewesen und damit auch in Gegensatz geraten bin nicht nur zu bestimmten bürgerlichen Finanzpolitikern, sondern auch zu einer Anzahl von Parteigenossen, die die Erhöhung der Umsatzsteuer für das kleinere Uebel gegenüber der Biersteuer gehalten haben.

Aber ich habe schon hervorgehoben: Endgültig werden Entscheidungen erst fallen — ich meine nicht die Entscheidung über die Umsatzsteuer, denn ich glaube, die Erhöhung der Umsatzsteuer wird immer zu verhindern sein —, wenn die Pariser Verhandlungen abgeschlossen sind. Erst dann wird es möglich sein, Umfang, Art und Inhalt des Finanzprogramms festzustellen. Daß es für den sozialdemokratischen Finanzminister selbstverständlich ist, daß ein solches Finanzprogramm diktiert sein muß von sozialen Rücksichten, daß es sich nicht darum handeln kann, einseitig Besitzersteuern zu senken, ohne gleichzeitig Massensteuern zu senken, brauche ich nicht zu betonen; dazu bedarf es auch nicht einer Resolution.

Deswegen lassen Sie mich zum Schluß noch einmal zusammenfassend sagen. Ich bin von dem Ergebnis der Koalitionsregierung nicht enttäuscht, weil ich keine Illusion hatte. Aber ich glaube allerdings, daß ich darin recht behalten werde, daß nach diesem schwersten Jahr unsrer Regierung die Möglichkeit zu Fortschritten gegeben ist. Das ist die Entscheidung, vor der Sie stehen: Wollen Sie zurückschrecken vor den Schwierigkeiten der Vergangenheit, oder wollen Sie der Partei die Möglichkeit geben, eine, wie ich hoffe, günstigere Situation im Interesse der Partei, im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen. Und weil ich der Meinung bin, Parteigenossen, daß es jetzt Desertion und unnütze Desertion

wäre, wenn wir aus der Regierung herausgingen, deswegen glaube ich, müssen Sie uns die Möglichkeit geben, weiterzuarbeiten. Ich bin überzeugt, daß dieser Arbeit schließlich der Erfolg für die Partei und für die Arbeiterklasse nicht versagt bleiben wird. (Lebhafter Beifall.)

Popp (Hamburg): Ich habe das Gefühl, daß wir hier auf dem Parteitag sehr viel über Koalition geredet haben, zuwenig aber über die Politik der Partei an sich. Es ist in der letzten Zeit viel von einer Krise des Parlamentarismus die Rede gewesen. Diese Krise bedeutet nichts andres als die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze. Die besitzenden und herrschenden Schichten erkennen mehr und mehr, daß sie sich nicht mehr mit einer fernern Zukunft des Sozialismus auseinanderzusetzen haben, sondern den unmittelbaren Angriff des Sozialismus abzuwehren haben. Ich habe mich gefreut, daß auch der Genosse Wels hier mit aller Deutlichkeit erklärt hat: alle diejenigen, die mit der Krise des Parlamentarismus spielen und von der Möglichkeit einer Diktatur reden, müssen sich restlos darüber klar sein, daß wir Sozialdemokraten aufpassen und, wenn dann schon diktiert werden solle, alles aufbieten werden, daß nicht die andern, sondern wir diktieren.

Eine wichtige Frage für unsre Reichstagsfraktion scheint mir zu sein, dafür zu sorgen, daß die ungeheuerlichen Zustände, die auf dem Gebiet der Jugendfürsorge noch bestehen, beseitigt werden. Ich weise da auf eine Artikelreihe im „Berliner Tageblatt" hin. Wir haben hier Erscheinungen, die geradezu mittelalterlich anmuten.

Dem Konkordat wird, glaube ich, jeder von uns mit gemischten Gefühlen gegenüberstehen. Die katholische Kirche versteht es bewundernswert, sich eine Machtposition nach der andern zu erobern. Sie hat das bayrische Konkordat als Grundlage benutzt, um zum preußischen Konkordat zu kommen. In Frankreich übt sie damit wieder einen Druck aus, indem sie sagt: wenn selbst das protestantische Preußen, in dem die Sozialdemokratie mit in der Regierung sitzt, ein Konkordat abschließt, dann kann es das katholische Frankreich erst recht. Ich möchte aber hier einen Appell an diejenigen Proletarier in Deutschland richten, die grundsätzlich Gegner dieses Konkordats sind, nämlich den Kampf gegen das Konkordat in der Weise aufzunehmen, daß alle diejenigen, die nichts mehr mit der Kirche zu tun haben, endlich einmal aus der Kirche herausgehen. Dann wird die Grundlage für ein Konkordat nicht mehr gegeben sein.

Das wichtigste in der ganzen politischen Entwicklung der nächsten Zeit wird sein, was unser Genosse Hilferding tut und tun kann. Wenn die Demagogie der Deutschnationalen es so hinstellt, als ob wir Reparationen vermeiden könnten, so soll das nur verschleiern, daß der Kampf wird darum geführt werden müssen, wer sie bezahlen soll. Die ganze Finanzpolitik wird von dem Grundsatz ausgehen müssen, daß für uns der Staat nicht eine Verwaltungsmaschine, sondern eine soziale Gemeinschaft ist. Wenn deshalb durch irgendwelche Herabsetzung der Reparationslasten eine finanzielle Erleichterung eintreten sollte, so sollten wir immer daran denken, daß schwerer als Steuern zu tragen, es zu tragen ist, daß Tausende von Volksgenossen zugrunde gehen, weil die einfachsten Lebensbedingungen für sie nicht erfüllt sind. Wir haben deswegen kein Interesse daran, unter allen Umständen einen Abbau an Steuern vorzunehmen, sondern für uns muß im Vordergrund stehen die Aufrechterhaltung der Fürsorgeeinrichtung des Staates, ihr weiterer Ausbau und die Stärkung der Staatsfinanzen. Wenn auch der Genosse Breitscheid mit aller Deutlichkeit erklärt hat, es sei der Standpunkt der Reichstagsfraktion, an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen, so habe ich doch aus seinen Worten entnommen, daß gewisse Revisionen daran vorgenommen werden sollen. Ich möchte dringend wünschen, daß diese Revisionen uns nicht wieder unliebsame Ueberraschungen bringen, wie wir das schon bei andern Fragen erlebt haben.

Die große Sozialdemokratische Partei hat zweierlei zu tun. Sie hat den grundsätzlichen Kampf zu führen gegen den Kapitalismus, unbekümmert um die Tagesfragen. Sie hat darüber hinaus aber auch im politischen Tageskampf die Probleme zu lösen, die der Tag aufwirft. Das verstehen die Wähler ganz gut. Sie wissen, daß Koalitionsregierung nicht sozialistische Regierung bedeutet. Aber sie erwarten, daß von dem Einfluß der Sozialdemokratie etwas zu spüren ist. In diesem Sinne darf die Fraktion in all den Fragen, die wichtig für uns sind, im Notfall nicht davor zurückschrecken, die Masse der Parteigenossen zu mobilisieren und im übrigen deutlich zum Ausdruck zu bringen: wir sind nicht gewillt, mehr Verantwortung zu übernehmen, als wir Macht haben. (Bravo!)

Frau Dr. **Torhorst** (Düsseldorf): In der Parteipresse haben vor kurzem die Verhandlungen, die in Italien zwischen Mussolini und dem Papst geführt wurden, einen breiten Raum eingenommen. Es wäre wesentlich gewesen, dabei einmal darauf hinzuweisen, daß diese Verhandlungen im Zusammenhang mit politischen Ereignissen auch in andern Ländern stehen. Ich denke an Frankreich und an Preußen. Dann hätte man ein Bild davon bekommen, daß es sich hier um einen klerikalen Vorstoß in der ganzen kapitalistischen Welt handelt. Die Genossin Siemsen hat schon hervorgehoben, daß die politische und soziologische Konstellation in Bayern und Preußen dazu geführt hat, daß das Zentrum in Preußen nicht die Ansprüche stellen konnte wie in Bayern. Wir wissen aus der Geschichte, daß die Kirche und ihre politische Vertretung, das Zentrum, immer gewußt haben, sich den politischen und soziologischen Gegebenheiten anzupassen, aber in diesem Rahmen dann, ohne jemals ihre Prinzipien aufzugeben, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir sind uns wohl darin einig, daß vor 20 Jahren das Zentrum den Anspruch auf Abschluß eines Konkordats nicht gestellt haben würde. Daraus folgt, daß die politische Konstellation in der letzten Zeit sich sehr gewandelt hat. Unsre Hauptaufgabe besteht darin, diese Wandlung nicht nur über uns ergehen zu lassen, sondern alles daranzusetzen, sie von unserm Standpunkt aus entscheidend zu beeinflussen.

Wenn gesagt worden ist, daß über manchen Ausführungen zum Konkordat hier eine gewisse Kulturkampfstimmung gelegen hätte, so möchte ich sagen, daß wir als überzeugte Sozialisten fürchten, daß dieser Vorstoß der Kirche eine Schmälerung der politischen und gesellschaftlichen Machtposition des Sozialismus bedeutet. Der Genosse Braun hat dem Sinne nach gesagt, daß er niemals einem Konkordat seine Zustimmung geben würde, das das Kulturleben nachteilig beeinflussen würde. Er möge es mir nicht übelnehmen, wenn wir im Westen nach der Hinsicht durch die Erfahrungen der letzten Jahre etwas skeptisch geworden sind. Wir sind durch die Erfahrungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Kirche und ihre politische Vertretung nie große Machtanstrengungen entfaltet, wenn sie nicht auch die Gewißheit hat, daß sie durch ihre politischen Erfolge das Kulturleben im Sinne der Kirche entscheidend beeinflussen kann. (Sehr wahr!) Man kann vielleicht der Meinung sein, daß eine Machtbereicherung der Kirche in der freien preußischen Republik nicht bedenklich sei. Da berufe ich mich auf einen Kronzeugen, den französischen Parteigenossen und Bürgermeister aus Lille, Salengro, der bei der sehr erregten Kammerdebatte über die Kongregationsartikel, die übrigens in Frankreich eine sehr viel stärkere Abwehrbewegung ausgelöst haben als das Konkordat in Deutschland, gesagt hat, daß der Antiklerikalismus nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfes sei. Nun hat ja vielleicht Frankreich nicht die freiheitliche Verfassung wie Deutschland. Aber wir müssen doch betonen, daß die liberale, die demokratische, die republikanische Ideologie, die heute noch eine starke Stütze im Kampf gegen die Uebergriffe der Kirche ist, in Frankreich viel tiefer verwurzelt ist als in Deutschland, wo wir nicht diese geschichtliche Tradition haben. Wenn wir hier z. B. sagen können: was schert uns hier, uns Sozialisten, eine

Machterweiterung der Kirche, wir haben nichts mehr von Bistümern und einer Bereicherung der Kirche zu befürchten, so sollten wir uns doch besinnen, wie viele Hemmungen sich bei uns allen, die wir durch eine enge konfessionelle Erziehung gegangen sind, aufgehäuft haben, was es gekostet hat, diese Hemmungen zu überwinden und zu einer klaren sozialistischen Erkenntnis zu kommen. Darum ist es unsre Pflicht, der zukünftigen Generation in diesem Kampfe zu helfen und ihr diesen Kampf zu erleichtern. Denn es ist eine irrtümliche Auffassung, zu glauben, daß die Erziehung der künftigen Generation nur in der Schule erfolgte; das ganze gesellschaftliche Leben übernimmt diese Erziehung mit. Wir haben also auch die Pflicht, alle Hemmungen im gesellschaftlichen Leben, die die sozialistische Erkenntnis erschweren, auszuräumen. Wir sehen das Ziel der Erziehung darin, der Jugend zu einer klaren sozialistischen Erkenntnis zu verhelfen, damit sie sich ein eindeutiges Weltbild verschaffen kann und den Kampf, den wir ja nicht zu Ende führen können, fortzusetzen imstande ist. Das sozialistische Ziel der Erziehung ist heute bereits in der weltlichen Schule aufgebaut, die uns in diesem Kampf eine starke Stütze ist. Wir alle haben bei der Eröffnungsfeier am Sonntag den stärksten Eindruck erhalten, als die Jugend mit ihren roten Fahnen aufmarschierte und leuchtenden Auges das Gelöbnis zur roten Fahne unnd zum Kampf ablegte. Die Jugend bringt uns großes Vertrauen entgegen. Enttäuschen wir sie nicht! Lassen Sie sich von dieser Erkenntnis leiten, wenn Sie zu unsern Anträgen Stellung nehmen. Wir wollen uns mit allen Kräften dafür einsetzen, daß diese Jugend unsern Kampf einmal mit noch reinern und geistigern Waffen führt als wir. (Beifall.)

Landsberg (Berlin, lebhaft begrüßt): Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ueber die Frage des Konkordats gedenke ich nicht zu sprechen, da ich mir die Fähigkeit nicht zutraue, einen Vertrag zu kritisieren, der uns noch nicht vorliegt. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Ich würde den Genossen, die sich durch das Wort „Konkordat" haben ins Bockshorn jagen lassen, empfehlen, sich an den Satz zu erinnern, daß der Furchtsame vor der Gefahr erschrickt, der Tapfere nach ihr. Warten wir erst einmal ab, wie der Vertrag gestaltet ist. Ich muß schon sagen, daß ich dem Genossen Braun nicht die Absicht zutraue, die Erziehung unsrer Jugend durch den Abschluß eines Vertrags zu gefährden, und daß ich ihm die Einsicht zutraue, etwaige Fußfallen in einem Vertragsentwurf zu erkennen, die Gefahren für unsre heranwachsende Jugend bedeuten könnten.

Genosse Knack hat die Vermutung ausgesprochen, daß Koalitionsschwierigkeiten den Genossen Breitscheid davon abgehalten hätten, über den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs zu sprechen. Ich kann natürlich die Motive, die den Genossen Breitscheid veranlaßt haben, den Entwurf des Strafgesetzbuchs nur zu streifen, nicht kennen. Aber daß ihn Koalitionsschwierigkeiten zu dieser Ein- oder Keinsilbigkeit nicht veranlaßt haben, kann ich als Mitglied des Strafrechtsausschusses sagen. So wie der Entwurf im Strafrechtsausschuß des Reichstags umgearbeitet worden ist, zeigt er ein ganz andres Gesicht als der Entwurf Hergt. Ich bin nicht zufrieden mit den Aenderungen des Hergtschen Entwurfs, die wir erreicht haben, und ich hoffe, daß wir noch viel mehr erreichen werden. Aber das eine läßt sich sagen, daß unsre Koalitionspartner Opfer gebracht haben, die ihnen nicht leicht geworden sind. Wir haben die Bestimmungen des Entwurfs über den Hochverrat, über den Landesverrat in wichtigen Punkten geändert, wir haben die Begriffsbestimmung des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, des Landfriedensbruchs ändern können. Wir haben die Bestimmungen über den Meineid, denen zum großen Teil die furchtbare Meineidsseuche zu danken ist, grundlegend geändert. Die Strafbarkeit des fahrlässigen Falscheides entfällt überhaupt. Wir würden die Todesstrafe schon im Ausschuß beseitigt haben, wenn die drei kommunistischen Mitglieder sich dazu hätten entschließen können, dem Antrag Kahl zuzustimmen (Zustimmung und Rufe: Hört, hört!), der nichts andres besagte, als daß, bevor ein zu lebens-

länglichem Zuchthaus verurteilter Mörder im Gnadenweg aus der Strafanstalt entlassen werden kann, zunächst noch einmal für eine verhältnismäßig kurze Frist die Sicherungsverwahrung gegen ihn angeordnet werden kann. Ob der Kahlsche Gedanke sehr glücklich ist, lasse ich dahingestellt. Daß man aber an dieser Bedingung den Kampf gegen die Todesstrafe nicht preisgeben durfte, darüber wird unter vernünftigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit bestehen können. (Sehr wahr!)

Für die Debatte, die wir heute vormittag geführt haben, scheint mir zweierlei charakteristisch zu sein, erstens, daß kein einziger Redner sich grundsätzlich gegen Koalitionspolitik ausgesprochen hat, auch nicht der Genosse Fleißner. Ich muß sagen, daß diese seine Zurückhaltung mich die Entwicklung der sächsischen Verhältnisse wesentlich unbesorgter betrachten läßt als bisher. (Heiterkeit.) Auch der Genosse Petrich hat sich nicht gegen die Koalitionspolitik ausgesprochen, wenn er auch gemeint hat, daß man Koalitionen nur auf Sicht eingehen soll. Aber ich verstehe nicht, wie jemand eine Koalition mit dem Entschluß abschließen kann, sie in naher Zeit wieder zu lösen. Man wartet damit doch, bis man einen Anlaß zur Lösung hat. Wenn ein Mensch auf das Standesamt geht, um sich zu verheiraten, so denkt er im allgemeinen auch nicht bereits an die Ehescheidung. (Heiterkeit und Zustimmung.) Diese allgemeine Uebereinstimmung der Partei in der Frage der Koalitionspolitik ist gut. Denn was würde die Konsequenz sein, wenn die Partei Koalitionen rundweg ablehnen würde? Nach unsrer Reichsverfassung bedarf die Reichsregierung des Vertrauens der Mehrheit des Parlaments. Das haben wir in schwerem Kampfe errungen. Wenn die stärkste Partei des Reiches sich grundsätzlich gegen Koalitionen ablehnend verhält, solange sie die absolute Mehrheit im Parlament nicht hat, ist nur eins von zwei Dingen möglich. Entweder provoziert sie damit zum Bruch mit der demokratischen Verfassung und zur Einschlagung andrer Wege, oder sie zwingt die Mittelparteien zur Koalition mit den Deutschnationalen. Wenn nun auch die Deutschnationalen in der vorhugenbergschen Zeit bewiesen haben, daß sie, um in die Regierung hineinzukommen, ich will nicht sagen, Opfer des Intellekts bringen — denn das bedeutet nicht viel (Heiterkeit) —, sich aber bei der Eingehung von Koalitionen um ihre Grundsätze den Teufel kümmern, und wenn ich auch davon überzeugt bin, daß es in der nachhugenbergschen Zeit, die ja wohl bereits angebrochen ist, zum mindesten bald kommen wird, nicht anders sein wird, so halte ich es doch schließlich nicht für das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, den erbittertsten Gegnern der Demokratie, der Republik und der Arbeiterklasse in den Steigbügel zu verhelfen. (Sehr richtig!)

Das zweite, worin wir allgemein einmütig sind, ist eine gewisse pessimistische Betrachtung der Erfolge dieser Koalitionsregierung. Von diesem Pessimismus ist sogar der Genosse Hilferding angesteckt worden. Wenn er gesagt hat, jetzt führe der Weg aufwärts, so will ich der Hoffnung Ausdruck geben — es lag ja wohl in diesen Worten nicht bloß eine Verweisung auf kommende bessere Zeiten, sondern auch ein Versprechen der eignen Besserung (Große Heiterkeit) —, daß auf dem nächsten Parteitag Genosse Hilferding seinen Pessimismus nicht nur überwunden, sondern auch Anlaß haben wird, fernerhin nicht pessimistisch zu urteilen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wenn wir die Erfolge dieses Jahres der Koalitionspolitik mit, ich kann nicht einmal sagen: gemischten, sondern ganz ungemischten Gefühlen betrachten, so hat das nichts mit den Personen der Männer zu tun, die uns in der Regierung vertreten. Was besonders unsern Genossen Müller anlangt, so weiß ich, daß ich der Dolmetsch der Empfindungen des gesamten Parteitags bin, wenn ich versichere, daß wir ihm die größte Hochachtung entgegenbringen, auf die er Anspruch hat infolge seines Charakters, seiner Begabung, seiner Arbeitskraft, die hoffentlich in Zukunft durch Krankheiten niemals wieder vermindert werden wird. (Lebhafter Beifall.) Wir sind ebenso alle davon überzeugt, daß in seiner Brust sich nur

ein Ideal birgt, nämlich das Ideal, sein Leben für das Proletariat und für das deutsche Volk einzusetzen. (Bravo!) Wenn wir gleichwohl den Leistungen unsrer Vertreter in der Regierung kritisch gegenüberstehen, so liegt das an einem Gefühl der Unsicherheit, das uns die bange Frage auf die Lippen drängt: was werde ich noch alles erleben müssen? (Sehr gut! und Heiterkeit.) Zweifellos haben die Männer, die uns in der Regierung vertreten, in wichtigen politischen Einzelfragen keine glückliche Hand gehabt. So war es in der Panzerkreuzerfrage, so war es in der Anleihefrage, so war es in der Angelegenheit Trotzki. Ich bin weit davon entfernt, namentlich wegen der Behandlung der letztern Frage eine Verschlechterung unsrer Wahlchancen zu befürchten. Aber meiner Meinung nach lag hier ein Verstoß gegen das vor, was wir, solange wir in der Opposition gewesen sind, immer vertreten haben. Meines Erachtens war in diesem Falle nichts andres angebracht als die Erklärung: das Deutsche Reich ist eine freie Republik; jeder Fremde, der sein Leben den Gesetzen dieses Landes gemäß führt, ist uns als Gast willkommen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun möchte ich in einem Punkte nicht mißverstanden werden. Ich würde es auf das entschiedenste ablehnen, in eine Regierung einzutreten, wenn die Partei das Recht für sich in Anspruch nähme, mir in alle einzelnen Angelegenheiten, die mit meinem Amte verbunden sind, hineinzureden. Was wir von den Männern, die unsre Vertrauensmänner in der Regierung sind, verlangen, ist, daß sie Kraft zeigen. Fehler werden stets begangen werden, die man kritisiert, die man aber nicht zum Anlaß der Besorgnis und der Unsicherheit nimmt. Schließlich schießt ja auch Otto Braun einmal vorbei. (Heiterkeit.) Wenn es in der absolutistischen Zeit gestattet war, dem Landgrafen zuzurufen: „Werde hart", so wird man auch in der Republik die Berechtigung haben, an unsre Vertrauensmänner in der Regierung die nämliche Aufforderung zu richten. Wenn Kraft da ist, dann würde sogar Eigensinn zu ertragen sein, wenn er dem einen oder andern unsrer Vertrauensmänner in der Regierung eigen sein sollte. Die Kraft, die ich verlange, kann erhöht werden durch die engste Fühlung mit der Partei und mit ihrer Vertreterin, der Fraktion. Daß die Erfolge in der Regierung nur im Verhältnis zu unsrer Kraft erreicht werden können, ist klar. Daß wir, wie Genosse Hilferding gesagt hat, unter Umständen irgendwo zurückgehen müssen, ist gleichfalls klar. Aber die Kraft, die wir haben, muß restlos ausgenutzt werden (Sehr wahr!), und es darf kein Zurückweichen gleich vor den ersten Schwierigkeiten geben.

Nun möchte ich nur noch über das finanzpolitische Problem sprechen. Ich bin, wie Sie wissen, kein Finanzpolitiker, und ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß ein Jurist alles versteht und ich deshalb auch das Recht habe, durch juristische Kenntnisse fehlende finanzpolitische Kenntnisse zu ersetzen. (Heiterkeit.) Die Bemerkungen, die ich zu dem Finanzprogramm der kommenden Zeit zu machen gedenke, mache ich als guter, alter Sozialdemokrat. Wenn es gelingt — und die Aussichten sind ja nicht ungünstig —, in Paris die Senkung der Reparationslasten herbeizuführen, so wird sofort der Kampf um die Steuerermäßigung beginnen, und nun wird sich der Streit darüber ergeben, ob die Massensteuern gesenkt werden oder die Besitzsteuern oder die eine oder die andere Kategorie von ihnen. Von Steuerermäßigung kann überhaupt nicht die Rede sein, bis der Reichsetat saniert ist. (Sehr richtig!) Wir haben gesehen, daß ein finanziell schwaches Reich immer ein Spielball in den Händen der besitzenden Klasse ist. (Zustimmung.) Das Parlament eines finanziell schwachen Reiches wird, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, immer bestrebt sein, die sozialpolitischen Lasten zu vermindern. Das müssen wir selbstverständlich verhindern. Wir müssen darum kämpfen, daß das Reich finanziell gesichert und stark ist. Nachdem die Sanierung der Reichsfinanzen gesichert ist, kann man an eine Reform der Steuern herantreten. Die bürgerlichen Parteien verlangen Senkung der Besitzsteuern unter der Behauptung, daß nur so die Kapitalbildung ermöglicht werde, die wir natürlich brauchen.

Unsre Aufgabe ist es, den Standpunkt zu vertreten, daß die Kapitalbildung bei den besitzlosen Massen und bei der öffentlichen Hand mindestens so wichtig ist wie bei der besitzenden Klasse. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb muß sich die Sozialdemokratie für ein Steuersystem einsetzen, das die Kapitalbildung durch die breiten Massen und die öffentliche Hand erleichtert. Ich bin überzeugt, daß ich Ihre Zustimmung für diese wenigen Sätze habe; denn es sind alte, gute sozialdemokratische Gedanken. (Lebhafter Beifall.)

Litke (Berlin): Genossinnen und Genossen! Seit mehr als Jahresfrist kämpft die bürgerliche Reaktion unter Führung der Deutschnationalen Partei gegen die deutsche Sozialversicherung, die durch ein Sparsystem ersetzt werden soll. Es ist erfreulich, daß Genosse Wissell bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums in eindeutiger Weise diesen Ansturm gegen die Sozialversicherung zurückgewiesen hat. Aber man versucht auch durch die Errichtung kleinster Innungskrankenkassen das Gebäude der deutschen Krankenversicherung zu zerstören. (Sehr wahr!) Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Errichtung solcher Krankenkassen nur die Leistungsfähigkeit großer Krankenkassen schwächt und unter keinen Umständen im Interesse der versicherten Arbeiterbevölkerung liegt. In Oschersleben ist eine Innungskrankenkasse mit 7 Gesellen und 63 Lehrlingen errichtet worden, von der monatlich nur ein Beitrag von 78.12 Mark eingenommen wird, während sie für die Mitglieder pro Monat allein ein ärztliches Honorar von 63 Mark entrichten muß. Es gibt eine Reihe von Innungskrankenkassen, die im letzten Jahr mit Genehmigung des preußischen Wohlfahrtsministers errichtet worden sind, die ebenso leistungsunfähig sind. Die Geschäftsführer solcher Krankenkassen und die Handwerksmeister, die in den Vorständen sitzen, haben das Bestreben, um die Leistungsfähigkeit der Kasse zu erzwingen, die Mitglieder um ihre Rechte zu bringen. So hat der Geschäftsführer einer Baugewerks-Innungskrankenkasse in Goslar, der überhaupt keine Aufzeichnungen über die Ansprüche seiner Versicherten macht, erklärt, er habe es im Gefühl, wenn die Leistungen der Krankenkasse für den Versicherten erschöpft seien. In einer Innungskrankenkasse der Schlächterinnung in Goslar wurde sogar am 1. August des vergangenen Jahres durch einen Revisor festgestellt, daß die versicherten Männer nicht das ihnen zustehende Krankengeld, die Wöchnerinnen nicht das ihnen zustehende Wochengeld erhielten. Der Geschäftsführer der Kasse erklärte auf Vorhalt, da die Kasse kein Geld hatte, könnten die Anspruchsberechtigten an Stelle des Kranken- und Wochengeldes Wurst erhalten. (Hört, hört!)

Man ist im letzten Jahr auch dazu übergegangen, z. B. in Remscheid, Innungskrankenkassen für die Industrie zu errichten. Wenn diese Errichtung Gesetz würde, wäre die Folge, daß die Ortskrankenkasse Remscheid, die über 20 000 Mitglieder verfügt, 12 000 bis 13 000 Mitglieder verlieren würde und nicht mehr in der Lage wäre, ihre Einrichtungen auf dem Gebiete der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge und der Krankenbehandlung aufrechtzuerhalten. Gleiche Bestrebungen sehen wir auch hier in Magdeburg und in Berlin, wo z. B. die Ortskrankenkasse der Schlosser durch die Errichtung einer neuen Innungskrankenkasse für das Schlossergewerbe zerschlagen werden soll.

Darum muß der Parteitag sich dahin erklären, daß die Reichstagsfraktion durch die baldige Verabschiedung der Reform der Reichsversicherungsordnung eine Vereinheitlichung und einen Ausbau der Krankenversicherung unter Anpassung an die heutigen Verhältnisse herbeiführen soll. Ein solcher Beschluß wäre eine Richtschnur für die Parteigenossen, anderseits auch für die Mitglieder der Gewerkschaften, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß eine weitere Zersplitterung der Krankenversicherung durch Errichtung von leistungsunfähigen Krankenkassen unterbleibt.

Außerdem ist es notwendig, daß sich die Fraktion baldigst mit der Reform der Reichsversicherungsordnung befaßt. Vor nicht allzu langer Zeit ist es geglückt, im Reichstag durchzusetzen, daß für die Angestellten die Versicherungsgrenze auf 8400 Mark erhöht wurde. Es ist auch für die Krankenversicherung der Angestellten von großer Wichtigkeit, daß die Versicherungsgrenze dem angepaßt wird, damit auch die Angestellten im Falle der Krankheit versorgt werden, die heute keiner Krankenkasse angehören.

Die Zersplitterung auf dem Gebiete der Krankenversicherung besteht nicht nur darin, daß Innungskrankenkassen errichtet werden, sondern auch darin, daß immer noch Innungs- und Betriebskrankenkassen vorhanden sind, die zu einem erheblichen Teil ihre Aufgabe darin sehen, die Durchführung der Forderungen der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag zu inhibieren. So ist z. B. in einer Innungskrankenkasse eine Nachuntersuchung dahin vorgenommen worden, ob Dienstmädchen, die Mitglieder dieser Krankenkasse waren, nicht schon schwanger gewesen sind, als sie bei einem Dienstherrn in Arbeit traten. (Hört, hört!) Diese Innungskrankenkasse stellt sich auf den Standpunkt: wenn ein Dienstmädchen schwanger ist, dann ist die Krankenkasse berechtigt, die Mitgliedschaft abzuweisen, resp. dem Innungsmeister den Auftrag zu geben, das Mädchen sofort zu entlassen, damit die Krankenkasse keine Leistung zu gewähren hat. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Eine Innungskrankenkasse hat sogar an den Hauptverband deutscher Krankenkassen folgende Anfrage gerichtet:

> Wir bitten um Nachricht, wie wir uns verhalten müssen, um Beschäftigte, die bei uns erstmalig angemeldet werden, die aber geschlechtskrank sind, untersuchen zu lassen, um evtl. Aufnahme oder Uebernahme der Behandlung verweigern zu können. (Hört, hört!)

Aus allen diesen Gründen bitte ich, dem Antrag Nr. 178 einmütig zuzustimmen, damit wir durch die Initiative der Reichstagsfraktion für die Hebung der Volksgesundheit weiter Erfreuliches leisten können. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird einstimmig angenommen.

Vors. **Wels**: Soeben erhalte ich telegraphisch eine uns tief betrübende Nachricht. (Die Anwesenden erheben sich.) Einer unsrer jüngern Parteigenossen, Redakteur am „Bochumer Volksblatt", Genosse Garbe, ist in dieser Nacht an den Folgen einer Blinddarmentzündung verschieden. Er war noch in jungen Jahren, aber wir alle kannten und schätzten an ihm seine starke Begabung, seine starken organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten, die er als Gewerkschaftler, als Parteipolitiker, als Journalist der Partei nutzbar machen konnte, die er zuletzt auch in der Fraktion des Preußischen Landtags der Allgemeinheit dienstbar gemacht hat.

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Pause.)

Nachmittagssitzung

Schlußwort zum Bericht der Reichstagsfraktion

Breitscheid (Berichterstatter, Schlußwort): Wir haben freundliche Kritiker und milde Richter gefunden. So gut wie den Genossen in der Regierung ist es uns nicht gegangen. Ihnen hat man allerlei Blumengebinde, manches Sträußchen Vergißmeinnicht mit auf den Weg gegeben. Genosse Landsberg ist so weit gegangen, einen Strauß von Rosen zu überreichen, wobei er allerdings als Naturfreund die Dornen vorher nicht entfernt hat. (Heiterkeit.)

Von einer eigentlichen Opposition gegen meine Ausführungen ist kaum die Rede gewesen. Eine Reihe sehr wertvoller und dankenswerter Ergänzungen sind zu meinem Bericht gegeben worden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß ich diese oder jene Frage zuwenig oder gar nicht berührt habe. Ich sagte aber bereits in meinem Referat, daß ich nicht auf alle Einzelheiten der letzten beiden Jahre eingehen könnte. Die Ergänzungen sind sehr dankenswert, die Anregungen nicht minder. Die Fraktion wird sich Mühe geben, allen ihr gewordenen Anregungen Folge zu leisten.

Ich gehe auf die Einzelheiten auch hier nicht ein, sondern erinnere nur daran, daß der Genosse Knack aus Hamburg auf gewisse Sexualprobleme stärkere Rücksicht genommen wissen wollte, dabei die Strafrechtsreform berührte, mit der sich Genosse Landsberg noch weiter beschäftigt hat. Wenn Knack allerdings hinzufügte, daß der Parteitag das Begehren nach Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums aufstellen sollte, so wird diesem Wunsche wenigstens in absehbarer Zeit nicht entsprochen werden können. Nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus sachlichen Gründen wird man kein neues Ministerium auf die Beine stellen können. Man kann sich daran genügen lassen, daß innerhalb des zuständigen Ministeriums eine Stelle geschaffen wird, die sich mehr als bisher mit dem Problem der Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik beschäftigt.

Zu den Ausführungen des Genossen Wimmer aus München nur ein Wort. Solange die Sozialdemokratie auf die Regierung einen Einfluß ausüben konnte, ist von der Wohnungsfürsorge, wenn ich sie so nennen darf, nichts, aber auch gar nichts abgebaut worden.

Genosse Löbe beschäftigte sich mit den Handelsverträgen und unterstrich, was ich über die Notwendigkeit des polnischen Handelsvertrags gesagt habe. Er fügte die Forderung hinzu, daß der estnische Handelsvertrag bald vorgelegt werde und seine Ratifikation nicht an der Rücksicht auf Forderungen der baltischen Barone scheitere. Ich kann erklären, daß die Fraktion die einstweilige Vorlegung des Vertrages zur Ratifizierung verlangen wird, und daß Genosse Müller als Reichskanzler die Sache schon seit einigen Wochen ernsthaft in die Hand genommen hat, um die Widerstände zu überwinden, die tatsächlich auf eine Rücksichtnahme auf baltische Barone zurückzugehen scheinen, die nachträglich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, um ihre Ansprüche gegenüber der jetzigen estnischen Regierung nachdrücklicher durchführen zu können.

Wesentlich im Vordergrund der Debatte stand die Frage des Konkordats und die Fragen, die sich mit dem Antrag 175 Aufhäuser und Toni Sender verknüpfen, wobei wieder das allgemeine Problem der Koalitionspolitik wenn nicht aufgerollt, so doch zum mindesten angeschnitten wurde. Ich habe mich durch die Diskussion nicht davon überzeugen können, daß meine abwartende Stellung zu dem Konkordat falsch gewesen sei. Ich habe den Eindruck, als ob mancher Redner hierzu eine Auffassung vorgetragen hätte, die in dem bekannten Worte zum Ausdruck kommt: Die Gründe der Regierung kenne ich nicht, aber ich mißbillige sie. Nicht nur die Gründe kannte man nicht, sondern auch den Inhalt kannte man nicht. Ich verweise auf die vorjährigen Erklärungen der preußischen Regierung und die vorjährige Resolution der Landtagsfraktion, in denen bereits zum Ausdruck kommt, wie weit wir nötigenfalls vom sozialistischen Standpunkt aus in dieser Frage gehen können.

Um dieses Konkordat herum sind gewisse religionsphilosophische Erörterungen entstanden. Hierbei hat man unserm Freunde Sollmann und mir eine zu weitgehende Toleranz gegenüber der Kirche oder der Religion vorgeworfen. Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich habe nicht gesagt, daß wir gegenüber den Kirchen als Organisationen Toleranz üben sollen, sondern gegenüber religiösen oder antireligiösen Bekundungen der einzelnen. Zwischen Kirche und Religion ist ein Unterschied zu machen. (Sehr richtig!) Wenn sich die Kirche anmaßt, ihre Rechte auf Gebiete auszudehnen, die unsrer Ueberzeugung nach dem Staate vorbehalten sein sollen, dann haben wir gegen einen solchen Uebergriff der Kirche mit aller Entschlossenheit Front zu machen. (Sehr richtig!) Etwas andres ist es mit den Gewissensfragen der Religion. Es gibt Leute, die ein starkes religiöses Bedürfnis haben und nicht in einer Kirche sind, die sogar aus einem religiösen Bedürfnis heraus aus den Kirchengemeinschaften ausscheiden. Auf diese die nötige Rücksicht zu nehmen, war der Grundgedanke meiner Ausführungen. Ihnen gegenüber zu betonen, daß wir als Partei uns nicht um Jenseits- sondern nur um Diesseitsfragen bekümmern, schien mir notwendig zu sein.

Wenn die Genossin Torhorst und andre meinten, der Genosse Braun dürfe es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie andrer Meinung seien als er, so wird der Genosse Braun zu der Genossin Torhorst, glaube ich, sagen: Unter uns Pfarrertöchtern nimmt man so leicht nichts übel. (Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Genosse Braun hat bereits gefordert, daß man über die Konkordatsanträge zur Tagesordnung übergehen solle. Ich möchte mich nicht festlegen, was mit diesen Anträgen geschehen soll, halte es aber auch für das beste, zunächst zu warten, bis wir wissen, was in dem sogenannten Konkordat steht, ehe wir die Entscheidung fällen. Wenn uns gesagt wird, wir dürften keine Geheimdiplomatie treiben, es ginge nicht an, daß man ohne die Partei zu unterrichten Verträge mit andern vorbereite, so ist das falsch. Wenn wir die Geheimdiplomatie bekämpfen, so verlangen wir nicht, daß Verhandlungen über abzuschließende Verträge, mit wem es auch sei, auf offnem Markt geführt werden. Das ist niemals geschehen bei irgendeinem Vertrag, der seit 1919 von der deutschen Regierung abgeschlossen worden ist. Es kann auch nichts bei Verträgen geschehen, die von der preußischen Regierung geschlossen werden. Wir verlangen vielmehr, daß es keine Geheimverträge gibt, d. h. Verträge, die von der gewählten Volksvertretung nicht gutgeheißen worden sind.

Es ist mehrfach die große Sorge und Angst vor dem Klerikalismus und der katholischen Kirche zum Ausdruck gekommen. Ich bitte, diese Angst nicht zu übertreiben. Wir müssen doch auch etwas Selbstbewußtsein in dieser Sache haben, müssen uns auf Grund unsrer Weltanschauung stark genug fühlen, den Kampf gegen etwaige Uebergriffe der katholischen Kirche und des Klerikalismus selbst bei Vorhandensein eines Konkordats zu führen. Wir würden darin vielleicht noch stärker sein, wenn es nicht viele Leute gäbe, die zwar antireligiöse Reden gelegentlich halten, die sich aber doch mit Rücksicht auf die Ueberlieferung, auf Familienansehen usw. nie dazu entschließen können, z. B. auf die Taufe und Einsegnung ihrer Kinder zu verzichten. (Sehr gut!) Wer so energisch den Kampf gegen den Klerikalismus zu führen entschlossen ist, soll in unsern eignen Reihen beginnen und dafür sorgen, daß da die Schlußfolgerungen gezogen werden und nicht Rücksichten genommen werden, die zuletzt gar nichts mehr mit der persönlichen Ueberzeugung des einzelnen, sondern nur mit der Rücksicht auf die Umwelt und das Ansehen zu tun haben. (Sehr richtig!)

Genosse Braun, ich habe Sie gestern mit dem römischen Papst in eine Parallele gestellt. Nachdem Sie heute geredet hatten, war ich versucht, das alte Wort zu wiederholen: **Roma locuta causa finita est**, was auf deutsch heißt: Das preußische Rom hat gesprochen und damit ist die Angelegenheit erledigt. Soweit gehen wir natürlich nicht, nicht weil Otto Braun das gesagt hat, sondern weil wir aus eigner Ueberzeugung diese Stellung zum Konkordat einnehmen müssen. Ich stimme mit dem überein, der sagt, daß Otto Braun auch einmal vorbeischießen könne. Braun war einigermaßen beleidigt, weil er glaubte, daß ich das auf seine Jägerei beziehe. Es handelte sich in diesem Falle aber nicht um seine Jägerkünste, sondern seine Politik, und ich glaube, das wird ihn nicht kränken, wenn man sagt, daß er in seiner Politik auch einmal vorbeischießen kann. (Heiterkeit.)

Nun zu dem wichtigern Teil der Debatte, der sich um Antrag 175 und die noch übrig gebliebenen Restbestände der Koalitionsdebatte gedreht hat! Ich habe mich gewundert, daß sich an der Koalitionsdebatte nach den Ausführungen des Kollegen Stampfer der Genosse Sollmann nicht beteiligt hat, denn er ist auf dem Gebiet des Alkoholismus viel bewanderter als der Genosse Stampfer. (Heiterkeit.) Stampfer hat auseinanderzusetzen versucht, man könne einen Katzenjammer haben, ohne vorher einen Rausch gehabt zu haben. Ich fordere die Sachverständigen in diesem Saale auf, mir zu sagen, ob diese These unanfechtbar ist. (Heiterkeit.) Sollmann würde Ihnen das auseinandergesetzt haben.

(Zuruf von Sollmann.) — Nein, Sie haben nie einen Rausch gehabt, infolgedessen haben Sie auch niemals einen Katzenjammer gehabt. Ich halte Sie trotzdem für einen braven Mann. (Heiterkeit.) Aber im Ernst gesprochen! Es könnte doch wirklich nur der einen Katzenjammer haben, der sich früher in einem Koalitionsrausch bewegt hätte. Ich habe nie einen Koalitionsrausch gehabt. Ich glaube, es gibt wenige, die ihn gehabt haben. Das Getränk, das man uns servierte, war von vornherein überhaupt sehr wenig berauschend. So fehlt uns auch der Katzenjammer! Illusionen konnten bei uns nicht zerstört werden, weil wir keine hatten. (Sehr gut!) Genosse Aufhäuser sprach gestern davon, mit wie wenig Begeisterung ich über diese Dinge geredet habe. Weder zum Rausch noch zum Katzenjammer noch zur Begeisterung über die Koalition ist irgendein Anlaß vorhanden. Das ist eine außerordentlich nüchterne Sache, an die wir nüchtern und ernsthaft herantreten müssen, und die wir schließlich mit unserm Gewissen entweder weiterführen oder zum Abschluß zu bringen haben.

Genosse Petrich hat meine Bemerkungen über den Artikel des Genossen Bieligk bemängelt und gesagt, auch Bieligk habe die positiven Ergebnisse unsrer Regierungspolitik in seinem Artikel erwähnt. Ich habe den Artikel nochmals durchgesehen. Auf zwei oder drei Seiten ist sauber gegenübergestellt: Was habt ihr verlangt und was habt ihr erreicht. Auf der Erreichtseite steht einmal hinter dem andernmal gesperrt gedruckt: Nichts. Die Summe von so vielen Nichts bleibt auch ein Nichts. Die Tendenz des Artikels geht dahin, es ist nichts erreicht worden, alles Liebesmühen ist verdgebens gewesen. (Zuruf.) — Es steht etwas andres drin? Ich habe es nicht gefunden. Im letzten Absatz steht „eine nüchterne erschütternde Bilanz". Eine Bilanz ist doch dann erschütternd, wenn nichts dabei herauskommt. „Die von der Bürgerblockregierung geschaffenen Mißstände konnten nicht beseitigt werden, drohende Nachteile nicht abgewehrt werden. Hier und da hat die Sozialdemokratie winzige Erfolge erzielt, aber das sind keine Erfolge der Koalitionspolitik." Da ist doch klar und deutlich gesagt: Koalitionspolitik — summa summarum nichts. Ich wüßte nicht, inwiefern ich den Artikel falsch zitiert hätte.

Eins möchte ich hinzufügen. Nach der Interpretation des Genossen Petrich scheint es, als ob es nicht so gemeint gewesen sei. Dann sollte man aber seine Wahrnehmungen deutlicher zum Ausdruck bringen. (Sehr richtig!) Wenn man hinausgeht und hinausruft: Es ist gar nichts erreicht worden, und dabei die winzigen Vorteile, meinetwegen nennen Sie das so, ganz unter den Tisch fallen läßt, darf man sich nicht wundern, wenn von den Anhängern das Echo erschallt: Also Schluß mit dieser Koalition! (Sehr richtig!) Merkwürdigerweise aber ist dieses Echo nicht einmal durchweg erfolgt. Es liegen auch sehr viele entgegengesetzte Stellungnahmen vor. (Hermann Müller: Der Schluß lautet: Tretet aber nicht aus!) Mancher Kritik, die wir alle für berechtigt halten, ist hinzugefügt: Trotzdem tretet nicht aus der Koalition aus! Aber wenn ich von vornherein eine so einseitige Darstellung der Politik gebe, kann ich mich leicht nachher hinstellen und sagen: Die Massen, die diese Kritik gehört haben, sind mit euch aufs äußerste unzufrieden. Es ist doch nicht unsre agitatorische Aufgabe, hinauszugehen und zu sagen: Unsre ganze Arbeit ist lächerlich und erfolglos. (Sehr richtig!) Bei aller Kritik und allem Weiterdrängen auf dem Gebiet der Politik haben wir die Pflicht hinzuzufügen: Das und das haben wir erreicht, denn sonst wird allerdings die propagandistische Kraft sozialdemokratischer Agitation sehr gering bleiben und sehr gering bleiben müssen.

Es ist davon die Rede gewesen, daß ein enger Zusammenhang zwischen den Mitgliedern in der Regierung mit der Fraktion vorhanden sein müsse. Auf gewisse kleinere Verfehlungen habe ich auch in meinem Referat aufmerksam gemacht. Man soll aber auch hier unter keinen Umständen übertreiben. Wenn gesagt worden ist, das Stimmenverhältnis im Kabinett bei gewissen Abstimmungen entspreche nicht der Stärke der Fraktion im Reichstag, so müssen wir

doch daran festhalten, daß in den meisten Fragen unsre Genossen im Kabinett einer geschlossenen bürgerlichen Phalanx entgegenstehen, daß wir unter Umständen die Stimmenzahl innerhalb des Parlaments vergrößern könnten, wenn wir uns auch schließlich darauf verließen, mit den Kommunisten zusammenzustimmen, daß wir aber genötigt sind, wenn wir in der Koalition stehen, sowohl bei den Abstimmungen im Kabinett wie bei den Abstimmungen im Parlament gewisse Zugeständnisse zu machen, um die Einigkeit der Koalition aufrecht zu erhalten. Das sind die Notwendigkeiten eines solchen Zusammengehens und Zusammenregierens.

Und nun zu dem Antrag 175. Ich habe auch schon in meinem Referat ausgeführt, daß ich mit den positiven Forderungen, die von Aufhäuser und Toni Sender aufgestellt worden sind, sehr weitgehend übereinstimme. Was ich gestern bemängelte, war vor allen Dingen, daß hier neue Voraussetzungen für ein Verbleiben in der Koalition aufgestellt werden. Der Schlußabsatz spricht ja den Charakter der Voraussetzungen offen aus. Er besagt soviel wie: wenn ihr diese Dinge nicht macht, wenn ihr nicht von vornherein dies durch Beschlußfassung als eure Bedingungen aufstellt, dann können wir nicht in der Koalition bleiben. Auch in den ersten drei Absätzen ist im Grunde genommen eine Kritik an der bisherigen Haltung der Partei und der Regierung enthalten, denn sie sagen: „unter diesen Umständen durfte die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung nicht zur Suspendierung des Klassenkampfes führen." Nehmen wir diese Resolution an, dann drücken wir damit aus, daß der Klassenkampf in dieser Zeit suspendiert worden ist.

Der Antrag sagt weiter: „vielmehr hätte sich für die sozialistischen Minister daraus die Notwendigkeit ergeben müssen, bei allen politischen Entscheidungen vorher rechtzeitig die Fühlung mit der Partei aufzunehmen". Das würde bedeuten, daß wir den Ministern das Mißtrauen und einen Tadel offen dafür aussprechen, daß sie diese Fühlung nicht genommen haben.

Also in diesen drei ersten Absätzen und dem letzten Absatz kann meiner Meinung nach der Parteitag unter keinen Umständen seine Zustimmung geben. Es bleibt nun der Katalog der Forderungen, der hier aufgestellt wird, ein Katalog, der sich verengern und erweitern ließe. Ich könnte mir denken, daß eine ganze Reihe von Genossen noch andre Wünsche hätten, die sie als ebenso dringlich betrachteten und die, wenn sie nicht in diesem Antrag stehen, dann als minderbedeutungsvoll angesehen werden könnten. Ich mache nur auf zwei Dinge besonders aufmerksam. Es ist die Rede von Aufrechterhaltung der Leistungen und des Personenkreises der Arbeitslosenversicherung und finanzielle Sicherung durch Erhöhung von Beiträgen. Die Erhöhung der Beiträge *fordern* wir nicht. Wir sind nur bereit, dieser Erhöhung der Beiträge zuzustimmen. Sie nennen es, Genossin Sender, dringendste politische Forderung. Wir fordern sie nicht, wir sind nur bereit, ihr zuzustimmen. Aber es fehlt etwas, was auch in der Fraktionsresolution steht, nämlich, daß wir auch bereit sind, tatsächlich vorhandene und erkennbare Mißstände abzustellen. Auch dadurch müßte dann der betreffende Absatz ergänzt werden.

Es steht dann weiter da: „Im Falle einer Herabsetzung der deutschen Reparationslasten keinerlei Ermäßigung der Steuer der Besitzenden". Ich habe auseinandergesetzt, daß bei einer Steuerreform, die übrigens meiner Ueberzeugung nach sobald nicht kommen wird, wir in erster Linie auf den Abbau der Lasten der Besitzlosen zu dringen hätten. Wir können aber nicht von vornherein sagen, daß keinerlei Herabsetzung der Besitzersteuern erfolgen darf und erfolgen soll. Damit würden wir uns in unerträglicher Weise die Hände binden; denn ich kann mir rein theoretisch denken, daß auch hier Kompromisse geschlossen werden müssen, die auf der einen Seite die Belastung der Besitzlosen erleichtern, wenn auf der andern Seite gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiet der Einkommensteuer usw. gemacht werden. Ich halte es nicht für richtig, daß man

durch einen festen und feierlichen Beschluß sich hier von vornherein binkuliert und der Fraktion die Bewegungsfreiheit nicht mehr gewährt.

Immerhin sind diese Forderungen wertvolle Anregungen für unser Verhalten, und ich würde durchaus damit einverstanden sein und möchte Ihnen dies durchaus empfehlen, diesen mittlern Teil des Antrags 175 der Reichstagsfraktion zu überweisen. Es ist eine Richtschnur, aber es soll kein Dogma sein, von dem wir unter keinen Umständen abweichen dürfen, ohne uns dem Vorwurf auszusetzen: wir haben euch damals in Magdeburg gesagt, was ihr tun sollt, ihr habt euch nicht daran gehalten.

Darauf will ich mich beschränken. Ich kann nur noch einmal sagen: die Fraktion hat in Ihnen milde Richter gefunden. Wir hoffen, daß dieses Verhältnis zwischen dem Parteitag, der Parteigenossenschaft draußen im Lande auf der einen Seite und ihrer Vertretung im Reichstag auf der andern Seite auf die Dauer so bleibt, wie es heute gewesen ist. Wir werden tun, was in unsern Kräften steht, wir werden uns bemühen, Ihren Wünschen nach Möglichkeit zu entsprechen. Wir werden genötigt sein, den jeweiligen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wir werden in jedem einzelnen Falle abzuwägen haben, und das läßt sich nicht im voraus bestimmen, welche Politik, ob die des Verlassens der Regierung oder des Bleibens in der Regierung, den Interessen der Arbeiterschaft am meisten zu dienen geeignet ist. (Beifall.)

Die Anträge 85, 86, 87, 88, 89, 90, 92, 93, 94, 95, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 104, 105 Ziffer 3, 106, 107, 108, 109, 110 (mit Ausnahme des Schlußsatzes, der durch die Beschlußfassung über Punkt 1 der Tagesordnung erledigt ist), 112 Ziffer 1, 113, 114, 115, 116 werden auf Vorschlag des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion als Material überwiesen.

Antrag 91 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 96 ist zurückgezogen.

Antrag 111 wird abgelehnt.

Die Anträge 118, 119, 120, 121, 122, 123 und 125 werden mit Rücksicht darauf, daß die darin enthaltenen Forderungen durch das Wohnbauprogramm des Reichstags vom 13. Februar 1928 und die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums, die im Juni d. J. besprochen worden sind, im wesentlichen in Angriff genommen worden sind, der Reichstagsfraktion als Material überwiesen.

Weiter wird der Reichstagsfraktion als Material überwiesen der Antrag 124.

Zur Frage des Konkordats wird der Antrag 187 angenommen, über sämtliche zur Konkordatsfrage vorliegenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Die Anträge 138 und 141 werden der Reichstagsfraktion als Material überwiesen.

Antrag 142 wird angenommen.

Antrag 143 wird durch das Vorliegen des Agrarprogramms für erledigt erklärt.

Antrag 144 wird der Reichstagsfraktion überwiesen.

Antrag 145 wird angenommen, womit sich der Antrag 146 erübrigt.

Antrag 147 wird abgelehnt.

Antrag 148 wird durch die Beschlußfassung zu Punkt 1 der Tagesordnung für erledigt erklärt.

Zu Antrag 149 beschließt der Parteitag, es bei der bisherigen Uebung der Fraktion gegenüber dem Impfgesetz zu belassen.

Die Anträge 150 und 151 gelangen zur Annahme.

Der Antrag 152 wird mit 199 gegen 167 Stimmen abgelehnt.

Antrag 153 wird durch den Beschluß zu Punkt 1 der Tagesordnung und durch die eben erfolgte Abstimmung mit großer Mehrheit für erledigt erklärt.

Die Anträge 154 und 155 werden durch die Annahme der Richtlinien zur Wehrpolitik als erledigt betrachtet, 156 durch die Arbeiten der Kommission für den Einheitsstaat.

Der Antrag Aufhäuser-Toni Sender Nr. 175 wird in seinem ersten, grundsätzlichen Teil abgelehnt; der zweite Teil wird der Fraktion überwiesen mit Ausnahme des letzten Absatzes, der für erledigt erklärt wird.

Zu dem Antrag 176 sind die ersten drei Absätze und der letzte Absatz bereits durch frühere Beschlüsse erledigt. Der übrigbleibende Teil wird im Einverständnis mit den Antragstellern gleichfalls für erledigt erklärt.

Die Anträge 178 und 182 gelangen zur Annahme.

Zu einer Erklärung erhält sodann das Wort

Braun (Saarbrücken): Genossinnen und Genossen! Der Ihnen vorliegende Saar-Antrag Nr. 179 nimmt Stellung gegen einige Vorgänge auf der Pariser Reparationskonferenz, bei denen der Schacher um das Saargeschäft mit einer Hartnäckigkeit betrieben worden ist, die anscheinend vollkommen unberücksichtigt läßt, was die Saar bereits an Wiedergutmachung geleistet hat, ganz abgesehen davon, daß das Selbstbestimmungsrecht des Saarvolkes in jenem Locarnogeist, der uns die Wiedergutmachung des Saarunrechts versprach, vollkommen beiseitegestellt worden ist. Zur Illustration ein Beispiel: Sie wissen, daß der Versailler Vertrag Frankreich für die kriegszerstörten nordfranzösischen Gruben die Saargruben übereignete, um den Förderausfall Frankreichs durch den Fördergewinn der Saargruben auszugleichen mit dem gleichzeitigen Recht an Deutschland, die Saargruben wieder zurückzukaufen. Ich stelle fest, daß bereits 1928 der Fördergewinn Frankreichs aus den Saargruben den Förderausfall der kriegszerstörten nordfranzösischen Gruben nicht nur wiedergutgemacht hatte, sondern 40 Millionen Tonnen Kohle mehr entnommen worden sind, als auf „Wiedergutmachungskonto" hätten verbucht werden müssen. Mit andern Worten, 50 Prozent Saarkohle sind auf „Wiedergutmachungskonto" mehr entnommen worden, als Frankreich durch die Kriegszerstörung in den nordfranzösischen Gruben verloren hat. Während also in der Reparationskonferenz darüber beraten wird, in welcher Weise man die Saarrückkaufssumme zu verrechnen hat, muß festgestellt werden, daß der eigentliche Zweck der Wiedergutmachung, die im Versailler Vertrag vorgesehen worden ist, von der Saar längst erfüllt worden ist. Ich stehe also ganz auf der Linie der Ausführungen, die der Genosse Bracke seitens der französischen Partei bezüglich der Saar und des Rheinlandes gemacht hat. Genosse Bracke hat nicht nur die Rückgliederung des Saarlandes und die Befreiung des Rheinlandes gefordert, sondern hat sich auch gegen überspannte Reparationsforderungen gewandt. Ich darf im Namen der deutschen Arbeiterschaft an der Saar nochmals feierlich Protest dagegen erheben, daß die Saar immer noch unberechtigterweise von einer baldigen Rückgliederung an Deutschland zurückgehalten worden ist. Wenn Genosse Ellenbogen in seiner Begrüßungsrede feststellte, daß 99 Prozent der Oesterreicher den Anschluß an Deutschland wollen, so darf ich mitteilen, daß die Zahl derjenigen, die bei uns die Rückgliederung des Saargebiets nach Deutschland wollen, um kein Prozent dahinter zurücksteht. (Bravo!)

Unserm Antrag liegt aber anderseits die Auffassung zugrunde, daß die Rückgliederung des Saargebiets durch eine möglichst frühzeitige Angleichung der Saarverhältnisse an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Reiches vorbereitet werden muß. Wir sehen diese Aufgabe als eine der Hauptaufgaben des Reiches und der Länder an. Gegenüber gewissen Bestrebungen muß ich schärfstens davor warnen, irgendwelche Versackungspolitik gegenüber dem Saargebiet zu betreiben, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben und auf Kosten der sozialen Lage der Saararbeiterschaft und der wirtschaftlichen Zukunftssicherung der Saar eine gewisse Art Verelendungspolitik zu machen. Gerade die deutsche Arbeiterschaft an der Saar, die die Hauptlast

des Versailler Vertrags zu tragen hat, die aber zugleich der Hauptträger der Deutscherhaltung des Saargebiets ist, erhebt schärfsten Einspruch dagegen, daß ihre Forderungen nach dieser Richtung viel zuwenig berücksichtigt werden. Sie verlangt weitestgehende Förderung aller Bestrebungen auf Angleichung der Saarverhältnisse an die des Reiches und zweckentsprechender Maßnahmen in den angrenzenden Gebieten.

Auch hierfür zur Illustration ein Beispiel! Während Frankreich die das Saargebiet im Westen und Südwesten flankierenden Kohlenbergwerke Lothringens in jeder Weise fördert, verkehrspolitisch durch eine besondere Tarifpolitik und durch Kanalbauten, produktionswirtschaftlich durch eine eigne Koksgewinnung und Brikettherzeugung nebst Gewinnung neuen Fettkohlengebietes sowie durch alle möglichen Unterstützungsmaßnahmen für den Absatz, so daß der Kohlenbergbau in Lothringen seit Kriegsanfang um rund 60 Prozent gesteigert wurde, und zwar bei dauernd zunehmender Arbeitnehmerschaft, stellen wir an der Saar einen dauernden Rückgang der Belegschaft fest bei einem gleichzeitigen Rückgang der Förderung, die heute nicht einmal mehr die Friedensförderung erreicht, obgleich die Tagesleistung der saarländischen Bergarbeiter den Friedensstand bereits überschritten hat und 1929 eine weitere Steigerung erfuhr. Man darf sagen, daß der Saarbergbau, die Grundlage für die Existenz der deutschen Saarwirtschaft, sich in einer absteigenden Linie befindet, die charakterisiert wird durch einen starken Arbeitnehmerabbau, durch eine sehr bedenkliche Verschiebung der Absatzmärkte und durch einen sehr fühlbaren Mangel an Kokskohle für die bodenständige saarländische Industrie.

Wenn man gegenüber diesem Vergleich fragt, was seitens der Reichs- und Länderstellen geschehen ist, um dem Saarbergbau zu helfen, so muß, abgesehen von den dankenswerten Bemühungen einzelner Ministerialstellen, man leider feststellen, daß das meiste versäumt worden ist, daß die sehr dankenswerte Förderung, die einzelne Ministerien und Ministerialstellen der Saar in ihren Bestrebungen haben angedeihen lassen, leider nicht die Unterstützung andrer maßgebenden Stellen gefunden hat. Ich brauche nur an unsre Elektro- und Gasfernversorgung zu erinnern.

Ich darf im Anschluß hieran den Dank der saarländischen Genossen sowohl an die deutsche Partei wie an die Genossen in der Reichsregierung und in der preußischen Regierung sowie an die Reichs- und an die Landtagsfraktion aussprechen. Viel häufiger, als es uns selber lieb ist, haben wir infolge der besondern Lage der Saarwirtschaft die Hilfe der deutschen Partei, unsrer Minister und unsrer Fraktion in Anspruch nehmen müssen. Ich darf mit Freude und Genugtuung seitens der saarländischen Bevölkerung feststellen, daß wir niemals an verschlossene Türen geklopft haben, daß wir offne Ohren für unsre Wünsche fanden. Ich darf unsern Dank auch an unsre ausländischen Genossen zum Ausdruck bringen, die uns im Völkerbund mit ihrer Tätigkeit unterstützt haben. Dieser Dank gilt vor allem unsern französischen, belgischen und schwedischen Genossen.

Erhalten Sie dem Saargebiet diese Bereitwilligkeit zur Unterstützung. Dann darf ich ruhig erklären: wenn wir für die baldige Rückgliederung des Saargebiets keine andre Garantie hätten, als die uns weiterhin zugesagte Unterstützung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie, so würde das genügen, um in uns die feste Ueberzeugung wachzuhalten, daß bald der Tag kommen muß, an dem die letzten Schranken, die die Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland hindern, fallen, und an dem aus dem Saargebiet eine Brücke der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wird. (Lebhafter Beifall.)

Antrag 179 wird angenommen.

Die Internationale

Den Bericht über die Internationale erstattet Artur **Crispien**: Wenn wir uns jetzt der internationalen Politik zuwenden, so bedeutet das, daß wir uns von den täglichen Sorgen in den einzelnen Ländern dem weltpolitischen Geschehen zuwenden, durch das das Schicksal der Völker bestimmt wird. Was wir in allen Ländern beobachten können, wo die Arbeiterklasse eine Machtstellung errungen hat, gilt in wachsendem Maße auch für die Internationale. Auch sie muß immer häufiger zu konkreten Fragen Stellung nehmen, direkt in die praktische Politik eingreifen und durch eine Taktik, die geeignet ist, uns international vorwärtszubringen, versuchen, den Einfluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wachsend zu stärken.

Wenn wir die Grundlage für unsre Taktik würdigen und die Probleme besprechen wollen, mit denen wir uns beschäftigen mußten und noch müssen, so möchte ich zunächst die Tatsachen in unsre Erinnerung bringen, die für unser Wirken ausschlaggebend sind. So jene Feststellung, daß nach dem Kriege das wirtschaftliche Schwergewicht der Weltwirtschaft von Europa nach Amerika verschoben worden ist. Ich will dafür aus dem sehr wichtigen Material, das in den Protokollen und Berichten unsrer Internationale niedergelegt ist, nur wenige Dinge anführen.

Amerika hat eine Bevölkerung von 120 Millionen oder 6 Prozent der Weltbevölkerung. Diese 6 Prozent der Weltbevölkerung verfügen aber durch ihren Staat über 40 Prozent des Weltreichtums. Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten hat sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt, der Außenhandel verdreifacht. Vor dem Krieg waren die Vereinigten Staaten Schuldner. Heute sind sie an jedem wichtigsten Industriezweig in jedem Lande beteiligt. Die Vereinigten Staaten kontrollieren zwei Fünftel der Mineralschätze der Erde. Sie sind der Bankier der Welt geworden, denn sie haben 15 Billionen Dollar an das Ausland verliehen und 40 Staaten sind Schuldner der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Diese ungeheure wirtschaftliche Macht des amerikanischen Groß- und Finanzkapitals sieht im Lande eine schwache Arbeiterbewegung. Wo die Sozialistische Arbeiter-Internationale ihre starken Organisationen besitzt, vor allen Dingen in den europäischen Staaten, ist der Kapitalismus nicht in dem Maße auf dem Weltmarkt wieder zur Macht gelangt, wie das von den Vereinigten Staaten festgestellt werden muß.

Wir kennen die Situation im eignen Lande. Wir wissen auch, welche Schwierigkeiten Frankreich, Belgien und die übrigen Staaten haben. Ich möchte dafür einige Zahlen von Großbritannien anführen.

Großbritannien, das mit zu den sogenannten Siegerstaaten gehört, hatte nach dem Krieg nur einen kurzen Aufschwung von etwa 2 Jahren. Seit 1921 hat es eine dauernde wirtschaftliche Depression, abgesehen von geringen Schwankungen. Die Ursache liegt vor allen Dingen im Rückgang des Exports. Vor dem Krieg hat Großbritannien 30 Prozent seiner Industrieprodukte ausgeführt, heute nur noch 25 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß der Welterport zurückgegangen ist, wodurch der Rückgang der Exportindustrie Großbritanniens noch stärker in die Erscheinung tritt. Wir haben in Großbritannien eine Zunahme der Beschäftigten von 18,7 auf 20,3 Millionen, aber auch dauernd ein Heer von Arbeitslosen, das 1¼ Millionen beträgt. Diese Zahl ist vor dem Krieg in England nie erreicht worden. Die höchste längere Arbeitslosigkeit brachte eine Zahl von 250 000, 300 000 Arbeitslosen; nur ganz selten erreichte diese Ziffer 1 Million. England leidet unter der Deflation, unter der gesunkenen Kaufkraft, unter dem Abbruch der Beziehungen zu Rußland, unter der konservativen Regierung, unter dem Rückgang des Welthandels infolge der Kriegs-

wirkungen, unter Valutaschwankungen, auch unter der Reparationspolitik, unter den künstlichen Handelsbeschränkungen und der Aufrichtung neuer Zollgrenzen.

Wir sehen also bei einer kurzen Prüfung des Tatbestandes, daß der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten überaus mächtig ist, daß dort aber die Arbeiterbewegung schwach ist, daß in den europäischen Staaten überall eine wirtschaftliche Depression vorzufinden ist, und daß diese Staaten die starken Arbeiterorganisationen haben. Das muß sich natürlich auf das Maß der praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale auswirken.

Neben diesen wirtschaftlichen Dingen haben wir eine Fülle von Schwierigkeiten, die sich in der internationalen Politik für die Arbeiterbewegung recht unerfreulich bemerkbar machen. Ich erinnere an die Zerreißung der internationalen Staatenordnung, an die sogenannten Friedensverträge, die Unmögliches von verschiedenen Ländern fordern, an die neuen Staatenbildungen, an die Grenzziehungen, an die neuen Staatengruppierungen, an die Konflikte und Bündnisse, die wir überall vorfinden. Daß diese Dinge starke Hindernisse für die Entfaltung der internationalen proletarischen Politik bedeuten, leuchtet ohne weiteres ein.

Dazu kommt, daß wir Revolutionen und Konterrevolutionen erlebt haben, daß Klassen untergegangen und neue entstanden sind, daß in vielen Ländern eine massenhafte Enteignung durch die Inflation stattgefunden hat und daß Millionen von neuen Schichten in die Politik gestoßen sind, die bis heute eine klare Orientierung noch nicht finden und darum auch nicht zur Stärkung der internationalen Arbeiterpolitik beitragen konnten.

Der Kapitalismus ist angriffslustiger geworden. Er hat sich wirtschaftlich, im ganzen gesehen, nach der Stabilisierung der Währung erholt, die ihren Abschluß in der Frankenstabilisierung in Frankreich fand, so daß die Arbeiterklasse auf weiten Strecken ihres Betätigungsfeldes in die Defensive gedrängt worden ist. Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß die Arbeiterklasse trotz alledem über ihren politischen Stand von 1914 weit hinausgedrungen ist. Wir haben Republiken, Demokratien geschaffen. Wir haben in wichtigen Ländern die Frauen als aktive Mitkämpferinnen in die Politik bringen können und ebenso die Jugendlichen. Wir haben starke soziale Errungenschaften, allein in 17 Staaten die Erwerbslosenfürsorge. Das bedeutet doch einen gewaltigen Vormarsch, wenn wir den Stand der Arbeiterbewegung mit den Jahren bis 1914 vergleichen. Wir sind der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in einer Reihe von Staaten doch erheblich nähergekommen.

Die angeführten Tatsachen müssen wir berücksichtigen, wenn wir der Taktik unsrer Internationale gerecht werden wollen, wenn wir ihre praktische Arbeit richtig würdigen wollen.

Die bolschewistische Bewegung betreibt nach wie vor eine Taktik, als stünden wir mitten in den revolutionären Ereignissen von 1918 und 1919 oder als könnten wir solche Ereignisse herbeihexen. Die Bolschewisten haben auf ihren letzten Kongressen erneut erklärt, daß eine Periode neuer Kriege kommen müsse, die in eine Weltrevolution münde, daß Erhebungen und Aufstände durch Eingreifen in politische Aktionen andrer Organisationen provoziert werden müssen. Daraus erklärt sich, daß sie aus allen Aktionen der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien eine Weltrevolution machen möchten. Daß durch ihr Eingreifen überall dort, wo kein genügend starker Widerstand gegen diese wahnsinnige und verbrecherische Politik aufgerichtet werden kann, die Kampfhandlungen in schwere Niederlagen für die Arbeiterschaft verwandelt werden, mußten wir oft genug erleben.

Ich will nur auf zwei große Ereignisse hinweisen, um das zu beweisen. Ich erinnere an den Generalstreik in England von 1926. Die englischen Bergarbeiter erstrebten Reformen im Bergbauwesen. Damals fand der Bolschewismus in englischen Gewerkschaften keinen genügend starken Widerstand. Man

beachtete die von uns auf dem Kontinent gemachten Erfahrungen nicht genug. So wurde aus diesem Bergarbeiterstreik gegen den Willen der einsichtigen Sozialdemokraten und Gewerkschaftler ein Generalstreik und man verhinderte ein rechtzeitiges Abbrechen mit Teilerfolgen. Der Streik wurde bis zur Niederlage der englischen Arbeiterpartei weitergetrieben und indirekt eine Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung. Die englische Arbeiterbewegung war so geschwächt, daß sie unsre Internationale um finanzielle Schonung ersuchen mußte, weil sie außerstande war, ihre volle Kraft dem englischen Kapital nach einer so schweren Niederlage wieder entgegenzuwerfen. Sie hat Jahre gebraucht, sich zu erholen. Ganz sind die verhängnisvollen Wirkungen noch nicht überwunden.

Das zweite große Ereignis hat sich in China abgespielt. Es handelt sich dort um eine Revolution der neuen bürgerlichen Klasse, wie wir sie in England, Frankreich und zuletzt in Deutschland gehabt haben. Es muß die Aufgabe des Proletariats in Ländern wie China sein, diese Revolution der nationalen Befreiung und Selbständigkeit Schulter an Schulter mit dem neuen Bürgertum durchzufechten, weil nur dadurch die Vorbedingungen für eine selbständige sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung geschaffen werden können. Die Bolschewisten haben sich in diese Dinge eingemischt, nachdem ihr Versuch, aus dem englischen Bergarbeiterstreik eine Revolution in Großbritannien zu machen, gescheitert war. Die Bolschewisten versuchten, Großbritannien von China her zu stürzen. Das Ende ist uns bekannt: Blutbäder in Schanghai, Nanking, eine schwere Niederlage des Proletariats in China, ein Hemmen der dort großzügig begonnenen Bewegung und ein schwerer Schlag wiederum für die gesamte internationale proletarische Bewegung.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat eine derartige Taktik in jedem Stadium abgelehnt. Sie will nicht, daß die Kräfte des Proletariats überschätzt und aufgeopfert werden und daß dann mit dem Aufbau der Arbeiterbewegung von vorn angefangen werden muß. Sie will ihre Kraft nur dort einsetzen, wo dies mit Erfolg geschehen kann.

Aber auch das Gegenteil von dem muß verhütet werden, was die Bolschewisten tun. Wir dürfen keine Taktik betreiben, die sich nur damit beschäftigt, Teilerfolge zu erringen und Einzelfragen zu lösen. Wir dürfen nicht resignieren. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir darüber hinaus immer die Macht erobern wollen.

Die gewaltige wirtschaftliche Revolution, in der wir mitten drin stehen, ist von großer Bedeutung für die Entfaltung unsrer Bewegung und die Erfüllung unsrer Aufgaben. Diese Revolution ist nicht nur von den Theoretikern der sozialistischen Bewegung erkannt und anerkannt worden, sie wird mehr und mehr auch von den bürgerlichen Oekonomen bemerkt. Wir können unsre Ansichten darüber in den wertvollen Büchern der Arbeiter-Internationale nachlesen, besonders in den beiden Bänden über den Brüsseler Kongreß. Ich will die Urteile unsrer Theoretiker über die wirtschaftliche Revolution durch ein paar Bemerkungen bürgerlicher Wissenschaftler unterstreichen. Professor Dr. Kurt Singer hat im Hamburger Wirtschaftsdienst im Anfang dieses Jahres in einem Artikel erklärt: „Seit einem halben Menschenalter wird das äußere Leben dieses Erdteils durch Bewegungen erschüttert, die an blinder Wucht geologischen Vorgängen gleichen". Ein Urteil des bekannten Herrn Josef Schumpeter lautet: „Der Kapitalismus ist in einem so offenkundigen Prozeß der Umbildung in etwas andres begriffen, daß nicht diese Tatsache selbst, sondern nur die Deutung dieser Tatsache Gegenstand einer Meinungsverschiedenheit sein kann". Es sei eine Sache des Geschmacks und der Terminologie, ob man das Neuer Sozialismus nennen wolle oder nicht. Dann erinnere ich an das Referat von Professor Sombart, im Verein für Sozialpolitik, im September 1928 in Zürich: Er führte sinngemäß aus: Wir beobachteten eine vollkommene Abkehr

von den Ideen des ursprünglichen Kapitalismus. Der freie Wettkampf wird preisgegeben. Organisationen treten an seine Stelle, die so fest gefügt sind, daß eine neue Feudalität entstanden ist. Es ist eine Umwandlung der Geistesart der Unternehmer zu verzeichnen. Die spekulative Tendenz tritt zurück hinter der rechnerischen Tendenz und das persönliche Gewinnstreben tritt zurück hinter der Sorge für die Erstarkung des Wirtschaftsbildes. Das ist, nebenbei bemerkt, eine glänzende Widerlegung der uns bekannten Behauptung der Bourgeoisie, im Sozialismus, in einer vergesellschafteten Wirtschaftsweise würde jeder Antrieb des einzelnen unmöglich geworden sein, die Wirtschaft würde gelähmt mangels irgendeiner vorhandenen Tatkraft; denn wenn nicht der Ansporn vorhanden ist, persönliche Vorteile zu erringen, fehlt die Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir sehen, daß der Kapitalismus selbst hier eine neue Ideologie begründet, daß das persönliche Gewinnstreben auch schon im Kapitalismus durch die Sorge für die Erstarkung des Wirtschaftsgebildes, also einer Organisation, einer Einrichtung, die in den menschlichen Arbeitsprozeß eingefügt ist, ersetzt wird.

Wie die Bürgerlichen die neuen Erscheinungen sehen, dafür noch folgendes: Sombart meint, es sei eine Fülle von Bindungen vorhanden, eine Selbstbindung der Unternehmer durch Organisationen, eine staatliche durch Einwirkungen auf das Arbeitsverhältnis, auf die Preisbildung, den Standort. Es vollziehe sich auch eine Wandlung des Lohnarbeiters, der eine Art von Beamter werde, dem ein gesichertes Mindesteinkommen garantiert wird, eine geregelte Arbeitszeit, ein Pensionsanspruch, Schutz vor der Erwerbslosigkeit und ihren Folgen. Er sagt, daß diese Dinge den Charakter der Arbeiter vollkommen ändern müssen, wie auch die Geistesart der Unternehmer geändert werde.

Das alles dürfen wir bei unsrer Politik nicht außer acht lassen, weil wir ja dadurch in unsrer Gewißheit bestärkt werden, daß wir gegenwärtig eine bestimmte Epoche der Konzessionen und Koalitionen durchmachen müssen, daß sich aber schon in dieser Epoche eine gewaltige Wirtschaftsrevolution vollzieht, die, wenn sie eine bestimmte Stufe der Entwicklung erreicht hat und wenn dazu der Wille des Proletariats kommt, der von uns ja bewußt darauf hingelenkt wird, auch sozial und politisch neue Revolutionen auslösen muß.

Die Industrialisierung der Agrarländer, jene Erscheinungen, die wir in den alten Kolonialgebieten beobachten können, müssen ebenfalls revolutionierend wirken.

Der Kongreß von Brüssel hat zu den wirtschaftlichen Problemen Stellung genommen, hat uns bestimmte Aufgaben zugeteilt, die wir im Lande selbst zu erfüllen haben, und er hat uns auch internationale Aufgaben zugewiesen.

Wir haben uns in Brüssel auch mit dem großen Problem der Umwälzungen in den Kolonialgebieten befaßt. Wir haben schon bei einem frühern Punkt unsrer Tagesordnung einiges über Kolonialpolitik gehört, und wir können nicht deutlich und eindringlich genug alle jene Schichten, die nicht unterrichtet sind, davor warnen, sich irgendwelchen neuen Illusionen in bezug auf die Kolonialpolitik hinzugeben. Wir haben 30 Jahre deutsche Kolonialpolitik erlebt und müssen sagen, daß nicht irgendein Erfolg für Deutschland oder für seine Kolonien daraus entsprungen ist. Wir haben gehört, daß in unserm gesamten Kolonialland, das an Gebiet 5½mal so groß als Deutschland war, neben 13,7 Millionen Farbigen 20 000 Weiße lebten. Aber von diesen 20 000 Weißen waren 14 600 Soldaten und Polizeimannschaften, so daß in Wirklichkeit eine produktive Bevölkerung von Weißen nur von etwa 5400 übrig blieb. Als Siedlungsland kamen die Kolonien nicht in Betracht. Denn wir hatten vom 1. April 1913 1300 Farmen, die insgesamt 13 Millionen Hektar Land besaßen. Es würden in unsern gesamten Kolonien höchstens 5000 bis 6000 Farmer eine Existenz gefunden haben. Große Illusionisten meinten, es hätten 10- bis 12 000 werden können. An Geld hat es ja nicht gefehlt. Wir haben in den letzten 8 Jahren über 1060 Millionen für die deutschen Kolonien aufwenden müssen.

Für die winzige wirtschaftliche Bedeutung unsrer Kolonien nur ein paar Beispiele. Die Weltproduktion an Baumwolle betrug 1908 19,5 Millionen Ballen. In unsern Kolonien wurden 2600 Ballen hergestellt. Das ist der 8000. Teil der Baumwollproduktion der Welt. Auch der Handel ist nie erheblich gewesen. Er betrug 1910 in der Ausfuhr aus unsern Kolonien 48,8 Millionen, in der Einfuhr 49,5 Millionen. Das sind der 153. und 180. Teil des Gesamthandels, den Deutschland betrieben hat. Wir haben mit einzelnen Kolonien Großbritanniens einen viel größern Handel getrieben. Allein mit Britisch-Indien haben wir viel mehr Handelsbeziehungen gehabt als mit unsern gesamten Kolonien. Auch die Diamantenhoffnungen mußten begraben werden. 1911 betrug der Gesamtertrag Deutschlands am Gewinn 10 Millionen.

Was wir vor allem nicht vergessen dürfen, ist die Tatsache, daß unsre Kolonialpolitik verheerend auf die eingeborne Bevölkerung gewirkt hat. Nicht nur in dem Herero- und Hottentottenkrieg im Jahre 1904, den Bebel einen Verzweiflungs- und Befreiungskampf nannte, sind unerhörte Opfer gefallen. Auch im Aufstand in Ostafrika 1905 sind ganze Stämme von Eingebornen fast vollkommen ausgerottet worden. Im Arbeitsprozeß wurde eine ungeheure Ausbeutung betrieben. Sklavenjagden wurden veranstaltet. Die Haussklaverei war vorhanden. Die Schinderei der Farbigen war stellenweise so groß, daß 50 bis 75 Prozent der schwarzen Proletarier in sechs Monaten starben. In Ostafrika, Wanjamwesiländer, ist in 20 Jahren die Bevölkerung von einer Million fast vollkommen ausgerottet worden. Selbst der bürgerliche Professor Westermann erklärte 1914: wir müssen die Forderung aufstellen, daß kein weißer Ansiedler mehr in unsre Kolonien geschickt wird, weil ein vollkommener Untergang der eingebornen Bevölkerung zu befürchten ist. Ich glaube, das genügt, um klar zu machen, daß die Kolonien kein Segen für die Eingebornen der Kolonien und auch nicht für uns waren.

Dazu kommt, daß heute ganz andre Verhältnisse vorliegen. Es ist auf dem Kongreß in Brüssel hervorgehoben worden, daß die Kolonialpolitik in eine dritte Epoche getreten ist. Die erste Epoche, 16. und 17. Jahrhundert, wurde eingeleitet durch den Handelskapitalismus, durch die Gründung von Aktiengesellschaften in England, Frankreich, Holland und Portugal. Diese Epoche bekam ihren Charakter durch die Sklavenarbeit, durch den Sklavenhandel. Es wurde berichtet, daß auf amerikanischen Plantagen ein Neger durchschnittlich nur 7 Jahre leben konnte, so stark war die Ausbeutung. Es kam dann die französische Revolution mit der Verkündung der Menschenrechte, und es begann auch in der Kolonialpolitik eine Wendung einzutreten. Die Sklaven wurden befreit. Es begann die Auswanderung der europäischen Arbeiter nach andern Erdteilen, die die Anfänge einer neuen Bevölkerung der englischen Dominions darstellten. Die dritte Epoche, die der Gegenwart, hat Chamberlain gekennzeichnet, indem er sagte, daß die Abhängigkeitsgebiete heute unentwickelte Staaten geworden sind. Wir wollen uns vollkommen klar sein, daß es mit der Kolonialpolitik nach dem Schema, wie sie von Deutschland vor dem Kriege betrieben werden konnte, vorbei ist. Der Weltkrieg hat revolutionierend gewirkt. Farbige Truppen haben auf europäischem Boden gegen die Weißen gekämpft und hier neue Einsichten gewonnen. Deshalb ist es eine Illusion, zu glauben, man würde noch einmal aktiv im alten Sinne in die Kolonialpolitik eingreifen können. Wir als Sozialdemokraten haben die Pflicht, uns auch in Deutschland gegen die etwaige Wiederaufnahme einer Kolonialpolitik zu wenden, entsprechend den Beschlüssen, die auf unsern internationalen Tagungen gefaßt sind.

In bezug auf die Mandatsgebiete gilt natürlich der Grundsatz, daß alle Staaten gleichberechtigt sein müssen. Man kann nicht Deutschland als einen

Staat hinstellen, der nicht imstande wäre, Mandate zu verwalten, wenn man diese Fähigkeit andern Staaten zubilligt. Aber praktisch fordert die Internationale nicht die Auslieferung von Mandaten an einzelne Staaten, sondern die Mandate sollen von der Mandatskommission des Völkerbundes verwaltet werden. Auch die Arbeiterparteien in Großbritannien und den übrigen Kolonialländern fordern das von ihren Regierungen.

Ferner haben wir zu berücksichtigen, daß wir erst in der letzten Zeit die Rolle der Bauern zu erkennen beginnen, die sie im proletarischen Befreiungskampf spielen. Wir sehen, welche Macht die Bauern in Sowjetrußland darstellen. Die Bauern stellen allein durch die Tatsache ihres Vorhandenseins und dadurch, daß sie die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bilden, durch ihren stillen Widerstand eine Macht dar, vor der die bolschewistische Diktatur eine Kapitulation um die andre vollziehen muß. Ich erinnere auch an den letzten Wahlkampf in Dänemark. Dort hat die Sozialdemokratie ihre starken neuen Erfolge gerade aus Bauerngebieten geholt, indem sie imstande gewesen ist, den kleinen Bauern klarzumachen, daß die sozialistische Politik auch in ihrem Interesse liegt.

Wir haben jetzt in Deutschland auch ein Agrarprogramm, und wir werden eine Agrarkommission einsetzen, um die neuen Probleme, die hier an uns herantreten, zu lösen. Ohne die Bauern keine Befreiung des Proletariats. Das wird in Oesterreich, in Schweden, in Norwegen, in allen Ländern berücksichtigt, wo die Arbeiterklasse so stark geworden ist, daß sie neue Reserven heranholen muß, um gegen die Bourgeoisie die Entscheidung herbeiführen zu können, zugunsten der Arbeiterschaft in Stadt und Land.

Die Bauern bekommen auch eine ganz andre gesellschaftliche Einstellung. Die technische Entwicklung hebt die Vereinsamung der Dörfer auf. Radio, Film und Auto sind Mittel, die die Bauern der Kultur, dem Denken und Fühlen auch des Industrieproletariats viel rascher näherbringen, als wir jemals annehmen konnten.

Ueber die Fragen der Abrüstung und der Sicherungen des Friedens haben wir hier genug debattiert. Auch hier ist die Sozialistische Arbeiter-Internationale bemüht, eine stärkere Aktivität herbeizuführen. Diese Aktivität muß vor allem aus den Ländern kommen, die nicht wie Deutschland in hohem Maße abgerüstet sind, sondern in denen aufgerüstet wird. Ich erinnere an die Deputation, die wir an den Völkerbund geschickt hatten, und die dort im Namen der Oeffentlichkeit forderte, daß in der Abrüstung endlich positive Schritte getan werden. Wir wissen, was uns geantwortet wurde. Gewiß haben wir ein wachsendes Verlangen nach Frieden zu verzeichnen, aber wir dürfen nicht übersehen, daß in der öffentlichen Meinung auch noch starke kriegslüsterne Faktoren eine Rolle spielen. Ich erinnere an eine Tagung in Berlin, wo Frauen von einer bürgerlichen Weltverbesserungsbewegung versammelt waren, und wo es gerade Frauen waren, die am leidenschaftlichsten gegen den Pazifismus und für weitere kriegerische Auseinandersetzung aufgetreten sind. Wir haben unsre Forderungen im einzelnen formuliert. Ich begnüge mich mit dem Hinweis darauf.

Auch über das Reparationsproblem will ich mich nicht eingehend äußern, weil unsre Stellung bekannt ist, und weil wir wissen, daß neuerdings sich wieder eine Wandlung zum Bessern anbahnt. Es wird in dem Bericht unsrer Internationale festgestellt, welche Ursachen eine Wandlung der Reparationsfrage zum Bessern herbeigeführt haben. Daß das möglich gewesen ist, verdanken wir der Existenz der englischen Arbeiterregierung, die trotz ihres kurzen Wirkens einen Umschwung herbeiführen konnte, verdanken wir dem Wahlsieg der sozialistischen Partei in Frankreich und verdanken wir, wie im internationalen Bericht gesagt wird, dem tapfern Eintreten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Politik der Verständigung.

Wir werden auch nach dem Zustandekommen eines neuen Abkommens von Paris nicht erlahmen in unserm Kampf, die Reparationsfrage immer weiter zu verbessern.

Wir weisen in unsern internationalen Beschlüssen darauf hin, daß der Kampf um den Frieden sich nicht darauf beschränken darf, die Abrüstung herbeizuführen und durch Sicherheitsvereinbarungen kriegerische Gefahren zu bannen. Das Wirken der Sozialistischen Arbeiter-Internationale für einen engen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Völker aller Länder ist die denkbar stärkste Arbeit für den Frieden. Der Warenaustausch muß von Land zu Land gehen können ohne Hindernisse, die Arbeitsbedingungen müssen einheitlich geregelt werden, es darf nicht rückständige Industriegebiete geben in den alten Kolonialstaaten, wo der Kapitalismus billige Arbeitskräfte heranholen kann. Wir müssen die internationalen Kartelle und Truste unter internationale Kontrolle bringen. Wir müssen für eine internationale Reglung der Verteilung der Rohstoffe und Nahrungsmittel sorgen. Wir müssen die internationale Weltwirtschaft auch durch unsern Vorstoß beschleunigen und verwirklichen helfen.

Ich bitte das alles nur als Hinweis zu betrachten für das Studium der wertvollen Schriften, die unsre Internationale herausgegeben hat. Unsre Protokolle sind Handbücher geworden, die wir nicht nur für die internationale Politik notwendig brauchen, sondern die wir auch für die Politik im eignen Land nicht entbehren können.

Seit unsern letzten internationalen Tagungen sind die sozialistischen Parteien in Jugoslawien und in Litauen unterdrückt worden. Wir richten von unserm Parteitag aus unsre Blicke auf unsre Genossen in den Ländern ohne Demokratie, und wir versichern ihnen unsre wärmste Solidarität. Wir werden, wo immer es uns möglich ist, bestrebt sein, ihren doppelt schweren Kampf gegen Diktatur und Terror zu unterstützen.

Der Brüsseler Kongreß hat einen allgemeinen Appell an die Arbeiter aller Länder gerichtet. Er hat sich an die amerikanischen Arbeiter gewandt. Das amerikanische Kapital ist dem Kapital in Europa zu Hilfe gekommen. Es hat durch Hergabe von Geld den Kapitalismus in Europa sich wieder erholen lassen. Aber wir entbehren der Hilfe der amerikanischen Proletarier. In Amerika ist eine schwache Arbeiterbewegung. Das stellen wir nicht fest als eine Anklage. Wir kennen sehr wohl die Gesetze der ökonomischen und der sozialen Entwicklung in den Vereinigten Staaten.

Aber jetzt ist die Zeit gekommen, wo das amerikanische Proletariat viel klarer und entschiedener als bisher an dem Kampf unsrer Internationale teilnehmen muß. Wir können uns nicht damit abfinden, daß mit Zustimmung weiter Kreise der amerikanischen Arbeiterschaft dort die Häfen abgesperrt werden vor dem Zustrom der arbeitslosen Massen, die dort eine Existenz suchen wollen. Wir weisen den amerikanischen Arbeiter darauf hin, daß auch er auf die Dauer seine Lebenshaltung nicht verteidigen kann, isoliert vom internationalen Proletariat. Wir fordern den amerikanischen Arbeiter auf, in einer Front mit den Proletariern aller Länder zu kämpfen.

Wir wenden uns auch an die Proletarier im Osten, in China, in den Kolonialgebieten und auch an die Proletarier in Rußland, daß sie in ihrem Kampf um die Demokratie in ihren Ländern nicht erlahmen dürfen. Wir weisen darauf hin, daß auch für Rußland gilt, was in den übrigen kapitalistischen Staaten gegolten hat, daß auch Rußland, das durch den kapitalistischen Prozeß durchgehen muß, erst dann einen wirksamen proletarischen Kampf erleben wird, wenn das Proletariat über politische Rechte verfügt.

Wir rufen endlich die Arbeiter in Europa auf, die Spaltung in ihren Reihen zu überwinden und die Versuche der Bolschewisten, die Spaltung zu vertiefen und zu verewigen, als eine verbrecherische Politik zurückzuweisen. Ich glaube, es ist weder in den einzelnen Ländern noch international eine andre Arbeiterpolitik denkbar als die, die von der Sozialdemokratie betrieben wird,

und es ist eine verhängnisvolle Zersplitterung der Kräfte, neben der starken und leistungsfähigen Bewegung der sozialistischen Internationale noch eine aufrechtzuerhalten, die sich bolschewistisch nennt und die den Arbeitern durch ihre Taktik keine Erfolge, sondern nur Niederlagen bringt.

Ich schließe meine Ausführungen, indem ich an die Worte in unserm Manifest erinnere: Die Spaltung des Proletariats schwächt seine Kraft. Einigung der Arbeiterklasse wäre der neue Antrieb, der ihren Kampf um Frieden und soziale Freiheit unwiderstehlich machen würde. Durch die Einigung zum Sieg über den Kapitalismus und Imperialismus, durch die Einigung der Arbeiter aller Länder zur Eroberung der Macht und damit zum Sozialismus! (Beifall.)

Vorsitzender **Wittmaack:** Es ist beantragt worden, das Referat des Genossen Crispien ohne Debatte entgegenzunehmen. Wünscht jemand dagegen zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung:

Die Frau in Politik und Wirtschaft

Berichterstatterin Marie **Juchacz,** Berlin: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Materie, die ich zu behandeln habe, ist sehr groß, und es ist kaum möglich, sie in so ganz kurzer Zeit zu bewältigen. Irgendwo habe ich in den letzten Tagen etwas gelesen, was ich in meinen Ausführungen voransetzen möchte:

„Wenn auch anzunehmen ist, alles sei bereits gesagt, so darf man doch keineswegs folgern, daß auch alles gehört und verstanden sei. Daher ist alles wieder von neuem zu sagen."

(Sehr richtig!) Ich glaube, daß das für die Frauenfrage besonders gilt. Wir haben zu prüfen: welche bewußte Einstellung hat die Frau ganz allgemein zur Politik, in welcher Art wird das politische Denken und Fühlen der Frauen von äußern Lebensumständen, d. h. von den allgemeinen geistigen Strömungen, von der sozialen Struktur und vor allem vom Wirtschaftsleben beeinflußt. Die Aufgabe, die ich heute vor Ihnen lösen soll, hat mich veranlaßt, längst Gesagtes wieder nachzulesen: den „Vorwärts" der frühern Zeit, die alten Bände der „Gleichheit", Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus", Lily Brauns „Frauenfrage". Vergleichen wir diese alte Literatur mit der neuen ernsthaften Buch- und Zeitschriftenliteratur, so kommt man immer wieder aufs neue zu der Erkenntnis, daß entscheidend in der Frauenfrage war und ist, die wirtschaftliche Lage der Frauen.

Jedes Urteil über den Umfang und die mehr oder weniger intensive Anteilnahme der Frauen am politischen Leben muß von der wirtschaftlichen Lage der Frauen, von ihrer Beteiligung am Wirtschaftsleben ausgehen. Verschafft man sich diesen Ueberblick nicht, so kommt man in der Frauenfrage zu Fehlschlüssen. Bebel hat gesagt:

„Alle soziale Abhängigkeit und Unterdrückung wurzelt in der ökonomischen Abhängigkeit des Unterdrückten vom Unterdrücker. In dieser Lage befindet sich von früher Zeit an die Frau. Das zeigt uns die Geschichte."

Um die Beteiligung der Frauen am Wirtschaftsleben zu überschauen, bietet uns heute die Statistik schon sehr gute Uebersichts- und Vergleichsmöglichkeiten. Am 1. Juni 1925 gab es im Deutschen Reich 11 477 000 erwerbstätige Frauen. Das ist im Verhältnis zu einem 62-Millionen-Volk sicherlich eine so große Zahl, daß sie unbedingt von uns beachtet werden muß, zumal wir ja eine dauernde Steigerung der Frauenerwerbsarbeit wahrnehmen können. Aber diese Zahl, die sich bis 1927 noch gesteigert hat, demonstriert schon allein die ungeheure volkswirtschaftliche Bedeutung, die die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland hat.

Nun werfe ich die Frage auf: hat die Frauenarbeit ihre Bedeutung erst, seitdem sie Erwerbsarbeit ist? Wir mögen die alte und die neue Fachliteratur verfolgen, die die Gegner und die Freunde des Sozialismus herausgegeben haben, immer kommt man zu dem Schlusse: die Arbeit der Frau ist stets eine Notwendigkeit im Leben der Völker gewesen. Sie kann gar nicht entbehrt werden. Sie ist nur Umwandlungen unterworfen, die mit der Umwandlung der Wirtschaft Hand in Hand gehen. Die Frauenarbeit muß im Zeichen der Geldwirtschaft eine andre sein, als sie zur Zeit der Naturalwirtschaft gewesen ist; sie muß zur Zeit der Industrialisierung anders sein, als zur Zeit des Handwerks. Wir haben es hier mit einem volkswirtschaftlichen und soziologischen Problem zu tun, mit dem wir noch lange nicht fertig sind. Lily Braun hat geschrieben:

„Die Arbeit die Befreierin des Weibes? Welcher Mensch, der heute die Arbeit der Proletarierin betrachtet, sieht nicht vielmehr in ihr eine Sklavenkette, schwerer, einschneidender als die irgendeines Galeerensträflings?"

Es sind die Arbeitsbedingungen, die sie dazu gestalten, die Arbeitsbedingungen, die der Kapitalismus diktiert, die den tiefen Riß in das Frauenleben hineingebracht haben, den Konflikt zwischen Beruf und Mutterschaft. Die Frauenberufsfrage war überhaupt die treibende Kraft der Frauenbewegung, und sie ist es auch heute noch in starkem Maße. Sie ist von den Berufsinteressen in weitestem Sinne beeinflußt, nicht nur vom Standpunkt der Existenz aus. Sie ist auch ein Stück Lebensinhalt und Lebenserfüllung für die Frau von heute geworden. Ein Beispiel! Bei der Gründung des Bundes deutscher Frauenvereine traten unter Führung von Luise Otto Peters 34 Frauenvereine zusammen, die sich in der Hauptsache mit Berufsinteressen beschäftigten. Heute sind es 77 mit mehr als 1 Million Mitgliedern und mit einem Nebeneinander von Berufsverbänden und solchen mit besondern Spezialaufgaben. Wir sehen also, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung nicht etwa allein eine Bewegung der Frauen darstellt. Diese Million Frauen, deren Lebensinteressen mit ihren Berufsinteressen auf das allerengste verbunden sind, macht sich im öffentlichen Leben wohl bemerkbar. Außerdem ist der Katholische Frauenbund mit 250 000 Mitgliedern vorhanden, ferner der Evangelische Frauenbund mit 200 000 Mitgliedern.

Aber kommen wir zu der Frage der Erwerbstätigkeit! Die Zählung von 1925 hat eine Dreiteilung des Systems getroffen. Sie unterscheidet in Erwerbstätige, in Ehefrauen ohne Hauptberuf und in Angehörige. Die Zählung ist gegenüber denen früherer Zeiten dadurch spezialisierter geworden. Sie erfaßt nicht nur die erwerbstätigen Frauen schlechthin, sondern sie erfaßt zum erstenmal in Deutschland auch die Frauen, die ihren Hauptberuf in der Hauswirtschaft sehen oder sehen müssen, also im eignen Haushalt. Wir haben 1882, 1895, 1907 und 1925 je eine Berufszählung gehabt. Wenn wir diese Berufszählungen vergleichen, können wir ein dauerndes Anwachsen der Industrialisierung Deutschlands feststellen, ferner eine Zunahme der Erwerbstätigen absolut und relativ, also eine stärkere Verproletarisierung des deutschen Volkes. Wir können weiter eine im Verhältnis zur Zunahme der erwerbstätigen Männer noch größere Zunahme der erwerbstätigen Frauen feststellen. Schon von 1895 bis 1907 hatte sich fast eine Verdopplung der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen, der Witwen und geschiedenen Frauen ergeben. Etwas andres ist bei der Berufs- und Volkszählung von 1907 noch festgestellt worden, nämlich zum erstenmal eine bedeutende Abnahme des Frauenüberschusses in Deutschland um rund 154 000 Frauen; die noch vorhandenen überzähligen Frauen konzentrierten sich auf die ältern Jahresklassen. Das ist eine Tatsache, die für das soziale Frauenleben von absoluter Bedeutung ist. Diese Abnahme des Frauenüberschusses war in starkem Maße der Verminderung der männlichen Auswandrung zu danken, und die Verminderung der männlichen Auswandrung

hing wieder zusammen mit der geradezu beispielslosen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in der Vorkriegszeit.

Diese zahlenmäßige Entwicklung ist durch den Krieg in ihr Gegenteil verkehrt worden. 1925 zählten wir 62,5 Millionen Einwohner, darunter rund 32 350 000 Frauen und 30 120 000 Männer. Wir hatten vor dem Kriege einen weiblichen Ueberschuß von nicht ganz 800 000, der sich auf ältere Jahrgänge konzentrierte; nach dem Kriege hatten wir einen Frauenüberschuß von 2¼ Millionen, davon ein überwiegender Teil den jüngern und mittlern Jahresklassen angehörig. Rechnen Sie dazu noch den Ausfall an Schwerkriegsbeschädigten und das Anwachsen der männlichen Auswandrer, dann muß Ihnen die soziologische Tragweite dieser Bevölkerungsverschiebung doch Grund zur Ueberlegung geben.

Soweit die Industrie in Frage kam, waren die Frauen vor dem Krieg in der Hauptsache dort beschäftigt, wo die technische Arbeitsteilung es bequem ermöglichte. Während des Krieges fand ein Einspringen der Frauen auch da statt, wo die Art der Arbeit bisher noch als Domäne des Mannes gegolten hatte. Schon 1915 verrichteten die Frauen in der Landwirtschaft bis dahin ausgesprochene Männerarbeit. 1916 waren Frauen im Bergbau, in der Schwerindustrie, im Maschinenbau, im Eisenbahndienst, als Kutscher, Schaffnerinnen tätig; die ersten weiblichen Chauffeure tauchten auf usw. In einem oberschlesischen Hüttenwerk wurden Frauen auf ihren Wunsch nur nachts beschäftigt, weil sie dann am Tag immerhin die Kinder und den Haushalt versorgen konnten. Solcher Fälle hat es eine ganze Reihe gegeben. Sie sind glücklicherweise Episoden geblieben. Ich will nun nicht etwa behaupten — ich weiß, daß es auch die Frauen im allgemeinen nicht tun —, daß in allen Erwerbszweigen, in denen die Frauen tätig gewesen sind, sie sich nun auch ganz hervorragend bewährt haben. Das wäre ganz falsch. Die Frau eignet sich zu einer ganzen Anzahl von Tätigkeiten ganz besonders, und zu andern Tätigkeiten wieder weniger gut. Das ist bei den Männern genau so der Fall. Dr. Walter Chemnitz hat in einer Arbeit, die eigentlich mehr Registrierarbeit gewesen ist, aber sich auf amtliche Akten stützt, festgestellt, daß in keinem andern der kriegführenden Staaten so wie in Deutschland die Arbeit der Frauen und Jugendlichen gebraucht worden ist, weil allen andern Staaten die amerikanische Wirtschaft zur Verfügung gestanden hat. Das Material aus dem Kriege ist ja nicht wissenschaftlich verarbeitet worden, es ist vielleicht — diese Zeit liegt hinter uns — auch nicht so erfreulich, sich damit zu beschäftigen. Bei den gesundheitlichen Folgen der damaligen Arbeit sprachen auch andre Momente mit. Es waren die Not, die Entbehrung, der Hunger, vor allem die Sorge und die Angst, die rein zeitliche, aber auch die physische Ueberlastung, die die Folgen gesundheitlicher Art für die Frauen mit sich brachten. Die Folgen für die Jugend sind uns allen auch ohne besondere Statistiken sichtbar geworden.

1907 hatten wir rund 8¼ Millionen erwerbstätiger Frauen. Die Steigerung bis 1925 ist ungeheuer. 1927 sollen es schätzungsweise nach Gewerbeaufsichtsberichten usw. 12 Millionen gewesen sein. Wir haben neben diesen 11,5 Millionen erwerbstätiger Frauen ca. 9 Millionen Ehefrauen, die sich als Ehefrauen ohne Hauptberuf eingezeichnet haben.

Für den Sozialismus und ganz besonders für unsre heutige Betrachtung ist es wichtig, sich einmal die soziale Struktur der Bevölkerung und insbesondere die der Frauenarbeit anzusehen. Der Bearbeiter einer Statistik kann sich selbstverständlich nur nach äußern Merkmalen orientieren. Ich habe mir einmal das Zahlenmaterial von Woytinsky zur Prüfung vorgenommen. Woytinsky unterscheidet Selbständige und Lohnarbeiter; unter den wirtschaftlichen Selbständigen versteht man die Eigentümer eines Unternehmens, die Geschäftsführer, Direktoren, leitenden Beamten, Handwerksmeister und Hausgewerbetreibenden. Zu den letzten beiden Gruppen gehört, der sozialen Schichtung nach, die große

Zahl der Frauen, die bei der Berufs- und Gewerbezählung als „mithelfende Familienangehörige" bezeichnet sind. Mithelfende Familienangehörige sind Frauen, erwachsene Kinder, die in dem Betrieb, dem sie als Familienmitglieder angehören, mitbeschäftigt sind. Sie sind berufsstatistisch absolut richtig als unselbständig mitgezählt worden; wir aber müssen uns darüber klar sein, daß diese als unselbständige Arbeiter, als mithelfende Familienangehörige erfaßten Frauen, ihrer sozialen Schichtung nach, nicht absolut den Lohnarbeitern in dem Sinne zuzuzählen sind, daß wir darunter unter allen Umständen schlechthin proletarische Existenzen zu verstehen haben. Woytinsky knüpft an seine Tabellen folgende Betrachtung:

„Es handelt sich hier zu einem großen Teil um die Söhne und künftigen Hoferben, um die Töchter und Ehefrauen, die hauptberuflich in der Landwirtschaft mithelfen. In der Industrie und im Handwerk sind es hauptsächlich die in den Bäckereien, Schlächtereien, Verkaufsläden usw. mithelfenden Ehefrauen."

Größere Bedeutung hat auch die mithelfende Frauentätigkeit im Handel. Auch hier sind viele überwiegend als „helfend" gezählt worden. Woytinsky schlußfolgert nach seiner entsprechenden Tabelle:

„Hier haben wir endlich die authentische Lösung des Problems über die Größe des Proletariats in Deutschland. Es lebten in Deutschland vom Verkauf ihrer Arbeitskraft: Arbeiter-Männer 14 781 500, Frauen 6 251 500." Dabei sind die Hausangestellten mit hineingenommen; wir haben ca. 21 Millionen, die absolut als Lohnarbeiter anzusprechen sind.

Das Hauptgebiet der selbständigen Arbeit, aber auch das Hauptgebiet der Frauenarbeit liegt in der Land- und Forstwirtschaft. In der Landwirtschaft dominiert geradezu zahlenmäßig die Frau. Hier ist aber auch die Frau, soweit sie als mithelfend in Frage kommt, nach der Berufszählung durchaus vorherrschend, nämlich mit einer Zahl von fast 5 Millionen mithelfenden Frauen und Arbeiterinnen. Sie haben auf diesem Parteitag den Beschluß gefaßt, eine agrarpolitische Zentralstelle einzusetzen. Wir wissen alle ganz genau, daß die Existenzen auf dem Lande, die nach der Berufszählung als selbständig gezählt worden sind, durchaus nicht alle unabhängig sind, daß sie im Gegenteil mit ihrer ganzen Existenz vom Kapitalismus abhängen, daß sie durchaus ein Rekrutierungsgebiet für die Sozialdemokratie darstellen, weil ihre Interessengebiete ganz andre geworden sind als in früherer Zeit.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit dieser Frauenerwerbsarbeit besonders hinweisen. Zuletzt will ich nicht versäumen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Kinderarbeit auf dem Lande noch in großem Umfange stattfindet und unsre ganze Energie zur Abhilfe wachrufen müßte. Es ist durch die Berufszählung 1925 festgestellt worden, daß noch rund 400 000 Kinder in der Landwirtschaft direkt um des Geldverdienens willen arbeiten müssen, darunter ungefähr die Hälfte unter 14 Jahren.

Unter dem Titel „Die Macht der Frau" ist in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ein Artikel erschienen, der eine gute Uebersicht über die selbständige Tätigkeit der Frau in der modernen Wirtschaft gibt. In diesem Artikel ist, soviel ich sehen kann, unwidersprochen festgestellt worden, daß heute in der kapitalistischen Wirtschaft von Frauen schon 990 Millionen Reichsmark verwaltet werden. Das sind 7 Prozent des in der Industrie arbeitenden Kapitals. Es handelt sich hierbei nur um selbständig in der Industrie als Betriebsunternehmer und Leiter arbeitende Frauen. Der Artikel stellt fest, daß es sich tatsächlich hier um eine Macht der Frau im Fabrikationsprozeß handle, daß Frauen als Aktienbesitzer fungieren, an den Generalversammlungen teilnehmen usw., daß 20 Betriebe in Deutschland von mehr als 50 Köpfen von Frauen als alleinigen Besitzern verwaltet werden. In dem Artikel wird weiter dargelegt, daß eine Steigerung dieser Entwicklung nicht nur in Deutschland,

sondern auch in England und Amerika vorhanden ist. Der Verfasser versucht weiter an der Gehaltstabelle nachzuweisen — was auch zu gelingen scheint —, daß der prozentuale Anteil an gehobenen und leitenden Frauenexistenzen ebenfalls wächst.

Die meisten Frauen sind in der Landwirtschaft tätig. Trotz der Bedeutung der Frauenarbeit in der Landwirtschaft müssen wir aber nach der letzten Berufszählung eine, wenn auch nicht zahlenmäßige, so doch prozentuale Abnahme feststellen. Auf 100 Frauen waren 1907 noch 47, 1925 nur noch 43,3 in der Landwirtschaft beschäftigt. Dagegen finden wir in der Industrie und im Handwerk eine absolute und relative Steigerung von 22,6 auf 25,4 Prozent. Eine ganz besondere Steigerung ergibt sich im Handel und Verkehr. Verwaltung und freie Berufe partizipieren ebenfalls zahlenmäßig an der Steigerung von 1,7 auf 2,5 Prozent. Ich erwähne das deshalb, weil durch diese Arbeit auf die Gestaltung unsers sozialen Lebens ein wichtiger Einfluß ausgeübt wird. Auch beim Gesundheitswesen ist eine starke Steigerung der Frauenarbeit von 1,5 auf 2,6 Prozent vor sich gegangen. Eine Ausnahme bildet die Kategorie der häuslichen Dienste, wo absolut und relativ eine Abnahme (von 17 auf 12,5 Prozent) festzustellen ist. Wir haben schon 1907 eine Abnahme der weiblichen Hausangestellten als der einzigen weiblichen Berufsgruppe festgestellt, die nicht nur den Bestand von 1895, sondern sogar den von 1882 unterschritten hatte. Das läßt Schlüsse auf die Aenderung unsrer ganzen wirtschaftlichen Struktur zu. Es deutet nicht nur auf eine Aenderung in der sozialen Struktur hin, sondern auch auf eine Umgestaltung unsrer Lebensformen. Der persönliche Bedarf des Tages, also die Nahrungsbereitung, ist heute auch in starkem Maß industrialisiert, wie es die Ziffern der Nahrungs- und Genußmittelindustrie — Männer- und Frauenarbeit zusammengenommen — zeigen.

Der Frauenanteil beträgt in der Textil- und in der Bekleidungsindustrie über die Hälfte. Beim Handel und Verkehr sind die Frauen am stärksten beteiligt in der Gast- und Schankwirtschaft. Auch in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind die Frauen ziemlich stark vertreten. Sie dominieren noch im Reinigungsgewerbe. Eine starke Bedeutung hat auch die Frauenarbeit im Einzelhandel, ganz besonders beim Lebensmittel-, Kleider- und Wäschehandel mit etwa ⅔ aller beschäftigten Frauen. Aber es handelt sich auch hier in der Hauptsache um mithelfende Ehefrauen von Betriebsleitern. Ein Teil ist auch als Verkäuferinnen im Angestelltenverhältnis im Einzelhandel tätig. Aber die Gruppierung der Frauen beweist deutlich, daß mit der fortschreitenden Industrialisierung die Frauen der Arbeit, die sich vom Haus entfernte, nachziehen mußten.

Ueber einen ganz besondern Aufschwung im Angestelltenberuf berichtet der Afa-Bund in seinem Jahresbericht. Er sagt, daß die Zahl der weiblichen Angestellten seit 1907 ungeheuer zugenommen hat, und zwar hat sich die Zahl der Frauen im Angestelltenberuf um 224 Prozent vermehrt. Die Männer weisen eine Steigerung von 104 Prozent auf — auch eine ungeheure Steigerung. Das hängt zusammen mit der Entwicklung, die Handel und Verkehr in Deutschland genommen haben. Die Schlußfolgerung aus dem Bericht des Afa-Bundes möchte ich wörtlich zitieren. Es heißt dort:

> „Während sich die Zahl der männlichen Angestellten verdoppelt hat, ist die der weiblichen um das Dreieinviertelfache gestiegen. Wenn man damit vergleicht, daß die Zahl der Frauen im gleichen Zeitraum um 16 Prozent, die der weiblichen Erwerbstätigen um 35 Prozent zugenommen hat, so zeigt sich bei den weiblichen Angestellten eine ganz außergewöhnliche Steigerung."

1907 war das Verhältnis so, daß auf 100 Angestellte 75 Männer und 25 Frauen kamen. 1910 kamen 66 Männer und 34 Frauen auf 100 Angestellte. Der Bericht sagt weiter:

> „Trotzdem wäre es auch hier nicht zutreffend, daraus auf eine Verdrängung der männlichen Angestellten zu schließen, denn auch die männliche Angestelltenschaft ist über das Maß der Bevölkerungszunahme gewachsen, und dem Mehrbedarf an Arbeitskräften besonders durch den vergrößerten Handelsapparat stand auf der weiblichen Seite ein weit größeres Reservoir zur Verfügung."

Dies zum Umfang der Erwerbsarbeit, zur sozialen Schichtung, zur Berufsgliederung!

Fest steht, daß auch die Tätigkeit der Nur-Hausfrauen eine ganz besondere volkswirtschaftliche Bedeutung hat. Wenn man die große Ziffer der Frauenerwerbsarbeit vor sich sieht, könnte man leicht zu einer Unterschätzung des Hausfrauenberufs kommen. Ich hoffe aber, daß das in unserm Kreis nicht der Fall sein wird, sondern die Hausfrauen mehr und mehr die Einschätzung erfahren, die sie wirklich verdienen. Leider kann ich keine Ziffern über die Zahl der Hausfrauen angeben, die für ihre erwerbstätigen Familienangehörigen die ganze Versorgungsarbeit zu leisten haben. Ich kann auch nicht angeben, welcher Teil unsers Volksvermögens täglich durch die Hände der Hausfrauen rollt. Sicher aber ist, daß es Pflicht der Sozialdemokraten ist, dafür zu sorgen, daß die Hausfrauentätigkeit in Deutschland und überall die Wertschätzung erhält, die sie im Rahmen des volkswirtschaftlichen Lebens verdient. Das hängt mit der Einschätzung der Frau schlechthin auf das allerengste zusammen.

Nun noch die Frage der Berechtigung der verheirateten Frau zur Berufsarbeit. Es klingt absurd, wenn eine Sozialdemokratin auf einem Parteitag eine solche Frage aufwirft, und doch muß es geschehen. Das Recht der Frau und insbesondere der verheirateten Frau auf Erwerbsarbeit ist heute in der Führung der Partei- und Arbeiterbewegung nicht umstritten. Wir haben trotzdem genau gewußt, warum wir auf die Feststellung dieser Selbstverständlichkeit im sozialdemokratischen Programm einen solchen Wert gelegt haben. Daß die Frauenerwerbsarbeit eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist, können wir aus der wirtschaftlichen Entwicklung feststellen. Wir wissen, daß unerbittliche wirtschaftliche Not, daß der Hunger die verheirateten Frauen in die Erwerbsarbeit hineingetrieben haben, wir wissen aber auch, daß das Wirtschaftsleben heute gar nicht auf die Frauenerwerbsarbeit verzichten kann. Bebel hat einmal festgestellt, und auch von andern, Lily Braun, Marx, Engels usw., ist es anerkannt worden, daß die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau einen immer größern Raum in unserm Wirtschaftsleben einnimmt. Bebel sagte:

> „Besonders sind es die Männer der höheren Schichten, die gegen die weibliche Konkurrenz am erbittertsten sind und sie am heftigsten bekämpfen. Daß auch Arbeiter den Ausschluß der Frauenarbeit fordern, kommt nur ausnahmsweise vor. Als z. B. ein solcher Antrag im Jahre 1876 auf einem französischen Arbeiterkongreß gestellt wurde, erklärte sich die große Mehrheit dagegen. Seitdem aber hat gerade unter den klassenbewußten Arbeitern aller Länder die Auffassung, daß die Arbeiterin ein gleichberechtigtes Wesen sei, gewaltige Fortschritte gemacht, was insbesondere die Beschlüsse der internationalen Kongresse zeigen. Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige ökonomische Entwicklung die Frau zwingt, sich zum Konkurrenten des Mannes aufzuwerfen. Er weiß aber auch, daß die Frauenarbeit zu verbieten ebenso unsinnig wäre wie ein Verbot der Anwendung von Maschinen. Und so trachtet er danach, die Frau über ihre Stellung in der Gesellschaft aufzuklären, sie zur Mitkämpferin im Befreiungskampf des Proletariats zu erziehen."

Dieselben Triebkräfte, Hunger und Not, die die Frau in die Erwerbsarbeit treiben, auch dann, wenn die Arbeitslast, die sie außer der Erwerbsarbeit zu tragen hat, schon groß genug ist, sind es, die heute in den Betrieben die Berechtigungsfrage für die Arbeit der verheirateten Frau aufwerfen. Die

Kriegszeit wirkt in der Mentalität der Arbeiter nach. Die übermäßige Anstrengung der Frauen erzeugt in ihnen selbst den Wunsch, nicht in die Fabrik, nicht auf das Land zur Erwerbsarbeit gehen zu müssen.

Daß die Frauenerwerbsarbeit augenblicklich auch in der Arbeiterschaft eine ziemlich umstrittene Frage ist, beweisen eine große Zahl von Artikeln und Zuschriften an Frauenzeitschriften, z. B. auch der freigewerkschaftlichen „Frauenzeitung" und hier und da auch der Tagesblätter. In Frauenzusammenkünften der verschiedensten Art beschäftigen sich die Genossinnen sehr intensiv mit diesem Thema.

Der Konkurrenzkampf der Geschlechter wird unter der Arbeitslosigkeit naturgemäß schärfer.

Wie aber doch die Mentalität der Gesamtbevölkerung sich schon auf die Frauenerwerbsarbeit eingestellt und sie als selbstverständlich angesehen hat, dafür finden wir den Beweis in der deutschen Reichsverfassung, wo es heißt:

Artikel 109: Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Dieser Grundsatz bezieht sich nicht nur auf das freie Staatsbürgerrecht, sondern auf alle Lebensäußerungen, ganz besonders wenn man das mit Artikel 128 kombiniert, der das Recht und die Pflicht der Staatsbürger nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zur Uebernahme der öffentlichen Aemter vorsieht und die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigen will. Diese Bestimmung, die bisher auf dem Papier gestanden hat, ist erst in neuester Zeit w i e d e r durchgeführt worden.

Wie umstritten gegenwärtig aber doch die Frage ist, zeigt der Antrag 160. Er unterstreicht eine Selbstverständlichkeit, die bereits im Programm steht. Er mußte eingebracht werden, weil die Anzeichen darauf hindeuten, daß die Freiheit der Frauenerwerbsarbeit von gewissen Teilen der Arbeiterschaft mindestens im Augenblick nicht ganz verstanden wird.

Als einen Beweis dafür zitiere ich das Jahrbuch des ADGB., das sich sehr intensiv mit dieser Frage beschäftigt und folgende Stellung einnimmt:

„Wo die Frage der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau praktisch entschieden wird, nämlich in den Betrieben, sind aber meist die unverheirateten Frauen noch schärfere Gegner der Arbeit verheirateter Frauen als die Männer. Unverheiratete Frauen sehen hier die unmittelbaren Konkurrentinnen. Aber auch die Männer fordern oft die Entlassung verheirateter Frauen mit der Begründung, die Stellen könnten mit Familienvätern besetzt werden, die für ihre Frauen und Kinder Lohn und Brot erwerben müßten."

Es ist durch die Gewerbeaufsichtsberichte 1927 festgestellt worden, daß die Fabrikarbeit der Frauen nicht von dem Willen der Frauen abhängig ist, sondern von ihrer Notlage. Weiter ist, was wir schon vor dem Kriege wußten, festgestellt worden, daß man die verheiratete Frau heute in starkem Maße zu unangenehmen, sehr schweren, gesundheitsschädlichen Arbeiten in Hitze und Staub heranzieht und sie leichter dazu bekommt als die unverheirateten Frauen. Das läßt Rückschlüsse auf die soziale Not zu, die bei der verheirateten Frau in erster Reihe mitwirkt. Die unverheiratete Frau ist freizügiger, hat die größere Auswahl unter den Arbeitsgelegenheiten, während die verheiratete Frau stärker an den Ort gebunden ist, wo sie Mann und Kinder nicht verlassen kann. — Ich ziehe aus diesen Feststellungen nun nicht etwa den Schluß, daß wir zu einer gesetzlichen Einschränkung der Frauenarbeit kommen müßten. Auch in dem Jahrbuch der Gewerkschaften und in Hamburg ist zum Ausdruck gekommen, daß man nicht zu einem solchen Schlusse kommen kann. Außerdem verweise ich auf die erst im März dieses Jahres gefaßte Entschließung des Gewerkschaftsbundes.

Schon im 14. Jahrhundert gab es Frauenerwerbsarbeit, die genau so wie die Männerarbeit in Zünften und Gesellenvereinigungen der verschiedensten

Art organisiert war. Der Kampf der Männer gegen die Frauenarbeit hat in der Zeit des frühen Kapitalismus eingesetzt und zum Siege geführt. Aber wehe den Besiegten, so kann man auch hier sagen. Der Kampf gegen die Frauenzünfte hat auch den Untergang der Männerzünfte mit herbeigeführt. Die Frauenarbeit ist in die Heimarbeit gedrängt worden. Die Spinnerinnen, Weberinnen, Stickerinnen usw. sind von den damals aufkommenden Unternehmern in der Heimarbeit beschäftigt worden, der daraus entstehende Lohndruck erschwerte die Lage der kämpfenden Gesellen sehr stark, ebenso aber auch die Lage der Zunftmeister.

Das in diesen Kämpfen erfolgte Unehrlicherklären der Frauenarbeit hat sich bis in die jüngste Zeit hinein ausgewirkt. Manche der ältern von Ihnen werden sich noch erinnern, daß vor 20, 25 Jahren die Fabrikarbeiterin als zweitklassig, drittklassig bezeichnet wurde. (Sehr richtig!) Diese Frauen standen nicht hoch im allgemeinen Ansehen. Es hat erst, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung, des sozialpsychologischen Gesundungsprozesses bedurft, bis die freie Arbeiterin der heutigen Zeit mit ihrem stärkeren Selbstbewußtsein erstand und eine größere soziale Anerkennung erhielt.

Wir können die Frauenarbeit gar nicht durch gesetzliche Maßnahmen einschränken wollen. Wir können sie höchstens durch sozialpolitische Maßnahmen regulieren. Sozialpolitische Maßnahmen wirken sich niemals als Zwang aus. Durch die wirtschaftlichen Beihilfen, die mit jeder gesunden sozialpolitischen Maßnahme verbunden sind, würden sie auf den Arbeitsmarkt regulierend wirken.

In allerengster Verbindung mit der Frauenerwerbsarbeit steht die Lohnfrage, die Berufsausbildung, der sozialpolitische Sonderschutz für Frauen. Auch über die Lohnfrage ist eine große Literatur vorhanden. Dr. Agnes Karbe spricht in einer Studienarbeit davon, daß es z. B. „im späten Mittelalter, in dem die Frauenarbeit durch die Zunftregeln eingeengt war, eine Lohnfrage nicht gegeben hat. Die Arbeit der Frauen im Hausgewerbe sei quantitativ bedeutend gewesen, aber die Ware wurde gleich bezahlt. Im Ringen zweier Wirtschaftsordnungen sei die Frauenarbeit degradiert worden und die Frauenlohnfrage entstanden". Diese Degradation der Frauenarbeit hat die Wirkungen gehabt, von denen ich schon vorher gesprochen habe.

Daß die Frauenarbeit internationale Bedeutung hat, muß ich in diesem Zusammenhang auch erwähnen. Die Frauenlohnfrage spielt infolgedessen auch international eine Rolle. Aus einer Statistik in der gewerkschaftlichen Frauenzeitung geht hervor, daß in Dänemark, Norwegen, Schweden, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Australien die Durchschnittslöhne der Frauen im Verhältnis zu den Männerlöhnen in den letzten Jahren eine kleine Steigerung erfahren haben. Aber immer ist es so, daß die Frauenlöhne nur einen Teil der Männerlöhne ausmachen. Bei den deutschen Industriearbeiterinnen ist das gleiche festgestellt worden. In der Metallwarenindustrie z. B. beträgt der Lohn der Frauen nur 54 Prozent des Männerlohns, in der Textilindustrie 71 Prozent. Ich gebe Ihnen nur die untere und die obere Grenze an. Auch der Deutsche Fabrikarbeiterverband stellt eine ähnliche Steigerung fest. Auch hier sind es bescheidene Steigerungen im Verhältnis zu den Männerlöhnen, aber sie deuten in der Linie auf eine Verminderung der Spanne zwischen dem Männer- und Frauenlohn.

Wie aber die Einstellung zur Entlohnung der Frauenarbeit in Unternehmerkreisen noch ist, dazu eine kleines Beispiel. In den Glashütten werden Frauen bekanntlich nur mit Hilfsarbeiten beschäftigt. Das Blasen oder Pressen der glühenden Masse geschieht natürlich durch Männer. Das Eintragen in die Kühlöfen erfolgt in der Regel durch jugendliche m ä n n l i c h e Hilfskräfte. Für Frauen ist diese Arbeit durch Bundesratsverordnung vom März 1902

verboten, erstens aus gesundheitlichen, zweitens aus sittlichen Gründen. Die sittlichen Gründe sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß man bei solcher Hitze nur mit ganz geringer Bekleidung arbeiten kann. Jetzt ist Mangel an diesen jugendlichen Einträgern vorhanden. Der Grund ist klar, es ist der Geburtenrückgang, der sich bei der jüngern Schicht auszuwirken anfängt. Die Jugendlichen sind wohl auch zum Teil abgewandert, weil ihnen diese Arbeit nicht mehr behagt. Die Frauen, die, wenn sie verheiratet sind, nicht so freizügig sind, sollen in die Bresche springen. Es sind Bewilligungsgesuche an das Ministerium für Handel und Gewerbe gemacht worden. Es hat eine Besichtigung stattgefunden. Die Erlaubnis ist vorübergehend unter ganz besonderen Bedingungen erteilt worden. Darauf wurde der Unternehmer gefragt, wie er sich die Bezahlung der Frauen denke, worauf prompt die Antwort erfolgte: „Natürlich wie die der andern Arbeiterinnen!" Die jugendlichen Hilfskräfte haben aber einen bedeutend höhern Lohn erhalten. (Hört, hört!) Für den Betriebsleiter ist es aber selbstverständlich, daß die Frauen nur wie die andern Arbeiterinnen bezahlt werden sollen.

Nun aber die Frage: Wie greifen wir regulierend in den Arbeitsmarkt ein mit einer Ausgestaltung unsrer sozialen Gesetzgebung? Es ist durch Hunderte von Statistiken alter und neuer Zeit, wie ich mich jetzt bei den Vorarbeiten wieder überzeugen konnte, festgestellt worden, daß, je größer die Familienzahl wird, besonders die der Kinder, die noch zur Schule gehen, um so stärker wird das wirtschaftliche Bedürfnis der Frau nach Erwerbsarbeit. Das ist vom Standpunkt der allgemeinen Volksgesundheit und vom sozialistischen und Gerechtigkeitsstandpunkt aus absolut falsch. Daß es hier keine Möglichkeit gibt, durch eine besondere sozialpolitische Regelung die Mütter von zwei, drei und vier Kindern auf Wunsch von der Fabrikarbeit oder, wenn sie diese aus Familienrücksichten nicht mehr verrichten können, von der Heimarbeit zu befreien, ist doch schlimm. Das Familieneinkommen müßte in einem bestimmten Verhältnis zur Zahl der Köpfe stehen, die von diesem Familieneinkommen zehren müssen. Eine Lösung kann man nicht aus dem Handgelenk schütteln, aber wir müssen heute einer Lösung näherkommen. Die Gewerkschaften lehnen den Soziallohn ab. Mit Recht! Denn in einem Lande, in dem, wie in Deutschland, die Arbeitslosigkeit zu einer stetigen sozialen Erscheinung geworden ist, verbietet sich eine solche Regelung schon allein deshalb — die andern Gründe brauche ich deswegen nicht erwähnen —, weil man damit die Familienväter treffen würde. In Frankreich hat man den Soziallohn schon in ziemlich weitgehendem Maße, wie das Burgdörfer statistisch festgestellt hat. Dort haben sich einzelne Unternehmer zusammengeschlossen, um eine solche Familienhilfe neben der staatlichen Hilfe zu zahlen. Burgdörfer führt das auf bevölkerungspolitisch-patriotische Rücksichten zurück. Ich glaube aber bestimmt, daß die Beweggründe, die die Unternehmer zu dieser Maßnahme geführt haben, auf Frankreichs Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen sind. Es sind dies die Folgen des langjährigen Geburtenrückgangs. Die Unternehmer wollen sich mit solchen Mitteln in Zukunft, d. h. für die nächste und übernächste Generation, die Arbeitskräfte sichern, die sie für die Fortführung ihrer Betriebe nötig zu haben glauben.

Wir müssen eine gute Berufsausbildung der Frauen haben. Wir Sozialdemokraten sprechen und stimmen in den gesetzgebenden Körperschaften dafür. Die Berufsausbildung muß aber auch in der Praxis von uns gefördert werden. Aber bitte bedenken Sie, daß die Berufsausbildung im engsten Zusammenhang mit der Einstellung der Arbeiter und Angestellten zur Berufs- und Erwerbsarbeit der verheirateten Frau steht. Die Absicht, das Mädchen einer richtigen Ausbildung entgegenzuführen, muß an der sichtbaren Schwierigkeit für die verheiratete Frau scheitern, im spätern Leben ihre Berufskenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden. In dem Bericht des Afa-Bundes heißt es:

„Daß die weiblichen Angestellten in der Mehrzahl die untergeordnete Stufe einnehmen, liegt nicht ausschließlich an der Gehaltspolitik der Unternehmer. Auch die schlechtere Schulung und dadurch die geringeren Aufstiegsmöglichkeiten spielen eine Rolle. Die wichtigste Voraussetzung für die bessere Bezahlung der Frauen ist die gründlichere Vorbereitung für den Beruf. Die Berufsausbildung der Frau, vom schulentlassenen Mädchen an, wird im allgemeinen oberflächlicher betrieben als die des gleichaltrigen Knaben. Auch hemmt die traditionelle Auffassung, daß die Mädchen ja doch einmal heiraten und den Beruf verlassen, zu der Anschauung, daß die berufliche Schulung nicht so wichtig sei.

Ein Beruf für die Frau? Wir unterscheiden zwischen einer jeweils zu Erwerbszwecken ausgeübten Tätigkeit und im weitern Sinne zwischen der Verwirklichung eines Lebenszweckes, der die ganze Persönlichkeit umschließt. Gewiß betrachtet der Mann öfter seinen Beruf als das, was zu gleicher Zeit seinem Leben einen bestimmten Inhalt gibt. Wir können das selbstverständlich nicht bei allen Männern sehen. Soweit sie dazu verurteilt sind, eine absolut mechanische Arbeit zu verrichten, bekommen sie auch keine engere Beziehung zu ihrer Erwerbsarbeit. Aber die Arbeit bedeutet doch für den Mann noch etwas andres, weil sie ihm, der Tradition entsprechend, auch seine Lebensexistenz gewährleisten soll, während das bei der Frau, die der Tradition entsprechend die Ehe vor sich sieht, doch nicht so ist, daß sie von vornherein den Beruf als etwas ansieht, was Lebensinhalt und die Grundlage ihrer Existenz bis an ihr Lebensende sein wird.

Wir bedauern es doch stets, wenn bei einem Jungen eine gute Ausbildung für einen Beruf nicht möglich ist. Wir haben das ganz besonders in den letzten Jahren erlebt, ehe durch den Geburtenrückgang früherer Jahre sich ein gewisser Mangel an Jugendlichen zu zeigen begann, daß wir für die Jungen keine Lehrstellen fanden und oftmals froh sein mußten, einen ungelernten Beruf für sie zu finden, trotzdem es nach der Intelligenz und Begabung vieler richtig gewesen wäre, sie einer ordentlichen Berufsausbildung zuführen zu können. Das ist ein Ziel, das wir uns unbedingt auch für den weiblichen Arbeiter stecken müssen, wenn wir die Frage der Frauenarbeit im Sinne des Sozialismus lösen wollen.

Im Zusammenhang mit der Frauenerwerbsarbeit steht der Frauenüberschuß. Ueber die Konsequenz dieser Frauenüberzahl müssen wir uns auch insofern klar werden, als damit ganz sicherlich die Zahl der Frauen wächst, die auf dauernde Arbeit angewiesen sind, der Frauen, die sich auch bald nach ihrem Eintritt ins Erwerbsleben auf die längere Dauer der Arbeit einstellen. Die Frauenarbeit muß dadurch konstanter werden, trotzdem sich viele Frauen noch immer den Schwankungen des Wirtschaftslebens und den Erwerbsbedürfnissen anpassen müssen.

Einer besondern Beachtung empfehle ich den sozialpolitischen Sonderschutz für Frauen. Das ist in Deutschland eine Frage, die nur zwischen Kapitalisten und Arbeitern, höchstens zwischen den politischen Parteien eine Streitfrage ist; auch in der deutschen Frauenbewegung und in der internationalen Arbeiterschaft ist sie keine Streitfrage mehr. Aber in der internationalen Frauenbewegung ist sie es durchaus, und zwar reichte bis vor kurzer Zeit dieser Streit sogar noch etwas in die internationale Arbeiterinnenbewegung hinein.

Es waren die Vertreterinnen der dänischen Arbeiterinnen. Die sind wohl noch heute der Meinung, daß der Sonderschutz die auf Arbeit angewiesenen Frauen aus den besten Arbeitsplätzen verdrängt. Die schwedischen Vertreterinnen haben ihnen auf der Arbeiterinnenkonferenz in Paris assistiert. In beiden Ländern existiert noch kein Verbot der Frauen-Nachtarbeit, und die führenden Frauen der skandinavischen Gewerkschaften wenden sich dort gegen die Einführung eines solchen Verbots. Aus dem gleichen Grunde setzen sie

sich auch nicht für den Schutz der Frauen vor und nach der Niederkunft ein, wenn sie es auch jetzt aufgegeben haben, auf internationalen Konferenzen dagegen zu opponieren. Da der Beschluß der Frauen in Paris vom Internationalen Gewerkschaftskongreß angenommen wurde und der Sozialistenkongreß in Brüssel auch die Beschlüsse der internationalen Frauenkonferenz zu den seinigen gemacht hat, ist damit diese Frage in den Reihen der Arbeiterschaft entschieden, und die dänischen Genossinnen werden sich wohl damit abfinden.

Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland ist hierin mit uns der gleichen Meinung. Es ist in Deutschland eine sehr verschwindende Minderheit (ohne Einfluß) der in der Frauenbewegung stehenden Frauen, die an diesem besonderen Frauenschutz Anstoß nehmen. Ganz anders steht es mit der *internationalen* bürgerlichen Frauenbewegung, die durch ihren Einfluß mindestens den Fortschritt auf diesem Gebiet stark hemmen können. In England, Frankreich, Holland, Skandinavien und Amerika ist man in der Frauenwelt in diesem Punkt ganz und gar geteilter Meinung. Auf einem internationalen Frauenkongreß in Berlin im Jahre 1904 hat sich schon Helene Simon mit ganz besonderer Energie für die sozialpolitische Richtung, wie wir sie in Deutschland jetzt haben, ausgesprochen.

Dieser besondere Frauenschutz schützt in erster Linie die Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter. Wir können die internationale Frauenbewegung in ihren verschiedensten Kongressen — Internationaler Frauenbund und Weltbund für Frauenstimmrecht — verfolgen. Sie führen jedesmal einen Kampf gegen den Sonderschutz für Frauen. Ich fuhr einmal — lassen Sie mich das als eine kleine Illustration zwischendurch einflechten — mit einer Amerikanerin zufällig in der Eisenbahn zusammen und kam mit ihr auf ein derartiges Gespräch, wobei wir bald in Streit gerieten. Sie war gegen jeden besonderen Schutz der schwangeren Frau, sie war überhaupt gegen jeden besonderen Frauenschutz, sie wollte, daß die Frau Tag- und Nachtarbeit zu den gleichen Bedingungen leisten sollte wie die Männer. Als sie aber draußen auf dem Felde einen Landmann mit Kühen pflügen sah, da war sie sehr entrüstet über eine solche Tierquälerei, und als ich sie darauf aufmerksam machte, daß dieser Landmann kein Pferd habe und infolgedessen mit Kühen pflügen müsse, da sagte diese herzensgute Dame: „Ja, das sind doch aber *Muttertiere*."

So ist die Einstellung dieser Frauen aus einem ganz formalen Gleichberechtigungsbedürfnis heraus. Sie können gar nicht einsehen, daß der besondere Frauenschutz etwas absolut Notwendiges ist, um, neben dem Schutz für das zu erwartende Leben, der durch ihre Mutterschaft schutzloseren Frau eine bestimmte wirtschaftliche Position zu geben und sie dadurch kampffähiger zu machen.

Dieses überspitzte Prinzip der Gleichberechtigung wirkt sich bis in die allerneuste Zeit hinein aus. Gegen dieses Prinzip der Gleichberechtigung hat auch der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, der Genosse Thomas, angekämpft. Unter seinem reihorischen Einfluß ist auf der letzten Tagung des Internationalen Frauenbundes in Genf endlich einmal durch Beschluß festgelegt worden, daß, wenn die Damen sich wieder einmal vom Standpunkt der Gleichberechtigung aus mit dem Arbeiterinnenschutz beschäftigen wollen, sie wenigstens vorher die Arbeiterinnen mit zur Beratung hinzuziehen wollen.

Wir werden im Juni dieses Jahres das Vergnügen haben, den Internationalen Jubiläumskongreß des Weltbundes für Frauenstimmrecht beobachten zu können, wo man eine internationale Vereinigung der „Politik der offenen Tür" zu dem ausgesprochenen Zweck gründen will, auf das Internationale Arbeitsamt und alle in Frage kommenden Instanzen einzuwirken, einen besonderen Arbeiterinnenschutz nach Möglichkeit zu unterbinden. Es war der Internationale Aerztinnenverband, der sich in einer Entschließung an das Internationale Arbeitsamt dagegen gewandt hat, daß man bei dem Transport

von schweren Lasten die Zahl der Kilos vermindern will, die von Frauen transportiert werden. Als Margret Bondfield, auf deren Tätigkeit wir stolz sind, auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf von neuem den Willen der englischen Arbeiterinnen für Arbeiterinnenschutz zum Ausdruck brachte und dabei glaubte feststellen zu können, daß die englischen Frauenorganisationen ihren auf dem Pariser Frauenstimmrechtskongreß 1926 vertretenen Standpunkt (gegen den Sonderschutz für Frauen) revidiert hätten, erhob sich ein Proteststurm in den englischen Frauenorganisationen. Nicht weniger als zehn Frauenverbände vereinigten sich zu einer Resolution, die erklärte, daß die englischen Frauenorganisationen nach wie vor zu dem Grundsatz „völliger Gleichberechtigung" ständen und die „Sonderschutzgesetzgebung für Frauen" verwürfen.

Es könnte uns ja gleichgültig sein, ob Frauen der bürgerlichen Kreise, die sehr viel Geld besitzen und ein persönliches Interesse an der schrankenlosen Verwertung der Arbeitskraft der Frauen haben, eine solche Stellung einnehmen, wenn wir nicht fürchten müßten, daß die Meinung dieser Frauen auch auf dem Internationalen Arbeitsamt und bei den internationalen Beschlüssen eine starke Wirksamkeit ausübte. Deshalb müssen auch wir diesen Erscheinungen unsre Aufmerksamkeit zuwenden und unsre Gegenwehr treffen.

Mutterschutz ist Schutz des zu erwartenden und des gebornen Lebens. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Säuglingssterblichkeit noch mehr eingedämmt werden kann. Wir können zu unsrer Freude feststellen, daß seit 1907 die Säuglingssterblichkeit ganz ungeheuer nachgelassen hat. Ich kann hier leider aus Zeitmangel nicht auf das ganze Bevölkerungsproblem eingehen, obwohl es im engsten Zusammenhang mit der Frauenarbeit steht. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir überhaupt und besonders in Verbindung mit der Frauenerwerbsarbeit den Gedanken der Menschenökonomie zu verfolgen haben. Es ist statistisch festgestellt, daß der Geburtenrückgang der Vorkriegszeit sich jetzt sehr stark auswirkt und mit zu der Umschichtung der Bevölkerung nach Altersklassen geführt hat, daß diese Wirkung des Geburtenrückgangs sich aber in noch stärkerem Maße in der Zukunft geltend machen wird. Das hat Wissenschaftler, darunter auch unsern Parteigenossen Professor Grotjahn, veranlaßt, bevölkerungspolitische Vorschläge auszuarbeiten. Ich will nur kurz anführen, was Grotjahn anstrebt. Er will eine Elternschaftsversicherung analog der Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung. Die Beiträge sollen von Ledigen und Kinderarmen aufgebracht werden. Sie sollen an die gelangen, die vier und mehr Kinder aufziehen. Für das vierte Kind soll eine Monatsbeihilfe von 60 Mark gegeben werden, und der Betrag soll vom fünften Kind an dann um 10 Mark erhöht werden, so daß eine Familie mit drei Kindern noch nichts erhalten würde, eine Familie mit vier Kindern 60 Mark und mit acht Kindern einen monatlichen Zuschlag von 100 Mark. Ich kann diese Berechnung finanzpolitisch nicht nachprüfen. Diese und andre Forderungen bedürfen noch der eingehenden Klärung.

Aber wenn wir diese Forderungen prüfen, müssen wir es tun unter dem Gesichtspunkt der Menschenökonomie, unter dem Gesichtspunkt des ganz besonderen Frauenschutzes. Wir sollten alle diese Forderungen, die aus bevölkerungspolitischen Gründen aufgestellt worden sind, prüfen vom Standpunkt des Frauenrechtes. Die Sozialpolitik muß dauernd in Einklang mit der Fortentwicklung des Wirtschaftslebens gebracht werden. Sie muß immer in Einklang mit unsern tatsächlichen Machtverhältnissen vorwärtsentwickelt werden. Das ist die einzige Möglichkeit, die Mütter von Kindern, die in ihrem Haushalt eine Arbeitslast tragen, die für ihre Kräfte vollkommen ausreicht, von der Erwerbsarbeit zu befreien. Das darf nicht auf dem Wege des Zwanges geschehen, sondern durch die Fortentwicklung des sozialpolitischen Fortschritts. Soziales

Frauenrecht muß verbunden sein mit wirtschaftlichem Anspruch. Mutterschaft ist Dienst am Staat.

Und das eine zum Schluß: Alle Gesetzgebung, die auf die Reformen des bürgerlichen Rechts und ganz besonders auf die Reform unsers Eherechts hinauslaufen, stoßen auf Hemmungen, solange es nicht möglich ist, neben einem ausgebauten Sonderschutz der Frau auch ihre wirtschaftliche Stellung zu sichern. Das, was von Bebel seinerzeit in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" gesagt worden ist, ist heute in ganz verstärktem Umfang wahr. Es ist wahr und muß immer wieder aufs neue betont werden, daß wir zu einer Umformung unsrer gesellschaftlichen Verhältnisse mithelfen müssen, wenn wir zum Sozialismus und zu einer Befreiung der Frau kommen wollen. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

FÜNFTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, den 31. Mai 1929, 9 Uhr

Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet.

Parteigenossen! Ich gebe Ihnen zunächst das Resultat der Vorstandswahl und der Wahl der Kontrollkommission bekannt.

Es sind insgesamt 386 Stimmen abgegeben worden. Es haben erhalten als Vorsitzende: Wels 306, Crispien 273 Stimmen; als Kassierer: Friedrich Bartels 356, Ludwig 309 Stimmen; als Sekretäre: Dittmann 253, Stelling 312, Vogel 324, Frau Juchacz 320 und Westphal 306 Stimmen; als Beisitzer: Hildenbrand 249, Moses 236, Frau Nemitz 252, Frau Nyneck 239, Schulz 254, Frank 221, Stampfer 259, Stahl 247, Anna Siemsen 142, Fleißner 128, Levi 131, Aufhäuser 157, Löwenstein 133 und Litke 117.

Der Vorstand ist also in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt worden. (Beifall.)

Außerdem haben Einzelstimmen erhalten: Fleißner eine Stimme als Vorsitzender, Levi eine Stimme als Sekretär, desgleichen Seydewitz und Lipinski. Ungültig waren bei der Beisitzerwahl 8 Stimmen.

Die Wahl der Kontrollkommission ist mit folgendem Stimmenverhältnis erfolgt. Es erhielten: Bock 365, Hengsbach 292, Treu 237, Löbe 334, Frau Agnes 247, Brey 309, Hermann Müller 246, Schönfelder 263 und Crummenerl 200 Stimmen; ferner Lipinski 162, Lampl 196. Gewählt sind also: Bock, Hengsbach, Treu, Löbe, Agnes, Brey, Müller, Schönfelder und Crummenerl.

Ich bitte die gewählte Kontrollkommission sich während des Verlaufs zurückzuziehen, sich zu konstituieren und dem Bureau die Konstituierung zu melden.

Wir fahren in unsrer Tagesordnung fort:

Aussprache über den Bericht der Genossin Juchacz

Frau **Arning** (Magdeburg): Genossen! Die Genossinnen der Partei haben es ganz besonders begrüßt, daß uns die Möglichkeit gegeben war, hier auf dem Parteitag in einem Referat zu Wort zu kommen. Wir als Frauen huldigen ja nicht Sonderbestrebungen in unsrer Partei, sondern bei uns sind die Frauen von dem Willen erfüllt, mit der Partei einzutreten und zu kämpfen für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Das ist es ja immer gewesen, was uns von den bürgerlichen Frauenorganisationen getrennt hat, von der bürgerlichen Frauenbewegung, die auch für das Stimmrecht der Frau kämpfte, aber nicht wußte, wie das Stimmrecht aussehen würde und welchem Zweck es einmal dienen sollte.

Wir wissen, daß es heute Frauenfragen schlechthin fast gar nicht mehr gibt, weil sie zu Problemen geworden sind, die heute die ganze Oeffentlichkeit interessieren und fast in allen Ländern die gleichen sind. Die Genossin Juchacz hat eine ganze Fülle von Material vorgetragen. Sie hat gezeigt, wie es aussieht bei den Frauen in der Arbeit, sie hat uns gezeigt, wie die Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten heute noch sehr mangelhaft durchgesetzt ist.

Ich habe mich ganz besonders gefreut, daß die Genossin Juchacz so stark das Recht der Frau auf Arbeit betonte, und wir als Sozialdemokraten können ja gar nicht anders, als der Frau im Beruf einen Platz einzuräumen, unbekümmert darum, ob sie allein für sich sorgen muß, oder ob sie einen Mann zur Seite hat, der sie im Existenzkampf unterstützt. Wir müssen den Standpunkt noch viel mehr vertreten und zur Durchsetzung bringen, daß auch die verheiratete Frau das Recht auf Arbeit hat. Denn nie wird eine Frau aus dem Haushalt herausgehen, wenn nicht wirtschaftliche Notwendigkeit sie dazu zwingt. Auch bei uns in der Partei ist dieser Standpunkt noch nicht überall zum Durchbruch gekommen. Es gibt auch noch Sozialdemokraten, die heute noch das Wort von den Doppelverdienern gebrauchen. (Sehr richtig!) Wir als Frauen wehren uns dagegen und fordern das Recht der Frau auf Arbeit, um der Frau die Möglichkeit zu geben, daß sie einmal als Arbeiterin und zum andern als Persönlichkeit ihr Leben ausfüllen kann.

Die Genossin Juchacz kam auf die parlamentarische Arbeit der Frauen zu sprechen, und sie hat mit warmen Worten insbesondere die Notwendigkeit der Verbesserungen des Loses der Landarbeiterinnen geschildert. Bei den Landarbeiterinnen ist ja immer noch die Auffassung zu finden, daß die Frau Lastier sei, daß sie arbeiten müsse von früh bis spät. Wenn wir gerade der Landarbeiterin auf gesetzgeberischem Gebiet helfen wollen, dann werden wir auch dahin kommen, daß die einfache Frau auf dem Lande mehr Verständnis und Interesse für unsre Bewegung gewinnt.

Ich denke da vor allem an eine Frage, die meiner Meinung nach in allernächster Zeit im Reichstag entschieden werden muß: die volle Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, soweit es sich um die Beschäftigung der Frau vor und nach der Niederkunft handelt. Es ist einfach unerhört, daß die Landarbeiterinnen und Angestellten von diesem gesetzlichen Schutz ausgeschlossen sind. Die Sozialdemokratische Partei wird diesen Kampf weiterführen müssen, bis grundsätzlich und allgemein anerkannt wird, daß alle Frauen ein Recht auf Schutz auf Grund ihrer Mutterschaft haben. Wir fordern, daß das Wochengeld in Höhe eines Wochenlohnes gegeben wird. Denn was nützen uns alle Schonfristen, wenn die Frau nicht in der Lage ist, die Schonfrist auszunutzen, weil sie den Ausfall an Lohn während dieser Zeit nicht ertragen kann.

Die Frage des Rechtes der Unehelichen beschäftigt uns in Deutschland schon sehr lange. Wir müssen dahin kommen, wie es in den nordischen Staaten ist. Da kennt man das Wort unehelich überhaupt nicht. Wenn wir in Deutschland erst so weit sind, haben wir auch hier eine Bresche geschlagen, die unserm Kampf für Menschenrechte entspricht.

Ich möchte nur diese Fragen herausgegriffen haben und sagen: Wir können mit dem Erreichten gerade auf parlamentarischem Gebiet in dieser Hinsicht zufrieden sein. Aber das darf uns nun nicht veranlassen, stillzustehen. Wir wissen, daß viele Millionen Frauen, die noch abseits stehen, gewonnen werden müssen, und daß wir die vielen Millionen Frauen zu denkenden Menschen machen müssen. Wenn schon in der Berufsarbeit allgemein der Arbeiter seelisch und gesundheitlich gefährdet ist, wieviel mehr ist die Frau in der Erwerbsarbeit gefährdet, weil ihr Körper nicht so widerstandsfähig ist wie der des Mannes. Ich möchte hier auf eins hinweisen. Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, der dem Reichstag vorliegt, erscheint mir nach dieser Richtung hin sehr mangelhaft zu sein, und unsre Aufgabe als Sozialdemokraten wird es sein, dieses Schutz-

gesetz, soweit die Schutzbestimmungen für weibliche Arbeiter in Frage kommen, einer ganz besonderen Revision zu unterziehen.

Zum besonderen Frauenschutz rechne ich auch die Reglung der Arbeitszeitfrage. Ich gehe da so weit, daß ich sage, daß für uns Sozialisten das Arbeitsschutzgesetz nicht annehmbar ist, wenn es nicht den Achtstundentag bringt.

Bei den Gewerkschaften müssen wir stärkern Einfluß dahin ausüben, daß sie bei Tarifabschlüssen immer mehr dahin wirken, daß für gleiche Leistungen gleicher Lohn gezahlt wird. In diesem Kampfe können die Gewerkschaften uns sehr stark unterstützen.

Alle Fragen, die uns heute überhaupt bewegen, sind ja in erster Linie von dem Grundsatz geleitet: wie gewinnen wir die großen Massen der Frauen für den Sozialismus. Wir wissen, daß wir die Frauen gewinnen müssen, nicht nur weil die Frau das politische Wahlrecht hat, sondern weil sie heute ein politischer Machtfaktor geworden ist, weil wir ohne die Frauen überhaupt nicht unser Ziel erreichen können.

Auch innerhalb unserer Partei ist die Gleichberechtigung der Frau noch lange nicht so, wie sie sein müßte. (Sehr wahr!) Ich brauche mir nur den jetzigen Parteitag anzusehen, um festzustellen, daß es hier und da in bezug auf die Anerkennung der Frauenrechte mangelt. Von 32 Bezirken haben 14 überhaupt keine Frauen delegiert. (Hört, hört!) Darunter sind Bezirke mit einer Delegationsstärke von 6 bis 7. Wenn der große Bezirk Brandenburg nur einen weiblichen Delegierten entsandt hat oder der große Bezirk Berlin nur zwei Genossinnen (Zurufe: Das stimmt nicht!), wenn der Bezirk Thüringen gar keine Genossin delegiert (Widerspruch), so ist das doch ein Beweis, daß wir noch viel mehr als bisher für die Gleichberechtigung der Frauen innerhalb der Partei sorgen müssen.

Ich möchte den Parteitag dringend bitten, den Gedanken, den er vor ein paar Jahren so stark propagierte, daß alle Bezirke Sekretärinnen zur Bearbeitung der Frauenfragen anstellen sollen, wieder stärker zu betonen. Es wird mir entgegengehalten werden, daß wir keine Frauen haben, die sich für diese Arbeit eignen. Aber ich glaube, die finanzielle Seite ist in erster Linie ausschlaggebend, und ich möchte den Parteivorstand ersuchen, die Bezirke, die nicht in der Lage sind, Kräfte anzustellen, finanziell zu unterstützen. Ebenso ist es mit der Frage der Redakteurinnen. Auf allen diesen Gebieten können wir sehr viel dazu beitragen, um die Zahl der organisierten Frauen zu vergrößern. (Beifall.)

Käthe Kern (Berlin): Genossen und Genossinnen! Genossin Juchacz hat gestern darauf hingewiesen, daß der Berliner Bezirksverband und die Berliner Frauen durch Antrag Nr. 160 eine Selbstverständlichkeit erneut unterstreichen. Es war aber notwendig, diese Selbstverständlichkeit wieder einmal herauszustellen, weil in der letzten Zeit infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse auch innerhalb der Arbeiterbewegung Strömungen entstanden sind, die sich gegen die Gleichberechtigung der verheirateten Frauen auf dem Arbeitsmarkt wenden. Man hat sehr oft die große Erwerbslosigkeit mit der Zunahme der Arbeit der verheirateten Frauen in Beziehung gesetzt und geglaubt, die Erwerbslosigkeit könne durch Ausscheiden der verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben beseitigt werden. Genossin Juchacz hat bereits gestern gesagt, daß die Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen infolge der wirtschaftlichen Not so stark zugenommen hat. Diese Tatsache wird durch die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten bestätigt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben nämlich festgestellt, daß vor allen Dingen Mütter vieler Kinder heute neben ihren Männern im Erwerbsleben tätig sein müssen und zum andern jungverheiratete Frauen mithelfen müssen, weil die Wohnungsmiete in einem Mißverhältnis zum Einkommen des Mannes steht oder um den erforderlichen Hausrat anzuschaffen. (Sehr richtig!)

Doch mir kommt es weniger darauf an, die Gründe für die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen darzulegen, ich möchte vor allem untersuchen, inwieweit das Argument berechtigt ist, daß durch Ausscheiden der verheirateten Frauen die Erwerbslosigkeit zu beheben oder einzuschränken wäre. Dazu ist es notwendig, daß wir uns einmal die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen auf ihre Zusammensetzung und die Ursachen für die Erwerbslosigkeit näher ansehen. Wir haben in Deutschland 3 700 000 verheiratete erwerbstätige Frauen. Davon sind allein 2 500 000 mithelfende Familienangehörige, und von ihnen entfallen 2 115 000 auf die Landwirtschaft, während sich die übrigen auf das Handelsgewerbe, Fleischereien, Bäckereien usw. verteilen. Niemand bestreitet diesen mithelfenden Frauen das Recht, durch Mitarbeit im Betrieb ihres Mannes das Einkommen des Mannes zu erhöhen. (Sehr wahr!) Sobald aber die Frau im Betrieb oder im Bureau in die Erscheinung tritt, wird ihr oftmals die Berechtigung dazu streitig gemacht.

Wenn wir den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachgehen, so ist festzustellen, daß Erwerbslosigkeit erstens durch Saisonschwankungen in der Wirtschaft, zweitens durch konjunkturelle Schwankungen und drittens durch Verschiebungen in der Produktion entstehen kann. Die durch Saisonschwankungen verursachte Erwerbslosigkeit werden wir kaum irgendwie ausschalten können. Während des Winters werden durch das Brachliegen des Baugewerbes und der Arbeit in der Landwirtschaft immer Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt geworfen werden, für die nicht durch Ausscheiden von Frauen Platz gemacht werden kann. Was die konjunkturellen Schwankungen anbelangt, so müssen wir als Sozialisten verlangen, daß sie ausgeglichen werden, indem man von der Konjunkturforschung zu einer guten Konjunkturpolitik übergeht. Wir können es als Arbeiterschaft nicht gutheißen, daß die Kosten konjunkturellen Abstiegs stets die breiten Massen tragen sollen. Es würde auch eine Herabdrückung des Lebensniveaus der breiten Massen bedeuten, wenn man von den Frauen, die aus Notwendigkeit mitarbeiten, verlangen würde, aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, ganz abgesehen von der Berechtigung der Frau, sich da zu betätigen, wo sie etwas zu leisten vermag. Aber noch viel weniger können wir zugeben, daß die Frauen und mit ihnen ihre Familen die Kosten der Verschiebung in der Produktion tragen sollen. Wenn durch Mechanisierung oder Rationalisierung des Produktionsprozesses menschliche Arbeitskräfte freigesetzt werden, dann muß diese Freisetzung der Arbeiterschaft dadurch zugute kommen, daß man die Arbeitszeit herabsetzt. Aufgabe der Arbeitsvermittlung ist es, rechtzeitig für Umschulung und Ueberführung frei werdender Arbeitskräfte an andre Berufe zu sorgen. Es ist nicht richtig, die Probleme der Rationalisierung und der Frauenarbeit miteinander zu verknüpfen. Das Freiwerden von Arbeitskräften muß durch eine gesunde Sozial- und Gewerkschaftspolitik ausgeglichen werden. (Zustimmung.)

Auch die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Leistung" ist durchaus berechtigt. Die Frauen haben es heute gar nicht mehr nötig, billiger zu arbeiten. Wenn die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Leistungen" noch nicht durchgeführt ist, obwohl die Gewerkschaften und die Partei schon jahrzehntelang dafür kämpfen, so ist das leider zum Teil auch auf das mangelnde organisatorische Interesse der Frauen zurückzuführen. Aber wenn man sieht, unter welchen Bedingungen die Frauen in den rationalisierten Betrieben arbeiten, dann begreift man, daß sie abends nicht mehr die Spannkraft haben, sich noch politisch zu betätigen. Deshalb ist es unsre Aufgabe, ihnen deutlich zu machen, daß sie von den Härten des Berufslebens nur befreit werden können, wenn eine gute Sozial- und Gewerkschaftspolitik betrieben wird. Wenn wir die Frauen für uns gewinnen, dann werden wir ihnen auch helfen können. (Lebhafter Beifall.)

Mathilde **Wurm** (Berlin): Die Genossin Arning sagte vorhin, von Berlin seien nur zwei Genossinnen zum Parteitag gewählt, von Thüringen keine Genossin. Beides ist ein Irrtum. Von Berlin sind vier Genossinnen delegiert.

Allerdings ist eine Genossin durch schwere Erkrankung in der Familie in der letzten Nacht vor ihrer Abreise verhindert worden, hierherzufahren. Von Thüringen ist die Genossin Sachse zugleich als Mitglied des Parteiausschusses anwesend.

Der Parteitag hat, als er vor wenigen Tagen über die Resolution Aufhäuser-Sender abstimmte, keinen bestimmten politischen Willen in bezug auf den Zollabbau geäußert; er hat diesen Antrag nur an die Fraktion verwiesen. Mir wäre es lieber gewesen, wenn der Parteitag eine deutliche Willenskundgebung für den Zollabbau ausgesprochen hätte. Die Frage der Zölle, der Verteuerung der Lebensmittel und der wichtigsten Gebrauchsgegenstände ist von eminenter politischer Bedeutung, vor allem für die Frauen. Die uns zugehenden Statistiken besagen, daß die Güterproduktion 1925 im Vergleich zu 1913 erheblich gestiegen ist. Aber weit hinter der Güterproduktion ist der Güterverbrauch zurückgeblieben. Dieser Minderverbrauch an Gütern ist das Charakteristikum unsrer Zeit. Deshalb die Errichtung von Zollmauern in allen Ländern, die nur den Zweck hat, zu verhindern, daß große Mengen von dem eingeführt wird, was die Bevölkerung am notwendigsten braucht. Der Konsument in Deutschland soll nur in Deutschland produzierte Waren kaufen. Aber gerade die Frau, die als Einkäuferin, als Versorgerin der Familie die Waren kauft, muß immer teurere Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel des Haushalts zahlen. Gewiß, wir haben im Jahre 1928 eine Genußmitteleinfuhr von 14,35 Millionen Doppelzentner, im Werte von 1220,4 Millionen Reichsmark gehabt. Aber auf der andern Seite wollen wir auch ausführen, und der Arbeiter ist als Produzent an dieser Ausfuhr am meisten interessiert. In den letzten Wochen drängen die Baumwollindustriellen darauf, den französischen Handelsvertrag zu kündigen und eine Erhöhung der Baumwollzölle um 100 Prozent vorzunehmen, um sich ein Monopol für deutsche Fabrikate zu schaffen. Wiederum hätte die Hausfrau in erster Linie die Folgen zu tragen, da das, was sie an Textilien einkauft, verteuert wird. Immer erneut fallen alle diese Schutzzölle auf den Einzelverbrauch zurück. Daher muß das Interesse der Hausfrauen für diese Dinge weit mehr als bisher geweckt werden.

In der Denkschrift, die das Reichsgesundheitsamt herausgegeben hat, ist ausgesprochen, daß die Lebenshaltung weiter Bevölkerungsschichten auf einen für die Gesundheit nachteiligen Stand herabgedrückt worden ist. Wenn die Denkschrift zu der Folgerung kommt, daß die Senkung des Verbrauchs an unersetzlichen Nahrungsmitteln wohl seine Ursache habe in dem verminderten Nahrungsbedarf der Bevölkerung, so ist das m. E. eine sehr schlechte Begründung. Die Senkung des Verbrauchs an unersetzlichen Nahrungsmitteln hat doch ihre Ursache in der verminderten Kaufkraft der Massen, in der dauernden Arbeitslosigkeit und in der fortgesetzten Preiserhöhung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel durch die Zölle. Jeder Steigerung der Lebensmittelpreise folgt eine Senkung der Nachfrage nach Kleidung, Schuhwerk und Hausgerät, und diese Verengerung des innern Marktes hat stets die Senkung der Absatzmöglichkeit für Industrie und Handwerk zur Folge, woraus dann wieder die steigende Erwerbslosigkeit entsteht.

Der Zusammenhang der Zollpolitik, wie sie seit 1925 betrieben wurde, und den Hausfrauen liegt auf der Hand. Die Hausfrau weiß eben nicht, daß sie doppelt Lastenträger ist. Einmal zahlt sie als Konsument die durch die Zölle erhöhten Preise, zum andern hat sie noch als Steuerzahler für ihr Einkommen und das Einkommen ihres Mannes die Kosten zu tragen. Der durch die Zölle angeblich zu erreichende Erfolg für die Landwirtschaft bleibt aus.

Da will mir scheinen, daß wir vor ein neues Problem gestellt sind, vor das Problem: *wie können wir die Hausfrauen für den absolut politischen Teil ihrer eignen Hausfrauentätigkeit besser interessieren?* Sollen wir eine Gewerkschaft der Hausfrauen gründen?

Den Hausfrauen fehlt das Merkmal des Lohnentgelts für ihre Leistung. Sollen wir den Mann als Arbeitgeber und die Ehefrau als Arbeitnehmer charakterisieren? Das würde die schon vorhandenen zahlreichen Konfliktsstoffe der heutigen Ehe nur noch vermehren. Es wird also nicht angehen, daß die Leistung der Frau im Haushalt in einem bestimmten Lohn Ausdruck findet, obwohl das in einzelnen Ländern, wie in der Schweiz und in den nordischen Ländern, bereits geschieht. Auch wenn die Frau Lohn vom Manne für ihre Leistung nicht erhält, wird sie dort mit einer bestimmten Steuer, je nach dem Einkommen des Mannes eingeschätzt. Wenn wir bedenken, daß wir in Deutschland 14 Millionen Haushaltungen haben, denen eine Frau vorsteht, so beweist das doch die eminente Bedeutung der Hauswirtschaft im heutigen Gesellschaftsleben, beweist, daß wir mehr als bisher tun müssen, um die Hausfrauen zu politisieren. Wir haben gerade bei der Beratung des Gesetzes über den *Reichswirtschaftsrat* erfahren, wie stark uns das Nichtvorhandensein einer Hausfrauenorganisation benachteiligt. Die bürgerlichen Hausfrauenvereine haben ihre Vertretung im Reichswirtschaftsrat. Die Landfrauen bemühen sich ebenfalls — hoffentlich nicht mit Erfolg — um eine Vertretung im Reichswirtschaftsrat. Wir haben uns auch bemüht, für die Arbeiterwohlfahrt eine Vertretung zu erreichen. Selbstverständlich sind wir damit abgewiesen worden. Ich habe das aufrichtig bedauert; aber man kann streng genommen die Arbeiterwohlfahrt nicht als Hausfrauenorganisation ansprechen.

Im Haushalt des Reichslandwirtschafts- und Ernährungsministeriums sind Mittel eingesetzt: vom Reichsausschuß für Technik in der Landwirtschaft 10 000 Mark, zur Rationalisierung des Landhaushalts 17 000 Mark, für Errichtung einer Beispielsküche 2800 Mark, für eine Musterküche auf der Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in München 5000 Mark. Sie können daran erkennen, welche Bewertung heute diese kleinste Betriebsform, die Küche, innerhalb unsrer Wirtschaft hat. Daher müssen wir denjenigen, die dieser Betriebsform vorstehen, zu einer Anerkennung verhelfen. In welcher Form, werden wir uns zu überlegen haben. Die Konsumgenossenschaften wären vielleicht die allernächsten dazu. Aber es kommt darauf an, eine *sozialistische Hausfrauenorganisation* zu schaffen. Das können die Konsumgenossenschaften infolge der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft nicht. Darum möchte ich alle Anwesenden bitten, einmal über das Problem nachzudenken: wie schaffen wir auch für die Hausfrauen jene Organisation, die alle andern Berufstätigen haben, *eine sozialistische Hausfrauenorganisation*, die sich bewußt ist, welchen Einfluß die Hausfrauen auf die Gestaltung unsrer politischen Gesetzgebung gewinnen müssen. Unsre Aufgabe ist, den Gesichtskreis der Frauen durch ihre Heranziehung zu allen die internationale Wirtschaftsführung betreffenden Fragen zu erweitern. Arbeiten wir mit derselben Kraft, mit der wir bisher für die Organisierung aller andern Volksteile gearbeitet haben, für *die Politisierung und Organisierung der Hausfrauen*, dann werden wir gewiß viel erreichen. (Beifall.)

Frau Torhorst (Düsseldorf): Genossen und Genossinnen! Ich möchte einige Ausführungen zu dem Thema „Die Frau in der Politik" und die damit für uns verbundenen politischen Erziehungsaufgaben machen. Der Frau ist das Wahlrecht sozusagen in den Schoß gefallen, und die Ueberzeugung, daß die Frau in die Politik gehört, ist heute noch nicht Allgemeingut geworden. Hier ist für uns ein reiches Feld der Betätigung. Wir müssen die Lücken, die die kapitalistische Gesellschaft bei ihrer Erziehung durch die Schule und das gesellschaftliche Leben gelassen hat, ausfüllen und die Hemmungen für die politische Arbeit ausräumen. Wir wissen, daß die wirtschaftliche und rechtliche, allgemeine gesellschaftliche Abhängigkeit, die Enge des Lebens und die Enge des Berufs für die proletarische Frau besondere Hemmungen bei ihrem Eintritt in die Politik bedeutet. Es wird unsre Aufgabe sein, vor allem ihre Selbständigkeit, ihr

Selbstbewußtsein und die sachliche betonte Arbeit zu fördern. Im politischen Leben besteht immer die Gefahr, daß das gesellschaftliche Abhängigkeitsverhältnis auf die Politik übertragen wird und sich ausdrückt in einer besondern Stellung gegenüber der Frau. Die Formen der Ritterlichkeit und der Ehrerbietung, die eigentlich dem Feudalismus entlehnt sind, schlagen naturnotwendig dann, wenn die Frauen sich verselbständigen und eine eigne politische Meinung äußern, in Brutalität und in eine gewisse geschlechtlich betonte Verächtlichmachung um. Da Sozialisten die einzigen sind, die die Gleichberechtigung der Frau grundsätzlich fordern, darf und wird in unsrer Partei das nicht der Fall sein, aber wir könnten doch in der Partei zu einer noch stärkern Kameradschaftlichkeit kommen. Ich möchte aber den Begriff der Kameradschaftlichkeit durch den allgemeiner gefaßten der Solidarität erweitern. Je fester gefügt und unerschütterlicher das Solidaritätsbewußtsein in der gemeinsamen Kampffront, in dem gemeinsamen Kampfwillen und Kampfziel ist, um so schärfer können die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, um so schärfer kann auch die Kritik sein, ohne Zusammenstöße heraufzubeschwören.

Es besteht auch bei der Betätigung der Frau infolge der Enge des Lebens und des Berufs die Gefahr, daß, soweit die politische Erkenntnis noch nicht durchgeführt ist, sachliche Argumente durch persönliche ersetzt werden. Zur Stärkung des Selbstbewußtseins der Frau ist es wesentlich, sie mehr als bisher zu den Parteifunktionen heranzuziehen. Wir begrüßen die systematische Heranziehung der Frau durch den Parteivorstand. Aber es bleibt hier noch viel zu tun übrig. Wir haben am Sonntag der dänischen Genossin Bang gedacht, und wir wissen, daß sich die Frau überall, wo sie zu verantwortungsvollen Funktionen herangezogen worden ist, ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt hat.

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft betont mit vollem Bewußtsein bei der Erziehung der Frau das Gefühlsmäßige. Wir wissen als Sozialisten, vor allen Dingen auf Grund der Bebelschen Untersuchung, daß es ein Märchen ist, daß die Frau von Natur gefühlsmäßig besonders veranlagt sein soll, müssen es aber noch heute überall widerlegen. Wir müssen also, um die bürgerliche Erziehung auszugleichen, dafür sorgen, daß die Frau für ihre politische Arbeit stärker geistig vorgebildet wird. Hier haben wir einzusetzen, was nicht bedeutet, daß wir nun gleich mit der Tür ins Haus fallen, mit unsrer Bildungsarbeit bei Marx und Engels beginnen. Wir müssen bei der persönlichen Erfahrung der Frau einsetzen. Darin besteht die große Bedeutung des wissenschaftlichen Sozialismus, daß er alle gesellschaftlichen Begebenheiten in ein allumfassendes Weltbild zu formen vermag, das auch den gesamten ideologischen Ueberbau, auch das Gebiet der Religion, Kunst, Wissenschaft, der Gesellschaft einbezieht, das einbezieht auch die Volkswirtschaft bis in ihre letzten Verästelungen im Einzelhaushalt. Wir können bei den einfachsten Verhältnissen im Privathaushalt einsetzen. Es muß das aber stets mit dem klaren Ziel des Aufbaues der sozialistischen Erkenntnis erfolgen. Wir müssen also einen Funktionärapparat heranbilden, der wissenschaftlich geschult ist, sonst kommen wir statt zu einer Weitung des Bewußtseins zu einer Verengung. In unsrer Arbeit wird wie bei der Jugend die Frau nie Mittel zum Zweck sein dürfen. Das Ziel unsrer politischen Erziehungsarbeit muß dahin gehen, die Frau als gleichwertiges Glied in unsre Kampffront einzuordnen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Kurfürst (Kiel): Als die Genossin Arning darauf hinwies, daß wir über die Behandlung der Frauenfrage auf dem Parteitag allgemein erfreut sind und deshalb daran die Folgerung knüpfen, daß mehr Genossinnen delegiert werden müssen, erhob sich allgemeiner Widerspruch. Man wirft uns vor, daß das keine Forderung nach Gleichberechtigung, sondern nach Vorrecht sei. Uns Frauen, die wir einen recht großen Prozentsatz in der Partei ausmachen, überläßt man die Gewinnung und Schulung der Frau und ist froh, wenn wir überhaupt nicht die Zeit der Genossen dafür in Anspruch nehmen. Ueber die kleinlichsten Dinge

werden in den Sitzungen stundenlange Debatten geführt. Aber wenn wir über Frauenfragen diskutieren wollen, ist auf einmal keine Zeit mehr, die Genossen müssen nach Hause gehen. Heute ist die Gewinnung der Frau viel schwieriger, weil die Frauenarbeit vielgestaltiger ist. Die Frauen müssen viel geschulter sein, um Frauen zu gewinnen. Wir bitten, daß in den Delegationen an die Schulungsmöglichkeit der Genossinnen kein schärferer Maßstab angelegt wird als an die Männer. Wenn wir eine größere Vertretung der Genossinnen verlangen, wird uns entgegengehalten, die Genossinnen seien nicht geschult genug. Wenn die Gewinnung und Schulung der Frauen für so notwendig gehalten wird, müßt ihr uns die Genossinnen ausfindig zu machen helfen, die man durch die Beteiligung schulen kann, ihr müßt uns die Arbeit nicht erschweren, sondern im Gegenteil die Möglichkeit geben, die Frauen zu gewinnen. Es ist doch unmöglich, daß wir, um die nötige Arbeit leisten zu können, vorher erst mit unsern Genossen einen Kampf auskämpfen. Das ist Kraftvergeudung. Wir wollen die Kraft lieber verwenden, um die Frauen zu gewinnen, die uns fernstehen, um die Frau zu schulen, die wir zu unsrer Arbeit brauchen. In den Ortsvereinen sind die Genossen oft über solche Aeußerungen erstaunt. Das, was sie uns gegenüber tun, müssen sie dann unbewußt tun. Ich führe die Dinge hier an, um die Genossen zu bitten, ihr Verhalten hier nachzuprüfen.

Wenn wir Dinge in Angriff nehmen wollen, die irgendwo auftauchen, sind die Genossen immer der Meinung, daß das noch nicht nötig ist. Dann sind plötzlich die Dinge so weit gediehen, daß sie ohne Vorarbeit erledigt werden müssen. Wenn also die Genossinnen irgend etwas besonders tun wollen, so helft ihnen die Vorbereitungen zu treffen, damit sie nachher aktiv eingreifen können.

Im Jahrbuch sehen wir die geringe Beteiligung der Genossinnen an allen Arbeiten und erkennen daraus, wieviel Arbeit zu leisten ist, wieviel Kräfte geschult werden müssen, um alle diese Arbeiten leisten zu können. Die Frauen sehen diese Arbeiten mit ganz andern Augen an. Warum betone ich das so stark? Weil die Genossen es uns oft schwer machen, selbst ihre eigne Frau zu gewinnen, weil es ihnen Mühe macht, wenn ihre Frau für uns arbeitet. Also seid nicht nur in der Theorie, sondern in der Praxis Sozialisten und laßt eure Frauen uns helfen. Daß die Genossen für uns arbeiten, damit ist es nicht getan. Wie wollen wir vorwärtskommen, wenn der größte Teil der Menschheit, die Frauen, nicht mit uns kommt. Wir Frauen wollen diese Arbeiten mit erledigen, wie wir es im Interesse der Gesamtheit der Massen wünschen.

Zwei Probleme will ich herausgreifen, das Wohnungs- und das Geburtenproblem.

Die öffentliche Meinung beschäftigt sich jetzt stark mit dem Geburtenproblem. Wenn wir uns nicht damit stark beschäftigen, und zwar so, daß wir die öffentliche Meinung beeinflussen, werden wir noch unser blaues Wunder erleben. Jetzt beschäftigen sich die Mucker damit und möchten noch verschärfende Bestimmungen haben. Wir wollen eine Behandlung der Frage in unserm Sinn. Dann müssen sich aber die Frauengruppen und die Partei mit diesen Dingen beschäftigen. Als Beispiel dafür, was durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu erreichen ist, möchte ich darauf hinweisen, daß in jedem Fall den Frauen, die wegen Abtreibung zu Gefängnis verurteilt werden, Bewährungsfrist gewährt und ihnen das Absitzen erspart wird. Im Parlament haben wir es noch nicht erreichen können, sondern nur durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Wir müssen uns mit dem Geburtenproblem so stark befassen, daß wir alle Erleichterungen und Fürsorge für Mutter und Kind schaffen, die wir für nötig halten.

Mit der Wohnungsfrage müssen wir uns stark befassen, um Wohnungselend und Wohnungsnot zu beseitigen. Auf diesem Gebiet ist unendlich viel zu tun. Es könnte viel erreicht werden, weil von einer gesunden ausreichenden Wohnung sehr viel abhängt. Wir müssen dafür sorgen, daß mehr und einwand-

frei und zu erschwinglichen Mieten gebaut wird. Wir müssen besonders die Frauen aktiv machen, denn die Hausfrau leidet am meisten unter einer schlechten Wohnung. Alle technischen Neuerungen müssen beim Wohnungsbau verwertet werden, wodurch auch der erwerbstätigen Frau das Leben erleichtert werden kann. Prüft bitte eure Einstellung gegenüber der Frauenarbeit und helft uns die Frauen zu gewinnen und zu schulen, die wir brauchen, wenn wir diese großen Arbeiten im Interesse der Frauenbewegung erledigen wollen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Stegmann (Dresden): Wir sprechen hier über das große Problem, wie man die Frauen oder diese oder jene Schicht noch für die Partei gewinnen kann. Damit ist es wie mit dem Glück; wenn man das Glück direkt haschen will, greift man daneben. Wenn man bestimmte Schichten oder Menschen direkt erfassen will, erleidet man Fehlschläge. Das Glück erreicht man, indem man nicht daran denkt, sondern tut, was getan werden muß; dann findet es sich von selbst. Die Frauen müßten uns also zufallen, weil sie sehen, daß hier ihre Heimat ist, daß sie hierhin gehören. (Sehr richtig!) Wie machen wir das? Man muß die Probleme in Einzelfällen sehen. Wir müssen uns bewußt sein, daß man vor den Frauen nicht immerfort nur von Problemen, wirtschaftlichen und politischen sprechen kann; das stößt die Frau ab. Die Frau will, daß Probleme angefaßt werden, daß sie gelöst werden. Das müssen wir ihr vormachen. In der Frauenbewegung sind ungeahnte Kräfte rege geworden. Die Genossin Juchacz hat uns erzählt, wie die Frauenwirksamkeit nicht nur zahlenmäßig zugenommen hat, sondern wie sich hier etwas aufgetan hat, was man früher nicht geahnt hätte.

Es gibt aber für viele Frauen, die bereichernd in das öffentliche Leben getreten sind, die auf einem geistigen oder künstlerischen Gebiet bahnbrechend gewesen sind, eine ganz große Not darin, daß die ganze Welt diesen Fortschritt, diese Entwicklung ideologisch mitmacht, vielleicht auch ideologisch bejaht, daß sich aber im Einzelfall die Gegnerschaft gegen die Wirksamkeit der Frau darin geltend macht, daß man sie doch schließlich hindert. Im Einzelfall sieht das so aus, daß man die Minderwertigkeitsgefühle der Frau, die sie immer hat, auch wenn sie noch so großartig auftritt, unterstützt. Man kann die Frau fördern, wenn man ihr hilft, diese Minderwertigkeitsgefühle zu überwinden. Wer sie aber hindern will, unterstützt — es ist ein instinktiver Wille dazu meist vorhanden — diese Gefühle. Wenn etwa eine Frau in einer Stellung Hervorragendes leistet, und wenn sie für diese Leistung den Lohn in Form einer Beförderung erwarten kann, weil die Stelle frei geworden ist, deren Funktionen sie schon sehr gut ausgefüllt hat, dann sind plötzlich die Männer und manchmal auch die Frauen blind, die über diese Besetzung zu befinden haben. Auf einmal existiert die Frau nicht, man sieht sie nicht, sondern man sucht nur nach Männern, um die Stelle zu besetzen. Ich rede nicht ins Blaue hinein, sondern denke an einen bestimmten Fall, den kann ich auch nennen.

In Leipzig handelt es sich darum, die Direktorstelle des Grassi-Museums zu besetzen. Dort ist eine Frau, die anerkannt ist durch die Fachkreise im In- und Ausland als Kapazität; sie erfüllt Funktionen dieser Stelle seit vielen Jahren ausgezeichnet. Jetzt existiert die Frau plötzlich nicht. Sie wird nicht einmal in die Kandidatenliste aufgenommen. Sie wird nicht nur nicht gewählt, sondern man spricht überhaupt nicht von ihr, es wird nicht einmal erörtert, ob sie vielleicht für diese Stelle passen könnte. Geht uns das etwas an? Ich glaube: Ja! (Lebhafte Zustimmung.) Hier müssen unsre Genossen, die dazu etwas zu sagen haben, beweisen, daß sie vorurteilsfrei sind und nach den Leistungen die Persönlichkeit auswählen, die für die Stelle paßt, auch wenn es eine Frau ist. Geschieht das, so übt es eine starke Werbekraft aus, dann werden die Frauen an solchen Beispielen sehen, daß hier Menschen sind, die für die Dinge ein offnes Auge haben und vorurteilsfrei sind. Dann werden sie sagen: Da gehören wir hin.

Es gibt auch hier in Magdeburg einen Fall, der recht tragisch ist. Hier lebt eine Frau, die eine Gestaltungslehre, eine ganz neue Spitzentechnik, aufgestellt hat, überhaupt eine Gestaltungslehre für alles, was zu bauen ist, zu gestalten ist. Es ist Margarete Naumann. Ich nenne den Namen, weil er in der Geschichte des Kunstgewerbes bestimmt einen dauernden Platz haben wird. Hat die Frau die Stelle, die ihr gebührt? — Nein! Es gibt Werke, die ungetan sind und nach der Persönlichkeit schreien, die sie tun muß. Diese Persönlichkeit ist aber in einem Winkel versteckt und wird nicht herausgelassen. Man darf nicht mit der Theorie kommen, die Menschen müssen sich wehren und sich das selbst erringen. Das genügt alles nicht. Es ist Pflicht aller Menschen, die es sehen, mitzuhelfen, daß solche Kräfte emporkommen. (Sehr richtig!) Das ist nicht nur eine Frage der Persönlichkeit, sondern eine Frage, die die Allgemeinheit in stärkstem Maße angeht. (Sehr richtig!) Wenn solche Kräfte brachliegen, ist es ein Verlust für die Kultur, und wir können niemals ermessen, wie groß dieser Verlust ist. Ich würde Sie übrigens einladen, sich um die Werke von Margarete Naumann etwas zu bekümmern, sie sind hochinteressant. Ich habe sie vorgestern abend mit einem Genossen, einem Lehrer angesehen, der sie bewundert hat. Es ist großartig, was bei diesem Unterricht aus ganz einfachen Menschen ohne weitere Vorbildung herausgeholt werden kann. Ich will Ihnen gern sagen, wo Sie etwas davon sehen können. Margarete Naumann findet in Magdeburg nicht den Platz, der ihr gebührt. Sie wird durch einen Vertrag zermürbt, durch Kleinigkeiten, dadurch, daß eine männliche Autorität ihr im Wege steht und ihr direkt sagt, sie tauge nichts.

Das sind zwei Einzelfälle, von denen ich gerade weiß. Aber Sie wissen sicher, wenn Sie die Augen aufhaben, auch von solchen Fällen. Es gibt überall solche. Natürlich gibt es auch Männer, die in ihrem bahnbrechenden Wirken gehindert werden. Aber heute handelt es sich um die Frauen. Ich bitte alle Frauen, sich mit solchen Frauen solidarisch zu fühlen, und, wo sie etwas tun können, zu helfen. Wir sind doch Schwestern und empfinden die Not als dieselbe Not. Das ist nicht direkte Parteiarbeit. Vielleicht sind viele Bezirkssekretäre nicht damit einverstanden. Aber das ist Parteiarbeit in einem größern und weitern und tiefern Sinn. (Bravo! und Händeklatschen.)

Siemsen (Jena): Es ist verschiedentlich Befriedigung darüber geäußert worden, daß wir ein besonderes Frauenreferat bekommen haben. Ich möchte demgegenüber mein Bedauern aussprechen, daß sich auf diesem Parteitag eine so ungemein scharfe Scheidung in der Diskussion gezeigt hat. Bei den allgemeinen Referaten haben fast ausschließlich Männer gesprochen, zu dem Frauenreferat nur Frauen. Man könnte das für eine Bescheidenheit der Männer ansehen. (Heiterkeit.) Ich halte es für eine Art Desinteressement. Die Selbstbescheidung der Männer halte ich für durchaus falsch, nicht aus subjektiven Gründen, sondern aus dem objektiven Grunde, daß es eine reine Frauenpolitik und reine Frauenangelegenheiten nicht gibt. (Sehr richtig!) Es gibt nur allgemein gesellschaftliche Angelegenheiten, die allerdings vom Männer- oder Frauenstandpunkt aus gesehen ein etwas andres Gesicht bekommen, aber nicht weil die Männer grundsätzlich eine andre Stellung einzunehmen hätten, sondern weil die Frauen in einer besonderen Klassenlage sind, weil sie nämlich erst neuerdings in den Erwerbsprozeß, in die gesellschaftliche kapitalistische Entwicklung hineingezogen sind. Sie sind deshalb besonders benachteiligt. Die Genossin Stegmann hat das für hervorragende Leistungen einiger Frauen angeführt. Wir müssen feststellen, daß die benachteiligte Lage der Frau in der großen Masse darin zum Ausdruck kommt, daß die Frau durchweg in der ungünstigsten gesellschaftlichen und Produktionslage ist, daß sie z. B. den größten Teil der mithelfenden Familienangehörigen stellt, die durchaus unselbständig

und ungesichert sind, die infolgedessen sich in einer Abhängigkeit und in einer Gedrücktheit befinden, die im übrigen in unsrer heutigen Wirtschaft unerhört ist. Ebenso stellen die Frauen beinahe ausschließlich die Kategorie der Hausangestellten, für dasselbe gilt, was für die mithelfenden Familienangehörigen gilt, nur noch mit der Erschwerung, daß hier die Sänftigung durch den Familienzusammenschluß fehlt. Es muß weiter festgestellt werden, daß die Frauen durchaus überwiegend in der Kategorie der ungelernten Arbeiterinnen und in der Kategorie der untern Beamten und Angestellten arbeiten. Das ist eine sehr schwere Lage — nicht für die Frau allein, davon will ich jetzt nicht sprechen, sondern für die Partei und für die sozialistische Bewegung, weil sich auf der Grundlage dieser Dinge ein Gegensatz innerhalb der Arbeiterklasse, innerhalb des Proletariats bildet, weil die Gefahr besteht, daß hier ein Klassengegensatz und ein Interessengegensatz geschaffen wird, der im Interesse der sozialistischen Bewegung überwunden werden muß. Es scheint mir das etwas, was die Männer ebenso angeht, wofür die Männer ebenso zuständig sind wie die Frauen.

Es ist auf die Tatsache hingewiesen worden, daß heute die schwere Erwerbskrise auch zu einem verschärften Konkurrenzkampf gegen die Frau führt, auch in Partei- und Gewerkschaftskreisen. Das ist nur eine Seite der falschen Einstellung, die wir heute allen derartigen Fragen gegenüber in weitesten Parteikreisen, und zwar nicht nur der Männer, sondern auch der Frauen finden. Es ist nicht möglich, in ein paar Minuten auf diese Dinge im einzelnen einzugehen. Aber verkennen Sie nicht, daß hier die Schwierigkeiten und die Hemmungen für die sozialistische Erweckung liegen.

Und sie liegen noch in einem zweiten, nämlich darin, daß die Frauen in dem Uebergangszustand, in dem sie sich heute befinden, in einer ganz komplizierten Doppellage sind. Wir sind Sozialisten, weil wir unsre Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Gesamtheit und von der Entwicklung der Gesellschaft fühlen. Der Frau kommt dieses Bewußtsein, das der eigentliche Hebel und Antrieb zum sozialistischen Denken ist, meistens spät und manchmal überhaupt nicht in voller Klarheit, weil ihre gesellschaftliche Abhängigkeit gekreuzt wird durch ihre Abhängigkeit von der Familie oder aber, um es schärfer zu sagen, durch ihre nicht etwa sexuell und biologisch bedingte, sondern wirtschaftlich bedingte Abhängigkeit vom Manne. Daher kommt es, daß diese Schwierigkeiten nicht nur bei den Hausfrauen, sondern auch bei den unverheirateten Frauen so ungemein groß sind. Der jugendliche Arbeiter sieht sein Schicksal bedingt von der Frage: wie wird es mir gelingen, im Arbeitsprozeß mich zu behaupten? Und er erkennt schnell, daß diese Selbstbehauptung nur möglich ist im solidarischen Zusammenschluß. Die junge Arbeiterin, Angestellte, Beamtin sieht ihr Schicksal durchaus in erster Linie durch die Frage bedingt: gelingt es mir, einen Mann zu bekommen, der nach dem alten Volkslied „mich wohl ernähren kann?".

Dadurch wird das Interesse für die sozialistische Bewegung gehemmt und unterbunden. Wir können diesen Schwierigkeiten auf zweierlei Weise begegnen. Erstens dadurch, daß wir der Frau das Gefühl schaffen: sie findet in der Partei, in der Gewerkschaft, in der Arbeiterbewegung Solidarität. Dies Gefühl ist heute noch nicht allgemein vorhanden. Es ist dies von den vorhergehenden Diskussionsrednerinnen schon so stark ausgeführt worden, daß ich darauf nicht einzugehen brauche. Ich erhebe deswegen keinen Vorwurf. Ich konstatiere aber, daß hier die Unreife unsrer gesellschaftlichen Entwicklung sich im Bewußtsein und in der Praxis auswirkt, und daß wir im Interesse des politischen Fortschritts alles daransetzen müssen, um diese Unreife zu überwinden. Deswegen hätte ich vor allem gewünscht, daß die Männer zu diesen Fragen ausgiebig das Wort genommen hätten.

Zweitens brauchen wir in dieser komplizierten und schwierigen Lage vor allen Dingen eine möglichst klare theoretische Erkenntnis. Es ist schon darauf

hingewiesen worden, daß sehr viel Unfug getrieben wird mit der Meinung, die Frau sei hauptsächlich gefühlsmäßig eingestellt. Das ist zweifellos falsch. Die Frau ist wie jeder Mensch vor allem angewiesen auf Anschauung und Erfahrung, und wir müssen deshalb von ihrer Anschauung und ihrer Erfahrung ausgehen. Aber wir müssen die primitive Anschauung und Erfahrung erheben zur theoretischen Erkenntnis. Im allgemeinen besteht heute in der Partei eine gewisse Abneigung, wie ich immer wieder feststellen muß, gegen das Wort Theorie. Praxis, Praxis ist das Schlagwort. Theorie heißt nichts andres als sehen können. Ich glaube nicht, daß irgendein Mensch, der einmal praktisch gearbeitet hat, glaubt, daß man besser arbeitet, wenn man blind ist. Zu jeder Praxis gehört das Sehenkönnen, und zur politischen Praxis gehört, daß man zusammenhängend, daß man gesellschaftlich, daß man analysierend sieht. Dazu müssen wir unsre Frauen erziehen. Durch Solidarität und durch diese gesellschaftliche Erkenntnis allein können wir die Gleichgültigkeit der Frau, die heute durchaus gesellschaftlich begründet ist, überwinden. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Ebers (Hannover): Von all den Genossinnen, die vor mir gesprochen haben, ging eigentlich so ein Ton hinaus: die Angst und Beklemmung oder die Sorge darum: wie gewinnen wir die Frau? Die Genossin Juchacz hat darauf hingewiesen, wie viele Millionen Frauen im Arbeitsprozeß stehen, und wenn wir demgegenüber ermessen, wie viele von diesen Millionen organisiert sind, so müssen wir uns doch die Frage vorlegen: wird nicht schließlich die Frauenfrage eine Männerfrage, genau so eine Frage in bezug auf Lohn wie auch Politik usw. Wir müssen darum Mittel und Wege suchen, um diese Frauen für uns zu gewinnen. Die Genossin Torhorst hat ausgeführt, daß das nicht nötig sei mit Schriften von Marx und Engels. Wir müssen darum nach andern Möglichkeiten suchen, um uns den Frauen verständlich zu machen und sie für uns zu gewinnen.

Bei uns in Hannover und wahrscheinlich auch anderswo wird über die „Frauenwelt" geklagt. Die „Frauenwelt" soll doch ein Erziehungs- und Werbeorgan sein. Das ist sie aber nach Auffassung vieler Genossinnen nicht. Einmal ist ihre Schreibweise nicht immer verständlich. Das wesentliche dabei ist aber der Preis. Es ist hier soviel von Wirtschaftselend und Arbeitslosigkeit gesprochen worden. Diese wirtschaftliche Lage müssen wir auch bei dem Bezugspreis der „Frauenwelt" berücksichtigen. Wenn wir dies Blatt mehr an die Genossinnen heranbringen wollen, müssen wir den Bezug verbilligen. Wir haben keinen Antrag nach der Richtung gestellt. Vielleicht gibt es auch andre Möglichkeiten, indem man die Zeitung nur einmal im Monat herausgibt. Wenn wir dann das Blatt in größerm Umfang verbreiten, so leisten wir damit eine größere Erziehungs- und Werbearbeit. Ich weise auf Oesterreich hin. Wir hören, daß dort kleinere verständlich geschriebene Broschüren verbreitet werden und daß man damit sehr viel Erfolg hat. Ich möchte also bitten, diesen Fragen einmal näherzutreten. (Bravo!)

Sachse (Altenburg): Den ersten Fortschritt für die Belebung unsrer sozialistischen Frauenbewegung hat erfreulicherweise der Parteitag dadurch gezeigt, daß er sich ein Frauenreferat angehört hat. Ich bediene mich draußen in meiner Agitation immer gern eines Wortes von August Bebel:

> Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, daß er alles beseitigt, was einen Menschen von dem andern, eine Klasse von der andern und ein Geschlecht von dem andern in Unabhängigkeit oder Unfreiheit erhält.

Ich glaube, daß der Parteitag in Magdeburg die Nutzanwendung daraus am besten zieht, wenn insbesondere unsre Bezirkssekretäre sich befleißigen, auf die Ortsvereine einzuwirken, daß mehr als bisher über Frauenfragen in den Ortsvereinsversammlungen der Partei gesprochen wird. Dann werden wir sehr schnell dazu kommen, uns abzugewöhnen, mit dem Schlagwort zu operieren,

daß sozial- und bevölkerungspolitische Fragen nur Frauenfragen sind. Wir werden sehr schnell dazu kommen, zu begreifen und zu betonen, daß diese Fragen allgemeine Menschheitsfragen sind.

Wir begehen weiter in unsrer Aufklärung den Fehler, daß wir uns allzu ängstlich davor hüten, unsre Frauen mit den politischen Tagesfragen vertraut zu machen. Ich habe mich in meiner Agitation immer so eingestellt, daß wir den Frauen diese politischen Tagesfragen verständlich machen, denn dadurch wird ihnen am ehesten klargemacht, wie die politischen Weltanschauungen sich im Kampf einander gegenüberstehen. Auf diese Art wird es auch möglich sein, dabei den Männern insbesondere verständlich zu machen, wie gerade die Bezahlung der Frauen in der Erwerbsarbeit heute noch eine so unterschiedliche gegenüber der der Männer ist, und wie es möglich ist, eher zu einer Angleichung der Löhne zu kommen.

Wenn wir so in unsrer Agitation wirken, dann wird der Parteivorstand auf dem nächsten Parteitag berichten können, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder sich weiter erhöht hat, und dann werden wir unserm Ziele, der Erreichung des Sozialismus wieder ein Stück nähergekommen sein. (Beifall.)

Frau **Juchacz** (Schlußwort): Genossen und Genossinnen! Zunächst ein kleines Wort zu den Ausführungen der Genossin Arning. Ich weiß, daß es nur ein falscher Zungenschlag war, der ihr bei ihren Ausführungen passiert ist, weil ich ihre Einstellung zu diesen Fragen kenne. Sie sagte, es werde ohne Not keine Frau aus dem Hause herausgehen. Das stimmt nun nicht ganz. Wir wissen es und es ist auch auf dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg und früher festgestellt worden — ich habe in meinem Referat darauf Bezug genommen —, daß die Arbeit mittlerweile doch auch für viele Frauen ein Stück Lebensarbeit geworden ist, ganz besonders soweit sie qualifizierte Arbeit irgendwelcher Art ausführen. Im Jahresbericht des ADGB. ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Frauenarbeit höchstwahrscheinlich in der Zukunft nicht abnehmen wird, auch dann nicht, wenn die Wirtschaftskonjunktur für die Männer besser sein wird, weil einmal das Bedürfnis dafür im Wirtschaftsleben überhaupt da ist und weil das Streben nach persönlicher Freiheit, das nicht zu trennen ist von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, schon viel zu stark entwickelt ist. Es ist gut — das möchte ich auch hier betonen —, daß Gewerkschaften und Partei mit dieser Tatsache absolut rechnen. Es ist auch gut, wenn wir uns darauf einstellen, weil sonst, wenn wir diese Tatsache ignorierten, namentlich die qualifizierte Frauenarbeit getroffen würde, was durchaus nicht im Interesse der Partei liegt.

Es ist in andrer Form hier von der Genossin Siemsen darauf hingewiesen worden, der Kampf gegen die Arbeit der Frauen in den bessergestellten Berufen liege nicht im Sinne der Entwicklung, würde sich gegen die Partei kehren, weil die Frau ganz selbstverständlich aus diesen Berufen nicht herausgedrängt werden darf. Wenn aber Kreise der Arbeiterschaft sich gegen diese Arbeit wenden, dann müssen ganz naturgemäß die Kräfte herausgedrängt werden, die gesinnungsgemäß der Arbeiterschaft am allernächsten stehen. Wir würden uns ins eigne Fleisch schneiden. Deshalb haben auch wir ein Interesse daran, die Frauen in die gehobeneren Berufsschichten hineinzubringen und das Wirtschaftsleben in seinen gehobeneren Teilen, in der qualifizierten Arbeit auch mit Frauen aus unsern Kreisen zu durchsetzen.

Vieles ist gesagt worden, was ich nur unterstreichen kann, was ich als Ergänzung zu meinem Referat empfinde. Im Hinblick auf die hier gepflogene Debatte nur das eine. Auch ich hätte gewünscht, daß die Verteilung der Redner nach ihrem Geschlecht im Verlauf des Parteitags eine andre gewesen wäre. Manches von dem, was hier gesagt worden ist, konnte ebensogut zum Geschäftsbericht und zum Bericht der Fraktion gesagt werden. Es stand wohl in Verbindung mit meinem Referat, aber die Verbindung zu den andern Vorträgen war auch gegeben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf die schwerere Organisierbarkeit der Frauen eingehen. Die Menschen formen ja die Gedanken nach dem Umkreis, in dem sie sich bewegen, und wer täglich, abgegrenzt von dem flutenden Leben, sich in seinem Hause betätigen muß, dessen Gedanken können nicht den Weg gehen, als wenn sie sich draußen mit Arbeitskollegen und Kolleginnen im täglichen Gedankenaustausch befinden. Aber es gehört zu dieser leichtern Organisierbarkeit auch ein bestimmtes Ausreifen. Man kann doch wohl Schlüsse aus der Mitteilung des Textilarbeiterverbandes ziehen, der in seinem Material einmal darauf hinweist, daß von den Funktionärinnen seines Verbandes nicht weniger als 71 Prozent verheiratet sind. Das beweist deutlich, daß die Aktivität der Frauen gesteigert wird, wenn die Erwerbsarbeit, die sie ausüben, zu einer Zeit der gesteigerten Lebensreife sie dazu bringt, sich den größern Fragen des Lebens zuzuwenden, dazu Stellung zu nehmen und sich selbst zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Die Genossin Wurm hat auf eine Lücke hingewiesen, die sich in unsrer Arbeit befindet, auf die Zusammenfassung der Hausfrauen zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Hier möchte ich ein wenig chronologisch werden. Vor zwei Jahren ist diese Frage auf der Frauenkonferenz bei der Wahl der Themata deutlich zum Ausdruck gekommen. Es wurde in Kiel betont, daß hier wohl eine Lücke in der Arbeiterbewegung vorhanden sei. Es ist weiter die Frage ganz offen auf der darauffolgenden außerordentlichen Frauenkonferenz in Berlin gestellt worden. Von den Genossinnen wurde die Frage aber verneint. Die Entwicklungslinie auf diesem Gebiete des öffentlichen Lebens war schon damals deutlich zu sehen. Die Neuerungen im Wohnungsbau kommen in erster Linie den besser situierten Schichten der Bevölkerung zugute. Die Frauen, die darauf einen Anspruch hätten, kommen dabei zu kurz. Die damit verbundene Schulungsarbeit täte den Frauen der erwerbstätigen Schichten in allererster Linie not. Sie wird ausgeübt von Frauenschichten, die sich in die Psyche der Frauen überhaupt nicht hineindenken können. Und was noch schlimmer ist: die damit verbundene Aufklärungsarbeit wird politisch gefärbt, ohne daß es gesagt wird, und schlägt in einer Weise aus, wie wir es vom parteipolitischen Gesichtspunkt nicht gern sehen dürfen.

Diese Aufklärungsarbeit der bürgerlichen Frauenschichten wird aber in ganz intensiver Weise von behördlichen Stellen gestützt.

Wir haben tatsächlich durch die Arbeiterwohlfahrt eine lose Zusammenfassung dieser Frauenschichten, und es ist nur eine Sache der Aktivität unsrer Genossinnen im Lande, sich ohne jede besondere Organisation, nur mit einiger Kraftentfaltung auch den Platz zu erobern, der auf diesem Arbeitsgebiet zu erobern ist.

Ich hätte zu meinem Thema noch sehr viel zu sagen gehabt. Es sind auch außerdem noch eine ganze Menge vollkommen ungeklärter Fragen vorhanden. Das ist namentlich die große Frage der Bevölkerungsschichtung und des Geburtenrückgangs, deren Auswirkung in der Zukunft nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung des Frauenlebens und der Frauenarbeit bleiben wird. All das sind Fragen, die einer sachverständigen Prüfung unterzogen werden müssen, einer Prüfung, die auch zu Resultaten führen muß.

Ich sage zum Schluß noch einmal: nicht durch Ignorierung kommen wir an diesen Fragen vorbei. Wir kommen nur zum Ziele, wenn wir sie ihrer Bedeutung entsprechend würdigen, wenn wir tief eindringen in die gesellschaftliche Entwicklung, wie sie mit der technischen, wie sie mit der wirtschaftlichen Entwicklung von heute in allerengstem Zusammenhang steht. (Beifall.)

Abstimmung.

In der Abstimmung wird der allein vorliegende Antrag Nr. 160 angenommen.

Vors. **Wittmaack** teilt mit, daß die Kontrollkommission sich konstituiert, zum Vorsitzenden den Genossen Bock, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Genossen Hengsbach und zum Schriftführer den Genossen Brey (Hannover) gewählt habe.

Außerdem ist folgendes Begrüßungstelegramm aus Berlin eingelaufen:

Unsern lieben alten Bahnbrechern ein kräftiges „Freundschaft!" von unsrer ersten roten Falkenvertretersitzung.
(Lebhaftes Bravo!)

Es folgt Punkt 7 der Tagesordnung:

Arbeitersport und Sozialdemokratie

Berichterstatter Karl **Schreck** (Bielefeld, mit Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Der Arbeitersport hat sich zu einer Großmacht entwickelt. Er ist geworden in hartem Kampfe nicht nur mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt, sondern auch im Ringen gegenüber dem Stumpfsinn und dem Spießertum in der eignen Klasse. Im alten Staat hat er genau dieselben Verfolgungen und Bedrückungen erleiden müssen wie die Sozialdemokratie. Als das Sozialistengesetz gefallen war, hörten besonders gegenüber den Arbeitersportlern die hundsföttischen Treibereien des preußischen Militarismus und der preußischen Polizei nicht auf. Daran sollten sich diejenigen in unsrer Bewegung erinnern, die gelegentlich nur spöttische Bemerkungen gegenüber sporttreibenden Jungen und Alten innerhalb der Arbeiterbewegung übrig haben. (Sehr gut!) Mancher auch hier im Saale, der glaubt, daß der ganze Sport sich im Boxkampf offenbare, war in dem letzten Jahrzehnt oft gar nicht unzufrieden, wenn er sich in bestimmten Situationen auf die Kräfte eines Arbeitersportlers stützen konnte. Im übrigen bringt schon die Tatsache, daß sich innerhalb der Arbeitersportbewegung 1 200 000 junge und alte Menschen organisiert haben, zum Ausdruck, daß sich in dieser Bewegung nicht nur körperliche und geistige Kräfte, sondern auch soziale und kulturelle Ziele immer stärker durchgesetzt haben.

Selbstverständlich hat auch die Bewegung des Arbeitersports sich aus kleinen Anfängen und aus engen Auffassungen entwickeln müssen. Gerade in den Fragen der Erziehung galt es, die neuen Ideen immer stärker zur Anerkennung und schließlich zur Entwicklung zu bringen. Schlimm genug, daß dabei die Arbeitersportler überwiegend auf ihre eignen Kräfte angewiesen waren und so mancher Erzieher zum Sozialismus den Weg zu diesen Alten und Jungen nicht gefunden hat, um sie für das große sozialistische Ziel zu begeistern und für die Aufgaben der Arbeiterklasse zu erwärmen.

Wir haben die Anerkennung im alten und im neuen Staate gewonnen. Selbstverständlich ist mit der Umformung der Verhältnisse der Einfluß immer größer geworden. Heute kann niemand mehr, weder national noch international, an der Arbeitersportbewegung vorübergehen. In der Sportbewegung offenbaren sich das ernste Bestreben und das heiße Bemühen, den unter der Einseitigkeit der Arbeit leidenden werktätigen Schichten so viele gesundheitliche Kräfte zu verleihen, daß sie im Lebenskampf bestehen können. Wer über ein gewisses Maß von Gesundheit und Frische verfügt, wer die Sehnen und Muskeln zur Spannung bringt, wird auch um so mehr mit voller Zähigkeit in dem großen Ringen des Proletariats seine Pflicht erfüllen. Wir wissen, daß Leibesübungen sehr dazu angetan sind, aufrüttelnd und auffrischend zu wirken und vor allem dazu beizutragen, jenen Weltschmerz zu überwinden, der sich leider in weiten Schichten unsrer Jugend kundgetan hat.

Wir Sozialisten müssen das Leben bejahen, wenn wir es erobern wollen. (Sehr richtig!) Wir müssen innerlich glühen und mit Leidenschaft für den Sozialismus wirken. Wir sind überzeugt, daß aus dieser innern Glut die Lebensbejahung erfolgt, die wir der Jugend übermitteln müssen, damit sie, auf

unserm Nacken stehend, zu den Sternen zu greifen vermag und nicht erlahmt in dem ungeheuern Kampf, den wir vor uns haben.

Der Sport bedeutet, ganz allgemein gesehen, eine Auflehnung gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung, gegenüber dem Bandsystem, eine Auflehnung gegen die Hast und Hetze, die wie eine Peitsche auf uns wirken, eine Auflehnung gegenüber der gesamten kapitalistischen und sonstigen sozialen Bedrückung. Er bringt den Mut, die Tapferkeit zur Entwicklung, um im Kampfe nicht zuletzt auch der Arbeiterklasse die Pflichten zu erfüllen, die wir an den neuen Menschen in um so stärkerm Maße zu stellen haben. Es ist gesagt worden, daß der Sport allzu leicht Veranlassung dazu biete, sich von der sozialen Pflichterfüllung abzukehren, sich von der politischen Betätigung abzuwenden. Ich darf vielleicht darauf aufmerksam machen, daß die Sportler viel eher für die große sozialistische Bewegung zu interessieren und einzusetzen sind als diejenigen, die im Stumpfsinn dahinvegetieren und dem Alkoholismus verfallen sind. (Sehr gut!)

Der Sport ist nach meiner persönlichen Ueberzeugung auch eins der besten Mittel, um die Sexualnot zu bekämpfen, von der in den letzten Jahren so viel geschrieben und gesprochen worden ist. Die Sexualnot der Jugend ist immer dagewesen. Das darf ich als Aeltergewordener einmal aussprechen. Wenn wir aber heute der Jugend die Möglichkeit geben, sich auf grünem Rasen zu tummeln, in kühlen Fluten zu schwimmen, wenn wir sie hinausführen in die weite Natur, dann wird dadurch am besten auch jener dunkle Trieb zurückgedrängt. Es formt sich so eher jene Kraft, die den Menschen ziert. Deshalb ist das sportliche Tun innerhalb der Arbeiterklasse eine hohe soziale Pflicht.

Wo aber der Idealismus sich derartig üppig entwickelt hat, wo der Idealismus zu so großen Gemeinschaftswerken geführt hat wie im Arbeitersport, da sollte er im besondern von den Fahnen des Sozialismus gegrüßt werden. Das, was Junge und Alte hier geschaffen haben im Kampfe mit der alten Welt und im Ringen gegen Stumpfsinn und Indolenz, ist innerhalb der Parteibewegung viel zuwenig bekannt. Wer weiß denn, daß die Arbeitersportler verschiedenster Art sich aus eignen Kräften Einrichtungen geschaffen haben, die heute immerhin einen Wert von etwa 50 Millionen Mark präsentieren. (Hört, hört!) Hier zeigt sich, daß arbeitende Menschen den letzten Pfennig hergegeben haben neben ihrer Arbeitskraft, um Spielplätze, Turnhallen, Waldheime oder andre Einrichtungen aufzubauen. Allein der Arbeiter-Turn- und Sportbund verfügt heute über 1800 eigne Anlagen, die gekrönt sind von jener herrlichen Bundesschule. Mancher, der in Leipzig war, hat eine Sünde gegen sich selbst begangen, wenn er sich dieses stolze Werk nicht angesehen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Der Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität hat bewiesen, daß er dem alten Prinzip, Wegbereiter für den Sozialismus zu sein, getreulich Gefolgschaft leistet. Die Naturfreunde haben es mit ihren 230 Wander- und Ferienheimen in Deutschland ermöglicht, daß die Freizeit richtig genützt werden kann. Einrichtungen, die sie jenseits der Grenzen im Hochgebirge geschaffen haben, ermöglichen es auch dem Proleten, einen Drei- oder Viertausender zu ersteigen, um einmal das Gefühl zu haben, Sieger über die Hemmungen zu sein, die im Menschen vorhanden sind. Hinzukommen u. a. die Arbeiter-Wassersportler und Athleten sowie die stolzen Flieger, die beweisen, daß auch dem Arbeiter die Luft gehört. Erinnert sei auch an das Hilfswerk der Arbeiter-Samariter und deren Bundeshaus.

Gelegentlich ist darüber gespottet worden, daß mit dem Sport der Arbeiter zuwenig Kultur verbunden sei, daß durch ihn allzu leicht die geistigen Kräfte unterdrückt würden. Diejenigen, die das glauben, haben sich nie Mühe gegeben, einmal zu prüfen, welche Leistungen auf dem Gebiete der Kultur und der geistigen Schulung vollbracht werden. (Sehr richtig!) Tausende und aber Tausende von Vorträgen, Hunderte und aber Hunderte von Kursen werden abgehalten, in denen die jungen Menschen nicht nur für die technischen Aufgaben

und gymnastischen Uebungen geschult werden, sondern auch für die Fragen, die sich im Lebenskampf ergeben, für die Aufgaben, die die proletarische Klasse zu erfüllen hat. Wer kennt die ausgedehnten Büchereien, über die der Sport verfügt und die ja nicht nur Lehrbücher der technischen Funktionäre enthalten, sondern auch Werke, in denen die Aerzte zu Worte kommen, in denen Fragen der Eugenik und des Aufbaues der Körpergestaltung, der Beeinflussung des Organismus usw. behandelt werden. Die Büchereien, die bis zum letzten Gebirgsdorf eingerichtet worden sind, gewähren eine Garantie dafür, daß es sich bei der Arbeitersportbewegung nicht lediglich um Fußball oder Boxkampf handelt, sondern um einen Teil der Mobilisierung der sozialistischen Kräfte, die unsern Kampf wesentlich fördern können.

Der Arbeitersport hat wesentlich dazu beigetragen, das Gefühl für die Menschenwürde zu wecken (Sehr richtig!), den Stolz des Arbeiters lebendig zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Stolz, zur Arbeiterklasse zu gehören, ist so ungeheuer wertvoll, daß er da, wo er nicht vorhanden ist, zur Entwicklung gebracht werden muß. Wenn gelegentlich innerhalb der Arbeitersportbewegung nicht mit Unrecht darüber geklagt wird, daß so mancher, der auf sozialistischen Tagungen redet und in sozialistischen Zeitungen Artikel über Erziehung zum Sozialismus und sonstige Dinge veröffentlicht, nicht die Kraft habe, seine eignen Kinder in die Arbeitersportbewegung zu bringen (Sehr gut!), sie von den bürgerlichen Vereinen abzuhalten, in denen die Republik mit schwarzweißroten Fähnchen repräsentiert wird, dann wollen wir darüber nicht groß lamentieren, weil solche Fehler ja auch innerhalb der breiten Schichten der Parteigenossen noch vorhanden sind. Sondern ich sage auch von dieser Stelle aus: nicht Beschlüsse, nicht sonstige Maßnahmen sind notwendig, sondern da, wo einzelne solcher Führer verhanden sind, wollen wir sie durch unser Verhalten erziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin überzeugt, daß bei den großen Kundgebungen der Arbeitersportler und bei dem Aufmarsch der Hunderttausend im Juli in Nürnberg mancher von diesen Führern an seine Brust schlagen und sagen wird: „Dein Schamgefühl muß dich doch nun veranlassen, dahin zu wirken, daß auch deine Jugend unter den roten Fahnen des Arbeitersportes marschiert." (Erneute lebhafte Zustimmung.) Auch Führer müssen noch erzogen werden (Sehr wahr!), selbstverständlich auch die Massen. Wenn so in der rechten Wechselwirkung die Gestaltung der Kräfte stattfindet, dann kommen wir weiter als durch alle Beschlüsse. (Sehr gut!)

Daß wir den Werksport als ein kapitalistisches Bemühen zurückweisen, das dazu angetan ist, die Arbeiter noch mehr in Abhängigkeit vom Werk zu bringen, bedarf keiner besonderen Betonung. Es gibt selbst in den sonst so unvernünftigen Kreisen der Kapitalisten manchen Vernünftigen, der sich sagt: „Es ist doch nur töricht, daß du noch irgendwie sportliche Einrichtungen schaffst", und er läßt es sich lieber gefallen, sonst einmal geschröpft zu werden, um für die Zwecke der Sportbewegung außerhalb des Werkes einmal etwas zu tun.

Der Wehrsport hat innerhalb der Arbeitersportbewegung in Deutschland keinen Nährboden gefunden. Wir erblicken darin eine gefahrvolle Spielerei. Es ist nicht gut, von einer Wehr zu sprechen, die im Augenblick kritischer Erscheinungen zurückgezogen werden muß. Soweit aber die Republik und die soziale Demokratie sich einmal auf körperliche Kräfte wird stützen müssen, hängt es von der Solidarität zwischen Partei und Arbeitersportlern ab, wie dicht die Hagelschläge der Arbeitersportlerfäuste auf diejenigen herabsausen werden, die sich anmaßen sollten, den Entwicklungsgang zur Freiheit und zum Sozialismus zu unterbinden. (Lebhaftes Bravo!)

Der Sport hat besonders nach dem Krieg eine ganz andre Wertschätzung erfahren. Die Millionen von Menschen, die im Kriege waren, sind nicht mehr so seßhaft zu halten, wie das früher der Fall war. Viele sind auch nicht einmal mehr des öftern in die Versammlungen hineinzubekommen. Das ist vom Standpunkt der allgemeinen Aufgabe des Redners nicht sehr angenehm. Aber

wenn ich mich davon überzeuge, daß ein großer Teil derjenigen, die nicht mehr sooft in unsre Versammlungen kommen, wenigstens in der Natur oder in den Turnhallen sind, so beruhigt mich das viel mehr als die Tatsache von früher, daß sie in dumpfen Kneipen gesessen und ihren ganzen Feierabend dort verbracht haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die öffentlichen Körperschaften haben gegenüber dem Sport eine Verbeugung machen müssen. Manche sozialdemokratischen Gemeindevertreter konnten nicht so recht in Schritt und Tritt kommen, als die neue Forderung auch an sie herantrat. Aber auch da hat sich vieles gebessert. Das, was ich 1919 auf einer ersten Konferenz der Arbeitersportler ausgesprochen habe, ist eingetreten. Je mehr wir selbst als Sportler zeigen, daß wir bereit sind, die großen Aufgaben in sozialer Pflichterfüllung durchzuführen, um so mehr werden die andern sagen: wir kommen an dieser Großmacht nicht vorüber. Der Arbeitersport hat in den Kommunen, in den Provinzen, in den Ländern und im Reich allmählich erwirkt, daß auch ihm öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein ungeheurer Fortschritt; denn bis zur Revolution dachte niemand in diesen Körperschaften daran, den Arbeitersport zu unterstützen. Das hat sich wesentlich geändert. Trotzdem darf ich behaupten, daß in den Kommunen, in den Provinzen, in den Ländern und im Reiche gelegentlich die Sozialdemokraten daran denken müssen, daß eine Arbeitersportbewegung vorhanden ist. (Sehr wahr!) Mancher Minister, ob er nun in einem Lande oder im Reiche sitzt, dürfte ruhig daran denken, daß die Arbeitersportbewegung ihrer Zahl und ihrer Leistung nach ein Anrecht darauf hat, mindestens als gleichberechtigt mit dem bürgerlichen Sport behandelt zu werden. (Sehr richtig!) In der Regel erreiche ich für Arbeitersportler bei den Bürgerlichen mehr als bei den Sozialdemokraten. (Zustimmung und Rufe: Leider!) Der Bürgerliche will eine Verbeugung vor unsrer Sache machen, er hofft auf uns. Der Sozialist meint: er hat uns schon. Infolgedessen hat er es nicht notwendig, in diesem Maße für die Arbeitersportbewegung etwas zu tun. Aber auch hier hat die ständige Kritik, die Tatsache unsrer Kraft wesentlich dazu beigetragen, daß in immer erfreulicherem Maße eine andre Haltung eingenommen wird. Wir dürfen verlangen, daß die öffentlichen Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, mindestens auch in der Relation dem Arbeitersport zugute kommen. (Sehr richtig!)

Es ist hier und da gehöhnt worden, daß der Sport der Arbeiter eine Gefahr für die Führung des Klassenkampfes bedeute. Mir ist das nicht recht klar geworden. Da, wo Arbeiter über eine körperliche Uebung zur sozialen Eingliederung und schließlich zu politisch-geistiger Betätigung kommen, wird doch das Bewußtsein der Macht innerhalb der Klasse gestärkt und werden dem Klassenkampf neue Schichten zugeführt. Durch den Sport wird innerhalb unsrer Bewegung die Begeisterung für die Aufgabe geweckt, die wir uns gestellt haben, den Menschen frei zu machen. Einzutreten für die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, in der im Vordergrund der Mensch steht und hinter ihm erst die Sache. (Sehr gut!) Es gibt kein besseres Mittel, die Jugend zu begeistern, als wenn man sie darauf aufmerksam macht, daß unser hohes ideales Ziel darin besteht, endlich dem Menschen zu der größtmöglichen Freiheit zu verhelfen. Ueberall, wo der Wille zum Gestalten lebendig gemacht wird, entwickeln sich am stärksten die sozialistischen Kräfte.

Vor allem gilt es, die Jugend in einer demokratisch-sozialistischen Erziehungsgemeinschaft zusammenzufassen. Nicht irgendwelche parteitaktischen Zänkereien sind dazu geeignet, die Jugend zu begeistern für das, was wir wollen. (Sehr wahr!) Auch der Magdeburger Parteitag wird dazu beitragen, daß diejenigen, die nichts andres als stänkern können, außerhalb der Arbeitersportbewegung gestellt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn diejenigen, die im politischen Kampfe stehen, manchmal auch mit den Arbeitersportlern zusammengekommen und mit ihnen gesprochen hätten, dann wäre die Führung

der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeitersportbewegung niemals in Gefahr gekommen. (Sehr richtig!) Ich weiß, daß mancher große persönliche Opfer gebracht hat; aber er hat sie gebracht im Dienste der sozialistischen Bewegung, und zwar ebenso treu wie sonst irgendwie auf einem parlamentarischen oder politischem Gebiet. Ich freue mich darüber, daß der Reinigungsprozeß die Parteigenossenschaft allüberall hat aufhorchen lassen, und ich bin überzeugt, daß sich alle Genossen und Genossinnen darauf besinnen werden, daß wir einen Arbeitersport haben und es nicht nötig haben, Sport mit einer bürgerlichen Sippe zu betreiben (Sehr wahr!), die nur die Absicht hat, auch heute noch im Sport einen Militarismus in verkappter Form großzuzüchten. Der bürgerliche Sport ist aufgebaut auf dem Egoismus; er legt Wert darauf, die einzelnen Kräfte in die Erscheinung zu bringen. Der Arbeitersport ist sozialer Art; er will an die Stelle der Ich-Sucht die große Aufgabe der Gemeinschaft des Sozialismus setzen.

Es ist erfreulich, daß unsre Parteipresse dem Arbeitersport immer weiter entgegengekommen ist; aber mahnend sage ich auch den Arbeitersportlern: regt euch doch nicht auf, wenn in der sozialdemokratischen Sportbeilage auch über den bürgerlichen Sport berichtet wird. (Zustimmung.) Denn das trägt doch nur dazu bei, einen allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung des Sports zu geben, euch darauf aufmerksam zu machen, daß ihr mit euerm Sport größere Aufgaben auf dem Gebiete der Leibesübungen zu erfüllen habt. (Zurufe.) — Ich möchte die sozialdemokratische Zeitung sehen, in der der bürgerliche Sport im Vordergrund steht. (Zurufe: Leider gibt es das noch!) Dann bitte ich, mir diese Zeitung zu nennen. Obwohl ich kein zentrales Parteiamt habe, glaube ich doch so viel Vertrauen zu meiner geistigen Kraft haben zu dürfen, um diese Redaktionen davon zu überzeugen, daß dem bürgerlichen Sport der hintere Teil zugewandt werden muß.

Die Republik, die mit der Revolution geworden ist, hat den Arbeitersportlern freie Bahn gegeben. Behinderungen, wie wir sie sonst ökonomisch und politisch haben, haben wir selbstverständlich als Arbeitersportler auch noch. Wer aber bestreiten wollte, daß die Republik auch für den Arbeitersport die Grundlage für einen größern und schnellern Aufstieg gegeben hat, beweist, daß er sein eignes Werk nicht anerkennt. (Sehr gut!) Deshalb haben wir die Republik in aller Eindeutigkeit zu bejahen. Der Arbeitersportler darf auf diejenigen nicht hören, die auf die Republik schimpfen, dafür aber eine ausländische Einrichtung rühmen, die sich niemand ansehen kann. (Sehr gut!) Die Bejahung der Republik ist eine soziale und kulturelle Pflicht für den Arbeitersport. Denn wer anerkennt, daß mit der Republik ihm mehr Rechte und Freiheiten gegeben sind, müßte doch ein Hundsfott sein, wenn er zur Vermehrung jener Kräfte beitragen wollte, die sich bemühen, diesen Fortschritt zu unterbinden und wieder aufzuheben.

Ich behaupte, daß nicht durch das Beiseitestehen der Arbeitersportler die Oeffentlichkeit auf uns gelenkt wird, sondern dadurch, daß wir überall, wo es gilt, den Arbeitersport in die Erscheinung treten lassen, es auch tun. Der Arbeitersportler, der sich fürchtet, daß auch ein paar bürgerliche Sportler da umherlaufen könnten, hat nicht das genügende Vertrauen zu seiner eignen Kraft. Gerade die Arbeiter bilden vielfach die Zuschauer beim bürgerlichen Sport. Wenn ich mit unsern Arbeitersportlern irgendwo aufmarschiere, wenn die Oeffentlichkeit nicht nur unsre Jungen, unsre Männer, sondern unsre Frauen und Mädel sieht, wenn wir erleben, wie Körperschönheit neben Kraft gerade bei den Mädeln und Frauen entwickelt sind, dann sind wir stolz darauf, auch an dieser hohen Aufgabe der Körperformung teilgenommen zu haben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Wir erringen unsre Anerkennung in der Klasse wie in der bürgerlichen Welt am ehesten durch unsre Leistungen. Niemand kann mehr an ihnen heute vorübergehen.

Daß die Sozialdemokratie immer stärker bemüht ist, den Arbeitersport zu fördern, bedarf keiner Unterstreichung. Deshalb bitte ich, alle hierzu gestellten Anträge durch die Annahme der von mir entworfenen Entschließung zu erledigen. Die Entschließung enthält keine Paragraphen, zählt weder Sündenfälle auf, noch erteilt sie einen Ablaß. Sie bringt zum Ausdruck, was der Arbeitersportler ist, proklamiert Gleichberechtigung für den Arbeitersport und offenbart die Solidarität zwischen Arbeitersport und Partei.

Eine Entschließung, in das Reichsschankstättengesetz Bestimmungen über den Alkoholverbrauch bei Sportveranstaltungen und Jugendpflege aufzunehmen, bitte ich abzulehnen. Wir müssen es uns verbitten, daß gerade immer im Zusammenhang mit uns von Alkohol gesprochen wird. Die Abstinenten haben dadurch, daß sie vor einiger Zeit eine Notiz veröffentlichten, die an Gehässigkeit nichts zu wünschen übrigläßt, sich nicht genützt. Ich glaube der Abstinenzbewegung mehr zu dienen als mancher, der dafür redet und schreibt, und doch seine Keller mit Wein gefüllt hat. (Sehr gut!) Die Jungen und Alten dem Arbeitersport zuzuwenden, dient viel besser der Abstinenzbewegung.

Der Arbeitersport hat auch sehr gute soziale und kulturelle Werte zur Entwicklung gebracht. Wenn wir nach dem Kriege durch die stärker gewordenen Gewerkschaften und den größern Einfluß der Sozialdemokratie die Arbeitszeit verkürzen und Ferien einführen konnten, so offenbart sich doch darin die gewachsene Macht der gesamten Arbeiterbewegung. Es ist eine Schmach, wenn, gleichviel bei welchen Auseinandersetzungen, dieser ungeheure Fortschritt gerade auf sozialkulturellem Gebiet nicht beachtet wird. (Sehr richtig!)

Wer hat früher in unsrer Jugend bei Erwerbslosigkeit an Unterstützung gedacht, wer an bezahlte Ferien! Ueber diese Erfolge wollen wir gewiß nicht übermäßig jubeln und sagen, wir hätten alles erreicht. Aber zur Ehre der Sozialdemokratischen Partei wollen wir feststellen, daß wir erst durch Solidarität und Kraft diese Erfolge erreicht haben, um darauf Neues und Größeres zu schaffen. (Bravo!) Es ist darüber gespottet worden, daß wir einen besondern Sport hätten. Es wäre doch gleichgültig, ob jemand einen kommunistischen, sozialistischen oder deutschnationalen Sport treibt. Die Sozialisten, die das sagen, haben bewiesen, daß sie noch viel zulernen müssen. Die Tatsache, daß die Bürgerlichen heute von der weltanschaulichen Notwendigkeit des Sportes schreiben, beweist, daß wir auf dem besten Wege waren, als wir Anfang der 90er Jahre eine eigne Bewegung schufen. Ich rufe in das Gedächtnis aller zurück, was wir damals haben opfern müssen. (Sehr gut!) Wir konnten damals in einer verhältnismäßig gut eingerichteten bürgerlichen Sportbewegung alles haben, was wir zum Sport brauchten. Wir gingen aber Anfang der 90er Jahre in ganz kleinen Häufchen stolz dazu über, uns loszulösen. Auf irgendeinem freien Platz, ohne daß uns der Gendarm erwischen durfte, begannen wir Leibesübungen zu treiben. Wir haben damals geopfert, was uns auf dem Gebiete des sportlichen Betriebes zur Verfügung stand, weil in uns die Würde lebendig wurde, nicht länger Anhängsel der Bürgerlichen zu sein. Das war eine Tat, die auch die heutige Jugend anerkennen muß. Alle, vor allem die Jungsozialisten, müssen darin Opfer erkennen, die die Alten von heute, als sie jung waren, für den Sozialismus gebracht haben. (Bravo!)

Mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung, der Ausweitung der großen sozialistischen Kraft, ist sie buntfarbiger geworden. Es stört hier und da, wenn Dutzende von Bestrebungen vorhanden sind. Aber das sozialistische Weltbild kann sich doch niemand nur in einem dunkeln Grau oder einem leuchtenden Rot vorstellen. Sondern es ist so farbenreich, daß ich mir nicht denken kann, daß wir nicht aus allen Quellen, aus allen Energien zu schöpfen haben, um die sozialistische Welt zu formen. Deshalb begrüßt es die Partei, daß sich neben der Arbeitersportbewegung die Arbeitersängerbewegung so außerordentlich entwickelt hat. Nicht nur, daß in ihr heute fast eine halbe Mil-

lion organisierter Arbeiter vorhanden sind, sondern ihre künstlerisch hervorragenden Leistungen haben überall dazu beigetragen, wertvolle Konzerte zu ermöglichen und unsre Feste zu verschönen. Durch die großen Chorwerke und Oratorien, die sie aufzuführen vermochten, forderten sie die öffentliche Kritik zur lobenden Anerkennung heraus. Diejenigen, die vor 30 Jahren sagten: Der Arbeiter wird nie infolge des Dröhnens der Hämmer und Knirschens der Räder zu einem feinen Gehör und reiner Stimme kommen können, haben unrecht bekommen. Die Jungen behielten recht, die damals schon an die kulturellen Kräfte in der Arbeiterbewegung glaubten. Wir sind heute stolz darauf, daß diese Arbeitersängerbewegung so Großes und Vornehmes zu leisten vermag. (Bravo! und Händeklatschen.) Wenn es Arbeiter mit guter Tenor- oder Baßstimme gibt, die ihr Erstgeburtsrecht als Angehörige der Arbeiterklasse dadurch preisgeben, daß sie noch bei den Bürgerlichen singen, dann wird auch diese Tatsache um so stärker zurückgedrängt werden, je mehr die Arbeitersänger beweisen, was sie können. (Sehr richtig!) Durch Beschlüsse ist gegenüber solchen Outsiders wenig anzufangen. Die hohe künstlerische Leistung der Arbeitersänger wird auch die letzten aus dem Lager der bürgerlichen Sängerbewegung herausholen und sie in die große Bewegung einreihen, auf die wir uns heute stützen dürfen.

Die Tatsache, daß Sie die von mir vorgelegte Entschließung einstimmig annehmen werden, wird dazu beitragen, daß vom Magdeburger Parteitag ein innigeres Verhältnis als bisher zwischen Arbeitersport und sozialdemokratischer Bewegung hergestellt wird. Das ist so ungeheuer wertvoll, daß ich davon überzeugt bin, daß dadurch nicht nur die Partei, sondern auch der Arbeitersport wächst.

Es ist richtig, daß viele Arbeitersportler noch nicht einem sozialdemokratischen Verein angehören. Sie werden aber um so eher das Gesetz der Kraft gerade als Sportler begreifen, wenn wir sie darauf aufmerksam machen, daß sie unter Führung einer starken Sozialdemokratie leichter Förderung und Mittel von den Kommunen, Ländern und dem Reich erhalten. Wenn bei den kommenden Gemeindewahlen in Preußen aber besonders die Arbeitersportler für ihr Recht auf Gleichberechtigung wirken wollen, müssen sie durch öffentliche Kundgebungen dazu beitragen, den letzten schlafmützigen Proleten aufzurütteln und ihm gerade als Arbeitersportler das Beispiel geben, indem sie ihm zeigen: Willst du für deine Spielplätze und Turnhallen die öffentlichen Mittel erhalten, dann sorge du dafür, daß auch die jungen wahlfähigen Mädchen und Burschen ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben. (Bravo!) Auf diese Weise können sehr starke politische Kräfte für die Partei aus dem großen Reservoir der Arbeitersportbewegung herausgeholt werden. Das Jungvolk greift, aufbauend auf der Arbeit der Alten, mutig und tapfer zu den Sternen, es reiht sich ein in den großen Strom, in dem die alten Kämpfer voranschreiten, die die roten Fahnen tragen. Möge die Jugend im Arbeitersport die körperlichen und kulturellen Kräfte, in der Sozialdemokratie die ökonomisch wirtschaftlichen Kräfte zur Entwicklung bringen, damit ein Geschlecht heranwächst, das erringen und formen hilft die sozialistische Gesellschaft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Parteitag nimmt hierauf das Referat ohne Aussprache zur Kenntnis.

Antrag 184 wird mit großer Mehrheit angenommen, wodurch die Anträge 161 bis 165 erledigt sind.

Antrag 186 wird mit dem Zusatzantrag 189 angenommen.

Von den noch ausstehenden Anträgen begründet den Antrag 174

Wels: Parteivorstand und Ausschuß stellen diesen Antrag, um offnen Parteischädigern schnell entgegenarbeiten zu können. Vom Ausschlußverfahren brauchte nicht gar zu oft Gebrauch gemacht zu werden. Trotzdem erschien es zweckmäßig, die Rechtsgarantien für die vom Ausschluß betroffenen Genossen

stärker als bisher sicherzustellen, trotzdem aber den vorerwähnten Zweck zu ermöglichen.

Antrag 174 wird angenommen.

Antrag 188 begründet

Heinrich Schulz: Der Antrag spricht eine Selbstverständlichkeit in Form einer Entschließung aus. Es ist gestern ein Antrag nur wegen seiner unglücklichen Form abgelehnt worden, dessen Tendenz jedoch aufgegriffen werden soll. Bei der Gelegenheit werden die Ortsvereine gebeten, die bei ihnen angenommenen Anträge dem Parteitag in einer Form zu unterbreiten, daß nicht wieder ein solches Unglück passieren kann. In der vorgelegten Form glaubt der Parteivorstand, daß dem Antrag zugestimmt werden kann. Wir wollen uns zu unsrer alten kulturpolitischen Parole bekennen, daß wir für volle Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und des künstlerischen Schaffens sind.

Antrag 188 wird angenommen.

Bericht der Beschwerdekommission

Den Bericht der Beschwerdekommission erstattet

Krüger (Berlin): Der Beschwerdekommission lagen zehn verschiedene Fälle vor, an denen 11 Personen beteiligt sind. Wir haben zum erstenmal auf diesem Parteitag über einen Antrag zu entscheiden, der sich auf Grund des § 28 Abs. 5 des Organisationsstatuts gegen den Parteivorstand richtet.

Im ersten Falle Lingner (Gronau) handelt es sich um einen lange Jahre in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen, einen Angestellten des Deutschen Baugewerksbundes in Dessau. Die Ortsverwaltung des Baugewerksbundes und der Bezirksvorstand der Partei schlossen Lingner wegen Untreue aus. Das Schiedsgericht bestätigte das Urteil. Die Beschwerdekommission ist der Auffassung, daß seiner Berufung an den Parteitag nicht stattgegeben werden kann. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der Genosse Zander (Mühlendorf) bekleidet eine Reihe von Ehrenämtern, die ihm die Organisation übertragen hat. Seine Schwäche ist die Unduldsamkeit gegen andre Genossen. Siebenmal haben Unterbezirks- und Bezirksleitung versucht, Ordnung zu schaffen, jedoch entzog er sich immer wieder dem Eingriff der Parteiinstanzen. Im Ausschlußverfahren wurde eine scharfe Rüge erteilt, im Schiedsgerichtsverfahren wurde eine Rüge in verschärfter Form zum Ausdruck gebracht. Die hiergegen eingelegte Berufung beantragen wir zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Im Falle Cohen (Frankfurt a. M.) erfolgte der Ausschluß durch den Parteivorstand nach § 28 Abs. 5, der besagt, daß zur Partei nicht gehören kann, wer einer andern politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratie wirkt. Cohen gehörte nachweisbar dem sozialistischen Schutzbund an, der in Wirklichkeit eine Zelle der kommunistischen Parteiorganisation ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht nur die republikanische Schutzorganisation, das Reichsbanner, zu bekämpfen, sondern auch gegen die Sozialdemokratie überall Stellung zu nehmen. Die vorliegenden Akten, insbesondere die wiederholten öffentlichen Aeußerungen Cohens lassen sein parteischädigendes Verhalten klar erkennen; er gehört innerlich zur kommunistischen Organisation.

Wir beantragen, den Beschluß des Parteivorstandes zu bestätigen und die Berufung zurückzuweisen.

Höxter (Heldenbergen): Ich muß mich dagegen wenden, daß Cohen auf Grund seiner Zugehörigkeit zu dem inzwischen aufgelösten sozialistischen Schutzbund ausgeschlossen wird. Der sozialistische Schutzbund, dem ich in seiner Anfangszeit auch angehörte, ist von den Kommunisten mißbraucht worden und

unter den Einfluß kommunistischer Spitzel geraten. Als das die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundes merkten, traten sie aus, darunter auch ich. Ich bitte, die Berufung Cohens gegen seinen Ausschluß trotzdem zurückzuweisen, weil wir nachweisen können, daß er nicht nur Mitglied des Schutzbundes, sondern auch der Kommunistischen Partei gewesen ist und seine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie zu Spitzeldiensten mißbraucht hat. (Der Parteitag beschließt nach dem Antrag der Beschwerdekommission.)

Krüger (Berlin, Berichterstatter): In dem vierten Falle Jurmann (Riesa) wurde der Genosse in erster Instanz wegen ehrlosen Handelns und parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Das vom Parteivorstand eingesetzte Schiedsgericht bestätigte einstimmig dieses Urteil. Es waren einige Unehrlichkeiten nicht besonders schwerer Natur. Aber die Tatsache, daß er wegen seiner Stellung als Angestellter der Ortskrankenkasse seinen eignen Kollegen gegenüber ein wenig kollegiales Verhalten an den Tag legte, hat das Schiedsgericht bewogen, das Urteil erster Instanz zu bestätigen. Wir schließen uns dem an und beantragen, den Einspruch zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der fünfte Fall betrifft Torfstecher (Berlin). Er ist zur Zeit des eingeleiteten Verfahrens etwa 2 Jahre Mitglied der Parteiorganisation gewesen. Er glaubt, auf Grund zweijähriger Mitgliedschaft prädestiniert zu sein, nunmehr von den parteigenössischen Mitgliedern der Bezirksämter und des Berliner Magistrats angenehme Stellungen in der Berliner Kommunalverwaltung zu erhalten. (Heiterkeit.) Er ist auch tatsächlich in die Berliner Kommunalverwaltung aufgenommen worden, mußte allerdings nach einiger Zeit entlassen werden. Eine sehr unangenehme Sache, die ihn aber nunmehr veranlaßte, in den Abteilungsversammlungen, selbst in solchen, zu denen er organisatorisch nicht gehörte, Stellung gegen diese Genossen zu nehmen. Der Bezirksvorstand hat Torfstecher eine scharfe Rüge erteilt. Dagegen legte er Berufung ein. Das Schiedsgericht hatte sich damit zu beschäftigen, und mußte, nachdem die Großberliner Organisation auch die Mitgliedschaft Torfstechers anzweifelte, auch zu dieser Frage Stellung nehmen. Es ergab sich, daß Torfstecher seit August 1928 keine Beiträge mehr gezahlt hat. Die Berliner Organisation hat ihn wegen Beitragsschulden gestrichen. Wir halten uns als Beschwerdekommission für unzuständig, gegen ein Nichtmitglied einen Beschluß des Parteitags herbeizuführen. Wir beantragen also Abweisung dieser Beschwerde wegen Unzuständigkeit. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der nächste Fall betrifft Monk (Quadrath). Er wurde in erster Instanz zu einer Rüge verurteilt, und es wurde ihm die Fähigkeit aberkannt, das Gemeinderatsmandat und sonstige Ehrenämter in der Partei zu bekleiden, und zwar auf die Dauer von 5 Jahren. Das Schiedsgericht änderte das Urteil erster Instanz insoweit, als es auf Rüge erkannte, ihm aber aufgab, sein Gemeinderatsmandat nicht mehr auszuüben. Der fünfjährige Ehrverlust wurde aufgehoben. Monk übt dieses Gemeinderatsamt nicht mehr aus. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Begründung für seinen Einspruch nicht mehr besteht und beantragen deshalb, diesen Einspruch zurückzuweisen. (Es wird so beschlossen.)

Ich komme nun zu den Fällen Bülow (Stettin) und Hirschfeld (Stettin), zwei verschiedene Sachen, die aber in einem gewissen Zusammenhang stehen.

In dem Falle Bülow wird dem Genossen zur Last gelegt, ehrenrührige Mitteilungen über einen Parteigenossen der Stettiner Organisation Kommunisten gegenüber getan zu haben. Bülow bestreitet dieses. Weitere Dinge, zum Teil kleinlicher persönlicher Art veranlaßten den Bezirksvorstand zum Eingreifen. Bülow erhielt in erster Instanz eine Rüge und Aberkennung der Fähigkeit, innerhalb von 3 Jahren öffentliche Ehrenämter der Partei zu bekleiden. Im Schiedsgerichtsverfahren wurde auf Rüge erkannt, die 3 Jahre Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Ehrenämtern fallengelassen.

Gegen diesen Beschluß des Schiedsgerichts erhebt nunmehr der Ortsvorstand Einspruch. Wir bitten, diesen Einspruch zurückzuweisen.

Im Falle Hirschfeld (Stettin) handelt es sich um einen ähnlichen Personenkreis, wenn auch materiell um andre Dinge. Hirschfeld hat bewußt mit Hilfe falscher Wechsel die Volksdruckerei Stettin geschädigt. Wir bitten, das Urteil erster Instanz, das auf Ausschluß lautete, zu bestätigen.

Die Beschwerdekommission ist der Auffassung, daß durch ihre Anträge (im Falle Bülow Zurückweisung des Einspruchs des Bezirksvorstandes und im Falle Hirschfeld Bestätigung des Ausschlußurteils) die dortigen Parteiverhältnisse nicht bereinigt werden. Wir bitten den Parteivorstand, nach dieser Richtung hin etwaige Untersuchungen anzustellen. (Der Parteitag beschließt in beiden Fällen gemäß den Anträgen der Kommission.)

Ich komme zu den Fällen Hoereth (München) und Graf (München). Hier hatte die Beschwerdekommission die unangenehmste Aufgabe zu erledigen. Der Parteivorstand sah sich genötigt, das Protokoll der Schiedsgerichtsverhandlungen binden zu lassen. Es ist ein 402 Seiten starker Band. (Hört, hört!) Er liegt bei mir auf dem Platze. Neben diesem Schiedsgerichtsprotokoll befinden sich noch etwa 200 Seiten Akten. Die ganze Angelegenheit kostet der Parteiorganisation etwa 1200 Mark. (Hört, hört!)

Im Falle Hoereth hat die Parteiorganisation das Verfahren angestrengt und in erster Instanz auf Rüge und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf die Dauer von 3 Jahren, in zweiter Instanz auf die Dauer von einem Jahr erkannt. Das Urteil des Schiedsgerichts stützt sich nur auf die bewiesenen Tatsachen. Graf und Hoereth nahmen beide an organisierten Zusammenkünften einer bestimmten Münchner Richtung teil, die sich die Aufgabe gestellt hatte, führende Parteigenossen zu beseitigen und dafür ihre eignen Parteifreunde an diese Stelle zu setzen. Man kann dieses Verhalten auch als eine gewisse organisierte Opposition bezeichnen. Wir bitten im Falle Hoereth, den Einspruch zurückzuweisen. (Es wird so beschlossen.)

Bei der Untersuchung des Falles Graf (München) wurde vom Schiedsgericht dem Bezirksvorstand München anheimgegeben, einmal eine genauere Untersuchung in Sachen Graf stattfinden zu lassen. Das Schiedsgerichtsurteil stützt sich nur auf die tatsächlich bewiesenen Dinge, das heißt die organisierten Zusammenkünfte wie im Falle Hoereth. Es kam auch aus diesem Grunde zu dem gleichen Urteil. Bei der vom Bezirksvorstand auf Empfehlung des Schiedsgerichts angestellten Untersuchung ergab sich aber folgendes: Graf war einmal einen Tag vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Nürnberg von der KPD. zur USPD. hinübergewechselt, wohl um damit den direkten Anschluß zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu finden. Als er seinen Uebertritt zur Unabhängigen Partei und damit auch zum Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei vollzog, wußten weder der Ortsvereinsvorstand noch der Bezirksvorstand Genaueres von dem Vorleben Grafs. Es hat sich aber an Hand der vorliegenden Akten ergeben, daß Graf mit Organisationen in Bayern in Verbindung steht, die zum „Oberland" gehören, die stark völkischen Charakter tragen, und daß er, wenn auch in der Inflationszeit, von diesen Organisationen, wie er selbst eingesteht, einen Betrag von etwa 350 000 Mark erhalten hat.

Die Beschwerdekommission ist der Auffassung, daß, wenn dies bei seinem Uebertritt zur USPD. und damit bei seinem Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei bekannt gewesen wäre, er niemals Mitglied der Organisation geworden wäre. Wir beantragen deshalb unter Berücksichtigung des neu gewonnenen Tatsachenmaterials über die Rüge hinauszugehen und Graf aus der Partei auszuschließen. (Der Antrag wird vom Parteitag einstimmig angenommen.)

Der letzte Fall ist der Fall Dr. Bachem (Berlin). Im Sommer vergangenen Jahres erhielt die Oeffentlichkeit Kenntnis davon, daß der Prokurist der Arbeiterbank, Genosse Dr. Schönherr, plötzlich aus seinem Dienstverhältnis ausgeschieden sei. Eine Kette von teilweise unerfreulichen Vorgängen hat zu diesem Ausscheiden geführt. Dem Genossen Dr. Bachem, dem Direktor der Arbeiterbank, wird von der Berliner Parteiorganisation ganz allgemein parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, weil auf seine Veranlassung zur Klarstellung bestimmter Vorgänge in der Arbeiterbank Organe des Staates hinzugezogen worden sind. Die Arbeiterbank ist das zentrale Finanzinstitut der gesamten modernen Arbeiterbewegung. Es betreut durchschnittlich 70 bis 80 Millionen Reichsmark. Die Verantwortung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Organe der Arbeiterbank ist somit außerordentlich groß. Ein genaues Aktenstudium hat ergeben, daß, soweit dem Genossen Bachem wegen seiner Maßnahme ein parteischädigendes Verhalten zum Vorwurf gemacht wird, er diese Maßnahmen nach dem Zeugnis der beiden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, der Genossen Leipart und Aufhäuser, unter ausdrücklicher Anordnung, teils unter verantwortlicher Zustimmung veranlaßt hat. Bachem ist somit ausführendes Organ seiner direkten Vorgesetzten gewesen.

Eine andre Sache ist es, ob es unbedingt notwendig war, staatliche Hilfsmittel heranzuziehen. Man kann allgemein bedauern, daß in einem Arbeiterunternehmen sich solche Dinge abspielen. Die Objektivität gebietet aber, festzustellen, daß nicht die Arbeiterorganisationen und auch nicht die Partei, sondern einzig und allein die gesetzlichen und satzungsmäßigen Organe der Bank die Verantwortung tragen. Gewiß ist es ein außergewöhnlicher Vorgang, wenn Parteigenossen polizeiliche Maßnahmen über sich ergehen lassen müssen. Es liegt aber doch so, daß die Organe der Bank bei ihren Handlungen sich nicht immer von der gar nicht klar umschriebenen Parteimoral allein leiten lassen können. Sind Interessen eines Arbeiterunternehmens schwer bedroht oder sind große Gefahren abzuwenden, dann sind nach Auffassung der Beschwerdekommission die verantwortlichen Instanzen verpflichtet, das zu tun, was im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig ist. Wir glauben, daß im demokratisch-republikanischen Deutschland dies auch staatliche Hilfsmittel sein können. Wir beantragen, das Urteil des Schiedsgerichts aufrechtzuerhalten. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Schlußansprache

Hierauf ergreift der

Vors. **Wels** das Wort zu folgender Schlußansprache: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Damit sind wir, soweit ich es übersehen kann, am Schlusse der Arbeiten des Parteitags angelangt. Gestatten Sie mir, im Namen des Parteitags den Dank aller Beteiligten auszusprechen an die Magdeburger Parteiorganisation und auch an die Stadt Magdeburg, vor allem an ihren hervorragenden Oberbürgermeister, der ja mit die Anregung zur Schaffung dieser wunderbaren Stadthalle gab, in deren wirklich schönen Räumen wir die rege Anteilnahme der Delegierten an den Verhandlungen und auch einer Zuhörerschaft aus allen Kreisen der Bevölkerung herbeiführen konnten, wie das sonst auf frühern Parteitagen wohl kaum jemals möglich war. (Lebhafter Beifall.)

Unser Dank gilt weiter unsrer Organisation der Stadt Magdeburg und der Organisation des Bezirks Magdeburg-Anhalt, die sich durch die Organisierung des Parteitags den Dank der gesamten Partei verdient haben. Sie haben gezeigt, was die deutsche Sozialdemokratie hier in Mitteldeutschland bedeutet. Parteigenossen, ich sage mit Fug und Recht: wer macht uns das nach, was hier in Magdeburg geboten worden ist! (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Angefangen vom Mitteldeutschen Jugendtag am Sonnabend, als die Mehrzahl der

Delegierten hier eintraf, der 10 Kilometer lange Fackelzug, der durch die Straßen der Stadt wie eine einzige Flammensäule sich hindurchbewegte, zum Aufmarsch am Sonntag mit den Teilnehmern nicht nur aus dem ganzen Bezirk, sondern weit darüber hinaus, mit Wagen aus Hannover, aus Berlin, aus Anhalt, aus Hamburg, aus Sachsen und aus der Provinz Brandenburg. Wer sich an all das viele junge Blut erinnert, den überkommt ein Gefühl des Stolzes, das immer und immer wieder bei uns durchbrach, das uns alle durchdrang und vor dem jeder Pessimismus schwinden mußte. Wie gingen uns die Herzen auf, wenn man sie kommen sah, all die jungen, die künftigen Kämpfer, die Roten Falken, wie sie trugen so stolz ihr blau Gewand, wie sie die roten Fahnen schwenkten in der Luft!

Den Dank an die Jugend, den Dank an die Sportler, den Dank an das Reichsbanner, den Dank an die Arbeitergesangvereine spreche ich hiermit nochmals im Namen des gesamten Parteitags aus. (Beifall.)

Dann auch unsern Dank der Druckerei der Magdeburger „Volksstimme" und dem technischen Personal für die prompte Erledigung ihrer gewiß nicht leichten Aufgaben. (Beifall.)

Den Genossen der Kommission, die den Arbeiten des Parteitags entzogen waren, bringen wir volles Verständnis für ihr Bedauern entgegen, daß sie, so fest eingekeilt in der Arbeit, an den Verhandlungen nicht teilnehmen konnten. Es geht aber halt nicht anders, einige müssen es immer sein, die dieses Opfer bringen.

Den Höhepunkt aber, Parteigenossen, all der Veranstaltungen hier, der jedem unvergeßlich bleiben wird, das war am Mittwochabend jenes große Fest, das in seiner berauschenden Farbenpracht und in dem Zusammenwirken von etwa 1500 Mitwirkenden, zumeist Jugendlichen, uns dort an der herrlichen Landschaft am Mittag-See einen unvergleichlichen Eindruck übermittelte und hinterlassen wird.

Und das Licht leuchtet auf in der Finsternis! So überlief es einen jeden im Innern, der sah, wie auf dem Wasser Lampion an Lampion von Arbeiterruderern zusammengetragen wurde zu einem farbenprächtigen Bilde.

Aus allem aber, was wir sahen, was wir hörten, trat immer wieder das eine uns entgegen: die Liebe zur Partei und der Stolz auf ihr Können, ein berechtigtes Selbstbewußtsein, bei der Schaffung eines Großen und Ganzen sich einzugliedern als dienendes Glied; als dienendes Glied, und doch unentbehrlich zum Gelingen des Ganzen. (Beifall.)

Der Magdeburger Parteitag gab uns ein Zeichen innerer Geschlossenheit und Festigkeit der Partei. Arithmetische Kunststücke, aus den Abstimmungen die Stärke der Meinungsverschiedenheiten zu errechnen, erscheinen mir kleinlich und nichtig. Die Partei ist groß, die Partei ist stark, wenn sie geschlossen ist. Und wann ist sie es nicht, wenn der Kampf die Geschlossenheit fordert! Wir sind nicht Richtungen, wir sind Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall.)

Das Wort hat Klang in aller Welt. Ihn zu erhöhen, ihn zum Ehrennamen, zum vornehmsten Titel jedes Werktätigen zu machen, das ist unsre Aufgabe, sollen die Gegner unsre geschlossene Kraft empfinden und soll sie politische Münze sein.

Was rechts, was links? Standen wir denn nicht von rechts bis links erst noch vor wenigen Wochen gemeinsam im Feuer des sächsischen Wahlkampfes? Keine Partei in Deutschland wagt es, ihre Verhandlungen so offen vor aller Welt zu führen wie wir. Es gibt keine Kassenverwaltung, die so öffentlich über ihre Einnahmen Rechenschaft ablegt, keine Partei, die ihre Mitgliederzahlen voll Stolz so offen bekennt. In der Partei von heute findet ein Prophetenwort Lassalles seine Erfüllung. Wenn wir rückblickend unsern Weg und vorausschauend das Kampffeld überblicken, dann fühlen wir es: die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben die Jugend. Wer zweifelt noch daran, wer ihre Scharen an sich vorüberziehen sah? Wir haben die Kraft, und aus all den Beschlüssen des Parteitags klingt heraus nur eine Mahnung an die bürgerliche Gesellschaft: die Sozialdemokratie tut nichts, aber auch nichts für euch, sie tut alles nur für die Enterbten, alles für die Arbeiterklasse, alles bis zum letzten. Mit all ihrer Kraft tritt sie ein für den großen Teil des deutschen Volkes, dem die Republik eine Heimat werden soll, eine Heimat, die er liebt und die er verteidigen will, weil sie erfüllt ist mit sozialem Geist und gleichen politischen Rechten, weil sie ihm und all den Unterdrückten der Vergangenheit den Weg ins Freie, den Weg zum Sozialismus bahnen soll.

Die Verhandlungen des Parteitags haben die Aufmerksamkeit aller politischen Parteien auf sich gezogen. Die strenge Sachlichkeit, welche unsre Tagung auszeichnete, muß auch von ihnen anerkannt werden. In allen Fragen, die wir berieten, zeigte es sich: wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und wir wissen es: der Wille der Arbeiter, der jetzigen und der kommenden Generationen, wird erfüllen, was als schöner Traum vergangene Generationen begeisterte. Wir sehen das Ziel, und wir übersehen den Weg, der zu ihm führt. Weite Strecken noch führen durch Urwald und durch Gestrüpp. Hier Straßen zu bahnen, ist unsre Arbeit. Die Sozialpolitik ist uns das Mittel zum Zweck, um die Aermsten und die Schwächsten über jene Straße hinweg mit uns zu führen. In geschlossenem Aufmarsch formieren wir dazu unsre Organisationen. In ihnen werden die Schwachen mächtig, aus ihnen heraus wächst die Kraft.

Der Parteitag war getragen von wahrem parteigenössischem Gefühl. Darüber dürfen die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten nicht hinwegtäuschen, wenn es auch so scheinen mag, als ob es immer dieselben Personen sind, die in ihren Auffassungen sich gegenüberstehen. Oft ist es nur eine andre Dialektik, andre Verhältnisse, die beeinflussend wirken. Sehen wir doch, wie so mancher Norddeutsche in Bayern ganz bayrisch wurde und umgekehrt. (Beifall.)

Parteigenossen, wir gehen nun in unsre Heimat, in unsre Bezirke zurück. Dort treten wir wieder in den Kampf ein, der heiß und heißer wird und werden soll, als er jemals war. Ob Opposition oder Koalition, ob in einer Regierung oder im Kampfe mit ihr, unser Ziel bleibt immer das gleiche. Unser Blick ist jenen Höhen zugewandt, von denen die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge des Weltgeschehens den mit dem Rüstzeug der Wissenschaft des Sozialismus Ausgerüsteten den Sonnenaufgang einer neuen Zeit, einer neuen Gesellschaftsordnung, des Sozialismus, sehen läßt. Einst war Lassalle noch ein einzelner, als er das Wort prägte, daß der mit der Wissenschaft des Jahrhunderts Ausgerüstete von den Berggipfeln der Wissenschaft das Morgenrot einer neuen Zeit früher sieht als der im tiefen Tal Wandelnde. Jahrzehnte organisatorischer Arbeit haben uns allen das Morgenrot einer neuen Zeit in unser Gesichtsfeld gerückt.

Wir führen den Kampf um die Befreiung der Menschheit Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten der andern Länder. Die Nachrichten, die uns soeben aus England übermittelt werden, zeigen den unaufhaltsamen Vormarsch des Proletariats. Die letzten Nachrichten, die wir soeben bekommen haben, geben zwar nur einen Ueberblick über 220 Wahlkreise. Von ihnen haben erobert die Liberalen 15, die Konservativen 80, die Arbeiterpartei 120. (Stürmisches Bravo!) Mag die Möglichkeit der Regierungsbildung dort drüben sich so oder so entscheiden, mag sie an einem seidenen Faden hängen, der unaufhaltsame Siegsmarsch der organisierten Arbeiterschaft ist nicht aufzuhalten. Parteigenossen! Ich bitte Sie, dem Bureau das Recht zu geben, im Namen des Parteitags als letzte Handlung ein Telegramm mit dem Ausdruck des Glückwunsches und der heißen Freude über diesen Sieg an die Arbeiter Englands zu senden. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun zum Schluß! Nichts mehr soll uns trennen. Immer fester und fester sollen und müssen die Ketten werden, die uns umschlingen. Höher und höher soll steigen die Flut, immer stolzer sollen flattern die roten Banner des Sozialismus. Ihnen gilt unsre Liebe, ihnen gilt unser Kampf, ihnen gilt unser Leben. Es lebe die deutsche, die internationale, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Der Parteitag stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein. Ein Roter Falke tritt auf die Bühne und überreicht Wels einen Strauß roter Nelken mit den Worten: „Die Magdeburger Arbeiterschaft dankt dir durch diesen Blumenstrauß für die gute Leitung des Parteitags." (Stürmischer Beifall.) Der Parteitag singt unter den mächtigen Klängen der Orgel den Sozialistenmarsch.

Otto Wels: Damit ist der Parteitag geschlossen.

Erklärung zum Protokoll

Durch die Erklärung des Genossen Gerlach betreffend Ablehnung eines Korreferenten durch den Ortsverein Düsseldorf habe ich folgendes zu erklären:

Genosse Gerlach beantragte in der Versammlung, nachdem der Genosse Künstler gesprochen hatte, die Aussprache zu vertagen, eine neue Versammlung mit einem Redner, der auf dem Boden des Kommissionsentwurfs stehe, einzuberufen und danach die Aussprache vorzunehmen. —

Der Vorsitzende Müller erklärte, die Versammlung sei frühzeitig genug durch die Presse bekanntgegeben worden. Hätte man einen zweiten Redner gewünscht, hätte man dies dem Vorstand vor der Versammlung mitteilen können, dann hätte sich darüber reden lassen. Jetzt die Aussprache zu vertagen, sei nicht angängig. Er sei bereit, einem Genossen, der auf dem Boden des Kommissionsentwurfs stehe, eine verlängerte Redezeit zu geben. Davon wurde kein Gebrauch gemacht. Die Versammlung lehnte den Antrag Gerlach ab. —

Zöllig, Düsseldorf.

ERLEDIGTE ANTRÄGE ZUM PARTEITAG

Die **abgelehnten** und durch Annahme oder Ablehnung andrer Anträge **erledigten** Anträge sind hier nicht aufgeführt. Die **namentlichen Abstimmungen** sind zum Schluß angefügt.

Zum Bericht des Parteivorstandes

Angenommen wurden:

28. Bielefeld. Im Organisationsstatut erhält der § 8 im ersten Teil folgende Fassung:

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk, für einzelne Ortsvereine oder für einzelne Gruppen die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln.

159. Berlin. Die im Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften sind die gegebene Wirtschaftsorganisation der arbeitenden Frau.

(Absatz 2 wurde zurückgezogen.)

171. Parteivorstand und Parteiausschuß zum § 8 des Statuts. Nach dem vierten Absatz wird eingefügt: Außer den regulären Beiträgen für alle Mitglieder haben die Bezirksvorstände das Recht, für Mitglieder mit höherm Einkommen unter Berücksichtigung sozialer Verhältnisse besondere Beiträge zu erheben. Vor der endgültigen Beschlußfassung ist beim Parteivorstand die Genehmigung der beabsichtigten Beitragssätze einzuholen.

Der Parteivorstand hat auf eine möglichste Gleichmäßigkeit für alle Bezirke hinzuwirken.

Die Einziehung dieser Beiträge erfolgt direkt durch die Bezirksleitung.

172. Parteivorstand und Parteiausschuß. Der Parteitag beschließt, eine Diskussions-Wochenschrift zu billigem Preise an die Parteimitglieder durch die Organisation herauszugeben.

173. Parteivorstand und Parteiausschuß. Der Parteitag beschließt die Errichtung einer Agrarpolitischen Zentrale beim Parteivorstand.

174. Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission zu § 28 des Organisationsstatuts. (Der Antrag ist in dem Organisationsstatut § 28 aufgenommen. Siehe Organisationsstatut Seite 295.)

179. Der Parteitag fordert erneut in Uebereinstimmung mit der französischen Bruderpartei und der Stellungnahme der gesamten sozialistischen Internationale und unabhängig vom Ausgang der Pariser Reparationskonferenz die ungeteilte und bedingungslose Rückgabe des Saargebiets an Deutschland.

Der Parteitag erwartet zugleich von Reich und Ländern innerhalb ihres Hoheitsgebietes die weitestgehende Förderung aller Bestrebungen, die den Prozeß der Wiederangleichung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets an die des Reiches zum Ziele haben, insbesondere derjenigen auf dem Gebiet der Sozialversicherung und derer um die Wiedergewinnung des natürlichen Absatzmarktes der Saar-Wirtschaft in Südwestdeutschland.

182. Der ganze deutsche Osten, vor allem auch die schlesischen Bezirke leiden schwer unter dem Handelskrieg mit Polen, der nun schon vier Jahre lang dauert. Durch die infolge dieses Handelskrieges erfolgte Schließung der polnischen Grenze für deutsche Industrieprodukte haben diese deutschen Landesteile, die an sich schon unter den Folgen des Vertrags von Versailles schwer leiden, den größten Teil ihrer natürlichen Absatzgebiete verloren. Die Folge

ist ein nun schon jahrelanges Daniederliegen der ostdeutschen, insbesondere schlesischen Industrie. Die weitere Folge ist eine dauernde große Arbeitslosigkeit und dementsprechend eine große wirtschaftliche Not in diesen Gebieten. Diese Schwierigkeiten wachsen um so mehr, je länger der Handelskrieg dauert. Es besteht sogar die Gefahr, daß die Absatzgebiete der ostdeutschen Industrie in Polen dauernd verlorengehen, da unter dem Schutze der Grenzsperre sich in Polen bereits eine eigne Industrie entwickelt, die immer mehr die Versorgung des polnischen Marktes mit den Waren übernimmt, die bisher aus Ostdeutschland bezogen wurden. Die große wirtschaftliche Not des deutschen Ostens kann deshalb nur beseitigt werden, die Wirtschaft des deutschen Ostens kann nur neu belebt werden, wenn der Handelskrieg mit Polen möglichst rasch beendet wird und endlich der Abschluß eines Handelsvertrags mit Polen erfolgt.

Der Parteitag erwartet daher, daß die Reichstagsfraktion unsrer Partei wie auch unsre im Reichskabinett tätigen Genossen alles daransetzen, um einen möglichst baldigen Abschluß des Handelsvertrags mit Polen zu erreichen.

185. Der Sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg wiederholt die auf allen Parteitagen nach dem Krieg in Uebereinstimmung mit den sozialistischen Parteien in Frankreich, Belgien und England aufgestellte Forderung auf Räumung des besetzten Gebiets am Rhein. Zehn Jahre sind verflossen, seitdem die Sieger in rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Machtposition dem deutschen Volk einen Frieden aufzwangen, dessen Bedingungen neben den politischen und rechtlichen Fesseln zu einer unerträglichen wirtschaftlichen Last geworden sind und der unvereinbar ist mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Die Anwesenheit fremder Soldaten in friedlichem, entmilitarisiertem Gebiet ist eine dauernde Bedrohung des Friedens.

An die deutsche Reichsregierung und an die Regierungen der Länder richtet der Parteitag die Forderung, in Ausführung der dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über die Kriegsschäden im Westen bald ein umfassendes Reformprogramm mit dem Ziel der Ueberwindung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen vorzulegen.

188. Parteivorstand. Der Parteitag macht die Genossen und Genossinnen auf kulturreaktionäre Erscheinungen der letzten Jahre aufmerksam und fordert sie zur Wachsamkeit auf. Die Sozialdemokratie lehnt nach wie vor jede kulturkämpferische Unduldsamkeit ab, fühlt aber im Hinblick auf ihre Grundsätze und ihre Vergangenheit auch die unbedingte und gern erfüllte Verpflichtung, für volle Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und des künstlerischen Schaffens einzutreten.

Dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurden:

2. München. Unsre Werbewochen sollen in Zukunft im Frühjahr abgehalten werden.

3. Hannover. Die Werbewoche für die Presse wird in den Herbst, die für die Partei ins Frühjahr verlegt.

4. Regensburg. Die Werbewoche für die Partei findet alljährlich in der ersten Maiwoche, die Werbewoche für die Presse jeweils im September statt.

5. Barmen. Die Konferenz des Unterbezirks Elberfeld-Barmen bedauert es auf das lebhafteste, daß der Parteivorstand das Mitteilungsblatt für die Funktionäre der SPD. hat eingehen lassen. Der Parteivorstand fordert die Funktionäre auf, statt des bisher gratis erscheinenden Mitteilungsblattes die Parteikorrespondenz zu abonnieren. Die Teilnehmer der Unterbezirkskonferenz Elberfeld-Barmen stehen auf dem Standpunkt, daß man den Funktionären der SPD., welche zum großen Teil aus in nicht gerade glänzenden wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Arbeitern bestehen, nicht noch zumuten kann, daß sie bei der Arbeit, die sie aus ideellen Gründen für die Partei leisten, auch noch

weitere finanzielle Opfer tragen sollen. Da nun aber eine aufklärende Zeitschrift für die Funktionäre der Partei unbedingt notwendig ist, fordern die Teilnehmer der Konferenz Parteivorstand und Ausschuß auf, den Funktionären der SPD. eine aufklärende Zeitschrift nach wie vor gratis zu liefern.

7. Essen. Die Parteikorrespondenz ist allen Parteifunktionären unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht dessen, daß der größte Teil der Parteifunktionäre ein sehr geringes Einkommen hat, ist es ausgeschlossen, daß die Funktionäre die Kosten für das Abonnement tragen können. Ohne Orientierungsblatt würde es den Funktionären aber nicht möglich sein, die Agitation so zu betreiben, wie es das Interesse der Partei erfordert. Berücksichtigt möge noch werden, daß die Kommunisten mit reichem Material versehen sind und der Kampf mit diesen erfolgreich nur dann betrieben werden kann, wenn auch unsre Genossen mit Agitationsmaterial aufs beste versehen sind.

20. Barmen. Der Parteivorstand wird beauftragt, der Gewinnung der Frauen für die Partei in Zukunft mehr als bisher seine Aufmerksamkeit zu widmen und durch öftere periodische Herausgabe entsprechender Flugblätter zur allgemeinen Verbreitung dieser Aufgabe Rechnung zu tragen.

21. München. Der Parteivorstand möge auf den Verlag Dietz Berlin dahingehend einwirken, daß 1. die Literatur des Dietz-Verlags zu volkstümlicheren Preisen als bisher erscheint, und 2. endlich längst vergriffene Werke der Parteigeschichte neu aufgelegt werden.

158. Düsseldorf. Die „Genossin" erscheint in Zukunft nicht mehr in der letzten Hälfte, sondern in der ersten Hälfte des Monats, damit die „Genossin" dort, wo sie obligatorisch allen Genossinnen zugestellt wird, diesen sofort bei der Kassierung am Anfang des Monats ausgehändigt werden kann.

168. Düsseldorf. Der nächste Parteitag findet in Düsseldorf statt.

169. Mainz. Der nächste Parteitag findet in Mainz statt.

Zum Bericht der Wehrkommission
Angenommen wurde:

170. Abgeänderter Entwurf der vom Parteivorstand eingesetzten Wehrkommission. (Namentlicher Abstimmung mit 242 gegen 147 Stimmen.) Siehe Richtlinien zur Wehrpolitik Seite 288. Erster Entwurf der Kommission ist im Jahrbuch 1928 Seite 128 enthalten.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion
Angenommen wurden:

142. Bremerhaven. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechtes der Seeleute werden den bestehenden schwierigen Verhältnissen nicht gerecht. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechtes der Seeleute so geändert werden, daß möglichst allen Seeleuten auf bequemste und unkontrollierte Weise die Abgabe der Stimme ermöglicht wird.

145. Waltrop. Die Partei muß mit allen parlamentarischen Mitteln versuchen, eine bessere paritätische Zusammensetzung der Steuerausschüsse zu erzwingen, mit dem Ziel der Offenlegung der Steuerlisten. Nur dadurch wird es möglich sein, auch den Besitz in genügendem Maße zu den Steuerlasten heranzuziehen.

150. Salzwedel-Gardelegen. Verschiedene Ausführungen des Reichsministers der Finanzen, Genossen Hilferding, lassen erkennen, daß der Etat ein Defizit von rund 600 Millionen zeige und daß aus diesem Grunde die Beschließung weiterer Steuern notwendig werden wird. Es erscheint angebracht, auf die Mißstände bei der Veranlagung und Erhebung der Reichssteuern hinzuweisen, nach deren Beseitigung sicher eine gewaltige Reduzierung des Defizits eintreten wird. Es wird um Schritte der Beseitigung der Mißstände gebeten.

151. Berlin. Im Interesse der Freizeitbewegung aller Hand- und Kopfarbeiter beschließt der Parteitag, dafür einzutreten, daß nicht nur Uferstraßen und Promenaden, sondern alle zur Erholung geeigneten Ufer, und im Interesse der Volksgesundheit Wälder unter besonderen Schutz gestellt werden.

178. Der Parteitag erblickt in dem Weiterbestehen der Innungs- und Betriebskrankenkasse sowie der Ersatzkassen eine Zersplitterung der deutschen Krankenversicherung, die die Leistungsfähigkeit der Ortskrankenkassen wesentlich schwächt und die von diesen im Interesse der versicherten Bevölkerung zur Hebung der Volksgesundheit geschaffenen Einrichtungen stark gefährdet.

Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie durch eine Reform der Reichsversicherungsordnung die Vereinheitlichung der Krankenversicherung herbeiführt.

Bis zur endgültigen Reform der Reichsversicherungsordnung ist die Errichtung neuer Innungskrankenkassen durch Schaffung eines Sperrgesetzes zu unterbinden.

187. Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche zur Konkordatsfrage vorliegenden Anträge.

Der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen wurden:

84. Berlin, Bertsdorf, Darmstadt, Dresden, Erfurt, Essen, Hamburg, Hornhausen, Kassel, Kaiserslautern, Lüneburg, München, Nürnberg, Nienburg, Roxheim, Stettin, Urberach, Wellen, Worms und **Zittau** haben sachlich gleiche, nur in der Form etwas differenzierende Anträge gestellt, die im Berliner, Hamburger und Zittauer Antrag hier zusammengefaßt sind:

85. Berlin. Die Reichstagsfraktion wolle die Vereinheitlichung der Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung anstreben.

Bei der großen Notlage der ältern Arbeiter und Angestellten ist mit Nachdruck von der Reichstagsfraktion zu fordern, daß sie sich einsetzt für:

1. Erhöhten Schutz gegen Entlassungen.
2. Maßnahmen zur Eingliederung in den Produktionsprozeß.
3. Herabsetzung der Altersgrenze der Invaliden- und Angestelltenversicherung auf 60 Jahre.
4. Erhöhung der Renten.
5. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66⅔ auf 50 Prozent.
6. Gewährung von Witwenrente auch ohne vorliegende Invalidität.

Für die im Erwerbsleben stehenden Jugendlichen werden ausreichende Schutzbestimmungen gefordert.

86. Hamburg. Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags wird ersucht, die Möglichkeit der Krankenversicherung (Weiterversicherung) zu schaffen für diejenigen, denen bisher als Familienangehörigen eines verstorbenen Mitglieds die Leistungen der Krankenversicherung zugänglich waren.

87. Zittau. Alle über 60 Jahre alten Arbeiter und Angestellten sind aus dem Arbeitsprozeß herauszunehmen. Die Rente ist zu erhöhen. Eine Erhöhung der Beiträge ist möglichst zu vermeiden, dafür aber eine Vereinfachung der Verwaltung vorzunehmen.

Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und Ausbau derselben zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge. Erweiterung des Schutzes für ältere Arbeiter und Angestellte.

88. Hamburg. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß das Reichsgesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dahingehend geändert wird, daß der Instanzenweg für die Genehmigung gemeindlicher Notstandsarbeiten wesentlich abgekürzt wird.

89. Limburgerhof. Es wird gefordert:

1. daß zur Steigerung der Leistungen der deutschen Sozialversicherung die Invaliden-, Angestellten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zusammengelegt werden;
2. daß auch das Reich aus allgemeinen Steuermitteln größere Zuschüsse zur Erhöhung der Leistungen zuschießt.

Als nächste Maßnahmen fordern wir:

1. Verbot aller Maßnahmen, die eine weitere Zersplitterung in der Organisation der Versicherungsträger der Sozialversicherung bringt, besonders das Verbot der Gründung neuer Krankenkassen;
2. Ausbau der Leistungen der Krankenversicherung, insbesondere Einführung der Familienversicherung als Regelleistung;
3. Einbeziehung aller Gehalts- und Lohnempfänger in alle Zweige der Sozialversicherung;
4. Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung;
5. Vereinheitlichung der Bezugsbedingungen für Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, ebenso der Witwen- und Waisenrenten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung;
6. Erweiterung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung.

90. Urbach. Die Fraktion möge auf eine Vereinheitlichung der sozialen Versicherungen und auf die Abschaffung der Innungs- und Betriebskrankenkassen hinwirken.

92. Meitzendorf. Das Gesetz über eine Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit vom 24. Dezember 1928 enthält für die davon betroffenen Berufsgruppen eine unbillige Härte und schwere wirtschaftliche Schädigung. Die Partei muß sich mit größter Energie dafür einsetzten, daß dieses Sondergesetz so bald als möglich verschwindet und die durch dieses Gesetz geschädigten Berufsgruppen den andern Arbeitsberufen wieder gleichgestellt werden.

93. Nürnberg. Die Arbeitslosenversicherung ist wieder auf den Stand wie vor dem Gesetz für die berufsübliche Arbeitslosenversicherung zu bringen.

94. Berlin. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, für die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe für die Dauer der Erwerbslosigkeit Sorge zu tragen.

95. Leipzig. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion dahin zu wirken, daß die Versicherungspflichtgrenze bei den Krankenkassen erhöht wird.

97. Herne. Durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz sind alle Gehaltsempfänger mit einem Monatseinkommen von 700 Mark und mehr von der Beitragszahlung befreit. Hierin erblicken die übrigen Gehalts- und Lohnempfänger eine Ungerechtigkeit. Der Parteitag wolle beschließen, daß alle zur Zahlung der Erwerbslosenbeiträge herangezogen werden.

98. Kaiserslautern. Das Arbeitszeitgesetz muß so schnell wie möglich beraten werden. Es muß bestimmt werden, daß die 48stündige Arbeitszeit in sechs Tagen geleistet wird.

99. Kaiserslautern. Die Reichstagsfraktion soll alles daransetzen, daß die Reichstagsfraktion die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zur Tatsache werden läßt und von der Ermächtigung des Artikels 14 keinen Gebrauch macht.

100. Mainz. Kleinbauern, die bis zu 10 Hektar Land besitzen, sollte es freigestellt sein, sich in der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu versichern. Zur Invalidenversicherung sollen sie verpflichtet werden, damit den Kleinbauern im Alter eine Rente zusteht.

101. Stade. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Reichsregierung durch Verordnung auf Grund des § 547 der Reichsversicherungsordnung die Unfallversicherung auf die gewerblichen Berufskrankheiten ausgedehnt und dem § 555 der Reichsversicherungsordnung folgende Fassung gegeben wird:

„Gegenstand der Versicherung ist der in den folgenden Vorschriften bestimmte Ersatz des Schadens, der durch Körperverletzung oder gewerbliche Berufskrankheit oder Tötung entsteht."

102. Kassel. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, der großen Verelendung der breiten Massen durch Herabsetzung der Zölle, Abschlüsse von Handelsverträgen, weitern Ausbau der Sozialpolitik entgegenzuwirken.

104. Hamburg. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, sich für eine schleunige Erledigung des Berufsausbildungsgesetzes einzusetzen und dafür einzutreten, daß folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Die reichsrechtliche Neureglung der Berufsausbildung muß alle Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten in Handwerk, Handel, Industrie, Land- und Hauswirtschaft erfassen und nicht nur das Lehrlingswesen, sondern auch die Arbeits- und Anlernverträge Jugendlicher einbeziehen.
2. Es hat den Ländern die lückenlose Einführung und Durchführung der gesetzlichen Berufsschulpflicht (Artikel 145 RV.) innerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit und ohne Lohneinbuße zur Pflicht zu machen.
3. Es hat Sicherungen für Reglung der Arbeitszeit, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsfürsorge für alle Jugendlichen zu schaffen.
4. Bei der Durchführung des Gesetzes ist die Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zweifelsfrei zu sichern.

105. Breslau. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Parlament darauf hinzuwirken, 1. daß die Lehrlinge in Industrie, Gewerbe und Handel ein zum Leben ausreichendes Kostgeld erhalten und somit der schamlosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter ein Ende gemacht wird; 2. daß die Anwartschaft auf die Alters- und Invaliditätsversicherung nicht erlischt, wenn ein Drittel der für die ganze Versicherungszeit zu berechnenden Marken geklebt worden sind; 3. daß die Anmeldefrist für die freiwillige Mitgliedschaft bei den Krankenkassen nach Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung auf drei Monate erhöht wird, wenn nachgewiesen wird, daß das Mitglied gesund ist.

106. Gießen. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, die in der Verfassung vorgesehene Schaffung eines Reichs-Berufsschulgesetzes beschleunigt in die Wege zu leiten.

107. Essen. Unsre Fraktion im Reichs- und Landtag möge sich dafür einsetzen, daß im Kultusetat größere Mittel für die Begabtenhilfe eingestellt werden. Bei Bewilligung der Begabtenhilfe ist die Festsetzung einer untern Einkommensgrenze in Betracht zu ziehen.

108. Berlin. Das Berechtigungswesen ist in Deutschland so ausgeartet, daß es dem Aufstieg aller Begabten und Tüchtigen, die nicht die höhere Schule besuchen konnten, unüberwindliche Schranken zieht.

Darum ist in Reich, Land und Gemeinde der Abbau aller, vielfach durch gehalts- und standespolitische Gründe hochgetriebenen Vorbildungsforderungen zu fordern.

Auf die berufsständischen Vertretungen und Organisationen des Handwerks und Gewerbes ist vom Staat im gleichen Sinn einzuwirken.

Als wirksamstes Mittel ist die Einstellung der Verleihung von Berechtigungen von allen Schulen zu verlangen, da sie ohnehin mit dem Wesen der modernen Schule nicht in Einklang zu bringen ist.

109. Stade. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß die im Artikel 145 der Reichsverfassung verheißene Unentgeltlichkeit der Lernmittel in den Volksschulen und Fortbildungsschulen zur Durchführung gelangt. Eventuell ist ein besonderer Initiativantrag durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beim Reichstag einzubringen.

110. Kaiserslautern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Zustimmung zum endgültigen Reichshaushaltsetat 1929/30 von folgenden Voraussetzungen abhängig zu machen: Ausreichende Erhöhung der Vermögenssteuer und wirksame Umgestaltung der Erbschaftssteuer, strikte Ablehnung jeder Erhöhung des jetzigen Satzes der Umsatzsteuer, Verabschiedung eines Reichsgesetzes vor oder gleichzeitig mit dem Etatsgesetz, das zur wirksamen Bekämpfung von Steuerhinterziehungen die Offenlegung der Steuerlisten bestimmt.

112. Berlin. Der Parteitag möge beschließen: Die SPD.-Fraktion des Reichstags möge einen Gesetzesantrag einbringen, welcher die Höhe der Gehälter der im öffentlichen Dienst Tätigen in den obern Gehaltsstufen wesentlich herabsetzt und eine Ausgleichung der Gehälter der im öffentlichen Dienst Tätigen herbeiführt.

113. Kaiserslautern. Dem Reichstag ist sofort ein Gesetzentwurf zu unterbreiten, in welchem Höchstpensionen für Minister, Offiziere usw. festgesetzt werden. Unter keinen Umständen darf der monatliche Höchstsatz über 1000 Mark hinausgehen. Wo zurzeit höhere Pensionen bezahlt werden, sind dieselben zu kürzen.

Außerdem muß gesetzlich festgelegt werden, daß ein Ruhen der Pension eintritt, sobald das sonstige Einkommen des Pensionärs eine gewisse Höhe erreicht. Diese Höhe zu bestimmen, überlassen wir unsrer Reichstagsfraktion, wollen aber nicht vergessen darauf hinzuweisen, daß bei den Kriegsbeschädigten die Rente anfängt zu ruhen, sobald das sonstige monatliche Einkommen desselben 350 Mark übersteigt.

114. Müllheim (Baden). Die Pension der Beamten darf in keinem Falle den Betrag von 8000 Mark im Jahre überschreiten.

Wenn ein Pensionär ein Privateinkommen besitzt, das 5000 Mark im Jahr übersteigt, soll die Pension um die Hälfte des Betrags, der das Privateinkommen von 6000 Mark übersteigt, gekürzt werden.

115. Kaufbeuren (Bayern). Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge im Reichstag gegen die Doppelverdiener sowie gegen die hohen Offizierspensionen erneut Stellung nehmen. Die hohe Arbeitslosenziffer dürfte der beste Beweis für die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßnahme sein.

116. Lüneburg. Die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß alle Pensionen über 10 000 Mark auf die Höchstsumme herabgesetzt werden.

118. Meißen. Der Parteitag fordert die Erhaltung und den Ausbau des Mieterschutzes und ein großzügiges, auf weite Sicht berechnendes Wohnungsbauprogramm, er spricht sich gegen jedwede Mietsteigerung aus.

119. Kassel. Der Parteitag wolle beschließen, die Genossen in der Reichsregierung und der Reichstagsfraktion werden dringend aufgefordert, ein Reichsenteignungsgesetz und damit verbunden ein Reichsstädtebaugesetz und ein Reichswohnungsgesetz dem Reichstag zu unterbreiten.

120. Leipzig. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, die in der Industrie und sonstiger Wirtschaft Schwerverletzten bei Verteilung der Mittel aus der Mietzinssteuer (sog. Bardarlehen) den Kriegsbeschädigten gleichzustellen.

121. Dresden. Der Unterbezirk Groß-Dresden beantragt, daß der Parteitag Stellung nimmt zur Wohnungsfrage, sich im besondern ausspricht für die Erhaltung und den Ausbau des Mieterschutzes, für ein großzügiges, auf weite Sicht berechnetes Wohnungsprogramm und gegen jedwede Mietsteigerung.

122. Nürnberg. Die Wohnsteuer ist zum vollen Betrag zu Wohnungsbauten zu verwenden.

123. Gersdorf. Die Partei setzt sich mit allen parlamentarischen Mitteln dafür ein, daß zur Behebung der Wohnungsnot mit äußerster Beschleunigung ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt und durchgeführt wird, wodurch innerhalb von fünf Jahren die Wohnungsnot, die laut statistischen Erhebungen festgestellt ist, beseitigt sein muß. Die Finanzierung erfolgt durch die Mietzinssteuer, die zu 100 Prozent zu verbauen ist.

124. Ibbenbüren. Die Reichstagsfraktion der SPD. wolle — nachdem man von dem diesbezüglichen Antrag Richthofen nichts mehr hört — in Erfüllung der im Reichstagswahlkampf zum 8. Mai 1928 gemachten Versprechen die Initiative dafür ergreifen, daß im Reichstag analog dem Hypothekenaufwertungsgesetz ein „Gesetz über die Aufwertung der Inflationsverkäufe von Häusern und Grundstücken" alsbald erlassen wird.

138. Waltrop. Von der Partei wird eine klare Beamtenpolitik gefordert. Die bisherige Besoldungspolitik ist für die Partei untragbar. Die Kann-Vorschriften im Besoldungsgesetz sind zu beseitigen.

141. Nienburg a. d. S. Der Ausbau des Südflügels zum Mittellandkanal ist mit Rücksicht auf die große Erwerbslosigkeit und im Hinblick auf die wirtschaftliche Belebung, die mit dem Ausbau der Wasserstraßen verbunden ist, tunlichst zu fördern. In Verbindung damit muß auch der Stichkanal nach Leopoldshall Tatsache werden und die Inangriffnahme dieses Kulturwerkes beschleunigt werden.

144. Enger i. W. Angesichts der drückenden Finanznot der meisten Gemeinden wird gefordert, daß die freien Berufe zur Gewerbesteuer herangezogen werden.

175. Der Parteitag erwartet für die Zukunft den vollen Einsatz der parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte für die folgenden dringendsten Forderungen:

Gesetzliche Festlegung des Achtstundentags und Ratifizierung des unveränderten Washingtoner Abkommens;

Aufrechterhaltung der Leistungen und des Personenkreises der Arbeitslosenversicherung und finanzielle Sicherung durch Erhöhung der Beiträge;

Ausbau der Invalidenversicherung als Voraussetzung der Zustimmung der SPD. zur veränderten Lex Brüning;

Baldige Vorlage des Tarifvertragsgesetzes;

Im Falle einer Herabsetzung der deutschen Reparationslasten keinerlei Ermäßigung der Steuer der Besitzenden, sondern Verwendung der Ersparnis;

a) zur Sanierung des Reichshaushalts,

b) zur Sicherung der sozialen Einrichtungen, insbesondere zur Bereitstellung der Reichsdarlehen für die Arbeitslosenversicherung,

c) zur Senkung der die Massen belastenden Steuern;

Entschiedene Abwehr jedes Versuchs, die Reparationsleistung zum Vorwand für Abbau der Sozialgesetzgebung zu benutzen;

Verhinderung der Zollerhöhung bei Ablauf des Zolltarifs und Förderung des Zollabbaues durch deutsche Initiative;

Ablehnung der geplanten „Preisausgleichsgebühr" für Getreide;

Vorlage eines Gesetzes zur Kontrolle der Kartelle;
Ausbau der bestehenden Selbstverwaltungskörper und Schaffung ähnlicher Einrichtungen für die übrigen Schlüsselindustrien.
(Erster und letzter Teil wurde als erledigt betrachtet.)

Die Frau in Politik und Wirtschaft
Angenommen wurde:

160. Berlin. Um das Ziel des Sozialismus — die Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die soziale Gemeinwirtschaft — zu erreichen, bedarf es ebenso wie der Mitarbeit des Mannes auch der der Frau, die in Deutschland zwar politisch gleichberechtigt, aber wirtschaftlich und sozial unfrei geblieben ist.

11½ Millionen Frauen stehen heute im Erwerbsleben, davon sind 3,7 Millionen verheiratet. Insbesondere diese letztern aus dem Erwerbsleben zu verdrängen, erscheint vielen als ein Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Die Verdrängung der Frau aus dem Betrieb, ihr Ersatz durch den Mann ist heute zahlenmäßig wie arbeitstechnisch unmöglich und widerspräche auch dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Grundsatz des Rechtes der Frau auf Erwerbsarbeit.

Deshalb anerkennt der Parteitag, entsprechend dem Beschluß der SAJ. in Marseille 1925 und gestützt auf das Heidelberger Programm das gleiche Recht der Frau auf Erwerbsarbeit.

Arbeitersport und Sozialdemokratie
Angenommen wurde:

184. Sport und Körperpflege sind für die Arbeiterklasse von besonderer sozial-kultureller Bedeutung. Sie sind vor allem für die Jugend geeignet, die Gesundheit zu fördern und die Energien zu vermehren, die zur Führung des Lebenskampfes eine Voraussetzung mit bilden. Die Widerstandskraft gegenüber jeglicher Bedrückung wird durch sie ebenso gesteigert, wie das Wirken für größte menschliche Freiheit. Diese wird um so eher erreicht, wenn die Sozialisten und Arbeitersportler noch mehr als bisher sich gegenseitig stützen und gemeinsam die Macht der Sozialdemokratie stärken. Der Parteitag erblickt eine wichtige Aufgabe in der Förderung und Unterstützung der Arbeitersportbewegung, für deren Gleichberechtigung es in den Kommunen, Ländern und im Reich einzutreten gilt.

186 mit Zusatzantrag 189. Der Verbrauch alkoholischer Getränke ist in den letzten Jahren wieder im Anwachsen begriffen. Der Alkoholgenuß schädigt die Gesundheit der erwerbstätigen Bevölkerung, steigert ihre wirtschaftliche und soziale Not, hemmt den kulturellen wie den politischen Aufstieg der Massen.

Um die Alkoholgefahr wirksam bekämpfen zu können, muß insbesondere für die Jugend jeglicher Anreiz zum Trinken beseitigt werden.

Der Parteitag erwartet daher von der Reichstagsfraktion, daß sie in das Reichsschankstättengesetz einen verstärkten Jugendschutz gegen den Alkoholismus einzubauen versucht.

Ergebnis der namentlichen Abstimmungen

Anträge zu Koalitionspolitik, Wehretat und Panzerkreuzer
(Anträge 43c, 103, 126, 136, 137, 139, 140, 176 und 177.)

Der Referent Hans Vogel hatte dazu beantragt, „über alle diese Anträge zur Tagesordnung überzugehen". Dieser Antrag wurde mit 254 gegen 138 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmten:

Abele — Adams — Albrecht — Amann — Andresen — Arning — Auer Bank — Bartels — Bartelt — Bartosch — Bauer — Bayerer — Beier — Benz Biedermann — Biester — Birkholz — Bittorf — Blume — Böhm — Bornhoff Böttcher — Brandes — Braun, Max — Braun, Otto — Brey — Buchwitz Bugdahn — Buß — Crispien — Dankert — David — Delle — Deutsch — Dichtl Dill — Dittmann — Doetsch — Dölz — Eberle — Ecker — Ehrenteit — Eisenberg — Endres — Engelbrecht — Evers — Faust — Fehlisch — Felder — Ferl Fianke — Fischer — Forster — Forthuber — Frank — Freter — Friedrich Fries — Gerhards — Gerlach, Paul — Giermann — Grabbert — Gräber Graeger — Gratz — Grotewohl — Hagenah — Hammer — Hansen, Fritz Hansen, Richard — Haubach — Hauck — Heinrich — Hengsbach — Hentzler Herrmann — Hertz — Hildenbrand — Hirsch, Franz — Hirsch, Wilh. — Höcker Hofacker — Hoffmeister — Hoin — Höltermann — Hönig — Hoßbach — Hub Hünlich — Hupe — Hüther — Jacobs — Jaecker — Janotta — Janssen Jensen — Jentsch — Juchacz — Junke — Junker — Kaeser — Kahn — Kaiser Kammerahl — Keil — Klupsch — Knack — Knapp — Knoop — Körner Kröger — Krüger, Fritz — Krüger, Wilhelm — Kühn, August — Kühn, Ferdinand — Kurfürst — Kurth — Lamp'l — Landsberg — Lange, August Lange, Charlotte — Langeheinecke — Langnickel — Lau — Lehmann — Leipert Leuteritz — Lewitz — Littmann — Lotz — Lowig — Lüdde — Ludwig — Lufft Lutz — Maaß — Markwardt — Marquardt — Martin — Matuschke — Mayer Meier — Meitmann, Else — Meitmann, Karl — Moltmann — Morast Moses — Müller, Hermann — Müller, Karl — Müller, Lukas — Niedergesäß Nemitz — Otto — Paetzel — Panzer — Partzsch — Passarge — Peine Peters — Pfeifenbring — Pikard — Pittig — Poggenklas — Popken — Poth Prinzler — Puchta — Raloff — Reiche — Reinbold — Reitze — Remy Reuther — Richter — Riedmiller — Röhle — Roß — Rötzler — Roßmann Rothenberg — Ryneck — Schaffner — Schaub — Scheidemann — Scherf Schiffer — Schiffgens — Schiller, A. — Schiller, R. — Schiskowski — Schmidt, Karl — Schnabrich — Schneider, Ernst — Schneider, Fritz — Schönfelder Schubert — Schultze — Schulz, Berta — Schulz, Gustav — Schulz, Heinrich Schulz, Hermann — Schumann, Osw. — Schunke — Schütte — Schwemer Schwier — Seger — Sennholz — Serwé — Sieg — Sielaff — Sollmann Sperber — Staab — Stahl — Stampfer — Steinbrecher — Steinmayer Stelling — Stiegler — Stolten — Strauß — Sureck — Teßloff — Thabor Thoma — Thöne — Tielking — Treibert — Treu — Tschierner — Ulrich Verdieck — Vogel, Heinrich — Vogel, Hans — Voigt (Brandenburg) — Völker Wachendorf — Wagner — Weber — Wegner — Weißenborn — Weißer Wels — Westphal — Widmann — Wimmer — Wittmaack — Wolf, Felix Wolf, Marie — Zabe — Zielinski — Zorwald.

Mit Nein stimmten:

Agnes — Ambros — Arzt — Aufhäuser — Bach — Bauer, Ida — Baumann — Baumgart — Becker — Bergholz — Bergmann — Beyer — Bielig Bittner — Blank — Blumtritt — Böchel — Boer — Brauckmüller — Brückner

Buchmann — Christmann — Dölitzsch — Domnick — Drechsler — Dreifuß Eckstein — Edel — Finsterbusch — Fleißner — Franke — Fuchs — Gerlach, Thilo — Giebler — Görke — Graf — Graupe — Gründler — Häbler — Hahn Harnisch — Hartsch — Heide — Hennig — Henke — Herr — Hervig — Hille Hofmann — Hohmann — Höxter — Joppich — Jordan — Kaden — Kämpf Kawerau — Kemnitz — Kern — Kirchmann — Kneiff — Köhler — Koppisch Kretzen — Krumm — Kühn, Albin — Kuhnt — Kunert — Künstler — Lang Leber — Lenke — Lipinski — Litke — Löbe — Lube — Maeder — Mucker Müller, G. A. — Nebrig — Noack — Oettinghaus — Ostmann — Pagels Passehl — Peters, Franz — Petrich — Petsch — Pilz — Polster — Popp Portune — Prüfer — Riese — Römer — Rosenfeld — Sachse — Schirmer Schlebusch — Schmeißer — Schmidchen — Schmidt, Richard — Schulz, Robert Schumacher — Schumann, Gustav — Schweikardt — Setzpfandt — Seubert Seydewitz — Sieber — Siemsen, Anna — Siemsen, August — Starker Stegmann — Strobel — Thiel — Thümmel — Thurm — Tolksdorf — Torhorst — Tröndle — Uhlig, Guido — Uhlig, Kurt — Ulrich — Voigt (Meiningen) Voutta — Wahl — Waldmann — Weckel — Weißflog — Wendt — Werrmann Weyers — Wilde — Wolf, Hedwig — Wurm — Ziegler — Zils-Eckstein — Zöllig.

Paul Levi war wegen einer beruflichen Angelegenheit an der Abstimmung behindert; er erklärte, bei seiner Anwesenheit mit Nein gestimmt zu haben.

Antrag 170 „Richtlinien zur Wehrpolitik"

Der von der Kommission dem Magdeburger Parteitag vorgelegte, abgeänderte Entwurf wurde mit 242 gegen 147 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmten:

Abele — Albrecht — Amann — Andresen — Arning — Auer — Bank Bartels — Bartelt — Bartosch — Bauer, Christian — Bayerer — Beier Benz — Biedermann — Biester — Birkholz — Bittorf — Blume — Blumtritt Boer — Böhm — Bornhoff — Böttcher — Brandes — Braun, Max — Buchwitz Bugdahn — Buß — Crispien — Dankert — David — Delle — Deutsch — Dichtl Dill — Dittmann — Doetsch — Dölz — Drechsler — Eberle — Ecker Ehrenteit — Eisenberg — Endres — Engelbrecht — Evers — Faust — Fehlisch Ferl — Fianke — Fischer — Forster — Forthuber — Frank — Freter — Friedrich Fries — Gerhards — Gerlach, Paul — Giermann — Gräber — Graeger Gratz — Hagenah — Hammer — Hansen, Fritz — Hansen, Richard — Haubach Hauck — Heinrich — Henßler — Herrmann — Hervig — Hildenbrand — Hirsch, Franz — Hirsch, Wilhelm — Höcker — Hofacker — Hoffmeister — Hoin Höltermann — Hönig — Hoßbach — Hub — Hünlich — Hupe — Hüther Jacobs — Jaecker — Janotta — Janssen — Jensen — Jentsch — Junke Junker — Kahn — Kammerahl — Keil — Kemnitz — Klupsch — Knack Knapp — Knoop — Körner — Kriegseis — Kröger — Krüger, Fritz — Krüger, Wilhelm — Kühn, August — Kühn, Ferdinand — Kurfürst — Kurth — Lamp'l Landsberg — Lange, Charlotte — Langeheinecke — Langnickel — Lau — Lehmann — Leipert — Leuteritz — Lewitz — Littmann — Löbe — Lotz — Lowig Lüdde — Lufft — Maaß — Markwardt — Marquardt — Martin — Matuschke Mayer — Meier — Meitmann, Else — Meitmann, Karl — Moltmann Morast — Moses — Müller, Hermann — Müller, Lukas — Nemitz — Niedergesäß — Otto — Paetzel — Pagels — Panzer — Partzsch — Passarge Passehl — Peine — Peters, Wilhelm — Pfeifenbring — Pikard — Pilz Poggenklas — Popken — Poth — Prinzler — Puchta — Raloff — Reiche Reinbold — Reitze — Reuther — Richter — Riedmiller — Röhle — Rotz Rötzler — Roßmann — Rothenberg — Ryneck — Schaffner — Schaub Scheidemann — Scherf — Schiffer — Schiffgens — Schiller, A. — Schiller,

Richard — Schlebusch — Schmidt, Karl — Schnabrich — Schneider, Ernst Schneider, Fritz — Schönfelder — Schubert — Schulz, Berta — Schulz, Gustav Schulz, Heinrich — Schulz, Hermann — Schumann, Oswald — Schunke Schütte — Schwemer — Schwier — Sennholz — Serwé — Sieg — Sielaff Sollmann — Sperber — Staab — Stahl — Stampfer — Steinbrecher Steinmayer — Stelling — Stiegler — Strauß — Sureck — Thabor — Thoma Thöne — Tielking — Treibert — Treu — Tschierner — Ulrich — Verdieck Vogel, Hans — Vogel, Heinrich — Voigt (Brandenburg) — Voigt (Meiningen) Wachendorf — Wagner — Weber — Wegner — Weißenborn — Weißer Wels — Westphal — Widmann — Wimmer — Wittmaack — Wolf, Felix Wolf, Marie — Zielinski — Zorwald.

Mit Nein stimmten:

Adams — Agnes — Ambros — Arzt — Aufhäuser — Bach — Bauer, Ida — Baumann — Baumgart — Becker — Bergholz — Bergmann — Beyer Bielig — Bittner — Blank — Böchel — Brauckmüller — Brückner — Buchmann — Christmann — Dölitzsch — Domnick — Dreifuß — Eckstein — Edel Felder — Finsterbusch — Fleißner — Franke — Fuchs — Gerlach, Thilo Giebler — Görke — Grabbert — Graf — Graupe — Gründler — Häbler Hahn — Harnisch — Hartsch — Heide — Hennig — Henke — Herr — Hertz Hille — Hofmann — Hohmann — Höxter — Joppich — Jordan — Juchacz Kaden — Kaeser — Kaiser — Kämpf — Kawerau — Kern — Kirchmann Kneiff — Köhler — Koppisch — Kretzen — Krumm — Kühn, Alwin — Kuhnt Kunert — Künstler — Lang — Lange, August — Leber — Lenke — Levi Lipinski — Litke — Lube — Ludwig — Lutz — Mäder — Mucker — Müller, G. A. — Müller, Karl — Nebrig — Noack — Oettinghaus — Ostmann Peters, Franz — Petrich — Petsch — Pittig — Polster — Popp — Portune Prüfer — Remy — Riese — Römer — Rosenfeld — Sachse — Schirmer Schiskowski — Schmeißer — Schmidchen — Schmidt, Richard — Schultze Schulz, Robert — Schumacher — Schumann, G. — Schweikardt — Seger Setzpfandt — Seubert — Seydewitz — Sieber — Siemsen, Anna — Siemsen, August — Starker — Stegmann — Stolten — Strobel — Teßloff — Thiel Thümmel — Thurm — Tolksdorf — Torhorst — Tröndle — Uhlig, Guido Uhlig, Kurt — Ulrich — Völker — Voutta — Wahl — Waldmann — Weckel Weißflog — Wendt — Werrmann — Weyers — Wilde — Wolf, Hedwig Wurm — Ziegler — Zils-Eckstein — Zöllig.

Hermann Pilz und Frieda Drechsler erklärten zu Protokoll, statt weißer Nein-Karten rote Ja-Karten abgegeben zu haben.

Antrag 43 A Berlin,

der eine Zurückverweisung des Programmentwurfs für die Wehrpolitik an die Kommission und seine Verabschiedung auf dem nächsten Parteitag wollte.

Dieser Antrag wurde mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

Mit Nein stimmten:

Abele — Albrecht — Andresen — Arning — Auer — Bank — Bartels Bartelt — Bartosch — Bauer, Christian — Bayerer — Beier — Benz Biedermann — Biester — Birkholz — Bittorf — Blume — Blumtritt — Boer Böhm — Bornhoff — Böttcher — Brandes — Braun, Max — Brey — Buchwitz Bugdahn — Buß — Crispien — Dankert — David — Delle — Dichtl — Dill Dittmann — Doetsch — Dölz — Eberle — Ecker — Ehrenteit — Eisenberg Endres — Engelbrecht — Evers — Faust — Fehlisch — Ferl — Forster Forthuber — Frank — Freter — Friedrich — Fries — Gerhards — Gerlach, Paul — Giermann — Graeger — Gratz — Hagenah — Hammer — Hansen,

Fritz — Hansen, Richard — Haubach — Hauck — Heinrich — Hengsbach Hentzler — Herrmann — Hildenbrand — Hirsch, Wilhelm — Höcker — Hofacker Hoffmeister — Hoin — Höltermann — Hoßbach — Hünlich — Hupe — Hüther Jacobs — Jaecker — Janotta — Janssen — Jensen — Jentsch — Junke Junker — Kammerahl — Keil — Klupsch — Knack — Knapp — Knoop Körner — Kriegseis — Kröger — Krüger, Fritz — Krüger, Wilhelm — Kühn, August — Kühn, Ferdinand — Kurfürst — Kurih — Lamp'l — Landsberg Lange, Charlotte — Langeheinecke — Langnickel — Lau — Leuteritz — Lewitz Littmann — Löbe — Lotz — Lowig — Lube — Lüdde — Lufft — Maaß Markwardt — Marquardt — Martin — Matuschke — Meier — Meitmann, Else — Meitmann, Karl — Moltmann — Moses — Müller, Hermann Müller, Lukas — Niedergesäß — Nemitz — Otto — Paetzel — Panzer Partzsch — Passarge — Passehl — Peine — Peters, Wilhelm — Pfeifenbring Pikard — Poggenklas — Popken — Poth — Pringler — Puchta — Raloff Reiche — Reitze — Reuther — Richter — Riedmiller — Röhle — Roß — Rößler Roßmann — Rothenberg — Rynеck — Schaffner — Schaub — Scheidemann Scherf — Schiffer — Schiffgens — Schiller, A. — Schiller, Richard — Schiskowski — Schlebusch — Schmidt, Karl — Schnabrich — Schönfelder — Schubert Schulz, Berta — Schulz, Gustav — Schulz, Heinrich — Schulz, Hermann Schumann, Oswald — Schütte — Schwemer — Sennholz — Serwé — Sieg Sielaff — Sollmann — Sperber — Staab — Stahl — Stampfer — Steinbrecher — Steinmayer — Stelling — Stiegler — Stolten — Strauß — Sureck Thabor — Thoma — Thöne — Tielking — Treibert — Treu — Tschierner Ulrich — Verdieck — Vogel, Hans — Vogel, Heinrich — Voigt (Brandenburg) Wachendorf — Wagner — Weber — Wegner — Weißenborn — Weißer Wels — Westphal — Weyers — Widmann — Wimmer — Wittmaack — Wolf, Marie — Zabe — Zielinski — Zorwald.

Mit Ja stimmten:

Adams — Agnes — Amann — Ambros — Arzt — Aufhäuser — Bach Bauer, Ida — Baumann — Baumgart — Becker — Bergholz — Bergmann Beyer — Bieligk — Bittner — Blank — Böchel — Brauckmüller — Brückner Buchmann — Christmann — Deutsch — Dölitzsch — Domnick — Drechsler Dreifuß — Eckstein — Edel — Felder — Fianke — Finsterbusch — Fischer Fleißner — Franke — Fuchs — Gerlach, Thilo — Giebler — Görke — Grabbert Gräber — Graf — Graupe — Gründler — Häbler — Hahn — Harnisch Hartsch — Heide — Henke — Hennig — Herr — Hertz — Hervig — Hille Hirsch, Franz — Hofmann — Hohmann — Hönig — Hörter — Joppich Jordan — Juchacz — Kaden — Kaeser — Kahn — Kaiser — Kämpf Kawerau — Kemnitz — Kern — Kirchmann — Kneiff — Köhler — Koppisch Kretzen — Krumm — Kühn, Alwin — Kuhnt — Kunert — Künstler — Lang Lange, August — Leber — Lehmann — Leipert — Lenke — Levi — Lipinski Litke — Ludwig — Lutz — Mäder — Mayer — Morast — Mucker — Müller, G. A. — Müller, Karl — Nebrig — Noack — Oettinghaus — Ostmann Pagels — Peters, Franz — Petrich — Petsch — Pilz — Pittig — Polster Popp — Portune — Prüfer — Reinbold — Remy — Riese — Römer Rosenfeld — Sachse — Schirmer — Schmeißer — Schmidchen — Schmidt, Richard — Schneider, Ernst — Schneider, Fritz — Schultze — Schulz, Robert Schumacher — Schumann, G. — Schunke — Schweikardt — Seger Seltzpfandt — Seubert — Seydewitz — Sieber — Siemsen, Anna — Siemsen, August — Starker — Stegmann — Strobel — Teßloff — Thiel — Thümmel Thurm — Tolksdorf — Torhorst — Tröndle — Uhlig, Guido — Uhlig, Kurt Urich — Voigt (Meinigen) — Völker — Voutta — Wahl — Waldmann Weckel — Weißflog — Wendt — Werrmann — Wilde — Wolf, Felix — Wolf, Hedwig — Wurm — Ziegler — Zils-Eckstein — Zöllig.

PROGRAMM DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

(Beschlossen auf dem Parteitag in Heidelberg 1925.)

Grundsätzlicher Teil.

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Ueberwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen, und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Truste. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtbestreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand

der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigne Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.

Aktionsprogramm.

Verfassung.

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reiches. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichskriminalpolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinzialen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereichs im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigner Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem, öffentlichem Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Reichskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtssphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Landessachen.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bureaukratischen Fesseln befreit werden, anderseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

Für alle Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

Justiz.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geist erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größern Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Preßvergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz des Inhaftierten gegen behördliche Uebergriffe, Verhaftung, außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Reglung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips.

Sozialpolitik.

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstags von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Ueberwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsgesetzliche Reglung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

Finanzen und Steuern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Insbesondere:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

Wirtschaftspolitik.

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Truste.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustausches und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers.

Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

AGRARPROGRAMM

(Beschlossen auf dem Parteitag 1927 in Kiel.)

Die Steigerung des Ertrags der menschlichen Arbeit durch stets gesteigerte Anwendung von Wissenschaft und Technik ist das gemeinsame Interesse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. In der Industrie hat der Kapitalismus durch die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses im Großbetrieb und die Ausschaltung rückständiger Betriebsformen ein ständiges und rasches Wachstum der Produktionskräfte bewirkt. Auch in der Landwirtschaft hat der Kapitalismus die ländlichen Verhältnisse von Grund auf revolutioniert. Er hat die Bindungen und Fesseln des Feudalismus größtenteils beseitigt. Er hat den alten Zusammenhang zwischen gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeit zerrissen und die ländlichen Betriebe in den Marktzusammenhang verflochten. Durch die Erschließung des Bodenreichtums in den entferntesten überseeischen Gebieten und durch die Entwicklung wachsender Märkte für die Produktion der intensiven Landwirtschaft in den europäischen Industriestaaten hat die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion eine wachsende Bedeutung gewonnen. Das Handels- und Bankkapital haben einen großen Teil des landwirtschaftlichen Ertrags an sich gerissen. Technik und Wissenschaft haben Jahrhunderte alte Betriebsweisen der Landwirtschaft umgewälzt.

Aber der Kapitalismus läßt anders wie in der Industrie die Eigentumsverhältnisse und Unternehmungsgrößen in der Landwirtschaft bestehen. Die natürliche Begrenzung des fruchtbaren Bodens und die Unmöglichkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung auf gegebener Fläche unbegrenzt zu steigern, erklärt es, daß in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie auch rückständige Betriebe neben vorgeschrittenen erhalten bleiben können. In viel geringerm Maße als in den industriellen Betrieben erzwingen die kapitalistischen Marktgesetze den technischen und organisatorischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion. So muß an Stelle der Marktreglung die bewußte Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe auf die Steigerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion treten.

I. Bodenreform.

Die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrenklasse haben die Grundeigentumsverhältnisse gestaltet. Namentlich im Osten und Norden Deutschlands haben die Grundherren unter Führung ihrer Herrscherhäuser sich durch Raub am Bauernland für die Aufhebung der Hörigkeit schadlos gehalten. Während in den Gegenden überwiegend bäuerlichen Besitzes die bäuerlichen Produzenten an Bodenmangel leiden und Parzellenbetriebe nicht bis zur Größe einer ausreichenden Ackernahrung ausgestaltet werden können, läßt der Latifundien- und Großgrundbesitz andre Teile Deutschlands entvölkert. Sein Monopol sperrt den ländlichen Produzenten, den Bauernsöhnen und Landarbeitern den freien Zutritt zum Grund und Boden.

Aus Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik fordert deshalb die Sozialdemokratie eine grundlegende Aenderung der Grundeigentumsverhältnisse, eine planmäßige Bodenreform. Diese muß die heute bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse von Grund auf beseitigen, die sich auf dem Lande durch die jahrhundertelang andauernde Unterwerfung der Landbevölkerung unter das Joch des Großgrundeigentums entwickelt haben. Wir fordern daher die Beseitigung des auf Raub und Rechtsbruch zurückgehenden Herreneigentums, das weite und fruchtbare Strecken des deutschen Bodens mit Beschlag belegt hat. Wir verlangen eine Boden- und Wirtschaftspolitik, die die schädlichen Wirkungen dieses privaten Bodenmonopols beseitigt und die auch den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben genügende Lebensbedingungen sichert.

1. Zu diesem Zwecke verlangen wir nicht nur die formelle, sondern auch die tatsächliche Beseitigung der Fideikommisse und ähnlicher Landansammlungen in der Hand einzelner Familien. Wir fordern weiter, daß die landwirtschaftlichen Großbesitzungen, welche eine nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessende optimale, d. h. die volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreiten — für den deutschen Osten etwa 750 Hektar —, den überschießenden Teil an die öffentliche Hand (Reich, Länder) gegen eine Entschädigung abzutreten haben, welche nach dem Steuerwert der Grundstücke zu berechnen ist.

2. Waldbestände über 100 Hektar sind nach denselben Grundsätzen zu enteignen. Der nicht staatliche Waldbesitz ist einer wirksamen Staatsaufsicht zu unterwerfen.

3. Bei der Verwertung der dem Reiche nach Nr. 1 zufallenden Ländereien sind in erster Linie die Bedürfnisse der Siedlung in ihren verschiedenen Formen zu berücksichtigen: Landwirtschaftliche Neusiedlung, Anliegersiedlung, Gartensiedlung, Heimstätten- und Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und landlose Gemeindeangehörige. Die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften sind dabei in ihrem Bestand zu schützen.

Die auf dem enteigneten Boden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind bei der Besiedlung bevorzugt zu berücksichtigen.

Enteignete Großbetriebe können auch in öffentliche Regie oder genossenschaftliche Bewirtschaftung übernommen werden, wenn eine sachgemäße Bewirtschaftung gewährleistet ist.

4. Auch außerhalb der Enteignung des Großgrundbesitzes ist die Siedlung in allen diesen Formen unter Schaffung lebensfähiger Betriebsgrößen überall mit Nachdruck zu fördern, wo die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität gegeben sind.

Die Siedlung ist besonders in den Gebieten des überwiegenden Großgrundbesitzes durchzuführen.

5. Bei der Verwertung des enteigneten Bodens (Nr. 3) und bei der sonstigen Siedlung (Nr. 4) sind die Rechtsformen der Erbpacht, des Erbbaurechts, des Rentengutes und der Reichsheimstätte anzuwenden, um der Gesamtheit die Grundrente zu sichern.

6. An Stelle der bestehenden vorläufigen Pachtschutzbestimmungen ist ein endgültiges Pachtschutzrecht als Bestandteil des bürgerlichen Rechts zu schaffen, das die Interessen der kleinen und mittlern Pächter gegenüber den privaten Grundherren nachhaltig sichert.

Das neue Pachtschutzrecht muß bestimmen:

a) daß Pachtverträge über landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke für einen Zeitraum abgeschlossen werden müssen, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglicht,

b) daß bei Beendigung des Pachtverhältnisses dem weichenden Pächter für diejenigen Aufwendungen, die den Wert des Pachtobjekts dauernd erhöhen, eine angemessene Entschädigung für seine Aufwendungen gewährt werden muß,

c) daß die Pacht nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes der verpachteten Grundstücke entspricht,

d) daß bäuerlichen Pächtern, insbesondere den Generationspächtern, die ohne ihr Pachtland ihren Betrieb nicht aufrechterhalten können, und die es ordnungsmäßig bewirtschaften, sichere Gewähr gegen Entziehung des Landes gegeben wird.

7. Zur Versorgung der städtischen und ländlichen Bevölkerung mit Gartenland ist ein Kleingartengesetz für das ganze Reich zu erlassen.

8. Das Grundeigentum von Reich, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden muß planmäßig vermehrt werden. Zu diesem Zweck ist ihnen ein gesetzliches Vorkaufsrecht beim Verkauf von unbebauten Grundstücken unter Schonung des klein- und mittelbäuerlichen Besitzes einzuräumen.

9. Besitzern, die sich hartnäckig weigern, ihren Boden richtig zu bestellen, kulturfähige Oedländereien zu kultivieren oder forstfähige Oedländereien aufzuforsten, soll die Bewirtschaftung des Betriebes zeitweise oder dauernd entzogen werden. Auch ist in solchen Fällen die Enteignung auf Grundlage des Steuerwertes ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße zulässig.

II. Die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vereinigen sich die Lebensinteressen der städtischen Massen mit denen der schaffenden Landbevölkerung.

Es ist für die soziale Lage der Industriearbeiterschaft von entscheidender Bedeutung, daß die unausgeschöpften Möglichkeiten einer Steigerung und gleichzeitigen Rationalisierung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion für die Massenernährung und für die Erweiterung des Absatzes von Industrieprodukten erschlossen werden.

Gleichzeitig ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Nutzbarmachung des technischen Fortschritts, auch das wirksamste Mittel, um die Lage der arbeitenden Landbevölkerung, der Landarbeiter, der kleinen Pächter und der selbständigen Bauern zu heben. Die ungeheuern Fortschritte, die die moderne Wissenschaft auf dem Gebiete der Landbautechnik gemacht hat, vor allem die rationelle Verwendung von Kunstdünger und Kraftfuttermitteln, der Gebrauch von hochwertigem Saatgut und die Haltung leistungsfähiger Tierrassen, die Anwendung arbeitsparender und produktionssteigernder Maschinen, sind noch lange nicht zur allgemeinen Einführung gelangt. Namentlich fehlt noch Millionen kleiner Landwirte die Möglichkeit, sich die dafür nötige fachwissenschaftliche Bildung und praktische Anleitung zu erwerben. Wenn den schwerarbeitenden Bauern ein angemessener Ertrag ihrer Arbeit zuteil werden soll, so muß ihnen vor allem die Anwendung aller von der Wissenschaft und Technik gebotenen Mittel zur Steigerung der Produktion ermöglicht werden. Zugleich ist den kleinen Betrieben der Uebergang zu Kulturen hoher und höchster Intensität zu erleichtern.

Die soziale Lage der kleinen und mittlern Bauern, die in vielen Teilen Deutschlands eine sehr gedrückte ist und keineswegs ihrer unermüdlichen Arbeit entspricht, kann nicht durch das Emportreiben der Lebensmittelpreise auf Kosten der Konsumenten, sondern nur durch Steigerung der Produktion im gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten gebessert werden.

Deshalb fordern wir:

1. Umfassende Ausgestaltung aller Einrichtungen, die der Ausbildung des ländlichen Nachwuchses dienen, und zwar unter maßgebender Leitung durch den Staat.

a) Ausbau des ländlichen Volksschulwesens.

b) Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für Knaben und Mädchen auch auf dem Lande vom 14. bis zum 18. Lebensjahr. Der Lehrplan der Fortbildungsschule hat vor allen Dingen die Bürgerkunde und die naturwissenschaftliche und technische Grundlage der landwirtschaftlichen Erzeugung zu umfassen. Die Schüler haben Anrecht auf freie Lehrmittel. Besondere Sorgfalt ist auch der weiblichen hauswirtschaftlichen Fortbildung und Ausbildung in der Gesundheitslehre und Säuglingspflege zuzuwenden.

c) Vervielfachung der heutigen Aufwendungen für das niedere landwirtschaftliche Schulwesen. Ausstattung eines jeden ländlichen Kreises (Amtsbezirk usw.) mit mindestens einer, in größern Kreisen mit mehreren landwirtschaftlichen Fachschulen für die bäuerliche Bevölkerung. Beseitigung aller wirtschaftlichen Hindernisse, durch die die Kinder von Kleinbauern

und Landarbeitern heute vom Besuch dieser Schulen ausgeschlossen sind. Gewährung von Stipendien aus öffentlichen Mitteln.

d) Förderung der Volkshochschulen und aller sonstigen Bildungsgelegenheiten auch auf dem Lande.

2. Schaffung einer engmaschigen Organisation zur Betriebsberatung im engsten Anschluß an das Schulwesen, zur Ausbreitung der modernen Technik unter den ausübenden Landwirten aller Betriebsgrößenklassen.

a) Heranbildung einer ausreichenden Zahl geeigneter Persönlichkeiten für die Aufgaben des landwirtschaftlichen Beratungswesens. Dabei sind die aufstrebenden Elemente unter dem Nachwuchs der bäuerlichen Bevölkerung in erster Linie zu berücksichtigen, und ist insbesondere den befähigten Schülern der niederen landwirtschaftlichen Schulen der Uebergang in diesen Berufszweig zu erleichtern.

b) Ausbau des landwirtschaftlichen Versuchswesens, besonders in der Form von Beispielswirtschaften und Versuchsfeldern. Es ist dahin zu streben, daß möglichst in jedem Dorf aus den Mitteln des landwirtschaftlichen Aufklärungsdienstes ein Versuchsfeld unterhalten wird, das vor allem zu Demonstrationsversuchen zu dienen hat.

c) Förderung aller Selbsthilfeaktionen der bäuerlichen Bevölkerung, die eine Ausbreitung rationeller Technik und Betriebsführung zum Ziele haben, insbesondere Förderung des bäuerlichen Versuchsringwesens.

d) Förderung des auf Selbsthilfe, Selbstverwaltung beruhenden landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, besonders der Viehzucht- und Molkereigenossenschaften, Maschinengenossenschaften, Saatbauvereine, Milchkontrollvereine und ähnlicher Einrichtungen.

3. Bereitstellung von Staatsmitteln für diejenigen Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Landwirte und der Genossenschaften übersteigen, insbesondere Ausbau des Wege-, Straßen- und Eisenbahnnetzes. Anpassung der Frachttarife an die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Produktion. Einheitlicher Ausbau der Elektrizitätsversorgung, Schaffung einer ausreichenden Wasserversorgung in wasserarmen Gebieten. Umfassende Vorkehrungen gegen Hochwasserschäden. Billige Kredite für Meliorationen und Flurbereinigungen.

4. Förderndes Eingreifen des Staates überall dort, wo die persönliche Initiative der Landbesitzer sich als unzureichend erweist, um die bestmögliche Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten zu gewährleisten. Insbesondere müssen der Staat oder die von ihm beauftragten öffentlich-rechtlichen Körperschaften das Recht haben, auch gegen den Willen der Besitzer Flurbereinigungen durchzuführen, Meliorationen, insbesondere Wasserregulierungen, ins Werk zu setzen, Vorschriften über die Bekämpfung tierischer und pflanzlicher Schädlinge zu erlassen und durchzuführen.

5. Oeffentliche Kontrolle über die Erzeugung und den Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Insbesondere sind die öffentlich-rechtlichen Kontrollbefugnisse bei der Preisfestsetzung des Kunstdüngers auszugestalten und energisch zur weitestgehenden Verbilligung dieses wichtigen Produktionsmittels einzusetzen. Der Handelsverkehr mit Saatgut, Kunstdünger und Kraftfuttermitteln ist durch Gesetz zu regeln und durch öffentliche Organe zu überwachen, um die Landwirte vor betrügerischen Machenschaften zu schützen, solange die Genossenschaften diese Aufgabe noch nicht voll übernehmen können. Die Bestrebungen zur Vereinheitlichung und Verbilligung im Bau landwirtschaftlicher Maschinen sind mit öffentlichen Mitteln zu fördern und nötigenfalls durch Eingreifen des Staates zu beschleunigen.

6. Schaffung günstiger Kreditbedingungen für Kleinpächter und Bauern, Förderung der ländlichen Kreditgenossenschaften, Ueberführung der privaten landwirtschaftlichen Kreditinstitute in die Genossenschaftsform oder in das Eigentum von Reich, Staat oder Gemeinden. Verbindung der Kreditgewährung mit der Betriebsberatung.

7. Demokratischer Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper. Durch Reichsgesetz ist zu sichern, daß in den Landwirtschaftskammern und ihnen gleichstehenden Berufsvertretungen auch die kleinen und mittlern Besitzer und die Landarbeiter, sowie die landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten ihrer besondern Bedeutung entsprechend vertreten sind.

III. Die Reglung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert als unentbehrliche Ergänzung eine weitgehende Fürsorge für einen geregelten Absatz. Bereits bei der heutigen unvollständigen Entfaltung der Produktivkräfte treten auf Teilgebieten der landwirtschaftlichen Produktion zuweilen Störungen der Märkte ein. Solche Störungen äußern sich bald in Preisstürzen, die die Produzenten um die Früchte ihrer Arbeit bringen, ohne daß die Konsumenten einen Nutzen davon haben, bald in einer katastrophalen Verteurung der Lebensmittelversorgung, wobei wiederum die Produzenten durchaus nicht immer die Gewinnenden sind. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine weitgehende Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das wilde Auf und Ab der Preise, in das die kapitalistische Anarchie der Märkte die landwirtschaftliche Produktion gestürzt hat, steht im Widerspruch zu der innern Natur des landwirtschaftlichen Betriebes. Darüber hinaus leiden Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise unter der unnatürlich vergrößerten Preisspanne, mit der ein aufgeblähter und parasitärer Handelsapparat die heutige Volkswirtschaft belastet.

Des weitern ist für die Schaffung eines immer größeren kaufkräftigen Marktes für die Produkte der intensiven bäuerlichen Wirtschaft zu sorgen. Das kann nur durch die Hebung der Konsumkraft der städtischen Arbeiterschaft geschehen. Die Ansammlung von Riesenvermögen, verbunden mit der Niederhaltung des Einkommens des größten Teiles der Bevölkerung auf einer Stufe, die sie zur äußersten Einschränkung ihres Konsums an besseren Nahrungsmitteln zwingt, ist ein Krebsschaden für die bäuerliche Wirtschaft.

Wir fordern daher:

1. Förderung aller Maßnahmen, die geeignet sind, unsre Kenntnisse von dem Umfang der Produktion, von dem Versorgungsstand der Märkte und von den Bedingungen der Preisbildung zu verbessern. In enger Verbindung mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Erzeuger auf der einen und den Organisationen der städtischen Verbraucher auf der andern Seite, ist die Statistik der Marktbewegungen und das Studium des Absatzes auszubauen und zu vertiefen. Es ist ein ständiger Ausschuß einzusetzen, der, mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet, die Absatzbedingungen fortlaufend zu prüfen hat. Dieser Ausschuß muß verpflichtet sein, über festgestellte Mißstände in der Absatzorganisation an das Parlament und an die Oeffentlichkeit zu berichten.

2. Unterstützung des direkten Warenaustausches zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften.

Zu diesem Zwecke fordern wir die umfassende Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Organisation der Erzeuger und Verbraucher, damit ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion genossenschaftlich erfaßt und von den städtischen Verbraucherorganisationen übernommen werden kann.

Reich, Staat und Gemeinden sind verpflichtet, die Genossenschaftsbewegung zu fördern durch

a) Eingliederung eines Lehrfaches für Genossenschaftswesen in den Lehrplan aller öffentlichen Unterrichtsanstalten,

b) ein dem Wesen des Genossenschaftswesens entsprechendes Steuersystem.

3. Regulierende Eingriffe in die Preisgestaltung. An Stelle der Getreidezölle ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten zu schaffen. Für die Preispolitik des Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, dergestalt, daß dem Erzeuger ein angemessener Ertrag seiner Arbeit und ein Ersatz seiner Aufwendungen gesichert ist, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung soll berechtigt sein, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen, sie soll verpflichtet sein, auch inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist. Reichsmittel, die zur Sicherung der inländischen Erntebewegung bisher privaten Stellen gegeben worden sind, werden auf die Monopolverwaltung übertragen. Die Monopolverwaltung hat ausländisches und inländisches Getreide und Mehl zu den Selbstkosten an den Konsum zu Mischpreisen abzugeben.

4. Auf Grund der bei der Preisstabilisierung des Getreides gemachten Erfahrungen sind schrittweise auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung mit einzubeziehen. Vor allem wird der Ausbau des Genossenschaftswesens bei den Erzeugern und bei den Verbrauchern die Grundlage für eine gemeinschaftliche Reglung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse liefern.

5. Förderung der Bestrebungen, welche die Qualitätsverbesserung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezwecken.

IV. Besteuerung.

Die Steuerpolitik muß den sozialen Zweck erfüllen, das Arbeitseinkommen des Landvolkes zu schonen, und den produktionspolitischen Zweck, den Uebergang des Bodens an den besten Wirt, zu fördern.

Deshalb fordern wir, daß das Arbeitseinkommen fortschreitend durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums entlastet wird. Die Grundsteuer ist in eine einheitliche Grundwertsteuer für die gesamte Landwirtschaft zu verwandeln. Sie richtet sich nach dem Wert des nackten Grund und Bodens ohne Berücksichtigung des Wertes des Inventars, der Gebäude und der Bodenverbesserungen. Der Grundwert ist nach dem normalen Reinertrag festzustellen, den das Grundstück bei ordnungsmäßiger landwirtschaftlicher Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag. Die Steuerlisten sind bei der Gemeindebehörde auszulegen. Der zum Zwecke der Besteurung festgesetzte Wert des Bodens ist maßgebend für die Wertberechnung bei der Verpachtung sowie bei der Ausübung eines gesetzlichen Vorkaufs- und Enteignungsrechts.

V. Forderungen für Land- und Forstarbeiter.

Die Sozialdemokratie tritt mit gleicher Entschiedenheit für die Land- und Forstarbeiter ein, wie sie seit Jahrzehnten für die Verbesserung der Lage der Industriearbeiter kämpft. Wie in der Industrie die Steigerung der Produktivität auf das wirksamste gefördert worden ist durch den erfolgreichen Kampf der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen und um die Hebung ihres gesamten Kulturstandes, so ist auch in der Landwirtschaft der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter das wirksamste Mittel, um die Steigerung der Produktivität zu erzwingen.

Die Sozialdemokratie fordert daher vor allem, daß die drückende Abhängigkeit beseitigt wird, unter der bei der jetzigen Arbeitsverfassung, insbesondere durch das System der Werkwohnungen, die Landarbeiter leiden. Die Landarbeiter sind in sozialpolitischer Hinsicht den industriellen Arbeitern gleichzustellen. Auch ihnen soll der freie Zutritt zum Grund und Boden wieder möglich gemacht werden, von dem sie durch die jahrhundertelang betriebene Klassenherrschaft und Klassenpolitik ihrer Herren ausgesperrt sind. Denen, die fähig und gewillt sind, eine Kleinbauernstelle zu erwerben, soll der Weg dazu erschlossen werden.

1. Für die Landarbeiter müssen Wohnungen bereitgestellt werden, in denen sie nicht dem Einfluß des Arbeitgebers unterworfen sind. Je nach den örtlichen Verhältnissen sind Mietwohnungen durch öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige Stellen oder Eigenheime — in der Rechtsform des Erbbaurechts oder der Reichsheimstätte — zu schaffen. Dabei ist Vorsorge zu treffen, daß derartige Eigenheime bei Stellenwechsel des Landarbeiters von der ausgebenden Stelle wieder übernommen werden, um den Landarbeiter vor Verlusten zu schützen. Alle diese neuen Wohnungen müssen von jeder Verpflichtung zur Arbeit bei bestimmten Arbeitgebern frei sein. Verheirateten ständigen Landarbeitern, die sich in ihrem Beruf bewährt haben und ein Eigenheim erwerben wollen, soll ein gesetzlicher Anspruch auf eine Landarbeiterheimstätte gegeben werden. Die zum Erwerb der Stelle — einschließlich der Baukosten und des lebenden und toten Inventars — notwendigen Mittel sind bis zu 90 Prozent vom Reich und den Ländern darlehnsweise gegen eine Tilgungsrate zu gewähren.

2. Arbeiterwohnungen und -wohnräume, die im Eigentum des Arbeitgebers stehen, sind strengen Bestimmungen über die Beschaffenheit, den Luftraum, die Einrichtung und Beheizung zu unterwerfen.

3. Deputatlohn und Deputatland sind möglichst zu beseitigen. Soweit irgend möglich, ist der reine Barlohn einzuführen.

4. Die zurzeit noch bestehenden Heuerlingsverträge sind als solche zu beseitigen. An ihre Stelle treten freie Pacht- und freie Arbeitsverträge.

5. Arbeitszeit und Sonntagsruhe sind durch Reichsgesetz für die Landarbeiter zu regeln. Die tägliche Arbeitszeit darf im Durchschnitt acht Stunden nicht übersteigen. In diesem Rahmen kann durch Tarifvertrag für den Sommer eine längere, für den Winter eine kürzere Arbeitszeit festgelegt werden.

Die Sonntagsruhe muß im Sommer 36 Stunden, im Winter 42 Stunden betragen. Für die bei der Viehwartung und Haushaltungsarbeit am Sonntag Beschäftigten muß zum Ersatz eine entsprechende Freizeit in der Woche gewährt werden.

Ueberstunden und außergewöhnliche Sonntagsarbeit sind nur bei Gefährdung der Ernte oder des Viehes gegen entsprechende Aufschläge zuzulassen.

6. Die Verpflichtung für den Landarbeiter, noch eine weitere Arbeitskraft, einen sogenannten Hofgänger oder Scharwerker zu stellen, ist völlig zu beseitigen.

7. Dem landwirtschaftlichen Arbeiter muß die Errichtung eines eigenen Hausstandes erleichtert werden. Insbesondere ist bei der Schaffung von Wohngelegenheiten auf dem Land auch auf die Wohnungsbedürfnisse dieser Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen.

8. Die schulpflichtigen und die aus der Schule entlassenen jüngern Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch Gesetz unter besondern Schutz zu stellen. Die Schutzbestimmungen zugunsten der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen, sind auszubauen.

9. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sind den industriellen Arbeitern hinsichtlich der Pflichten und Leistungen in der Sozialversicherung, auch hinsichtlich der Verhütung von Betriebsunfällen gleichzustellen.

10. Das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit sind nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich von jeder Beschränkung freizuhalten.

11. Alle ländlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind weitestgehend zu unterstützen.

12. Bei dem Abschluß von Lohnvereinbarungen und bei der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind die Land- und Forstarbeiter den Industriearbeitern nicht nur gesetzlich, sondern auch tatsächlich gleichzustellen.

13. Das Betriebsrätegesetz ist auch für die Landwirtschaft tatsächlich durchzuführen.

14. Die Vermittlung von Land- und Forstarbeitern darf nur durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen, an deren Verwaltung Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen sind.

15. Alle zum Schutze der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen sind auch auf die ausländischen Wanderarbeiter anzuwenden. Es muß verboten werden, daß Wanderarbeiter zu niedrigeren als den für die hiesigen Arbeiter festgesetzten Löhnen beschäftigt werden.

16. Die von der internationalen Arbeitsorganisation angeregten Uebereinkommen über den Schutz und die Versicherung der Land- und Forstarbeiter sind zu ratifizieren.

17. Die Durchführung aller zum Schutze der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen ist durch staatliche Kontrollbeamte (Landarbeiterinspektoren) unter Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft zu übernehmen.

VI. Bäuerliche Sozialpolitik.

Durch Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ist der Verelendung einer landwirtschaftlichen Familie im Falle der Erkrankung eines Familienmitglieds vorzubeugen.

Für die kleinen Landwirte ist eine Krankenversicherung zu schaffen, die Zahnbehandlung, Wochenhilfe und Sterbegeld mit umfaßt. Diese Krankenversicherung hat jedoch bei der Berechnung der Beiträge und bei der Reglung der Leistungen den besondern Verhältnissen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Für einen schnellen kostenfreien Krankentransport zum nächsten Krankenhaus ist in allen ländlichen Bezirken Sorge zu tragen.

Um die Ueberlastung der bäuerlichen Betriebe mit Besitzwechselhypotheken und mit Ausgedingelasten zu verhindern, ist eine obligatorische Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu schaffen, die auf die besondern Bedürfnisse der kleinbäuerlichen Kreise Rücksicht nimmt.

Die Ueberlastung des Bodens mit Notstandshypotheken ist durch genossenschaftliche oder staatliche Feuer-, Hagel- und Viehversicherung zu verhüten. Die hohen Gebühren bei der Tilgung und Aufnahme von Hypotheken sind zu ermäßigen.

Zur Beratung der ländlichen Bevölkerung in allen Rechtsangelegenheiten sind für alle Landbezirke öffentliche unentgeltliche Rechtsberatungsstellen zu schaffen.

*

Zum Kampf um diese Forderungen ruft die Sozialdemokratische Partei alle Arbeitenden auf dem Land auf, um im Verein mit den arbeitenden Massen der Städte die Fesseln zu sprengen, in die sie Feudalismus und Kapitalismus (Großgrundbesitz und Großkapital) geschlagen haben. Eine tiefe Interessensolidarität verbindet die Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Kampf um die Demokratie für die Bauernschaft die Selbstverwaltung des Dorfes, die Beseitigung der Gutsbezirke, die Verwandlung des Herrschaftsstaates der Grundherren und Kapitalisten in den Wohlfahrts- und Kulturstaat der Arbeiter und Bauern. Durch die Hebung der Lebenshaltung der industriellen Arbeiter und ihre Sicherung gegen Verelendung durch Krankheit und Alter wird auch eine Verbesserung

der nur allzu gedrückten Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung erzielt. Die Steigerung der Kaufkraft der Industriearbeiter erhöht die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten der bäuerlichen Betriebe und sichert ihnen Absatz und besseren Ertrag. Der Sieg der arbeitenden Massen in Stadt und Land unterwirft Großgrundbesitz und Großkapital der Herrschaft der Gesellschaft und befreit die Landwirtschaft von der Unsicherheit und den Wechselfällen des Marktes und der Spekulation. Weit entfernt davon, den Bauern von seiner Scholle zu verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter. Sie beseitigt die Ausbeutung durch das Handels- und Bankkapital und stellt die ungeheure Macht der Gesellschaft bewußt und planmäßig in den Dienst der Steigerung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der arbeitenden Masse in Stadt und Land.

Durchdrungen von dieser Erkenntnis der Interessengemeinschaft, die alle Arbeitenden im Kampfe gegen die Profitwirtschaft verbindet, erblickt die Sozialdemokratie in der Eingliederung der ländlichen Massen in ihre Reihen eine ihrer dringendsten Aufgaben; denn diese Vereinigung beschleunigt den Sieg und macht ihn zur unumstößlichen Gewißheit.

RICHTLINIEN ZUR WEHRPOLITIK

(Beschlossen auf dem Parteitag 1929 in Magdeburg.)

I. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens.

Sie ist entschlossen, gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1928 den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet.

II. Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen einseitigen Rüstungsbeschränkungen nicht überschreitet und nicht durch Versuche, sie zu umgehen oder zu verletzen, andern Mächten Grund oder Vorwand zur Ablehnung internationaler Abrüstungsübereinkommen und zu noch stärkern Rüstungen liefert.

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eignem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.

III. Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen:

1. Kontrolle des Reichstags über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.
2. Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dient.
3. Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.
4. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.

5. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierkorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschaftsstand zu entnehmenden Offiziersatz.
6. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
7. Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht.
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

IV. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die immer stärker hervortretende Absicht führender Militärs aller Länder, völkerrechtliche Hemmungen der Kriegführung, die in jahrtausendelanger Entwicklung Gemeingut geworden sind, gänzlich zu beseitigen und den Zukunftskrieg rücksichtslos über die Heeresfronten hinweg gegen die Zivilbevölkerung zu kehren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands brandmarkt diese barbarische Absicht und fordert die Neufestigung des Völkerrechts im Sinne der Humanität. Insbesondere fordert sie Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegführung.

V. Die sozialistischen Forderungen können nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen, durch Erziehung und Unterricht im Geiste des Friedens, um auch die moralische Abrüstung vorzubereiten, und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das sozialistische Endziel bildet eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also ohne Klassen und ohne Klassenkämpfe, eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausdehnung von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege.

Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird.

ORGANISATIONSSTATUT

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beschlossen auf dem Parteitag in Magdeburg 1929.)

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung im Reich. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Ortsvereine, Unterbezirks- und Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Parteiämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahr endgültig Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindewahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen erfolgt im Einverständnis mit der Unterbezirks- oder Bezirksleitung auf Unterbezirkskonferenzen.

Die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preußischen Mitgliedern des Parteiausschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuberufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuberufen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der in Absatz 1 Satz 2 Abs. 2 und 3 genannten Körperschaften.

Dem Betroffenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an die Unterbezirks- oder Bezirksleitung oder an den Parteivorstand zu.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens einen Wochenbeitrag.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk, für einzelne Ortsvereine oder für einzelne Gruppen die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln.

Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelstunde entsprechen, mindestens aber 15 Pfennig betragen, für weibliche Mitglieder können niedrigere Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Arbeiterinternationale zu leisten, wovon 10 Pfennig pro Marke und Mitglied an die Parteikasse abzuführen sind.

Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Außen den regulären Beiträgen für alle Mitglieder haben die Bezirksvorstände das Recht, für Mitglieder mit höherm Einkommen unter Berücksichtigung sozialer Verhältnisse besondere Beiträge zu erheben. Vor der endgültigen Beschlußfassung ist beim Parteivorstand die Genehmigung der beabsichtigten Beitragssätze einzuholen.

Der Parteivorstand hat auf eine möglichste Gleichmäßigkeit für alle Bezirke hinzuwirken.

Die Einziehung dieser Beiträge erfolgt direkt durch die Bezirksleitung.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Allmonatlich müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Teilzahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalendervierteljahrs erfolgen.

Alljährlich ist eine Kontrolle der Mitgliedsbücher vorzunehmen.

Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art einen monatlich an die Parteikasse abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.

Berichterstattung.

§ 9. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. Januar bis 31. Dezember. Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des 1. Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im voraufgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;
2. der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;
3. den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission;
4. den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschluß des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Liegen wichtige Gründe vor, so kann er mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiausschusses um ein Jahr vertagt werden.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht tagen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiausschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitags muß spätestens 8 Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitags sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens 4 Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;

2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;
4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrag stattzugeben, so ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungen eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 10 und 11).

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus drei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand führt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, in eignem Namen und aus eignem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und die Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitags Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß.

§ 22. Der Parteitag besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. Sind im Bezirk mehr als 7500 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 24. In der Regel alle Vierteljahre und im Bedarfsfall auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 25. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 26. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt.

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 27. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 20 Mitgliedern bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 28. Aus der Partei ausgeschlossen wird:

a) wer einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat,

b) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteitage oder seiner Parteiorganisation das Parteiinteresse schädigt,

c) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

2. Der Ausschlußantrag darf nur von einem Ortsverein gestellt werden, mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand eines Ortsvereins. In größern Städten haben Unterabteilungen des Ortsvereins das Antragsrecht. Die Bezirksvorstände bestimmen, welche Organisationseinheiten dieses Recht haben.

3. Als erste Instanz entscheidet über den Ausschlußantrag ein Bezirksschiedsgericht, das aus fünf Personen besteht. Der für den Angeschuldigten zuständige Bezirksvorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des Bezirks sein, dem der Angeschuldigte angehört.

4. Richten sich die Anschuldigungen gegen Mitglieder des Bezirksvorstandes, oder hat ein Bezirksvorstand nach Ziffer 9 einen Ausschlußantrag gestellt, hat der Parteivorstand den Vorstand eines andern Bezirks mit der Benennung des Vorsitzenden zu betrauen. Dasselbe gilt, wenn die Angeschuldigten mehreren Bezirken angehören.

5. Hat die antragstellende Organisation innerhalb dreier Wochen keine Beisitzer benannt, gilt der Ausschlußantrag als erledigt. Benennt der Angeschuldigte innerhalb derselben Frist keine Beisitzer, entscheidet das Bezirksschiedsgericht ohne sie; erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, wird in seiner Abwesenheit verhandelt und entschieden.

6. Handelt es sich in derselben Sache um mehrere Angeschuldigte, hat der Bezirksvorstand dasselbe Schiedsgericht mit der Erledigung zu betrauen.

7. Die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts, unterschrieben vom Vorsitzenden, wird beiden Parteien durch den Vorsitzenden innerhalb dreier Wochen schriftlich zugestellt. Der Bezirksvorstand kann sie veröffentlichen.

8. Aus der Partei ausgeschlossen wird ferner, wer einer andern politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt. In solchen Fällen kann der Parteivorstand den Ausschluß mit sofortiger Wirkung aussprechen. Mit dem Ausschluß verliert der Betroffene alle Rechte und Funktionen der Partei. Der Beschluß des Parteivorstandes ist innerhalb 8 Tagen dem Ausgeschlossenen und der Bezirksleitung mitzuteilen. Nur der Parteitag kann auf Antrag des Ausgeschlossenen diesen Beschluß aufheben.

9. In außerordentlichen Fällen, in denen durch schnelles Eingreifen eine sonst nicht abzuwehrende schwere Schädigung der Partei verhindert werden muß, kann der zuständige Bezirksvorstand von sich aus den Ausschluß beantragen.

§ 29. 1. Gegen die Entscheidung des Bezirksschiedsgerichts können beide Parteien innerhalb dreier Wochen nach der Zustellung beim Parteivorstand die Entscheidung eines Parteischiedsgerichts beantragen.

2. Ist das Bezirksschiedsgericht von offensichtlich irrigen Voraussetzungen ausgegangen, kann der Parteivorstand die Sache an das Bezirksschiedsgericht zur nochmaligen Entscheidung zurückverweisen.

3. Das Parteischiedsgericht besteht aus fünf Personen. Der Parteivorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des Bezirks sein, dem der Angeschuldigte angehört. Mitglieder des Bezirksschiedsgerichts dürfen nicht Mitglieder des Parteischiedsgerichts sein.

4. Benennen beide Parteien innerhalb dreier Wochen keine Beisitzer, ist die Entscheidung erster Instanz endgültig. Benennt eine der Parteien die Beisitzer nicht innerhalb der gleichen Frist, wird ohne sie entschieden. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, wird in seiner Abwesenheit verhandelt und entschieden.

5. Die Entscheidung des Parteischiedsgerichts, unterschrieben vom Vorsitzenden, wird beiden Parteien durch den Vorsitzenden innerhalb dreier Wochen schriftlich zugestellt. Der Parteivorstand kann sie veröffentlichen.

6. Verzieht der Beschuldigte während des Verfahrens in einen andern Bezirk, verbleibt die Durchführung des Verfahrens bei seinem bisherigen Bezirk.

7. Der Ausschlußantrag muß in beiden Instanzen mündlich begründet werden. Die Verhandlungen werden mündlich geführt. Schriftstücke dienen nur zur Feststellung des mündlich Vorgetragenen. Nur was mündlich vorgetragen ist, darf der Entscheidung zugrunde gelegt werden.

§ 30. 1. Gegen die Entscheidung des Parteischiedsgerichts steht beiden Parteien die Berufung an den nächsten Parteitag zu, wenn es sich um einen groben Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms handelt, sonst nur, wenn die Entscheidungen erster und zweiter Instanz voneinander abweichen. In den übrigen Fällen ist die Entscheidung des Parteischiedsgerichts endgültig.

2. Die Berufung ist innerhalb dreier Wochen nach Zustellung der Entscheidung des Parteischiedsgerichts beim Parteivorstand schriftlich einzureichen. Die Entscheidung des Parteitags ist endgültig.

3. In allen Instanzen kann erkannt werden:

a) auf Ausschluß aus der Partei;

b) auf zeitweilige Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Ehrenämtern;

c) auf Rügen.

§ 31. 1. Der Ausschluß aus der Partei darf nur im Wege der in den §§ 28 bis 30 festgesetzten Verfahren erfolgen.

2. Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Die Untersuchungskommission hat nur tatsächliche Feststellungen zu treffen, keine Entscheidungen zu fällen, wie sie im Ausschlußverfahren vorgesehen sind. Rechtfertigt der Bericht der Untersuchungskommission die Einleitung eines Ausschlußverfahrens, ist gemäß § 28 durch den Ortsverein ein entsprechender Antrag an den Bezirksvorstand zu stellen.

3. Rügen können die Organisationen auch erteilen, wenn es sich um Verfehlungen handelt, derentwegen die Voraussetzungen zur Einleitung eines Ausschlußverfahrens nicht gegeben sind.

§ 32. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 33. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Abänderung der Organisation.

§ 34. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Beschluß des Heidelberger Parteitags 1925.

Parteigenossen, die in den Reichstag, in die Landtage, in die Provinzial-, Bezirks- und Gemeindevertretungen gewählt werden, dürfen Aufsichtsratsstellen in privatwirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen nur bekleiden, wenn die Fraktionen, deren Mitglieder sie sind, dagegen keine Einwendungen erheben. Das gleiche gilt für die Annahme solcher Stellen während der Dauer einer Wahlperiode.

Beschluß des Kieler Parteitags 1927.

Parteigenossen dürfen nicht Mitglieder solcher Vereine sein, die gegen die Sozialdemokratische Partei wirken.

LISTE DER DELEGIERTEN

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Abele, Georg	Nürnberg	Bez. Franken
Adams, Dr. Kurt	Hamburg 28	Bez. Hamburg
Agnes, Lore	Düsseldorf	Kontrollkommission
Albrecht, Lisa	Berlin	Parteiausschuß (Brandenburg)
Amann, Jos.	Heidelberg	Bez. Baden
Ambros, Emmerich	Löbau i. S.	Bez. Dresden
Andresen, Margarete	Hamburg 22	Bez. Hamburg
Arning, Marie	Magdeburg	Parteiausschuß (Magdeburg-Anhalt)
Arzt, Artur	Hellerau b. Dresden	Bez. Dresden
Auer, Erhard	München	Parteiausschuß (Oberbayern)
Aufhäuser, Siegfried	Berlin	Reichstagsfraktion
Bach, Otto	Zeitz	Bez. Halle
Bank, Gustav	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Bartels, Fr.	Berlin	Parteivorstand
Bartelt, August	Harburg-Wilhelmsburg	Bez. Hannover
Bartosch, Karl	Neustrelitz	Bez. Mecklenburg
Bauer, Christian	Spieglau b. Wald	Bez. Oberpfalz
Bauer, Ida	Leipzig	Bez. Leipzig
Baumann, Emil	Köslin i. Pommern	Bez. Pommern
Baumgart, W.	Görlitz	Bez. Görlitz
Bayerer, Alfons	Regensburg	Parteiausschuß (Oberpfalz)
Becker, Paul	Berlin	Bez. Berlin
Beier, Franz	Leobschütz i. Schlesien	Bez. Oberschlesien
Benz, Wilhelm	Heidenheim	Bez. Württemberg
Bergholz, Albert	Zeitz	Bez. Halle
Bergmann, Paul	Hamburg 23	Bez. Hamburg
Beyer, Theo	Burgstädt	Bez. Leipzig
Biedermann, Adolf	Hamburg 22	Bez. Hamburg
Bieligk, Fritz	Leipzig	Bez. Leipzig
Biester, Louis	Hoisbüttel (Kr. Stormarn)	Bez. Schleswig-Holstein
Birkholz, Jonny	Farmsen-Berne	Bez. Hamburg
Bittner, Elfriede	Breslau	Bez. Breslau
Bittorf, Luise	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Blank, Max	Remscheid	Bez. Niederrhein
Blume, August	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Blumtritt, Max	Hof i. Bayern	Bez. Franken
Böchel, Karl	Chemnitz i. S.	Parteiausschuß (Chemnitz)
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrollkommission
Boer, Alfons	Frankenstein i. Schl.	Bez. Breslau
Böhm, Joseph	Bremen	Bez. Hamburg
Bornhoff, Franz	Münster	Bez. Westliches Westfalen
Böttcher, Friedrich	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Brandes, Alwin	Stuttgart	Reichstagsfraktion
Brauckmüller, Konrad	Stuttgart	Bez. Württemberg
Braun, Max	Saarbrücken	Bez. Oberrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Braun, Dr. Otto	Berlin	Reichstagsfraktion
Brey, August	Hannover	Kontrollkommission
Brückner, Paul	Radeberg i. S.	Bez. Dresden
Buchmann, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Buchwitz, Otto	Görlitz	Reichstagsfraktion
Bugdahn, Paul	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Buß, Friedrich	Schönebeck	Bez. Magdeburg-Anhalt
Christmann, August	Barmen	Bez. Niederrhein
Crispien, Artur	Berlin	Parteivorstand
Dankert, Otto	Groß-Ottersleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
David, Dr. Eduard	Berlin	Reichstagsfraktion
Delle, Gustav	Wandsbek	Bez. Schleswig-Holstein
Deutsch, Emil	Oels i. Schl.	Bez. Breslau
Dichtl, Adolf	München	Bez. Oberbayern
Dill, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß (Franken)
Dittmann, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand
Doetsch, Johann	Koblenz	Bez. Oberrhein
Dölitzsch, Klemens	Dresden	Bez. Dresden
Dölz, Paul	Tönning	Bez. Schleswig-Holstein
Domnick, Adolf	Meißen i. S.	Bez. Dresden
Drechsler, Frieda	Planitz i. S.	Bez. Zwickau
Dreifuß, Julius	Mannheim	Bez. Baden
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß (Görlitz)
Ecker, Fritz	Weiden (Oberpfalz)	Bez. Oberpfalz
Eckstein, Dr. Ernst	Breslau	Bez. Breslau
Edel, Oskar	Dresden	Parteiausschuß (Dresden)
Eggerstedt, Otto	Berlin	Reichstagsfraktion
Ehrenteit, Jonny	Hamburg	Bez. Hamburg
Eisenberg, Richard	Lehrte i. Hann.	Bez. Hannover
Endres, Fritz	München	Bez. Franken
Engelbrecht, Karl	Luckenwalde	Bez. Brandenburg
Evers, Elise	Hannover	Bez. Hannover
Faust, Alfred	Bremen	Bez. Hamburg
Fehlisch, Br.	Liegnitz	Bez. Görlitz
Felder, Joseph	Augsburg	Bez. Oberbayern
Ferl, Gustav	Magdeburg	Parteiausschuß (Magdeburg)
Fianke, Reinhold	Schweidnitz	Bez. Breslau
Finsterbusch, Hans	Dresden-A.	Bez. Dresden
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß (Berlin)
Fleißner, Hermann	Dresden	Bez. Dresden
Forster, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Forthuber, Karl	Frankenthal	Bez. Pfalz
Frank, Otto	Berlin	Parteivorstand
Franke, Wilhelm	Dresden	Bez. Dresden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Freter, Anna	Calau N.-L.	Bez. Brandenburg
Friedrich, Otto	Coswig i. Anh.	Bez. Magdeburg-Anhalt
Fries, Fritz	Siegen	Bez. Westliches Westfalen
Fuchs, Hans	Schwerin i. Mecklenburg	Bez. Mecklenburg
Gerhards, Karl	Schwerte i. Westf.	Bez. Westliches Westfalen
Gerlach, Paul	Düsseldorf	Parteiausschuß (Niederrhein)
Gerlach, Thilo	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Giebler, Robert	Gera	Bez. Thüringen
Giermann, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Görke, Arno	Borna b. Leipzig	Bez. Leipzig
Grabbert, Wilhelm	Harburg-Wilhelmsburg	Bez. Hannover
Gräber, Gg.	Friedrichsfeld	Bez. Baden
Graeger, Friedrich	Oldenburg	Bez. Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück
Graf, Georg Engelbert	Bad Dürrenberg a. d. S.	Bez. Leipzig
Gratz, Karl	Rogätz a. d. E.	Bez. Magdeburg-Anhalt
Graupe, Georg	Zwickau i. S.	Bez. Zwickau
Grotewohl, Otto	Braunschweig	Reichstagsfraktion
Gründler, Hermann	Langenwetzendorf	Bez. Thüringen
Haebler, Gustav	Karlsruhe	Bez. Baden
Hagenah, Erich	Cuxhaven	Bez. Hamburg
Hahn, Eduard	Berlin	Bez. Berlin
Hammer, Richard	Ludwigshafen a. Rh.	Parteiausschuß (Pfalz)
Hansen, Fritz	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Hansen, Richard	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Harnisch, Hermann	Berlin	Bez. Berlin
Hartsch, Erwin	Mylau i. V.	Bez. Zwickau
Haubach, Dr. Theodor	Hamburg	Bez. Hamburg
Hauck, Lorenz	Rohrbach b. Landau	Bez. Pfalz
Heide, Paul	Heidenau b. Dresden	Bez. Dresden
Heinrich, Gustav	Hameln i. Westf.	Bez. Hannover
Hennig, Arno	Freital-Po.	Bez. Dresden
Hengsbach, Klemens	Köln	Kontrollkommission
Henke, Alfred	Berlin	Reichstagsfraktion
Henßler, Fritz	Dortmund	Bez. Westliches Westfalen
Herr, Karl	Heven-Witten	Bez. Westliches Westfalen
Herrmann, Zacharias	Nürnberg	Bez. Franken
Hertz, Dr. Paul	Berlin	Reichstagsfraktion
Herwig, Albert	Recklinghausen	Bez. Westliches Westfalen
Hille, Richard	Berlin	Bez. Berlin
Hildenbrand, Karl	Berlin	Parteivorstand
Hilferding, Rudolf	Berlin	Parteivorstand
Hirsch, Franz	Raudten	Bez. Breslau
Hirsch, Wilhelm	Schney (Oberfranken)	Bez. Franken
Höcker, Willi	Güstrow	Bez. Mecklenburg
Hofacker, Friedrich	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Hoffmeister, Robert	Nienburg a. d. W.	Bez. Hannover
Hofmann, Wilhelm	Kaiserslautern	Bez. Pfalz

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Hohmann, Wilhelm	Duisburg	Bez. Niederrhein
Hoin, Richard	Obersbach b. Weilburg	Bez. Hessen-Nassau
Höltermann, Karl	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Hönig, Matthias	München	Bez. Oberbayern
Hoßbach, Friedrich	Eschwege	Bez. Hessen-Kassel
Hub, Andreas	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Hünlich, Oskar	Rüstringen	Parteiausschuß (Oldenburg)
Hupe, Walter	Hecklingen i. Anh.	Bez. Magdeburg-Anhalt
Hüther, Ludwig	Gießen	Bez. Hessen-Offenbach
Höxter, Siegmund	Heldenbergen	Bez. Hessen-Offenbach
Jacobs, Heinrich	Büdelsdorf b. Rendsburg	Bez. Schleswig-Holstein
Jaecker, Karl	Königsberg	Reichstagsfraktion
Janotta, Erhard	Oppeln	Parteiausschuß (Oberschlesien)
Janssen, Jakob	Norderney	Bez. Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück
Jensen, Toni	Kiel	Parteiausschuß (Schleswig-Holstein)
Jentsch, Willi	Frankfurt a. d. O.	Bez. Brandenburg
Joppich, Rudolf	Merschwitz	Bez. Dresden
Jordan, Anna	Berlin	Bez. Berlin
Juchacz, Marie	Berlin	Parteivorstand
Junke, Paul	Braunschweig	Parteiausschuß (Braunschweig)
Junker, Bernhard	Aschaffenburg	Bez. Franken
Kaden, Felix	Bautzen i. S.	Bez. Dresden
Kaeser, Elisabeth	München	Bez. Oberbayern
Kahn, Jakob	Singen a. H.	Bez. Baden
Kaiser, Walli	Neu-Ulm	Bez. Oberbayern
Kammerahl, Heinrich	Wesermünde-L.	Bez. Hamburg
Kämpf, Paul	Merseburg	Bez. Halle
Kaverau, Siegfried	Berlin	Bez. Berlin
Keil, Georg	München	Bez. Oberbayern
Kemnitz, Max	Berlin	Bez. Berlin
Kern, Käthe	Berlin	Bez. Berlin
Kirchmann, Karl	Stralsund	Bez. Pommern
Klupsch, Fr.	Dortmund	Parteiausschuß (Westliches Westfalen)
Knack, Prof. Dr. Andr.	Hamburg 33	Bez. Hamburg
Knapp, Emil	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Kneiff, Edwin	Breslau	Bez. Breslau
Knoop, Wilhelm	Rostock	Bez. Mecklenburg
Köhler, Emil	Sonneberg i. Thür.	Bez. Thüringen
Körner, Ernst	Rothenburg o. T.	Bez. Franken
Koppisch, Richard	Leipzig	Bez. Leipzig
Kretzen, Johannes	Leipzig	Bez. Leipzig
Kriegeis, Jakob	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Kröger, Wilhelm	Rostock i. Meckl.	Parteiausschuß (Mecklenburg)
Krüger, Fritz	Potsdam	Bez. Brandenburg
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß (Brandenburg)
Krumm, Hans	Breslau	Bez. Breslau
Kühn, Alwin	Zittau i. S.	Bez. Dresden
Kühn, August	Clausthal i. H.	Bez. Hannover
Kühn, Ferdinand	Oppeln	Bez. Oberschlesien
Kuhnt, Bernhard	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Kunert, Marie	Berlin	Reichstagsfraktion
Kurfürst, Nanni	Kiel	Reichstagsfraktion
Kurth, Matthias	Weiden b. Köln	Bez. Oberrhein
Künstler, Franz	Berlin	Bez. Berlin
Lampl, Walter	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Landsberg, Otto	Berlin	Reichstagsfraktion
Lang, Emil	Alzey	Bez. Hessen-Offenbach
Lange, August	Osterholz-Scharmbeck	Bez. Hamburg
Lange, Charlotte	Hannover	Parteiausschuß (Hannover)
Langeheinecke, Joh.	Hanau	Bez. Hessen-Nassau
Langnickel, August	Burg b. Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Lau, Joh.	Hannover	Parteiausschuß (Hannover)
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß (Groß-Thüringen)
Lehmann, Paul	Breslau	Parteiausschuß (Breslau)
Leipert, Walter	Waldenburg i. Schl.	Bez. Breslau
Lenke, Ernst	Gersdorf b. Chemnitz	Bez. Chemnitz
Leuteritz, Max	Hamburg 36	Parteiausschuß (Hamburg)
Levi, Dr. Paul	Berlin	Reichstagsfraktion
Lewitz, Frieda	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Lipinski, Richard	Mark-Ottendorf	Parteiausschuß (Leipzig)
Litke, Karl	Berlin	Bez. Berlin
Littmann	Weißwasser (O.-L.)	Bez. Görlitz
Löbe, Paul	Berlin	Kontrollkommission
Lotz, Karl	Hannover	Bez. Hannover
Lowig, Georg	Nürnberg	Bez. Franken
Lube, Dr. Friedrich	Braunschweig	Bez. Braunschweig
Lüdde, Lehrer	Wiegersdorf (Kr. Ilfeld)	Bez. Hannover
Ludwig, Konrad	Straußberg	Parteivorstand
Lufft, Werner	Königsberg	Bez. Ostpreußen
Lutz, Wunibald	Worms	Bez. Hessen-Offenbach
Maaß, Johannes	Wiesbaden	Bez. Hessen-Nassau
Mäder, Erich	Altenburg	Bez. Thüringen
Markwardt, Karl	Lüneburg	Bez. Hannover
Marquardt, Bruno	Hirschberg i. Schl.	Bez. Görlitz
Martin, Hermann	Altena	Bez. Westliches Westfalen
Matuschke, Otto	Spremberg (N.-L.)	Bez. Brandenburg
Mayer, Peter	Freiburg	Bez. Baden
Meier, Wilhelm	Planegg b. München	Bez. Oberbayern

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Meitmann, Else	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Meitmann, Karl	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Moltmann, Karl	Schwerin i. Meckl.	Bez. Mecklenburg
Moraft, Christ.	Kehl a. Rh.	Bez. Baden
Moses, Julius	Berlin	Parteivorstand
Mucker, Max	Wurzen	
Müller, G. A.	Leipzig	Bez. Leipzig
Müller, Hermann	Berlin	Parteivorstand
Müller, Karl	Bochum	Bez. Westliches Westfalen
Müller, Lukas	Heilbronn a. N.	Bez. Württemberg
Nebrig, Otto	Quasnitz b. Lützschena	Bez. Leipzig
Niedergesäß, Heinrich	Osnabrück	Bez. Oldenburg-Ostfriesland-Osnabrück
Nemitz, Anna	Berlin	Parteivorstand
Noack, Klara	Dresden-N.	Bez. Dresden
Oettinghaus, Walter	Milspe	Bez. Westliches Westfalen
Ostmann, Fritz	Nordhausen	Bez. Thüringen
Otto, Minna	Neuhaldensleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
Paetzel, Wilhelm	Berlin	Bez. Brandenburg
Pagels, Alex	Berlin	Bez. Berlin
Panzer, Johann	Bayreuth	Bez. Franken
Partzsch, Richard	Hannover	Bez. Hannover
Passarge, Otto	Lübeck	Bez. Mecklenburg
Passehl, Otto	Hohenkrug (Pommern)	Reichstagsfraktion
Peine, Friedrich	Berlin	Reichstagsfraktion
Peters, Franz	Halle a. d. S.	Parteiausschuß (Halle)
Peters, Wilhelm	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Petrich, Franz	Gera	Bez. Thüringen
Petsch, Friedrich	Halle a. d. S.	Bez. Halle
Pfeifenbring, Luise	Gelsenkirchen-Buer	Bez. Westliches Westfalen
Pikard, Emil	Köln a. Rh.	Parteiausschuß (Bezirk Oberrhein)
Pilz, Hermann	Neukirchen b. Krimmitschau	Bez. Zwickau
Pittig, Kurt	Freiberg i. S.	Bez. Dresden
Poggenklas, Rudolf	Bielefeld	Bez. Oestliches Westfalen
Polster, Kurt	Waldheim i. S.	Bez. Leipzig
Popken, Georg	Detmold i. L.	Bez. Oestliches Westfalen
Popp, Lothar	Hamburg	Bez. Hamburg
Portune, Andreas	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Nassau
Poth, Karl	Holzminden	Bez. Braunschweig
Prinzler jun., Walter	Blankenburg (Harz)	Bez. Braunschweig
Prüfer, Richard	Eisenberg i. Thür.	Bez. Thüringen
Puchta, Friedrich	Bayreuth	Reichstagsfraktion
Raloff, Karl	Hannover	Bez. Hannover
Reiche, Adele	Hamburg 23	Bez. Hamburg
Reinbold, Georg	Mannheim	Parteiausschuß (Baden)

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Reitze, Johanne	Hamburg 23	Parteiausschuß (Hamburg)
Remy, Fritz	Offenbach a. M.	Bez. Hessen-Offenbach
Reuther, Franz	Stadthagen	Bez. Oestliches Westfalen
Richter, Anna	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Riedmiller, Lorenz	Köln a. Rh.	Bez. Oberrhein
Riese, Willi	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß (Hessen-Nassau)
Römer, Karl	Ludwigsburg	Bez. Württemberg
Rosenfeld, Dr. Kurt	Berlin	Bez. Thüringen
Roß, Rudolf	Hamburg	Bez. Hamburg
Rößler, Georg	Gardelegen	Bez. Magdeburg-Anhalt
Roßmann, Erich	Stuttgart	Reichstagsfraktion
Rothenberg, Wilhelm	Bielefeld	Parteiausschuß (Oestliches Westfalen)
Ryneck, Elfriede	Berlin	Parteivorstand
Sachse, Emma	Altenburg	Parteiausschuß (Thür.)
Schaffner, Joseph	Hannover	Reichstagsfraktion
Schaub, Albert	Hannover	Bez. Hannover
Scheidemann, Philipp	Berlin	Reichstagsfraktion
Scherf, Fritz	Insterburg	Bez. Ostpreußen
Schiffer, Gustav	Breslau	Bez. Breslau
Schiffgens, Luise	Aachen	Reichstagsfraktion
Schiller, A.	Landshut i. Schl.	Bez. Görlitz
Schiller, Richard	Göttingen	Reichstagsfraktion
Schirmer, Johannes	Freital i. S.	Reichstagsfraktion
Schiskowski, Daniel	Hamm	Bez. Westliches Westfalen
Schlebusch, Hubert	München-Gladbach	Bez. Niederrhein
Schmeißer, Otto	Erfurt	Bez. Thüringen
Schmidchen, Fritz	Berlin	Bez. Berlin
Schmidt, Karl	Eßlingen	Bez. Württemberg
Schmidt-Meißen, Rich.	Meißen	Reichstagsfraktion
Schnabrich, Michael	Hersfeld	Reichstagsfraktion
Schneider, Ernst	Harzgerode	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schneider, Fritz	Brieg	Bez. Breslau
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schubert, Wilhelm	Itzehoe	Bez. Schleswig-Holstein
Schultze, Frieda	Aschersleben	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schulz, Berta	Herne i. Westf.	Parteiausschuß (Westliches Westfalen)
Schulz, Gustav	Glogau	Bez. Görlitz
Schulz, Heinrich	Berlin	Parteivorstand
Schulz, Hermann	Königsberg	Parteiausschuß (Ostpreußen)
Schulz, Robert	Stettin	Bez. Pommern
Schumacher, Dr. Kurt	Stuttgart	Bez. Württemberg
Schumann, G.	Stettin	Parteiausschuß (Pommern)
Schumann, Oswald	Berlin	Reichstagsfraktion
Schunke, Luise	Güsten i. Anh.	
Schütte, Fritz	Halberstadt	Bez. Magdeburg-Anhalt

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Schweikardt, Hermann	Berlin	Bez. Berlin
Schwemer, Karl	Ochsenwärder	Bez. Hamburg
Schwier, Fritz	Todtenhausen i. Westf.	Bez. Oestliches Westfalen
Seger, Gerhart	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Sennholz, Hermann	Hannover	Bez. Hannover
Sermé, August	Euskirchen	Bez. Oberrhein
Setzpfandt, Hugo	Leipzig	Bez. Leipzig
Seubert, Richard	Darmstadt	Bez. Hessen-Offenbach
Seydewitz, Max	Zwickau i. S.	Parteiausschuß (Zwickau)
Sieber, Willi	Freital	Bez. Dresden
Sieg, Emil	Kronach	Bez. Franken
Sielaff, Willi	Neudamm (Nm.)	Bez. Brandenburg
Siemsen, Anna	Jena	Bez. Leipzig
Siemsen, August	Jena	Bez. Thüringen
Sollmann, Wilhelm	Köln a. Rh.	Reichstagsfraktion
Sperber, Hans	Fürth i. Bayern	Bez. Franken
Staab, Wilhelm	Potsdam	Reichstagsfraktion
Stahl, Emil	Berlin	Parteivorstand
Stampfer, Fr.	Berlin	Parteivorstand
Starker, Franz	Bremen	Bez. Hamburg
Stegmann, Dr. Marg.	Dresden-A.	Bez. Dresden
Steinbrecher, Georg	Meseritz	Bez. Brandenburg
Steinmayer, Otto	Stuttgart	Parteiausschuß (Württemberg)
Stelling, Johannes	Berlin	Parteivorstand
Stiegler, Anna	Bremen	Bez. Hamburg
Stolten, Hanna	Hamburg	Bez. Hamburg
Strauß, Wilhelm	Hemelingen	Bez. Hamburg
Strobel, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Sureck, Lina	Liegnitz	Bez. Görlitz
Teßloff, Ernst	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Thabor, Johannes	Krefeld	Reichstagsfraktion
Thiel, Berta	Leipzig	Parteiausschuß (Leipzig)
Thoma, Max	Stade	Bez. Hamburg
Thöne	Kassel	Parteiausschuß (Hessen-Kassel)
Thümmel, Elise	Dresden	Parteiausschuß (Dresden)
Thurm, Fritz	Berlin	Bez. Berlin
Tielking, Hermann	Herford	Bez. Oestliches Westfalen
Tolksdorf, Max	Berlin	Bez. Berlin
Torhorst, Dr. A.	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Treibert	Besse	Bez. Hessen-Kassel
Treu, Martin	Nürnberg	Kontrollkommission
Tröndle, August	Oelsnitz i. V.	Bez. Zwickau
Tschierner, Richard	Lauban	Bez. Görlitz
Uhlig, Guido	Gelenau i. Erzgeb.	Bez. Chemnitz
Uhlig, Kurt	Chemnitz	Bez. Chemnitz
Ulrich, Karl	Offenbach a. M.	Reichstagsfraktion
Urich, Max	Berlin	Bez. Berlin

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Verdieck, W.	Kiel	Parteiausschuß (Schleswig-Holstein)
Vogel, Heinrich	Hamburg 36	Bez. Hamburg
Vogel, Hans	Hirschgarten	Parteivorstand
Voigt, Paul	Brandenburg a. d. H.	Bez. Brandenburg
Voigt, Paul	Meiningen	Bez. Thüringen
Völker, Gertrud	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Voutta, Franz	Werden (Ruhr)	Bez. Niederrhein
Wachendorf, Theodor	Düren	Bez. Oberrhein
Wagner, Anna	Nürnberg	Bez. Franken
Wahl, Willi	Gollnow	Bez. Pommern
Waldmann, Ferdinand	Sangerhausen	Bez. Halle
Weber, Magdalene	Bielefeld	Bez. Oestliches Westfalen
Weckel, Kurt	Dresden	Bez. Dresden
Wegner, Kurt	Kottbus	Bez. Brandenburg
Weißenborn, Gustav	Wesermünde-G.	Bez. Hamburg
Weißer, Johannes	Schwenningen	Bez. Württemberg
Weißflog, Emil	Stollberg i. S.	Bez. Chemnitz
Wels, Otto	Berlin	Parteivorstand
Wendt, Georg	Berlin	Bez. Berlin
Werrmann, Willi	Johanngeorgenstadt	Bez. Zwickau
Westphal, Max	Berlin	Parteivorstand
Wehers, Cäsar	Mörs a. Rh.	Bez. Niederrhein
Widmann, W.	Offenbach a. M.	Parteiausschuß (Hessen)
Wilde, Bruno	Frankenberg i. S.	Bez. Chemnitz
Wimmer, Thomas	München	Bez. Oberbayern
Wittmaack, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Wolf, Felix	Neurode i. Schl.	Bez. Breslau
Wolf, Hedwig	Geyer i. Erzgeb.	Bez. Chemnitz
Wolf, Marie	Speyer a. Rh.	Bez. Pfalz
Wurm, Mathilde	Berlin	Parteiausschuß (Berlin)
Zabe, Grete	Hamburg	Bez. Hamburg
Ziegler, Hans	Breslau	Bez. Breslau
Zielinski, Erich	Seerappen	Bez. Ostpreußen
Zils-Eckstein, Klara	Breslau	Parteiausschuß (Breslau)
Zöllig, Karl	Düsseldorf	Bez. Niederrhein
Zorwald, Karoline	Dortmund	Bez. Westliches Westfalen

Nicht abstimmungsberechtigt

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Buchrucker, Käthe	Berlin	Arbeiterwohlfahrt
Breitscheid, Dr. Rudolf	Berlin	Referent der Reichstagsfraktion
Fechner, Max	Berlin	Kommunalpolitische Zentralstelle
Glocke, Theodor	Berlin	Verlag „Vorwärts"
Gotthelf, Herta	Berlin	„Die Genossin"
Harder, Marie	Berlin	Film- und Lichtbilddienst
Hauschildt, Richard	Berlin	Partei-Korrespondenz
Jäger, Hugo	Berlin	Aufsichtsrat der Konzentration
Lepinski, Franz	Berlin	Jungsozialisten
Löwenstein, Kurt	Berlin	Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer
Maecker, Otto	Berlin	Inseratenunion
Meier, Otto	Berlin	Pressekommission „Vorwärts"
Ollenhauer, Erich	Berlin	Sozialistische Arbeiterjugend
Rupprecht, Adolf	Berlin	Konzentration A.-G.
Schreck, Karl	Bielefeld	Parteitagsreferent
Schulz, Adolf	Berlin	Verlag J. H. W. Dietz
Sender, Toni	Berlin	„Frauenwelt"
Stein, Alexander	Berlin	Reichsbildungsausschuß
Weimann, Richard	Berlin	Reichsbildungsausschuß
Weinberger, Hans	Berlin	Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde

Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Wehrfrage

Artur Crispien, Berlin
Dr. Haubach, Hamburg
Oskar Hünlich, Rüstringen
Bernhard Kuhnt, Chemnitz
Julius Leber, Lübeck
C. Mierendorf, Darmstadt
Julius Moses, Berlin
Georg Schöpflin, Karlsruhe i. B.
Friedrich Stampfer, Berlin
Rudolf Breitscheid, Berlin
Wilhelm Dittmann, Berlin
Karl Höltermann, Magdeburg
Franz Künstler, Berlin
Karl Mayr, Magdeburg
M. Quark, Frankfurt a. M.
Toni Sender, Berlin
Heinrich Ströbel, Berlin

SPRECHREGISTER DES PARTEITAGS

Adams 189.
Andersen 28.
Arning 232.
Aufhäuser 174.

Beims 9.
Bergholz 146.
Bock 62.
Bracke 24.
Braun, Max 211.
Braun, Otto 182.
Breitscheid 155, 205.
Brill 30.

Crispien 137, 213.

David 78.
Dittmann 105, 152.

Ebers 243.
Eckstein 70, 135.
Ellenbogen 22.

Fleißner 77, 193.

Haebler 124.
Hammer 171.
Haubach 148.
Helo 30.
Hilferding 194.
Hohmann 191.
Hönig 152.
Hörter 139, 253.

Jockl 26.
Juchacz 58, 220, 224.

Kaweraus 147.
Kern 234.
Kleyn 29.
Knack 187.
Krüger 129, 253, 254.
Kuhnt 154.
Künstler 94, 126.
Kurfürst 238.

Landsberg 201.
Leber 127.
Levi 120.
Litke 104, 204.
Löbe 192.
Löwenstein 179.
Ludwig 43, 120.

Maeder 64.
Müller, Hermann 80.
Müller, Lukas 85.
Müller, G. A. 152.

Petrich 185.
Popp 123, 199.

Raloff 91.
Römer 145.
Rosenfeld 88.

Sachse 243.
Schöpflin 133.
Schreck 246.
Schulz 53, 253.
Schumacher 150.
Seger 130.
Sender 177.
Severing 141.
Seydewitz 68, 103, 131.
Siemsen, Anna 181, 241.
Siemsen, August 73.
Sollmann 75.
Stampfer 173.
Stegmann 240.
Stelling 93, 102.
Stibin 27.

Torhorst 86, 102, 103, 200, 237.

Vogel 33, 96.
Voutta 90.

Wels 10, 18, 24, 32, 64, 66, 88, 103, 105, 120, 172, 205, 232, 256.
Wendt 66.
Wimmer 188.
Wittmaack 7, 25, 52, 62, 129, 171, 220, 246, 252.
Wurm 235.

Zeelens 29.
Ziegler 72.
Zöllig 120.

SACHREGISTER DES PARTEITAGS

Abonnentenversicherung 49.
Abrüstung 115—119.
Agitation 46.
Agrarpolitische Zentralstelle 42.
Agrarprogramm 42, 65, 279—289.
Ausschlußverfahren 47, 252.
Außenpolitik 167.
Anträge, Abstimmungen über — 103, 154, 172, 210, 245, 252, 253.
Anträge, Erledigung der — 260—272.
Arbeiter-Büchereizentrale 56.
Arbeitslosenversicherung 12, 13, 161, 164, 166.

Beamtenorganisationen 43, 86, 97.
Beschwerdekommission, Bericht der — 253.
Begrüßungsansprachen 7—9, 21—33.
Bildungswesen 45, 56, 65, 73.
Britischen Arbeiterpartei, Sieg der — 11, 258.
Bureau des Parteitags 4.
Bürgerblock 158.

Dank der Partei 10, 50, 256.
Danzig, Lage im Freistaat — 31.
Delegiertenverzeichnis 298.
Demokratische Presse 14.
Deutschnationale 14, 33, 34, 156, 192.
Dietz Verlag 48, 51.
Diktatur 14.

Ehrenämter 43.
Einheitsstaat 41, 42.
Entlastung des Parteivorstandes 105.
Erklärung zu Protokoll 259.
Eröffnungsrede 10.

Ferienreisen 46, 56.
Filmabteilung 45.
Finanzlage des Reiches 176, 197.
Flugblätter 46.
Frauenbewegung 58.
Frauen im Angestelltenberuf 224.
Frauen im Haushalt 225.
Frauen, Beteiligung der — am Wirtschaftsleben 220.
Frauenarbeit in der Landwirtschaft 223.
Frauenberufsfrage 228.
Frauenerwerbsarbeit 221, 226.
Frauenlohnfrage 227.
Frauenschutz 229.
Frauenwelt 243.
Friedrich-Ebert-Stiftung 46.
Funkwesen 57.

Gewerkschaftsjugend 55.

Handelsverträge 157, 193.

Internationale, Bericht über die — 213.
Internationale Frauenwoche 59.
Invalidenversicherung 165, 187.
Jugendbewegung 55.
Jugendheime 55.
Jungsozialismus 55.

Kameradschaftlichkeit 41, 68, 91, 93 bis 99.
Kassenbericht 43, 44.
Kinderarbeit 223.
Kinderfreunde 50, 54.
Klassenkampf 38.
Koalitionspolitik 11, 12, 13, 36, 41, 65—102, 155, 173—203.
Koloniale Betätigung 97, 216.
Kommunisten 14, 15—17, 35, 157, 170, 192.
Kommunistische Parolen 17.
Konkordat 74, 159, 179, 181, 182, 189, 191, 200, 206.
Kontrollkommission, Bericht der — 62.
Kontrollkommission, Wahl der — 232.
Konzentration 49.
Konstituierung des Parteitags 18.
Krankenkassen 204.
Krankenversicherung 205.
Krisenfürsorge 163.
Kulturreaktion 58.

Lage im besetzten Gebiet 171.
Landwirtschaft 159.
Lohnsteuer 66.

Maiunruhen 15.
Mandatsprüfungskommission, Bericht der — 129.
Mieterschutz 188.
Mitarbeit an bürgerlichen Zeitungen 96.
Mitgliederbewegung 44.

Namentliche Abstimmungen 268—272.
Nationalfeiertag 175.
Nordwest-Konflikt 39, 95, 175.

Organisationsstatut 290.

Panzerkreuzer 39, 40, 65—102, 160.
Parlamentarismus, Krise des — 170, 199.
Parlamenten, Vertretung in den — 46.
Parteikorrespondenz 50.
Parteivorstandswahl 172, 232.
Parteigeschäfte 48.
Parteipresse 48.
Parteiprogramm 278.
Parteispaltung 68, 98.
Parteiweihen 55.
Parteivorstand, Bericht des
a) Allgemeines 33—43.
b) Organisation und Kasse 43—52.
Preußischer Parteitag 72, 96.

Reichsausschuß für soz. Bildung 53.
Reichsbannerjugend 55.
Reichshaushalt 37, 161.
Reichstagsfraktion, Bericht der — 155.
Reichswehr 81, 136, 141, 163.
Reparationsproblem 166, 168, 169.
Republik, Stellung zur — 93.
Rollkommandos 16.

Saargebiet, Lage im — 211.
Schlußansprache 256.
Schule 54.
Sonderbeiträge 51.
Sprechregister 308.
Sowjetrußland 167.
Sozialdemokratische Gemeindepolitik 60.
Sozialistische Arbeiterjugend 35, 36, 55, 66, 74, 92, 101.
Sozialistische Internationale 11, 46, 213.
Sozialistischer Kulturbund 57.
Sozialistische Studenten 56.
Sozialpolitik 13, 70, 163, 164, 178.
Sportbewegung 55, 246—252.
Stahlhelm 15.
Sterbekassen 49.

Tagesordnung des Parteitags 5.
Theater 57.
Totenehrung 18—21, 205.
Tradition der Partei 38.

Unterstützungsvereinigung 47.

Verein für das Deutschtum im Ausland 96.
Völkerbund 114, 116, 168.
Volontäre 49.

Wahl der Kontrollkommission 232.
Wahl der Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission 18.
Wahl der Parteitagsschriftführer 18.
Wahl der Parteitagsvorsitzenden 18.
Wahl des Parteivorstandes 172, 232.
Wehrkommission, Bericht der — 105 bis 119.
Werbewochen 50.
Wehrpolitik, Richtlinien zur — 288.
Wehrkommission, Verzeichnis der Mitglieder 307.
Weltanschauung 75, 182.
Wehrsport 248.
Werksport 248.
Wirtschaftspolitik 157, 158, 165, 193.
Wohnungsnot 189, 206, 239.

Zeitschriften 47, 91.
Zentrum 33, 34.
Zölle 157, 165, 178, 236.